

## 14 Gruppen in der Sozialdemokratie.

Vor kurzem hat die „Chemnitzer Volksstimme“ auseinandergesetzt, daß die Minderheit in der Sozialdemokratie in sechs Gruppen zerfällt. Die radikale „Leipz. Volksztg.“ vom 31. März antwortet durch Veröffentlichung einer Zuschrift, in der behauptet wird, daß die Mehrheit der Partei sogar aus acht Gruppen besteht. Dort heißt es:

„Da haben wir vor allem die Vertreter des unbedingten Zusammengehens mit bürgerlichen Parteien, deren Theoretiker der Genosse Kolb, deren Herold der Genosse Peus ist, die in Schwaben in Keil, Feuerstein, Heymann ihre bekanntesten Vertreter haben. . . Als zweite Gruppe möchten wir bezeichnen die Genossen, die die nationalen Gesichtspunkte während des Krieges am schärfsten unterstrichen haben: Cohen, Heilmann, Landsberg, David, Heine, Blos, Göhre, Roste, Haenisch, Südekum, Quarc, Oskar Ged. Unter den Nationalisten gibt es eine Reihe, bei denen sich der imperialistische Gesichtspunkt stark vordrängt. Bewußter noch als die Genannten bewegen sich in imperialistischen Gedankengängen die Genossen Lensch, Cunow, Heinrich Schulz, Quessel. Nicht frei von imperialistischen Gedankengängen ist die vierte Gruppe, die in sich geschlossenste und gemeinsam wirkende, die Gruppe der Gewerkschaftsführer. Sie verfügt ganz naturgemäß über die beste Organisation und über die Möglichkeit, sich über ihre gemeinsamen Ziele und Methoden zu verständigen; sie besitzt auch eigene Organe. Diese Gruppe vertritt sich, vielleicht mehr unbewußt als bewußt, von der Unterstützung einer imperialistischen Reichspolitik große Vorteile für die Arbeiter. Gibt es auch in dieser Gruppe mannigfache Spielarten, so ist sie doch die in sich einigste. Ihr gehören innerhalb der Reichstagsfraktion nur Gewerkschaftsbeamte an: Legien, Bauer, Robert Schmidt, Brey, Reichmann, Käppler, Körsten, Sachse, Schumann, Silberschmidt.

Sehr verwandt den Gedankengängen dieser Genossen, aber doch ihre eigenen Wege gehen die als fünfte Gruppe zu betrachtenden Nur-Praktiker, zu denen u. a. gehören die Genossen Böhle, Brühne und Binder. Von all diesen Gruppen unterscheidet sich die sechste, die aus alten Parteigenossen besteht, die noch lieber als die vorgenannten die Zusammenhänge der Partei erhalten wissen wollen, aber durch den Gegensatz gegen die Kreditverweigerer und durch mancherlei Unterscheidung von den vorstehenden Gruppen zu einer eigenen Gruppe, die wir die des Rechten Zentrums nennen wollen, zusammengeschweißt werden. Zu ihr gehören Mollenbühr, Richard Fischer, Dieh, Pfannkuch, Kühn, Grenz, Ebert, Haberland, Wels, Thöne, König. Eine weitere, liebente Gruppe ist mit der sechsten sehr verwandt, doch auch mit manchen früher genannten Strömungen, so daß wir sie selbständig anführen wollen: ihre Charakterköpfe sind Scheidemann und Schöpslin. Als achte Gruppe, die den Uebergang zur Minderheit bildet, die aber aus lauter Kreditbewilligern besteht und deshalb von der Mehrheit für sich in Anspruch genommen wird, besteht aus Genossen, die wir als Linkes Zentrum wohl am besten bezeichnen. Zu ihm zählen die Genossen Spiegel, Giesel, Artur Hofmann, Davidsohn, Hoffmann-Kaiserslautern und Hierl. Endlich wäre noch eine Reihe von Eingängern zu nennen, die die Partei ganz allein nach ihrem Kopfe geformt sehen möchten, wie z. B. Genosse Schippel. Doch genügen die großen Gruppen, um die Einheit der Mehrheit darzustellen; wir können verzichten, auf die Eingänger besonders zu verweisen.“

Die radikale „Bremer Bürgerzeitung“ bestreitet übrigens, daß die Minderheit in der Sozialdemokratie sechs Gruppen umfaßt. Sie sagt:

„Die Opposition besteht aus zwei grundsätzlich verschiedenen Gruppen: dem Parteizentrum, das in Kautsky seinen Theoretiker, in Haase und Ledebour seine hauptsächlichsten parlamentarischen Vertreter, in der „Neuen Zeit“ sein wissenschaftliches Organ und im „Vorwärts“ und nunmehr in der „Leipziger Volkszeitung“ seine publizistischen Tagesorgane hat, und dem Linksradikalismus, dem die Internationalen Sozialisten Deutschlands (I. S. D.) und die Gruppe „Internationale“ angehören, der seine theoretischen Anschauungen in den „Lichtstrahlen“ propagiert, und in dessen Sinne eine ganze Reihe von Parteiblättern redigiert werden, so außer der „Bremer Bürger-Zeitung“ der „Braunschweiger Volksfreund“, der Stuttgarter „Sozialdemokrat“ und, wenn auch nicht ganz konsequent, einige rheinische Organe. Die Schattierungen, die innerhalb dieser beiden Grundrichtungen bestehen, sind nicht grundsätzlicher Art.“

Die „Chemnitzer Volksstimme“ hatte die sechs Gruppen der Minderheit gekennzeichnet als: 1. Gruppe Spartacus, 2. Gruppe der „Lichtstrahlen“ und der „Internationale“, 3. Gruppe Ledebour-Wolf Hoffmann, 4. Gruppe „Neue Zeit“, 5. Gruppe Bernstein, 6. Gruppe „Die große Mehrheit der Minderheit“.

● **[Mitteleuropa.]** „Es gibt nichts Neues unter der Sonne!“ An diesen Ausspruch des Weltweisen wird man erinnert, wenn man die heutigen Bestrebungen auf Schaffung einer Zollgemeinschaft zwischen Deutschland und Osterreich-Ungarn mit dem Auge des Historikers prüft. Bereits am 26. Oktober 1849 schrieb die Kaiserliche Wiener Zeitung: „Durch das handelspolitische Zusammenfassen Mitteleuropas wird Osterreich vermöge seiner zentralen Lage zum Westen und Osten, zum Süden und Norden und der freien Entwicklung seiner Natur- und Geisteskräfte notwendig der Mittel- und Schwerpunkt des großen Weltverkehrs, und die weitem Folgen davon für die politische Gestaltung sind unschwer zu übersehen. Also, man schreie auf dieser ruhmreichen Bahn kleinlicher Rücksichten halber nicht vor dem entscheidenden Schritt zurück — er muß getan werden, das heißt das Naturgesetz der Entwicklung. Wohlan denn, vorwärts!“ Die preußische Antwort vom 7. November 1849 im preußischen Staats-Anzeiger lautete: „daß jede Erleichterung des Handels und Verkehrs zwischen Osterreich und dem Zollverein Preußen willkommen, aber eine förmliche Zollvereinigung mit Osterreich unausführbar sei.“ — Zum Verständnis der damaligen Situation sei daran erinnert, daß in der Zeit von 1816 bis 1848 sich die wirtschaftliche Einigung Deutschlands allmählich vorbereitete, aber ohne daß Osterreich sich daran beteiligte. Aus den obigen Zeilen ergibt sich, daß im Jahre 1849 Osterreich die zollpolitische Einigung mit den Staaten des heutigen Deutschlands wünschte. Es hat sich auch mehr als ein Jahrzehnt dafür eingesetzt, stieß aber auf den unüberwindlichen Widerstand Preußens. Dem damaligen österreichischen Minister Fürst Metternich waren die großen Fortschritte nicht entgangen, die der deutsche Handel durch den Zollverein machte, und als Staatsmann mußte ihm der wichtige Zusammenhang dieser Entwicklung mit den politischen Verhältnissen in die Augen springen. Er verhehlte sich nicht, daß Preußen mit dem Zollverein für sich und Deutschland den größten Fortschritt begründet habe, der unter den damaligen Verhältnissen möglich war. Preußen hatte damit den ersten festen Mittelpunkt für die Vereinigung der deutschen Interessen geschaffen und sich die Aussicht auf die Oberleitung Deutschlands eröffnet. Wollte Osterreich nicht völlig hinter ihm zurückbleiben, so mußte es sich dieser Richtung anschließen. Metternich stellte deshalb bereits im Jahre 1841 bei der Staatskonferenz den Antrag, daß der Anschluß an den deutschen Zollverein in ernstliche Erwägung gezogen werde. Er hatte dabei die Genugtuung, daß sich der Präsident der allgemeinen Hofkammer, Baron Rübeld, der intelligenteste unter den höhern Staatsbeamten, mit dem größten Eifer für Metternichs Plan entschied und mit allen Kräften dafür wirkte, und auch in dem Volke gab sich allgemeine Freude über die liberale Wendung der Regierungspolitik kund. Als aber die Berichte der betreffenden Behörden über die Sache einliefen, ergab sich das Resultat, „daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Anschluß unausführbar sei.“ Das Tabakmonopol, das dem Staate allein 8 Millionen Gulden eintraug, sowie das Grenzsteuersystem, das gegen Ungarn eingeführt war, um den Ausfall der dort fehlenden Grundsteuer zu ersetzen, boten unübersteigliche Hindernisse dar. Es hätte vor allem der Annahme des österreichischen Abgabensystems durch den ungarischen Landtag bedurft, und um diese zu erreichen, wären Konzessionen an Ungarn nötig gewesen, welche man nicht machen wollte. Wäre Metternich ein genialer, wahrhaft intelligenter Staatsmann gewesen, so hätten ihn diese Schwierigkeiten reizen müssen. Er hätte

keine Mühe scheuen dürfen, seine ganze Kraft an die Erklämpfung dieser Reform zu setzen, in der er sehr richtig eine Existenzfrage für die Macht des Kaiserstaates sah. Er ließ sich jedoch durch den ersten Widerspruch abschrecken und begnügte sich, eine andere, schwächere Ausbildung seines Planes zu versuchen, indem er die Idee faßte: eine mitteleuropäische österreichische Zollgruppe aufzustellen, die sich neben die russische, französische und preußisch-deutsche stellen sollte. Die Prohibitivzölle sollten aufgehoben werden, um einen umfassenden Handelsvertrag mit Deutschland zu ermöglichen. Es wurden Eröffnungen darüber an die italienischen Höfe gesandt, die sich gern darauf einließen, und es entstand auch für diesen Plan ein vielseitiges Interesse bei der Bevölkerung Osterreichs und namentlich Wiens, da das Volk am meisten unter den teuren Preisen litt, die die Prohibitivzölle hervorbrachten. Die Fabrikanten dagegen erhoben eine so laute Opposition gegen die Neuerung, daß die Staatskonferenz abermals schwankte und die Sache wie gewöhnlich unentschieden blieb. Es wurde durch diese wichtige Agitation nichts erreicht als die Anregung, daß eine allmähliche Annäherung beider Systeme, des österreichischen und des preußisch-deutschen, zu erzielen sei, falls mit der Zeit Ungarn die österreichische Besteuerungsweise annehme. — Es haben dann in der Folgezeit sich Deutschland und Osterreich-Ungarn unter Aufrechterhaltung ihrer Besonderheiten als befreundete Mächte behandelt, aber ohne wirtschaftspolitische Annäherung, man beschränkte sich darauf, Handelsverträge miteinander abzuschließen und durch Abmachungen auf dem Gebiete des Postwesens u. a. m. das militärische Bündnis zu ergänzen. — Es war also damals genau wie heute, wo bald nach Ausbruch des Krieges die weitestgehenden Fäden gesponnen wurden, um Deutschland und Osterreich-Ungarn auch wirtschaftlich zu vereinigen. Bald aber tauchte das große Hindernis der Meistbegünstigung auf, an dem sich die Gelehrten und Politiker noch heute den Kopf zerbrechen, denn jede Bevorzugung im Handelsverkehr der mitteleuropäischen Staaten erschwert den Handel mit den überlegenen Mächten. Erst die Friedensbedingungen werden dieses Rätsel lösen.

1./IV. 1916

### Die Frauenfrage im preussischen Herrenhause.

Berlin, 31. März. Das Herrenhaus erledigte eine Reihe vom Abgeordnetenhaus angenommener Gesetze und verhandelte sodann Petitionen, darunter eine betreffend die Ablehnung des kommunalen Frauenwahlrechtes.

Generaloberarzt Neuber wies auf den internationalen Charakter der Frauenbewegung hin, welche schließlich die Frau in die Arena der allgemeinen Politik zum Schaden der ihr von der Natur vorgezeichneten Zwecke führen müsse. Redner hob die ganz hervorragenden Leistungen der Frauen auf charitativem Gebiet während des Krieges hervor, sprach sich aber entschiedenst dagegen aus, daß gewissermaßen als Dank hierfür den Frauen das Stimmrecht gewährt werde.

Der gewesene Staatssekretär v. Dernburg erklärte, daß die Ausführungen des Vorredners einen sehr schlechten Dank für die außerordentlichen Leistungen der Frauenwelt im Kriege bedeuten. In sehr weiten Kreisen des deutschen Volkes werden Ansichten gehegt, die sich mit jenen des Vorredners nicht in Einklang bringen lassen.

Die Petition wurde sodann der Regierung als Material überwiesen, wobei der Berichterstatter betonte, daß die Kommission auf die Sache nicht näher eingegangen sei, da sie der Ansicht gewesen sei, daß es unzweckmäßig wäre, in der Zeit des Burgfriedens derartige Streitpunkte in die Bevölkerung zu tragen.

Der Minister des Innern verlas sodann eine königliche Botschaft, wodurch der Landtag bis zum 30. Mai vertagt wird.

### Der Gegenaufruf der Minderheit.

Die (neue) sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft erläßt im „Vorwärts“ den folgenden Aufruf:

Die Mehrheit der Fraktion hat uns durch ihren Beschluß alle Rechte, die uns als Fraktionsmitgliedern zustehen, entzogen. Danach sollten wir stumm die Mitglieder der Fraktion sein; sollten in ihr nicht reden und nicht abstimmen, weder im Plenum noch in den Kommissionen die Partei vertreten dürfen. Damit waren wir tatsächlich aus der Fraktion hinausgedrängt.

Zu einer neuen Arbeitsgemeinschaft vereinigt, bleiben wir Vertreter der Partei.

An die Parteigenossen richten wir die dringende Aufforderung, im Rahmen unseres Organisationsstatuts sich weiter zu betätigen und die durch die Zugehörigkeit zur Partei gegebenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Wir zweifeln nicht daran, daß, sobald die Parteigenossen auf Grund freier Rede und Gegenrede ihr Urteil über die politischen Vorgänge seit dem 4. August 1914 abgeben können, unser Vorgehen von ihnen als ein Akt politischer Notwendigkeit gebilligt werden wird. Das Interesse des Proletariats erfordert in dieser Zeit gebieterisch eine selbständige, grundsätzliche Politik, wie wir sie stets und am nachdrücklichsten dann betätigt haben, wenn der Druck am stärksten war.

Unser Auftreten schädigt nicht das Ansehen der Partei, sondern hebt es im In- und Ausland. Unser Auftreten wirkt nicht spaltend und zerstörend, sondern sammelnd und organisationserhaltend. Unser Auftreten ist kein Disziplin- und Treubruch, sondern ein Gebot der Treue gegen die Parteigrundsätze, die Beschlüsse der Parteitage und der internationalen Kongresse.

Nicht wir, sondern Angehörige der Mehrheit haben am 24. März „lärmende Aktionen“ unter stürmischem Beifall der Gegner veranstaltet. Angehörige der Mehrheit haben — ein in der parlamentarischen Geschichte unerhörter Vorgang — dafür gestimmt, daß ihre eigenen Parteigenossen das Wort entzogen werde. Jetzt gilt es zu arbeiten, das Proletariat stark zu machen für die schweren Kämpfe, die ihm bevorstehen. Parteigenossen! Steht fest zu den Grundsätzen, auf die wir stets mit Recht stolz gewesen sind.

### Neue Erklärungen.

Berlin, 31. März. Im „Vorwärts“ veröffentlichten der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Ansprache an die Parteigenossen, in der es heißt: Die Sonderfraktion nimmt für sich das Alleinrecht auf eine selbständige grundsätzliche sozialdemokratische Politik in Anspruch. Hierüber wird der nächste Parteitag zu entscheiden haben, der ohne Zweifel bestätigen wird, daß die sozialdemokratische Partei die Notwendigkeit der Landesverteidigung anerkennt und nicht anders handeln durfte, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der Kriegszeit gehandelt hat. Wer das Auftreten der Wächter unbefangenen beurteilt, wird unserem dänischen Bruderorgan recht geben, das als Folge der Spaltung eine Schwächung des Einflusses der Sozialdemokratie auf den Frieden und eine Verlängerung des Krieges befürchtet.

In einem Artikel „Zur Klärung in der Partei“ von S a a s e heißt es wieder: Das erste Gebot für die Führer der Sozialdemokratie ist, sich den Beschlüssen der Parteitage unterzuordnen und den Grundsätzen der Partei Treue zu bewahren. Davon ließen sich die Wächter leiten.

1. IV. 1916

**Ein neuer englischer Erlass gegen „blockade-  
brechende“ Schiffe.****Wegnahme von Schiffen auf der Reise nach  
nicht blockierten Orten.**

London, 30. März.

„London Gazette“ veröffentlicht eine Order im Konzil, welche die frühere Order ändert, wonach die Bestimmungen der Londoner Deklaration bis auf gewisse Auslassungen und Abänderungen von der britischen Regierung angenommen werden. Die Hauptlausel der heutigen Order besagt, daß in Zukunft der Artikel 19 der Londoner Deklaration nicht mehr angewendet werden soll. Weder ein Schiff noch eine Ladung sollen, wenn sie die Blockade brechen, vor der Wegnahme geschützt sein, nur weil sie auf dem Wege nach einem nichtblockierten Orte sind.

1./IV. 1916

**Rücktritt des japanischen Kriegsministers.**

Tokio, 30. März.

Die Agence Havas meldet:  
Kriegsminister General Oka ist zurückgetreten  
Das Amt führt sein Stellvertreter General Ohima.

1./IV. 1916

**Die türkischen Wehrgesetznovellen.**

Konstantinopel, 30. März.

Das Amtsblatt veröffentlicht die unlängst vom Parlament beschlossenen Wehrgesetznovellen, welche bestimmen:

1. die Wehrpflicht wird bis zum 14. Oktober nach Vollendung des 50. Lebensjahres ausgedehnt, doch können die Landsturmpflichtigen im Alter von 46 Jahren und darüber gegen Entrichtung der für die gegenwärtige, im Anfang des Krieges angeordnete Mobilisierung bestimmten Militärbefreiungstage von 22 Pfund von der aktiven Dienstleistung enthoben werden;

2. die zum Altersjahrgang 1314 (1898) gehörigen Osmanen werden zur Wehrpflicht herangezogen; ihre Musterung ist bis zum 13. September d. J. durchzuführen;

3. die für die Enthebung von der aktiven Dienstleistung seit dem ersten Tag der gegenwärtigen Mobilisierung von Reservisten und Landsturmpflichtigen entrichtete Militärbefreiungstage hat nur für 18 Monate und die von nun an zu entrichtende Tage nur für zwölf Monate zu gelten; für eine etwaige zweite Zahlung wird die Tage mit 30 (statt 44) Pfund festgesetzt.

1. IV. 1916

**Skuludis bleibt.****Fortführung der bisherigen Politik.**

A. Athen, 30. März. Von offiziöser Seite wird bestätigt, daß die Nachrichten von dem bevorstehenden Rücktritt des Ministerpräsidenten Skuludis unrichtig sind.

Skuludis besitzt das volle Vertrauen des Königs und des Parlaments und bleibt auf seinem Posten, um die bisherige Politik weiterzuführen.

Kriegskalender

20. März: Unsere Besatzung räumt nach tapferer Verteidigung die Brückenschanze nordwestlich von Uscieczko und schlägt sich mit ihrem Kommandanten Oberst Mandh mitten durch den Feind zu unseren Vorposten nordwestlich von Jaleszczki durch. Beiderseits von Postawy und zwischen Narocz- und Wiszniew-See brechen starke russische Angriffe verlustreich zusammen. — Am Görzer Brückenkopf werden die feindlichen Stellungen vor dem Südteile der Podgora-Höhe in Brand geschossen; die Kämpfe am Tolmeiner Brückenkopf dauern fort; italienische Angriffe auf den Wrzli Brh und Krn werden abgewiesen; an der Särntner Front und am Col di Lana Geschützfeuer. — Französische Angriffe gegen das Dorf Wang scheitern unter schweren Verlusten; im Moosgebiete und in der Woivre-Ebene heftiger Geschützkampf. — Vor der flandrischen Küste findet ein für die Deutschen erfolgreiches Gefecht zwischen drei deutschen Torpedobooten und fünf englischen Zerstörern statt. — Deutsche Luftfahrzeuge greifen die englische Südküste an. — Der britische Dampfer „Port Dalhousie“ und der norwegische Dampfer „Langel“ versenkt.

21. März: Südlich von Riga, nordwestlich von Postawy und zwischen Narocz- und Wiszniew-See werden wiederholte russische Massenangriffe abgewiesen. — Am Rombon und Wrzli Brh scheitern französische Gegenangriffe. — An der griechischen Grenze Patrouillenplänkteleien; unsere Flieger besetzen Hafen und Truppenlager von Salona mit Bomben. — Württembergische Landwehr erstürmt die französischen Stellungen im und am Walde nordöstlich von Avocourt. Ein englisches Geschwader und englische Flieger bombardieren die deutschen Stellungen bei Jeebrügge. — Cadorna im französischen Großen Hauptquartier. — Holländische Schiffsteute verweigern wegen Mineis- und Torpedogefahr die Ausfahrt.

22. März: An der Strypa und im Kernin-Gebiete vorstehende russische Infanterieabteilungen werden geworfen. Gegen die Heeresgruppe v. Hindenburg nehmen die russischen Angriffe an Ausdehnung zu; sie werden überall unter außerordentlichen Verlusten des Feindes abgewiesen. — Nordöstlich von Avocourt werden außerhalb des Waldgeländes einige französische Gräben genommen. Bei Obersept werden die Franzosen mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. — Der englische Dampfer „Coquette“ versenkt. — Entsendung amerikanischer Kriegsschiffe nach Tampico.

## Die Belagerung von Kut-el-Amara

Konstantinopel, 30. März. „Laswir i Gffiar“ veröffentlicht Erklärungen einer jüngst von der Front zurückgekehrten Persönlichkeit, welche sich über Kut-el-Amara folgendermaßen äußert:

Unwiderflich dazu verurteilt, an diefem Punkte zu fcheitern, wird der englische Feldzug in Mesopotamien auch in feiner Gefamtheit zufammenbrechen. Alle englischen Streitkräfte, die fich noch rechts und links vom Tigris befinden mögen, wären dann zur Flucht gezwungen. Die beiden Verfuche General Ahlmers, Kut-el-Amara zu entfehen, haben die Engländer fünftausend, beziehungsweise zweitaufend Tote gekoftet, während die Gefamtverluste der Türken 350 Mann nicht überfchritten. Ein gefangenegenommener Major der englischen Artillerie drückte feine Bewunderung über die Präzifion des türkiſchen Artilleriefeuers aus.

Daß fich die Belagerung Kut-el-Amaras hinausziehe, fei der Befchaffenheit des Geländes zuzufchreiben, das vollkommen flach fei. Jeder Verfuch General Townshends, einen Ausfall zu unternehmen und aus dem Knie des Tigris zu entkommen, la dem feine Truppen wie in einem Sad gefangen find, fei ausfichtslos, ebenso wie, daß die Ruffen über Kermanschah nach Mesopotamien gelangen, wie die Entente-Preffe behauptet. Die Ruffen befäßen gegenwärtig nicht die Möglichkeit, eine fo große Expedition zu organifieren.

## Die Kämpfe in Griechisch-Mazedonien.

Monatsbericht der französischen Orientarmee.  
 NB Paris, 30. März.

In den ersten Tagen des März herrschte an der griechischen Grenze vollkommene Ruhe. Am 13. wird eine gewisse Tätigkeit deutscher Erkundungsabteilungen festgestellt. Französische Streitkräfte rücken infolgedessen gegen die Grenze südlich von Gewgeli vor. Am 16. nistet sich eine feindliche Abteilung im griechischen Dorfe Nakufowo ein. Sie wird am folgenden Tage von unseren Vortruppen daraus vertrieben. Am 19. wirft ein Beppelein einige Bomben auf die Reede von Karaburnu, wo zahlreiche Schiffe ankern, ohne Schaden anzurichten. Am 20. beschießt unsere Artillerie das feindliche Lager an der Grenze, am 24. die Bahnhöfe Mrzenti (?) und Gewgeli. An demselben Tage wirft eine Abteilung unserer Flugzeuge von 23 Apparaten zahlreiche Geschosse auf die feindlichen Lagereinrichtungen von Bolovec, westlich vom Doiran-See. Während dieser Operationen wurde einer unserer Piloten von einem Geschöß getroffen und fiel in den See; ein anderer mußte landen und konnte, nachdem er sein Flugzeug in Brand gesteckt hatte, in unsere Linien zurückkehren.

Am 25. findet ein Kampf zwischen einem Fokker-Flugzeug und einem unserer Flugzeuge statt, der ebenso endet: der Franzose muß landen und steckt sein Flugzeug in Brand. Aber auch ein feindliches Albatros-Flugzeug wird von einem unserer Flieger abgeschossen. An demselben Tage wirft ein Flugeschwader von uns Geschosse in die feindlichen Lager bei Bodgorika. Am 27. beziehen beträchtliche englische Kavallerieabteilungen in der Nähe unserer vorgeschobenen Abteilungen Quartier. Am 28. wird Saloniki von einem Luftgeschwader bombardiert; 28 griechische Bürger werden getötet, 25 verwundet. Unsere zur Verfolgung des Feindes aufgestellten Flugzeuge schießen drei Flugzeuge ab.

Am 29. kommt eine englische Kavallerieabteilung mit einer feindlichen Truppenabteilung bei Kindeki auf griechischem Gebiet, zwischen Gewgeli und Doiran, in Berührung. Die Deutschen werden in die Flucht geschlagen. Längs der ganzen Grenze entwickelt die deutsche Artillerie ziemlich lebhaftige Tätigkeit.

**Oesterreich-Ungarns Balkanpolitik.**

Zürich, 30. März. (Privattelegramm.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ veröffentlicht an leitender Stelle einen Artikel über die Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns, in dem betont wird, daß die österreichisch-ungarische Politik nach dem Balkan gravitieren müsse. Graf Berchtold habe während der beiden Balkankriege einen diplomatischen Kampf von unerhörter Festigkeit gegen Rußland, England und Frankreich geführt, um zu verhindern, daß der serbische Vorposten Rußlands an die Adria gelange und um Albanien vor dem Schicksal der slawischen Unterjochung zu bewahren. Der Artikel würdigt die Tätigkeit der österreichisch-ungarischen Diplomatie und schließt, die Politik des Grafen Berchtold sei heute durch die Ereignisse auf das glänzendste gerechtfertigt.

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 31. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Rußland.**

30. März. In der Gegend von Riga versuchten die Deutschen einen Feuerüberfall auf den Brückenkopf von Neßküll. Im Abschnitt

von Jakobstadt beschloß der Feind heftig die Umgebung des Dorfes Spunka (3 Kilometer von Augustinohof) und unternahm einen Angriff; er wurde durch unser Feuer abgewiesen. Feindliche Abteilungen, die in der Gegend von Sussai vorgingen, wurden auf das andre Ufer zurückgeworfen. Nördlich von Düna-burg Feuerkampf. Südlich von Düna-burg stellenweise lebhaftes Gewehr- und Artilleriefeuer. Ein Angriff des Feindes südlich von Widsy wurde durch unser Feuer abgewiesen. Der westlich des Naroczsees in den Gräben südlich von Mokrzyce zusammengezogene Feind wurde durch unser Feuer zerstreut. In der Gegend des Dginskitala lebhaftes Artilleriefeuer. Südlich des Pripiet und in Galizien Feuerkampf und Tätigkeit der Aufklärer. Durch unser Gewehrfeuer wurde ein feindliches Flugzeug abgeschossen und landete in der Gegend von Trembowla. Die beiden Flieger, ein Hauptmann und ein Leutnant, wurden gefangengenommen. Auf der ganzen Front Tauwetter und Schneeschmelze.

**Italien.**

30. März. Im Abschnitt von Rovereto gewöhnliche Artillerietätigkeit. Im Val Sugana wurden kleine feindliche Angriffe westlich von Tesobbo abgeschlagen. Auf den Hängen des Col di Lana Gefechte von Skpatrouillen mit günstigem Ausgang für uns. Im Tessalatale und am mittleren Nonzo lebhaftes Artillerietätigkeit. Unsere Artillerie beschloß eine auf der Straße von Rogatin marschierende Kolonne, beschädigte die feindlichen Verteidigungsstellungen am Sleme und zerstreute Truppen, die von Polubino aus vorgingen. Auf den Höhen nordwestlich von Görz dauerte gestern das Artillerieduell mit großer Intensität den ganzen Tag über an. Nachts unternahm der Feind nach Bereitstellung äußerst starker Reserven einen heftigen Angriff, der vom Nordende der Höhen von Podgora ausging und sich in Kürze auf die ganze Front bis zum Monte Sabotino ausdehnte. Besonders erbittert war der Kampf im Abschnitt der Bimica. Mehrere Male zurückgeschlagen, erneuerte der Feind jedesmal mit frischen Truppen seine vergeblichen blutigen Anstürme. Schließlich wurde er durch einen Gegenangriff unsererseits in Verwirrung gebracht, in die Flucht geschlagen und ließ 156 Gefangene,

darunter 5 Offiziere, in unsern Händen. Am Karstplateau vielfach Artillerieaktionen. Westlich von Selz stürmten gestern die Unsrigen eine starke feindliche Verschanzung, der sie schon seit einigen Tagen hart zugelegt hatten, nahmen sie mit dem Bajonett und schlugen zahlreiche feindliche Gegenangriffe bis in die Nacht hinein ab. Im Verlaufe dieser glänzenden Unternehmung nahmen wir dem Feinde 202 Gefangene, darunter 7 Offiziere, zwei Maschinengewehre, einen Bombenwerfer, mehr als hundert Gewehre und zahlreiche Munitions- und Bombenverschläge ab.

## Die Annexion des Epirus.

Die Note des Vierverbandes.

AB Mailand, 30. März.

Corriere della Sera erfährt aus Athen:

Die Note des Vierverbandes betreffend den Nordepirus verweist eingangs auf die diplomatische Vorgeschichte der nordepirotischen, beziehungsweise der südalbaniischen Frage und betont, daß die Besetzung des Nordepirus durch Griechenland nur provisorisch-militärischen Charakter hatte. Weiter wird in der Note hervorgehoben, daß die bei den vorletzten Wahlen im Epirus gewählten Deputierten infolge der Opposition sowohl Gunaris' wie Veniselos' in die griechische Kammer nicht aufgenommen wurden. Gelegentlich der Neuwahlen im vorigen Dezember habe die griechische Regierung gegenüber den Gesandten des Vierverbandes die Aufrufung der Nordepiroten zu den Wahlen in Ubrede gestellt, trotzdem seien aber im Nordepirus Deputierte gewählt worden, die dann an der ersten Sitzung der Kammer teilnahmen, den Eid leisteten und sich an den Abstimmungen beteiligten; unlängst sei auch in der Kammer auf die Anfrage eines epirotischen Deputierten von der Regierung eine Antwort erteilt worden. Die Note erwähnt ferner die Meldung der Blätter, wonach die Regierung den Belagerungszustand im Epirus aufheben und die Zivilverwaltung gemäß den für Griechenland allgemein geltenden Gesetzen einrichten wolle. Schließlich wird an die griechische Regierung das Ersuchen gestellt, sich darüber zu äußern, welche Bedeutung den bestehenden Tatsachen zukomme und welche Auffassung sie in der Frage der Besetzung des Nordepirus habe.

Der Regierung nahestehende griechische Blätter sprechen die Gewißheit aus, daß die Antwort der griechischen Regierung, die die Besetzung des Nordepirus und die übrigen Maßnahmen auf interne Gründe zurückzuführen werde, den Vierverband befriedigen werde.

### Der Bericht des französischen Generalstabes.

Wien, 1. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

#### Frankreich.

31. März, 3 Uhr nachmittags. In den Argonnen wiesen wir zwei Handgranatengriffe auf die Stellungen nördlich Avo-court ab.

Westlich der Maas verdoppelte Heftigkeit der Beschießung Malancourts. Im Laufe der Nacht richteten die Deutschen eine Reihe von Massenangriffen gleichzeitig von drei Seiten auf das Dorf, das einen vorspringenden Winkel unsrer Linie bildete und das eines unsrer auf Vorposten stehenden Bataillone besetzt hielt. Nach erbittertem, die ganze Nacht dauerndem Ringen, das dem Feinde beträchtliche Opfer kostete, räumten die Truppen das in Trümmern liegende Dorf, dessen Ausgänge wir besetzt halten.

Oestlich der Maas war die Nacht ruhig.

In der Boevre versuchten die Deutschen dreimal, uns das Werk östlich Hautimont zu entreißen. Alle Versuche wurden abgewiesen.

Von der übrigen Front ist kein wichtiges Ereignis zu melden.

11 Uhr nachts. Südlich der Somme versuchte der Feind gestern nach Artillerievorbereitung eine Reihe von Handstreichungen gegen unsre kleinen Posten in der Gegend von Dompierre; alle Versuche scheiterten.

In der Champagne brachte unser Zerstörungsfeuer deutsche Schützengräben südlich von Saint-Marie-à-Py zum Einsturz. Ein deutsches Flugzeug, durch unsre Flugzeugabwehrkanonen zum Absturz gebracht, fiel in Flammen gehüllt, in die feindlichen Linien nördlich von Tahure nieder.

In den Argonnen beschloß unsre Artillerie Truppen, welche auf Varennes marschierten.

Westlich der Maas nahm die Tätigkeit der Artillerie in der Gegend von Malancourt ab. Der Feind machte während des Tages keinen Versuch, aus dem Dorfe vorzubrechen. In der Gegend des Mort-Homme machte der Feind nach heftigem Artilleriefeuer gegen 6 Uhr abends einen starken flankierenden Angriff gegen unsre Stellungen nördlich der Höhe 295, begleitet von Sperrfeuer, wobei er sich tränenregender Granaten bediente. Die Deutschen konnten einen Augenblick in einigen Abschnitten unsrer ersten Linie Fuß fassen, wurden aber durch einen lebhaften Gegenangriff unsrer Truppen zurückgeworfen. Ein anderer feindlicher Angriff, der etwas später westlich davon angelegt wurde, scheiterte schon in den Anfängen gänzlich.

Oestlich der Maas und in der Boevreebene mächtiges Geschützfeuer. Im Walde von Apremont beschossen wir feindliche Unterkünfte bei Barvinay. Unser Feuer auf eine feuernde deutsche Batterie sprengte mehrere Munitionswagen.

### Veruneinigung auch nach der „reinlichen Scheidung“!

Während die beiden sozialdemokratischen Fraktionen des deutschen Reichstages miteinander streiten, wer die Partei, die Organisationen hinter sich habe, schildert die sozialdemokratische „Volkswacht“ in Breslau, wo von den beiden Abgeordneten Bernstein und Bauer der erstere sich den Haaseleuten, der zweite der Scheidemanngruppe sich angeschlossen hat, in einer ergötzlichen Erörterung die große Verfahrenheit bezüglich der wichtigsten Grundsätze selbst innerhalb der neuen Fraktionen nach der sogenannten „reinlichen Scheidung“; das Blatt schreibt:

Das (nämlich die Fraktion der Haase-Leute) wäre also streng genommen eine dritte „Arbeitsgemeinschaft“, denn neben der „eigentlichen“ Reichstagsfraktion existiert schon die „Arbeitsgemeinschaft Liebknecht-Rühle, die zu diejenen 18 nicht gehört, sie im Gegenteil in ihren Spartacus-Briefen heftig anfeindet. Man müßte annehmen, daß zu dieser allerhöchsten Tonart auch Henke und Herzfeld sich offenerweise begeben würden, denn sie gehören zu ihr. Die Liebknecht-Fraktion macht der Arbeitsgemeinschaft der 18 die schwersten Vorwürfe der Halbheit. Sie meint, daß man nicht wie Schwarz die Kriegskredite ablehnen, aber selber Kriegsanleihe zeichnen könne; daß man nicht wie Geher die Kriegsbedürfnisse ablehnen und dem eigenen Sohn die Genehmigung zum freiwilligen Dienst geben dürfe; sie beschuldigt Haase der Doppelzüngigkeit und trennt sich von Ledebour in der elsass-lothringischen Frage wie in der Frage der Vaterlandsverteidigung überhaupt. Dabei wollen wir gar nicht von Bernstein reden und von der Tatsache, daß er am 4. August 1914 wie Dittmann ein begeisterter Anhänger der Kreditbewilligung war. Man kann also nicht einmal behaupten, daß durch die Arbeitsgemeinschaft der 18 eine Klärung der Lage innerhalb der Partei eingetreten sei.

Es ist rätselhaft, wieso alle diese Führer mit ihren grundverschiedenen Ansichten auf den Einfall kommen konnten, mitsammen eine einzige Partei zu bilden, obwohl jeder einzelne von ihnen, wie das Breslauer Blatt nachweist, für mindestens zwei eigene Parteien reicht. Die „größte Fraktion“ des Berliner Reichstages war eben ein großer Wurfkeffel. Wenn alle übrigen Parteien des Reichstages zusammen eine einzige Fraktion gebildet hätten, wäre der Wuschel nicht so arg gewesen. Und doch, wie hätte die rote Presse gehöhnt!

### Kronprinz Alexander in London.

Audienz beim König.

London, 1. April.

Der Kronprinz von Serbien und der serbische Ministerpräsident sind gestern mittags hier angekommen. Sie wurden vom Prinzen Albert und von mehreren Ministern sowie Lord French empfangen und vom Publikum freundlichst begrüßt.

**Der Heeresetat an den Budgetausschuß des deutschen Reichstages.****Mitteilungen des Reichskanzlers und des stellvertretenden Kriegsministers.**

Berlin, 31. März.

Der Budgetausschuß des Reichstages beendete die Beratung der Etats des Auswärtigen Amtes und des Reichskanzlers mit einer vertraulichen Aussprache, die den „Baralong“-Fall, das transatlantische Kabel, die völkerrechtswidrige Behandlung der Konsulatsbeamten durch England und entsprechende Gegenmaßnahmen des Deutschen Reiches betraf.

Der Ausschuß begann sodann die Beratung des Heeresetats, wobei die Behandlung und Verpflegung der Heeresangehörigen besprochen wurden.

Der stellvertretende Kriegsminister v. Wandel teilte mit, daß bezüglich der Behandlung der Heeresangehörigen eine Anzahl von Erlassen ergangen sei, die gut gewirkt haben. Es werde dauernd darauf gesehen, die Zahl der Fälle von Mißhandlungen oder vorschriftswidriger Behandlung zu mindern. Redner äußerte sich ferner zur Frage des Offiziersersatzes und betonte, daß konfessionelle Momente dabei keine Rolle spielen sollen. Ferner teilt er mit, daß aus dem Unteroffiziersstand tausende zu Offizieren befördert wurden, und verwies hinsichtlich der Duellfrage auf die diesbezügliche Kabinettsorder, die in Erinnerung gebracht wurde. Schließlich machte der Minister eine Reihe vertraulicher Mitteilungen über die Verluste und Ersatzverhältnisse sowie über die Munitionsversorgung, die bewiesen, daß Deutschland mit vollem Vertrauen der weiteren Entwicklung des Krieges entgegensehen könne.

2./IV. 1916.

## Kriegs-Chronik der Woche.

16. März: Untergang des holländischen Dampfers „Subantia“.  
Rücktritt des französischen Kriegsministers Gallieni.  
Bergebliche Angriffe der Franzosen am Loten Mann.  
Der Bundesratsauschuß für die Politik des Reichskanzlers.  
Italienischer Angriff bei San Michele abgewiesen.  
Moschi (Deutsch-Ostafrika) von den Engländern besetzt.
17. März: General Roques zum französischen Kriegsminister ernannt.  
Neue schwere Verluste der Franzosen am Loten Mann.  
Ende der fünften Isonzo-Schlacht.
18. März: Sieg der österreichisch-ungarischen Truppen bei Tolmein.  
Artilleriekämpfe am Narocz-See.
19. März: Deutscher Erfolg bei Vermelles und Thiaville.  
Russische Niederlage am Narocz-See.  
Angriff eines deutschen Luftschiffes auf die Entente-Flotte bei Kara Burnu.  
Vom 1. bis 19. März 19 feindliche Schiffe versenkt.  
Österreichisch-ungarisches Vordringen am Isonzo.  
Der französische Torpedobootszerstörer „Renaudin“ vor Durazzo versenkt.
20. März: Vertrauensvotum der italienischen Kammer für Salandra  
Bergeblicher französischer Ansturm gegen das Dorf Baug.  
Schwere russische Verluste bei Postawy.  
Erfolgreicher deutscher Vorstoß bei Widsy.  
Nordepirus für griechisches Staatsgebiet erklärt.  
Die Österreicher räumen die Brückenschanze bei Usziczko.  
Österreichisch-ungarischer Erfolg bei Ronbon.  
Deutscher Luftangriff auf Dover, Deal und Ramsgate.  
Erfolgreiches Seeseegefecht an der flandrischen Küste.
21. März: Siegreicher Sturmangriff bei Avocourt.  
Russische Massenangriffe von Riga bis zum Narocz-See ab-  
geschlagen.  
Feindliche Luftangriffe auf Seebrügge.  
Deutsche Erklärung zur Vernichtung der „Subantia“.  
Einzug der Russen in Ispahan.  
Österreichisch-ungarische Flieger über Balona.
22. März: Neue Erfolge bei Avocourt.  
Russische Niederlagen bei Postawy, Riga und Widsy.  
Deutsch-rumänischer Vertrag über Getreidelieferungen.  
Amerikanische Verlegenheiten in Mexiko.
23. März: Der Höhenrücken von Saucourt erstürmt.  
Russische Nachtangriffe bei Jakobstadt zerschellt.
24. März: Das Ergebnis der 4. Kriegsanleihe: 10,667 Mil-  
liarden.  
Weitere deutsche Erfolge bei Saucourt.  
Neue russische Massenopfer bei Mitau—Jakobstadt.  
Ruhmreicher Untergang des „Greif“ nach Vernichtung der  
„Mcantara“.
25. März: Torpedierung des „Suffex“.  
Generalfeldmarschall Mackensen in Konstantinopel.  
General Murray wird Oberbefehlshaber in Ägypten.  
Berdun in Brand geschossen.  
Sibirische Truppen bei Jakobstadt abgewiesen.  
Österreichisch-ungarische Erfolge an der Strypa.
26. März: Der englische Dampfer „Minneapolis“ (13 543  
Tonnen) versenkt.  
Englischer Luft- und Seeangriff verlustreich bei En-  
gewiesen. Das Torpedoboot „Medusa III“ vernichtet.  
Österreichisch-ungarische Erfolge am Bloeden-Paß.  
Deutscher Vorstoß bei Neuville.  
Neue russische Massenangriffe bei Postawy abgeschlagen.
27. März: Englische Minensprengung bei St. Eloi.  
Neue russische Massenopfer bei Jakobstadt.  
Deutscher Sieg am Narocz-See.  
Quanschitai verzichtet auf den Kaiserthron.  
Italienische Niederlage am Görzer Brückenkopf.
28. März: Zwei russische Divisionen bei Postawy zurück-  
geschlagen.  
Deutscher Luftangriff auf Saloniki.  
Mißglückte russische Angriffe bei Bojan.  
Italienische Mißerfolge bei San Michele und San Martino.
29. März: Die Stellungen bei Malancourt erstürmt.  
Sieben russische Angriffe am Narocz-See abgewiesen.  
Rücktritt des russischen Kriegsministers Poliwanow.  
Erfolglose italienische Nachtangriffe bei Doberdo.  
Festnahme deutscher Seeleute in Patras durch die Engländer.

## Kriegsminister Krobotin in Cetinje.

Wien, 3. April.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Kriegsminister Generaloberst Freiherr v. Krobotin ist am 31. März nachmittags in Cetinje eingetroffen und wurde feierlich empfangen. Neben der Ehrenkompagnie erwarteten die k. u. k. Offiziere und Beamten, ferner zahlreiche montenegrinische Offiziere in Paradeuniform den Minister, außerdem hatte sich der Metropolit Mitrosan mit dem Alerus und den Notabeln eingeschunden. Nach der Meldung der k. u. k. Offiziere stellte General Milutin Butotic, ein Halbbruder der Königin, die montenegrinischen Offiziere vor. Hierauf hielt Metropolit Mitrosan folgende Ansprache:

„Eure Excellenz! Herr Minister! Es ist mir eine große Freude und Ehre, daß ich Eure Excellenz, in unserer Mitte angekommen, begrüßen kann. Insbesondere ist es mir angenehm, daß ich Eurer Excellenz rühmend zu berichten vermag, daß das hiesige k. u. k. Militär-gouvernement alles nur Mögliche getan hat, um unserem Volke überhaupt und in allem zu helfen, eine Hilfe zu bringen, deren Leistungen und Erfolge man bereits merkt. Außerdem kann ich mit voller Befriedigung erklären, daß die siegreichen österreichisch-ungarischen Truppen vom ersten Tage der Okkupierung angefangen sich gegen unser Volk milde und friedlich benommen haben, wofür ich Eurer Excellenz sowohl im eigenen Namen als auch in dem meiner Geistlichkeit und des lieben montenegrinischen Volkes den wärmsten Dank ausspreche.

Eure Excellenz! Wir hoffen, daß Eure Excellenz bei Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät dem Kaiser und König Franz Josef I. und bei der kaiserlichen und königlichen Regierung der Dolmetsch unserer bescheidenen Gefinnung und wärmsten Dankbarkeit sein werden, und in dieser Hoffnung wünsche ich, daß Ihre Antunft glücklich und von Gott gesegnet sein möge.“

In seiner Antwort dankte der Kriegsminister für den freundlichen Empfang durch den Alerus, das Offizierscorps und die Bevölkerung und versprach, Sr. kaiserlichen und königlichen Apostolischen Majestät von der loyalen Gefinnung und der Dankbarkeit des montenegrinischen Volkes Meldung zu erstatten. Die nun folgende Defilierung der Ehrenkompagnie bot dem Kriegsminister Anlaß, der musterhaften Strammheit der Pilsner Landsturmänner Anerkennung zu zollen. Generaloberst Freiherr v. Krobotin ist am 1. April nach Stutari weitergereist.

### Ein englischer Panzerkreuzer durch eine Mine vernichtet.

BRIN, 2. April.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet von der holländischen Grenze: Glaubwürdigen Nachrichten zufolge ist Mitte Februar westlich der Orkneyinseln ein englischer Panzerkreuzer der „County“-Klasse auf eine Mine gelaufen und gesunken.

Dem Vernehmen nach soll es sich um den Panzerkreuzer „Donegal“ handeln.

\* \* \*

Der Panzerkreuzer „Donegal“, ein schönes Schiff von 9800 Tonnen und 23 Seemeilen Geschwindigkeit, war 1902 vom Stapel gelaufen und mit vierzehn 15-Zentimeter-Geschützen und elf Schnellfeuerkanonen armiert. Besatzung 678 Mann. Das Schiff war von demselben Typ wie der „Monmouth“, der seinerzeit bei Santa Caterina versenkt wurde.

### Ein chinesisch-russisches Eisenbahnabkommen. Ein Gegenzug gegen Japan.

London, 31. März.

Die „Times“ melden aus Peking vom 29. März: Ein wichtiges Abkommen wurde gestern von der chinesischen Regierung und der Russisch-Asiatischen Bank unterzeichnet. Es wurde der Bau einer Eisenbahn von Charbin nach Blagoweschtschensk mit einer Zweiglinie von Mergen nach Zizikar vereinbart. Eine große Strecke der geplanten Bahn folgt derselben Linie wie das amerikanische Bahnprojekt Nigun-Tschintschau, worüber die chinesische Regierung bereits ein Abkommen unterzeichnet hat, das aber auf die Gegnerschaft Rußlands und Japans gestoßen ist.

Das neue Abkommen sieht eine Anleihe von fünf Millionen Pfund vor, die nach dem Kriege in den europäischen Finanzzentren aufgebracht werden soll. Das neue Abkommen kann als ein Gegenzug gegen das japanische Abkommen vom Oktober 1913 über die Eisenbahnen in der Ostmongolei und in der Südmantschurei betrachtet werden.

## Asquith in Rom.

## Trinksprüche Sonnino und Asquiths.

Rom, 1. April.

Bei dem Diner auf der Consulta wechselten der Minister des Aeußern Sonnino und Premierminister Asquith Trinksprüche.

Der Minister des Aeußern Sonnino sagte: Ich begrüße Eure Erzellenz mit lebhaftester Befriedigung im Namen der italienischen Regierung und als treuer Interpret der warmen Gefühle der ganzen Nation. Ihre Anwesenheit kräftigt in uns das Bewußtsein der überlieferten Freundschaft, welche unsere Regierungen und Völker während so vieler geschichtlicher Wechselfälle geeint hat. Die Freundschaft Italiens und Englands findet ihre Grundlage sowohl in dem tiefen und allgemeinen Gefühle des Vertrauens und der Sympathie wie in der sachlichen Harmonie ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen. Diese überlieferten Bande sind jetzt gefestigt durch die Waffenbrüderschaft und den Bündnisvertrag, der uns an die anderen edlen Nationen knüpft, mit denen zusammen wir einen beispiellosen Kampf für Gerechtigkeit und Völkerfreiheit kämpfen.

Premierminister Asquith sagte: Indem ich Italien, seinem König und seinen tüchtigen Truppen und Streitkräften den Ausdruck unserer Solidarität und unsere ganze Zuversicht in den Triumph der uns verknüpfenden Sache überbringe, wünsche ich, mein lebhaftes Vergnügen über den herzlichen und begeisterten Empfang auszusprechen, der mir zuteil geworden ist. Unsere beiden Völker bestehen heute trotz der sie trennenden Entfernung und Verschiedenheit der Temperamente mehr als je die Kraft der Bande, welche sie seit mehr als einem halben Jahrhundert durch Gleichheit ihrer Grundsätze und Konvergenz ihrer politischen und wirtschaftlichen Interessen verknüpfen. Das englische Volk hat mit einmütiger Sympathie den heroischen Kampf des italienischen Volkes für Befreiung und Einheit verfolgt. Das Geschick hat gewollt, daß im höchsten Augenblick, als die ihnen gemeinsamen Aspirationen und Grundsätze bedroht wurden, beide Völker sich in brüderlichem Bündnis befanden, um die Sache der Freiheit zu verteidigen und das Recht aller Nationen sowohl der schwächeren wie der mächtigeren zur Achtung zu bringen. Statt durch die Einigung aller unserer Verbündeten, werden wir gemeinsam die härtesten Proben überstehen, mit unerschütterlichem Vertrauen in den Endtriumph, der diese wesentlichen Rechte bestätigen wird.

## Asquith beim Papst und König Viktor Emanuel.

Rom, 1. April.

Der englische Premierminister Asquith wird heute vom Papst in Audienz empfangen. Auf seiner Rückreise wird Asquith das italienische Hauptquartier besuchen, wo er vom König Viktor Emanuel empfangen werden wird.

## Beruhigende Erklärungen aus Holland.

Mitteilung von maßgebender Stelle: Keine Ver-  
wicklung mit einer der kriegführenden Parteien.

Haag, 1. April.

Anlässlich der verschiedenen umlaufenden Gerüchte wandte sich das Korrespondenzbureau an eine maßgebende Stelle um Aufklärung. Es wurde ihm mit aller Bestimmtheit mitgeteilt, daß die Aufhebung der militärischen Urlaube nicht mit irgendeiner, zwischen den Niederlanden und einer der kriegführenden Parteien bestehenden diplomatischen Verwicklung zusammenhängt.

## Kriegskalender.

25. März: Bei Burkanow an der Strypa bringen Sonbets in die russischen Gräben ein. — Im Verlauf eines Artilleriekampfes wird Verdun in Brand geschossen. — Bei Jakobstadt greifen die Russen ohne Erfolge die deutschen Stellungen an.

26. März: Desfilich des Plöckenpasses bringen unsere Truppen in die italienischen Stellungen ein. — Gegen die deutsche Front nordwestlich von Postawy und zwischen Narocz- und Wiszniew-See nehmen die Russen ergebnislos mit großen Kräften den Kampf auf. — Ein englisches Flugzeuggeschwader versucht einen Angriff gegen die Küste von Nordschleswig. — Deutsche Torpedobootzerstörer nehmen den Kampf mit den begleitenden englischen Kriegsschiffen auf. Ein deutsches Schiff und der englische Perklärer „Medusa“ gehen unter. — Im Narmekanal wird der englische Postdampfer „Suffey“ versenkt.

27. März: Am Görzer Brückenkopf erobern unsere Truppen die ganze feindliche Stellung vor dem Nordteil der Podgorahöhe. — Die russischen Angriffe gegen die Front Hindenburg erreichen einen besonderen Grad der Heftigkeit und werden unter großen Verlusten des Gegners abgewiesen. — In Paris tritt der Kriegsrat der Entente zusammen.

28. März: Angriffe der Russen gegen unsere Front bei Bojan und an der Strypamündung scheitern. Ebenso mißglücken russische große Angriffe bei Postawy und Mokrance. — Italienische Angriffe an der Isonzofront werden abgewiesen. Unsere Flieger belegen Bahnbjette in Venedig mit Bomben. — Ein deutsches Luftgeschwader bombardiert Saloniki. — Die Vierverbandsvertreter überreichen Skuludis eine Protestnote gegen die Besetzung des Nordpeirus.

29. März: Auf dem linken Maasufer erkünnen deutsche Truppen die französischen

Stellungen nördlich von Malancourt und bringen in den Nordwestteil des Dorfes ein. — Südlich des Narocz-Sees greifen die Russen siebenmal erfolglos die deutschen Linien an. — Englisch-französische Detachements suchen deutsche und österreichische Angehörige in Patras, im Piräus und auf Kreta zu verhaften.

30. März: Im Görzischen entbrennen neue heftige Kämpfe. — Unsere Flieger belegen den Hafen von Balona mit Bomben. — An der Maas werden französische Angriffe gegen Avo-court abgewiesen. — Die russischen Angriffe gegen die deutsche Front setzen aus. — Der russische Kriegsminister Polivanow tritt zurück. General Schuwajew wird zu seinem Nachfolger ernannt.

31. März: An der Isonzofront tritt eine Kampfpause ein. — Westlich der Maas wird das Dorf Malancourt und die beiderseits anschließenden französischen Verteidigungsstellungen erstürmt. — General Manourh, der Militärgouverneur von Paris, tritt zurück. — Griechenland überreicht in Berlin wegen des Angriffes gegen Saloniki und in Paris wegen der Verhaftungen in Patras Protestnoten.

1. April: Bei Orla nehmen unsere Truppen eine russische Vorstellung an. — Der russische Angriff gegen die deutsche Front kann als erschöpft bezeichnet werden. — An der Isonzofront und in den Dolomiten entwickeln sich neue Kämpfe. — Ein deutsches Luftschiffgeschwader belegt London und Orte an der Südküste Englands mit Bomben. Ein Luftschiff muß an der Themse niedergehen. — Die türkischen Truppen beginnen an der Kaukasusfront vorzurücken. — Die Entente fordert von Holland die Sperre der Grenzen gegen die Centralmächte. Holland trifft eine Reihe von Kriegsvorbereitungen, angeblich um seine Neutralität zu schützen.

**Berichte der feindlichen Generalsstäbe.**

Wien, 2. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

31. März. Im *Val di Daone* Treffen zwischen kleinen Abteilungen auf den Nordhängen des *Melino*. Der Feind wurde zurückgeschlagen und in die Flucht getrieben und ließ Waffen und Munition zurück. Im *Val Sugana* vertrieb unsere Artillerie eine Trainkolonne auf dem Marsche von *Calceranica* gegen *Caldonazzo*. Erfolgreiche Aktionen unserer Artillerie fanden statt im oberen *Cordevole*, gegen Barackenlager am Kopfpunkte des *Rio Selvaza* und im oberen *Boitetal* gegen feindliche Truppen bei *Son Paese*, nordwestlich von *Bodestagno*. An der *Sonzo-front* gestern zeitweise Artilleriefeuer, durch anhaltenden Regen behindert. Nähere Details über unsern Waffenerfolg östlich von *Selz* beleuchten die schöne Haltung der *Brigade Acqui*. Am 27. März eroberte sie mit einem kräftigen Vorstoß ein Stück von 150 Meter Länge einer ausgedehnten und stark ausgebauten feindlichen Befestigung. Wiederholte kräftige Gegenangriffe des Feindes wurden abgewiesen. Unsere tapferen Truppen, die entschlossen waren, um jeden Preis die ganze Befestigung zu nehmen, gelang dies am Nachmittag des 29. März nach dreitägigem, hartem und unterbrochenem Kampfe. Wir machten überdies zahlreiche Gefangene und reichliche Waffenbeute.

**Rußland.**

31. März. Im Abschnitt *Jakobstadt* griff der Feind *Rosne* (drei Kilometer südlich des Bahnhofes *Neu-Selburg*) an, wurde jedoch abgewiesen.

Nördlich von *Dünaburg* bei *Muzt* Artillerie- und Bombenkämpfe.

Westlich des *Naroczsee* griff der Feind das längliche *Waldstädt* südlich des Dorfes *Motzyce* an, doch wurde er durch Feuer zurückgewiesen.

Südlich von *Krewo* bei dem Dorfe *Mowosjolki* (15 Kilometer) dauert der Kampf um den Besitz eines *Minentrichters* an, der

vor einigen Tagen durch eine Sprengung entstanden war.

Feindliche Flieger bewarfen die *Bahnhöfe Bogoraelsch* (22 Kilometer nordöstlich von *Baranowitsch*), *Stelben*, *Antonowka* (20 Kilometer westlich vom Bahnhof *Sarath*), *Lutk-niec* und den *Flecken Sinlawka* (38 Kilometer südöstlich von *Baranowitsch*) mit Bomben.

Südlich der *Rokitnosumpfe*, westlich von *Czartoryst*, vernichteten unsere Freiwilligen eine feindliche Abteilung. An der oberen und mittleren *Strypa* wiesen wir Versuche bedeutender feindlicher Kräfte, an unsere Gräben heranzukommen, durch unser Feuer ab. Die beginnenden Frühjahrsschwemmungen hemmen hier in immer mehr Abschnitten die beiderseitigen Bewegungen.

Der Feind anerkennt in seinem Bericht, daß bei der Vorbereitung unserer Operationen unsere Artillerie bisher an der Ostfront nicht gekannte Geschossmengen verfeuerte. Die jungen Mannschaften unserer Regimenter brechen trotz der unglaublichen Schwierigkeiten des Geländes, das sich in einen Sumpf zu verwandeln beginnt, auf den Kampf.

1. April. Die Deutschen beschossen wiederum den *Brückenkopf von Kerküll* und setzten einen Angriff an, der jedoch in unserm Feuer zusammenbrach. In derselben Gegend mußte der Feind wegen steigenden Wassers auf der *Brustwehr* seiner Gräben in Stellung gehen. Unser Feuer aber zwang ihn, in die Gräben zurückzukehren. Eine unserer Batterien schoß ein deutsches Flugzeug ab, das innerhalb unserer Linien südlich von *Livenhof* landen mußte, ab. Das Flugzeug wurde wenig beschädigt, der Flieger gefangen. Bei *Dünaburg* Artillerie- und Infanteriekämpfe. Auf der *Düna* heint *Gistreiben*. Südlich von *Dünaburg* beschossen unsere Artillerie erfolgreich einen Zug des Feindes auf dem *Bahnhofe von Turmont*, ebenso feindliche Abteilungen, Ablösungen für das Dorf *Mejschels* (sechs Kilometer nördlich *Widsh*). Die Deutschen flohen. An verschiedenen Punkten des Abschnittes *Widsh-Naroczsee* lebhafter Artilleriekampf. Weiter südlich bis zum *Polosze* stellenweise heftiger Feuerkampf. Südöstlich von *Kolki* verließ der Feind die vorderste Schützengrabenslinie und ging in eine zweite Stellung zurück. Südlich von *Dhla* kam der Feind für kurze Zeit in Besitz des *Hügels*, der ihm kürzlich von unserm Jagdkommando entrissen worden war. In einem baldigst einsetzenden Gegenangriff warfen unsere Truppen den Feind erneut zurück. Im Verlaufe des gestrigen Tages machten wir bei der Zurückweisung eines Angriffes an der mittleren *Strypa* 71 Gefangene und sammelten eine Menge Gewehre.

### Der Fall Mercier.

Zürich, 2. April. Den „Neuen Zürcher Nachrichten“ wird von beauftragter Seite zum Fall Mercier geschrieben: Man verhehlt sich im Vatikan nicht, daß der Kardinal das ihm von deutscher Seite entgegengebrachte Vertrauen während seiner Romreise in kaum zurechtzufertigender Weise vergolten hat, so daß es schwer fallen müßte, gegen die schärfere Tonart der deutschen Regierung zu intervenieren, solange diese Tonart nicht auf Gebiete hinübergetragen wird, auf denen das Amt und die Persönlichkeit des Kardinals unverletzlich sind. Die Nachrichten in den Ententeblättern über Verhandlungen zwischen dem Vatikan und Deutschland wegen Ueberführung des Kardinals nach Havre sind glatt erfunden. Wohl aber glaubt man im Vatikan sicher annehmen zu dürfen, daß die Loyalität der deutschen Regierung dem Falle Mercier, soweit der Vatikan dabei in Mitleidenschaft gezogen ist, niemals eine Wendung ohne sein Einvernehmen geben wird.

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 2. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

31. März. Im Val di Daone Treffen zwischen kleinen Abteilungen auf den Nordhängen des Melino. Der Feind wurde zurückgeschlagen und in die Flucht getrieben und ließ Waffen und Munition zurück. Im Val Sogana vertrieb unsere Artillerie eine Trainkolonne auf dem Marsche von Calceranica gegen Caldovazzo. Erfolgreiche Aktionen unserer Artillerie fanden statt im oberen Cordevole, gegen Barackenlager am Kopfpunkte des Rio Selvaza und im oberen Boitetal gegen feindliche Truppen bei Son Baufes, nordwestlich von Bodestagno. An der Sionzofront gestern zeitweise Artilleriefeuer, durch anhaltenden Regen behindert. Nähere Details über unsern Waffenerfolg östlich von Selz beleuchten die schöne Haltung der Brigade Acqui. Am 27. März eroberte sie mit einem kräftigen Vorstoß ein Stück von 150 Meter Länge einer ausgedehnten und stark ausgebauten feindlichen Befestigung. Wiederholte kräftige Gegenangriffe des Feindes wurden abgewiesen. Unsere tapferen Truppen, die entschlossen waren, um jeden Preis die ganze Befestigung zu nehmen, gelang dies am Nachmittag des 29. März nach dreitägigem, hartem und unterbrochenem Kampfe. Wir machten überdies zahlreiche Gefangene und reichliche Waffenbeute.

**Rußland.**

31. März. Im Abschnitt Jakobstadt griff der Feind Rosne (drei Kilometer südlich des Bahnhofes Neu-Selburg) an, wurde jedoch abgewiesen.

Nördlich von Dünaburg bei Illut Artillerie- und Bombenkämpfe.

Westlich des Naroczsees griff der Feind das längliche Waldstück südlich des Dorfes Moirzyce an, doch wurde er durch Feuer zurückgewiesen.

Südlich von Krowo bei dem Dorfe Nowosjolki (15 Kilometer) dauert der Kampf um den Besitz eines Minenrichters an, der

vor einigen Tagen durch eine Sprengung entstanden war.

Feindliche Flieger bewarfen die Bahnhöfe Pogoraelcy (22 Kilometer nordöstlich von Baranowitschi), Stelbch, Antonowka (20 Kilometer westlich vom Bahnhof Sarny), Luniniec und den Flecken Sinlawka (38 Kilometer südöstlich von Baranowitschi) mit Bomben.

Südlich der Rokitnosjumsse, westlich von Czartoryst, vernichteten unsere Freiwilligen eine feindliche Abteilung. An der oberen und mittleren Strypa wiesen wir Versuche bedeutender feindlicher Kräfte, an unsere Gräben heranzukommen, durch unser Feuer ab. Die beginnenden Frühjahrsüberschwemmungen hemmen hier in immer mehr Abschnitten die beiderseitigen Bewegungen.

Der Feind anerkennt in seinem Bericht, daß bei der Vorbereitung unserer Operationen unsere Artillerie bisher an der Ostfront nicht gekannte Geschossmengen verfeuerte. Die jungen Mannschaften unserer Regimenter brennen trotz der unglaublichen Schwierigkeiten des Geländes, das sich in einen Sumpf zu verwandeln beginnt, auf den Kampf.

1. April. Die Deutschen beschossen wiederum den Brückenkopf von Nerzüll und setzten einen Angriff an, der jedoch in unserm Feuer zusammenbrach. In derselben Gegend mußte der Feind wegen steigenden Wassers auf der Brustwehr seiner Gräben in Stellung gehen. Unser Feuer aber zwang ihn, in die Gräben zurückzukehren. Eine unserer Batterien schoß ein deutsches Flugzeug ab, das innerhalb unserer Linien südlich von Linwenhof landen mußte, ab. Das Flugzeug wurde wenig beschädigt, der Flieger gefangen. Bei Dünaburg Artillerie- und Infanteriekämpfe. Auf der Düna heint Gistreiben. Südlich von Dünaburg beschossen unsere Artillerie erfolgreich einen Zug des Feindes auf dem Bahnhofe von Turmont, ebenso feindliche Abteilungen, Ablösungen für das Dorf Meschels (sechs Kilometer nördlich Widsh). Die Deutschen flohen. An verschiedenen Punkten des Abschnittes Widsh-Naroczsee lebhafter Artilleriekampf. Weiter südlich bis zum Polesze stellenweise heftiger Feuerkampf. Südöstlich von Kolti verließ der Feind die vorderste Schützengrabenlinie und ging in eine zweite Stellung zurück. Südlich von Olyka kam der Feind für kurze Zeit in Besitz des Hügels, der ihm kürzlich von unserm Jagdkommando entrissen worden war. In einem baldigst einsetzenden Gegenangriff warfen unsere Truppen den Feind erneut zurück. Im Verlaufe des gestrigen Tages machten wir bei der Zurückweisung eines Angriffes an der mittleren Strypa 71 Gefangene und sammelten eine Menge Gewehre.

**Frankreich.**

1. April, 3 Uhr nachmittags. Nördlich der Aisne ziemlich große Tätigkeit der beiden Artillerien in den Gegenden von Moulins-sous-Touvent und Fontenoy. In den Argonnen führten wir ein Beschießungsfeuer auf die Straßen und Eisenbahnen des Feindes nördlich Haute-Chevauchee aus. Westlich der Maas Beschießung mit Unterbrechungen in der Gegend Malancourt ohne Infanterieunternehmung. Westlich der Maas wurde die Beschießung gestern am späten Abend und im Laufe der Nacht auf dem Abschnitt zwischen dem Walde südlich von Saudremont und der Gegend von Baur äußerst heftig. Auf den letztgenannten Ort richteten die Deutschen zwei Angriffe mit großen Streitkräften. Der erste in der Richtung von Norden nach Süden geführte Angriff wurde durch Sperr- und Infanterie-

Feuer zum Stehen gebracht, bevor er unsere Linien erreichen konnte. Im Laufe des zweiten Angriffes konnte der Feind nach sehr lebhaftem Kampfe im Westteil des Dorfes, das wir besetzt hielten, wieder Fuß fassen. Im Woivre einige Feuerüberfälle der Artillerie auf Dörfer am Fuße der Maas-Höhen.

Von der übrigen Front nichts zu melden. 1. April, 11 Uhr nachts. In Belgien beschloß unsere Artillerie die feindlichen Unterkünfte bei Langemarck (nordwestlich von Ypern). In den Argonnen Tätigkeit unserer Batterien gegen die deutschen Stellungen nördlich von La Harazee und Fille-Morte und gegen feindliche Lager in der Gegend nördlich des Waldes von Cheppy. Westlich der Maas heftige Beschießung unserer Stellungen zwischen Avocourt und Malancourt. Westlich davon folgte einer ziemlich heftigen Beschießung im Laufe des Nachmittags ein deutscher Angriff auf die zwischen dem Fort Douaumont und dem Dorfe Baur gelegene Schlucht. Der Angriff wurde durch unser Sperrfeuer vollständig zum Stehen gebracht. Im Woivregebiete einige Tätigkeit der Artillerie. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

**Belgischer Bericht.**

Beiderseitige Artillerietätigkeit in den Abschnitten Perwise, Ofterke und Dixmude.

2. April, 3 Uhr nachmittags. Westlich der Maas ziemlich lebhafte Beschießung unserer Stellungen im Walde von Avocourt ohne Infanterieunternehmung.

Westlich der Maas war die Nacht ruhig. Der Feind unternahm in der Gegend von Douaumont und Baur keinen neuen Versuch.

In der Woivre schwache Artillerietätigkeit.

Von der gesamten Front ist aus dem Verlauf der Nacht kein Ereignis zu melden.

11 Uhr abends. Zwischen der Somme und der Oise war unsere Artillerie besonders tätig in der Gegend von Parvillers, Fauqueseourt und Passigny, wo die deutschen Schützengräben durch unser Feuer verschüttet wurden.

Westlich der Maas richteten die Deutschen mehrere starke Angriffe auf das Kernwerk (reduit) von Avocourt. Alle Stürme wurden durch unser Sperr- und Maschinengewehrfeuer abgewiesen.

Ostlich der Maas war der Kampf während des ganzen Tages sehr lebhaft in der

Gegend von Douaumont und Baur. Die Deutschen unternahmen nach einer äußerst heftigen Beschießung mit Granaten schweren Kalibers vier gleichzeitige Angriffe mit Truppen, deren Stärke über eine Division betrug, gegen unsere Stellungen zwischen Fort Douaumont und Dorf Baur, südöstlich vom Fort Douaumont. Die Deutschen drangen in das Gehölz La Gaillette ein. Unsere sofortigen Gegenangriffe warfen sie in den Nordteil dieses Gehölzes zurück. Unsere Linie verläuft längs der unmittelbaren Zugänge des Dorfes, dessen letzte zerstörte Häuser wir räumten.

In der Woivre zeitweise unterbrochene Artillerietätigkeit.

Im Priesterwalde wurde ein Alviatierflieger durch unsere Ballonabwehrgeschütze abgeschossen. Das Flugzeug fiel in die deutschen Linien herab.

In den Vogesen rief das Feuer unserer Batterien eine Explosion in einem Munitionsdepot östlich des Reichsackerhofes und westlich von Münster hervor.

In der Nacht zum 2. d. warf eines unserer Kampfschwader 28 Geschosse auf den Bahnhof von Stain und auf Bivalks an den Zugängen des Dorfes Mantillois herab. In der gleichen Nacht warfen drei unserer Flugzeuge 22 Geschosse ab, die in den Dörfern Azannes und Briailles an der Maas Brände hervorriefen. Am 2. d. schossen unsere Flieger drei feindliche Flugzeuge an der Front von Verdun ab. Zwei andere deutsche Flugzeuge mußten in der gleichen Gegend jäh niedergehen. Schließlich wurde ein feindlicher Drachenballon von einem unserer Flugzeuge in Brand geschossen.

**Belgischer Bericht.**

Belgische Artillerie beschloß die ganze Nacht die deutschen Stellungen bei Merden. Heute heftiger Geschützkampf im Abschnitte östlich Ramstapelle und in Richtung Dixmude

3. IV. 1916

## Aus der Sozialdemokratie.

**Groß-Berlin für Haase.** Der Zentralvorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine für Groß-Berlin — außer den sechs Berliner Wahlkreisen gehören dazu die beiden Wahlkreise Teltow-Beeskow und Niederbarnim — hat am Freitag mit 42 gegen 28 Stimmen eine Resolution angenommen, welche besagt:

„Der Zentralvorstand billigt die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und verpflichtet sich, sie tatkräftig und in jeder Weise zu unterstützen. Nach der Aberkennung der Fraktionsrechte war die Schaffung einer von der Fraktionsmehrheit unabhängigen parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft das einzige Mittel, den gemäßigtesten sozialdemokratischen Abgeordneten die pflichtgemäße Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse zu ermöglichen.“

Der Zentralvorstand erwartet von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, daß sie unbesorgt um Angriffe und sinnlose Verdächtigungen sich energisch freimacht von allen... Hemmungen und allein die... Richtschnur ihres Handelns sein läßt.

Der Zentralvorstand verurteilt aufs allerstärkste die Art, wie Genosse Haase an dem Parteivorstand gedrängt wurde, und spricht der Mehrheit des Parteivorstandes das Recht ab, den Vorsitzenden zur Niederlegung des ihm von der Gesamtpartei übertragenen Amtes zu nötigen.

Der Zentralvorstand richtet an die Kontrollkommission das Ersuchen, Genossen Haase wieder zum Vorsitzenden der Partei zu wählen. — Von Genossen Ernst erwartet er, daß er in diesem Sinne in der Kontrollkommission wirkt.“

Von den Abgeordneten des Bezirks haben nur Robert Schmidt und Braun gegen die Resolution gestimmt. Gefeßt haben vier Abgeordnete des Bezirke: Pfannkuch, Haenisch, Hirsch, Liebknecht. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Hirsch, hat dem „Vorwärts“ eine Erklärung gesandt, aus der dieser entnimmt, daß er gegen die Resolution gestimmt hätte.

**Die Gewerkschaften zur Frage der Spaltung.** Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften schreibt: „Nachdem der Parteiausschuß die Erklärung abgegeben hat, daß die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar sei mit den Grundsätzen des Organisationsstatuts, das nur die eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion kennt und anerkennt, ergibt sich für die Gewerkschaften die einfache Konsequenz, da sie nur mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands das Abkommen vom Jahre 1906 getroffen haben.“

3. IV. 1916

**Fraktionszwang in der Sozialdemokratie**

Abg. Ledebour hat im „Vorwärts“ gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgenden Vorwurf gerichtet:

„Früher war es in unserer Reichstagsfraktion üblich, bei Meinungsverschiedenheiten auch der Minderheit die Vertretung ihrer Ansichten im Plenum zu ermöglichen. Seit Kriegsbeginn hat die gegenwärtige Mehrheit dieses Recht wiederholt brutal verweigert.“

Abg. Mollenbuhr richtet im „Hamb. Echo“ jetzt an den Abg. Ledebour die Frage:

„Wann und bei welcher Gelegenheit hat ein Vertreter der Minderheit der sozialdemokratischen Fraktion seine abweichende Ansicht im Plenum des Reichstags vertreten?“

Abg. Mollenbuhr führt zur Begründung dieser Frage aus: „Bei den großen Gegensätzen, die es bei manchen Fragen gab, hat man diese immer in der Fraktion ausgetragen. So zum Beispiel bei den Debatten über die Dampfersubvention im Jahre 1884 sprachen nur Vertreter der Mehrheit. Bei den namentlichen Abstimmungen fehlte die Minderheit. Ähnlich war es bei den Schlußabstimmungen zu der Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz und den Unfallversicherungsgesetzen 1899 und 1900, als die Fraktion von ihrer früheren Haltung abwichen und bei der Schlußabstimmung für die Gesetze stimmen wollte. Damals wurde der Beschluß mit ganz geringer Mehrheit in der Fraktion gefaßt, aber das Botum wurde von einem Mehrheitsvertreter begründet, und die Minderheit fügte sich.“

Auch bei den Steuergesetzen 1913 entschloß sich eine geringe Mehrheit, für den Wehrbeitrag und die Vermögenszuwachssteuer zu stimmen. Im Plenum wurde die Zustimmung durch eine schriftliche Erklärung begründet. In der Erklärung steht nicht, daß nur die Mehrheit der Fraktion für Annahme ist, sondern daß die Fraktion für die Gesetze stimmt. Der Streit wurde zwar außerhalb des Reichstages auch noch auf dem Parteitage in Jena fortgesetzt. Aber nicht allein, daß die Minderheit nicht durch Reden ihre abweichende Meinung im Plenum vertreten durfte, sie durfte es auch nicht durch Abstimmung. Diese Taktik ist auch nicht nach Ausbruch des Krieges geändert: Noch am 2. Februar 1915 renewerte die Fraktion einen von Bebel bei der Abstimmung über die elsass-lothringische Verfassung formulierten Beschluß. Der Beschluß lautete:

„Die Abstimmung der Fraktion im Plenum des Reichstages hat geschlossen zu erfolgen, soweit nicht für den einzelnen Fall die Abstimmung ausdrücklich freigegeben ist. Glaubt ein Fraktionsmitglied, nach seiner Ueberzeugung an der geschlossenen Abstimmung der Fraktion nicht teilnehmen zu können, so steht ihm das Recht zu, der Abstimmung fernzubleiben, ohne daß dies einen demonstrativen Charakter tragen darf.“

Der Antrag wurde am 2. Februar 1915 mit 93 gegen 4 Stimmen angenommen. Unter den vier Gegnern war keiner der 18, die jetzt die Fraktionspaltung herbeigeführt haben.“

## Die militärischen Vorkehrungen Hollands.

Eine Folge der Pariser Vierverbandskonferenz.

Rotterdam, 2. April.

„Maasbode“ hält es nicht für ausgeschlossen, daß die niederländische Regierung durch die Beschlüsse der Pariser Konferenz in eine schwierige Lage kommen kann. In diplomatischen Kreisen hörte das Blatt gestern die Ansicht äußern, daß für die Zukunft eine sehr scharfe Blockade der Niederlande möglich sei.

Wie dasselbe Blatt erfährt, statleten gestern die Gesandten aller im Haag vertretenen Mächte Besuche im Ministerium des Aeußern ab, um Informationen einzuholen. Es wurde ihnen allen die Versicherung gegeben, daß die getroffenen Maßregeln gegen keine kriegsführende Macht gerichtet sind.

Amsterdam, 1. April.

Der „N. Rotterd. Courant“ stellt in einer Besprechung über die Lage fest, daß die gestern gemeldeten Maßregeln keine Beziehung zu irgend einem diplomatischen Schritt oder einer diplomatischen Forderung und „ebenso wenig“ zur Pariser Konferenz haben. Sie wären lediglich Vorsichtsmaßregeln, ähnlich wie sie getroffen wurden, als der Kampf in der Nähe der holländischen Grenze im Gange war. Das Blatt stellt ferner fest, daß das gestrige Communiqué des Korrespondenzbureaus kein Regierungscommuniqué war und nicht auf ausdrücklichen Wunsch der Regierung veröffentlicht wurde. Die Lage war in der letzten Zeit mehrmals so wie jetzt, ohne daß Holland deswegen in den Krieg gezogen worden wäre.

„Nieuwe Courant“ schreibt: Daß aus den Beschlüssen der Pariser Konferenz Maßregeln hervorgehen können, welche die Niederlande in eine schwierige Lage bringen würden, halten wir für unbestreitbar; ob dort bereits solche Maßregeln beschlossen wurden, ist eine andere Frage. Das Blatt erinnert an die Paragrafen 2 und 3 der in Paris gefaßten Beschlüsse, wie sie in einem Havas-Telegramm vom 20. März veröffentlicht wurden.

„Handelsblad“ fragt, ob es wirklich notwendig sei, daß die Regierung die Gründe für die ungewöhnlichen Schritte, zu denen sie sich veranlaßt sah, so geheim halte. Das Blatt wünscht, daß, wenn irgend möglich, der Schleier gelüftet werde, und fordert die Bevölkerung gleichzeitig auf, Ruhe zu bewahren.

Holland in „Not“.

Frankfurt, a. M., 2. April.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Amsterdam vom Gestrigen: Anscheinend tat England in der angemessenen Uebernahme holländischer Hoheitsrechte einen weiteren Schritt nach vorwärts. Der „N. D. L.“ (Niederländischer Oversea-Trust) erhob neuerdings für die Bewilligung der Einfuhr amerikanischer Gerbstoffe nach Holland eine Abgabe von 10% des Wertes und außerdem für die bereits zugelassenen Sendungen gleicher Art eine Abgabe von 5%. Zweifellos wird der „N. D. L.“ mit englischer Hilfe irgend eine äußerlich unverfänglich erscheinende Begründung für dieses Vorgehen angeben können, während es sich in Wirklichkeit nur um einen weiteren Schritt handeln wird, um den amerikanisch-holländischen Handel zu schädigen. (Damit erhält der alte holländische Alarmruf „Holland in Not“ eine neue Bedeutung; es scheint, daß England durch den „Not“ das ganze Wirtschaftsleben Hollands in seine Hand zu bekommen trachtet!)

Haag, 1. April.

Die Ausfuhr von Zinkerg, Zinkoxyd, Kraut, Stintgen, die kleiner als 9 Zentimeter sind, von Orangen und Mandarinen ist ab 31. März verboten. Die zeitweilige Aufhebung des Ausfuhrverbotes für Baumwolle in jeder Form wurde wieder rückgängig gemacht, soweit dies nicht schon durch das königliche Dekret vom 3. September 1914 geschehen ist.

### Neue Gefechte an der russischen Front

E. L. Kriegspressequartier, 1. d. (Eig. Drahtbericht.) An der russischen Front kam es gestern an zwei Stellen zu Zusammenstößen. Bei D I y f a, an der Butilowka-Front, unternahmen österreich-ungarische Abteilungen einen Vorstoß, der den Zweck verfolgte, eine russische Vorstellung, die unbequem gegen die eigenen Gräben vorragte, zuzuschütten. Der Gegner suchte das Herankommen mit allen Kräften zu verhindern. Fünf Batterien konzentrierten ihr Feuer auf die Angreifer, ohne aber deren Zerstörungswerk verhindern zu können. Der Graben wurde gesäubert und eingeworfen, worauf die Truppen wieder zurückkehrten. Die Russen unternahmen ihrerseits eine Aktion an der Strypafront, südlich der Bahn Brz a z a n y - O s t r o w im Raume von Sosnow auf einer Breite von etwa 1000 Schritt griffen sie südlich des Strypa-Teiches bei Bienhawa die österreichisch-ungarischen Stellungen an. Es handelt sich hier um einen Frontabschnitt auf dem östlichen Strypaufser, der von den österreichisch-ungarischen Truppen zu Beginn des Winters bezogen wurde, nachdem ein weiter nördlich bei Similkowc vorgetriebener, großangelegter russischer Vorstoß gescheitert war. Damals gingen die Russen nach dem Mißlingen ihres Durchbruchversuchs über die etwa fünf Kilometer breite Hochfläche östlich der Strypa zurück und bezogen jenseits der anschließenden Ebene bei Winterquartier bietenden Ortschaften neue Stellungen. Die ihnen gegenüberliegenden k. u. k. Truppen benutzten die Winterruhe dazu, sich am Ostufer der Strypa außerordentlich stark zu befestigen. Den Gräben sind duzendfache Drahthindernisse vorgelegt und bei seinem gestrigen Angriff bekam der Gegner von auf dem überhöhten Westufer postierter schwerer Artillerie und von den in der Stellung eingebauten Maschinengewehr-Anlagen und geschickt konstruierten Flankierungsanlagen ein derartiges Feuer, daß sein gleich in den Angängen sehr verlustreicher Ansturm ins Stöden geriet. Ein wuchtiger Gegenangriff warf die Sturmkolonnen dann voll-

ends zurück. Ueber die dedungslose, vielfach versumpfte Ebene mußten sie weichen. Der Versuch, hier wieder ans Strypaufser zu gelangen, ist somit völlig mißlungen.

### Die Versenkung der „Tubantia“.

Kein k. u. k. U-Boot.

SB Haag, 4. April.

Der österreichisch-ungarische Gesandte Dr. Freiherr v. Giskra teilte dem Minister des Aeußern mit, daß zur Zeit, als die „Tubantia“ vernichtet wurde, kein österreichisch-ungarisches Unterseeboot sich an der Stelle befand.

### Ambau rumänischer Eisenbahnbrücke. auf die russische Spurweite.

Bukarest, 3. April (Privat.)

„Steagul“, das Organ der unter der Führung Marghilomans stehenden konservativen Partei Rumäniens bringt an auffallender Stelle in Fettdruck nachstehende sensationelle Depesche aus Jassy: Die „Opinia“, so telegraphiert der Korrespondent des „Steagul“, ein alles und bekanntes Jassyer Blatt, bringt heute nachstehende sensationelle Nachricht, deren Bedeutung niemand übersehen wird: Gestern früh kam nach Jassy eine gemischte Kommission aus Zivil- und Militärpersonen

bestehend, behufs Uebernahme der um geb a u t e n Brücken auf der Linie Jassy - Grenzstation Russisch-Ungarn. Mit einem Sonderzug begaben sich die Mitglieder der Kommission hin und kehrten gegen 12 Uhr mittags wieder nach Jassy zurück. Die Umarbeitung, die in einer derartigen Erweiterung der Brücken besteht, daß die russischen Wagen auf denselben verkehren können, erfolgte unter Leitung des Ingenieurs Toparescu.

So weit die Meldung der „Opinia“. „Steagul“ knüpft an dieselbe nachstehende redaktionelle Bemerkung: Wir hoffen, daß die Regierung Bratianus sich beeilen wird, hierüber eine Aufklärung zu geben, die um so notwendiger erscheint, als die Meldung der „Opinia“ zu allerlei Argwohn Anlaß gibt. Während in Wahrheit die gesunde öffentliche Meinung Rumäniens Verteidigungsmaßnahmen auch an der russischen Grenze verlangt, wie sie an den beiden anderen Grenzen ergriffen sind, so brauchen wir wohl erst nicht darauf hinzuweisen, was es bedeuten würde, den Uebergang zu erleichtern, anstatt ihm entgegenzuarbeiten, und dies ist der Grund, weshalb wir eine Aufklärung für notwendig erachten.

## Sichreden Salandras und Asquiths.

Lugano, 3. April.

Zu Ehren des englischen Premierministers Asquith gab Ministerpräsident Salandra ein großes Mittagessen in einem Hotel, woran einige maßgebende italienische Parlamentarier teilnahmen. Salandra hielt hierbei einen langen Trinkspruch, der darauf hinauslief, die Anwesenheit Asquiths als einen Beweis der absoluten Solidarität Englands mit Italien hinzustellen. Salandra versicherte, Italien und England wollen die Waffen nicht eher niederlegen, bis die gerechte Sache gesiegt habe. Asquith sprach in seiner Erwiderung von der alten Freundschaft Englands für Italien. England und Italien hassen gleichermaßen die Tyrannen und lieben die Gerechtigkeit, die Gedanken- und Redefreiheit sowie die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze. Heute haben sie außerdem ihre Kriegsanstrengung, ihre Opfer und ihre Hoffnungen gemeinsam. Dies und die Vergrößerung der Zahl der Kämpfer sowie die Anhäufung von Munition und Material genügen freilich nicht, um den Krieg zu gewinnen; dazu gehören vielmehr Organisation und wohlervogene Zusammenfassung aller Hilfsquellen der Verbündeten, welche deshalb nicht bloß auf den Schlachtfeldern, sondern auch auf dem Gebiete der Industrie, des Verkehrswezens sowie der Finanzen übereinstimmend arbeiten müssen. Das angestrebte Ziel, erklärte Asquith, nämlich Unabhängigkeit der kleinen und schwachen Staaten (I), die Achtung vor den Verträgen (II), Wiederhalten der brutalen Kraft und freies Leben im freien Europa ist aller Anstrengungen wert. Wir werden gemeinsam Widerstand leisten oder fallen.

Abends reiste Asquith in das italienische Hauptquartier ab. Auf der Fahrt zum Bahnhofe wurde er vom Publikum begrüßt. Zur Verabschiedung hatten sich im Bahnhofe Abordnungen mit den Fahnen von Triest, Trient, Rovereto, Riva und Dalmatien eingefunden. (Warum denn nicht auch von Wien und Berlin? Auf diese Maskerade wäre es schon nicht mehr angekommen. D. A.)

### Die italienische Presse über den Besuch Asquiths beim Papst.

„Corriere della Sera“ macht darauf aufmerksam, daß der Besuch Asquiths im Vatikan eine notwendige Folge der Errichtung einer englischen Gesandtschaft beim Apostolischen Stuhl sei. Von dem Gange dieser Gesandtschaft aus hat sich Asquith gemeinsam mit dem Gesandten Sir Howard zum Vatikan begeben und so der traditionellen Forderung entsprochen, daß jeder Staatsmann, welcher den Quirinal besucht, von der Gesandtschaft beim Apostolischen Stuhl aus, also von nichtitalienischen Boden aus zur päpstlichen Audienz fährt. Das Festhalten Benedikts XV. an diesem Brauch wird mit unverhohlenem Mißbehagen von der italienischen Presse verzeichnet, um so mehr, da der Besuch auch dahin gedeutet wird, daß England mit einer Teilnahme des Papstes an einer kommenden Friedenskonferenz rechnet. „Secolo“ erklärt den Besuch bar jeder politischen Bedeutung. „Corriere d' Italia“ berührt in seiner Besprechung der moralischen Bedeutung der Anwesenheit eines Asquith in Rom in keiner Weise seinen Besuch beim Papst.

**Die sozialdemokratische Gruppierung im Reichstage.**

Mit der Erklärung, die die 14 Abg. Wbrecht, Hoch und Simon in der letzten Fraktionsitzung abgegeben haben, erklären sich einverstanden die Genossen Baudert, Brandes, Ewald, Fuchs, Hugel, Stücklen. Der letztere (Stücklen) erklärt, daß er durch seine Tätigkeit als Schriftführer verhindert war, bei der Abstimmung über den Notetat den Saal zu verlassen. Brandes und Hugel teilen mit, daß sie aus gesundheitlichen Gründen verhindert waren, an der Abstimmung in der Fraktion teilzunehmen.

Die Gliederung im Reichstag ist also — so schreibt die „Chemn. Volkst.“ — jetzt von links nach rechts folgendermaßen:

1. Gruppe Liebknecht-Rühle. (Steht durch Teilnahme an parteifeindlichen Organisationen praktisch außerhalb der Partei.)

2. Gruppe Haase-Ledebour-Dittmann, 18 Mann stark. (Steht außerhalb der Fraktion.)

Diese beiden Druppen stimmen gegen den Etat und die Kriegskredite, sie setzen ihre Feindschaft gegen diese Forderungen über die Pflicht der Disziplin.

3. Gruppe Hoch-Simon, gegenwärtig 20 Mann stark, sind gegen die Bewilligung von Kriegskrediten, gehen aber aus Gründen der Disziplin bei der Abstimmung im Plenum nur aus dem Saal.

4. Die Mehrheit, einige 60 Mann, bewilligt noch wie vor die Verteidigungskredite.

Die oben erwähnten 14 um Wbrecht, Hoch und Simon stimmten in der Fraktion gegen den Notetat, gingen bei der Entscheidung im Reichstag aus dem Saal und sprachen der Fraktion das Recht auf Ausschließung eines Mitgliedes ab.

## Aus der Sozialdemokratie.

Den internationalen Sozialisten Deutschlands — der Gruppe Julian Borchardt—Nabel — geht die neue „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ noch nicht weit genug, und die Haase-Gruppe muß sich daher in den „Lichtstrahlen“ Borchardts allerlei Liebenswürdigkeiten sagen lassen. So heißt es da:

„Unzweifelhaft befinden sich in der neuen Fraktion sehr tüchtige und durchaus wetterfeste Männer, und wir wollen selbst annehmen, daß sie die Mehrheit bilden, aber es befindet sich auch ein tüchtiger Schuß unsicherer Kantonalisten darunter, die noch vor wenigen Monaten das, was sie jetzt selbst tun, mit aller sittlichen Entrüstung als „Parteierrückung“ verflucht haben, wie gleich ihr Wortführer Haase selbst.“

Die Richtung Kartsky-Haase vertritt, wie in den „Lichtstrahlen“ behauptet wird, das, was Engels in seiner derben Weise den „Unrat der Konfusion“ zu nennen pflegte.

Eine Bezirkskonferenz der Dresdner Sozialdemokratie lehnte am Sonntag mit 67 gegen 59 Stimmen einen Antrag ab, der zugunsten der Parteiminderheit Stellung nahm, und stimmte mit 70 gegen 34 Stimmen einem Antrag zu, der die Fraktionspaltung sowohl im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Partei als auch der Organisation bedauert. Die Konferenz verpflichtete sich, die Organisation von jeder Spaltung fernzuhalten.

Haase und seine Vertrauensmänner. Die sozialdemokratischen Parteifunktionäre in Königsberg haben, nach dem „Vorwärts“ „mit überwältigender Mehrheit“ einer Resolution zugestimmt, worin es heißt: „Wir billigen das parlamentarische Verhalten unseres Reichstagsabgeordneten Haase und protestieren entschieden dagegen, daß ihm und seinen Gesinnungsgenossen Fraktionsrechte durch die Fraktionsmehrheit aberkannt worden sind, die jedem ordnungsmäßig in den Reichstag gewählten Parteigenossen als sein Parteirecht zustehen und daher von der Reichstagsfraktion nicht gemindert werden dürfen.“ Die Vertrauensmänner wollen sich allen Versuchen, die Parteieinheit zu beseitigen, widersetzen.

Eine französische Antwort an die Liebknecht, Haase und Genossen. Im „Figaro“ bespricht Capus die Aufnahme der Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie bei den französischen Sozialisten, welche darin ein Vorzeichen großer Ereignisse sehen wollen. „Für uns aber,“ sagt Capus, „bleiben alle Brücken zwischen Deutschland und uns abgebrochen, bis wir unseren Feinden unsere harten Friedensbedingungen diktiert haben. Darum ist diese Spaltung in unseren Augen ein bedeutungsloses Phänomen, das wir völlig außer Acht lassen können. Ein Haase, der weder Sieger, noch Besiegte will, ist ebenso unser Gegner wie seine Freunde im Dienste des deutschen Imperialismus. Ein Frieden, wie Haase und Liebknecht ihn wollen, würde für uns die unheilbarste Niederlage sein. Jeder Vergleich mit ihnen wäre ebenso ein Verbrechen wie ein direkter Vergleich mit dem Feinde.“

4. IV. 1916

**Fürstliche Gäste in Sofia.**

Sofia, 3. April. (Meldung der Agence Telegraphique Bulgare.) Prinz August Wilhelm von Preußen und Herzog Karl Eduard von Sachsen-Koburg-Gotha sind in Sofia eingetroffen, wo sie eine Woche als Gäste des Königs der Bulgaren weilen werden.

Der Prinz und der Herzog hatten eine Reise nach Mazedonien unternommen, wo sie namentlich die Stellungen des 22. Infanterieregiments, dessen Chef Herzog Karl Eduard ist, besichtigten.

4. IV. 1916

### **Verschärfte Blockade des Vierverbandes gegen die Neutralen.**

N. Magdeburg, 3. April. Die „Magdeburgische Zeitung“ erfährt aus Genf: Pariser Blättermeldungen zufolge ist der Beginn der verschärften Blockade seitens der Verbandsmächte gegen die neutralen Länder auf den 18. April festgesetzt. Die neutralen Regierungen sollen gemäß dem Beschlusse der Pariser Konferenz bei der Ankündigung der Blockadverschärfung in aller Form davor gewarnt werden, die Blockade zu umgehen.

## Zur Kriegslage

Die Lage im Raume Verdun. Kämpfe im Abschnitt Bauz-Douaumont und im Salienten Avocourt-Haucourt-Béthincourt-Chattancourt-Esnes. Der Gailletwald und der Forgesbach. Die Engländer bei St. Eloi. Die Zeppelinangriffe auf England. An der Ost- und Südfront. Zwanows Rücktritt. Die Lage in Saloniki und Megnyten. Die militärischen Vorbereitungen Hollands.

An den beiden Hauptdruckpunkten in dem Raume Verdun und zwar rechts der Maas im Abschnitt Bauz-Douaumont, links der Maas im Abschnitt Béthincourt-Malancourt, haben sich neue Vorstöße des Angreifers abgezeichnet, die durch Gegenangriffe des Verteidigers zwar um einen Teil ihrer Auswirkung gebracht wurden, aber vom systematischen Vorschieben der deutschen Linien in der Richtung auf Verdun bestimmte Kunde geben. Sehr mühsam sind offenbar die Kämpfe bei Douaumont und Bauz, wo sich die Deutschen des Gailletwaldes bemächtigt haben und nach ihrer Meldung die dort eroberten Stützpunkte trotz heftiger Gegenangriffe behaupteten. Da die Hauptverteidigungslinie im Nordostsektor von der Fortkuppe Bauz südlich Douaumont verläuft und an der Straße nach Bras sehr starke Panzerbauten aufweist, so sind die dort spielenden Aktionen schon als Kämpfe um die zweite Linie zu betrachten. Gelingt es den Deutschen, diese zu nehmen, so werden die Verteidiger in den innern Fortsgürtel zurückgedrückt und ihrer letzten Bewegungsfreiheit beraubt. Dann gehört hier das Wort nahezu ausschließlich der schweren Artillerie.

Größere Bewegungsfreiheit besitzen die Franzosen immer noch westlich der Maas, obwohl sie gerade dort, wo sich die Kämpfe am schärfsten abzeichnen, nämlich in dem um den Punkt 304 gelagerten Raume, von drei Seiten umfaßt in starrer Verteidigung gebunden zu sein scheinen. Die Grundlinie Chattancourt-Esnes-Avocourt, auf der dieser Saillant aufsteht, liegt noch vor der eigentlichen Hauptverteidigungslinie und den permanenten Forts, doch bleibt zu beachten, daß das Eindringen dieser Vorstellungen den Angreifer sofort dicht an die Lebenspunkte der Verduner Westfront heranbringt und den innern Raum unter konzentrisches Feuer stellt. General Bazelaire hält den ihm angewiesenen Raum Avocourt-Haucourt-Béthincourt-Chattancourt-Esnes mit der größten Hartnäckigkeit, obwohl sich von Bewegungsfreiheit in diesem ein unregelmäßiges Biered bildenden Salienten kaum noch sprechen läßt. Solange aber die Grundlinie Avocourt-Esnes-Chattancourt gehalten werden kann und die Flanken Avocourt-Haucourt und Chattancourt-Béthincourt nicht vorzeitig nachgeben, kann Bazelaire auf der Frontlinie Haucourt-Béthincourt nach Süden abbauen, wie er das jetzt nach der Einnahme von Malancourt und dem Vordringen der Deutschen gegen den zwischen Haucourt und Béthincourt eine Schranke ziehenden Forgesbach ohne allzu große Verluste getan hat. Die Höhe 304 bildet den Zentralpunkt dieser französischen Stellung, die einen Raum von etwa zwanzig Quadratkilometern bedeckt. Am gefährlichsten ist jetzt die nach Norden auspringende Ecke von Béthincourt. Wollen die Franzosen im Raume Verdun zu größeren Angriffen übergehen, um die vollständige Einschließung zu verhindern, so ist jetzt der letzte Augenblick dazu gekommen.

Auf den übrigen Frontabschnitten im Westen finden örtlich gebundene Kämpfe statt. Bei St. Eloi liegt der Vorteil auf Seiten der Engländer, ohne daß daraus weitere Folgen abzuleiten wären. Mit großer Energie setzen die Deutschen ihre Zeppelinangriffe auf die militärischen Einrichtungen Englands und Schottlands fort, über deren militärische Auswirkung sich die englischen Berichte in berechtigter Weise ausschweigen, doch sind die angerichteten Beschädigungen bei der Brisanz- und Zündkraft der riesigen Geschosse und der Größe der Ziele vermutlich sehr erheblich, die Opfer an Menschenleben glücklicherweise bedeutend geringer als früher.

An der Ostfront und an der italienischen Front sind die Kämpfe wieder merklich abgeflaut, werden aber bei günstigerer Witterung ohne Zweifel wieder auffrischen und vielleicht sogar den Charakter großer strategischer Operationen annehmen. Die Entsetzung Zwanows vom Oberbefehl der russischen Südfront ist bedeutsam und macht das Witzlingen der Neujahrsoffensive der Russen

nochmals deutlich. Sein Nachfolger, Brussilow, ist ein tüchtiger General, ob er Zwanows Energie besitzt, um eine große Kampfgruppe zu leiten, muß sich zeigen.

In Saloniki finden Verschiebungen statt. Es läßt sich nicht feststellen, ob es sich um Abtransporte englisch-französischer Truppen nach Marseille und an die Westfront handelt, oder ob nur Truppen ausgewechselt werden, doch ist klar, daß die über Marseille nach Norden rollenden Transporte zur Auffüllung der durch die Verduner Offensive geschwächten französischen Front und zur Verstärkung der sich in ihren erweiterten Stellungen langsam zurechtziehenden Engländer bestimmt sind. Man darf nicht vergessen, daß die Lage der Engländer in Megnyten erleichtert worden ist und daß sie von dort ohne Zwang Truppen abgeben können.

Die militärischen Vorbereitungen Hollands gehören noch in den Rahmen politischer Betrachtungen. Es sei nur bemerkt, daß die holländische Wehrmacht von Anbeginn des Krieges vollständig unter den Waffen gehalten wurde und die beachtenswerte Zahl von 300,000 Bajonetten aufweist. Das ist wenig, wenn man mechanisch Zahl gegen Zahl stellt und die Stärke dieser Armee an den Riesenheeren der Großmächte mißt, aber viel, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Armee eine gesicherte Flankenposition einnimmt und an den Eigentümlichkeiten ihres Landes starken Rückhalt besitzt.

H. St.

**Eine Denkschrift über die Wegnahme  
neutraler Postkolis**

Paris, 4. d. (Havas) Auf die Bitte einiger neutraler Regierungen um Erklärungen, die an Frankreich und an England gerichtet wurden betreffend die Wegnahme der Postkolis, die vom Feinde herkommen oder für ihn bestimmt sind, und betreffend die Kontrolle der durch die Post beförderten Korrespondenzen des Feindes überreichten die Alliierten gestern den Regierungen der Vereinigten Staaten, Hollands, der Schweiz, der skandinavischen Staaten und der drei Republiken Südamerikas eine Denkschrift.

Diese erinnert daran, daß die Mächte auf der Haagerkonferenz von 1907 auf Anregung Deutschlands den Grundsatz proklamirten, daß die durch die Post beförderten Korrespondenzen unverleglich seien. Aber die Postkolis sind keine postalische Korrespondenz gemäß dem durch den deutschen Dampfer „Prinz Eitel Friedrich“ gegenüber dem französischen Dampfer „Florida“ geschaffenen Präzedenzfall. Die Denkschrift erinnert daran, daß die Deutschen zahlreiche Postfäcke zerstört oder visitiert haben. Uebrigens erklärte die deutsche Regierung, daß sie die Haagerkonferenz, da sie nicht von allen Kriegführenden ratifiziert sei, als unanwendbar betrachte.

Das Memorandum schließt folgendermaßen: Einerseits findet die Unverleglichkeit auf alle Postsendungen, die keine Korrespondenzen sind, d. h. Briefe, keine Anwendung und andererseits würde es heißen, dieser Unverleglichkeit eine Tragweite geben, die sie nicht hat, wenn man in ihr gewissermaßen ein Verbot der Kontrolle der durch die Post spedierten Artikel und Gegenstände sehen wollte. Unter dieser Voraussetzung erklären die alliierten Regierungen: 1. Hinsichtlich ihres Rechtes der Durchsuchung und eventuell der Arretierung und Beschlagnahme der Waren, die unter der Form von Postkolis spediert werden, daß diese nicht anders behandelt werden sollen, als die unter irgend einer andern Form spedierten Waren. 2. Daß die Unverleglichkeit der Postsendungen, die in der Haagerkonvention von 1907 festgesetzt ist, dem Rechte der alliierten Regierungen keinen Eintrag tut, Waren, die in Plis, Enveloppen oder Briefen sich befinden, wie sie in den Postfäcken enthalten sind, zu untersuchen und event. zu arretieren und zu beschlagnahmen. 3. Daß die alliierten Regierungen getreu ihren Verpflichtungen und die wirkliche Korrespondenz achtend, für den Augenblick fortgesetzt sich enthalten werden, zur See diese Sendungen, Briefe oder Telegramme zu beschlagnahmen und zu konfiszieren und daß sie die möglichst rasche Uebermittlung zusichern, sobald sich deren unverdächtiger Charakter herausgestellt haben wird.

**Eine amtliche englische Geschwichtigungs-  
erklärung.**

London, 3. April.

Das Reutersche Bureau meldet:

Es wird amtlicherseits mitgeteilt, daß zwischen England oder seinen Alliierten und den Niederlanden nichts eingetreten ist, was die gestern in Holland verbreiteten sensationellen Gerüchte berechtigt erscheinen ließe. Auf der Pariser Konferenz sei nichts den Niederlanden Nachteiliges erörtert oder erwähnt worden. An der Meldung, daß die Alliierten die Landung einer bewaffneten Streitmacht auf holländischem Gebiet im Auge hätten oder gehabt hätten, sei nichts Wahres. Die in Umlauf gesetzten Geschichten seien reine Erfindung.

**Die holländische Vorsorgemaßregel keine Folge  
bestehender politischer Verwicklungen.**

Eine Erklärung der holländischen Regierung.

Haag, 4. April.

Die geheime Sitzung der Zweiten Kammer dauerte bis halb 2 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung gab die Regierung folgende Erklärung ab:

Die Regierung legt Wert darauf, im Anschluß an das in der geheimen Sitzung Mitgeteilte öffentlich zu erklären, daß die Suspendierung der periodischen Urlaube eine Vorsorgemaßregel ist, die mit dem unerschütterlichen Beschlusse, unsere Neutralitätsstrift zu wahren, zusammenhängt. Die Maßregel ist nicht eine Folge von bestehenden politischen Verwicklungen, sondern hat ihre Ursache in Daten (wörtlich: Gegebenen), die eine Zunahme der Gefahren, denen unser Land ausgesetzt ist, befürchten lassen. Es würde nicht im Interesse des Landes sein, über den Inhalt dieser Angaben etwas mitzuteilen.

**Die Meldungen aus Holland.**

Haag, 4. April. (Amtlich.)

Die Regierung nimmt keinerlei Verantwortung für die Berichte auf sich, die nicht ausdrücklich als amtlich gekennzeichnet sind.

## Kriegskalender.

23. März: Am Brückenkopf von Jakobstadt, beiderseits der Bahn Mitau—Jakobstadt und nördlich von Wibsh werden wiederholte starke russische Nachtangriffe abgewiesen; zwischen Marocz- und Wiszniew-See scheitern erneute Anstrengungen des Gegners trotz ungeheuren Einsatzes an Munition und Menschen. — Auf den Höhenrücken südwestlich von Haucourt nehmen die Deutschen die französischen Stützpunkte. — Bei Fesahie am Eigriz werden zwei englische Bataillone zurückgeschlagen. Türkische Flieger greifen erfolgreich Kut-el-Amara an. — Das Galloper Leuchtschiff wird torpediert und in beschädigtem Zustande in die Themse gebracht. — Die französische Bark „Baugianville“, der britische Dampfer „Seaserpent“ und der norwegische Dampfer „Kannil“ versenkt. — Wiederherstellung der Republik in China. — Verfahren gegen Suchomlinow. — Madensen in der Türkei.

24. März: Am Brückenkopf von Jakobstadt scheitert wieder ein starker russischer Vorstoß; nördlich der Bahn Mitau—Jakobstadt sowie nördlich von Wibsh brechen wiederholte russische Angriffe unter schweren Verlusten zusammen. — Die Italiener beschließen die Städte Görz und Rovereto. — In der Champagne, im Maasgebiete und bis zur Mosel heftige Artilleriekämpfe. Westlich Haucourt erobern die Deutschen einige Gräben. — In der Gegend von Gemghesi beiderseits des Bardar Artilleriekämpfe. — Unklarer Bericht über ein Seegefecht in der Nordsee, in dessen Verlauf ein englischer 15.000 Tonnen-Kreuzer („Alcantara“) versenkt wird und der deutsche Hilfskreuzer „Greif“ sich selbst in die Luft sprengt. — Der Postdampfer „Suffex“ auf der Fahrt von Folkestone nach Dieppe torpediert. — Sturmzonen im deutschen Reichstage; Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion.

25. März: Westlich von Jakobstadt werfen die Russen nach starker Feuerbereitung vergeblich frische sibirische Truppen in den Kampf; auch die fortgesetzten Anstrengungen des Feindes gegen die deutsche Front nördlich von Wibsh bleiben ganz erfolglos. — Im Maasgebiete lebhaft Artilleriekämpfe; Verdun wird in Brand geschossen. Englische Seeflugzeuge versuchen einen Angriff auf die nordfriesische Küste; deutsche Marineflugzeuge unternehmen einen erfolgreichen Gegenstoß und beschädigen schwer einen englischen Zerstörer; ein deutsches Torpedoboot wird vermisst. Untergang des Postdampfers „Englshman“. — Die Entente lehnt die Anregung Lansing's betreffend die bewaffneten Handelsschiffe ab. — Erzherzog Friedrich in Zwangorod.

### Eine Reise des Generalgouverneurs von Serbien.

Die „Belgrader Nachrichten“ vom 2. d. melden: Der Militärgouverneur von Serbien, FML. Graf v. Salis-Seewis, unternahm am 29. v. M. eine Inspizierungsreise in den Kreis Schabatz und trat hierbei zum ersten Male mit der Provinzbevölkerung des Landes in unmittelbare Fühlung. Der Gouverneur wurde auf seiner Reise vom Volke überall mit ehrfurchtsvollem Verbeugen begrüßt. Der Bürgermeister von Schabatz, Andreas Klas, hielt namens der Bevölkerung eine Begrüßungsrede und sagte, daß nach den langen und schweren Heimtuchungen eine Besserung ihres Schicksales unter der gerechten k. u. k. Militärverwaltung eintreten werde.

Erzellenz Graf Salis-Seewis erwiderte, daß die Militärverwaltung, von dem besten Willen bejeelt, an die schwere Aufgabe herangetreten sei, dem Volke geordnete Verhältnisse und eine bessere Zukunft zu bieten. Jetzt kommen auch die seinerzeit Internierten zurück, um an dem Wiederaufbau des Landes mitwirken zu können. Das bedeute für das Land eine Wohltat von unschätzbarem Tragweite. Er hoffe, daß sich das Volk des ihm entgegengebrachten Vertrauens würdig erweisen werde. Die Rede machte auf die Bürgerschaft tiefen Eindruck und wurde mit kräftigen Ziviorufen aufgenommen.

Die Stadt war festlich beflaggt, viele Häuser waren mit Girlanden und Teppichen geschmückt. Vor dem Hauptplatz war ein Triumphbogen mit der Aufschrift „Willkommen!“

Der Gouverneur besichtigte auch die Umgebung von Schabatz und konnte sich überall davon überzeugen, wie musterhaft die Verwaltung der Provinzkreise vor sich geht und mit welchem Feuereifer daran gearbeitet wird, dem schwer heimgesuchten Volke eine bessere Zukunft zu sichern.

## Die U-Bootfrage im Reichstagsauschuß

Bei der Beratung des Marineetat im Hauptauschuß des Reichstags machte Staatssekretär v. Capelle vertraulich eingehende Mitteilungen über den Stand der Flotte und deren Einrichtungen. Vertreter des Reichsmarineamts gaben Auskunft über den günstigen Gesundheitszustand der Marinemannschaften, über die Fleisch- und Proviantbeschaffung und über die Arbeitsverhältnisse auf den Werften.

Der Hinweis eines Fortschrittlers auf den im Hauptauschuß seit 10 Jahren eingetretenen Umschwung hinsichtlich der Verwendungsmöglichkeit der Unterseeboote gab Anlaß zu einer längeren vertraulichen Erörterung über das gesamte Schiffsbauwesen, in der neben den Rednern verschiedener Fraktionen der Staatssekretär des Reichsmarineamts wiederholt das Wort nahm.

Ein Mitglied der Deutschen Fraktion sagte dem früheren Staatssekretär von Tirpitz das Verdienst nach, dem Reichstag persönlichen Einblick in die Marineorganisation verschafft zu haben. Der Redner verlangte, daß man die Arbeiter, die die Marine in ihren Werkstätten brauche, nicht erst ausheben solle, um sie dann im Wege der Reklamation zurückholen zu müssen. Staatssekretär v. Capelle erwiderte, daß das Kriegsministerium der Marine in bezug auf die Zurverfügungstellung von Arbeitern außerordentlich entgegenkomme.

Ein konservativer Abgeordneter führte aus, daß der Wert der Großkampfschiffe sich doch auch schon gezeigt habe. Ein richtiges Urteil über die Verdienste des Großadmirals von Tirpitz werde erst dann möglich sein, wenn alle die Akten über die Wehr- und Marinevorlagen, besonders von 1911, der Öffentlichkeit übergeben würden. Alle Redner stimmten darin überein, daß der

### Bau von Unterseebooten mit allen Mitteln gefördert werden müsse.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter wies nach, daß Mitglieder seiner Partei die ersten waren, die die Bedeutung des Unterseebootes erkannten; ebenso hätten sie auf den Ausbau der Flotte im Interesse des Kleinrieges zur See immer und immer wieder gedrängt. Die bisherigen Erfahrungen des Krieges hätten ihnen Recht gegeben. Es sei zu begrüßen, wenn die Marineverwaltung den so gezeigten Weg gehe.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes erkannte an, daß die Abgg. Dr. Leonhardt, Dr. Straube, Gothein und andere mehr in ihren Bestrebungen durch die Erfahrungen Recht bekommen hätten, fügte aber hinzu, daß sie wohl aus einem gewissen instinktiven Gefühl heraus gehandelt hätten. Darauf erwiderte ein Vertreter der Volkspartei, daß er aus purer Bescheidenheit diese Auffassung des Staatssekretärs nicht akzeptieren könne, denn der Philosoph Bergson habe erklärt, daß es der Vorzug des Genies sei, instinktiv das Richtige zu finden.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter besprach die Arbeitsverhältnisse auf den Werften sowie die Akkordlöhne und die Wohnungsverhältnisse in Wilhelmshaven. Von Seiten der Marineverwaltung wurde erwidert, die bisherigen Lohnaufbesserungen einschließlich der Ueberstundenlöhne betragen seit Ausbruch des Krieges 30 pCt., also mehr, als die Beamten erhalten hätten. Den Akkordarbeitern solle im Hinblick auf die Kräfteanspannung der Arbeiterschaft eine Aufbesserung gewährt werden, die Hilfsarbeiter sollten ebenfalls in eine bessere Stellung gebracht werden.

Auf die Anregung eines Zentrumsmitgliedes, die schon früher gewünschte Besserstellung der Deckoffiziere jetzt durchzuführen, erwiderte ein Vertreter des Reichschahamts, es wäre eine große Unbilligkeit, eine Kategorie herauszugreifen und sie besserzustellen, zumal die Deckoffiziere durch die Kriegsbesoldungsbezüge in eine bessere Lage gebracht seien, wenn auch nicht bezüglich ihrer Pension.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter forderte die Wiedergewährung der Heizzulage und betonte den ausgezeichneten Gesundheitszustand in der Marine, der eine Folge der guten Verpflegung und der guten ärztlichen Fürsorge sei, die die Verwaltung durch Beförderung von Ärzten zu Oberstabsärzten anerkennen solle. — Der Staatssekretär erwiderte, in der letzten Zeit sei eine Reihe von Ärzten bereits zu Oberstabsärzten befördert worden.

Auf weitere Ausführungen hin äußerten sich die Staatssekretäre v. Capelle und Dr. Helfferich über die Einkommensverhältnisse der Offiziere, Beamten und Arbeiter in der Türkei; die Valutaunterschiede würden ausgeglichen.

Ein Zentrumsmitglied wünschte, neuen Schiffen in erster Linie Namen deutscher Stämme, deutscher Staaten und Städte zu geben.

Nach weiteren vertraulichen Beratungen wurde der Marineetat unverändert genehmigt.

Mittwoch vormittag: Etats des Reichsjustizamts und des Reichschahamts.

S. 111. 1916

**Die neuen Steuern in England.****Annahme der Fortdauer des Krieges während  
des ganzen Finanzjahres.**

London, 4. April.

Schatzkanzler Mac Kenna führte im Unterhause bei Einbringung des Staatshaushaltes aus:

Um die auf 1825 Millionen Pfund Sterling veranschlagte Jahresausgabe aufzubringen, müssen 1323 Millionen durch eine Anleihe aufgenommen und 502 Millionen aus den laufenden Einnahmen eingebracht werden. Die Steuererhöhungen umfassen die Einkommensteuer, die bis zu 5 Schilling auf 1 Pfund Sterling abgestuft ist und 43,500.000 Pfund einbringen soll, die Lustbarkeitssteuer mit einem Ertrage von 5 Millionen, die Fahrkartensteuer mit einem Ertrage von 3 Millionen, den Zuschlag auf die Zuckersteuer von  $\frac{1}{2}$  Penny auf 1 Pfund mit einem Ertrage von 7 Millionen Pfund Sterling, die Zuschläge von  $4\frac{1}{2}$  Pence auf ein Pfund Kakao und von 3 Pence auf ein Pfund Kaffee und Zichorie, die 2 Millionen bringen sollen, die Bündholzsteuer von 4 Pence auf tausend Streichhölzer, die 2 Millionen Pfund Sterling einbringen soll, die Steuer auf Mineralwasser mit einem Ertrage von 2 Millionen, die Erhöhung der Automobilsteuern im Betrage von 800.000 Pfund Sterling und die Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer von 50 auf 60 Prozent.

Der Schatzkanzler erklärte, daß der Voranschlag auf der Annahme beruhe, der Krieg werde das ganze Finanzjahr hindurch andauern. Die Ausgaben im letzten Jahre betragen 1559 Millionen Pfund Sterling und sind um 31 Millionen geringer, als veranschlagt wurde. 264 Millionen wurden den Alliierten und 52 Millionen den Dominions vorgestreckt. Der Fehlbetrag des Jahres belief sich auf 1222 Millionen. Die Staatsschuld ist bis zum 31. März auf 2140 Millionen gestiegen, wovon 368 Millionen auf die den Alliierten vorgestreckten Summen entfielen. Der Schatzkanzler wies darauf hin, daß das Vertrauen der Gläubiger zum Staate dadurch gestärkt werde, daß die Einnahmen und Steuern erhöht werden und daß für die Zinsen und die Tilgung Sorge getragen werde, ehe man das Geld aufnehme.

## Vorrücken der italienischen Truppen gegen den Nord- epirus.

Meldung der Agence Havas aus Athen.

Aus Athen wird der Agence Havas gemeldet, daß italienische Truppen gegen den Nord-epirus vorgehen.

Die griechische Regierung hat vor einigen Tagen erklärt, daß der Nordepirus zu ihrem Gebiet gehört, und die Ententemächte haben davon Kenntnis.

Jetzt rücken italienische Truppen gegen den Nordepirus vor. Das würde sicherlich zu einer Verschärfung des Verhältnisses zwischen Italien und Griechenland führen. Italien will offenbar die englische Taktik nachahmen und durch Gewalttätigkeit erreichen, daß Griechenland sich ihm unterwerfe.

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 5. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Frankreich.**

4. April, 3 Uhr nachmittags. In den Argonnen beschossen wir deutsche Stellungen, besonders in der Umgegend von Montfaucon und Malancourt.

Westlich der Maas ziemlich heftiger Geschützkampf von Avocourt bis Malancourt.

Oestlich der Maas war die Nacht verhältnismäßig ruhig. Die Deutschen machten gegen die durch unsre Gegenangriffe wiederhergestellte Front Douaumont-Baug keinen Angriffsversuch. Unsre Batterien waren gegenüber den feindlichen Stellungen in dieser Gegend ganz besonders tätig; der Feind antwortete nur schwach.

Oestlich des Priesterwaldes wurde eine starke feindliche Erkundungsabteilung durch Gewehrfeuer zerstreut.

Im Elsaß nahmen unsre Batterien Probiantskolonnen auf der Straße Thann-Mühlhausen unter Feuer.

4. April, 11 Uhr nachts. Nördlich der Wisne und in den Argonnen führten unsre Batterien ein wirksames Feuer auf die feindlichen Anlagen aus.

Westlich der Maas mißglückte ein feindlicher Angriff, der gegen 2 Uhr nachmittags gegen das Dorf Haucourt gerichtet war, vollständig.

Oestlich der Maas wurde die Beschießung im Laufe des Tages mit großer Heftigkeit wieder aufgenommen. Auf unsrer Front zwischen Douaumont und Baug richteten die Deutschen gegen 3 Uhr nachmittags einen sehr starken Angriff auf unsre ersten Linien, die ungefähr 300 Meter über dem Dorfe Douaumont liegen. Die aufeinanderfolgenden Sturmwellen, denen kleine Angriffsabteilungen folgten, wurden durch Sperrfeuer und unser Maschinengewehr- und Infanteriefeuer niedergemäht und mußten in Unordnung zu dem Chauffeurwald zurückfluten, wo unsre

Artillerie durch konzentrisches Feuer dem Feinde beträchtliche Verluste beibrachte.

Nördlich des Calletewaldes rückten die Truppen im Laufe des Tages weiter vor.

In der Boevre Artilleriekampf in den Abschnitten am Fuße der Maashöhen.

In den Vogesen versuchten die Deutschen nach lebhafter Beschießung unsrer Stellungen südöstlich Obersept an unsre Schützengräben heranzukommen, wurden jedoch durch unser Sperrfeuer in ihre Linien zurückgeworfen.

In der Nacht zum 4. d. warf eines unsrer Luftschiffe 34 Granaten auf den Bahnhof von Audun-le-Roman ab.

**Belgischer Bericht.**

Heftige Artillerietätigkeit an den Zugängen von Dignuden sowie in der Gegend von Steenstraete.

## Pressstimmen zur Reichskanzlerrede.

Bei der Besprechung der bedeutenden Reichskanzlerrede von gestern sagt das „Berliner Tageblatt“, daß sie auf einen sehr warmen Ton gestimmt war und festes Vertrauen über unsere Zukunft ausdrückte. In den heißen Dank, den der Kanzler den Kämpfern draußen aussprach, stimme das deutsche Volk mit der ganzen Kraft seines Empfindens ein. Ebenso sei dem Kanzler beizupflichten, wenn er den Opfern der armen und minderbemittelten Bevölkerung bewundernd anerkenne. Es müsse alles Erdenkbare geschehen, um von den deutschen Frauen, Kindern und Altkämpfern den Hungerschreien fernzuhalten, womit man sie bedrohe.

Als den wirkungsvollsten Teil der Rede bezeichnet der „Lokal-Anzeiger“ den, in dem der Kanzler den Unterschied zwischen den Absichten unserer Feinde und denen kennzeichnete, mit denen wir in diesen Krieg gezogen sind. Unsere Feinde ließen keinen Zweifel daran, daß ihr Ziel die Vernichtung Deutschlands ist. Wir haben uns ihnen gegenüber nie mit ähnlichen Absichten getragen. In dieser Tatsache liegt einer der wesentlichsten Gründe unserer unerschütterlichen Widerstandskraft. Die Staatsmänner, die in London, Paris und Petersburg, weiterhin verhandeln, daß die wirtschaftliche und militärische Vernichtung Deutschlands ihr Ziel sei, haben damit die Kraft, die sie niederzwingen wollen, verzehnfacht.

In der „Täglichen Rundschau“ heißt es zur Bezeichnung der Kriegsziele in der Rede des Kanzlers, über die Einzelheiten sei noch nicht zu reden gestattet. Immerhin bekannte der Kanzler sich zu bestimmten Forderungen, die bei unseren Feinden zunächst den üblichen Sturm der Entrüstung erregen werden, dann aber den Weg zum Frieden mehr ebnen würden als die Friedensdeklamationen, die bei unseren Feinden als Zeichen der Schwäche aufgefaßt wurden und den Krieg verlängerten. Ebenso wichtig für unsere Zukunft als die Aufrichtung eines Abwehrdamms im Osten sei die Sicherung im Westen und die Erringung einer Machtstellung, die die Entwicklung unseres Handels von Hemmnissen und Gefährdungen befreie.

In der „Freisinnigen Zeitung“ wird der Ernst und die Bestimmtheit hervorgehoben, womit der Reichskanzler ganz Deutschlands Entschlossenheit kundgab, sich gegen den völkerrechtswidrigen Ausbürgerungskrieg Englands mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr zu setzen. Die Ausführungen seien entschieden gewesen, aber ohne beleidigende Schärfe, und so war es eigentlich unbedenklich, heißt es dann, daß sie irgendwelchen Widerspruch hätten hervorrufen können. Aber wir besitzen im Deutschen Reichstag einen Liebling, und dieser ließ es sich nicht entgehen, an den unpassendsten Stellen alberne Zwischenbemerkungen zu machen. Es war ganz richtig, daß der Redner wie das Haus diese Störungsversuche mit Verachtung strafen.

In der „Bosnischen Zeitung“ wird hervorgehoben, daß der Kanzler gegen den englischen Ministerpräsidenten eine glückliche Wendung gebrauchte, wenn er daran erinnerte, daß Asquith sich leithin darüber beklagte, daß von Deutschland keine bestimmten Friedensangebote gemacht würden, worüber man verhandeln könne, gleichzeitig aber als englisches Kriegsziel die Vernichtung der Macht Preußens hingestellt habe. Diese beiden Forderungen seien natürlich unvereinbar. Wenn England bei solchen Verhandlungen die Forderung auf Zerrückung der preussischen Macht stellen wolle, müsse die Friedensverhandlung zwischen beiden Mächten ergebnislos verlaufen. Während unsere Feinde wiederholt erklärten, daß sie den Krieg nicht beenden wollen, ohne das Deutsche Reich vernichtet zu haben, sei unser Ziel die Sicherung einer friedlichen Zukunft Deutschlands.

wh. Wien, 6. April. (Drahtbericht.) Die Blätter würdigen die Ausführungen des Reichs-

kanzlers als ein Zeugnis von mächtiger geschichtlicher Bedeutung, weil darin die Umrisse des zukünftigen Friedens — des neuen Europa gezeichnet sind und die Grundlinien für jene Neuordnung gezogen werden, die von den Zentralmächten im Verein mit ihren getreuen Verbündeten geschaffen werden wird.

Das „Fremdenblatt“ schreibt: „Selbst die höchsten Erwartungen, die an die Erklärungen des Reichskanzlers geknüpft werden, sind übertroffen. Die Worte Bethmann Hollwegs atmeten den Geist unerschütterlicher Entschlossenheit, fester Zuversicht und tiefsten Vertrauens in die Zukunft.“ — Die „Neue Freie Presse“ schreibt: „Die Rede des Reichskanzlers ist schon an sich ein Ereignis, das die Welt vor einen neuen, vielleicht den letzten Abschnitt des mörderischen Krieges stellt.“ Das Blatt erinnert an die Friedensrede vom Dezember, die verhöhnt und als Zeichen von Schwäche gedeutet wurde und von Asquith mit Ungehörlichkeiten beantwortet worden sei und erklärt, der Reichskanzler wolle auch durch seine geistige Rede dem Frieden nützen. Nicht die Bestimmung, nur das Verfahren wurde geändert. Das „Neue Wiener Tagblatt“ schreibt: „Wenn unsere Gegner einem ehrlichen Rat zugänglich wären, könnte man ihnen nur sagen, daß sie die Worte des Reichskanzlers ebenso ernst nehmen sollten, wie es das deutsche Volk tut. Des hätte dann wenigstens die gute Folge, daß zu den bisherigen Opfern an Gut und Blut nicht noch mehr geküßt werden müßten.“ — Die „Zeit“ hebt die anerkennenden Worte des Reichskanzlers für Oesterreich-Ungarn und seine Kriegseinstellungen hervor und brüht den Wunsch aus, daß es dem Reichskanzler beschieden sein möge, die schönen Zukunftspläne zu verwirklichen, die er in seiner geistigen Rede entwickelte. — Die „Reichspost“ führt aus: „Dem Asquithschen Programm der Vernichtung setze der deutsche Kanzler das Programm der Völkerbefreiung entgegen.“ — Das „Deutsche Volksblatt“ schreibt: „Grundsätzlich und bestimmt, wie diese Äußerungen des Reichskanzlers waren, bilden sie die bedeutendste Kundgebung in diesem Kriege; denn sie verkünden den unterdrückten Völkern die Freiheit und eröffnen der ganzen Welt einen Ausblick auf eine neue Epoche der Menschheit.“

wh. Budapest, 6. April. (Drahtbericht.) Sämtliche Blätter besprechen die Rede des Reichskanzlers und heben namentlich die bedeutenden Erklärungen über die Unmöglichkeit des Status quo ante hervor, wodurch die Friedensfrage auf eine realpolitische Grundlage gestellt und den eiteln Auslassungen über die Zerrückung Deutschlands in würdiger Weise gebarntete Worte erteilt worden sind.

Der „Besier Lloyd“ schreibt: „Die Rede von Bethmann Hollweg ist kein konkretes Friedensangebot, aber sie gibt mit aller erdenklichen Klarheit die Grundlagen an, auf denen die siegreichen Mächte Zentraleuropas die eigene Zukunft zu gestalten fest entschlossen sind.“

**Der Eindruck der Kanzlerrede in Wien.**

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Wien, 6. April.

Die Rede des deutschen Reichskanzlers hat in allen hiesigen politischen Kreisen tiefen Eindruck hervorgerufen. Der Schwung seiner Ausführungen, der warme und zuversichtliche Ton und die wirkungsvolle Sachlichkeit werden durchweg mit herzlicher Anerkennung gewürdigt. Besonders Lob wird der sehr geschickten Art gespendet, wie Herr von Bethmann Hollweg, soweit es ihm die grundsätzliche Zurückhaltung bei der Erörterung der Kriegsziele gestattete, doch in einer für Freund und Feind außerordentlich aufschlußreichen Weise umschrieben hat, was die deutsche Politik als fest zu haltendes Ergebnis der Waffenerrfolge für unentbehrlich erachtete.

Nicht am Sieger liegt es, als erster die Bedingungen zu nennen, unter denen er die Waffen aus der Hand legen möchte. Das ist Sache der Besiegten, die ja wissen müssen, wie lange sie ihren Völkern noch eine nutzlose Verlängerung des Krieges auferlegen können. Dennoch kann in den Hauptstädten des Vierverbandes nach der gestrigen Rede des deutschen Reichskanzlers kein Zweifel mehr darüber bestehen oder vorgeschützt werden, was Deutschland will und zu welchen Bedingungen von ihm der Friede zu erlangen wäre.

Selbstverständlich hat Herr von Bethmann Hollweg, der im Namen Deutschlands sprach, in erster Linie auch nur von Deutschland gesprochen und sich über die deutschen Kriegsziele gegenüber Rußland und den Westmächten verbreitet.

Was in dieser Beziehung Oesterreich-Ungarn anbelangt, so läßt die in der Kanzlerrede enthaltene Aufzählung der kriegerischen Erfolge durch die charakteristische Erwähnung der Gebiete auf dem Balkan, auf denen die österreichisch-ungarischen Waffen siegreich vorgedrungen sind, bestimmte Schlußfolgerungen zu.

Schließlich ist noch bemerkenswert, daß Herr von Bethmann Hollweg an jener Stelle seiner Rede, die sich mit dem künftigen Schicksal der von den Mittelmächten besetzten russischen Gebiete befaßte, sich damit begnügte, in negativer Form die den Mittelmächten gemeinsame Auffassung so zu verkünden, daß er die Unmöglichkeit einer Fortdauer der russischen Herrschaft betonte. Die negative Umschreibung muß für das feindliche Ausland vollkommen genügen, und aus diesem Grunde hat Herr von Bethmann Hollweg positive Angaben über die den Mittelmächten vorbehalten interne Regelung dieser Frage unterlassen.

## Die Sozialdemokratie nach dem Weltkrieg.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Konrad Haenisch, der während des Krieges schon in mehreren Broschüren die nationale Haltung seiner Partei gegen alle aus den Reihen der Sozialdemokratie selbst kommenden Vorwürfe verteidigt hat, legt in einem neuen Buch „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg“ (Berlin, C. U. Schwetschke u. Sohn, Verlagsbuchhandlung) ein neues Bekenntnis zum deutschen Volkstum ab. Das Werk wird auch in bürgerlichen Kreisen, die seinen Gedankengängen oft nicht folgen, Beachtung finden, weil er eine lehrreiche Uebersicht über die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie während des Krieges und den Verlauf ihrer inneren Wirren bietet.

Haenisch schildert, wie es zur Spaltung kam. Er hebt hervor, daß seit langen Jahren die innerpolitischen Gegensätze der Sozialdemokratie zur Regierung und zu den bürgerlichen Parteien nicht so scharf zugespitzt waren, wie in den Monaten vor dem Kriege. Er weist auf die sozialdemokratischen Proteste gegen den Krieg in den kritischen Wochen des Juli 1914 hin und betont, „Angehörige der bürgerlichen Parteien können sich unmöglich eine Vorstellung davon machen, welche ungeheure seelische Erschütterung die Sozialdemokratie in jenen Tagen zwischen dem 1. und 4. August 1914 durchlebt hat,“ als sie sich „aus der denkbar schroffsten innerpolitischen Kampfstellung gegen die Regierung und gegen alle übrigen Parteien innerhalb weniger Stunden hineinfinden mußte in die gemeinsame Kampffront des ganzen deutschen Volkes.“ Von Station zu Station verfolgt Haenisch die Entwicklung der Wirren in der Sozialdemokratie bis zur Spaltung der Reichstagsfraktion. Er rechnet mit „mehr oder minder belanglosen Abspaltungen“ von der Partei, glaubt aber, daß „die überwältigend große Mehrheit“ der Partei treu bleiben wird.

Wie wird die Sozialdemokratie nach dem Krieg aussehen? „Die großen Grundanschauungen des Sozialismus“ sind nach der Meinung von Haenisch „durch den Krieg nicht nur nicht erschüttert worden,“ sondern „in Herzen und Hirnen nur noch fester verankert.“ Sind aber auch „die Ziele dieselben geblieben“, so sieht Haenisch „doch die Wege, die zu diesen Zielen hinführen sollen, heute vielfach anders als in der Zeit des Vor-August.“ Niemand denkt daran — sagt er — den Klassenkampf abzuschwören: „Ebenso gut könnten wir die Sonne abschwören, die am Himmel leuchtet, oder das Meer, das an unsere Küsten brandet.“ Denn wie diese sei auch der Klassenkampf keine Theorie, keine Hypothese, kein wissenschaftliches System, sondern eine Tatsache der rauhen Wirklichkeit. Von Sozialdemokraten zu verlangen, sie sollten den Klassenkampf abschwören, sei eine vollendete Sinnlosigkeit. Aber die Formen dieses Klassenkampfes werden sich, wie Haenisch hofft, nach dem Kriege in Deutschland ändern. Die sittliche Infamierung des Meinungsgegners, seine Boykottierung, die polizeiliche Drangsalierung dürfen nicht wiederkehren. Auch den Internationalismus will Haenisch nicht abschwören, ebensowenig die „theoretischen Ansichten über die besten Verfassungsformen des Staatswesens“, „wenn auch die frühere Begeisterung zahlloser deutscher Arbeiter für die bürgerliche Republik ganz beträchtlich abgeklüftet worden sein dürfte.“ — Bei der praktischen Mitarbeit der Partei wird „das Interesse der Arbeiterklasse der Kompaß ihres Handelns sein.“ Doch wird sie „in dieser ihrer Vertretung der Arbeiterinteressen künftig manches von ihrem bisherigen Doktrinarismus aufgeben.“ So wird sie „besonders in den Fragen der Steuer- und der Handelspolitik vorurteilslos an eine Prüfung der neuen hier auftauchenden Probleme herangehen.“ Bei der Frage, „wie die Sorge für die einheimische landwirtschaftliche Produktion in besseren Einklang als bisher zu bringen ist mit den Interessen der Konsumenten, wird die Sozialdemokratie um eine sehr ernste Selbstprüfung nicht herauskommen“, und entscheiden müssen, „ob sich ihre bisherige Haltung da in allen Einzelheiten noch wird ausrechterhalten lassen.“ „Ganz von selbst“ wird nach Ansicht von Haenisch „die unendlich erweiterte Mitarbeit auf allen Gebieten des staatlichen Lebens, die der Sozialdemokratie nach dem Kriege harret, auch eine Aenderung des taktischen Verhältnisses zwischen ihr und einzelnen Gruppen der anderen Parteien herbeiführen.“ Haenisch bittet schließlich, ihn nicht mißzuverstehen: „Die Sozialdemokratie wird sich nicht etwa nunmehr dogmatisch für ewige Zeiten auf die allein seligmachende parlamentarische Methode festlegen,“ sie wird „nicht aufhören, eine sozialdemokratische Partei zu sein, deren klar erkanntes und bewußt erstrebtes Endziel die sozialistische Neugestaltung unseres gesamten Gesellschaftslebens ist.“

Soviel glaubt Haenisch „heute schon sagen zu dürfen, ohne in den schlimmen Ruf eines leichtfertigen und leichtfertiger Propheten zu geraten.“ — Er ist hier selbst zu Worte gekommen, weil dadurch am besten der Zweck und das Ziel seines Buches klar wird. Es bleibt nun zunächst abzuwarten, wie weit seine Prophezeiungen Zustimmung in den eigenen Reihen finden werden. An Widerspruch aus bürgerlichen Kreisen wird es ihm nicht fehlen, wenn er vielfach auch nur ausgesprochen hat, was seit Jahren aus sozialdemokratischem Munde wiederholt gehört worden ist. Die Verwirklichung seiner Wünsche und Hoffnungen unterliegt aber nicht der Entscheidung seiner Freunde oder Gegner in der Gegenwart: sie ist bedingt durch den Abschluß des Krieges und die Entwicklung unserer ganzen inneren Politik nach dem Frieden. C. K.

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 5. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

3. April. Längs der ganzen Front vom Val Lagarina zum Val Sugana hielt am 1. und 2. d. das Artilleriefeuer des Feindes mit wachsender Stärke an. Wir erwiderten energisch. Unsere Fliegeraufklärung meldete lebhafteste Truppen- und Trainbewegungen, die unsere Artillerie wirksam unter ihr Feuer nahm. Feindliche Flieger, welche häufige Erkundungsfüge über unsere Linien versuchten, mußten sich infolge des Feuers unserer Abwehrgeschütze in großer Höhe halten und wurden durch unsere Jagdgeschwader in die Flucht getrieben. Im Val Cismon griffen unsere Vorposten eine österreichische Abteilung in der Malga Ronzan an und drängten sie zurück. Im Val S. Pellegrino (Abisio) wurde in der Nacht auf den 2. d. ein feindlicher Angriff gegen unsere Stellungen auf der Costabella abgewiesen. Im Abschnitt des Monte Cristallo (oberes Rienztal) eröffnete die feindliche Artillerie ein heftiges Feuer gegen unsere neuen Stellungen auf dem Rauchkofel. Sie wurde bekämpft und zum Schweigen gebracht.

Unsere Infanterie erweiterte die jüngst eroberte Stellung um die Spitze Rote 1979, welche das Cristallotal beherrscht. Während des ganzen Tages am oberen But und längs der Sionzofront lebhafteste beiderseitige Artillerietätigkeit, besonders heftig auf den Höhen nordwestlich von Görz. In der Nacht auf den 2. d. gelang es einem eigenen Lenkballon trotz starker Luftströme, den Eisenbahnknotenpunkt von Opicina nördlich von Triest zu überfliegen und 800 Kilogramm von hoher Explosivkraft herabzuwerfen. Von zahlreichen feindlichen Batterien beschossen, kehrte das Luftschiff glücklich zu unsern Linien zurück. Am Morgen unternahmen sechs Caproniflugzeuge einen kühnen Angriff auf Adelsberg, eine wichtige Bahnstation und Sitz hoher, österreichischer Kommanden. Sie belegten ihr Ziel mit vierzig Bomben, welche ausgedehnte Brände verursachten. Den Angriff feindlicher Flieger wehrten unsere glänzend ab und kehrten unverfehrt heim.

4. April. Längs der ganzen Front beiderseitige Artillerietätigkeit von gesteigerter Heftigkeit im Abschnitt zwischen Val Lagarina und Val Sugana und auf den Höhen nordwestlich von Görz. In der Nacht auf den 3. d. wurden kleine Angriffe gegen unsere Stellungen auf dem Rauchkofel (Monte Cristallo) und auf dem Mrzli Brh abgewiesen. Feindliche Flieger versuchten beharrlich, unser Gebiet anzugreifen, wurden aber durch das Feuer unserer Artillerie

und Gegenangriffe unserer Aviatiker zurückgetrieben. Einem Flieger gelang es, zwei Bomben auf Bassano zu werfen, die aber nur ganz leichte Schäden verursachten. Ein eigener Caproniapparat ließ eine schwere Bombe auf Grafenberg fallen, welche einen Brand hervorrief.

## Eine angebliche Friedensvermittlung.

Enthüllungen des Unterstaatssekretärs Zimmermann.

\* Wien, 5. April.

Die Chemnitzer Volksstimme erzählt, was eigentlich Wahres an der Behauptung des Abg. Gaase ist, daß England schon im April 1915 zu einem Deutschland günstigen Frieden bereit war, daß Deutschland aber eine dahingehende Anregung zurückgewiesen habe. Noch in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages vom 29. März hatte der Abg. Ledebour diese Gaasesche Friedensgeschichte von neuem zur Sprache gebracht. Er hatte vom Reichskanzler Auskunft verlangt darüber, ob und warum im April 1915 englische Friedensunterhändler abgewiesen worden seien. Der Reichskanzler stellte kategorisch fest, daß solche Behauptungen falsch seien; er wisse von englischen Friedensangeboten nichts. Der im Sitzungszimmer anwesende Abg. Gaase redete darauf lebhaft auf Ledebour ein und schrieb ihm den Wortlaut zu neuen Fragen auf, zu denen Ledebour von der Kommission der Wichtigkeit der Sache wegen das Wort erteilt wurde, obgleich die Verhandlungen vom Vorsitzenden schon geschlossen worden waren. Abg. Ledebour führte aus, daß der Vorgang, von dem er spreche, sich zugetragen habe, als der Kanzler von Berlin abwesend war. Wohl aber werde der Unterstaatssekretär Zimmermann Auskunft darüber geben können. Wie schon bei der früheren Erörterung der Angelegenheit, führte Unterstaatssekretär Zimmermann daraufhin aus, daß niemals ein englischer Friedens-

unterhändler abgewiesen wurde, weil ein solcher sich nicht gemeldet habe. Es handle sich um folgendes: Der bekannte deutsche Pazifist Prof. Schücking sei zu ihm (Zimmermann) in das Auswärtige Amt gekommen und habe mitgeteilt, daß er in Holland unter anderem auch mit dem Pazifisten v. Lepper-Bastl an einer Anti-Drlog-Raad-Tagung teilgenommen habe. Bei der Gelegenheit habe sich der als Pazifist bekannte holländische Unterstaatssekretär Drosselhuis vom holländischen Justizministerium angeboten, als Friedensunterhändler zwischen Deutschland und England nach Berlin zu kommen. Er (Unterstaatssekretär Zimmermann) habe darauf erklärt, daß er selbstverständlich jeden Beauftragten englischer verantwortlicher Staatsmänner oder ernsthafter politischer Kreise zu empfangen bereit sei, es aber ebenso selbstverständlich ablehnen müsse, durch einen Privatmann seinerseits nach England Friedensangebote hinüberzugeben. Mitglieder des Anti-Drlog-Raad seien dann aber doch nach England gefahren und haben dort mit den bekannten Friedensfreunden John Burns, Trevelyan, Mac Donald usw. eine Besprechung gehabt. Als sie in ihrem Verlauf ihre Meinung dahin ausgesprochen hätten, Deutschland und England könnten doch sicherlich zunächst einmal über einige konkrete Punkte zu Verhandlungen kommen, zum Beispiel über das belgische Problem, seien sie auf allgemeine Ablehnung gestoßen; John Burns habe es — so laute der Bericht aus Holland über die Szene — als eine „unverschämte (impudent) Zumutung“ abgelehnt, mit Deutschen über Belgien zu verhandeln; Belgien sei für England kein „Handelsobjekt“ (bargaining object); Deutschland müsse Belgien erst bedingungslos geräumt und wieder hergestellt haben, ehe überhaupt von irgendwelchen Unterhandlungen die Rede sein könne. Unter solchen Umständen sei es doch geradezu selbstverständlich, daß sich kein verantwortlicher deutscher Mann mit dieser Geschichte weiter befassen könne.

Diesen sachlich unanfechtbaren Darlegungen fügte Unterstaatssekretär Zimmermann dann noch hinzu: Er (Zimmermann) habe gehört, daß die alberne Drosselhuis-Geschichte in gewissen Kreisen, namentlich auch der sozialdemokratischen Parteiopposition, immerfort demagogisch-agitatorisch ausgenützt werde. Deshalb habe er eines Tages Herrn Gaase zu einer Unterredung eingeladen und ihm mit rückhaltloser Offenheit das gesamte Material und die ihm zugegangenen Berichte unterbreitet. Auf die Frage, ob Gaase irgend etwas an seiner (Zimmermanns) Haltung in dieser Sache auszuweisen finde, habe dieser keine Antwort gegeben.

Schließlich bemerkt die Chemnitzer Volksstimme noch: Gaase hatte die Sitzung am Abend des 29. März vor ihrem Abschluß verlassen. In der Sitzung vom 30. März teilte der Unterstaatssekretär Zimmermann dann mit, daß er mit der Bitte um Bekanntgabe ein Schreiben vom Abg. Gaase erhalten habe, worin dieser sagte, in der vorausgegangenen Verhandlung seien anscheinend zwei verschiedene Vorgänge miteinander verwechselt worden: nämlich die Verhandlungen im holländischen Anti-Drlog-Raad vom April 1915 und die Verhandlungen in London im Juli desselben Jahres. Zimmermann fügte aber hinzu, daß diese Darstellung Gaases unrichtig sei: er habe in der erwähnten Unterredung die ganze Sache dargestellt, zunächst die holländischen und dann die englischen Besprechungen. In der Sache selbst blieb es bei der Darstellung vom Tage zuvor. Der Unterstaatssekretär gab dann der Erwartung Ausdruck, daß nun endlich den falschen Gerüchten ein Ende gemacht worden sei.

6. IV. 1916

**Der Postkrieg der Alliierten gegen die Neutralen.****Eine Denkschrift Englands und Frankreichs.**

Paris, 5. April.

Die Agence Havas meldet:

Nachdem einige neutrale Regierungen Frankreich und Großbritannien um Erklärungen über das Anhalten von Postpaketen, welche nach Feindesland bestimmt sind oder von ihm kommen, sowie über die Kontrolle von postalischen Korrespondenzen der Feinde er sucht hatten, wurde gestern den Regierungen der Vereinigten Staaten, Spaniens, Hollands, der Schweiz, der skandinavischen Staaten und der drei südamerikanischen Republiken eine Denkschrift der Alliierten überreicht. Diese erinnert daran, daß die Mächte auf der Haager Konferenz im Jahre 1907 auf Anregung Deutschlands selbst die Unverletzlichkeit der postalischen Korrespondenzen ausgesprochen haben. Die Denkschrift erwähnt des vom deutschen Kreuzer „Prinz Eitel Friedrich“ gegenüber dem französischen Dampfer „Florina“ geschaffenen Präzedenzfalles und erinnert daran, daß die Deutschen zahlreiche Postfächer vernichtet oder durchsucht hätten. Andererseits habe die deutsche Regierung erklärt, daß sie das Haager Abkommen als nicht anwendbar betrachte, da es nicht von allen Kriegsführenden unterzeichnet worden sei.

Die Denkschrift schließt mit folgenden Schlüssen:

1. Die Unverletzlichkeit kommt nicht in Betracht bei allen jenen Postsendungen, welche nicht Korrespondenzen sind. Andererseits würde es bedeuten, dieser Unverletzlichkeit eine Tragweite zu verleihen, die sie nicht besitzt, wenn man für die Befreiung der von der Post beförderten Artikel und Gegenstände, selbst der Kriegsbannware, von jeglicher Kontrolle sorgte. Unter diesen Verhältnissen geben die Regierungen der Alliierten bekannt, daß bei den in Postpaketen versandten Waren ihr Durchsuchungsrecht und unter Umständen das Recht des Anhaltens und der Beschlagnahme nicht anders ausgeübt wurde und nicht anders ausgeübt werden wird als bei den in jeder anderen Form versandten Waren.
2. Die durch das Haager Abkommen vom Jahre 1907 festgesetzte Unverletzlichkeit der postalischen Korrespondenzen beeinträchtigt keineswegs das Recht der Regierungen der Alliierten, Waren, die in Hüllen, Umschlägen, Briefen oder in Postfächern versteckt sind, zu durchsuchen, und falls dies nothut, anzuhalten oder zu beschlagnahmen.
3. Treu ihren Verpflichtungen und in Achtung der wirklichen Korrespondenzen werden die Regierungen der Alliierten für den Augenblick fortfahren, sich auf dem Meere der Beschlagnahme und Wegnahme dieser Korrespondenzen, Briefe oder Depeschen zu enthalten und deren Uebermittlung so schnell wie möglich sichern, sobald ihre Unverletzlichkeit dargelegt ist.

6. IV. 1916

### Wo stecken die Armeen Kitcheners?

Berlin, 5. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der „Lokalanzeiger“ meldet von der holländischen Grenze: Der Korrespondent des „Lokalanzeiger“ hatte gestern nach der Sitzung der holländischen Kammer Gelegenheit, sich mit einem der erfahrensten und eingeweihtesten Politiker zu besprechen. Nach den Mitteilungen dieses Gewährsmannes stellt sich die Lage wie folgt dar:

Die Erklärung der englischen Regierung, daß auf der Pariser Konferenz nichts Nachteiliges gegen Holland beratschlagt oder beschlossen worden sei, sagt zu viel, um glaubwürdig zu erscheinen. Man schenkt ihr daher in unterrichteten Kreisen keinen Glauben, fragt vielmehr: Wo stecken die Armeen Kitcheners? Weshalb werden Millionen ausgehoben und nur verhältnismäßig wenig Truppen nach Frankreich geschickt? Weshalb hält man so viel Truppen in England fest und was bedeutet die ausdrückliche Erklärung der französischen Konferenz, daß man sich über die Kriegsmassnahmen geeinigt habe? Ueber welche Kriegsmassnahmen? Ueber die bisherigen wahrscheinlich nicht. Also muß man doch andere als die bisherigen ins Auge gefaßt haben. In der Tat ist die niederländische Re-

gierung darauf aufmerksam gemacht worden, daß begründete Ursache vorhanden sei, jetzt mehr denn je auf die Küste des Landes achtzugeben, und man darf annehmen, daß die niederländische Regierung die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Warnung nicht grundlos sei. Das ist die Ursache der soeben getroffenen militärischen Massnahmen, deren Umfang und Bedeutung im übrigen stark übertrieben worden sind. Die vorläufig beurlaubten Jahrgänge sind keineswegs wieder einberufen worden, sondern es werden lediglich nicht neue Urlaube erteilt. Der Umstand, daß man auch an der deutschen Grenze die Wachsamkeit erhöhte, ist nicht anders zu deuten, als daß Holland seine strikte Neutralität nach allen Seiten hin wahren will. Das traurige Unglück der „Tubantia“ hat mit dieser Massnahme nichts zu tun.

6. IV. 1916

**Der Anmarsch italienischer Truppen gegen den Nordepirus.**

Wien, 5. April.

Aus Athen wird gemeldet: Die in der Kammer eingebrachte Interpellation der Abgeordneten des Nordepirus, derzufolge die Interpellanten im Besitz von Nachrichten seien, daß etwa 6000 Mann italienischer Truppen von Valona gegen den Nordepirus im Anmarsche seien, hat in der Hauptstadt den stärksten Eindruck hervorgerufen. Obzwar Ministerpräsident Skuldis erklärte, keine Kenntnis von diesen Meldungen zu haben und sie als unwahrscheinlich bezeichnete, erhalten sich hartnäckig die auch durch Zeitungsmeldungen wiederholten Gerüchte über den Anmarsch der Italiener.

Es wird in hiesigen politischen Kreisen bemerkt, daß es bei einem tatsächlichen Versuch der Italiener, in den Nordepirus einzudringen, zu ernststen Weiterungen kommen müßte. Zahlreiche griechische Truppen sind erst kürzlich in den Epirus einmarschiert und haben feldmäßige Befestigungen aufgeworfen. Es wird versichert, daß die Truppen den Befehl haben, einem Einmarsch der Italiener mit Waffengewalt Widerstand zu leisten. Bei der in der griechischen Armee und Öffentlichkeit herrschenden Stimmung gegen Italien wird jede andere Haltung als ausgeschlossen bezeichnet.

Bezüglich der letzten Kollektivnote der Entente in der Frage des Nordepirus herrscht hier nach wie vor die Annahme, daß sich England, Frankreich und Rußland zur Teilnahme an diesem Schritt nur Italien zuliebe entschlossen, im übrigen aber nicht geneigt sind, in diesem Falle ernste Konsequenzen zu ziehen.

6. IV. 1916

**Der Rücktritt des Kriegsministers Dupelli.  
Ernennung des Generals Morone zum Kriegs-  
minister.**

Mailand, 5. April.

Durch ein gestern erschienenenes königliches Dekret ist, den Blättern zufolge, die Demission des bisherigen Kriegsministers Dupelli angenommen und Generalleutnant Paolo Morone zu seinem Nachfolger ernannt worden.

Als Grund der Demission Dupellis wird offiziell sein Wunsch angegeben, in aktiver Kommando-  
stellung am Kriegsteilzunehmen.

Der König verlieh Dupelli motu proprio das  
Großkreuz des Ordens der italienischen Krone.

**König Nikita.**

Berlin, 5. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) „B. 3. am Mittag“ meldet aus Sofia: „Neon Usty“ berichtet: Hier eingetroffene griechische Blätter lassen erkennen, daß die Lage des Königs Nikita gegenüber der Entente sich gebessert habe. Die Entente erlaubt ihm die Ernennung einer neuen montenegrinischen Regierung, die ihren Sitz in Bordeaux haben wird. Nach ihrer Ernennung wird König Nikita die früheren Minister feierlichst ihres Amtes für verlustig erklären.

## Italien und Griechenland.

Ein Protest bei Skudis wegen des Nordepirus.

N. Lugano, 5. April. Aus Athen wird den italienischen Blättern gemeldet:

Den Blättern „Paris“ und „Embros“ zufolge hat der italienische Gesandte beim Ministerpräsidenten Skudis gegen die Bildung griechischer Banden im Nord-Epirus protestiert, da sie die Bewegungen der italienischen Truppen behindern.

Skudis erwiderte, daß diese Banden nicht auf griechischem Boden gebildet worden seien, und lenkte die Aufmerksamkeit des Gesandten auf das Treiben albanischer Banden an der griechischen Grenze.

6. IV. 1916

**Berichte der feindlichen Generalstübe.**

Wien, 6. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Frankreich.**

5. April, 3 Uhr nachmittags. In den Argonnen Handgranatenkampf im Abschnitt Volants-Ville-Morte. Wir brachten zwei Minen zur Entzündung, welche die feindlichen Schützengräben beschädigten.

Westlich der Maas verlief die Nacht verhältnismäßig ruhig.

Ostlich der Maas hatten wir mehrere Teilgefechte, in deren Verlauf wir in den Verbindungsgräben im Norden des Caillottewaldes Fortschritte machten.

In der Woebre kräftiges Bombardement in den Abschnitten von Moulainville und Chatillon. Die Deutschen warfen nördlich St.-Mihiel 22 Minen in die Maas, die sich, ohne Schaden zu verursachen, an den Sperren entzündeten.

In Lothringen unternahmen die Deutschen nach einem heftigen Bombardement unsrer Stellungen zwischen Arracourt und St. Martin mehrere kleine gestaffelte Infanterieangriffe an verschiedenen Punkten dieses Abschnittes. Der Feind wurde überall durch Maschinengewehr- und Artilleriefener zurückgeschlagen.

In den Vogesen wurde eine starke Erkundungsabteilung des Feindes, welche sich den Gräben südöstlich Celles zu nähern versuchte, leicht zerstreut.

In der Gegend von Verdun lieferten unsre Kampfflugzeuge am 4. d. fünfzehn Luftgefechte, in deren Verlauf ein deutsches Flugzeug mit Doppelmotor beim Teich von Hauts Fourneaux abgeschossen wurde. Ein andres feindliches Flugzeug stürzte beim Walde von Tilly ab. Schließlich schlug ein drittes deutsches Flugzeug senkrecht auf den Boden auf. Alle Flieger sind unverfehrt zurückgekehrt. In der Nacht zum 4. d. warf eines unsrer Kampfgeschwader 14 Geschosse auf den Bahnhof von Mantillois und 15 auf die Bivats bei Damvillere ab.

## Die deutschen Kriegsziele

Zur Rede Bethmann-Hollwegs

Die große Rede, die Bethmann-Hollweg am Mittwoch im deutschen Reichstag gehalten hat, unterscheidet sich von früheren dadurch, daß hier zum ersten Male gewisse Kriegsziele bestimmt umrissen werden. Der deutsche Reichskanzler betonte dabei ausdrücklich, daß vor dem Kriege die deutsche Politik diese Ziele nicht verfolgt habe. Aber nun sei alles anders, nun gelte es vor allem, einen Schutzwall um die Grenzen aufzurichten.

Auffallen muß zunächst, daß von Frankreich in der Aufzählung bestimmter Kriegsziele nicht die Rede ist. Nach dieser Seite scheint also den Deutschen ein verstärkter Schutz nicht nötig zu sein. Diese Beobachtung deckt sich übrigens auch mit einer andern, die mit Realpolitik nichts zu tun hat. Wer die deutsche Presse seit Kriegsausbruch verfolgt hat, dem ist sicherlich nicht entgangen, daß höchst selten einmal ein heftiges Wort an die Adresse des westlichen Nachbarn gerichtet wurde, die Pfeile zielten immer entweder nach Osten oder dann über den Kanal. Und die Rede des deutschen Reichskanzlers läßt den Schluß zu, daß auch realpolitisch gesprochen kein scharfer Gegensatz zwischen den deutschen und den französischen Interessen besteht.

Ganz anders gegenüber Rußland. Die Ausführungen des Kanzlers sind hier durchaus unmißverständlich. Wenn der Friede nach dem Willen Deutschlands geschlossen wird, so geht das besetzte Land zwischen der baltischen See und den wohnynischen Sümpfen für Rußland verloren. Der deutsche Reichskanzler sagt nicht, daß Deutschland diese Länder dem Reiche einverleiben wolle, er sagt nur, daß die Polen, Litauer, Balten, Letten dem reaktionären Rußland entrissen werden müssen. Es existiert offenbar ein Plan, aus diesen Völkern einen oder mehrere selbständige Staaten zu bilden, die gewissermaßen als Schutzwall gegen Rußland dienen sollen. Irgend welche bestimmten Angaben über die Gestaltung der Dinge in diesen Zukunftsstaaten hat der Kanzler vermieden. Das wäre ja auch sicherlich verfrüht, um so mehr als die oben genannten Völker selbst noch durchaus im Unklaren sind über ihre Zukunft. Unter den Polen, Litauern und Letten herrschen recht erhebliche Meinungsverschiedenheiten, von denen an dieser Stelle schon mehrfach die Rede war.

Wir wiederholen: heute liegt die bestimmte deutsche Erklärung vor, daß Deutschland nicht einem Frieden zustimmen wird, durch den die besetzten Gebiete des russischen Reiches wieder zur alten Herrschaft zurückfallen würden.

Nicht ganz so klar sind die Ausführungen über das Schicksal Belgiens in einem Frieden, der im Sinne der deutschen Wünsche geschlossen würde. Bethmann sagte zunächst, die besetzten Teile Belgiens würden nicht wieder herausgegeben, ohne bestimmte Garantien dafür, daß sie nicht zu einem Bollwerk gegen Deutschland ausgebaut werden. Daraus kann man schließen, daß die deutsche Regierung nicht die Absicht hat, das belgische Gebiet zu behalten. Immerhin denkt sie offenbar an ein neues Belgien, das den deutschen Interessen gemäß gestaltet werden soll. Auffallen muß hier besonders die Stelle, in der der Kanzler betont, Deutschland werde es sich angelegen sein lassen, die flämischen Belgier vor weiterer Verwelschung zu sichern. Bekanntlich herrschen seit der Gründung des belgischen Staates im Jahre 1830 scharfe Gegensätze zwischen den niederdeutschen Flämen und den Wallonen. Die oben zitierte Auslassung des deutschen Reichskanzlers läßt nun zum mindesten darauf schließen, daß Deutschland in einem Friedensschlusse bestimmte Garantien zugunsten seiner Stammverwandten verlangen wird. Sie kann aber auch viel weiter ausgelegt werden.

Im übrigen sprach Bethmann von der Pflicht Rußlands, Ersatz zu leisten für den Schaden, der den Deutschen russischer und deutscher Staatsangehörigkeit während dem Kriege zugefügt worden ist.

Die große Rede des deutschen Reichskanzlers hat die Bedeutung eines historischen Dokuments, und man kann aus ihr eine schwache Hoffnung schöpfen. Wenn die Staatsmänner während eines Krieges anfangen, bestimmte Friedensziele zu nennen, so pflegt der Kulminationspunkt der Feindseligkeiten schon überschritten zu sein.

## Graf Albert Apponyi über die Rede des deutschen Reichskanzlers.

Aus Anlaß seines Namensfestes wurde heute Graf Albert Apponyi von der Unabhängigkeitspartei for-  
malig begrüßt.

Auf die Ansprache Julius Säghys antwortete Graf Apponyi in einer längeren Rede, in der er vor-  
schickte, daß, da der Reichstag nicht versammelt ist, er  
den Anlaß gern ergreife, um sich über die politische Lage  
seiner Vaterlandes zu äußern.

Graf Apponyi knüpfte an die deutsche Kanzlerrede an, die  
eine vom Selbstgefühl und Kraftbewußt-  
sein strotzende Offenbarung nannte. Herr v. Beth-  
mann Hollweg habe festgestellt, daß gleichwie nicht die Zentral-  
mächte den Krieg wollten, ebenso auch die Fortdauer des  
Krieges einzig und allein der Hartnäckigkeit unserer Feinde  
zuschreiben sei. Vor drei Monaten seien im deutschen Reichs-  
tage sowohl wie im ungarischen Parlament friedliche Aeuße-  
rungen gefallen, die von der Bereitwilligkeit der Zentralmächte  
ein Ergebnis abzulegen, einen gerechten, der Kriegslage und unseren  
eigenen Zielen entsprechenden Frieden zu schließen. Die  
Antwort aus dem feindlichen Lager war eine spöttische Miß-  
billigung dieser Erklärungen; man faßte sie als Zeichen der

Schwäche auf und der englische Ministerpräsident ging so weit,  
die Vernichtung der militärischen Macht des Deutschen Reiches  
als unerläßliche Friedensbedingung hinzustellen. Ange-  
sichts einer solchen Aufnahme unserer  
Friedfertigkeit blieb den Zentralmächten  
nichts anderes übrig, als den Kampf fortzu-  
setzen. Speziell Ungarn war um so mehr hierzu bemüht,  
als der Viererband eingestandenermaßen  
Kriegsziele verfolgt, die die Zertrümme-  
rung unserer Monarchie und namentlich des  
historisch gewordenen ungarischen Staats-  
gebietes in sich schließen.

Graf Apponyi betonte, es sei auch heute seine Ueber-  
zeugung, daß in einem Kampfe, der für die nationale Existenz  
geführt werde, jeder andere Gesichtspunkt in den Hintergrund  
zurücktrete und die ganze Kraft der ungarischen Nation und  
des ungarischen Staates auf die Erringung des Sieges kon-  
zentriert werden müsse. Mit Genugtuung stellte der Redner  
fest, daß die Unabhängigkeitspartei, die größte unter den  
oppositionellen Parteien des ungarischen Parlaments, diese  
große Aufgabe richtig erfaßt und redlich erfüllt habe. Dies  
entsprach übrigens auch dem Parteinteresse, denn nur  
derjenige politische Faktor könne eine Zu-  
kunft in diesem Lande haben, der in den  
schweren Stunden der Heimsuchung seine  
Pflicht ohne Nebenrücksichten und ohne  
Hintergedanken voll erfüllt habe.

Auf dieser Bahn wird die Partei auch weiterhin zu  
schreiten haben. Schredliche Lasten, furchtbare Leiden, entsetz-  
liche Prüfungen legt der Krieg unserem Volke auf. Man hat  
dabei nicht allein an Hunderttausende zu denken, die  
für das Vaterland ihr Leben gelassen haben, sondern auch an  
die verheerten Heimstätten, das Stoden der produktiven  
Arbeit, die unabsehbaren sozialen Uebelstände, deren Ab-  
stellung später unsere ganze Arbeit in Anspruch nehmen wird.  
Dennoch dürfen wir angesichts der Gefahren,  
die uns bedrohen, keine Schwäche zeigen,  
vielmehr haben wir die Pflicht, die Nation  
zur Ausdauer, zum mannhaften Ertragen  
aller Leiden und Mühen anzuspornen, unser  
Volk abzuhärten für den Kampf, der den  
Endsieg bringen soll.

Auch wir streben einen Frieden an, wie ihn der deutsche  
Kanzler entworfen hat. Wir wollen kein anderes Volk vernichten,  
wir streben keine Eroberungen an, aber einen  
status quo ante gibt es nicht mehr.

Der Zustand andauernder Bedrohung, unter dem wir  
vor dem Kriege gelitten, darf nicht weiter gebuldet werden.  
Gegen Ueberfälle müssen wir uns Bürgschaften schaffen. Das  
ist die Aufgabe, die uns in unserem Kampf befeuert und für  
die wir in diesem Ringen standhaft durchhalten werden.  
Wenn wir in der Ausdauer ebenso beispielgebend sein werden,  
wie wir es in Hinsicht der Tapferkeit und des militärischen  
Pflichtgefühls waren, so werden wir die Zukunft unserer Na-  
tion mit neuen Bürgschaften umgeben und unseren geschicht-  
lichen Rechtstiteln noch einen neuen zugesügt haben, wie wir  
ihn sonst in Jahrhunderten nicht hätten erringen können.

Zu der Aeußerung des deutschen Reichskanzlers über  
die Polenfrage bemerkt Graf Albert Apponyi, die  
Worte des Herrn v. Bethmann Hollweg bedeuteten keine Er-  
oberung Polens, sondern dessen Befreiung.  
Wir müssen eine Lösung der Polenfrage anstreben, die dem  
Selbstgefühl und dem Beruf dieses Märtyrervolkes entspricht.  
Wir werden die Polen eng und unwiderrustlich an uns  
fesseln, wenn sie nicht den Gebieter wechseln, sondern zu ihrer  
Freiheit gelangen.

Bezüglich der unsere Monarchie berührenden Fragen des  
Friedensschlusses äußerte sich Graf Albert Apponyi  
dahin, daß jeder Faktor des Sieges in dem zukünftigen Frieden  
die Berücksichtigung und Befriedigung seiner Interessen ver-  
langen könne. Sicherlich werden in dem kommenden Frieden  
die Interessen unserer tapferen südöstlichen Nachbarn, des otto-  
manischen Reiches und Bulgariens, in gerechter Weise berück-  
sichtigt werden. Mit demselben Recht können aber auch wir  
fordern, daß mit dem Friedensvertrage nicht allein die Interessen  
und Ansprüche der österreichisch-ungarischen Monarchie als  
Großmacht, sondern auch die des selbständigen ungarischen  
Staates und der ungarischen Nation Befriedigung finden. In  
dieser Hinsicht ruht eine große Verantwortung auf der unga-  
rischen Regierung, die mit fast unbeschränkter Vollmacht die  
Angelegenheiten der Nation leitet; sie ist aber auch verant-  
wortlich dafür, daß bei Friedensschluß nichts geschehen darf,  
was die Stellung, die Sicherheit und das Machtgewicht des  
ungarischen Nationalstaates schwächen könnte, daß das in  
Strömen vergossene ungarische Blut für uns die Frucht zeitige,  
daß die Sicherheitsbürgschaften des selbständigen unga-  
rischen Staates nicht allein keinen Abbruch erleiden, sondern  
verstärkt und vermehrt werden.

Die Ausführungen des Grafen Albert Apponyi wurden  
von seinen Parteifreunden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

2. IV. 1916

## Aus der Sozialdemokratie.

**Parteizerbröckelung.** Heinrich Cunow, der, wie der „Vorwärts“ sagt, seit Oktober oder November 1914 einen von der übrigen Redaktion abweichenden Standpunkt vertritt, wendet sich im „Vorwärts“ gegen die Parteizerbröckelung. Er schreibt u. a.: „Die Meldungen unserer Parteipresse aus den verschiedenen Landesteilen zeigen, daß diese Uebertragung des Fraktionszwiespalts auf die Parteiorganisationen im Lande bereits auf dem besten Wege ist. . . . Doch es handelt sich heute gar nicht mehr nur um eine Spaltung, sondern bereits um mehrmalige Spaltungen, um die Zerbröckelung, wenn auch nicht der ganzen Partei, so doch eines beträchtlichen Teiles derselben. Die abgesplitterte Opposition ist durchaus nichts Einheitliches. Sie enthält in sich die allerstärksten Gegensätze und nur der Widerspruch gegen die Fraktionsmehrheit hält sie vorläufig noch zusammen. Darunter verstehe ich hier nicht Verschiedenheiten des Temperaments und der Taktik, sondern eine grundverschiedene Auffassung der historischen Entwicklung, des Verhältnisses der Klassen zu einander, des Imperialismus, der Bedeutung des Parlamentarismus für den Kampf der Arbeiterschaft, des Nutzens gewerkschaftlicher Organisation. Was hat denn mit der Gruppe Haase-Bernstein-Kautsky jene andere Gruppe gemeinsam, die im April vorigen Jahres die Monatschrift „Die Internationale“ gründete und die mit den „Lichtstrahlen“, neuerdings auch mit der Zweimänner-Fraktion „Liebknecht-Rühlé“ sympathisiert. Man braucht nur die beiden hervorragendsten Tagesblätter dieser Richtung, die „Bremer Bürgerzeitung“ und den „Braunschweiger Volksfreund“, nachzulesen, um sofort zu erkennen, welche tiefe Kluft die Anschauungen dieser Richtung von denen Haases, Ledebours, Kautskys usw. trennt. Rosa Luxemburgs Ansichten über den Zusammenbruch und den Wiederaufbau der Internationale stehen, wie ihr Artikel im ersten Heft der „Internationalen“ beweist, denen Kautskys direkt entgegen, und Kautskys Auffassung über den Nationalstaat und den Imperialismus werden dort als längst überholte Kindereien, seine Geschichtsauffassung als „wunderlich“ verpöthet. Wer aber aus diesen Kritiken des Kautskyschen „Opportunismus“ noch nicht zu ersehen vermag, wie scharf sich in fast allen ihren Grundanschauungen die Gruppe Haase-Kautsky und die Gruppe der Internationalisten gegenüberstehen, der kann sich leicht aus K. Radeks (neben Mehring der Haupttheoretiker dieser Gruppe) Artikel im Berner „Vorboten“, betitelt „Grundsätzliche und taktische Streitfragen der deutschen Opposition“, die nötige Belehrung verschaffen. Tatsächlich ist denn auch die neue Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft kaum wochenalt, und schon erklärt die „Bremer Bürgerzeitung“, deren leitender Redakteur Henke sich ebenfalls der neuen Fraktion angeschlossen hat, daß die Internationalisten und die Oppositionellen von der Richtung Haase, Ledebour, Bernstein usw. eine Welt grundverschiedener Auffassungen trennt, demnach also entweder eine Hinübermauerung der letzteren zu Radel, Mehring, Henke, Liebknecht oder eine neue Scheidung innerhalb der Minorität zur Gesundung der Sozialdemokratie nötig ist.“

**Der Friedenswille des Papstes.**

Aeusserungen zu Asquith.

☞ Berlin, 7. April. (Priv.-Tel.)

Der Bossischen Zeitung wird aus Rotterdam telegraphiert: Von einem italienischen Staatsmann über die Unterredung mit dem Papst befragt, äußerte Asquith, der Papst habe viel vom Frieden gesprochen, den er sehnlichst herbeiwünsche, damit der Glaube an die Menschenliebe nicht ausgerottet werde.

Es sei falsch, meinte der Papst, wenn noch ein kriegführender Staat behaupten wolle, die Zeit zum Frieden sei noch nicht gekommen. Er sei fest davon überzeugt, daß alle Völker den Frieden verlangen. Der Wille der Völker müsse geachtet werden, ehe die Menschen alle Hoffnung auf die Zukunft verlieren.

## Ist heute nicht mehr?

Es gibt keine andere Erfüllung der „realen Garantien“, die Bethmann Hollweg von Belgien fordert, erklärte heute im Reichstag der Graf Westarp, der Führer der Konservativen, „als daß wir das eroberte Land fest in unserer Hand halten“. Schlagen wir nach, was Bethmann Hollweg der Vertretung des deutschen Volkes am 4. August 1914 erklärt hat: „So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gut machen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist.“ Daß die große Militärmacht der Welt fähig sein werde, ihr militärisches Ziel gegenüber dem Zwerg Belgien zu erreichen, hat man wohl nie in Zweifel ziehen dürfen; das war schon an jenem Augusttag gewiß. Und nun schlägt der konservative Führer vor, das „Unrecht“, das Belgien zugefügt wurde, jenes Unrecht, das sich rechtfertigt durch die schwerste Not, in die ein Reich kommen kann und in der sich damals

Deutschland wirklich befand, dadurch „gutzumachen“, daß man dem besiegten Lande die Freiheit und Unabhängigkeit nimmt, die es besaß, bevor der Krieg ausbrach, dessen erstes Opfer es ward! Mit dieser rücksichtslosen Beute gier haben die Ausführungen des Reichskanzlers nichts zu schaffen, und obwohl der Krieg alles vernichtet, was ihm unter die ehernen Füße kommt, so muß von ihm dennoch unberührt bleiben, was in ernstester Stunde so feierlich verkündet wurde. Denn der felsenfeste Glaube an den Verteidigungskrieg würde tief erschüttert werden, wenn der Eroberungsgedanke am Schluß ungehemmt Sieger bliebe.

Heiß und inbrünstig wünscht jeder sittliche Mensch, daß der schauerliche Krieg mit einem Frieden abgeschlossen werde, der die Bürgschaft der Dauer in sich trägt. Aber gibt diese Bürgschaft ein Kriegsziel wie das, welches die verantwortungslosen Leute heute im Reichstag verkündet haben, ein Ziel, das sich in den Worten darstellt und erschöpft: Wehe den Besiegten! Hat nicht des bürgerlichen Deutschland größter Staatsmann, hat nicht Bismarck den Deutschen die Weisheit gelehrt, auch als Sieger an die Lebensnotwendigkeiten der anderen zu denken und nie zu vergessen, daß das Ziel jedes Krieges die Herbeiführung eines friedlich-verträglichen Verhältnisses zwischen den Nachbarn ist? Es ist das Lebensinteresse des Deutschen Reiches und ebenso unseres Staates, daß sich niemals mehr jene Koalition bildet, die in diesem Kriege gegen ihr Dasein anstürmt und es vernichten wollte. Aber welcher Friede gibt größere Bürgschaft, daß fortan Ruhe herrschen wird in Europa: ein Friede, in dem alle Staaten die Grundlage ihrer künftigen Entwicklung erblicken können, oder der Friede, der sich ausschließlich auf den Entscheidungen der Schlachtfelder aufbaut? Wer der europäischen Menschheit eine nochmalige Katastrophe dieser entsetzlichen Art ersparen will, wer das deutsche Volk in seinem Sein ungefährdet und in seiner Entwicklung unangefochten sehen will, wird trotz des blindwütigen Chorus der Eroberungspolitiker seine Stimme unentwegt für die friedliche Verständigung erheben, aus der allein der dauernde Friede entspringen kann, wird sich gegen jenen Kriegsfrieden stemmen, in dem die Zukunft der Gegenwart geopfert wird.

### Türkisch als Verkehrssprache. Neue gesetzliche Bestimmungen.

Konstantinopel, 5. April. Das vom Senat mit Zustimmung der Regierung und der Kammer abgeänderte, jetzt im Amtsblatte veröffentlichte Gesetz über den Gebrauch der türkischen Sprache bei den Eisenbahnbau- und sonstigen Unternehmungen sowie bei den nicht-privilegierten fremden Aktiengesellschaften und bei allen osmanischen Handelsgesellschaften gewährt zur Durchführung seiner Bestimmungen eine Frist bis zum 23. Juli 1919.

Bei nichtprivilegierten, im türkischen Handelsministerium eingetragenen fremden Aktiengesellschaften beschränkt sich der obligate Gebrauch des Türkischen nur auf die Korrespondenz mit Regierungsstellen sowie auf die verschiedenen mit dem Publikum auszutauschenden Akten. Die Bestimmung, wonach auch die Grundbücher türkisch geführt werden sollten, wurde gestrichen.

**Graf Andrássy über die Kanzlerrede.**

Budapest, 6. April. (Privattelegramm.) Ueber die Rede des deutschen Reichskanzlers äußerte sich Graf Julius Andrássy im „Magyar Hirlap“ unter anderem wie folgt: Man kann von der Rede des deutschen Kanzlers kurz sagen, daß sie eine nützliche Rede ist. Der erste und größte Nutzen seiner Rede ist, es vor der ganzen Welt neuerlich klar gemacht zu haben, wie sehr nur die Entente die Schuld daran trage, daß der Krieg noch immer andauert. Von besonders großem Wert ist die Tatsache, daß der deutsche Kanzler auch über die Ziele des Krieges jetzt mehr sagt als bisher. Bezüglich Belgiens drückt der Kanzler seine Ziele negativ aus. Für sehr weittragend und sehr erfreulich hält es Graf Andrássy, daß der Kanzler es ganz entschieden ausspricht, daß die Polen und die Völker an der Ostsee, die der russischen Korruption und dem schlechten Regime zu entreißen gelungen war, diesen nicht überantwortet werden dürfen. Es sei notwendig, immer stärker und feierlicher

zu betonen, daß die Befreiung der Polen, wenn auch nicht gleich zu Anfang, doch jetzt bereits zu unserm Kriegsziel geworden ist. In gleicher Weise sympathisch sei auch die Aeußerung des Kanzlers, daß die Waffenfreundschaft nach außen zu einer friedlichen inneren Arbeitsgemeinschaft zwischen uns werden müsse. Dies sei das reinste und größte Ergebnis des gegenwärtigen Krieges. Diese Gemeinschaft werde hoffentlich zu einer Tatsache werden im Rahmen von Verträgen, die unter Aufrechterhaltung der heute bestehenden Souveränitäten das innige Zusammenwirken des Deutschen Reiches mit uns auf fest organisierte Grundlagen stellen.

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 5. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Rußland.**

4. April. Das Hochwasser dauert an. Die Deutschen fahren fort, mit groß- und kleinkalibrigen Geschützen den Brückenkopf von Negküll zu beschießen. Vor dem Dorfe Maslatowka südlich von Dünaburg (10 Kilometer) beschossen wir erfolgreich die Deutschen, welche die überschwemmten Schützengräben räumten. Auf der Front der Truppen des Generals Gwert keine wichtigen Ereignisse. An vielen Orten überflogen feindliche Flieger unsere Untertünfte und warfen neun Bomben auf Sachewitze. In der Gegend der Dörfer Boguslawka und Baszlyki, nordöstlich vom Bahnhof von Olyta (18 und 9 Kilometer), wiesen wir einen feindlichen Annäherungsversuch an unsere Gräben zurück. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Rowon und Sarny. In der Gegend von Sapanow nordwestlich von Arzemiesiec (8 Kilometer) sprangte der Feind zwei Minen. Des Trichters vermochte er sich nicht zu bemächtigen. Einen feindlichen Angriff in der Gegend der Eisenbahn westlich von Tarnopol wiesen wir zurück. Nördlich von Wojan sprangte der Gegner auch eine Mine vor unsern Gräben. Sein Versuch, den Trichter zu besetzen, war erfolglos.

5. April. In der Gegend von Riga, Jakobstadt und Dünaburg an mehreren Orten Gewehr- und Artilleriefeuer. Auf der Düna Eisgang. Südlich von Dünaburg erschienen zahlreiche feindliche Flugzeuge, von denen einzelne Bomben abwarfen oder mit Maschinengewehren schossen.

In der Gegend östlich von Baranowitsch wurden in der Nacht zum 4. d. Zeppeline gemeldet.

Galizien: In der Gegend westlich von Tarnopol griff eine stärkere feindliche Abteilung an. Sie wurde mit dem Bajonett zurückgeworfen und ließ Tote sowie eine große Anzahl Verwundeter an unserm Stachelbrauthindernis zurück. In der Gegend nördlich von Latacz besetzten unsere Truppen das Dorf Swierzkowce und die umliegenden Waldstücke.

**Frankreich.**

5. April, 11 Uhr nachts. In Belgien erzielte unser Zerstörungsfeuer auf die feindlichen Schützengräben gegenüber Steensraete gute Wirkung.

Nördlich der Aisne war unsere Artillerie zwischen dem Walde von Beaumarais, südlich von Craonne, und Berry-au-Bac tätig.

In den Argonnen setzt die Artillerie das konzentrische Feuer auf die Linien und Verbindungswegen der feindlichen Front, insbesondere in der Gegend von Montfaucon und des Malancourtwaldes fort.

Westlich der Maas war der Tag ruhig. Westlich zeitweilige Beschießung im Abschnitt Douaumont-Bauy. Keinerlei Infanterieunternehmung an der ganzen Verdunfront.

**Belgischer Bericht.**

Der Artilleriekampf war in der Nacht an der ganzen Front ziemlich lebhaft, heute im Zentrum des belgischen Abschnittes besonders heftig.

## Russischer Generalstabsbericht:

Wien, 6. April

Aus dem Kriegspressequartier wird folgender Bericht des russischen Generalstabs gemeldet:

4. April. Das Hochwasser dauert an. Die Deutschen fahren fort, mit groß- und kleinkalibrigen Geschützen den Brückenkopf von Negküll zu beschließen. Vor dem Dorfe Maslatowka südlich von Düna burg (10 Kilometer) beschossen wir erfolgreich die Deutschen, welche die überfluteten Schützengräben räumten. Auf der Front der Truppen des Generals Ewert keine wichtigen Ereignisse. An vielen Orten überflogen feindliche Flieger unsere Unterkünste und warfen neun Bomben auf Lache wieze. In der Gegend der Dörfer Boguslawka und Waszlyt nordöstlich vom Bahnhof von Dyka (18 und 9 Kilometer) wiesen wir einen feindlichen Annäherungsversuch an unsere Gräben zurück. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Kowno und Sarny. In der Gegend von Sapanow nordwestlich von Krzemienice (8 Kilometer) sprengte der Feind zwei Minen. Des Trichters vermochte er sich nicht zu bemächtigen. Einen feindlichen Angriff in der Gegend der Eisenbahn westlich von Larnopol wiesen wir zurück. Nördlich von Wojan sprengte der Gegner auch eine Mine vor unseren Gräben. Sein Versuch, den Trichter zu besetzen, war erfolglos.

5. April. In der Gegend von Riga, Jakobstadt und Düna burg an mehreren Orten Gewehr- und Artilleriefeuer. Auf der Düna Eisgang. Südlich von Düna burg erschienen zahlreiche feindliche Flugzeuge, von denen einzelne Bomben abwarfen oder mit Maschinengewehren schossen. In der Gegend östlich von Baranowitze wurden in der Nacht zum 4. April Zeppeline gemeldet.

Galizien: In der Gegend westlich von Larnopol griff eine stärkere feindliche Abteilung an. Sie wurde mit dem Bajonett zurückgeworfen und ließ Tote sowie eine große Anzahl Verwundeter an unserem Stacheldraht Hindernis zurück. In der Gegend nördlich von Latacz besetzten unsere Truppen das Dorf Swierzowce und die umliegenden Waldstücke.

### Hollands Vorlogemaßregeln.

#### Ein holländischer Kommentar zur Regierungserklärung.

Rotterdam, 5. April.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ schreibt über die jüngste Regierungserklärung:

Es wird uns gesagt, daß die militärischen Maßregeln Vorlogemaßregeln sind, die mit dem unwandelbaren Entschluß, unsere Neutralität einzuhalten, zusammenhängen. Eine politische Verwicklung, die dazu Anlaß geben könnte, besteht also augenblicklich nicht. Die Gefahr ist wahrscheinlich darin zu suchen, daß eine oder mehrere der kriegsführenden Parteien in der nächsten Zukunft veranlaßt werden könnten, die Neutralität unseres Gebietes nicht mehr so genau wie bisher zu respektieren. Wenn also die Regierungserklärung von dem unwandelbaren Entschluß, unsere Neutralität streng einzuhalten, spricht, so wendet sie sich damit mehr an die Kriegsführenden als an uns. Sie ist eine Warnung nach beiden Seiten. Darüber, von welcher Seite diese Gefahr für unser Land zunehmen könnte, wird keine Aufklärung gegeben. Deutlich ist aber, daß keine Handlung oder offenkundige Absicht einer Partei der anderen einen Vorwand bieten darf, es auch ihrerseits mit unserer Neutralität weniger genau zu nehmen.

Um dies deutlicher auszudrücken: Wenn einer der Kriegsführenden unser Gebiet verletzen sollte, wird dies für die Gegenpartei kein Grund sein dürfen, in unser Land einzurücken, um uns zu helfen. Die Einhaltung unserer Neutralität wird wie bisher unbedingt sein, das heißt, sie wird nach allen Seiten mit derselben Kraft, denselben Mitteln, mit demselben Wohlwollen, aber auch mit derselben Wachsamkeit durchgeführt werden. Daß dies nochmals offen gesagt worden ist, kann sich als nützlich erweisen.

## Kriegskalender.

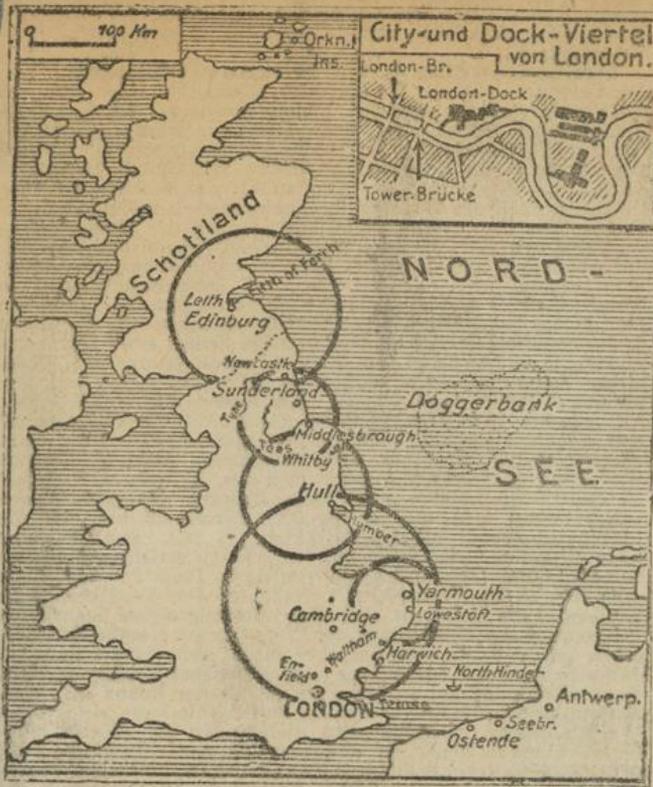
26. März: Südlich und südwestlich von Dünaburg scheitern russische Vorstöße; nordwestlich von Postawj und zwischen Narocz- und Wiszniew-See greifen die Russen wieder mit starken Kräften ergebnislos an. — Westlich des Plöckenpasses bringen unsere Truppen in eine italienische Stellung ein; bei Marter im Saganatal wird ein feindlicher Angriff abgewiesen. — In den Argonnen und im Maasgebiete heftiger Artilleriekampf; im Gailletenvalde nächtliche Nahkämpfe. — Die britischen Dampfer „Sahbia“, „Senahbridge“, „Fulmar“, „Minneapolis“ (13.543 Tonnen) und der dänische „Christianslund“ versenkt. — Ausbruch ernstest Streiks in England.

27. März: Die Russen stoßen mit ungewöhnlich hohem Einsatz an Menschen und Munition gegen die deutschen Linien nordwestlich von Jachstadt vor, ohne irgend welchen Erfolg zu erringen; auch nordwestlich von Postawj müht sich der Feind vergeblich gegen die deutschen Stellungen ab. Bei Motzhyce südlich des Narocz-Sees unternehmen westpreussische Regimenter einen erfolgreichen Gegenstoß. — Am Görzer Brückenkopf erobern unsere Truppen die ganze feindliche Stellung vor dem Nordteile der Podgora-Höhen; im Plöckenabschnitte vergebliche feindliche Gegenangriffe. — In den Argonnen und im Maasgebiete fortgesetzte Feuerkämpfe. — Im Mittelmeer geht ein französischer Transportdampfer mit Truppen aus Saloniki unter. Die englischen Dampfer „Cecilia“, „Arne“, „Shartoun“, „Duibeland“, der französische Dampfer „Hebe“ und der italienische Dampfer „Porto di Smyrna“ versenkt. — Feldmarschalleutnant und Vizeadmiral Erzherzog Karl Franz Josef an der Südwestfront.

28. März: Nordöstlich der Strypamündung scheitert ein russischer Vorrückungsversuch. Bei Postawj treiben die Russen wieder vergeblich frische Massen gegen die deutschen Stellungen vor; ebenso scheitern feindliche Gegenangriffe bei Motzhyce. — Die Kämpfe am Görzer Brückenkopf dauern fort. Am Nordhange des Monte San Michele und bei San Martino sind italienische Angriffe abgewiesen; östlich Selz wird noch gekämpft; auch im Plöckenabschnitte scheiterten alle feindlichen Angriffe. — Ein deutsches Luftgeschwader belegt den neuen Hafen und die Ententeer von Saloniki mit Bomben. — Der britische Dampfer „Senahbridge“ versenkt. — Der Sekretär des Kardinals Mercierhaftet. — Kriegsrat der Alliierten in Paris.

# Die Luftangriffe auf Großbritannien.

Die Angriffsräume bei den fünf ersten Fahrten im April.



Seit der Nacht zum 1. April haben deutsche Luftschiffgeschwader allmählich, mit Ausnahme einer einzigen stürmischen Gewitternacht die britischen Inseln mit Bomben beworfen. Die deutsche Luftschiffahrt ist auf einem Grad der technischen Fertigkeit angelangt, der uns ermöglicht, mit unserer Luftflotte als einem wirksamen Kriegsmittel zu rechnen. Fünfmal innerhalb sechs aufeinanderfolgender Nächte haben die Geschwader in geschlossenem Verband die See überquert und von London bis hinauf zum schottischen Firth of Forth, den wohl kein Mensch für gefährdet halten mochte, die bedeutendsten englischen und schottischen Industrie- und Hafensplätze mit schweren Bomben belegt, zahlreiche feindliche Landbatterien zum Schweigen gebracht und großen militärisch hochwichtigen Schaden angerichtet. Auch der moralische Erfolg ist außerordentlich groß. Das Gefühl der Sicherheit auf der Insel und vor allem die unge störte Arbeit in den Fabriken und Arsenalen, von deren Leistungsfähigkeit in diesem Krieg so ungeheuer viel abhängt, wird bei einer Häufung der Angriffsfahrten zweifellos ernstlich beeinträchtigt. Die Lichter müssen gelöscht und die Betriebe in der Gefahrenzone stillgelegt werden. Zahlreiche Einstürze und Brände vernichten die Arbeitsstätten.

Wir sind aus dem Stadium der Versuchsfahrten heraus: das Wirkungsschießen hat begonnen. Die Zweckmäßigkeit unseres Handelns wird selbst vom Feind nicht völlig bestritten, und die moralische Berechtigung zu dieser „Gegenmaßregel gegen die verschärfte Blockade“ wird von neutraler Seite offen anerkannt. Daß wir die Waffe aber in der Tat zu handhaben verstehen, daß wir nicht etwa den Feind bloß unruhig machen, sondern ihn ernsthaft mit dieser Waffe schlagen können und wollen, das haben diese ersten Apriltage bewiesen.

Die Kreise auf unserer Skizze umgrenzen — schematisch dargestellt — den bei jeder der fünf Fahrten angegriffenen Raum, über dem unsere Luftkreuzer stundenlang operiert haben. Viele Hunderte von Kilometern sind über dem feindlichen Land durchmessen worden. Das ist eine gewaltige technische Leistung, denn es handelt sich nicht nur darum, über Großbritannien — den Abwehrgeschützen und Fliegern trotzend — in schnellster, hoher Fahrt, aufs genaueste geographisch orientiert, kreuz und quer zu fliegen, sondern diese an sich schwere Aufgabe muß gelöst werden, nachdem die gewaltige Strecke vom heimischen Luftschiffhafen bis zur feindlichen Küste durchmessen ist. Bei der ersten Fahrt bildete London und der Landstrich nordöstlich davon (bis Hull) das Ziel. Auf der kleinen Detailskizze sieht man den Abschnitt der City (zwischen Tower und London-Brücke), wo die anschließenden Dockviertel beschossen worden sind und militärisch besonders wichtige Ziele bieten. Die zweite Fahrt ging ins Industriegebiet des Teesflusses, die dritte an den Tyne und hinauf bis Edinburgh, der vierte Angriff hatte hauptsächlich die Gegend von Yarmouth zum Objekt und der fünfte Geschwaderflug erstreckte sich in weitem Umkreis auf das Gebiet von Hull, Leeds und Whitby. Was dabei technisch zu leisten war, sagen folgende Vergleichsziffern:

- Hamburg—London (hin und zurück): 1500 Kilometer,
- Hamburg—Edinburgh (hin und zurück) 1750 Kilometer,
- Ostende—London (hin und zurück) 400 Kilometer,
- Antwerpen—Edinburgh (hin und zurück) 1550 Kilometer.

\* Keine christlichen Aufschriften in Belgrad mehr. Nunmehr ist in Belgrad mit der Entfernung aller Aufschriften auf öffentlichen Gebäuden und der Straßentafeln, die mit cyrillischer Schrift geschrieben waren, begonnen worden. Diese werden durch lateinische Buchstaben ersetzt. Bravo!

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 7. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

5. April. Im Trentino und im oberen Etschtale die gewohnte Artillerietätigkeit. Im Cristalloabschnitt führte der Feind nach intensiver Artillerievorbereitung in der Nacht auf den 4. April einen abermaligen heftigen Angriff gegen unsere neuen Stellungen am Raachtöfl, wurde aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen und ließ einige Gefangene in

unsern Händen. Am oberen und mittleren Sonzo heftiges Artillerieduell. Kleine feindliche Abteilungen, welche in unsere Stellungen östlich von Robsaborino einzudringen versuchten, wurden zurückgeworfen und zerstört. Feindliche Flugzeuge versuchten gestern Verona anzugreifen, wurden aber sofort gegen Norden verjagt. Andern Flugzeugen gelang es, wenige Bomben auf Bassano abzuwerfen, wo zwei Kinder getötet wurden. Auch am untern Sonzo und über der Lagune von Grado unternahm feindliche Flugzeuge Angriffe und warfen einige Bomben auf kleine Ortschaften ab. Unsere Artillerie und Verteidigungsgeschwader verjagten die feindlichen Flugzeuge. Es wurde beobachtet, daß zwei derselben hinter den feindlichen Linien jääh niedergingen.

## Italienische Kammer.

### Die Fliegerangriffe.

R. Zürich, 7. April. Die italienische Kammer hat ihre Arbeiten wieder aufgenommen.

Ein Deputierter gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß der fünfte Luftangriff auf Ancona abgewehrt worden sei.

Präsident Marcora erinnert daran, daß außer Ancona auch Udine, Venedig, Brescia, Verona, Ravenna, Mailand, Bari, Barletta und Belluno unter den feindlichen Bomben sehr gelitten haben und entbot der „leidenden, aber standhaften Bevölkerung“ den Gruß der Kammer.

### Der Wechsel im Kriegsministerium.

Ministerpräsident Salandra machte von dem im Kriegsministerium eingetretenen Personenwechsel Mitteilung und übermittelte der Kammer den Gruß des Premierministers Asquith, wobei er sich die Ermächtigung der Kammer erbat, in ihrem Namen den Gruß zu erwidern sowie auch in Paris den Dank für die brüderliche Aufnahme der Vertreter Italiens gelegentlich des jüngsten Besuches auszusprechen.

Präsident Marcora sowie die Deputierten Nava und Galaga sprachen ihre begeisterte Zustimmung hierzu aus.

Der sozialistische Deputierte Turati machte Vorbehalte gegen die inkonstitutionelle Art, in der Ministerpräsident Salandra die Kammer von dem Wechsel im Kriegsministerium verständigte, und erklärte, dieser Wechsel stimme nicht mit den Turiner Reden Salandra überein und die Kammer sei berechtigt, die Gründe hierfür genauer zu erfahren, zumal die Kammer Untersuchungen und Vertuschungen im Geschäftshause Salandra keineswegs dulden möchte.

Auch bezüglich der Konferenzen in Paris und London erscheine es dem Redner nicht genügend, bloß über Festlichkeiten, Zeremonien und den Austausch mehr oder weniger ausgiebiger Lobeshymnen unterrichtet zu werden.

Ministerpräsident Salandra erwiderte, daß Kriegsminister Zupelli aus ehrenwerten, persönlichen Gründen zurückgetreten sei. Die Regierung beabsichtige nicht, die Kammer mit der Mitteilung von Festlichkeiten und Weihrauchspenden, wie der Vorredner sagte, abzuspeisen, sondern ließ das Budget des Ministeriums des Aeußern auf der Tagesordnung voranstellen und gebente alles zu sagen, was sie dürfe und für zweckmäßig halte.

### Die Unfallrenten bei den österreichisch-ungarischen Versicherungsgeellschaften.

Hierauf wird die Verhandlung des Budgets des Wirtschaftsministers fortgesetzt.

Deputierter Diriani verlangt, daß der Staat jenen Arbeitern, welche von österreichischen, ungarischen oder deutschen Versicherungsgeellschaften Unfallrenten zu beziehen berechtigt sind und seit vielen Monaten mit ihren Familien das schwerste Elend erleiden, Mittel überweise.

Minister Cavasola erwiderte, die Regierung habe bereits ein halbe Million Lire zu diesem Zwecke ausgeworfen, halte aber die Rechte dieser Arbeiter gegenüber den österreichischen, ungarischen und deutschen Versicherungsanstalten aufrecht.

**Meinungen Kuipers.**

Köln, 7. April. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Nach der „Kölnischen Volkszeitung“ schreibt der frühere holländische Ministerpräsident Dr. Kuiper in seinem Blatte „Standard“, Holland müsse immer auf Griechenland schauen. Die Geschichte weise kein zweites Beispiel für den gewaltigen Uebermut auf, wie er in Saloniki zutage getreten sei. Wehe der Macht, die es wagt, uns als zweites Griechenland zu behandeln! Holland hätte zehnmal lieber Krieg, als daß es sich wie Griechenland behandle siehe.

**Kardinal Hartmann in Brüssel.**

Drahtmeldung der „Kölnischen Volksztg.“.

Brüssel, 8. April.

Vorgestern fand nach Ankunft des Kölner Kardinals Hartmann hier beim Militäroberpfarrer Dr. Middendorf ein Frühstück statt, an dem auch Generalgouverneur v. Bissing teilnahm. Militäroberpfarrer begrüßte beide Ehrengäste, hervorhebend, daß der Generalgouverneur in keiner Weise der religiösen Betätigung das kleinste Hindernis bereitet, vielmehr mit allen Kräften bemüht gewesen sei, überall die religiösen, sozialen und charitativen Bestrebungen zu unterstützen und zu fördern. Der Kardinal dankte dem Generalgouverneur und Militäroberpfarrer, welche die Absicht seiner Reise an die Front entgegenkommend unterstützten. Der Kardinal betonte, daß er diese Reise mit Zustimmung des Papstes unternehme. Abends folgte der Kardinal einer Einladung des Generalgouverneurs.

## Die deutsche Sozialdemokratie nach dem Weltkriege.

Einen für die Öffentlichkeit äußerst interessanten Ausblick auf die Politik, die die deutsche Sozialdemokratie nach dem Weltkriege einzuschlagen hat, eröffnet der Landtagsabgeordnete Konrad Haenisch in der als Heft 6/7 der „Kriegspolitischen Einzelschriften“ erschienenen Abhandlung „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege“. (Verlag von Schwetschke und Sohn, Berlin.) Was Haenisch über die Haltung der Sozialdemokratie im Kriege ausführt, ist nicht neu, es ist im wesentlichen eine zusammenfassende Schilderung der verschiedenen Richtungen und Strömungen in der Partei. Um so wertvoller ist es, zu sehen, wie sich in seinem Kopfe die zukünftige Taktik der Sozialdemokratie abspielt. Er ist fest davon überzeugt, daß die deutsche Sozialdemokratie aus dem Weltkriege ganz anders herausgehen wird, als sie in ihn hineinging, daß sie nicht dort wieder anfangen wird, wo sie am 3. August 1914 stehen geblieben ist. Zwar seien die großen Grundanschauungen des Sozialismus durch den Krieg nicht nur nicht erschüttert, sondern die Erfahrungen der zwei letzten Jahre hätten sie nur noch fester verankert, wohl aber erschienen sie heute im Lichte neuer Tatsachen, im Lichte früher ungeahnter Erkenntnisse. Die Ziele seien die alten, aber die Wege seien neu.

Haenisch wendet sich in erster Linie gegen die „vollendete Sinnlosigkeit“, die darin liege, wenn man von der Sozialdemokratie verlange, daß sie den Klassenkampf werde auch nach dem Kriege bestehen lassen, seine Formen dagegen würden sich hoffentlich ändern. „Aus dem Arsenal dieses Kampfes verschwinden müssen die elenden vergifteten und vergiftenden Waffen, mit denen sich vor dem Kriege bei uns zu Lande die Wortführer der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen und politischen Anschauungen zu beschützen pflegten.“ Wir haben jetzt gelernt, daß es außer den Klassengegensätzen innerhalb einer Nation auch etwas gibt, was allen Klassen dieser Nation gemeinsam ist. Ebenjowenig wie die alten bürgerlichen Revolutionäre würden sich künftig die Sozialdemokraten ihres Deutschtums schämen, das Gefühl der Zugehörigkeit zum deutschen Volke würden sie sich von niemand mehr rauben lassen. Auch der ungeheuren Macht der Staatsgewalt sei sich die Sozialdemokratie erst in diesem Kriege völlig bewußt geworden, der Krieg habe sie gelehrt, wie falsch es gewesen sei, diese Staatsgewalt samt der ganzen bürgerlichen Gesellschaft als innerlich schon völlig verfault und vermorcht anzusehen. Haenisch fordert ausdrücklich, daß alles darangesetzt werden müsse, schon im Kriege und durch den Krieg Verhältnisse zu schaffen, die eine bessere Gewähr gegen feindliche Angriffe bieten, als sie bisher bestanden hat. Ebenso fordert er eine Aenderung des taktischen Verhältnisses zwischen der Sozialdemokratie und einzelnen Gruppen der anderen Parteien.

Wie Haenisch, der nebenbei bemerkt, freimütig bekennt, daß er sich bei der Behandlung von Kriegsfragen im Abgeordnetenhaus „den Weinhausen und Bachnide, den Campe und Friedberg, ja sogar noch weiter rechts stehenden Gegnern im Grunde weit mehr verbunden fühlte, als den Liebknecht und Stroebel, den Adolf Hoffmann und Hofer“, und daß er mehr als einmal den Sitzungssaal verlassen hat, um nicht auch oft den Gegnern gegen die eigenen Fraktionskollegen recht geben zu müssen, seinen Parteigenossen eine nur auf die Versöhnung der Gegensätze gerichtete Taktik empfiehlt, so wendet er sich andererseits auch gegen die rechts stehenden bürgerlichen Elemente, die nichts sehnlicher erwarten, als daß die verheißene Neuorientierung der inneren Politik ausbleibt. Werde man die noch einmal ausgestreckte Hand der deutschen Arbeiter, die jetzt zu vielen Hundertausenden ihre Treue zu Deutschland mit ihrem Herzblut besiegelt haben, abermals brutal zurückstoßen, dann, meint er, werde aus dieser offenen Hand von neuem die geballte Faust werden.

Inwieweit Haenisch, der auf dem äußersten rechten Flügel seiner Partei steht, die deutschen Sozialdemokraten hinter sich hat, wird die Erfahrung lehren. Vorläufig bequügen wir uns damit, seine Ansichten als Beitrag zur Beurteilung der Stimmungen im sozialdemokratischen Lager zu verzeichnen.

zu torpedieren? Man muß gestehen, nichts Befriedigendes. Es hängt alles von einer klaren Antwort Deutschlands auf die Fragen der amerikanischen Regierung ab.

### Berichte der feindlichen Generalsäbe.

Wien, 7. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

#### Italien.

6. April. Tätigkeit unserer kleinen Abteilungen längs der Front vom Stilferjoch bis in die Judikarien. Artillerieduelle vom Gardasee bis ins obere Aiticotal. Im Val Sugana Infanteriegefechte von besonderer Festigkeit, im Larganzaabschnitt (Brenta). Der Feind wurde zurückgeschlagen, erlitt schwere Verluste und ließ 13 Gefangene in unsere Hände. Am oberen Nonzo beschränkten Regen und Nebel die Artillertätigkeit. Sinegen war diese auf den Höhen nordwestlich von Görz besonders heftig. Am Karstplateau wurden in der Nacht auf den 5. d. zwei kleine feindliche Angriffe auf den Monte San Michele abgewiesen.

#### Rußland.

6. April. Den Dünaabschnitt überflogen zahlreiche feindliche Flugzeuge, die Bomben abwarfen. Die Eisschmelze dauert an, die Sümpfe tauen auf und die Straßen sind aufgeweicht und für Truppenbewegungen unbrauchbar. In verschiedenen Unterabschnitten der Front Jakobstadt-Dünaburg heftiger Artillerieskampf. Unsere Flugzeuge waren mit gutem Erfolg tätig. Südwestlich Dünaburg schöß Fliegerleutnant Barbars ein feindliches lenkbares Luftschiff ab, das in den feindlichen Linien niederstürzte. Südlich Dünaburg war die feindliche Artillertätigkeit bei Widny, nördlich des Miadziolsee und zwischen Miadziolsee und Maroczsee, sehr lebhaft. Feindliche Flugzeuge überflogen auch den größten Teil der Front des Generals Ewert und warfen an manchen Stellen Bomben ab. An der oberen Strypa zerstreuten unsere Patrouillen eine feindliche Arbeiterabteilung und zerstörten im Bau befindliche Anlagen. Es wird gemeldet, daß unsere Truppen bei der Besetzung des Dorfes Swierzkowce 42 Flatterminen ausgegraben und eine Menge Patronen und Handgranaten gefunden haben. Ein feindlicher Versuch, gestern das Dorf zurückzunehmen, wurde abgeschlagen.

## Die Auflösung der Partei Filipescus. Die Folgen seiner Russlandreise.

Wien, 8. April.

„Az Est“ meldet aus Bukarest:

In der Partei Filipescus häufen sich die Anzeichen der Zersetzung in steigend interessanter Weise. Neben der Unbeliebtheit des Handinhandarbeitens mit Jonescu gab ihr die Russlandreise Filipescus und sein Bestreben, die ganze Partei offen und ostentativ zum Schleppträger Russlands zu machen, einen gewaltigen Stoß. Filipescu mußte noch während seines Aufenthaltes in Russland erleben, daß ihn mehrere exponierte, alte Anhänger, verlässliche, starke Stützen seiner Partei, im Stiche ließen. Seitdem er aber heimgekehrt ist und sich den allgemein bekannten Tatsachen gegenüber schier überschwenglich über das in Russland Gesehene äußerte, wenden sich seine alten Parteigänger, sich seiner schämend, von ihm. Die ersteren fühlen, daß sie neben ihm lächerlich werden würden und es wächst die Zahl jener, die dem Wunsche, in die alte Partei, ins Lager Marghilomans, zurückzukehren, Ausdruck verleihen.

Fürst Kallimaki, der für Filipescu sehr viel Opfer gebracht hatte, zeigt nun in einem offenen Brief an, daß er mit der Partei breche und nichts mehr von dem „sich in der Wojwodenrolle gefallenden Filipescu“ wissen wolle. Mehrere Mitglieder der Filipescu-Partei in Jassy baten den Abgeordneten Greceanu, daß er ihren Eintritt in die Marghiloman-Partei vermittele. In Krajova gaben die Abgeordneten Pop und Misu zu, daß die Filipescu-Partei auf falschen Wegen gewandelt sei.

„Die Tätigkeit Filipescus,“ sagt Pop, „hat nur eine Kliqueherrschaft geschaffen, die einige Hohlköpfe dazu zu benutzen trachteten, um zu einer Rolle und Titel zu gelangen.“

In Bukarest hat sich der Abgeordnete Barbu Delavrancea, einer der kriegereifsten Anhänger Filipescus, in größerer Gesellschaft folgendermaßen geäußert: Wer weiß, ob ich nicht heute oder morgen auch in die Marghiloman-Partei eintrete!“

Filipescu wird im Moldauischen allgemein nur Verräter genannt, seitdem er aus Russland heimgekehrt ist. Das ist jetzt sein volkstümlicher Name.

Die konservative Partei in Krajova hat unter dem Vorsitz des Fürsten Stibey eine Sitzung abgehalten. Der

Fürst führte in seiner Ansprache aus, die Politik Marghilomans sei die einzige, die den Interessen des Landes entspreche. Unter den gegenwärtigen Umständen könne Rumänien nur einen Weg haben, den der Neutralität. Dann betonte er, daß es lediglich der energischen Intervention der konservativen Partei zu verdanken sei, daß die rumänische Ernte ausgeführt werden konnte und nicht in den Magazinen verfaulen mußte. Der Getreideexport habe die rumänischen Landwirte aus einer außergewöhnlich schwierigen Lage gerettet. In gleicher Weise sei auch der konservativen Partei zu verdanken, daß die rumänische Nationalbank ihren Goldvorrat erhöhen konnte. Er schloß damit, daß er überzeugt sei, in kurzer Zeit werde jeder vernünftige Mensch die ganze Politik der konservativen Partei für gerechtfertigt halten.

## Gegen den Verrat Masaryks.

Prag, 8. April.

Die „Narodní Listy“ veröffentlichen an der Spitze ihres Blattes unter der Ueberschrift: „Die Czechen in Amerika gegen die Agenten Masaryks“ einen Artikel, welcher besagt:

Als Masaryk und seine Genossen verräterisch ihr Vaterland verlassen hatten und in der Schweiz in die Dienste unserer Feinde getreten waren, versuchten sie es auch in Amerika, Anhänger zu gewinnen. Der schon aus seiner Prager Tätigkeit herichtigte Querulant Tverzicki und der aus Prag flüchtig gewordene Lehrer Beneš, der intime Freund Masaryks, benützten diese günstige Gelegenheit, um sich finanziell zu rangieren. Die Genannten unternahmen Versuche, unsere Landsleute in Amerika durch unsaubere Mittel irrezuführen und sie für ihre Zwecke und für Herrn Masaryk zu gewinnen. Vorerst sollten die Geldmittel für das hochverräterische Programm gesammelt werden und das Gesammelte Masaryk und Tverzicki erhalten. Aber die amerikanischen Czechen sind in ihrer Mehrheit vernünftige und erfahrene Leute, welche Tverzicki nicht auf den Leim gingen. Als Masaryk und Tverzicki ihre Botschaften an die Czechen in Amerika sendeten, warneten die seriösen czechisch-amerikanischen Blätter vor diesen Agenten.

Der in Chicago erscheinende „Besmir“ warnte sofort vor der Tätigkeit Tverzickis und seiner Genossen und erklärte, es sei eine ausgesprochene Lüge, daß Masaryk für das czechische Volk handelte und daß die czechischen Führer sein Vorgehen billigten. Es sei eine Lüge, daß sich alle czechischen Parteien der Führung Masaryks mit unbegrenztem Vertrauen unterworfen hätten. Weiters schreibt das genannte Blatt, es sei an der Zeit, daß gegen diejenigen, die in einer für das czechische Volk so ernsten Zeit mit den Interessen des czechischen Volkes auf Kosten der amerikanischen Czechen Hazard spielen wollen und welche das Volk so kompromittieren, öffentlich energisch aufgetreten werde. In der alien Heimat müßte schnellstens bekannt werden, daß die Landsleute in Amerika nicht den Verstand verloren haben. Tverzicki, der Agent Masaryks, gab jedoch sein Spiel noch nicht auf und mit Hilfe einiger künstlichen Seelen gründete er eine Association, welche sich vorerst mit Geldsammlungen befaßte. Unwahre Berichte aus der Heimat wurden verbreitet, damit die Leute bereitwillig Beträge leisten sollten. Das gesammelte Geld wurde von Tverzicki für sich verwendet. Er und seine Agenten unternahmen Reisen nach Paris und London, bagierten dann in der Schweiz herum und verkehrten dort mit den Feinden des Vaterlandes.

Das czechische Volk in Böhmen kann seinen Landsleuten in Amerika nur dankbar sein, daß sie die Verräter klar durchschauten. Tausende von Czechen opfern sich für ihr Vaterland und geben Gut und Blut für ihren Kaiser. Gemeinsam mit den übrigen Völkern unserer Monarchie streben sie nach der Errichtung einer neuen starken österreichisch-ungarischen Monarchie und damit nach der Stärkung ihrer eigenen nationalen und kulturellen Interessen. Das czechische Volk in Böhmen verwahrt sich gegen die Handlungsweise der Verräter in Amerika und ruft die/en gekauften Individuen zu: Hände weg! Beschmutzet nicht mit euren verräterischen Händen unsere heiligsten Gefühle und Interessen!

### Parteiensur im „Vorwärts“.

Berlin, 8. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)  
An der Spitze des heutigen „Vorwärts“ teilt der Parteivorstand mit, daß die von ihm eingerichtete Zensur über die „Vorwärts“-Redaktion nur den Zweck verfolge, beide Richtungen innerhalb der Partei im Zentralorgane in gleicher Weise zu Wort kommen zu lassen.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet hierzu: Der „Vorwärts“ ist Zentralor an der sozialdemokratischen Partei, vertritt aber von Redaktions wegen den Standpunkt der Fraktion Haase — Ledebour. Das hat schon lange vor der Fraktionspaltung zu Unhelligkeiten geführt, die sich jetzt zu offenem Kampf um das Parteiorgan zuspitzen. Man erfährt Näheres darüber aus einem Beschluß der Kreisversammlung des vierten und des sechsten Berliner Wahlkreises, der lautet: „Die Druckerei des „Vorwärts“ hat es abgelehnt, den „Vorwärts“ so drucken zu lassen, wie es die Redaktion angeordnet hatte. Die Druckerei hat mit Geheiß des Genossen Rich. Fischer und des Parteivorstandes es abgelehnt, die zweite Erklärung der „sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ an der Spitze des Blattes oder einer anderen hervorragenden Stelle zum Abdruck zu bringen, vielmehr die Erklärung gegen die Anordnung der Redaktion an verdeckter Stelle zum Abdruck gebracht und sogar die in Druck gegebene Form der Erklärung geändert.“

### Der letzte Botschafter beim Vatikan in Audienz beim Papst.

R. Lugano, 8. April. Der „Osservatore Romano“ vom 6. d. teilt amtlich mit, daß der Papst dem Gesandten Englands und Herrn Armand Nisard Audienzen gewährte.

Die „Idea Nazionale“ bringt die Audienzen einerseits mit dem Erscheinen des englischen Premierministers Asquith im Vatikan und andererseits mit dem längeren Aufenthalt in Beziehung, den bis vor einem Monat der frühere Mitarbeiter des Ministers Combes bei dessen kirchenfeindlicher Gesetzgebung, Herr Mechaine, in Rom genommen hatte, um angeblich offiziös mit dem Vatikan zu verhandeln.

Nisard war der letzte Botschafter Frankreichs beim Heiligen Stuhle und hatte seither keine Berührung mit dem Vatikan. Nisard hatte am Tage nach der Audienz beim Papste eine Unterredung mit dem Kardinal-Staatssekretär. Die „Idea Nazionale“ nimmt an, daß England und Frankreich eine wichtige politische Fühlungnahme mit dem Vatikan anstreben.

**Die Reichskonferenz.** Genosse Friedrich Adler ersucht uns um Veröffentlichung folgender Feststellung: In dem Bericht über die Reichskonferenz hat die Zensur beim Punkte der Tagesordnung „Oesterreich nach dem Kriege“ beinahe alle Stellen, die sich auf die Behandlung der Friedensfrage beziehen, beseitigt. Dadurch ist auch jede Andeutung über den von mir gestellten Abänderungsantrag zur Resolution und die sich daran knüpfenden Debatten entfallen. Um so unangenehmer ist es, daß der Bericht über den Punkt: „Die Partei und die Internationale“ bezüglich der von mir und fünfzehn anderen Genossen vorgeschlagenen Resolution ein wesentliches Mißverständnis hervorzurufen geeignet ist. Durch die bloße Zitierung eines Satztheiles und durch die Umstellung der Gedankenfolge wird der Anschein erweckt, als ob sich der Satz über die „Zerstückung und Spaltung der Einheit der Arbeiterbewegung“ auf die Parteien der einzelnen Länder beziehen würde, während in der Resolution von der Internationale die Rede ist. Tatsächlich stellt unsere Resolution die Begrüßung aller in den Minoritäten der sozialistischen Parteien verkörperten Bestrebungen, die der internationalen Solidarität auch im Kriege Ausdruck geben wollen, voran und fährt dann fort: „Von der Erfüllung dieser Pflicht darf sich keine sozialistische Partei abhalten lassen, wenn auch das wirksamste Instrument dieser Politik, die sozialistische Internationale, zerstört ist. Wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß diese Zerstückung und Spaltung der Arbeiterbewegung die notwendige Folge der bisherigen Stellungnahme der Mehrheiten der sozialistischen Parteien zum Kriege gewesen ist. Eine internationale Aktion von Proletariern, die einander besiegen wollen, ist außer dem Bereich der Möglichkeit.“ Es handelt sich also, wie deutlich ersichtlich, in diesem Passus einzig um die Frage der Schuld an der Sprengung der Internationale.

**Die Amtssprache im besetzten Belgien.**

Brüssel, 7. April.

Die deutsche Post- und Telegraphenverwaltung in Belgien veröffentlicht in ihrem neuesten Amtsblatte eine vom Generalgouverneur Freiherrn v. Bissing erlassene Anweisung über die Geschäftssprache bei den deutschen Behörden in den Provinzen Antwerpen und Limburg, den Kreisen Brüssel und Böwen sowie in den zum Generalgouvernement gehörenden Teilen der Provinzen Ost- und Westflandern. Danach erfolgen Schreiben deutscher Behörden an belgische Behörden und Zivilpersonen in deutscher Sprache. Eine vlämische Uebersetzung kann in geeigneten Fällen beigelegt werden. Öffentliche Bekanntmachungen deutscher Behörden erfolgen in deutscher Sprache unter Beifügung einer vlämischen Uebersetzung. Eine Uebersetzung in französischer Sprache kann diesen Bekanntmachungen beigelegt werden, wenn ein Bedürfnis vorliegt. Ein solches ist in den Gemeinden von Groß-Brüssel als vorliegend zu erachten.

## Konflikt zwischen Parteivorstand und „Vorwärts“.

Zwischen der Redaktion des „Vorwärts“ und dem Parteivorstand sind ernste Zerwürfnisse entstanden, die ihren Grund in der Haltung des Blattes haben. Der „Vorwärts“ ist das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands — so steht es auch auf dem Titelblatt —, aber er hat wiederholt erklärt, daß diese Eigenschaft ihn nur dazu verpflichte, die sozusagen amtlichen Bekanntmachungen des Parteivorstandes zu veröffentlichen, im übrigen habe er gegenüber dem Parteivorstand gar keine Verpflichtungen und seine politische Haltung entziehe sich völlig der Einflußnahme des Parteivorstandes. Davon hat er auch bekanntlich seit Kriegsausbruch reichlich Gebrauch gemacht: seine politische Haltung steht im vollen Gegensatz zu der politischen Auffassung des Parteivorstandes und ist nunmehr die offene Befehdung dieser Politik. Seit der Spaltung der Fraktion hat sich das Verhältnis, das schon längst unheilbar war, noch verschärft: der „Vorwärts“ gibt sich offen als das Organ der Ausgetretenen und darüber ist es nun zum offenen Bruch gekommen. Der Parteivorstand erläßt darüber folgende Erklärung:

Nach dem Organisationsstatut der Partei ist der „Vorwärts“ das Zentralorgan der Partei. Als solches hat er der Einheit und Geschlossenheit der Partei zu dienen. Aus seinen Spalten hat deshalb alles fernzubleiben, was die Parteizerrüttung fördert, denn es muß verhindert werden, daß die die Arbeiterinteressen schwer schädigende Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer Spaltung der Partei führt. Von diesen Grundfragen ausgehend hat der Parteivorstand folgende Beschlüsse gefaßt und der Redaktion des „Vorwärts“ mitgeteilt:

Der „Vorwärts“ bringt in seiner Nummer vom 30. März 1916 an der Spitze des Blattes einen Aufruf der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“. Der Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, gegen dieses Verfahren Einspruch zu erheben. Das Organisationsstatut der Partei kennt nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Sonderorganisationen werden von dem Organisationsstatut der Partei nicht als gleichberechtigt anerkannt. Die Gruppe der achtzehn hat deshalb kein Recht, sich an der Spitze des Zentralorgans mit Aufrufen an die Parteigenossen zu wenden. Wenn die Redaktion des „Vorwärts“ von Kundgebungen dieser Gruppe Notiz nehmen will, so kann sie dieselben im politischen Teile des Blattes registrieren.

Der „Vorwärts“ hat, da er das Zentralorgan der Partei ist, aus seinen Spalten alles fernzuhalten, das geeignet ist, die Parteizerrüttung zu fördern und damit auch das Vorwärts-Unternehmen zu schädigen.

Der Parteivorstand hat gleichzeitig dafür Sorge getragen, daß diese für die Tätigkeit des Zentralorgans der Partei eigentlich selbstverständlichen Beschlüsse auch durchgeführt werden. Der Parteivorstand hat damit durchaus im Rahmen seiner Befugnisse gehandelt, denn die Wahrung der Einheit der Partei ist in dieser für die Partei so schweren Zeit die wichtigste organisatorische Aufgabe, die der Parteivorstand zu erfüllen hat.

Die „Durchführung“ dieser Beschlüsse hat nun der Parteivorstand derart in die Wege geleitet, daß er der Redaktion das Recht entzogen hat, über das Blatt frei zu verfügen. Wie der „Vorwärts“ erzählt, ist dem Redakteur Däumig, als er die (zweite) Erklärung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft an die Spitze des Blattes bestimmte, von dem Faktor des Blattes mitgeteilt worden, er hätte von Richard Fischer (dem Geschäftsführer des Vorwärts-Verlages) den gemessenen Auftrag erhalten, „unter keinen Umständen zuzulassen, daß die Redaktion eine Erklärung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft an hervorrangender Stelle gebe“. Nachdem die Verhandlungen des Redakteurs mit dem Faktor ergebnislos blieben, erschienen Richard Fischer und Otto Braun (Mitglied des Parteivorstandes) bei dem Redakteur und bestätigten ihm, daß der Faktor jene Weisungen erhalten habe. Auch die Einrückung an die Spitze der zweiten Seite wurde vom Faktor abgelehnt; endlich wurde von diesem die Einrückung auf die dritte Seite genehmigt; an der Form der Veröffentlichung (Titel und Unterschrift) hatte Fischer inzwischen selbst Änderungen vorgenommen. Der zweite Einspruch des Parteivorstandes richtete sich gegen einen Leitartikel von Eduard Bernstein: „Was die Minder-

heit meint“; es stellte sich dabei heraus, daß seit dem 1. April (der erste Konflikt ereignete sich am 31. März) „im Büro des Geschäftsführers Fischer ein Mitglied des Parteivorstandes anwesend ist und die Sekerei die Aufgabe hat, jede Fahne dem Parteivorstandsmitglied vorzulegen. Die Sekerei ist ferner angewiesen, den Befehlen dieses Parteivorstandsmitgliedes nachzukommen, wenn es die Ausnahme irgend einer Notiz verbietet.“ Die Redaktion hat von diesen Vorgängen sofort der Preßkommission Mitteilung gemacht, und da am letzten Montag in einzelnen Kreisen Kreisbesprechungen stattgefunden, ist dort zu diesen Vorgängen Stellung genommen worden. Der vierte und sechste Wahlkreis nahm in Resolutionen entschiedene Stellung gegen dieses Vorgehen des Parteivorstandes. Der Wortlaut dieser Resolutionen ging am Dienstag der Redaktion zu und sollte in der am Mittwoch früh erscheinenden Nummer veröffentlicht werden, wobei allerdings der Text der Resolution des vierten Kreises erst gegen 11 Uhr abends in die Hände der Redaktion gelangte. Dienstag abend gegen 10 Uhr kam Hermann Müller (vom Parteivorstand) zu Däumig mit den Abzügen der Resolution des sechsten Kreises und erklärte, daß er die Veröffentlichung, soweit sie sich auf die Vorgänge

in der Redaktion des „Vorwärts“ beziehen, nicht zulasse. Erst müsse eine Erklärung des Parteivorstandes und der Geschäftsleitung darunter kommen. Däumig antwortete, er habe keine Veranlassung, die Notiz zurückzuziehen. Aber da infolge dieses Eingriffes des Parteivorstandes der Redaktion das technische Verfügungsrecht genommen sei, so müsse er Müller überlassen, zu tun, was er für richtig halte. Müller hat dann auch der Sekerei Anweisung gegeben, daß die Notiz (und noch eine über den Duisburger Fall) herausblieben. Ebenso ist auf seine Anordnung die erst später gefaßte Resolution des vierten Wahlkreises herausgeblieben. Am Mittwoch abend gegen 10 Uhr brachte Müller der Redaktion die obenstehende Erklärung des Parteivorstandes. Die Redaktion, der von Däumig Mitteilung gemacht worden war, daß eine solche Erklärung erscheinen werde, hatte in ihrer Konferenz beschlossen, daß diese Erklärung erst gebracht werden solle, wenn die Gesamtreaktion dazu Stellung genommen hätte. Da das um 10 Uhr nicht mehr möglich war, konnte Däumig die Erklärung nicht geben, worauf Müller erklärte, daß dann auch die Resolutionen noch einmal zurückbleiben müßten... Das Ganze wird nun im „Vorwärts“ vom Freitag mitgeteilt.

Die parteirechtliche Sachlage — von dem journalistischen Standpunkt wollen wir vorläufig absehen — erschwert sich dadurch, weil der „Vorwärts“ eigentlich dem Parteivorstand nicht untersteht. Er untersteht der Preßkommission der Berliner Organisationen, die allerdings bei ihren Entscheidungen an die Zustimmung des Parteivorstandes gebunden ist. Bei Differenzen zwischen Parteivorstand und Preßkommission wird die Kontrollkommission der Partei zuständig. Die Preßkommission dürfte wohl in ihrer großen Mehrheit auf Seite des „Vorwärts“ stehen; der Konflikt wird also ganz bestimmt noch recht schwere Folgen nach sich ziehen. Was jenen Duisburger Fall betrifft, so hat der Parteivorstand die Redakteure Münster und Schöck der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ entlassen. Er begründet das damit, daß sie „seit Monaten in dem Blatte alles unterdrückt, was die Politik der Reichstagsfraktion gerechtfertigt erscheinen lassen könnte“. Als in einer Parteiversammlung des dortigen sozialdemokratischen Vereines „dieses parteischädigende Treiben besprochen wurde und daraufhin der Vorsitzende der Organisation einen kurzen, nach Form und Inhalt einwandfreien Bericht über diese Versammlung der Redaktion einreichte, lehnte diese ohne triftigen Grund den Abdruck dieses Berichtes ab“. Sie „unterdrückte auch eine Kundgebung für die Einheit und Geschlossenheit der Partei, die von einer Parteiorganisation des Verbreitungsgebietes der Zeitung ausging“. Der Parteivorstand (der sich bei Gründung des Geschäftes entscheidendes Mitbestimmungsrecht vorbehalten hat) veranlaßte zuerst die Kündigung, und da es danach zwischen den Bekündigten und der Geschäftsleitung zu Auftritten kam, wurden sie nunmehr unter Zusicherung ihres Gehalts bis zum Ablauf der Kündigungsfrist (1. Juli) sogleich ihrer Stellung enthoben, und ein neuer Redakteur mit der Erledigung der Redaktionsgeschäfte vorläufig betraut.

Ueber all die Dinge wird man ja noch öfter zu lesen bekommen und auch sprechen müssen. Sie sind, das kann man schon gleich sagen, über alle Maßen betrüblich.

Berlin, 8. April. An der Spitze des heutigen „Vorwärts“ teilt der Parteivorstand mit, daß die von ihm eingetragene Zensur über die „Vorwärts“-Redaktion nur den Zweck verfolge, beide Richtungen innerhalb der Partei im Zentralorgan in gleicher Weise zu Wort kommen zu lassen.

## Aus der Sozialdemokratie.

**Noch eine Abspaltung?** Die sozialdemokratische „Mühlhauser Volkszeitung“ im Oberelsaß kommt auf eine Rede zurück, die der sozialdemokratische Reichstagsabg. Emmel am 3. Februar im Gemeindeausschuß von Mühlhausen über Freiheit der Kritik der Presse gehalten hat. Auf die Bemerkung Emmels über spätere Auseinandersetzungen, in allen Dingen habe er es nur mit den Mitgliedern der Sozialdemokratie zu tun, rief das Gemeindeausschußmitglied Gsell: „Dann rechnet Emmel mit Emmel ab; denn sonst wird niemand zugegen sein!“ Zu dieser Feststellung aus dem Protokoll bemerkt die sozialdemokratische „Mühlhauser Volksztg.“: „Gsell, Angestellter des Textilarbeiterverbandes, ist Vorsitzender der bisherigen sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion. Sein Zuruf, der in der Sitzung am Pressetisch nicht zu verstehen war, kann gar nicht anders gedeutet werden, als daß Gsell sich nicht mehr zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands rechnet. Inwieweit seine Freunde hierin mit ihm übereinstimmen, wissen wir nicht. Tatsache ist, daß sie den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei seit Kriegsbeginn nicht mehr nachkommen. Genau so wie mit der Partei steht es auch mit anderen Institutionen der modernen Arbeiterbewegung. Im Interesse der Partei und der gesamten Arbeiterbewegung ist diese Klärung nur zu begrüßen. Jeder weiß jetzt, woran er ist. Gsell war seit längerer Zeit Reichstagskandidat der Partei für den Wahlkreis Altkirch-Elmann. Er ist Mitglied des Bezirkstages für das Oberelsaß und des Gemeindeausschusses. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese ganze Angelegenheit mit der Erzählung über Gründung einer sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens in Zusammenhang bringt.“

**Eine sozialdemokratische Landeskonferenz für Bayern** hat gestern in Würzburg einen Antrag des Landesvorstandes einstimmig angenommen, in dem es heißt: „In einer Zeit der größten Erschütterungen, die ein Volk nur je erlebt hat, machen unsere Parteigenossen schwere innere Kämpfe durch, wenn sie Entscheidungen zu treffen haben über den Weg, den die Partei einzuschlagen hat. Es ist natürlich, daß hierüber Meinungsverschiedenheiten entstehen können. Diese Erschütterungen unserer Gefühle und Gedankenwelt dürfen in dieser Zeit der Wirren nicht außer acht gelassen werden, wenn wir nicht auf eine abschüssige Bahn kommen wollen. Von unserer Reichstagsfraktion ist das leider nicht genügend beachtet worden. Sie hat uns ein schlechtes Beispiel von Kameradschaft und einheitlichem Handeln gegeben, und nun werden Versuche gemacht, den Brand der Zwietracht auch in den Bau der sozialdemokratischen Organisationen zu tragen und ihn zu schüren. Darum beauftragt die Landeskonferenz die verantwortlichen Stellen der bayrischen sozialdemokratischen Partei, Vereins- und Gauvorstände, sowie den Landesvorstand, aufmerksam darüber zu wachen, daß in Bayern etwaigen Versuchen, Sonderorganisationen zu schaffen, sofort und nachdrücklich entgegengewirkt wird. Es ist die Pflicht der Parteipresse, in diesem Geiste zu wirken, und jeder einzelne Genosse hat die Aufgabe, dementsprechend zu handeln. In der Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation, Sonderorganisationen müssen zur Partezerstörung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei. Die Genossen, die hinausgezogen sind, um mit ihrem Blut die Sicherheit des Landes und ihrer Familie vor Gewalttaten zu schützen, haben uns als kostbarstes Gut die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung hinterlassen. Die Kultur und die soziale Zukunft hängen davon ab, wie die Organisationen der Arbeiterschaft die schwere Zeit überstehen. Es gilt, dem Anfang der Zerspaltung zu wehren. Höher als alles andere muß die Einheit und Geschlossenheit der Partei stehen. Die bayrische Landeskonferenz verpflichtet alle Parteigenossen und Genossinnen, duldsam gegen anders denkende Genossen und Genossinnen zu sein.“

### Die neutrale Konferenz in Stockholm

Aus Stockholm wird uns geschrieben:

Merkwürdige Gerüchte kommen mir hier aus der Schweiz zu Ohren. Man schreibt mir: Schade, daß die Deputation der neutralen Konferenz, die nach Kopenhagen abgesandt wurde, nicht empfangen worden ist. Andererseits erhalte ich einen Brief, in dem unter anderem folgendes steht: Sie sollten doch womöglich die wohl falschen Nachrichten, welche in den Zeitungen erscheinen, dementieren. Es heißt, daß die Mitglieder der Konferenz untereinander Streit haben, daß Fräulein Rosika Schwimmer fortgesandt worden, daß kein Geld mehr vorhanden sei, da M. Ford keines mehr schicken wolle.

Daß solches Zeug zirkuliert, kann niemand verwundern. Zu allen Zeiten ist es so gewesen, daß die kleine Schar, welche gegen den Strom schwimmt, angefeindet und verleumdet wird. Heute mehr als je gilt es mit den Wölfen zu heulen. Aber heute mehr als je auch gilt es für die kleine Schar, die von jeher den Krieg bekämpft hat, alle ihre Kraft gegen die furchtbare Geißel anzuspannen, damit der Menschheit wieder schönere Tage blühen mögen. Das ist das Ziel der in Stockholm tagenden neutralen Konferenz, deren Werk im besten Gange ist. Was die Zeitungsnachrichten anbetrifft, welche die Konferenz in einem ungünstigen Lichte erscheinen lassen oder sie wenigstens lächerlich machen möchten, so kann ich sagen, daß es Erfindungen sind. Fräulein Schwimmer, die Herrn Ford die Idee einer neutralen Konferenz gab, hat sich, als dieselbe gebildet wurde, zurückgezogen, da sie fand, daß sie als Ungarin einer neutralen Vereinigung nicht angehören könne, weil die Mitwirkung der Angehörigen eines kriegsführenden Landes dem Werke Schaden könnte. Die Geldmittel, welche von Herrn Henry Ford dazu bestimmt wurden, in Europa eine Einrichtung zu gründen, welche dem Krieg ein Ende bereiten sollte, fließen in dem Maße zu, als man sie nötig hat.

Die bis jetzt vollbrachte Arbeit ist ein Aufruf an die neutralen Länder, der durch eine persönliche Delegation den verschiedenen Legationen der neutralen Länder in Stockholm zum Übermitteln an ihre Regierungen gebracht wurde. Dieser Aufruf fordert letztere auf, eine offizielle Konferenz zusammenzurufen, welche den Kriegsführenden ihre Mediationsdienste anbieten würde. Er wurde auch durch

eine aus drei Mitgliedern der Konferenz bestehende Deputation der Konferenz der skandinavischen Minister in Kopenhagen überreicht. Der dänische Minister des Aeußern, S. Exc. Herr Scavenius, empfing die Delegation, und wie man es später hörte, wurde der Aufruf der neutralen Konferenz im Protokoll der Kopenhager Sitzung erwähnt. In Kristiania wurde dieselbe Delegation vom auswärtigen Minister, Herrn Niels Ihlen, und vom Storthingspräsidenten, Herrn Mohwinkel, bestens empfangen. Letzterer, sowie der Vizepräsident des Storthing erklärten, daß sie ihr Möglichstes tun würden, damit der Aufruf der Stockholmer Konferenz in einer der nächsten Sitzungen des norwegischen Storthing besprochen werde. Die gleiche Deputation sprach beim auswärtigen Minister in Stockholm, Exz. Mahlenberg, vor.

Die gegenwärtigen Verhandlungen beschäftigen sich mit den allgemeinen Grundsätzen, welche die Grundlage eines dauernden Friedens bilden müßten, und mit einigen besonders wichtigen konkreten Forderungen, die voraussichtlich von hüten und drüben gestellt werden. Die Art und Weise, wie man an die kriegsführenden Staaten gelangen will, bleibt noch späteren Beratungen überlassen.

**Feindliche Schiffsverluste.**

**Verluste der englischen Handelsflotte seit Kriegsbeginn.**

Liste IX.

| Gattung          | Name  | Tonnenzahl | Ursache des Untergangs   |
|------------------|---|------------|--------------------------|
| Dampfer          | Sappho  | 1694t      | verloren                 |
| "                | Traquair  | 1067t      | Unterseeboot             |
| "                | Coquet  | 4396t      | gesunken                 |
| "                | Marere  | 6443t      | Unterseeboot             |
| 644 Fischdampfer | Foam Crest, Sun-<br>shire, Coelwyn                      | 500t       | "                        |
| Dampfer          | Helmsmuir   | 4000t      | "                        |
| "                | Sutherland  | 3542t      | "                        |
| "                | Trematon  | 4198t      | "                        |
| "                | Falls City  | 4729t      | Mine                     |
| "                | Norieinan   | 10366t     | gestrandet               |
| "                | Appam   | 7781t      | Brise                    |
| 653 Fischdampfer | Catania Hilba,<br>Radium                                | 450t       | Mine oder versenkt       |
| Dampfer          | Corbridge   | 3687t      | Kriegsschiff             |
| "                | Ariadne   | 3035t      | "                        |
| "                | Dromonby  | 3627t      | Kriegsschiff             |
| "                | Farringtonford  | 3146t      | "                        |
| "                | Glan MacIavish  | 5816t      | "                        |
| "                | Trader  | 3608t      | "                        |
| "                | Luthor  | 3496t      | "                        |
| "                | Belle of France   | 3876t      | Unterseeboot             |
| "                | Franz Fischer   | 370t       | Zeppelin                 |
| 675              | bewaffnete Dampfer                                      | 2000t      | Unterseeboot             |
|                  | Themjemündung   |            |                          |
| "                | Charehill   | 4583t      | verbrannt                |
| "                | Balgownie   | 1061t      | Mine                     |
| "                | Argo  | 1102t      | gesunken                 |
| "                | Springwell  | 3552t      | Unterseeboot             |
| "                | Glenariff   | 490t       | Mine                     |
| "                | Sairap  | 2234t      | vermisst                 |
| "                | Ignemouth   | 2222t      | "                        |
| "                | Hummersea   | 539t       | "                        |
| Bark             | Invermark   | 1334t      | "                        |
| Dampfer          | Graiana   | 2000t      | "                        |
| "                | Andoni  | 3188t      | gestrandet               |
| "                | Terqeste  | 4308t      | Unterseeboot             |
| "                | Comric Castle   | 5167t      | gestrandet               |
| "                | Dingle  | 580t       | Mine                     |
| "                | Bolton Castle   | 5326t      | verbrannt                |
| "                | Pacific   | 4210t      | "                        |
| "                | Bellagio  | 3919t      | "                        |
| "                | Westburn  | 3300t      | gekapert u. versenkt     |
| "                | Horace  | 3335t      | versenkt d. Hilfskreuzer |
| "                | Edinburgh   | 1473t      | "                        |
| "                | Flamenco  | 4629t      | "                        |
| "                | Denaby  | 2987t      | Unterseeboot             |
| "                | Driffa  | 5352t      | gestrandet               |
| "                | Lummel  | 531t       | Unterseeboot             |
| "                | Fastnet   | 2227t      | "                        |
| "                | Dido  | 4769t      | Mine                     |
| "                | Westonby  | 3795t      | Unterseeboot             |
| "                | Maioja  | 12500t     | Mine                     |
| "                | Empress of Fort<br>William                              | 2181t      | "                        |
| "                | Wifred Martus   | 2000t      | gesunken                 |
| 99 Fischdampfer  | Brown Oleander  | 300t       | Unterseeboot             |
| Dampfer          | Southford   | 900t       | "                        |
| "                | Lhornaby  | 1786t      | "                        |
| 06 Fischdampfer  | City Reach, Tre-<br>voise, Tryon, Re-<br>liance, Harold | 400t       | "                        |
| "                | Leutonian   | 4824t      | "                        |
| "                | Sagon Prince  | 3471t      | Hilfskreuzer             |
| "                | Maroni  | 3109t      | "                        |
| "                | Rothebay  | 2007t      | Unterseeboot             |
| "                | Mafunda   | 4952t      | "                        |
| "                | Triumph   | —          | gesunken                 |
| 14               | Springflower, Iris                                      | 180t       | Unterseeboot             |
| "                | Elgar   | —          | gescheitert              |
| "                | Spiraca   | —          | verbrannt                |
| "                | Mercia  | —          | gescheitert              |
| "                | Roslyn  | —          | "                        |
| "                | Keon od. Kelbridge                                      | 3000t      | Unterseeboot             |
| "                | Hymarice  | 4000t      | "                        |
| "                | Fauroete  | 2644t      | Mine                     |
| "                | Mantoura  | 2565t      | ?                        |
| "                | Mefong  | —          | gescheitert              |
| "                | Bertud  | —          | gesunken                 |
| 5 Biermaster     | Willie  | 185t       | "                        |
| Dampfer          | Emilie  | —          | "                        |
| 6 Schuner        | Loraina   | —          | "                        |
| "                | Role  | —          | "                        |
| 8                | Dalhousie   | 1744t      | Unterseeboot             |
| 9 Dampfer        | Sea Serpent   | 902t       | "                        |
| "                | Reubin Bank   | 4209t      | "                        |
| 11               | Englishman  | 5257t      | " oder Mine              |
| 12               | Fulmar  | 1270t      | "                        |
| 13               | Horatio   | —          | verbrannt                |
| 14               | Salphbia  | 3352t      | Unterseeboot             |
| 15               | Alcantara   | 15300t     | S. M. S. Greif           |
| 16 Hilfskreuzer  | Minneapolis   | 13448t     | Unterseeboot             |
| 17 Dampfer       | Fenag Bridge  | 3838t      | "                        |
| 18               | S. Cecilia  | 4411t      | "                        |
| 19               | Arno  | 715t       | Unterseeboot             |
| 20               | Khartoum  | 303t       | "                        |

|     |         |                          |            |                  |
|-----|---------|--------------------------|------------|------------------|
| 742 | "       | Manchest. Engineer       | 4302t      | "                |
| 743 | "       | Beaver                   | —          | gesch. tert      |
| 744 | "       | Hathmore                 | 2026t      | gestrandet       |
| 745 | "       | Potomac                  | 2472t      | "                |
| 746 | "       | Rhodesia                 | 77t        | gesunken         |
| 747 | "       | Correc                   | 595t       | Zusammenstoß     |
| 748 | "       | Mattensio                | 1065t      | gesunken         |
| 749 | "       | Cedar Branch             | 2222t      | "                |
| 750 | "       | Nettleon                 | 1535t      | gestrandet       |
| 751 | "       | Barit                    | 767t       | gesunken         |
| 752 | "       | Clematis                 | 2161t      | "                |
| 753 | "       | Serndale                 | 1808t      | gestrandet       |
| 754 | "       | Empress of Mid-<br>lands | 2224t      | Mine             |
| 755 | "       | Eagle Point              | 5222t      | Unterseeboot     |
| 756 | "       | Kilbride                 | 3712t      | gesunken         |
| 757 | "       | Latonia Westoll          | 3131t      | U-Boot oder Mine |
| 758 | "       | San Christobel           | 2041t      | zerstört         |
| 759 | "       | Spartan                  | 120t       | Unterseeboot     |
| 760 | "       | Diadem                   | 3752t      | gesunken         |
| 761 | "       | Goldmouth                | 7446t      | Unterseeboot     |
| 762 | "       | Rangatira                | 10118t     | gestrandet       |
| 763 | "       | Whburton                 | 4445t      | Unterseeboot     |
| 764 | "       | Berth                    | 653t       | "                |
| 127 | Schiffe | mit etwa                 | 328 187t   |                  |
| 637 | "       | von Liste I-VIII         | 1 470 351t |                  |
| 764 | Schiffe | von Liste I-IX           | 1 798 538t |                  |

**Verluste der französischen Handelsflotte seit Kriegsbeginn.**

Liste VII

| Nr. | Gattung      | Name            | Tonnenzahl | Ursache des Untergangs |
|-----|--------------|-----------------|------------|------------------------|
| 56  | Dampfer      | Leoville        | —          | gesch. tert            |
| 57  | "            | Dupleix         | 100t       | Mine                   |
| 58  | "            | Mompis          | 2382t      | Unterseeboot           |
| 59  | Segelschiff  | Roulette        | 500t       | "                      |
| 60  | Dampfer      | Trignac         | 2375t      | Mine                   |
| 61  | Hilfskreuzer | La Provence     | 13753t     | Unterseeboot           |
| 62  | Wendelholz   | Au revoir       | 1058t      | "                      |
| 63  | Dampfer      | Lainé           | 3117t      | "                      |
| 64  | "            | Marie           | 1331t      | Mine                   |
| 65  | Bark         | Bille du Havre  | 3109t      | Unterseeboot           |
| 66  | Dampfer      | Cossiane        | 5109t      | "                      |
| 67  | Bark         | Bangarnolle     | 2248t      | "                      |
| 68  | Dampfer      | Hyde            | 1494t      | "                      |
| 69  | Kruier       | Ginette         | 269t       | ?                      |
| 70  | Dampfer      | Boréal          | 5335t      | "                      |
| 15  | Schiffe      | mit etwa        | 42180t     |                        |
| 55  | "            | von Liste I-VI  | 148989t    |                        |
| 70  | "            | von Liste I-VII | 191169t    |                        |

**Verluste der russischen Handelsflotte seit Kriegsbeginn.**

Liste VII

| Nr. | Gattung | Name                | Tonnenzahl       | Ursache des Untergangs |
|-----|---------|---------------------|------------------|------------------------|
| 31  | Dampfer | Theostopasti        | 2461t            | Unterseeboot           |
| 32  | "       | Peisenga            | 1647t            | "                      |
| 33  | "       | Alexander Wengel    | 2838t            | "                      |
| 34  | "       | Baleti Beliti       | 1414t            | untergegangen          |
| 35  | "       | Romaja Sloboda      | 1400t            | Unterseeboot           |
| 36  | Schuner | Ditoman             | 327t             | ?                      |
| 37  | Dampfer | Mary                | 1124t            | untergegangen          |
| 7   | Schiffe | mit etwa            | 11 211t          |                        |
| 30  | "       | von Liste I bis VI  | mit etwa 38 023t |                        |
| 37  | Schiffe | von Liste I bis VII | mit etwa 49 234t |                        |

Für diese neunte Liste haben wir, wie für die früheren, keinerlei amtliches Material verwendet, glauben aber die Richtigkeit im einzelnen betonen zu können, wenn die Liste auch natürlich auf lückelose Vollständigkeit keinen Anspruch erheben kann, da manches von feindlichen Schiffsverlusten nicht durch die Presse geht, z. B. von Hilfskreuzern und sonstigen Kriegszwecken dienstbar gemachten bewaffneten Handelsschiffen, wie der Fall der Alcantara (gegen S. M. S. Greif komoitt). Aus den bisher veröffentlichten Listen ergibt sich folgendes

Bild: Da 1913 die englische Handelsflotte aus 11 328 Schiffen über 100 Tonnenn bestand, beträgt der Verlust bei dem Untergang — durch Torpedierung, Mine oder aus andern auch mit dem Kriege nicht zusammenhängenden Ursachen — von 764 Schiffen 6% Prozent. Betrachtet man das Verhältnis des vernichteten zum vorhandenen Laderaum, so wird die Lage für England täglich ungünstiger und verhängnisvoll. Der Laderaum betrug 1913 — nach der letzten uns zur Verfügung stehenden Statistik — insgesamt 21 045 049 Tonnenn; ein Verlust von 1 798 538 Tonnenn macht also etwa 8,55 Prozent des ganzen Raumes aus. Bei der französischen Handelsflotte, deren Gesamttonnengehalt zuletzt etwa 2 319 438 Tonnenn betrug (uns stand bei früheren Berechnungen eine veraltete Übersicht aus dem Jahre 1911 zur Verfügung) beträgt der Prozentsatz des vernichteten Raumes — 191 169 Tonnenn — 8% Prozent.

## Die Absperrung von Rußland gegen Rumänien.

Wien, 10. April.

Heute liegt die Nachricht vor, daß Rußland seine Grenzen gegen Rumänien zur Verhinderung der Warenausfuhr abgesperrt hat.

Diese Nachricht wird uns aus informierten Kreisen bestätigt.

Die Folgen des unfreundlichen Aktes, den Rußland gegen Rumänien begangen hat, sind abzuwarten.

\* \* \*

Die Maßregel hängt offenbar mit den Beschlüssen der Pariser Konferenz zusammen, welche den Zweck haben, den Verkehr zwischen den neutralen Ländern und den Mittelmächten noch mehr zu beschränken. Diesem Zweck dient die Verordnung des englischen Ministeriums über die Verschärfung der sogenannten Blockade und der Druck, der auf Holland ausgeübt wurde. Die Krise in Holland ist aus diesen Ursachen entstanden, und jetzt folgt der unfreundliche Akt, den Rußland gegen Rumänien begeht.

## Einstellung der Warenausfuhr aus den Ententestaaten nach Rumänien.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 10. April.

„Az Est“ meldet aus Bukarest, 9. d.: Die russische Regierung hat beschlossen, die rumänische Grenze zu sperren und die Ausfuhr aller Waren nach Rumänien zu verbieten.

Das russische Kriegsministerium hatte bereits sämtliche Ausfuhrbewilligungen erteilt, und die verschiedenen Waren hatten bereits des Abtransports, als bekannt wurde, daß die rumänische Regierung mit den Centralmächten auf die Ausfuhr von Getreide bezüglichen Vertrag abgeschlossen hat. Daraufhin wurde von russischer Seite die Ausfuhr nach Rumänien untersagt.

Die rumänische Kommission, welche zum Ankauf von Pferden in Rußland weilte, ist bereits zurückgekehrt.

Weiter wird gemeldet, daß England nach der Pariser Konferenz jedwede Warenlieferung für und durch Rumänien eingestellt habe, so daß nunmehr keine Waren aus England durch Rußland in Rumänien einlangen.

## Keine Wirkung dieser Maßregel auf Rumänien.

Diese Maßregel der russischen Regierung wird in maßgebenden rumänischen Kreisen als ein sehr wichtiges Ereignis, ja als eine Expression betrachtet. Es sei jedoch vorauszu sehen, daß dieser Druck der Entente auf Rumänien ohne Wirkung bleiben dürfte, da die Centralmächte ihrerseits nicht nur die Durchfuhr der aus neutralen Ländern stammenden Waren nach Rumänien gestatten, sondern selbst auch für Rumänien sehr gern jene Waren, in denen bei den Centralmächten Ueberfluß vorhanden ist.

Der Entschluß der russischen Regierung falle sonderbarer Weise mit dem Entschlusse der in Saloniki befindlichen Engländer zusammen, daß jetzt, wo zwischen den Bulgaren und den Rumänen endlich eine Vereinbarung dahin zustande gekommen ist, daß Bulgarien die in Saloniki aufgestapelten und für Bulgarien bestimmten Waren an Rumänien überläßt, wofür Rumänien die seit Ausbruch des Krieges im Lande gebliebenen, für Bulgarien bestimmten Waren an Bulgarien ausliefert, die Durchführung dieser Vereinbarung dadurch verhindert werden soll, daß die Engländer die in Saloniki des Weitertransportes harrenden Waren zurückhalten. Die Entschlüsse der russischen und der englischen Regierung stellen sich zweifellos als Repressalien dafür dar, daß Rumänien mit den Centralmächten eine Vereinbarung hinsichtlich der Lieferung von Getreide und Petroleum getroffen hat.

an den Herrn Reichskanzler.

### Türkische Stimmen.

Konstantinopel, 8. April.

Die Blätter fahren fort, die Rede des Reichskanzlers zu besprechen, die sie als eine wahre Verdolmetschung der Reinheit der Gedanken und des Gewissens des Vierbundes bezeichnen und wobei sie die daraus klingende ernste Entschlossenheit, erhöhte Zuversicht, Kraft und Offenheit hervorheben.

„Kdam“ findet, daß die Rede insbesondere darum außerordentlich wichtig sei, weil sie gleich nach den Pariser Konferenzen der Entente und nach Feststellung der Unmöglichkeit und Aussichtslosigkeit der seit Monaten angekündigten Frühjahrs-offensive des Vierbundes gehalten worden sei. Eine bessere Zeit für diese Rede habe nicht gewählt werden können.

„Tanin“ schreibt zum Schlusse seines Leitartikels: Da wir wissen, wie sehr der Reichskanzler die Großsprechererei vermeidet, fühlen wir eine wahre Befriedigung über die Sprache, die er geführt hat, denn diese ist ein glänzender Beweis dafür, wie sehr die Zuversicht in den Endsieg des Vierbundes bei dem Reichskanzler gestiegen ist. Die Zuversicht und Entschlossenheit sind tatsächlich im Vergleich zu gestern derart gestiegen, daß die von der Tribüne des Reichstages gesprochenen Worte durch die Völker des Vierbundes vorbehaltlos gebilligt werden können.

„Hila“ sagt: Die Absichten, welche Deutschland den Freunden und Feinden verkündet, sind durch nationale und menschliche Erwägungen vollkommen gerechtfertigt. Es ist die Sorge um die legitime Verteidigung, die unseren Verbündeten gebietet, an eine Aenderung des Statusquo zu denken, gleichzeitig aber auch der edle Wunsch, die geknechteten Völker zu befreien und Europa vor einer neuen furchtbaren Katastrophe zu beschützen. Die errungenen Siege und die Kriegslage berechtigen vollkommen zu der Erwartung, daß die vom Reichskanzler aufgestellten Ziele eine baldige Verwirklichung erfahren werden.

## Ein deutscher Erfolg bei Bethincourt.

Mitgeteilt im Berichte des französischen Generalstabes.

Wien, 10. April.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

9. April, 3 Uhr nachmittags. Westlich der Maas schwache Artillerietätigkeit während der Nacht.

Oestlich der Maas machten wir einige Fortschritte in den Verbindungsgängen südlich vom Dorfe Douaumont und nahmen südwestlich davon ungefähr 150 Meter feindlicher Schützengräben. Zwei deutsche Granatengriffe gegen unsere Stellungen im Caillettevalde wurden zurückgeschlagen.

In der Woivre war die Nacht verhältnismäßig ruhig.

11 Uhr nachmittags. In den Argonnen richtete unsere Artillerie ein konzentrisches Feuer auf die Verbindungswege des Feindes. Unsere schweren Batterien beschossen, während in dem Nebenabschnitte Operationen im Gange waren, wichtige Truppenansammlungen und marschierende Kolonnen in der Gegend von Montfaucon und Mantillois.

Bei der Höhe 285 brachten wir eine Mine zur Explosion, wodurch wir einen feindlichen Graben auf ziemlich große Breite verschütteten und einen kleinen feindlichen Posten zerstörten.

Westlich der Maas fand während des ganzen Tages eine heftige Schlacht statt, die auf unserer gesamten Front zwischen Avocourt und Cumières geliefert wurde und sich sogar bis auf das rechte Maasufer erstreckte. Die planmäßige Räumung des vorspringenden Winkels von Bethincourt in der vergangenen Nacht gestattete uns, eine geschlossene Linie zu bilden, die vom Reduit von Avocourt ausgeht, den ersten bewaldeten Abhängen westlich der Höhe 304 entlang führt und sich unseren Stellungen etwas südlich der Kreuzung der Straßen Bethincourt - Esnes und Bethincourt - Chataucourt anschließt. Die ganze Linie, die vom Feinde heftig angegriffen wurde, hielt den wütendsten Anstürmen stand. Auf der ganzen Front Toter Mann - Cumières erlitt die deutsche Offensive einen blutigen Mißerfolg. Die feindlichen Sturmkolonnen, die in dichten Reihen aus dem Cumièreswalde hervorbrachen, wurden unter unser Maschinengewehr- und Artilleriefeuer genommen und unter Zurücklassung zahlreicher Leichen auf dem Gelände zerstreut. Sämtliche gegen den Toten Mann gerichteten Angriffsversuche wurden ebenfalls mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. Eine gleichzeitig unternommene Angriffsoperation des Feindes gegen unsere Stellungen vom Walde von Avocourt bis zum Forgesbach stieß auf den hartnäckigen Widerstand unserer Truppen, die den Feind überall zurückschlugen.

Endlich war es einem Angriffe, der auf eines unserer nordöstlich des Dorfes Avocourt am südlichen Waldesrand gelegenen Werke gerichtet wurde, gelungen, während eines Augenblickes in unseren Gräben Fuß zu fassen. Unser Gegenangriff warf den Feind hinaus.

Oestlich der Maas sehr starke Artillerietätigkeit gegen unsere Anlagen auf dem Pfefferhügel, in der Gegend Douaumont - Baur sowie gegen die Gesamtheit unserer zweiten Linie. Durch unser Sperrfeuer angehalten, kamen die feindlichen Infanterieangriffe nicht zur Entfaltung.

In der Woivre zeitweilige Beschießung.

## Der französische Generalstab über die Kämpfe bei Verdun.

Wien, 9. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

### Frankreich.

8. April, 3 Uhr nachmittags. In den Argonnen Minenkampf an der Fille Morte, wo wir mit Erfolg zwei Querschminen springen ließen. An der Höhe 285 besetzten wir den Südrand eines durch eine deutsche Sprengung entstandenen Trichters.

Westlich der Maas erneuerten die Deutschen im Laufe der Nacht die Angriffe gegen die Stellungen im Süden und am Ostausgang von Haucourt. An diesem Punkte konnte uns der Feind trotz wiederholter Anstrengungen nicht aus unsern Linien werfen, von denen ein mörderisches Feuer ausging,

das ihm schwere Verluste beibrachte. Südlich von Haucourt konnten die Deutschen in zwei kleinen Werken zwischen Haucourt und der Höhe 287, die wir besetzt halten, Fuß fassen. Südöstlich von Bethincourt dauerte der Granatenkampf in den Verbindungsgängen längs der Straße Bethincourt-Chatancourt fort und brachte uns einige Vorteile ein.

Oestlich der Maas zeitweilige Beschießung unserer Stellungen. Ein feindlicher Granatenangriff gegen einen unserer Schützengräben nördlich von der Anhöhe von Fort Bau wurde durch unser Feuer abgeschlagen.

In der Woivre verließ die Nacht ruhig.

In den Vogesen wurde eine feindliche Erkundungsabteilung, die einen unserer kleinen Posten am Langenfeldkopf südlich von Sondernach zu nehmen versuchte, durch Gewehrfeuer zerstreut.

11 Uhr nachts. Südlich vom Flusse Aube zerstörte unsere Artillerie die Mühle von St.-Aurin, wo sich ein Beobachtungsstand befand, und brachte feindliche Schützengräben nördlich von Beuvraignes zum Einsturz.

In der Champagne erwiderten wir in der Gegend von Navarin sehr heftiges feindliches Artilleriefeuer, das auf einen Angriff schließen ließ, mit Sperrfeuer. Der Feind kam aus den Schützengräben nicht heraus.

In den Argonnen konzentrisches Feuer auf die feindlichen Batterien im Cheppywald und in der Gegend von Montfaucou und Malancourt.

Von Verdun kein wichtiges Ereignis zu melden, nur ziemlich heftige Beschießung unserer Front Bethincourt-Toter Mann-Cumidres.

In den Vogesen lebhaftes Tätigkeit unserer Batterien im Fecttale.

An der belgischen Front verlief der Tag ruhig.

9. April, 3 Uhr nachmittags. Westlich der Maas schwache Artillerietätigkeit während der Nacht.

Oestlich der Maas machten wir einige Fortschritte in den Verbindungsgängen südlich vom Dorfe Douaumont und nahmen südwestlich davon ungefähr 150 Meter feindlicher Schützengräben. Zwei deutsche Granatenangriffe gegen unsere Stellungen im Caillettewald wurden zurückgeschlagen.

In der Woivre war die Nacht verhältnismäßig ruhig.

In Lothringen wurde der Versuch eines feindlichen Handstreiches gegen unsere Schanzwerke in der Gegend von Embermenil völlig zum Scheitern gebracht. Der Feind erlitt einige Verluste.

Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

11 Uhr nachts. In den Argonnen richtete unsere Artillerie ein konzentrisches Feuer auf die Verbindungswege des Feindes. Unsere schweren Batterien beschossen, während in dem Nebenabschnitt Operationen im Gange waren, wichtige Truppenansammlungen und marschierende Kolonnen in der Gegend von Montfaucou und Rantillois.

Bei der Höhe 285 brachten wir eine Mine zur Explosion, wodurch wir einen feindlichen Graben auf ziemlich große Breite verschütteten und einen kleinen feindlichen Posten zerstörten.

Westlich der Maas fand während des ganzen Tages eine heftige Schlacht statt, die auf unserer gesamten Front zwischen Avocourt und Cumidres geliefert wurde, und sich sogar bis auf das rechte Maasufer erstreckte. Die planmäßige Räumung des vorspringenden Winkels von Bethincourt in der vergangenen Nacht gestattete uns, eine geschlossene Linie zu bilden, die vom Reduit von Avocourt ausgehend, den ersten behaltenden Abhängen westlich der Höhe 304 entlang führt und sich unsern Stellungen etwas südlich der Kreuzung der Straßen Bethincourt-Esnes und Bethincourt-Chatancourt anschließt. Diese ganze Linie, die vom Feinde heftig angegriffen wurde, hielt den wütendsten Anstürmen stand.

Auf der ganzen Front Toter Mann-Cumidres erlitt die deutsche Offensive einen blutigen Mißerfolg. Die feindlichen Sturmkolonnen, die in dichten Reihen aus dem Cumidreswalde hervorbrachen, wurden unter unser Maschinengewehr- und Artilleriefeuer genommen und unter Zurücklassung zahlreicher Leichen auf dem Gelände zerstreut. Sämtliche gegen den Toten Mann gerichteten Angriffsversuche wurden ebenfalls mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. Eine gleichzeitig unternommene Angriffsoperation des Feindes gegen unsere Stellungen vom Walde von Avocourt bis zum Forgesbach stieß auf den hartnäckigen Widerstand unserer Truppen, die den Feind überall zurückschlugen. Endlich war es einem Angriff, der auf eines unserer nordöstlich des Dorfes Avocourt am südlichen Waldestrand gelegenen Werke gerichtet wurde, gelungen, während eines Augenblickes in unsern Gräben Fuß zu

Der französische Generalstab über die  
Kämpfe bei Verdun.

104

fassen. Unser Gegenangriff warf den Feind hinaus.

Deftlich der Maas sehr starke Artillerietätigkeit gegen unsere Anlagen auf den Pfefferhügel, in der Gegend Douaumont-Baux sowie gegen die Gesamtheit unserer zweiten Linie. Durch unser Sperrfeuer angehalten, kamen die feindlichen Infanterieangriffe nicht zur Entwicklung.

In der Woebre zeitweilige Beschließung.

Belgischer Bericht. Auf der Front der belgischen Armee herrschte starke Artillerietätigkeit, namentlich in der Gegend von Dixmude. Bei Steenstraete Handgranatenkampf.

### Berichte der feindlichen Generäle.

Wien, 9. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

#### Italien.

7. April. Im Canonicatal und in den Judikarien andauernde Tätigkeit unserer Infanterie mit Unterstützung durch Artillerie. Durch überraschendes Vorgehen und Sturmangriffe wurden dem Feinde eine befestigte Stellung nordwestlich von Frauel (Daonetal), ein Platz am Giese und eine stark befestigte Höhe zwischen der Brücke von Bludago und der Cima Plone entzogen. An der Front von Lagarina bis zum Saganatal Artillerieduell. Auf den Osthängen des Monte Broi wurde eine feindliche Abteilung geschlagen, zurückgeworfen und ließ zirka 10 Gefangene, einen Bombenwerfer, Waffen und verschiedenes Material in unsere Hände. Im oberen Cordeoletal verursachte unsere Artillerie die Explosion eines Munitionsdepots am Monte CHERZ. Längs des Ssonzo Artillerietätigkeit wie gewöhnlich. Am Karstplateau versuchte eine starke feindliche Abteilung nochmals vergeblich einen verlustreichen Angriff gegen unsere neuen Stellungen östlich von Selz. Von Artillerie-, Maschinengewehr- und Infanteriefeuer überschüttet, wurden die feindlichen Truppen in Unordnung und unter den schwersten Verlusten zurückgeschlagen, bevor es ihnen noch gelungen war, sich unseren Drahthindernissen zu nähern.

Der Luftkrieg brachte uns einen neuen glänzenden Erfolg. Schon gestern wurden neue Angriffe feindlicher Flugzeuge in Karnien und am Ssonzo abgewiesen. Nun versuchte der Feind, der bereits die Hoffnung aufgeben mußte, unsere Luftverteidigung zu überwinden, uns unter dem Schutze der Dunkelheit zu überraschen. In der vergangenen Nacht überflogen feindliche Flugzeuge die Ebene zwischen Ssonzo und dem Tagliamento. Allein unsere kühnen Flieger stiegen plötzlich in der Dunkelheit auf,

griffen das feindliche Geschwader an, verjagten es, brachten zwei Flugzeuge zum Absturz und nahmen die vier Flieger, darunter drei Offiziere, gefangen.

#### Rußland.

Bei Riga und im Dinaabchnitt, nördlich Friedrichstadt, fand an mehreren Stellen ein heftiger Artilleriekampf statt. Südwestlich von Kömerhof erschien ein feindliches Auto, das überraschend unsere Gräben mit Schnellfeuergeschützen beschöß. Es wurde durch unsere Artilleriefeuer zum Rückzug gezwungen. In den Stellungen von Dinaburg Feuerkampf. Es wird gemeldet, daß der Ausgang aufgehört und das Hochwasser nachläßt. Südwestlich des Maroczees dauerte der heftige Artilleriekampf während des ganzen gestrigen Tages an. Gegen Abend nahmen unsere Truppen Teile der feindlichen Stellungen bei dem Dorf Blizniti und brachten einen Offizier und 77 Mann als Gefangene ein. Zur Abwehr unserer Angriffe bedienten sich die Deutschen erstickender Gase. Am Sosnosee (23 Kilometer südlich von Pinsk) machten die Deutschen Erkundungsversuche in Booten, wurden jedoch zurückgewiesen. Nördlich Czartoryst warfen feindliche Flieger Bomben ab. An der oberen Strypa beschossen wir mit Erfolg feindliche Batterien, beobachteten gut liegende Einschläge und zahlreiche Explosionen. Versuche des Feindes, gewisse Batterien unserer Feuerwirkung zu entziehen, waren erfolglos. Nördlich Bojan brachte der Feind eine Mine vor unsere Stellungen zum Aufspringen.

## Aus der Sozialdemokratie.

**Fortdauer der Krisis in der Reichstagsfraktion.** Am Donnerstag (6. April) hat der Reichstag den U-Bootsantrag seines Ausschusses angenommen und den U-Bootsantrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gegen das warnungslose Torpedieren und für sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen abgelehnt. Ueber die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten bei dieser Abstimmung wird der „Leipz. Volksztg.“ berichtet: „Die Minderheit der alten Fraktion entfernte sich fast vollzählig vorher aus dem Saale. Verschiedene Genossen aber, wie Ruffel-Leipzig, Edmund Fischer, Reichhaus u. a. blieben mit den Genossen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft bei der Abstimmung über die Kompromiß-U-Boot-Resolution im Saale auf ihren Plätzen sitzen und stimmten so gegen die Resolution (des Ausschusses). Der Genosse Edmund Fischer stimmte auch mit positiv für die Resolution Bernstein und Genossen gegen den rücksichtslosen U-Bootkrieg. . . . Angehörige der Mehrheit erzählen, daß sie selber eigentlich nicht einverstanden seien mit der Zustimmung zu der Kompromiß-U-Boot-Resolution und nur, um die Genossen Ebert und Scheidemann, die sie mit zusammengebracht haben, zu decken, schließlich dafür gestimmt haben; aber einzelne der Rechten, wie der Genosse Landsberg, haben selbst das nicht getan, sondern haben sich vor der Abstimmung ebenfalls absichtlich aus dem Saale entfernt.“

**Die Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.** Vor Ausbruch des Krieges zählte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 111 Mitglieder. Das Mandat des Landesverrätters Weill für Meß ist seit dem Kriegsausbruch erledigt. Von den übrigen 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben sich Liebknecht und Kühle als Wilde und am 24. März die 18 Mitglieder umfassende Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft abgesondert. Die alte sozialdemokratische Reichstagsfraktion umfaßt also noch 90 Mitglieder. Von ihren 90 Mandaten ist das für Reichenbach-Neurode durch den Tod des Abg. Kühn erledigt. Innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt auch jetzt noch eine Mehrheit und eine Minderheit deutlich hervor. Am Tage der Fraktionspaltung haben 14 Abgeordnete — an der Spitze Albrecht — erklärt, daß sie zwar in der Fraktion gegen den Notetat gestimmt, bei der Entscheidung im Reichstag aber den Saal verlassen haben, und daß sie der Fraktion das Recht absprechen, „ein Parteimitglied von der Fraktionsgemeinschaft auszuschließen“. Inzwischen haben sich noch einige Abgeordnete gemeldet, welche erklären, daß sie auf den Boden der Erklärung Albrecht stehen. Der „Vorw.“ gibt nochmals die Namen sämtlicher in Frage kommender Abgeordneten bekannt:

Albrecht, Antrich, Baudert, Brandes, Emmel, Erdmann, Edmund Fischer, Fuchs, Hoch, Hofrichter, Hugel, Hüttmann, Jaedel, Leutert, Peirates, Raute, Reichhaus, Ruffel, Schmidt-Meiß, Simon.

Diese 20 bilden die Minderheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Es sind dieselben Abgeordneten, die am 21. Dezember, als die Saale- und Liebknecht-Deute gegen den Kriegskredit stimmten, damals 22 Mann hoch, den Saal verließen, nachdem sie vorher in der Fraktion gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt hatten. Damals hatten sich ihnen noch die beiden Abg. Ewald und Krätzig angeschlossen.

## „Vorwärts“ und Parteivorstand.

Der Parteivorstand hat, wie schon kurz gemeldet, über seinen Konflikt mit der Redaktion des „Vorwärts“ eine Erklärung erlassen, die in dem Blatte am Samstag veröffentlicht wird. In der Erklärung heißt es:

Die vom Parteivorstand aus organisatorischen Gründen im Interesse der Gesamtpartei getroffenen Maßnahmen waren kein Eingriff in die Meinungsfreiheit. Sie bezweckten vielmehr, die Meinungsfreiheit in dem Zentralorgan der Partei zur Geltung zu bringen. Nachdem die Spaltung der Fraktion Tatsache geworden war, mußte Vorkehrung getroffen werden, daß die Redaktion des „Vorwärts“ das Blatt nicht vornehmlich in den Dienst der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft stellte. Die Verhinderung eines solchen Mißbrauchs der Redaktionsbefugnisse zu Gunsten einer Sondergruppe ist kein Angriff auf die redaktionelle Unabhängigkeit, die begrenzt ist durch die Pflichten, welche der Charakter des Zentralorgans der Partei seiner Redaktion auferlegt.

Von einer Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit kann aber auch deshalb keine Rede sein, weil der Redaktion niemals verwehrt wurde, ihre Auffassungen in den Parteidifferenzen zur Geltung zu bringen. Verlangt wurde nur, daß neben der Mehrheit auch die Minderheit im Zentralorgan ausreichend zum Worte komme. Ist es doch mehrfach vorgekommen, daß Artikel von Genossen, die der Mehrheit angehören, mit nicht-sagenden Gründen von der Redaktion einfach abgelehnt wurden. Selbst dem auf dem Standpunkt der Mehrheit stehenden Redaktionsmitglied Cunow sind mehrfach Artikel zurückgewiesen worden, weil seine Auffassungen der Redaktion nicht paßten. Diese Vergewaltigung von Vertretern der Mehrheit der Partei verträgt sich nicht mit den Pflichten, die der Redaktion eines Zentralorgans obliegen. Niemand hat der „Vorwärts“-Redaktion das Recht gegeben, die Leser in dieser Weise zu bevormunden. Die Parteigenossen haben das Recht, beide Seiten zu hören, damit sie sich selbst ein Urteil bilden können. Das ist das genaue Gegenteil jeglicher Unterdrückung der Meinungsfreiheit.

Damit die Spaltung der Reichstagsfraktion nicht zur Spaltung der Partei werde, muß alles aus dem Zentralorgan ferngehalten werden, das geeignet ist, die Einheit und Geschlossenheit der Partei noch mehr zu gefährden. Ganz selbstverständlich kann der „Vorwärts“ nach wie vor an der Parteimehrheit, an der Fraktion und an den Institutionen der Partei Kritik üben. Den Angegriffenen muß aber das Recht der Antwort dort zuzufinden, wo sie angegriffen worden sind. Das ist einfache Pflicht der Gerechtigkeit. Das Zentralorgan darf nicht zu einem Kampforgan einer Sonderorganisation gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion herabgewürdigt werden. Das würde auch nicht ohne nachteilige wirtschaftliche Folgen für das „Vorwärts“-Unternehmen bleiben. Es ist aber nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des Parteivorstandes, zu verhindern, daß das „Vorwärts“-Unternehmen gefährdet wird. Aufgabe aller Parteigenossen, denen die Aufrechterhaltung der Geschlossenheit der Partei am Herzen liegt, ist es, den Parteivorstand in diesem Bemühen tatkräftig zu unterstützen.

Auf Sonntag widmet die Redaktion der Erklärung des Parteivorstandes eine umfangreiche Antwort, in der sie sich vor

allem darauf beruft, daß der Parteivorstand zu seinem Vorgehen auch formell nicht befugt war. Der „Vorwärts“ ist nämlich einestheils das Zentralorgan der Partei, die Kontrolle seiner prinzipiellen und tatsächlichen Haltung obliegt aber der Berliner Preßkommission (die aus je zwei Mitgliedern aller Parteireise besteht), die „in Gemeinschaft“ mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassung im Personal der Redaktion und Expedition entscheidet. (Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Vorstand und Kommission wird beratschieden, daß zu ihnen die Kontrollkommission tritt, alle drei Instanzen mit einer Stimme, und von diesem Dreikollegium die Entscheidung erfolgt.) Das ist es klar, daß der Parteivorstand zu einem selbständigen Vorgehen kein Recht hatte, daß er nur „in Gemeinschaft“ mit der Preßkommission vorgehen durfte; der Parteivorstand hat die Befugnisse der ihm gleichgestellten Instanz, eben der Preßkommission, offensichtlich verletzt. Wobei allerdings bemerkt werden muß, daß gerade vom „Vorwärts“ die „Instanzen“ seit langem mit ausgeprägtem Hohne behandelt werden. Man kann aber doch nicht für eine Instanz, die Preßkommission, unbedingte Anerkennung heischen, wenn man sie der anderen, dem Parteivorstand, offen aufkündigt; und auch die Theorie, daß die eine Instanz nur die Bürokratie darstellt, die andere die Demokratie verkörpert, wird nicht leicht auf allgemeine Anerkennung rechnen können. Der „Vorwärts“ will seine Aufgabe als Zentralorgan dahin bestimmen, daß er nur verpflichtet sei, die offiziellen Bekanntmachungen an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu bringen, wie im Parteistatut festgestellt sei. („Der Parteivorstand kann von uns einzig und allein verlangen, daß wir seine offiziellen Bekanntmachungen an hervorragender Stelle bringen.“) Aber das ist im Parteistatut neben der Erklärung, daß er das Zentralorgan ist, bestimmt und erschöpft ganz selbstverständlich die Aufgabe des Zentralorgans nicht (sonst hätte doch genügt, daß bloß dies bestimmt werde); die Aufgabe liegt vielmehr in der Bezeichnung und in dem Wesen des Zentralorgans, dem dadurch die Pflicht zugewiesen ist, die Gesamtinteressen der Partei unabhängig von lokalen Strömungen zu vertreten. Sachlich sagt nun der „Vorwärts“:

Daß zu dem Druck der Militärzensur nun auch noch eine Parteizensur kommt mit Methoden, die denen der Militärzensur mindestens gleichkommen, sie sogar überreifen, das ist eine der empörendsten Erfahrungen in dieser an bitterem Erleben so überreichen Zeit. Der Parteivorstand hätte die Pflicht, die Entscheidung im Meinungsfreiheit einem kommenden Parteitag zu überlassen. Von einem selbstherrlichen und gewaltsamen Eingreifen in Meinungs-differenzen hat er die Finger zu lassen. Seit drei Jahren hat der höchste Gerichtshof unserer Partei, der Parteitag, nicht zusammentreten und urteilen können. In einer so langen Zeit sollten die ausführenden Organe der Partei alles vermeiden, was als Mißbrauch bürokratischer Machtmittel gebedeutet werden muß. Die Meinungsfreiheit will der Parteivorstand im Zentralorgan zur Geltung bringen und seine Maßnahmen sind, so behauptet er, kein Eingriff in die Meinungsfreiheit. Solange es aber ein Zentralorgan der Partei gibt, hat seine Meinungsfreiheit darin bestanden, daß die Redaktion ihre Anschauungen und ihre Überzeugung im Rahmen unseres Parteiprogramms im Blatte vertreten hat. Weder Preßkommission noch Parteivorstand haben bisher den Grund-satz aufgestellt, daß die Redakteure des „Vorwärts“ die Autorität der Vorstandsmeinung oder der Anschauungen der Fraktionsmehrheit seit in ühren. Traten zwischen der Redaktion auf der einen Seite und Parteivorstand und Preßkommission auf der anderen Seite so tiefgehende Meinungsverschiedenheiten auf, daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten nicht mehr möglich war, so wurde eine mehr oder weniger schmerzhaft Entscheidung vollzogen. Steits aber hatte der Parteivorstand der Redaktion volle Meinungsfreiheit garantiert.

In dieser Abwehr liegt natürlich viel Wichtiges, wenn gleich man auch zu berücksichtigen hat, daß die „Parteizensur“ den Interessen der Partei dienen will, welchen Zweck sich die Militärzensur nicht gerade gesetzt haben wird... Die Frage nach der Meinungsfreiheit des Parteijournalisten — die ebenso eine unerläßliche Notwendigkeit ist, wie sie durch die wohl-erwogenen Gesamtinteressen der Partei notwendigerweise begrenzt wird — ist ohne Zweifel eine der schwierigsten Fragen und wird, infolge der Bedeutung der Presse innerhalb der Partei, auch immer wichtiger. Diese prinzipielle Seite der Sache mag gelegentlich erwogen werden. Daß es möglich wäre, die Konflikte nicht immer gleich auf die Spitze zu treiben, scheint uns gewiß; daß es nützlich wäre, wird kein Verständiger leugnen. Das ist eben die traurige Folge von Spaltungen, daß danach die Gegensätze immer noch übertrieben nur herausgearbeitet, ja noch künstlich Gegensätze erfunden werden.

**Kriegskalender.**

29. März: Südlich des Karoczees werden sieben heftige russische Angriffe abgeschlagen. — Im Blödenabschnitte scheitern mehrere italienische Vorstöße. Desslich Selz bringen die Italiener in einige Gräben ein. — Unsere Seeflugzeuge bombardieren Balona. — Die Deutschen erobern im Sturmangriff die französischen, mehrere Linien tiefen Stellungen nördlich von Malancourt in zwei Kilometer Breite und bringen auch in den Nordwestteil des Dorfes ein. — Der russische Kriegsminister Pokrowanow tritt zurück. General Schurajow sein Nachfolger. — Erklärung der deutschen Regierung an Holland über den U-Boot-Krieg. — Bosnisch-herzegowinische Hulbigungsdeputation in Wien.

30. März: Die Russen haben ihre Angriffe gegen die Hindenburg-Front eingestellt. — Am Görzer Brückenkopf wird fortgesetzt heftig gekämpft. — Nordöstlich Avocourt brechen französische Gegenangriffe unter schweren Verlusten zusammen. — Die britischen Dampfer „Gilbride“, „Savinia Westoll“, der britische Schoner „Montrose“, der russische Schoner „Ditoman“ und der holländische Dampfer „Duibeland“ versenkt. — Kollektivnote der Entente in Athen wegen des Nordapirus. — General Dubail Militärgouverneur von Paris. — Beschluß der Budgetkommission des Deutschen Reichstages in der U-Boot-Frage.

### Der Sinn der holländischen Rüstungen

Es ist in der ganzen Weltpresse viel hin und her gestragt worden, welche Bedeutung den Maßnahmen der holländischen Regierung und den Geheimisungen der Kammer wohl zuzuschreiben sei. In den Blättern der Zentralmächte hieß es, die Rüstungen gelten England, in denen der Entente, sie könnten sich nur gegen eine befürchtete deutsche Invasion richten. Da nun auch holländische Preßstimmen eingelangt sind, ist es nicht uninteressant zu vernehmen, wie sich eines der bedeutendsten holländischen Blätter, der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ darüber ausdrückt. In einem Leitartikel, der sich mit der Erklärung der holländischen Regierung befaßt, wird dort u. a. ausgeführt:

„Nach mehreren Tagen der Unsicherheit und Nervosität hat die Regierungserklärung eine gemäßigte Beruhigung oder, wenn man will, eine Art von „ruhiger Unruhe“ gebracht. Das ist möglicherweise gerade das, was die Regierung wünschte und dann hat sie den Ton gut getroffen. Die hiesige Stimmung wechselte wie die Laune des Frühlings. Am einen Tag sah man am politischen Himmel nur lachenden Sonnenschein, alles schien ruhig und friedlich; am nächsten Tag aber glaubte man die Stürme würden plötzlich über uns hereinbrechen. Jetzt hat die Regierung das Barometer deutlich für jedermann abgelesen: „Beständig, aber mit einer Tendenz zum Fallen.“

Die Regierung verfügt über „Anzeichen, die eine Zunahme der Gefahr, denen unser Land ausgesetzt ist, befürchten lassen“ — daran kann man sich mehr halten, als an Gerüchte, Berechnungen, politische Kombinationen, militärische Möglichkeiten oder Erwartungen. Man achte auch hier wieder auf den Ernst des gewählten Wortes; auf Grund der vorhandenen Anzeichen wird Vergrößerung der Gefahr befürchtet. Der erste Teil der Erklärung lehrt uns die Art der Gefahr. Die militärischen Maßnahmen sind „Vorsichtsmaßregeln, die mit dem unerschütterlichen Entschluß zusammenhängen, unsere Neutralität strengstens aufrecht zu halten.“ Politische Komplikationen bestehen aber also momentan nicht. Die Gefahr ist wahrscheinlich hierin zu suchen, daß einer oder mehrere der Kriegführenden in der nahen Zukunft dazu gebracht werden könnten, die Neutralität unseres Gebietes nicht mehr so gewissenhaft zu respektieren, wie es bis jetzt der Fall war. Wenn also die Erklärung von einem „unerschütterlichen Entschluß usw.“ spricht, wendet die Regierung sich mehr zu den Kriegführenden, als zu unserer Nation selbst. Es ist eine Warnung für beide Seiten der Kämpfenden. Von welcher Seite Zunahme der Gefahr drohen würde, darüber gibt die Erklärung keine weitere Auskunft — das kann auch dahingestellt bleiben. Ganz deutlich aber ist: daß keine Handlungsweise von der einen Seite der anderen Seite einen Vorwand geben soll, um es von jetzt an mit unserer Neutralität weniger gewissenhaft zu nehmen; zum Beispiel: wenn einer der

Kriegführenden unser Gebiet unversehens verletzen würde, dann darf das für die andere Seite kein Grund sein, unser Gebiet auch zu betreten, um uns zu helfen. Die Handhabung unserer Neutralität wird, wie bis jetzt, eine strenge sein, das heißt nach allen Seiten hin mit derselben Kraft und mit denselben Mitteln, mit demselben Wohlwollen, aber auch mit derselben ängstlichen Wachsamkeit. Und daß dies geschehen wird, ist ein „unerschütterlicher“ Entschluß der Regierung, der sicher in der Geheimisung der Kammer mit Freuden begrüßt worden ist, ebenso wie er mit Beifall im Lande aufgenommen werden wird. Daß dies noch einmal öffentlich gesagt ist, kann seinen Nutzen haben. Es verhindert Versuche der Kriegführenden, durch Drohungen oder Scheinbewegungen die andere Partei zu einer Neutralitätsverletzung herauszuloden und in dieser Weise unser Land an der Seite der „Unschuldigen“ in den Krieg zu verwickeln. Die Verträge geben uns das Recht, mit den Waffen unsere Neutralität zu schützen, ohne daß das als casus belli betrachtet werden kann. Die Handhabung dieses Rechtes mit aller Sorgfalt und mit allen verfügbaren Mitteln, so lange und so gut als möglich, ist das beste Mittel, selbst auch bei „Vergrößerung der Gefahren“ unser Land außerhalb des Krieges zu halten, und um jedenfalls das Gebiet des Kampfes zu beschränken, falls doch noch auf unserem Boden gekämpft werden würde. Wir nannten die Regierungserklärung eine „gemäßigte Beruhigung“, ob-

wohl von einer Zunahme der Gefahr gesprochen wird. Die Beruhigung liegt unserer Meinung nach hierin, daß die Regierung aufs neue gezeigt hat, daß ihre Politik in einer bestimmten Richtung geht, so daß keine Gefahr vorhanden ist, daß sie sich mitschleppen lassen wird bis zu einem Punkt, wo es ihr nicht mehr möglich ist, ihren eigenen Weg zu gehen.“

C. T.

**Eine Note Schwedens an Lansing.****Eine Aufforderung zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Rechtsverletzungen Englands.**

A. Stockholm, 10. April. Laut „Dagens Nyheter“ veröffentlicht die große argentinische Zeitung „La Nacion“ in Buenos Aires eine frühere Note der schwedischen Regierung an den Staatssekretär Lansing, worin die Vereinigten Staaten zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Beschlagnahme der Post durch England aufgefordert wurden. Die Note lautete: „Während des jetzigen Krieges hat die schwedische Regierung Euer Excellenz mehrmals ein diplomatisches Zusammenarbeiten vorgeschlagen, um gewisse internationale Gesetze zu schützen, die von größter Wichtigkeit sind, aber von England verletzt werden. Ihrer Verantwortung wohl bewußt, versäumt die Regierung keine Maßregel, die solchen Uebergriffen zuvorkommen kann. Sie sieht sehr wohl ein, daß es für die Zukunft eine Gefahr bedeutet, wenn Gesetze, die von ungeheuerem Wert für die Zivilisation sind, andauernd verletzt werden. Der Wunsch, daß sie geachtet werden, ist der Grund dafür, daß sich die schwedische Regierung mit Euer Excellenz wegen dieser Angelegenheit in Verbindung setzt.“

Hierauf folgt eine Schilderung des englischen Vorgehens, das als schwere Kränkung der internationalen Rechte der neutralen Staaten bezeichnet wird.

Die Note schließt: „Demzufolge stellt die schwedische Regierung der Republik der Vereinigten Staaten ein Zusammenarbeiten anheim, um die Mittel zu finden, einer fortgesetzten Kränkung des internationalen Rechtes vorzubeugen. Die Regierung bittet um möglichst baldige Antwort, um sich eventuell auch mit anderen Staaten in Verbindung zu setzen.“

**Asquith über die Rede des deutschen Reichskanzlers.**

London, 10. April.

Premierminister Asquith jagte zu einer hieher gekommenen Abordnung französischer Parlamentarier unter Bezugnahme auf die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers:

Deutschland wollte, daß wir die Rolle des geschlagenen Feindes übernehmen, aber wir sind nicht geschlagen und werden nicht geschlagen werden. Unsere Friedensbedingungen sind dieselben, für die wir die Waffen ergriffen haben. Das Ziel der Alliierten ist ein völkerrechtliches System, welches allen zivilisierten Staaten gleiche Rechte sichern soll. Einer Militärkaste darf nicht mehr erlaubt werden, bei der Lösung internationaler Fragen mitzuwirken.

## Ein Weltbrandstifter an den Friedenspapst.

Asquith will noch fünf Jahre Krieg führen! —  
Ein Einschüchterungsversuch.

Zürich, 10. April.

Den „N. Zürcher N.“ wird von besonderer Seite geschrieben: Der Besuch Asquiths beim Papst hat in der Vatikan keinen guten Eindruck hinterlassen. Wir wissen, daß Asquith während einer halbstündigen Audienz unter anderem die Meinung ausdrückte, daß der Krieg „mindestens noch fünf Jahre“ dauern werde. Die entsetzlichen Worte wurden freilich weniger aus subjektiver Ueberzeugung, als vielmehr zwecks Einschüchterung gesprochen; sie wurden wenigstens so beurteilt. Also nicht bloß im englischen Parlament wird in wahnwitzigem Tyrannenzorn der Stab über die Völker Europas gebrochen, sondern der Vertreter jener Nation wagt sogar, den blutrünstigen Entschluß vor dem Vertreter des Friedensfürsten kalt und trotzig auszusprechen! Der Heilige Vater wirft sich wie ein wahrer Vater zwischen die streitenden Söhne, nun muß er die Ankündigung eines endlosen Zwistes und Krieges bis zur Vernichtung anhören.

London, 10. April.

Premierminister Asquith sagte zu einer hierher gekommenen Abordnung französischer Parlamentarier unter Bezugnahme auf die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers: „Deutschland wollte, daß wir die Rolle des geschlagenen Feindes übernehmen, aber wir sind nicht geschlagen und werden nicht geschlagen werden. Unsere Friedensbedingungen sind dieselben, für die wir die Waffen ergriffen haben. Das Ziel der Alliierten ist ein völkerrechtliches System, welches allen zivilisierten Staaten gleiche Rechte sichern soll. Einer Militärdiktatur darf nicht mehr erlaubt werden, bei der Lösung internationaler Fragen mitzuwirken.“ (Auch Asquith wird noch bescheidener werden, wie es Churchill und andere seiner großmütigen Kollegen bereits geworden sind.)

**Die Matten verlassen das sinkende Schiff.**  
Die Bukarester Entente-*Presse* über die Aussichten der Entente.

— Telegramm unseres Spezialkorrespondenten. —

Bukarest, 11. April.

Der Militärkritiker des „*Abeverul*“, ein höherer Offizier, befaßt sich in einem Artikel, betitelt „*Militärische Hypothesen*“, mit der Pariser Konferenz.

Nachdem er festgestellt hat, daß die Überlegenheit der Mittelmächte dem Manövrieren auf den inneren Linien zuzuschreiben sei, meint er, die einzige Lösung für die Entente wäre eine Simultanoffensive auf allen Fronten, um dieses Spiel zu verhindern. Er glaubt nicht an das Gerücht, daß Italien 500.000 Mann Frankreich für den Stappendienst zur Verfügung stelle. Erstens brauche Frankreich nicht so viel Leute für den Stappendienst, zweitens könne Italien nicht so viel entbehren.

Er befaßt sich sodann mit der russischen Offensive und meint, daß die Russen im allergünstigsten Falle erst Ende 1916 die Weichselinie erreichen können. Für eine Offensive in Galizien müßte Rußland zwei bis drei Millionen Soldaten einsetzen. Wie groß auch die Mittel Rußlands sind, sei es fraglich, ob der Zweck einen solchen Einsatz rechtfertigt.

Nachdem er ebenso pessimistisch eventuelle Offensiven auf der West- und der Balkanfront beurteilt hat, erklärt der Kritiker, daß die Entente auch bei Aufnahme einer allgemeinen Offensive nicht sicher sei, das Manövrieren auf den inneren Linien der Mittelmächte zu verhindern.

Dieser Artikel aus der Feder eines Militärs, der lange Zeit die Unbesiegbarkeit der Entente und die sichere Niederlage der Mittelmächte predigte, erregt Auffsehen.

## Der Vatikan und der Biververband.

Mitteilungen von hoher kirchlicher Stelle.

Von einem hohen Würdenträger der römischen Kurie werden uns folgende Informationen übermittelt:

„Die Blätterstimmen, welche von den Besuchen des ehemaligen Botschafters Frankreichs Nisard und des englischen Gesandten Howard soviel Aufhebens machen, befinden sich in einer völligen Unkenntnis der wahren Gesinnung Benedikts XV. im gegenwärtigen Augenblick. Der Papst ist ganz erfüllt von dem Gedanken, für den Frieden zu arbeiten. Bevor der Frieden nicht gesichert ist, wird der Papst keine andere Frage vorlegen. Es ist daher falsch, wenn in der italienischen Presse versucht wird, bei allen Maßnahmen des Papstes als Maßstab und Leitmotiv seiner Handlungen die Rücksichtnahme auf eine Abänderung des Garantiegesetzes und auf seine mögliche Teilnahme an der Friedenskonferenz anzugeben. Aus demselben Gedankengang ist jetzt das Gerücht in der italienischen Presse hervorgegangen, daß zwischen dem Apostolischen Stuhl und dem ehemaligen französischen Botschafter Nisard Besprechungen und Verhandlungen stattgefunden haben. Man denke sich den alten, völlig tauben Herrn Nisard, welcher nach seiner Abberufung von Rom rasch die Disponibilität mit dem völligen Rücktritt vertauschte und in Florenz den Palazzo seiner Frau bezog, als Vermittler zwischen der Republik und dem Vatikan! Herr Nisard weilt ständig in Italien und hat seine privaten freundschaftlichen Beziehungen mit römischen Kardinälen weiter aufrecht erhalten. Es ist daher selbstverständlich, daß er auch diesmal bei seinem Aufenthalt in Rom Benedikt XV. und den ihm wohlbekannten Kardinal Gasparri besuchte. An eine kirchenpolitische Mission Nisards zur Wiederherstellung und Anknüpfung von diplomatischen Beziehungen und zur Fühlungnahme mit dem Vatikan zu glauben, fällt mir überaus schwer. Ich meine, daß eine solche Fühlungnahme gegebenen Falles durch ganz andere Persönlichkeiten, in ganz anders unauffälliger Form erfolgen würde. Howard jedoch pflegt als Minister Englands den üblichen wöchentlichen Empfangstag des Staatssekretärs ebenso zu benutzen, wie seine Kollegen von den anderen Staaten; das ist alles, was sich über seine Besuche im Vatikan vernünftiger Weise sagen läßt. Uebrigens mußte auch Nisard nach der Audienz beim Papste den Staatssekretär besuchen. Dies schreibt ja die Etikette für alle ohne Unterschied vor.“

„Was die mir mitgeteilten Nachrichten deutscher Blätter über Kardinal Mercier und die Einzelheiten dieses Falles sowie des gegenwärtigen Besuches des Kardinals v. Hartmann in Brüssel betrifft, so glaube ich, daß man bei der Besprechung der Einzelheiten nicht die Gesamtheit der Entwicklung der Angelegenheit aus dem Augen verlieren darf. Kardinal Mercier hat nicht, wie es anfangs hieß, auf das Schreiben des Generalgouverneurs geantwortet; seitdem sind bereits Wochen vergangen, es ist von keiner Seite mehr ein Schritt erfolgt; man kann also von einer Entspannung des Konfliktes reden.“

Aus diesen Informationen geht mit aller Deutlichkeit hervor, was von der Nachricht der „Rösischen Zeitung“ zu halten ist, daß ein Gesandter Frankreichs an der Kurie und ein Internunzius für Frankreich, beide für Kriegsbauer, ernannt werden sollen und daß nach italienischen Blättermeldungen eine Versöhnung zwischen der Republik und dem Apostolischen Stuhl eingeleitet worden ist. Der Gedanke, einen „Internunzius auf Kriegsbauer“ für Frankreich, wo der Nunzius früher der Dekan des diplomatischen Korps war, zu entsenden, widerspricht völlig dem Brauch der Diplomatenschule Roms. Frankreich als der Bevölkerung nach katholische Großmacht müßte einen Botschafter in Rom akkreditieren, was die völlige Revision des Trennungsgesetzes

zur Voraussetzung hätte. Es wäre daher auch im Falle einer bisher in keiner Weise erfolgten Wiederaufnahme von Beziehungen zwischen Frankreich und Rom nicht an eine diplomatische oder auch nur offizielle beiderseitige Vertretung zu denken, sondern höchstens an einen Verkehr durch „offizielle Agenten“ ohne diplomatischen Charakter.

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 9. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

8. April. An der ganzen Front Artilleriekämpfe und Gefechtsstätigkeit kleiner Abteilungen. Im Cristalloabschnitt nahm der Feind die von uns kürzlich besetzten Stellungen am Rauchlofel unter konzentrisches Feuer zahlreicher Batterien aller Kaliber. Um unsere Truppen nicht unnötigen Verlusten auszusetzen, wurde die vorderste Linie zurückgenommen. In Karnien wurde ein kleiner Angriff gegen den Großen Pal abgewiesen. Unsere Artillerie zerstörte marschierende feindliche Kolonnen im Valentina- und Kronhotal (Gail). Am Bodil griff der Feind überraschend eine eigene Befestigung an. Durch einen sofort einsetzenden Gegenangriff wurde er in Verwirrung gebracht, zurückgeschlagen und ließ 76 Gefangene, darunter 2 Offiziere, und ein Maschinengewehr in unsern Händen. Im Abschnitt von Globna (mittlerer Isonzo) wurde ein vorgeschobener feindlicher Posten umzingelt und gefangengenommen.

9. April. Artillerieduell von besonderer Heftigkeit im Abschnitt des oberen Asticoales, in dem Frontstück vom oberen Bul bis zum oberen Dogano und auf den Höhen nordwestlich von Görz. Weitere Meldungen über unsern Erfolg im Abschnitt zwischen Mrzli und Bodil berichten eine Erhöhung der Zahl der dem Feinde abgenommenen Gefangenen auf 131 Mann, darunter 5 Offiziere. Der Angriff daselbst erfolgte, da der Feind darauf rechnete, uns zu überraschen, in dichtgeschlossenen Formationen, die sehr schwere Verluste erlitten. Am Karstplateau beschloß unsere Artillerie auf der Straße von Kostanjevica nach Oppachiasella marschierende Kolonnen. Es ist nunmehr festgestellt, daß bei dem Bombardement von Opicina durch einen unserer Lenkballons in der Nacht auf den 2. April große Lebensmitteldépôts in Flammen aufgingen und der Eisenbahnnotenpunkt zerstört wurde.

**Rußland.**

8. April. An der Düna Infanterie- und Artilleriekampf. Im Abschnitt Dinaburg vereinigte unsere Artillerie ihr Feuer in dem Unterabschnitt bei Murt. An derselben Stelle brachten wir vier Minen zum Aufspringen und zerstörten die deutschen Gräben und ein Blockhaus. In der Gegend Postaw-Miadziol und Naroczsee entwickelte die feindliche Artillerie große Tätigkeit. Sie schloß zeitweise mit Gasgranaten. In Galizien, an der mittleren Strypa, östlich von Podhajce, versuchten österreichisch-ungarische Truppen mit starken Kräften anzugreifen. Sie gingen aber, durch einen Gegenangriff von uns bedroht, eilig zurück.

vom Vorsteher des Gremiums der Viehhändler Kommerzialrat Saborsky und den Vorstehern der Genossenschaft der Fleischhauer Schedl und Gemeinderat Eder. Außerdem wohnte der Beratung als Vertreter des Ackerbauministeriums Regierungsrat Dr. Schwarz bei. Die Vereinbarungen, die einen vollen Erfolg hatten, sind im Interesse der Allgemeinheit zu begrüßen. Nach eingehender Beratung einigte man sich für den gestrigen Markt auf folgende Höchstpreise für Primarware: Ochsen 4 K. 18 S., Kühe und Kalbinnen 4 K., Stiere ebenfalls 4 K. Der Markt hat sich zu diesen Preisen kluglos abgewickelt. Für Donnerstag nachmittags 4 Uhr wurde eine Beratung aller Interessenten in St. Mary anberaumt, bei welcher wegen Preisabstufungen entsprechend der Qualität verhandelt werden soll.

9. April. Im Abschnitt von Riga beschloß der Feind den Flecken Schloß. Im Abschnitt von Jakobstadt lebhafter Feuerwechsel. Im Abschnitt von Dinaburg ließen die Deutschen bei einem unserer Laufgräben eine Mine springen. An mehreren Orten überflogen deutsche Flieger die Düna und warfen Bomben ab. Unsere Flieger führten einige erfolgreiche Flüge aus. Ein Luftschiff vom Typ „Muroriez“ stieg in der Gegend von Riga auf und warf Bomben auf die feindlichen Unterkünfte. Im Abschnitt gegenüber Postaw und nördlich des Naroczsees heftiger Feuerkampf. In letzterem versuchten die Deutschen nach Beschießung sich unsern Gräben zu nähern, wurden aber abgewiesen.

Von der übrigen Front ist nichts Wichtiges zu melden.

**Frankreich.**

10. April, 3 Uhr nachmittags. Westlich der Maas ging das Bombardement im Laufe der Nacht heftig weiter und richtete sich im be-

sonderen gegen die Höhe 304. Der gestern vom Feind gegen Tagesende gegen den Toten Mann unternommene Angriff, der in seiner Gesamtheit mit bedeutenden Verlusten für den Feind abgeschlagen wurde, gestattete den Deutschen, auf einer Länge von ungefähr 500 Meter in einen vorgeschobenen Schützengraben auf der Höhe 295 einzudringen. Wir machten etwa 100 Gefangene. Westlich der Maas wurde im Laufe der Nacht sehr lebhaft in dem kleinen Gehölz von Fontaine St.-Martin östlich Bacheraville gekämpft. Wir machten in den feindlichen Verbindungsgräben südlich des Dorfes Douarumont Fortschritte. In der Woeyre Bombardement der Dörfer am Fuße der Maashöhen.

Es bestätigt sich, daß am 9. d. in der Gegend von Verdun von seiten des Feindes ein großer allgemeiner Offensivversuch unternommen wurde, der sich auf eine Front von mehr als 20 Kilometer erstreckte. Der Gegner, der keine greifbaren Ergebnisse erreichte, vor allem nicht in dem Verhältnis zu den gemachten Anstrengungen, erlitt Verluste, wovon die vor den Linien angehäuften Leichen zeugen. Von der übrigen Front nichts von Bedeutung zu melden.

## Aus der Sozialdemokratie.

**Schippel über die Parteikrise.** In den „Sozialist. Monatsheften“ hebt der frühere Reichstagsabg. Mag Schippel hervor, daß die eigentlichen Schwierigkeiten für die Umgestaltung der sozialdemokratischen Partei noch bevorstehen. Er weist darauf hin, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion bei jeder Gelegenheit nur darauf lauert, der Reichstagsfraktion in die Suppe zu spucken; „natürlich immer unter Berufung auf die höheren Gesichtspunkte des Erfurter Programms und die unausweichlichen Pflichtgebote der unterschiedlichen nationalen und internationalen Parteitage“. Schippel gibt auch zu bedenken, daß die Richtung der 18 Mitglieder der Sonderfraktion mit mindestens 20 Stimmen (Albrecht, Antrich, Baudert, Brandes, Emmel, Erdmann, Fischer (Sachsen), Fuchs, Hoch, Hofrichter, Hugel, Hüttmann, Jädel, Leutert, Peirates, Raute, Reißhaus, Ryffel, Schmidt (Meißen), Simon) in der alten Fraktion weiter vertreten ist. Diese 20 haben „nur die Fraktionsdisziplin, keineswegs die Fraktionspolitik anerkannt. Mancher jener Zwanzig wird sich innerlich mehr zur neuen als zur alten Fraktion rechnen, und den Abgesplitterten steht hier ein nicht ungesährlicher Rückhalt zur Erschlüchterung und Gewinnung der Wankelmütigen und Lauwarmen weiter zur Verfügung“. Ferner bleibt für die Fraktionsmehrheit und den Parteivorstand das „alte Glend der Pressevertretung“.

Auch gewinnt Schippel den Eindruck, daß „ein nicht geringer Teil der eigentlichen Vertreter der Fraktionspolitik (von den 20 nur aus Disziplin sich Fügenden also abgesehen) das ziellose Davieren und das unentschiedene Schielen nach den alten, grellbemalten Agitations- und Demonstrationsgöhenbildern noch immer nicht ganz lassen zu können scheint“. Dabei hat nach Ansicht von Schippel gerade „das frühere ewige Herumdücken um eine sachentsprechendere Haltung gegenüber den Problemen, die für Einsichtige und Nachdenkliche schon immer in der Luft lagen und die durch den Krieg nur mit einemmal riesengroß und unausweichlich auch dem altgewohnten Parteitrott den Weg verlegten, gerade das kurzfristige Unterbinden jeder klärenden Aussprache, das für den nächsten Augenblick allerdings beruhigende einfache Dreikreuzeschlagen vor jeder mahnenden und vorwärtstreibenden Reformstimme nicht zum wenigsten zur Verschärfung und Vergiftung der heutigen Parteikrise, bis zur vollkommenen Hoffnungslosigkeit, beigetragen“. Einverstanden ist Schippel mit der Haltung der Gewerkschaften, „die nicht sofort an den erregten Parteiauseinandersetzungen irgendwie handelnd sich beteiligten“. Er verdenkt es ihnen nicht, „wenn sie zunächst ihre Reihen geschlossen und ihr Pulver trocken halten“.

**Auf eine Spaltung auch der sozialdemokratischen Partei** nach der Fraktionspaltung bereitet der „Vorwärts“ vor. Sein Artikel über die Reichstagsitzung vom Freitag schließt unter der Überschrift „Weitere Klärung“ unter Hinweis auf die Wortentziehung gegen Liebknecht: „Leider stimmten für diese Mundtotmachung auch einzelne Angehörige der alten sozialdemokratischen Fraktion. Für unsere Genossen im Lande draußen wirkte auch dieser Tag nur weiter klärend. Die Geister scheiden sich und jeder sehe beizeiten, wo er zu stehen hat.“

Der „Sozialdemokrat“, das Organ der Westmeyer und Crispian, die aus der württembergischen Sozialdemokratie ausgeschieden sind, schreibt zu der Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion: „Die Tatsachen haben ihre eherne Logik. Was innerlich nicht übereinstimmt, nicht zusammengehört, kann auf die Dauer nicht durch äußerliche Formen zusammengehalten werden. Das hat die Reichstagsfraktion erfahren müssen und wird sie noch weiter erfahren. Zuerst wurde Liebknecht aus der Fraktion ausgeschlossen. Mit Liebknecht erklärte sich Kühle solidarisch. Dann wurden gleich 18 weitere Fraktionsmitglieder in die Wüste geschickt. Damit ist der Auflösungsprozeß der sozialdemokratischen Fraktion noch nicht zu Ende.“

### Aus der Sozialdemokratie.

**Maßregelung sozialdemokratischer Redakteure.** Nach dem Vorgehen des Parteivorstandes gegen den „Vorwärts“ und der Entlassung zweier Redakteure der „Niederrhein. Volksztg.“ in Duisburg erfolgt jetzt auch eine Maßregelung der im Wahlkreis des Abg. Hugo Haase erscheinenden „Königsberger Volkszeitung“. Parteileitung und Pressekommission haben mit allen gegen die Stimmen von zwei Redakteuren erklärt, daß sie nicht einverstanden sind mit der Stellungnahme des Genossen Wardwald in der „Königsberger Volkszeitung“ zur Fraktionspaltung und „insbesondere“ die einseitige Befangenheit Wardwalds verurteilen „bei Vertretung seines von der Mehrheit der Königsberger Parteigenossen abweichenden Standpunkts, der sich in vielfach unrichtigen tatsächlichen Angaben, irrigen und irreführenden Folgerungen, nicht gerechter Beurteilung der beiden Parteirichtungen und bedauerlicher Unentschiedenheit in wichtigen Streitpunkten bekundet.“

**Der „Vorwärts“ gegen den Parteivorstand.** Die Redaktion des „Vorwärts“ erklärt heute: „Wir wollen uns durch die herausfordernden Erklärungen des Parteivorstandes, Cunows usw. nicht dazu bestimmen lassen, den „Vorwärts“ den Berliner Parteigenossen durch endlose Auseinandersetzungen zu verleiden.“

## Das größte Budget der Weltgeschichte

(Von unserem Korrespondenten)

C. C. S. London, 5. Ap

Diesentigen, die alt genug sind — und zu sen gehört Ihr Berichterstatter —, um sich der Aufregung zu erinnern, welche durch Gladstones hundert Millionen Pfund Sterling-Budget verursacht wurde, werden die Gelassenheit anerkennen, welche die englischen Gesetzgeber an den Tag legten, als ihnen gestern der Schatzkanzler Mac Kenna sein Kriegsbudget für das laufende Finanzjahr vorlegte, in welchem die Einnahmen einen fünfmal höhern Betrag erreichen — genau 509 Millionen Pfd. Sterl. oder in Schweizerwährung 12,725 Millionen Franken. Und mit dieser fürchterlichen Summe wird, wie Schatzkanzler Mac Kenna in seiner sehr klaren Rede auseinandersetzte, höchstens ein Drittel der Kriegskosten aus laufenden Einnahmen bestritten. Zwei Drittel der Kriegsausgaben werden der Staatsschuld einverleibt, die am Ende des eben angetretenen Finanzjahres, also am 31. März 1917, sollte der Krieg so lang dauern, 3440 Millionen Pfund Sterling betragen wird. Am Ende des letzten Finanzjahres stand die Staatsschuld auf 2140 Millionen Pfd. Sterl. (also 53,500 Millionen Franken). In dieser gewaltigen Summe sind allerdings die den Verbündeten und den Siedelungen vorgestreckten Summen, die bis jetzt 316 Millionen Pfd. Sterl. erreicht haben, aber auf 422½ Millionen Pfd. Sterl. veranschlagt sind, eingeschlossen. Bekanntlich hat das Dominion von Kanada ebenfalls Geld aufgenommen, außerdem ist in Amerika ein 100 Millionen Pfd. Sterl. betragendes Anleihen von Lord Reading kontrahiert worden; auch ist in London ein französisches Anleihen erschienen, was wohl zur Genüge erklärt, warum die den Verbündeten und Siedelungen gemachten Vorstöße nicht den vollen Betrag erreicht haben.

Bemerkenswert ist, daß, soweit die direkten Steuern in Betracht kommen, also die Einkommenssteuer, der kleine Mann, der unter 500 Pfd. Sterl. (= 12,500 Franken) jährlich bezieht, nicht viel mehr belastet wird als früher, während allerdings der Reiche, mit einem Jahreseinkommen von 2000 Pfd. Sterl. (= 50,000 Franken und darüber) wenigstens den Viertel seiner Einkünfte an den Staat abtreten muß. Da ihm noch genügend übrig bleibt, um sorgenlos zu leben, so hat er auf unser Mitleid keinen Anspruch. Und da außerdem 130 Pfund Sterling (also 3250 Franken) steuerfrei sind, ist für den kleinen Mann genügend gesorgt, dessen Steuerpflicht ja erst mit 131 Pfd. Sterl. anfängt und für dieses Einkommen etwas über 30 Franken beträgt. Der Schatzkanzler und der Handelsminister haben seit Monaten den Leuten größere Sparsamkeit anempfohlen, aber wie der Handelsausweis zeigt, haben die Staatsmänner, zu denen auch Herr Montagu, der jetzige Kanzler des Herzogtums Lancaster gezählt werden muß, bisher immer tauben Ohren gepredigt. Das einzige Mittel, die Leute sparsamer zu machen, ist nun, die unnötigen Genußmittel höher zu besteuern. Das hat Herr Mac Kenna getan, indem er auf Kakao, Kaffee und Zichorie eine gleichmäßige Steuer (etwa 60 Rappen per Pfund) legte. Bisher hatte man nur den Tee höher besteuert, während Kakao und Schokolade, deren Herstellung fast ausschließlich von Quäkern, wie Rowntree, Cadbury und Fry besorgt wird, nur wenig belastet waren. Diese Friedensleute müssen nun ebenfalls herhalten — aber genauer deren Kunden. Daß der Zucker etwas verteuert wird, ist schade; doch war dieses Nahrungsmittel, dank der deutschen Zufuhr, vor dem Weltkrieg nur zu billig.

Eine allen Bevölkerungsklassen unwillkommene Neuerung ist die Besteuerung der Eintrittskarten zu Theatern, Kinemas und ähnlichen Vergnügungsstellen. Und zwar ist der Prozentsatz für billige Karten verhältnismäßig höher als für die teuern Billetts. Es war aber höchste Zeit, daß die Leute, welche dergleichen Orte besuchen, in Mitleidenschaft gezogen wurden. Gerade jetzt, wo von kleinen Leuten, besonders von den Munitionsarbeitern und Arbeiterinnen hohe Löhne, bis zu 10 Pfd. Sterl. gleich 250 Fr. die Woche, verdient werden, haben die Theater und Kinemas riesigen Zulauf, wie überhaupt in den Arbeiterstädten gewaltig viel Geld im Umlauf und die Arbeitslosigkeit eine unerhörte Sache ist.

Man kann es dem Schatzkanzler wahrlich nicht verargen, daß er von dem Gold, das von den kleinen Leuten mit vollen Händen zum Fenster hinausgeworfen wird, auch etwas für den Staat wieder ergattern möchte. Außerdem erlaubt der vernünftige Spießbürger, der an der Theater-Kontrolle seine Karte kauft, nicht, wieviel der Staat ihm abzapft. Denn das Billett verrät nichts. Der Theaterbesitzer ist genötigt, die Billettsteuer direkt an die Staatskasse abzuführen und nur verpflichtet, mittels Anschlag das Publikum von dieser Tatsache in Kenntnis zu setzen.

Fragwürdiger ist die Besteuerung der Eisenbahn-Fahrtkarten, die etwas über 8 Proz. bezahlen müssen — falls diese Steuer durchgeht, was man bezweifelt. Sie würde fast ausschließlich von Arbeitern und kleinen Leuten entrichtet, die tagtäglich mit dem Zug ins Geschäft oder in die Werkstätten fahren müssen. Diese neue Auflage wird auch von den Vertretern der Arbeiterschaft im Unterhaus beanstandet. Wahrscheinlich wird sie an diesem Widerstand scheitern. Dagegen hat man gegen die erhöhte Besteuerung der Kraftwagen, die doppelt, ja dreimal soviel bezahlen müssen als bisher, nichts einzuwenden; denn diese Steuer fällt auf die breitesten Rücken. Die Fahrräder, soweit sie nicht von einem Motor getrieben werden, bleiben steuerfrei; doch wird die Steuer der Motorräder verdoppelt und sie beträgt jetzt 2 Guineen (gleich Fr. 53) jährlich. Auffallenderweise ist die Alkoholsteuer nicht erhöht worden, während Apfelwein und nichtalkoholhaltige Getränke ziemlich hoch belastet werden. Das hat aber seine guten Gründe. Als Lloyd George im Schatzamt saß, hat er dem Bier und den Spirituosen als Temperenzler so viele Lasten aufgebürdet, daß eine Erhöhung nicht mehr eingebracht hätte. Das Gegenteil wäre erfahrungsgemäß eingetreten. Und so erfordert die Gerechtigkeit die Belastung der Temperenzgetränke.

Das „Daily Mail“, das wie die andern Presseorgane die Gerechtigkeit der von Mac Kenna in Abwesenheit des Premier vom Kabinett gutgeheißenen Kriegsteuern billigt, ist unzufrieden darüber, daß die Zündholzsteuer abgerechnet, keine Schuhyölle eingeführt worden sind. Denn die gestern aufgelegten Lasten sind ausschließlich finanzieller Natur und werden voraussichtlich ermäßigt werden oder ganz verschwinden, wenn mit Beendigung des Weltkrieges die Notwendigkeit der künstlichen Verteuerung mittelst Zöllen verschwunden ist. Doch tröstet sich das Blatt des Lords Northcliffe mit der Hoffnung, daß der Schatzkanzler im Sommer ein zweites Finanzexposé vorlegen werde, das den Wünschen der Tarifreformer gerecht werden sollte. Möglicherweise ist das nicht wahrscheinlich. Was der Handelsminister Runciman mit den Sachverständigen der Entente in Paris verabreden wird, wird sich wohl auf die kommerzielle Politik den Zentralmächten gegenüber beschränken — also auf die Haut des Bären, der noch nicht zur Strecke gebracht ist.

**Eine Erklärung unserer Gesandtschaft.**

Bukarest, 11. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die hiesige österreichisch-ungarische Gesandtschaft veröffentlicht in den Blättern nachstehendes Dementi: Das Blatt „Epoca“ bringt die Meldung, daß eine große Anzahl gefälschter Banknoten zu hundert Kronen im Verkehr stehen. Die k. u. k. Gesandtschaft ist ermächtigt, diese böswillige Nachricht, die auf den ersten Blick den Zweck verrät, den Kurs der österreichisch-ungarischen Währung zu schädigen, in kategorischer Weise zu dementieren.

## Deutsche Seeüberraschungen?

Englische Befürchtungen vor einem großen Schlag der deutschen Flotte.

S. A. Zürich, 11. April. Die „Neue Züricher Zeitung“ veröffentlicht an erster Stelle einen Bericht aus England, in dem es heißt: Die Befürchtungen Churchills wegen der Bereitschaft der englischen Flotte scheinen in gewissem Sinne auch die Blätter aller Partierichtungen zu teilen. Es geht eine Art Nervosität durch England und bei aller Ueberlegenheit der britischen Flotte und dem Optimismus, der in dieser Beziehung herrscht, wird doch die Frage aufgeworfen: Sind wir bereit, einem allfälligen

Durchbruchversuch der deutschen Flotte zu begegnen? Zu dieser Stimmung trägt aber auch ganz wesentlich der Umstand bei, daß man so ganz ohne Kenntnis davon ist, was Deutschland in den bisherigen 20 Kriegsmonaten hinsichtlich seiner Streitkräfte zur See getan hat. Daß seine Schiffsbauindustrie wie in England Tag und Nacht an der Arbeit ist, ist mehr als sicher. Aber über alles andere tappt man völlig im Dunkeln. Dafür ergeht man sich in allen möglichen Vermutungen und man kolportiert Gerüchte über kommende deutsche Ueberraschungen.

Es sind großzügige Unternehmungen, die man der deutschen Flotte zutraut. Man erzählt von wahren schwimmenden Festungen, mit denen die Deutschen anrücken werden, wobei man zu wissen glaubt, daß diese eine Bestückung erhalten werden, die den 42 Zentimeter-Haubitzen gleichkomme. Man spricht von einer neuen Flotte von Zeppelinern, die an einer Seeschlacht aggressiv teilnehmen soll.

Gleichzeitig spricht man von dem Bau neuer Unterseeboote mit einer Wasserverdrängung von 1000 und mehr Tonnen, die namentlich mit besonderen Vorrichtungen gegen Sperrnetze versehen seien. Die Kampfkraft dieser

neuen Super-Unterseeboote läme den Torpedoboote gleich.

Man nimmt schließlich an, daß die Deutschen vielleicht schon in nächster Zeit einen

großen Schlag zur See ausführen werden. Es sei gewiß, daß die deutsche Flotte nicht im Kanal von Kiel ruhet, sondern sich zu einer mächtigen Aktion vorbereite, wofür die Streifzüge deutscher Zerstörerflottillen, die sich in der jüngsten Zeit bis an die englische und belgische Küste heranwagten, das Vorspiel seien.

\* Eine sozialistische Verschwörung, aufgedeckt von Herrn Lischka. Die „Deutsche Presse“, welches die „Zeitung für alldeutsche Politik“ ist, deckt heute eine sozialistische „politische Verschwörung“ auf. Mitwirkende: Karl Renner und seine Tochter, Otto Bauer, die Arbeiter-Zeitung, eine Anzahl nicht weiter bekannter junger Parteigenossen und schließlich Karl Liebknecht. Herrn Lischka sind darüber „spezielle Informationen“ zugekommen“ und so müssen wir die Enthüllung aus dem Dunkel des „alldeutschen“ Blattes herausholen und einer größeren Öffentlichkeit mitteilen. Also man vernehme die schreckliche Mär:

Kurz vor Kriegsausbruch wurde eine Anzahl junger Parteigenossen nach England geschickt um dort in Geheimarchiven gegen Deutschland zu arbeiten. Sie sollten dartun, daß nicht England einen Anlaß habe, auf Deutschland eifersüchtig zu sein und es anzugreifen, sondern daß der deutsche Imperialismus und Militarismus in seinem Ausdehnungsdrang die kleinen Völkern antaste, für deren Freiheit dann England notgedrungen das Schwert ziehen müßte. Wenn Liebknecht nun im deutschen Reichstag bei den Worten des Kanzlers: „Wir wollen Nachbarn, die mit uns und mit denen wir zusammenarbeiten zu unserem gegenseitigen Nutzen“ einwarf: „Die Sie dann überfallen!“, so sieht man hier klar und deutlich, daß Liebknecht verpflichtet ist, die Argumentation der Gegner vorzubringen. Unter diesen jungen Leuten, die übrigens zu dem intimen Freundeskreise Liebknechts gehörten, befand sich unter anderen auch der ehemalige Schriftleiter des Reichsberger sozialdemokratischen Organes „Vorwärts“, es befand sich unter ihnen die Tochter des Reichsratsabgeordneten Dr. Karl Renner, obwohl wir die persönliche Überzeugung haben, daß sich diese junge Dame nicht an der politischen Verschwörung beteiligte, sondern lediglich auf Parteikosten eine hübsche Engalandreise unternahm. Als nun diese jungen Leute zurückkehrten, wurden sie in die unüberwachten Versammlungen der sozialdemokratischen Partei gesendet und schürten dort gegen Deutschland und stellten die Zustände Englands als geradezu paradiesisch hin. Vielleicht sind manchen die wiederholten Artikel aufgefallen, unter anderem auch in der Arbeiter-Zeitung, über die vorbildlichen Zustände in England. Sie rührien aus den Federn dieser Engalandreisenden.

Nicht genug damit, setzte sich Liebknecht und sein Anhang in Verbindung mit Italien und war bestrebt, die italienischen Sozialisten von den Demonstrationen gegen den Krieg abzuhalten. Wenn daher er und seine Komplizen ab und zu erklären, es handle sich ihnen um den Frieden, so ist dies eine dreiste Lüge. Liebknecht wollte den Krieg, er wollte den Krieg, weil er das preussische Junkertum haßt, weil er den deutschen Staat haßt und im Dienste des Auslandes, wie so viele andere, an der Zerstümmung Deutschlands arbeitet. Wie wir schon einmal erwähnt haben, ist es auch auf Liebknecht und seinen Freundeskreis zurückzuführen, daß der Landesverräter Dr. Weill nach Frankreich fliehen konnte. Statt daß nun Liebknecht wie ein Ausfänger von jedem anständigen Menschen gemieden würde, scharen sich die Intellektuellen der Sozialdemokratie um ihn, Dr. Bauer und Dr. Renner rühmten sich seiner Freundschaft und die Arbeiter-Zeitung druckte erst kürzlich einen Artikel Liebknechts ab. Wir aber sagen: Mitgehungen, mitgefangen.“ Wer mit Liebknecht sympathisiert, ist schon gerichtet.

Diese Informationen sind leider recht lückenhaft und wir entschließen uns also, die ganze Wahrheit zu enthüllen.

Es ist wahr, daß jene „jungen Parteigenossen“ die Reise nach England im Sommer 1913 machten und daß als ihr Zweck angegeben wurde, die englische Genossenschaftsbewegung zu studieren. Man war sogar so vorsichtig, diesen angeblichen Zweck dadurch vorzutäuschen, daß sich an der Reise ausschließlich Parteigenossen beteiligten, die in der Genossenschaftsbewegung tätig sind; aber das ist ja eben das Verdächtige: daß nämlich Zeitpunkt, Anlaß und Beteiligung von dem eigentlichen Zwecke, nämlich dem „Arbeiten“ in englischen Geheimarchiven, scheinbar so entfernt liegen. Was können denn, fragen wir, Sozialdemokraten in England anderes tun, als „in Geheimarchiven gegen Deutschland arbeiten“! Weß man doch ausreichend, daß die englischen Geheimarchive jedem Sozialisten zugänglich sind und daß die Selbstlosigkeit und Uneigennützigkeit der englischen Regierung am gewissten aus englischen Geheimarchiven hervorgeht. Nun ist es wohl wahr, daß Karl Liebknecht bei jener Reise nicht dabei war; aber das ist, genau betrachtet, wieder nur ein Indiz mehr: wenn nämlich Liebknecht, dessen Absicht, den Weltkrieg zu entfesseln, schon lange feststand, an dem „Arbeiten in englischen Geheimarchiven“ mitbeteiligt gewesen wäre, so wäre der Zusammenhang zwischen der genossenschaftlichen Engalandreise im Jahre 1913 und dem Weltbrand ganz offenkundig; also ist er nicht mitgefahren, um den Zusammenhang eben zu verdunkeln. Mit Unrecht geht der „spezielle Informator“ an der Tatsache, daß sich an der Reise auch die Tochter des Genossen Renner „beteiligte“, mit Gleichmut vorüber; das gerade ist außerordentlich bedenklich; weiß man doch, wie sehr an allen „politischen Verschwörungen“ Frauenliste beteiligt ist. Und gar wenn man noch vernimmt, daß die junge Dame noch weitere sechs Monate in England blieb; man kann sich vorstellen, wie da gegen Deutschland „geschürt“ ward! Und dann kamen die Verschwörer heim und was taten sie? Sie schrieben Artikel über die „vorbildlichen Zustände in England“! Verschlagen wie sie sind, über die vorbildliche Genossenschaftsbewegung, aber man weiß schon, daß das Genossenschaftliche eben nur ein Deckname ist! Ja die Verschwörung war fein angezettelt! Unschuldig war der Dr. Weill in Paris schon lange vor Ausbruch des Krieges; aber beweist das nicht eben, daß der + Liebknecht gewußt hat, wann er die Entente gegen Deutschland loslassen wird? Und nun „scharn“ sich die Renner und Bauer um ihn, was allerdings dem Genossen Bauer nicht leicht gefallen ist, weil er mit Kriegsausbruch an die Front abging und seit einer längeren Zeit, als Liebknechts Ruhm aufstieg, in Sibirien weilte; um so verwerflicher ist es, wenn er sich „scharn“ und „rühmt“. Nur daß die Arbeiter-Zeitung „kürzlich“ einen Artikel Liebknechts abgedruckt habe, ist nicht wahr; weder kürzlich noch jemals; aber das kann uns davon nicht befehlen, daß uns Lischka „schon gerichtet hat“. Und nachdem wir nun alles gestanden haben, wollen wir nur beifügen, daß Lischka auf deutsch Fuhs heißt. Aber sollte sich Lischka nicht besser Gsel nennen? Oder, wenn man ernst werden soll, sollte man ihn, der diese schamlose Lüge, die doch auch eine Denunziation sein will, freudig übernimmt, nicht alsogleich einen Schurken nennen?

## Beschlagnahme der Schiffe in neutralen Häfen?

London, 10. April. (Unterhaus.) Haslaw fragte, ob die Regierung angesichts der fortwährenden Zerstörung von Handels- und Passagierschiffen ohne Warnung durch den Feind, ebenso der Vernichtung von neutralen Schiffen erwägen wolle, ob es nicht angezeigt sei, den neutralen Regierungen den Vorschlag zu machen, den Verlust an Tonnage durch Verwendung feindlicher Schiffe wettzumachen, die in neutralen Häfen interniert sind.

Lord Robert Cecil erwiderte, die britische Regierung erwäge die Frage. Ueber die Zubereitung feindlicher in neutralen Häfen liegender Schiffe müsse in erster Linie von den neutralen Regierungen selbst entschieden werden. Bei ihrer Entscheidung würden die neutralen Regierungen zweifellos den Umstand in Betracht ziehen, daß die Vernichtung von Handelsschiffen durch Verringerung der Welttonnage den Handel der Neutralen nicht weniger berühre als den der Kriegführenden. Vorschläge der neutralen Regierungen zur Sicherung feindlicher Schiffe, die von Neutralen in den Dienst gestellt würden, vor der Beschlagnahme würden von der britischen Regierung sorgfältig erwogen werden.

## Die russische Spurweite nach Rumänien.

(Von dem Korrespondenten der „Reichspost“.)

Krakau, 9. April 1916.

Am 3. I. M. brachten einige Zeitungen die Meldung aus Jassy, daß eine gemischte Kommission aus Zivil- und Militärpersonen nach Jassy gekommen sei, um die Uebernahme der ausgebauten Brücken über den Prut auf der Linie Jassy—Ungheeni durchzuführen. In der Meldung hieß es

weiter: „Die Umarbeitung der Brücke besteht darin, daß nun auch russische Eisenbahnwagen auf der Brücke verkehren können. Die genannte Meldung enthielt auch die Nachricht, daß die konservative Presse Rumäniens darin eine Erleichterung für die Russen, also eine große Gefahr sehe.

Ich bin in der Lage auf Grund einer Aussage des früheren Vorstehers der Bauabteilung des Direktionsbezirktes in Jassy, des Oberingenieur W l o d z i m i e r z W i t o w s k i, derzeit im Ruhestande in Krakau, diese sensationelle Nachricht zu berichtigen. Nach der Fertigstellung der Strecke S u c z a w a—J a s s y einer Anlage der ehemaligen Eisenbahngesellschaft Lemberg—Tschernowitz—Jassy, schloß die russische Regierung vor 1870 ein Abkommen mit der rumänischen Regierung dahin ab, daß diese Linie mit der russischen Strecke in Kischinew (Bessarabien) Anschluß bekommen sollte.

Diesem Uebereinkommen gemäß war die Eisenbahnstrecke Kischinew—Jassy sofort in der russischen Breitspur gebaut, also auch alle Brücken über den Prut, wie auch die Verbindungslinie Ungheeni—Jassy, die bereits über rumänisches Gebiet läuft und Jassy war daher gleich von Anfang an eine Umladestation. Schon im Jahre 1878 konnte während des russisch-türkischen Krieges auf dieser russisch-rumänischen Linie ein Teil der russischen Armee überführt werden.

Die Meldung von der kommissionellen Uebernahme der Brücke in Ungheeni war vor 40 Jahren eine Neuheit, heute nicht. Sie stammt allem Anschein nach aus einer russischen Schmiede, um für russische Einflüsse in Rumänien Stimmung zu machen.

## Keine englischen Friedensangebote.

Wir haben jüngst von der Aufklärung berichtet, die über das angebliche englische Friedensangebot im April 1915 in der Budgetkommission des Reichstages gegeben wurde. Wie nun fast alle Dinge, wächst sich auch diese alte Sache zu einem Streite zwischen den beiden Richtungen in der Sozialdemokratie heraus. Der Genosse Haase wird nämlich beschuldigt, die Behauptung verbreitet zu haben, daß Deutschland ein ernstes Friedensangebot zurückgewiesen habe; gemäß der Tonart, die jetzt beliebt ist, wird schon auch von dem Haaseschen „Friedensschwindel“ gesprochen. Das alles müssen wir ausscheiden; wir wollen also nur berichten, was Haase zu der Sache — in der „Königsberger Volkszeitung“ — zu berichten hat. Er erzählt:

Ueber die Frage, ob im April 1915 von England aus eine Geneigtheit zur Umbahnung von Friedensverhandlungen bekundet worden ist, wird zurzeit wieder gestritten. Herr v. Tepper-Laski hat mir persönlich hiezu den folgenden, in Einzelheiten vervollständigten Bericht gegeben:

Der (holländische) Unterstaatssekretär Dresselhuys habe ihn und Professor Schüding in Gegenwart einer anderen Persönlichkeit bei einer privaten Zusammenkunft gesagt: Die Holländer litten unter dem Kriege sehr. Ein Freund der Organisation („Gegen den Krieg“) sei deshalb in England gewesen und habe sich dort bei einer im englischen Auswärtigen Amt sehr einflußreichen Person — wirklich sehr einflußreichen Person — erkundigt, ob nicht der Abschluß des Friedens jetzt möglich sei. Diese Erkundigung sei nicht leicht gewesen. Sie hätte sozusagen durch Hintertüren und bei Nacht und Nebel geschehen müssen. Die Antwort, die ihm gegeben worden sei, sei folgende: Es würde sofort mit Deutschland über einen Frieden verhandelt werden können und schon vorher ein Waffenstillstand abgeschlossen werden können, wenn England nur wüßte, daß Deutschland Belgien nicht dauernd behalten wolle.

Der Unterstaatssekretär Dresselhuys fragte im Anschluß an diese Mitteilung den Professor Schüding, wie die deutsche Regierung denn über die belgische Frage denke. Schüding antwortete, daß er über die Absichten der deutschen Regierung nicht informiert sei, daß er sich aber denken könne, daß, wenn die deutsche Regierung Belgien herausgäbe, sie doch Kompensationen dafür verlangen würde. Der Unterstaatssekretär Dresselhuys erwiderte: Dies würde der Einleitung von Verhandlungen nicht im Wege stehen; wenn man nur bereit sei, ihn in Berlin zu sagen, welche Kompensationen man haben wolle, so würde er sofort nach Berlin kommen. Er fragte Schüding, ob dieser ihn dazu raten könne, denn er könne sich nicht dem aussetzen, daß er in Berlin unfreundlich aufgenommen würde. Er möchte auch nicht die Reise ganz vergeblich machen. Schüding erklärte darauf: Er könne nichts weiter tun, als über die Bereitwilligkeit Dresselhuys' die deutsche Regierung zu informieren. Dresselhuys erklärte, er sei damit sehr einverstanden. Schüding brauche nur ein Telegramm zu senden mit den Worten: „Kommen Sie zum Hotel X“ und er würde sofort nach Berlin kommen.

Nach Abschluß dieses Gesprächs kam Schüding noch einmal auf die belgische Frage zurück und erklärte: Ich könnte mir denken, daß unsere Regierung vielleicht nicht ganz Belgien zurückgäbe, sondern einen Stützpunkt wie zum Beispiel Ant-

werpen behalten wolle, und er fragte Dresselhuys, ob dieser auch in einem solchen Falle nach Berlin kommen wolle. Dresselhuys erwiderte ihm, daß nach seinen Informationen sich die englische Regierung darauf schwerlich einlassen würde, aber einer Einleitung einer Vermittlung würde selbst dies nicht im Wege stehen; er würde auch unter dieser Bedingung nach Berlin kommen. Für den Fall, daß die eingeleiteten Verhandlungen auch nur einige Aussicht auf Erfolg böten, sollte dann eine der angesehensten Persönlichkeiten seines Landes, etwa der Justizminister, sie statt seiner in die Hand nehmen und schließlich sollten sie dann der Königin zur Erledigung übergeben werden.

In das Gespräch zwischen Dresselhuys und Schüding warf v. Tepper-Laski die Frage ein: Es könne bei den Verhandlungen auch die Zahlung einer Kriegsentanschädigung in Frage kommen. Dresselhuys antwortete: Bei einem Kriege, der jeden Tag Hunderte von Millionen koste, könne die Frage der Kriegsentanschädigung für die Einleitung von Friedensverhandlungen keine maßgebende Rolle spielen. Er setzte zum Schluß hinzu: Jetzt ist der günstigste Moment zur Umbahnung von Verhandlungen; wird dieser nicht benützt, dann wird der Krieg ins Unabsehbare verlängert.

Das ist der Inhalt der Unterredung.

Die in Berlin anwesenden Herren, Professor Cuiddé und Rudolf Goldscheid (Wien), haben von vorstehendem Bericht Kenntnis genommen und mir erklärt: Sie seien damals auch im Haag gewesen, aber nicht selbst Zeugen der Unterredung. Aber sie hätten schon dort von den Beteiligten, insbesondere von den Herren Tepper-Laski und Schüding, genau daselbe erfahren, was im vorstehenden Bericht steht, den sie danach als korrekt bezeichnen müßten.

Der im Haag anwesende englische Professor Loris Dickson, der von der Unterhaltung Kenntnis erlangt haben müsse, habe noch an demselben Tage erklärt, er werde sofort nach seiner Rückkehr nach London zu Grey gehen, um ihn über die Unterredung, die bei Herrn Dresselhuys stattgefunden habe, zu unterrichten. Herr Rudolf Goldscheid setzte hinzu, er habe darauf Dickson gefragt: „Glauben Sie nicht, daß Frankreich Schwierigkeiten machen wird, insbesondere wegen Elsaß-Lothringen?“ Loris Dickson erwiderte ihm: „Nein, das glaube ich nicht; Frankreich wird diese Forderung nicht durchsetzen.“

Die Deutschen, die sogleich nach dem 10. April 1915 Haag verließen, haben in Berlin von der Unterredung Mitteilung gemacht und dahin zu wirken sich bemüht, daß Dresselhuys von ihnen nach Berlin eingeladen werden könne. In Berlin wurde ihnen die Ermächtigung dazu nicht erteilt. Später sendete Dresselhuys, als die von ihm erwartete Antwort sich verzögerte, noch ein Telegramm mit der Frage: „Weshalb keine Antwort?“ Auch diese Angaben wurden mir von den vorher genannten Herren gemacht.

Was zu der Sache der (deutsche) Unterstaatssekretär Zimmermann gesagt hat, ist schon mitgeteilt worden.

## Bankerott.

Von Josef Scheicher.

Diese Erkenntnisse legt der gewesene Landes-  
auschuh in dem Korrespondenzblatt für den  
katholischen Merus Oesterreichs nieder.

Es ist alles ganz anders geworden, als ich mir  
gedacht, daß es einstens werden würde. So hat schon  
mancher Mensch wehmüttsvoll geklagt. Die Ideale der  
Jugend versagen öfter, verändern sich in ihr Gegenteil.  
Auch mancher Mensch schaut, alt geworden, aus wie  
ein abgedorrter Fruchtbaum, der aber keine Frucht  
gebracht hat.

Man nennt das öfter Menschlichkeit und tröstet  
sich, daß Schwäche und Irrtümer unser Los auf Erden  
seien. Es wird so sein. Wir sind fehlbare Menschen.

Es gibt aber Grenzen. Nicht alle Fehler kann  
man als einfache Menschlichkeiten erklären und so einer  
milden Beurteilung unterziehen. Den Raubmord zum  
Beispiel wird niemand zu den Menschlichkeiten rechnen.  
Und so noch viele andere böse Taten.

Schauen wir uns nun unsere gegenwärtige  
Welt an und vergleichen wir sie mit den ersten  
Christen oder mit den Christen überhaupt, die  
aus eigenem freien Willen Christen geworden sind.

O welcher Wandel der Dinge! möchte man  
ausrufen.

Wir liegt es heute ganz fern, mit gewöhnlichen  
kleinen Menschlichkeiten Abrechnung halten zu wollen.  
Haben Adam und Eva, obwohl ins Paradies gestellt,  
obgleich ohne angeborne Begierlichkeit, sich verfehlt,  
wer sollte dem mit dem Fames peccati (Trieb zu  
sündigen) ausgestatteten Menschenkind nicht milde Be-  
urteilung zuerkennen?

Vergleichen wir die Menschen, wie sie der  
Gottesohn haben wollte und wie die ernstlich Be-  
kehrten auch wirklich gewesen sind, mit denjenigen, die  
heute den Weltkrieg mit Wissen und Absicht hervor-  
gerufen haben, die Millionen bereits  
getötet haben und ruhig fort-  
deklamieren, daß gemordet werde,  
bis niemand übrig sei, der ihnen nach  
Verdienst den Namen Schurke, Mörder ins Gesicht zu  
sagen wagen könnte!

Ueber den Wechsel des sittlichen Zustandes von  
einst und jetzt schreibt Paul Keller in der „Berg-  
stadt“, Dezember 1915: „Zweitausend Jahre Christen-  
tum! Millionen Kirchen... Billionen Predigten von  
Frieden, Bruderkiebe, Feindesliebe... Das verbreitetste  
Buch der Welt, das in aberhundert Millionen, ja  
Milliarden Exemplaren studiert wurde, das jeder last-  
nastige Bauernbub auf dem Buckel trägt, der Kleine  
Katechismus! In dem steht: Du sollst nicht  
töten... Vergib uns unsere Schuld sowie wir  
vergeben... Liebet eure Feinde!

Ergebnis: Weltkrieg!

Nicht ein Krieg, so gemächlich, wie ihn Indianer  
mit Marterspählen und dergleichen Kurzweiligkeiten  
führen... O nein, mit solchen Spielereien  
begründen sich christliche, gebildete  
Nationen nicht. Sie führen richtigen Krieg,  
das ist jahrelanges, Tag und Nacht  
ohne Pause währendes Morden,  
Bauchaufschlagen, Erstechen, Erschießen,  
Verschütten, Zerreißen, Schädel-  
einschlagen.

Der Messias sagte kein göttliches Weisheitswort:  
Wenn dich jemand auf die linke Wange schlägt, reiche  
ihm auch die rechte.

Nach der Bibel haben die Völker viertausend  
Jahre auf den Messias warten müssen. Wir schreiben  
jetzt annähernd 2000 nach Christu. Vielleicht daß  
nach abermals zweitausend Jahren die Menschen die  
Lehre des Heilands verstanden haben werden...

Das sieht aus wie Bankerott des  
Christentums. Aber nicht das Christentum  
ist bankerott, die Völkermirtschaft ist es, die die  
Grenze des Krieges ermöglicht hat.

Jamahl, so ist es, der Bergstädter hat recht.  
Die Gegenwart hat ihre Begriffe von Sittlichkeit,

Humanität und Menschenliebe vollständig umgewertet,  
sie ist nicht mehr christlich, obgleich sie  
sonderbarerweise in jedem Dorfe eine Kirche Christi  
hat, obgleich sie die Kinder den Kleinen Katechismus  
lernen läßt! Ja, auch die Lenker der Staaten haben  
ihn gelernt; aber jetzt fühlen sie sich nicht mehr  
gehalten, entsprechend dem Gelernten zu handeln!  
Und das Volk ist schwach und gedankenlos genug...

## Die rumänische Wasserwage.

Während des ganzen Krieges haben die rumänischen Stimmungen sich für jede leiseste Schwankung der Ereignisse, die auch nur den Schein einer Hoffnung auf eine Wendung zugunsten des Biververbandes zuließ, so lebhaft empfindlich erwiesen wie eine Wasserwage. Es brauchte nur irgendwo das bescheidenste Teilereignis nicht geradezu eine Niederlage der Biververbändler zu sein, und schon gerieten die Partei-gänger der Take Jonescu und Filipescu so unfehlbar in Bewegung wie das Luftbläschen der Wasserwage bei der leisesten Störung ihrer Ruhelage. Daran vermochte die Besonnenheit und Nüchternheit eines Peter Carp nichts zu ändern, und damit mußte die Regierung eines Bratianu rechnen.

Auch wir in Deutschland rechneten stets damit. Wir gaben uns nie einer Täuschung darüber hin, daß die Zunahme der rumänischen Mehrheit in der Masse und in der Intelligenz niemals den Zentralmächten gehörte. Die rumänische Masse neigte und neigt zu Rußland, und die rumänische Intelligenz zu Frankreich, dessen Sprache und Kultur sie sich wahlverwandt fühlt. Wer sich nicht selbst einen blauen Dunst vormachte oder von anderen vormachen ließ, der konnte niemals darüber im Zweifel sein, daß wir Rumänien in dem Augenblick mit fliegenden Fahnen ins Lager unserer Feinde würden marschieren sehen, in dem es auf Grund irgendwelcher Erfolge der russischen, englischen, französischen, italienischen Waffen den von Rußland ausgehaltenen Demagogen vom Schlage der Jonescu und Filipescu gelingen würde, das Volk davon zu überzeugen, daß der Sieg Deutschlands und seiner Verbündeten mindestens zweifelhaft sei. Jene Erfolge blieben aus; diese Überzeugung konnte sich nicht bilden. So oft auch die Virtuosen auf dem Instrument Gasse ihre Künste für Rußland spielen ließen; die Argumente der Hindenburg und Mackensen sprachen gar zu schlagend gegen es. Sie waren es — bei aller Würdigung der Klugheit Carps und der Vorsicht Bratianus —, die die Neutralität Rumäniens immer wieder gesichert haben.

Konnte sich so Rumänien beim besten Willen nicht entschließen, mit den Waffen für Rußland einzutreten, so hat es sich doch beflissen, dessen Widersachern, also uns, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete nach Möglichkeit Unbequemlichkeiten zu bereiten. Ueber die Geschichte dieses Kleinrieges ließe sich ein dickes Buch schreiben. Wir machen heute statt dessen lieber einen dicken Strich unter diese Geschichte und begraben sie in Schweigen. Denn heute ist sie zu Ende.

Die Unterzeichnung eines deutsch-rumänischen Handelsabkommens ist der erfreuliche Schlußpunkt einer Entwicklung, die Rumänien nicht etwa um unserer schönen Augen, sondern um seiner eigenen lebhaft und lebhafter empfundenen Lebensinteressen willen dazu geführt hat, die Politik der wirtschaftlichen Nadelstiche aufzugeben und statt dessen ein für es gedeihlicheres wirtschaftspolitisches Zusammenleben zu suchen. Mehr und mehr hat man in Rumänien erkannt, daß man sich ins eigene Fleisch schneidet, wenn man wegen unrentabler zarter Empfindungen für Rußland und Frankreich die rentablen wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland sich auf die Dauer verdarf. Man erkannte, daß Rumänien Deutschland mindestens so gut brauchen konnte, wie Deutschland Rumänien, zumal die Seelenfreunde von der Seine und der Nawa auf keine Weise imstande waren, ihren Freunden an der unteren Donau den Ausfall des Wirtschaftsaustausches mit Deutschland auch nur im entferntesten zu ersetzen. Die logische Folgerung aus solcher Erkenntnis war auf die Dauer nicht wohl zu vermeiden. Sie ist jetzt mit der Unterzeichnung des neuen Handelsabkommens mit Deutschland gezogen. Nicht, wie nochmals betont sei, aus sentimentalischen Regungen, nicht um unserer schönen Augen willen, sondern aus der Erkenntnis des eigenen Nutzens, die wir allerdings für die allerfesteste und zuverlässigste Grundlage politischer Geschäfte von Staat zu Staat halten.

Für beide Teile dürfte das neue Übereinkommen sich wirtschaftlich nützlich erweisen. Für Rumänien war es geradezu eine wirtschaftliche Notwendigkeit geworden. Im Nehmen und Geben braucht es unseren Markt heute mehr als je. England und Frankreich haben heute keine Möglichkeit, rumänisches Getreide und rumänisches Petroleum zu beziehen. Rußland braucht beides von jeher nicht. England und Frankreich können heute Rumänien nicht mit den für es unentbehrlichsten Industrieerzeugnissen versehen. Rußland konnte das niemals. Will also Ru-

mänien nicht an seinem Getreide und Petroleum ersticken und seine Wirtschaft nicht an Blutleere infolge des Mangels an den wichtigsten Industrieerzeugnissen tödlich ermatten lassen, so muß es mit uns handeln. Hier liegt der Hase im Pfeffer. Mit platonischen Getreidespekulationen Englands ist den rumänischen Landwirten so wenig geholfen, wie dem rumänischen Fabrikanten mit der schönen Aussicht, später einmal, nach dem Krieg, sich in Frankreich und London die Maschinen kaufen zu können, die er heute braucht. Die rumänische Wirtschaft drohte zu gleicher Zeit an Magenüberfüllung und an Blutleere hinzuziehen. Es gab nur ein Heilmittel dafür. Das hat man ihr jetzt verschrieben — um ihrer, nicht um unferwillen.

Ueber diese wirtschaftliche Bedeutung hinaus hat das Zustandekommen eines deutsch-rumänischen Handelsabkommens aber auch gerade bei der wasserwageartigen Empfindlichkeit der rumänischen Stimmung für alles, was wie ferne Hoffnung für Rußland und Frankreich aussieht, eine große stimmungsmäßige politische Bedeutung. Wenn heute in Rumänien für die Säbdlinge Rußlands auch nur die geringste Möglichkeit bestände, auch nur eine kleine bescheidene Haufe an der Gassenbörse vorzutauschen, so hätte die Regierung, die keineswegs deutschfreundlich ist, kaum den Mut und Entschluß zu einem Abkommen mit Deutschland gefunden. Denn so sehr dieses Abkommen im dringendsten Interesse Rumäniens liegt, so übel wird man es doch in Petersburg nehmen und so peinlich werden es doch die rumänischen Franzosenfreunde empfinden, so lebhaft werden die von Petersburg ausgehaltenen Schrittmacher Rußlands in Bukarest es beschden. Daß dennoch geschah, was geschah, ist ein sicherer Beweis dafür, daß die rumänische Wasserwage zurzeit einen tiefsten Tiefstand aller russischen und biververbändlerischen Hoffnungen anzeigt. F. H.

## Asquiths Rede über die Friedensbedingungen.

Antwort auf die Rede des deutschen Reichskanzlers.

Wien, 12. April.

Beim Festmahle zu Ehren der Abordnung des französischen Parlaments hielt der englische Premierminister eine Rede, die an den deutschen Reichskanzler gerichtet war.

Der Eindruck dieser Rede ist, obwohl die heftigen Worte und die Angriffe nicht fehlen, der einer gewissen Abtönung, einer gewissen Abschwächung der Februarrede des englischen Premierministers, eines gewissen Versuches, frühere Uebertreibungen richtigzustellen und den militärischen Tatsachen wenigstens einige Rechnung zu tragen. Der Druck der Vorgänge auf den Schlachtfeldern hat eine Beschränkung der Kriegsziele, welche die Entente am Beginne des Kampfes verkündet hat, schon jetzt hervorgebracht. Von Elsaß und Lothringen ist, obgleich der englische Premierminister vor französischen Parlamentariern gesprochen hat, keine Erwähnung in der Rede. Die Wiedererwerbung dieser beiden Provinzen, der

Einzug der Franzosen in Straßburg und Metz ist die allerwichtigste Grundlage des Bündnisses zwischen Frankreich und England. Aus den von Asquith geschilderten Kriegszielen der Entente ist die Forderung, für die Franzosen seit Jahrzehnten durch seine Politik und jetzt durch den Verlust von nahezu einer Million Toten und mehr als einer Million von Gefangenen und Verwundeten eingetreten ist, verschwunden. Das ist aewik auffallend und wichtig, besonders deshalb, weil Asquith einen Trinkspruch auf den Präsidenten zum Anlaß für seine Rede über die Friedensbedingungen benützt hat.

Der serbische Kronprinz war in London und ist dort mit Aufmerksamkeit überhäuft worden. In der Rede des englischen Premierministers wird jedoch von Serbien und Montenegro nur obenhin gesprochen. Asquith sagt von Serbien und Montenegro ganz allgemein, daß die Entente die Schützerin der Vertragsrechte, der unabhängigen Staaten und der freien Entwicklung schwächerer Länder sei. In der Februarrede hat Asquith ausdrücklich von der Wiederherstellung von Serbien gesprochen. Auch König Georg hat in seiner Rede beim Empfang der französischen Parlamentarier nur allgemeine Worte für Serbien und Montenegro gehabt, aber ebenfalls das Wort von der Wiederherstellung vermieden.

### Keine Erwähnung von Rußland.

Die Rede des Reichskanzlers hat die Friedensbedingungen der Gruppe der Mittelmächte in allgemeinen Umrissen angedeutet. Der Kern war, daß Deutschland und die Monarchie entschlossen seien, die polnische Frage zu lösen, daß jedoch die Polen, die Litauer, die Balten und die Letten nicht mehr an Rußland zurückgegeben werden sollen. Die Friedensbedingungen der beiden Mittelmächte hatten somit nach der Darstellung des Herrn v. Bethmann Hollweg eine Spitze, die sich hauptsächlich gegen Rußland kehrte, wo der Friede wichtige Aenderungen bringen sollte. Auffallend ist, daß Asquith, von einer Neckerei gegen die frühere preussische Polenpolitik abgesehen, Rußland in der Rede, wie sie uns vorliegt, gar nicht erwähnt. Er geht auf diesen Schwerpunkt in den Ausführungen des deutschen Reichskanzlers gar nicht ein und ein Zufall ist bei einem so listigen Staatsmann wie dem englischen Premierminister ausgeschlossen.

Daraus geht hervor, daß die Friedensrede des deutschen Reichskanzlers einen starken Eindruck in England und auch in Frankreich gemacht hat und daß der Premierminister den Gedanken, Rußland für den

Frieden zahlen zu lassen, mindestens in dieser Rede nicht zurückgewiesen hat. In einer Antwort an den Reichskanzler geht Asquith, wenn von der Stichelei gegen die Polenpolitik abgesehen wird, über Rußland schweigend hinweg!

### Friedensbedingungen gegen Friedensbedingungen.

Der größte Erfolg der Rede des deutschen Reichskanzlers zeigt sich jedoch darin, daß Asquith gezwungen wurde, gegenständlich zu antworten und bestimmter als bisher zu sagen, was England will.

Die wichtigste Friedensbedingung ist in dem Satze enthalten:

Meine Antwort an den Kanzler ist sehr einfach. Die Verbündeten wünschen und sind entschlossen, das alte Belgien wieder erstehen zu sehen. Es darf nicht dauernd unter dem leichtfertigen, verruchten Angriff auf seine Freiheit leiden. Was niedergedrückt worden ist, muß wiederhergestellt und aufgebaut werden.

Der Reichskanzler hat in seiner Rede gesagt, Belgien werde in der Zukunft etwas Neues sein. Es dürfe nicht ein Vorwerk der französischen und der englischen Angriffspolitik werden. Asquith jagt, das alte Belgien müsse hergestellt werden. Der Reichskanzler will die Selbständigkeit von Belgien nicht aufheben und fordert nur Bürgschaften, daß sie keine Gefahr für das Deutsche Reich werde, und daß sich aus ihr nicht wieder Kriege entwickeln.

Die Frage dieser Bürgschaften ist somit im Vordergrund und von ihr hängt es ab, wie die Kriegsziele der beiden Mächtegruppen miteinander auszugleichen wären. Von der Möglichkeit, diesen Gegensatz abzuschleifen, wird die Entwicklung des Kriegs und des Friedens abhängen.

### Abschwächung der Vernichtungspolitik.

Die Vernichtungspolitik war nicht nur Redensart, sondern Ernst. Frankreich und England wollten Deutschland wirklich zerstücken. Diese Politik ist eigentlich nicht neu. Denn schon Palmerston und Louis Napoleon wollten die Einheit von Deutschland nicht zulassen. Deshalb verdient die Stelle in der Rede des Premierministers, worin er von der Vernichtungspolitik so starke Abzüge macht, daß sie auf den Gassenhauer vom preussischen Militarismus und von der preussischen Militärlaste zu-

sammenschrumpft, die ernsteste Beachtung. Deutschland, sagte er, soll nicht erdroffelt, nicht in seinem nationalen Leben zerstört oder verstümmelt werden, und Frankreich und England — wieder fehlt jeder Hinweis auf Rußland — seien nicht in den Krieg eingetreten, um sich in die freie Ausübung der friedlichen Bestrebungen von Deutschland hineinzumischen. Keine Zerstückerung von Deutschland! Das Kriegsziel, Elsaß und Lothringen wieder zu erobern, ist somit in Gegenwart französischer Parlamentarier ohne Rücksicht auf wiederholte Erklärungen französischer Minister in dieser Rede fallen gelassen worden; seit dem Beginne des Krieges hat kein englischer Staatsmann, am wenigsten der Premierminister Asquith in solcher Weise über Deutschland gesprochen. Die Rede ist wie eine Quittung an den Reichskanzler, daß die Entente keine territorialen Veränderungen in Deutschland anstrebe, nachdem in der Rede des Herrn v. Bethmann Hollweg von territorialen Veränderungen in Frankreich, von einem solchen deutschen Kriegsziele nicht gesprochen worden ist. Die Erklärungen des englischen Premierministers sind ein Beweis für die Wirkung der Rede des Reichskanzlers und für den Eindruck der militärischen Vorgänge.

### Die Erklärungen des englischen Ministerpräsidenten.

London, 11. April.

Ministerpräsident Asquith sagte in seinem Trinkspruch auf den Präsidenten der französischen Republik bei dem gestrigen Festmahl zu Ehren der Abordnung des französischen Parlaments:

„Die Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich, nun seit mehreren Jahren auf dauerhafter Grundlage aufgebaut, sind durch die Probe, der sie in diesem Kriege ausgesetzt sind, Beziehungen nicht nur der Freundschaft, sondern von Intimität und Liebe geworden.“ (Beifall.)

In den letzten Tagen appellierte der deutsche Reichskanzler wiederum an die Sympathien der neutralen Welt für den schweren Fall von Deutschland (Heiterkeit) als vielfach mißverständener Friedensfreund. Der Kanzler erklärte, daß er am 9. Dezember die Bereitwilligkeit äußerte, auf Friedensverhandlungen einzugehen, daß aber der Feind damals, ebenso wie jetzt es ablehnte, sich auf so etwas einzulassen. Asquith zitierte die Worte des Kanzlers, um zu zeigen, daß dieser mit der Bereitwilligkeit meinte, daß die Friedensvorschläge von der Entente ausgehen sollten, die Entscheidung aber beim Kanzler ruhen sollte.

Asquith fuhr fort: Man will mit anderen Worten von uns, daß wir die Haltung der Besiegten gegenüber dem siegreichen Gegner einnehmen, aber wir sind nicht besiegt worden. (Beifall.) Wir werden auch nicht besiegt werden. Die Alliierten sind durch einen feierlichen Vertrag gebunden, keinen Sonderfrieden zu suchen oder anzunehmen. Die Bedingungen, unter denen wir bereit sind, Frieden zu schließen, sind die Durchführung der Ziele, für die wir die Waffen aufnahmen. Diese Ziele sind von mir schon im November 1914 bekanntgegeben worden. Ich sagte unter anderem, daß wir das Schwert nicht in die Scheide stecken würden, bis die militärische Herrschaft Preußens ganz und endgültig vernichtet ist. Der Kanzler zitierte meine Worte zuerst ganz falsch und fährt dann fort, ihre auf der Hand liegende Bedeutung und die in ihnen ausgesprochene Absicht zu verzerren. Großbritannien und auch Frankreich sind nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland zu erdroffeln oder von der Karte Europas wegzuwischen, nicht, um sein nationales Leben zu zerstören oder zu verstümmeln, und — sicherlich nicht, um sich in die freie Ausübung seiner friedlichen Bestrebungen hineinzumischen. Wir wurden beide, hier und in Frankreich, dazu genötigt, die Waffen aufzunehmen, um zu verhindern, daß Deutschland, womit in diesem Falle Preußen gemeint ist, eine militärische Bedrohung für seine Nachbarn bilde und eine Oberherrschaft über diese errichte. Deutschland zeigte während der letzten zehn Jahre bei mehreren Anlässen die Absicht, Europa

unter gleichzeitiger Bedrohung Vorschriften zu machen, und bewies durch die Verletzung der Neutralität Belgiens, daß es sein Uebergewicht selbst um den Preis eines allgemeinen Krieges dadurch herstellen will, daß es die Grundlage der europäischen Politik, wie sie durch Verträge festgelegt ist, zerreißt. Die Absicht der an dem Kriege beteiligten Verbündeten ist, diesen Versuch zu nichte zu machen, und dadurch den Weg für ein internationales System zu ebnen, welches den Grundsatz gleicher Rechte für alle zivilisierten Staaten sicherstellen wird. (Beifall.)

Wir wollen als Ergebnis des Krieges den Grundsatz festlegen, daß internationale Probleme durch freie Unterhandlung unter gleichen Bedingungen zwischen freien Völkern behandelt werden müssen, und daß eine solche Übereinkunft nicht länger durch das überwältigende Gebot einer Regierung, die von einer militärischen Sklave kontrolliert wird, aufgehalten und beherrscht wird. Das ist es, was ich unter der Vernichtung der militärischen Herrschaft Preußens verstehe. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Auf das Schicksal Belgiens, Serbiens und Montenegros bezugnehmend, sagte Asquith, daß die Verbündeten nicht nur die Schützer von Vertragsrechten, sondern auch von unabhängigen Staaten und der freien Entwicklung schwächerer Länder seien. (Beifall.)

Es gebe kaum einen größeren Zynismus, als wenn der deutsche Reichskanzler beanspruche, daß Deutschland vor allen Mächten darauf bestehen müsse, den verschiedenen Nationen die Gelegenheit freier Entwicklung innerhalb des Rahmens ihrer Muttersprache und ihrer nationalen Individualität zu geben. Der Versuch, Preußisch-Polen zu germanisieren, sei während der letzten Jahre hartnäckig betrieben worden. Dies war das größte Fiasko der inneren Politik Preußens. Was solle wohl das slawische Volk von der Aussicht denken, die ihm

vom Kanzler gestellt wurde, nachbarlich mit den Deutschen zusammenarbeiten, die ihre Kirchen verbrannten, ihre Städte plünderten, ihre Felder verwüsteten und ihre Freiheiten niedertraten?

Asquith fuhr fort: Meine Antwort an den Kanzler ist sehr einfach. Die Verbündeten wünschen und sind entschlossen, das alte Belgien wieder ersehen zu sehen. (Beifall.) Es darf nicht dauernd unter dem leichtfertigen, verruchten Angriff auf seine Freiheit leiden. Was niedergeworfen worden ist, muß wiederhergestellt und aufgebaut werden. (Lauter Beifall.)

Asquith sprach sodann von dem „hinkenden, schwächlichen Versuch des Reichskanzlers, die Unterseebootkriegführung zu rechtfertigen“ und sagte: „Wenn die Alliierten ihre Herrschaft zur See dazu benutzen, einen wirtschaftlichen Druck auf die Feinde auszuüben, so bedienen sie sich eines Rechtes, das für Kriegführenden von jeder kriegsführenden Macht in der Alten und in der Neuen Welt anerkannt ist. Sie bemühen sich und bemühen sich noch, soweit als möglich die daraus sich ergebenden Unannehmlichkeiten für den neutralen Handel zu mildern. Sie sind bereit, die Geseßlichkeit aller ihrer Maßregeln zu rechtfertigen und zu beweisen, daß sie mit den Grundsätzen und mit dem Geiste des auf die Entwicklungen des modernen Krieges angewendeten Völkerrechtes übereinstimmen. Diese Maßregeln sind mit genauester Berücksichtigung der Menschlichkeit durchgeführt. Soviel wir wissen, kann nicht ein einziges Beispiel angeführt werden, daß durch die Blockade der Verbündeten das Leben eines neutralen Untertanen verloren gegangen ist. (Beifall.) Die deutsche Unterseebootkampagne ist lange vor unserer königlichen Verordnung vom März 1915 begonnen und entwickelt worden; sie wurde rücksichtslos durchgeführt, sowohl gegen Neutrale wie gegen die Kriegführenden, mit rücksichtsloser Verletzung des Völkerrechtes und der Menschlichkeit.“

Asquith schloß: „Können wir nicht dankbar sein, daß wir zur Feststellung und Verteidigung unserer Sache nicht zu solchen Entstellungen der Tatsachen, zu solchen Sophistereien genötigt sind, wie sie vom Kanzler vorgebracht wurden? Wir Verbündete kämpfen Seite an Seite für die große Sache mit würdigen Mitteln, reinen Händen und reinem Gewissen. (Beifall.) Seite an Seite haben wir ebenso wie den Willen auch die Macht, die Freiheiten Europas zu verteidigen.“ (Lauter Beifall.)

### Hollands Bereitschaft.

#### Mitteilungen der Regierung an die Erste Kammer in geheimer Sitzung.

Haag, 11. April.

Die Erste Kammer ist heute mittag zu einer öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Auf Antrag Dr. Kuypers und neun anderer Mitglieder wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, der Ersten Kammer dieselbe Mitteilung zu machen, wie der Zweiten in der am letzten Dienstag abgehaltenen Geheim Sitzung. Dr. Kuypers sagte, daß die Erklärungen der kriegsführenden Mächte einen beruhigenden Eindruck gemacht hätten, und sprach der Regierung für ihr Auftreten auf dem Gebiete der äußeren Politik seine Anerkennung aus. Er betonte, daß die Erste Kammer ein Recht habe, ebenso behandelt zu werden wie die Zweite, damit sie sich ein Urteil über die Maßregeln der Regierung bilden könne, zumal es sich um internationale Fragen handle und die Regierung erklärt habe, über Daten zu verfügen, die eine Zunahme der Gefahr für die Niederlande befürchten lassen.

Ministerpräsident Cort van der Linden erklärte die Bereitwilligkeit der Regierung, auch die Erste Kammer in einer Geheim Sitzung zu informieren. Die Regierung habe in der vorigen Woche die Einberufung einer Geheim Sitzung der Zweiten Kammer nur deshalb für nötig erachtet, da diese Kammer ohnehin schon zusammengetreten war, während der Einberufung der Ersten Kammer zu diesem Zwecke eine viel größere Bedeutung zugemessen worden wäre.

Sodann fand eine Geheim Sitzung statt, die ungefähr eine Viertelstunde dauerte.

Hierauf vertagte sich die Kammer bis 25. April.

## Asquith über die notwendige „Vernichtung der Herrschaft Preußens“.

Einige Stunden, nachdem im Buckinghampalast Seine britische Majestät mit sanftem Augenaufschlag den französischen Parlamentariern in wohlgeleiteter Rede gesagt hatte: „Freiheit und Frieden sind die Ideale des kritischen Volkes“, hat Englands Ministerpräsident an dieselben Vertreter Frankreichs eine Rede gehalten, die ein neuer wilder, haßerfüllter Kriegsruß ist, eine mit allerhand philanthropischen Schleiern nur notdürftig verdeckte Grimasse der englischen Verbissenheit und Machtgier, die diesen Krieg erfunden hat, um ein für allemal das britische Weltimperium gegen jeden Wettbewerber eines Starken sicherzustellen. Ministerpräsident Asquith hat zwar äußerlich den Versuch gemacht, den klar abgesteckten Kriegszielen, die der deutsche Kanzler bezeichnete, die Kriegsziele Englands gegenüberzustellen und diese zu formulieren, als wenn diese britischen Kriegsziele auch jene der anderen Mitglieder des Vierverbandes sein müßten. Er steigerte seine Ausführungen zu folgender Definition: „Wir wollen als Ergebnis des Krieges den Grundsatz festlegen, daß internationale Probleme durch freie Unterhandlungen unter gleichen Bedingungen zwischen freien Völkern behandelt werden müssen und daß eine solche Uebereinkunft nicht länger durch das überwältigende Gebot einer Regierung, die von einer militärischen Kaste kontrolliert wird, aufgehalten und beherrscht wird. Das ist es, was ich unter der Vernichtung der militärischen Herrschaft Preußens verstehe.“ — Wenn dies mehr sein sollte als eine Phrase, so müßte der englische Staatsmann doch auch einen Beweis dafür besitzen, daß die „von einer militärischen Kaste kontrollierte“ Regierung Deutschlands die freie Unterhandlung internationaler Probleme unter gleichen Bedingungen zwischen freien Völkern irgendwo und irgendwann tatsächlich verhindert habe. Die Beweisführung scheint Herr Asquith unterlassen zu haben, und sie wäre läppisch genug gewesen, wenige Monate nach jener Londoner Konferenz, die unter Englands Vorstuh zur Behandlung internationaler Probleme zwischen freien Völkern tagte und auf der Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht nur dem Feinde Europas die schwersten Opfer Schritt für Schritt brachten, sondern auch Tag um Tag in diesen schleppenden, von Ränkesucht und offenen Drohungen beherrschten Verhandlungen bewiesen wurde, daß diese Londoner Konferenz vom Vierverbande nur zur Vergewaltigung freier Völker erfunden wurde. Oder wurde in London vom Vierverbande nicht die Freiheit Bulgariens, sein erkämpftes Recht begraben, hat man dort nicht das unglückliche Albanien wie einen Hammel zerteilt, anstatt dem Lande die Freiheit zu geben? — Es ist wahr, man wollte Oesterreich-Ungarn und Deutschland, als wir an die Ordnung der Dinge an unseren Balkangrenzen gehen wollten, abermals nach London auf eine internationale Konferenz schleppen und diesmal haben wir „Nein“ gesagt, nicht das verlästerte „Preußen“ des Herrn Asquith, sondern in erster Linie wir in Oesterreich-Ungarn. Die serbische Angelegenheit war keine internationale; die Monarchie wollte keinen Ländererwerb und keine Veränderung der europäischen Landkarte, sie wollte nur ihre eigenen Gebiete sicherstellen gegen verbrecherische, gerichtsbildungsmäßig erwiesene Einbrüche, die seit

Jahren den Frieden unserer Südländer unterwühlten und nun bis zu der Ermordung unseres Thronfolgers geführt hatten. Das war in furchtbarer Weise unsere eigene Sache geworden und wir hätten aufhören müssen, ein souveräner Staat zu sein, wenn wir selbst in dieser Lage einen europäischen Kurator zur Sicherstellung des eigenen Gebietes gegen den Nachbar gebraucht hätten. Deutschland hat diese Anschauung des Bundesgenossen gebilligt. Soll dies etwa das Verbrechen „Preußens“ sein?

„Deutschland zeigte bei mehreren Anlässen die Absicht, Europa Vorschriften zu machen,“ sagt Asquith. Das ist die Erinnerung an die Krügerdepeche, jene kaiserliche Kundgebung an das bedauernswerte Burenvolk. Jawohl, das war die erste Drohung gegen England, aber gerade gegen ein England, das daran war, ein freies Volk zu unterjochen und einen freien Bauernstaat abzuwürgen, der hilferufend sich an Europa gewandt hatte. Was Asquith als das Verbrechen Preußen-Deutschlands erklärt, die Verhinderung internationaler Verständigung über internationale Probleme zur Wahrung der Völkerfreiheit, das hat England damals praktiziert.

So schält sich immer mehr als der wirkliche Sinn der Rede Asquiths der Wille heraus, Deutschland zu entwaffnen, nicht weil es eine Bedrohung für freie Völker ist, sondern weil seine Militärmacht den Plänen Englands im Wege steht. Man hat in England dieser Tage dem deutschen Kaiser zum Vorwurf gemacht, daß er in den Spuren Napoleons gegen die Freiheit Europas wandle — es war ein Tyrannenwerk Napoleons, das friderizianische Preußen zu brechen, in dessen organisatorischer und militärischer Kraft er ein wichtiges Hindernis für seine Beherrschung Europas erblickte. Das Kriegsziel der englischen Regierung ist napoleonisch, es will die Vernichtung der preußischen Militärmacht, weil diese ihm der stärkste Schranken ist, der England von der Allmacht in der Weltherrschaft trennt.

Wenn es jemals offenbar geworden ist, daß der Vierbund nur für die Welt hegemonie Englands kämpft und alles Blutvergießen nur dem entsetzlichen Herrdünkel der Londoner Machthaber dient, so hat die neue Rede Asquiths dies bekundet. Sind die Parlamentarier Frankreichs nicht taub und blind, so werden sie ihre Reise durch England sehr nachdenklich fortsetzen.

## Franszösische Parlamentarier in England.

Der Besuch französischer Senatoren und Deputierten in England wird von englischer Seite zu besonderen Kundgebungen ausgenützt, in denen selbstverständlich die Asquithsche Verdrehung von Tatsachen die markanteste Rolle spielt. Auch der König von England empfing die französischen Gäste, und da er eine Staatsrede hielt, sagte er natürlicherweise dasselbe, was Asquith und seine Kollegen so und so oft bereits früher gesagt hatten. Es darf daher durchaus nicht auffällig erscheinen, wenn er Ausdrücke gebraucht, die der Wahrheit in das Gesicht schlagen. Die Rede, die Asquith vor den Parlamentariern hielt, zeigt übrigens, wie sehr da der deutsche Reichskanzler ins Schwarze getroffen hatte. Der englische Premier windet sich unter den Sieben und hat nichts anderes zur Abwehr als die alten abgedroschenen Phrasen von dem preussischen Militarismus und die abge-

brauchten Entstellungen, daß Deutschland den Krieg veranlaßt habe. Die Siege der Centralmächte und ihrer Verbündeten sind die beste Antwort auf die Reden König Georgs und seines Premiers, und je mehr Mut aus ihnen hervorklingt, desto einleuchtender ist, um wie viel schwächer die Position der Entente geworden ist. England wendet die letzten Aufpeitschungsmittel an, um die Genossen aufrecht zu halten. Die Reden in London werden an der Entwicklung der Kriegsvorgänge nichts ändern.

### Der Empfang beim König.

London, 11. April. (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Der König empfing im Buckinghampalast die französischen Parlamentarier, wobei er folgende Ansprache hielt: „Ich heiße Sie als Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft der großen Republik willkommen, mit der in enger Vereinigung und gegenseitigem Vertrauen verbunden zu sein ich mich freue. Die Verbindung wird, wie ich vertraue, dauernd sein. Ein Besuch, wie der Ihrige, trägt dazu bei, die beiden Völker durch die herzliche Zusammenarbeit, worin sie sich betätigen, noch näher zu bringen, denn sie gibt der Einheitlichkeit ihrer Ziele eine konkrete und praktische Form.“

Wenn Sie einige Orte, wo Munition hergestellt wird, besuchen, werden Sie selbst sehen, wie sehr wir uns anstrengen, Heer und Marine mit allem Nötigen zu versehen. Wenn Sie mit Bewohnern unserer Städte sprechen, werden Sie erfahren, welchen Anteil sie nehmen an den Leiden, die ein grausamer Eindringling der unschuldigen Bevölkerung einiger Ihrer nördlichen Distrikte auferlegt und wie warm wir die glänzende Tapferkeit und Ausdauer des ganzen französischen Volkes bewundern. Sie werden auch selbst sehen, wie einstimmig das Volk dieser Inseln ohne Unterschied der Klasse, des Standes oder der politischen Partei entschlossen ist, den Krieg fortzuführen, bis jene Bedrohung mit dem Ueberfall, die lange den Himmel Europas verdunkelte und die Aussichten eines friedlichen Fortschrittes gefährdete, endgültig aus dem Wege geräumt ist.

Die Allianz der Mächte, die dies vollbringen werden, beruht nicht nur auf dem gemeinsamen Interesse, dieser Bedrohung ein Ende zu machen, das sie alle, auch die schwer geschädigten Länder Belgien, Serbien und Montenegro in gleicher Weise wie wir haben, sondern beruht auch auf unsern gleichen Idealen. Freiheit und Frieden sind die Ideale des britischen Volkes, hier in der Heimat und in den Kolonien. Wir wünschen diesen Segen für uns selbst, wir wünschen ihn auch für die andern Nationen. Wir glauben, daß in seiner Ausbreitung allerwärts die beste Hoffnung für die Zukunft der Menschheit liegt. Für Freiheit und Frieden kämpfen wir Seite an Seite mit euch, in dem Glauben, der heute stärker ist, als je seit Beginn des Krieges, der täglich stärker wird, daß der Sieg die Sache des Rechts krönen wird.

### Drei polnische Erklärungen

pp. Ueber den Umschwung, der sich in der Beziehung Polens zu Rußland im letzten Kriegsjahre vollzogen hat, geben genauen Aufschluß drei Kundgebungen, die jüngst erlassen worden sind.

Im russischen Reichsrath sprach der Abgeordnete Sebeko — ein Mitglied der konservativen Ugoda-Partei, die stets den Ausgleich mit Rußland in Polen vertreten hat: „Die russischen Truppen verließen das verwüstete Polen und die Deutschen nahmen ihre Stelle ein. Es schien selbstverständlich, daß die Regierung, deren frühere Fehler die Deutschen in Polen so geschickt auszunutzen verstanden, jetzt unter diesen Umständen das Wort zur Tat machen wird, um dem Brudervolke, das ohne Murren am Altar der gemeinsamen Sache so enorme Opfer brachte, einen greifbaren Beweis ihres guten Willens zum endgültigen Brechen mit der Vergangenheit zu geben. Leider wurden die Erwartungen der Polen vollkommen enttäuscht. Schon nach der Erklärung des Autonomieprinzips wurden die freien Stellen in Polen nach der alten Methode und von Personen der alten gewöhnlichen Kategorie besetzt — während die Deutschen in Warschau die Universität eröffneten. ... Es schien natürlich, daß die Regierung in dieser geschichtlich so ausnahmssvollen Stunde, in der Deklaration, die die Frage der Vereinigung aller Teile Polens berührt, auch die unüberwindbare Notwendigkeit der Wiederherstellung eines unabhängigen, durch gemeinsamen Herrscher und Interessengemeinschaft mit Rußland verbundenen Polens betonen wird, um auf diese Weise die ermüdeten Polen zum weiteren schweren Kampfe aufzumuntern. Es schien natürlich, daß die Regierung ausdrücklich erklären wird, im Kaiserreiche gebe es von nun an keinen Platz mehr für Polenverfolgungen; es müßten auch im ganzen russischen Reiche die Polenbeschränkungen aufgehoben werden, die das polnische Volk zu einer Nation zweiten Ranges stempeln, trotzdem es vom Anfang des Krieges an dem Throne und den hohen Zielen, im Namen derer es mit Rußland zusammen zum Schwerte griff, unerschütterlich treu blieb und die Erfüllung seiner Hoffnungen von der Großmütigkeit des Monarchen und den edlen Regungen des russischen Brudervolkes erwartete. Wir, als Repräsentanten des polnischen Volkes, können uns der Erklärung nicht enthalten, daß die Aeußerungen und Taten der Regierung in der polnischen Frage dem kategorischen Imperativ der sich augenblicklich abspielenden historischen Ereignisse keineswegs gewachsen sind.“

Der aus Kreisen der Großgrundbesitzer zusammengesetzte „Klub Polski“ in Lublin faßte einstimmig nachstehende Resolution:

„Im gegenwärtigen Augenblicke sollte sich das Bestreben des polnischen Volkes dahin richten, durch eigene Staatlichkeit eine politische Unabhängigkeit in möglichst großem Umfange, auf möglichst großem Gebiete seines Landes zu erreichen. Gleichzeitig muß die polnische Gesellschaft auf diesem Teile ihres Bodens, der durch die Zentralmächte besetzt wurde, vorsichtig nach Mittel und Wegen suchen, die am sichersten zur Uebereinstimmung der nationalen polnischen Interessen mit denen der Zentralmächte, als auch zur genauen Bestimmung des Verhältnisses Polens zu der österreichisch-ungarischen Monarchie führen könnten.“

Die Erklärung der mächtigen Warschauer „Liga für polnische Staatlichkeit“, die das gesamte bürgerliche Zentrum und sechs politische Parteien umfaßt, lautet:

„Die polnische Frage war und bleibt eine internationale Frage, die nach dem Kriegsschluß nur auf dem Wege einer internationalen Verständigung entschieden werden kann. Als einzige gerechte Entscheidung könnte aber nur ein den Forderungen und steten Bestrebungen der Nation entsprechender polnischer Staat gelten, welcher die dem Frieden und der Kultur Europas immer drohende östliche Gefahr abzuwenden imstande wäre.“

Die Zukunft Polens darf nur mit den Western verbunden werden. Wir sehen im russischen Reiche einen prinzipiellen Feind der polnischen Staatlichkeit und betrachten daher seine Niederlage als erste Bedingung der Wiederherstellung Polens. Ohne die Frage der staatsrechtlichen Stellung Polens im Voraus zu beantworten, geben wir nur unserer Ueberzeugung

Ausdruck, daß die Entstehung des polnischen Staates im Interesse der Zentralmächte liege, und die erwünschte Verständigung hinsichtlich seines Verhältnisses zur österreichisch-ungarischen Monarchie zustande kommen könne.

Die territoriale Basis des polnischen Staates sollten die vereinigten Länder Russisch-Polens und Galiziens bilden. Ein so gestalteter Staat wäre auch imstande, die Bürgerschaft eines dauernden weiteren Fortschrittes zu gewährleisten. Jedweder Versuch einer neuen Teilung wäre eine neue Gewalttat gegen das polnische Volk und ein grober politischer Fehler, der schlimme Folgen für ganz Europa haben müßte. Wir sehen in den polnischen Legionen den vorzüglichsten Ausdruck des polnischen Strebens zur Wiedererringung eines unabhängigen, politischen Daseins und sehen es als eine nationale Pflicht an, ihnen mit Tat beizustehen, um sie zu vergrößern und ihnen zur Selbständigkeit zu verhelfen. Die Legionen sind die Kadern der zukünftigen polnischen Armee, die durch eine provisorische Regierung organisiert, noch in diesem Kriege am Kampfe gegen Rußland teilnehmen könnte.

Seit dem Ausbruche des Krieges ist die einzige polnische Repräsentation, die den polnischen Staatsgedanken ins Leben rief, das in Krakau am 16. August 1914 gebildete Oberste Nationalkomitee. Wir beachten es als notwendig, daß auch im ehemaligen Russisch-Polen eine entsprechende politische Organisation entsteht, die im Einverständnis mit der Repräsentation Galiziens die Leitung der polnischen Politik übernehme.“

### Aus der Sozialdemokratie.

**Rosa Luxemburg gegen den „Vorwärts“.** Rosa Luxemburg flüchtet sich gegen den „Vorwärts“ in die „Bergische Arbeiterstimme“: „Ich ersuche Sie um die Veröffentlichung der nachstehenden Zeilen, die aufzunehmen sich die Redaktion des „Vorwärts“ geweigert hat. Die Methoden der Rechten der Opposition gegenüber, Andersdenkenden die Rundgebung ihres abweichenden Standpunktes zu verwehren, um den Schein der „Einigkeit“ nach außen hin künstlich zu erhalten, diese lieblichen Methoden haben sich, wie es scheint, bereits auf die sogenannte „Opposition“ der Mitte vererbt. Die wenigen Zeilen, um die es sich handelt, lauteten: „Nachdem mir am 31. März im Großberliner Zentralvorstand unmöglich gemacht wurde, einen von mir angekündigten Abänderungsantrag zu der angenommenen Resolution einzubringen, sehe ich mich zu folgender Feststellung veranlaßt. Obwohl die Resolution weder im Ton noch im Inhalt die Konsequenzen aus der geschaffenen Parteilage zieht, stimme ich für sie nur angesichts des Passus, der die Forderung ausspricht, daß die neue „Arbeitsgemeinschaft“ sich von allen . . . Hommungen frei macht und allein die . . . zur Richtschnur ihres Handelns macht. Ich erblicke darin den bescheidenen Anfang einer Einsicht, der ich Ermunterung nicht versagen wollte.“

**Gegen sozialdemokratische Parteizensur.** Von den vier zum sozialdemokratischen Bezirk Erfurt gehörenden Wahlkreisen sind zwei sozialdemokratische vertreten: Nordhausen durch Dr. Cohn, der zu den 18 „Separatisten“ gehört, und Erfurt durch Schulz, der sich zur Mehrheit hält. Eine sozialdemokratische Bezirkskonferenz in Erfurt hat am Sonntag „sehr lebhaft“ die in der sozialdemokratischen Fraktion eingetretene Spaltung bedauert, aber eine Entscheidung darüber, „inwieweit die Maßregelung der 18 Genossen berechtigt war“, dem Parteitag überlassen. Die Konferenz kann der Fraktion, dem Parteivorstand und Parteiauschuß das Entscheidungsrecht nicht zugestehen. „Ebenso sieht die Konferenz in dem Vorgehen des Parteivorstandes gegen die Redaktion der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“ wie gegen die „Vorwärts“-Redaktion nicht das Mittel, die Einheit der Partei zu stärken. Die Konferenz protestiert entschieden gegen die Einführung einer Partei-Pressezensur.“

## Guglielmo Ferrero über Belgien.

Der bekannte italienische Historiker Guglielmo Ferrero, wie man weiß einer der lautesten Vorkämpfer für Italiens Krieg an der Seite der Entente, hat die französische Westfront besucht und schreibt nun im Mailänder „Secolo“ seine Eindrücke über die politische Lage. Bemerkenswert sind seine Äußerungen über die belgische Frage umso mehr, als sie ungefähr gleichzeitig mit dem vom deutschen Kanzler verkündeten Programm und der Entgegnung des englischen Ministerpräsidenten Asquith veröffentlicht werden. („Secolo“ vom 9. April.) Ferrero schreibt: „Viele neigen dazu, zu glauben, daß Belgien so wie es war, wieder hergestellt werden müsse. Aber wenn es wahr ist, daß der Viererband alle Anstrengung machen muß, um Belgien seine Souveränität wieder zu geben und ihm alle erlittenen Schäden zu ersetzen, so scheint es mir hingegen zweifelhaft, ob die Wiederherstellung der alten Neutralität zu den möglichen Dingen gehört. Von England zu seinem eigenen Nutzen ausgedacht, könnte die Neutralität Belgiens nur bestehen, wenn England imstande wäre, sie prompt zu verteidigen, sei es gegen Frankreich, sei es gegen Deutschland. Der europäische Krieg hat gezeigt, daß England nicht eben sehr in der Lage ist, dies zu tun: Aber was bedeutet dann die belgische Neutralität anderes als eine ungeheure Gefahr für Belgien selbst und für jenen der beiden mächtigen Grenzstaaten, welcher entschlossen ist, sein loyal gegebenes Wort zu halten? Schwerlich wird, wie mir scheint, Belgien im neuen Europa dem Geschick entfliehen können, in der einen oder anderen Weise, entweder mit Frankreich gegen Deutschland, oder mit Deutschland gegen Frankreich zu stehen, je nachdem das Gottesurteil fällt. Aber das Bündnis Belgiens wird, in welcher Form es sich auch verwirklichen wird lassen, von solcher Wichtigkeit sein, daß Frankreich und Deutschland keine Kräfte und Opfer sparen werden, um sich dasselbe zu sichern.“ — Ferrero hat, und damit schließt er seinen Artikel, an der Westfront den Eindruck bekommen, daß eine neue Ordnung der Dinge im Heraufziehen sei, daß das Zeitalter, an dessen Eingang die große französische Revolution stand, zu Ende ist und eine neue Zeit beginnt, in der es keinen Krieg mehr zwischen Frankreich und Deutschland geben werde.

## Die Propaganda für ein größeres Belgien.

t Haag, 12. April. (Priv.-Tel., zf.) Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird folgendes offizielles von belgischer Seite geschrieben:

„Es kann mit der größten Entschiedenheit versichert werden, daß es die belgische Regierung sehr unange-nehm berührt, wie eine kleine Anzahl belgischer Publizisten, wie Pierre Rothomb, Neurat und Des Ambiaux, noch stets fortfahren, in einer Anzahl belgischer Blätter, wie in französischen und englischen Zeitschriften, für ein größeres Belgien Propaganda zu machen. Nicht ohne Vergernis beobachtet die belgische Regierung, daß diese Herren sich nicht allein darauf beschränken, eine Gebietserweiterung bis nach dem Rhein zu verlangen, sondern, daß sie sich sogar nicht scheuen, eine Gebietserweiterung zu fordern, die neutrales Gebiet betrifft. Was soll nun die Regierung gegen eine derartige Propaganda tun? Der „XX. Siècle“ (dessen Hauptredakteur der genannte Neurat ist) ist absolut kein offizielles Organ der Regierung. Eine politische Zensur auszuüben gegenüber den belgischen Zeitungen, die in den verschiedenen Ländern erscheinen, geht allerdings nicht an. Es ist auch nicht möglich, jeder verkehrten Darlegung ein Dementi gegenüberzustellen.“

**England und die Pariser Wirtschaftskonferenz.**

† Haag, 12. April. (Priv.-Tel., ff.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Im Oberhaus brachte Courtney gestern die bevorstehende Pariser Wirtschaftskonferenz zur Sprache. Er erklärte, absoluter Gegner des Gedankens vom Kriege nach dem Kriege zu sein, und sagte: „Gerade der Freihandel hat uns in den Stand gesetzt, diesen Krieg fortzuführen und andere Länder zu unterstützen, und der Freihandel allein wird die Wohlfahrt nach dem Kriege wieder herstellen. Der Ausfall gegen den deutschen Handel wird lediglich die Zweifler in Deutschland in die Arme des Militarismus treiben.“ Bryce widersprach den Darlegungen Courtneys. Die Verbündeten hätten eine große Herausforderung über sich ergehen lassen müssen. Lediglich zur Vorsicht sei auf der Konferenz zu mahnen.

Lord Crewe setzte auseinander, daß Frankreich es gewesen sei, das die Konferenz vorgeschlagen habe und zwar durch den Gedankenaustausch, der gegen Ende des verflohenen Jahres mit England geführt worden sei. Die Konferenz solle über laufende Angelegenheiten beraten und ferner über Fragen, die nach dem Kriege sich darbieten würden. Die laufenden Fragen seien das Verbot des Handels mit dem Feinde, eine Regelung der Ausfuhrverbote und die Möglichkeit, die Verluste der Verbündeten, soweit es gehe, einzuschränken. Die Frage nach dem Kriege betreffe die Wiederherstellung des Handels zwischen den Verbündeten und Garantien für die wirtschaftliche Unabhängigkeit in der Zukunft. Crewe wiederholte die Worte des Premierministers Asquith, indem er die Hoffnung aussprach, daß der Krieg einen besseren Geist in Europa zur Folge haben werde, doch hinsichtlich Deutschlands seien seine Erwartungen nicht allzu hoch gespannt. Die zur Konferenz delegierten Herren hätten den Auftrag, ihre Augen und Ohren wohl zu öffnen und die Frage genau zu untersuchen, jedoch keinen Beschluß zu fassen. Er warne davor, die zukünftige Handelspolitik auf ein Bündnisystem der Rache aufzubauen. Allerdings könne es nötig sein, keine Bestellungen in Deutschland zu machen, um größere Gefahren auszuschließen.

## Der alte Text.

Dieser Krieg hat nebst seinen zahlreichen anderen Eigentümlichkeiten noch die eine: die militärischen Operationen werden von Redegeseften der leitenden Staatsmänner begleitet. Auf unserer Seite trägt in der Regel der deutsche Reichskanzler die Kosten der Unterhaltung. Auf der gegnerischen Seite teilen sich die Staatsmänner der Entente in die Arbeit. Die Hauptlast tragen aber die englischen Minister; insbesondere der englische Ministerpräsident Mr. Asquith ist es, der zumeist die Aufgabe übernimmt, dem deutschen Reichskanzler zu antworten. Diese Austauschreden sind gewiß von großer Bedeutung; aber man darf ihre Bedeutung nicht falsch einschätzen und muß vor allem vermeiden, sich durch kunstvolle Interpretation solcher Reden über ihren wahren Sinn selbst zu täuschen. Jetzt liegt wieder eine bei einem Festmahl zu Ehren der französischen Parlamentarier in London gehaltene Rede des Mr. Asquith vor, die sich selbst als eine Antwort auf die letzte Rede des Reichskanzlers gibt. Interpretieren wir möglichst wenig, und lassen wir ausschließlich die Rede selbst auf uns einwirken! In erster Linie interessieren uns die Friedensbedingungen oder Kriegsziele. Die Kernfrage betrifft dabei, in der Rede des englischen Ministerpräsidenten wie auch des Reichskanzlers, Belgien. Was sagt darüber Asquith? Er verlangt, daß „das alte Belgien wieder erstehen“ möge. „Was niedergerissen worden ist, muß wiederhergestellt und aufgebaut werden.“ Das läuft auf eine vollständige politische, finanzielle und privatwirtschaftliche Einsetzung Belgiens in den vorigen Stand hinaus. So hat Asquith

schon in seiner Guildhall-Rede vom 9. November 1914 und seither immer gesprochen. Der Reichskanzler aber verlangt in allen seinen Reden, und auch in der letzten, Garantien gegen die Wiederkehr der früheren politischen Verhältnisse Belgiens, und von einem wirtschaftlichen Schadenersatz kann für ihn überhaupt keine Rede sein.

Der Reichskanzler jagte in seiner letzten Rede, daß die zwischen der Baltischen See und den wolyhynischen Sümpfen wohnenden Völker endgültig vom russischen Joch befreit werden müßten, und sprach auch von dem Schutz der nationalen Rechte der Flamen. Alle diese Bemerkungen des Reichskanzlers fertigt Asquith mit Hohn und Spott ab. Bezüglich des Hauptzieles der Kriegführung der Entente beruft sich der englische Ministerpräsident ausdrücklich auf seine Guildhall-Rede vom 9. November 1914, in der er die Vernichtung des preussischen Militarismus als solches ausgab. Schon diese Verurteilung auf die alte Rede aus den ersten Kriegsmonaten sollte den Leser davor warnen, in der neuen Rede irgend etwas wie eine Annäherung an Deutschland zu suchen. Allerdings fügt Asquith seinem alten Ausspruch diesmal wieder einige Worte der Erklärung bei, die darauf hinauslaufen, daß die Entente Deutschland nicht zerflören oder verstümmeln, daß sie nur dem militärischen Übergewicht Preußens und seiner „militärischen Kaste“ ein Ende machen und die Freiheit und Gleichheit aller zivilisierten Völker sichern wolle. Auch diese schönen Worte sind nicht neu und dürfen deswegen auch nicht etwa als eine Einschränkung oder Abschwächung der Guildhall-Rede ausgebeutet werden. Dasselbe schöne Lied von der Freiheit und Gleichheit aller Nationen und dem Schutz der internationalen Verträge haben die englischen Minister im Laufe des Krieges wiederholt angestimmt. Man erinnere sich beispielsweise nur an die Rede Sir Edward Grey vom 23. März 1915: „Nach diesem Kriege müssen wir und die anderen Nationen Europas in Freiheit leben können, ohne beständige Drohungen durch oberste Kriegsherren, schimmernde Wehr und das beständig in der Scheide rasselnde Schwert... die Völker werden sich nicht mehr ihre Politik, ihre nationale Bestimmung und Tätigkeit von der Militärkaste Preußens diktieren und kontrollieren lassen“ usw. Oder an die Rede Lloyd Georges' vom 19. September 1914: „Wir kämpfen nicht gegen das deutsche Volk. Das

deutsche Volk wird ebenso von der preussischen Militärkaste mit Füßen getreten, ja, Gott sei Dank, mehr als jede andere Nation.“

Man sieht also, Asquith hat nichts Neues gesagt, sondern nur den alten englischen ministeriellen Text zum so und so vielsten Male wieder einmal, wenn auch in etwas maßvollerer Form, variiert. Das Wichtigste an seiner Rede ist aber der Ausspruch: „Wir sind nicht besiegt. Wir werden auch nicht besiegt werden!“ So lange Asquith auf diesem Standpunkt verharrt, sind seine Reden keine Friedens-, sondern Kampfreden, nicht bestimmt zur geistigen Annäherung an den Feind, die vielleicht die Kriegslust im eigenen Lager dämpfen könnte, sondern zur Wiederanfachung des kriegerischen Geistes. Das englische Sozialisten- und Friedensblatt, der Labour Leader, jagt deswegen vielleicht mit Recht von dieser Rede, daß sie den „sich nähernden Friedensgeist in Deutschland wieder verjagt habe.“

## Kriegskalender.

2. April: Italienische Flieger werfen Bomben auf Abelsberg ab. — Nordöstlich von Haucourt nehmen die Deutschen französische Gräben von etwa 1 Kilometer Breite; die feindlichen Verteidigungs- und Flankierungsanlagen nordwestlich und westlich des Dorfes Baug werden von den Deutschen erstürmt und gegen einen heftigen französischen Gegenangriff behauptet. — Neuerlicher deutscher Luftangriff auf England. — Die britischen Dampfer „Diamant“ und „Goldmouth“, der britische Schooner „Jon Britchard“ und die norwegischen Dampfer „Korne“ und „Gans Ende“ versenkt. — Kriegsminister Trobatin in Cetinje.

3. April: Westlich der Maas sind alle Stellungen der Franzosen nördlich des Jorgesbaches zwischen Haucourt und Bethincourt in deutschem Besitz; südwestlich und südlich der Feste Douaumont greifen die Deutschen französische Gräben und Stützpunkte an. — Deutsche Heeres- und Marineluftschiffe greifen nachts die Docks von London und andere militärische wichtige Punkte der englischen Südküste sowie Dänkirchen an. — Der britische Dampfer „Ashburton“, der Postdampfer „Achilles“ und der norwegische Dampfer „Peter Hamre“ versenkt.

Für den Anschluß Rumäniens.

☞ Berlin, 13. April. (Priv.-Tel.)

Das Tageblatt meldet aus Bukarest:

Peter Carp erklärte in einer Unterredung, sein politisches Programm von der ersten Kriegsstunde an sei der Anschluß Rumäniens an die Centralmächte und die Befreiung des Landes von der russischen Abhängigkeit gewesen. Rumänien sollte das Veräumte, ehe es zu spät sei, besser heute als morgen, nachholen. Der Endziele der Centralmächte sei ihm nie zweifelhaft gewesen und dem sofortigen Anschluß Rumäniens an den Zweibund hätte dann die Größe des Gewinnes entsprochen. Die größte Gefahr für das Land sei die Unentschlossenheit der Regierung, die morgen mit den Centralmächten gehen kann, ohne daß sich eine Stimme dagegen erheben werde.

Die Furcht vor Rußland sei ein Bopanz, den die Regierung aufblase, um sich dahinter zu verstecken, und der Gegensatz zu Ungarn bestehe seit vierzig Jahren. Mit der sinnlosen Betonung dieses Gegensatzes werde die Rumänenfrage in Transilvanien nicht gelöst, und die Ungarn werden auch nicht weinen, wenn wir Bessarabien nicht nehmen.

Das Verhältnis zu Bulgarien würde sich bei dem Anschluß Rumäniens an die Centralmächte automatisch klären. Rumänien habe ein vergrößertes Bulgarien zu fürchten, während es selbst in den alten Grenzen bleibe. Aber ein Rumänien, verstärkt durch die Einverleibung Bessarabiens, kann frei und ungefährlich neben einem vergrößerten Bulgarien leben und sich mit ihm gemeinsam an die gleichen großen Mächte anlehnen.

## Rücktritt der portugiesischen Regierung.

Lissabon, 12. April.

Nach einer Meldung der Blätter hat Ministerpräsident Almeida das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts überreicht.

Der innere Verfall Portugals schreitet rasch fort. Der Bürgerkrieg lebt wieder auf, der Aufruhr in einzelnen Provinzen nimmt an Umfang zu und die Gärung in der Landarmee, die sich gegen jede Teilnahme am Kriege auflehnt, konnte trotz der mannigfachen Versuche der Regierung nicht aus der Welt geschafft werden. Wahrlich, die Jakobinerrepublik hat den Boden für eine Invasion der Engländer gut vorbereitet. Der Rücktritt des Kabinetts erfolgte, weil die Gegensätze zwischen Almeida und seinem Finanzminister Costa, dessen Partei übrigens zweimal Almeida aus dem Leben schaffen wollte, sich von Tag zu Tag mehr zuspitzten. So ist es in Lissabon eine öffentlich bekannte Tatsache, daß die berühmte Proklamation des Kriegsministers, daß Portugal „wegen Verteidigung seiner Integrität und seiner Freiheit zum Kriege gegen Deutschland gezwungen“ sei, ohne Wissen des Ministerrates, lediglich unter Mitwirkung des Präsidenten Machado und Costa entstanden ist, deren Liebedienerei England gegenüber keine Grenzen kennt und die eine Landung englischer Truppen herbeiführen, um ihre persönliche Politik ohne Rücksicht auf die Strömungen im Lande befolgen zu können.

Diese Jakobinerpolitik hat das Land in Brand gesetzt, dessen Nordprovinzen sich in hellem Aufruhr befinden, so daß sich die Regierung gezwungen sieht, unablässig Truppenverstärkungen zu entsenden. Überall sind Hungerrevolten, Plünderungen von Kaufläden, Zerstörung von Heimern an der Lagesordnung. Dazu kommt, daß das Volk die verschärften Mobilisierungsmaßnahmen mit flammender Empörung aufgenommen hat. Angesichts dieser zerrütteten inneren Zustände ist der Rücktritt des Kabinetts keine Ueberraschung.

## Berichte der feindlichen Generalstübe.

13. IV. 1916

Wien, 12. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

## Italien.

10. April. An der ganzen Front Artillerieaktion. Am Mrzli Brh näherten sich in der Nacht auf den 9. d. starke feindliche Abteilungen unsern Vintien und griffen dieselben mit schweren Bomben an. Darauf brachen die Unsrigen aus den Schützengräben hervor und warfen den Feind in wütendem Handgemenge zurück. Am Ssonzo beschloß die feindliche Artillerie die Station Cormons und die benachbarten Ortschaften, ohne Opfer an Menschenleben oder Sachschaden zu verursachen. In der vergangenen Nacht überflog ein eigener Lenkballon die Festungsgruppe von Niva und warf 40 Granaten auf die Festungswerke, die Bahnanlagen und die militärischen Objekte ab. Der Erfolg des Bombardements war sichtlich sehr bedeutend. Das Luftschiff wurde zwar von Scheinwerfern und Leuchttraketen entdeckt und beleuchtet und von Artillerie heftig beschossen, kehrte aber unverfehrt zurück.

## Rußland.

11. April. An der Dinafront stellenweise Artilleriekampf. In der Gegend des Brückenkopfes bei Verküll versuchten die Deutschen anzugreifen, aber erfolglos. Bei Dinaburg und weiter südlich im Seengebiete entwickelte die feindliche Artillerie abschnittsweise eine recht lebhafteste Tätigkeit. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

## Frankreich.

11. April, 11 Uhr abends. Auf der Nordfront nahm unsre Artillerie eine starke deutsche Kolonne, die sich auf der Straße Chemin des Dames bewegte, unter Feuer. Die wohlgezielten Schüsse brachten den Deutschen ernste Verluste auf der ganzen feindlichen Front.

Westlich der Maas ziemlich heftige Beschießung im Laufe des Tages auf unsrer Front zwischen dem Toten Mann und Cumtieres; keinerlei Infanterietätigkeit.

Ostlich der Maas warfen die Deutschen nach kräftigster Artillerievorbereitung, die durch reichlichen Gebrauch von Gasbomben und Tränen erzeugenden Geschossen unterstützt war, gegen 5 Uhr nachmittags einen starken Angriff gegen unsre Schützengräben zwischen Douaumont und Baug vor. Der Feind konnte in einigen vorgeschobenen Teilen unsrer Front Fuß fassen, wurde aber bald darauf durch einen Gegenangriff unsrer Truppen hinausgeworfen, wobei wir etwa 300 unverwundete Deutsche, darunter einen Offizier, gefangennahmen.

In der Woebre Artilleriekampf in den Abschnitten von Moulainville, Nonbaug und Chatillon.

Nordöstlich St.-Mihiel beschossen unsre weittragenden Kanonen erfolgreich einen Zug, der nördlich des Bahnhofes Haudicourt hielt.

Von der übrigen Front ist nichts Wichtiges zu melden.

Flugwesen: In der Nacht vom 10. auf den 11. warf eines unsrer Kampfgeschwader in zwei verschiedenen Angriffen 29 und 21 Bomben auf die Bahnhöfe von Mantillois und Bricailles. Dasselbe Geschwader belegte die Stellung eines weittragenden 38-Zentimeter-Geschützes mit Bomben.

## Belgischer Bericht.

Ziemlich schwache Artillerietätigkeit auf der Front der belgischen Armee.

**Der Bericht des französischen Generalstabes.**

Wien, 13. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Frankreich.**

12. April, 3 Uhr nachmittags. Auf dem linken Maasufer richteten die Deutschen morgens auf unsere Stellungen am Cauretteswald zwischen dem Toten Mann und Cumieres einen Angriff, wobei sie brennende Flüssigkeiten schleuderten. Der Feind wurde überall zurückgeschlagen.

Auf dem rechten Ufer starke Artillerietätigkeit zwischen Douaumont und Bauz. Der Feind erneuerte jedoch während der Nacht die Angriffsversuche nicht. Es bestätigt sich, daß die gestrige, sehr heftige Offensivtätigkeit, die um 4 Uhr nachmittags auf diesen Abschnitt gerichtet war und die wir überall zurückschlugen, dem Feind sehr beträchtliche Verluste kostete.

Die Nacht verlief auf dem übrigen Teil der Front verhältnismäßig ruhig.

11 Uhr nachts. In Belgien war unsere Artillerie in der Gegend von Langemard tätig. Zwischen der Somme und der Dije verschüttete unser Zerstörungsfeuer Gräben westlich Arvillers und in der Gegend von Rohe.

In den Argonnen liegen wir bei Fille-morte, Haute-Chevauchee und bei Bauquois vier Quetschminen aufzulegen. Nach einem Kampf mit Handgranaten besetzten wir die

Südränder zweier Trichter vor unsern Gräben im Abschnitt Courtes Chaussées.

Westlich der Maas heftige andauernde Beschießung bei der Höhe 304, in der Gegend von Esnes und in der Gegend des Toten Mannes.

Ostlich der Maas und der Woivre Artillerietätigkeit. Zu einem Vorgehen der Infanterie kam es im Laufe des Tages nicht.

**Belgischer Bericht.**

Auf der Front der belgischen Armee herrscht Ruhe.

**Einberufung des Jahrganges 1917 in  
Rumänien.**

Bukarest, 12. April.

Die Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf, betreffend die Einberufung des Jahrganges 1917 zum Waffendienst, und einen Gesetzentwurf über verschärfte Strafbestimmungen gegen den Schmuggel unterbreitet.

## Der Handel nach dem Kriege.

Erklärungen im englischen Oberhause anlässlich der Pariser Wirtschaftskonferenz.

A. Rotterdam, 12. April Der „Rotterdamische Courant“ meldet aus London: Im Oberhause sprach Lord Courtney gestern über die bevorstehende Wirtschaftskonferenz in Paris. Er wendete sich energisch dagegen, nach Beendigung des Krieges einen wirtschaftlichen Krieg zu beginnen. Gerade der Freihandel habe England ermöglicht, diesen Krieg fortzusetzen und andere Länder zu unterstützen. Der Freihandel allein werde den Wohlstand nach Friedensschluss wiederherstellen.

Lordpräsident des geheimen Rates Lord Crewe teilte mit, daß Frankreich die Konferenz in Vorschlag gebracht habe. Sie werde sich mit laufenden Angelegenheiten beschäftigen und auch über Fragen beraten, die nach dem Kriege zu berücksichtigen sein werden. Unter den laufenden Angelegenheiten sei zu verstehen: das Verbot, mit dem Feinde Handel zu treiben, und die Regelung der Ausfuhrverbotsfragen, um die Verluste der Alliierten soviel wie möglich einzuschränken. Zu den Fragen, die nach dem Kriege zu lösen sein werden, gehöre die Wiederherstellung des Handels zwischen den Alliierten und die Garantien für ihre zukünftige wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die Delegierten hätten den Auftrag, Augen und Ohren offen zu halten, die ihnen vorgelegten Probleme zu prüfen, aber keine Beschlüsse darüber zu fassen. Lord Crewe wendete sich gegen den Versuch, in die zukünftige Handelspolitik Wiedervergeltungs-ideen hineinzutragen, aber es werde, um größere Gefahren abzuwenden, vielleicht doch notwendig sein, in Deutschland keine Bestellung mehr zu machen.

### Ein neuer Gewaltakt der Entente. Besetzung der Insel Kephallonia.

Amsterdam, 11. April.

Das Reutersche Bureau verbreitet folgende Meldungen aus Athen:

Am 9. d. begaben sich der englische und der französische Gesandte zum Ministerpräsidenten Skuludis und teilten ihm mit, daß ihre Regierungen beabsichtigen, auf der Insel Kephallonia, namentlich auf der Reede von Argostoli, Truppen auszuschießen. Die Gesandten versicherten, daß den griechischen Hoheitsrechten Rechnung getragen werden solle, und eröffneten dem Ministerpräsidenten, daß zwingende Notwendigkeiten ihre Regierungen veranlaßten, die Reede von Argostoli zu sperren, wobei sie hinzufügten, daß Maßregeln ergriffen wurden, um den Verkehr auf der Reede mit möglichst geringen Schwierigkeiten aufrechtzuerhalten.

#### Der Protest des Ministerpräsidenten Skuludis.

Ministerpräsident Skuludis protestierte lebhaft und erklärte energisch, Griechenland müsse gegen eine neue Verletzung der Souveränität Einspruch erheben. Es folgte eine lebhafteste Auseinandersetzung.

Der englische Gesandte hatte eine Audienz beim König.

Am 10. d. veröffentlichten der englische und der französische Gesandte eine Mitteilung, daß die Errichtung eines Flottenstützpunktes in Argostoli nur zu Verteidigungszwecken vorgenommen worden sei und daß sie nicht den Charakter einer Besetzung trage.

#### Meldung über angebliche Besetzung weiterer griechischer Inseln durch die Entente.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 12. April.

Aus Amsterdam wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet:

Der englische und der französische Gesandte in Athen begaben sich gestern zum Ministerpräsidenten Skuludis und benachrichtigten ihn, daß ihre Regierungen sich genötigt sehen, verschiedene Punkte auf den Ionischen Inseln und im Ägäischen Meere, vielleicht auch auf Kreta, durch Truppen besetzen zu lassen und als Flottenbasis einzurichten. Griechenlands territoriale Integrität und Souveränität werde im übrigen respektiert werden.

Skuludis legte sofort Protest ein.

## Im Urteil des Gegners.

Der neue russische Kriegsminister über die  
Mittelmächte.

(Eigenbericht der „Reichspost“.)

Stockholm, 11. April.

Das Petersburger Blatt „Rjettich“ berichtet über den Empfang der russischen Journalisten bei dem neuen Kriegsminister Schuwajew, der dem Beispiel Sazonows und Chwostows folgend die Vertreter der Presse einlud und vor ihnen sein Programm entwickelte. Dem von der russischen Zensur stark abgekürzten Bericht entnehmen wir bezeichnende Äußerungen Schuwajews über die organisatorische Macht der Mittelmächte — eine Anerkennung, die von dem billigen Selbstlob und den abgeschmackten Worttraketen Sazonows stark absteht: „Die wichtigste Aufgabe ist gegenwärtig die Wiederverwendung unserer Invaliden. Während in Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Chirurgie wahre Wunder leistet und die Verwundeten in kürzester Zeit heil zur Front entläßt, hat unsere Medizin den gehegten Erwartungen nicht entsprochen. Das Betteln unserer Halbinvaliden, die die öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch nehmen, ist eine krankhafte Erscheinung, die nicht geduldet werden kann. Auch für sie, sofern sie nach dem ärztlichen Befund nicht wieder an der Front verwendet werden können, muß entsprechende Beschäftigung gefunden werden, auch sie müssen die Arbeit lieb gewinnen. Dasselbe gilt auch von Offizieren, namentlich von den leichtverwundeten, die, ehestens geheilt, wieder zur Front abgeschickt werden müssen. Unsere russische Industrie kann allerdings auf ganz gewaltige Leistungen zurückblicken, wir müssen jedoch, wie schmerzlich es auch sein mag, mit aller Entschiedenheit hervorheben, daß sie trotzdem den Bedürfnissen nicht gerecht wurde. Die Kriegsindustrie im feindlichen Lager weist einen Vorsprung auf, was uns zur um so größeren Kraftanspannung aneifern sollte. Deutschlands Kriegsindustrie stellt sämtliche kriegsführenden Staaten in Schatten. Es wäre ungerecht und eitel, wenn wir diesen Erfolg der Gegner nicht eingestehen wollten. Wir haben es mit ernsten Gegnern zu tun und müssen somit damit rechnen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine entscheidende Wendung, ein vernichtender Sieg nur dann einreten könnte, wenn wir uns der schwierigen Aufgabe vollends bewußt werden. Ich richte an die Herren die Bitte, von der bisher üblichen Unterschätzung des Feindes abzulassen, da er trotz starker Erschütterungen und Schläge bei weitem nicht erschöpft ist. Der Krieg kann noch lange dauern, nun heißt es für das ganze Reich, sich zusammenzutun und mit unseren mächtigen Alliierten den endgültigen Sieg zu erzwingen. Dem Verband der Städte und Semstwo, den kriegstechnischen Komitees stehen noch schwierige Aufgaben bevor, da kann der Kriegsminister nichts ausrichten, wenn nicht das ganze russische Volk den glorreichen Traditionen getreu wie eine geschlossene Phalanx mitwirkt und unseren Helden im Felde zum Siege verhilft.“

Diese Rede enthält eine ganz neue Note für Rußland.

## Die Friedensbedingungen des englischen Premierministers Asquith.

Antwort auf die Rede des deutschen Reichskanzlers.

Wien, 12. April.

Eine Verbindung ist hergestellt. Drahtlos, durch Luftwellen, die von Küste zu Küste, vom Feinde zum Feinde das gesprochene Wort tragen; durch Reden und Gegenreden und durch Heraustreten aus dem Geheimnisse in die Öffentlichkeit. Der Gedanke in den Friedensbedingungen des deutschen Reichskanzlers war, Rußland nach dem Osten zurückzuziehen, Europa durch einen Grenzwall vor den Störungen einer aus innerem Siechtum hervorbrechenden Eroberungsgier zu schützen und die geschichtlichen Völker, welche die großen Werke der Menschheit vollbringen, durch rauhe Eingriffe im Bestande nicht zu erschüttern. Der englische Premierminister hat in der Antwort nicht widersprochen. Von der Höhe angesehen, wo nur starke Gegensätze hervorspringen und die kleineren sich verflachen, werden breite Linien erkennbar, die zu einem gemeinsamen Scheitelpunkte führen. Herr v. Bethmann Hollweg will die Welt nicht umstürzen und Asquith nach seinem heutigen Be-

kenntnisse auch nicht. Die Politik, welche die Voraussetzung hat, daß England und Deutschland sich gegenseitig ausschließen, daß kein Raum auf der Erde für zwei solche Großmächte sei und daß eine zertreten werden müsse, ist vor dem ganzen britischen Volke fallen gelassen worden. Das Geständnis wurde abgelegt, daß die Einheit der deutschen Nation auch die Verbindung von drei Gehäufigkeiten, auch das Zusammenballen russischer, französischer und englischer Feindseligkeiten überleben werde. Die Einkreisung ist politisch, militärisch und wirtschaftlich durchbrochen und dieser Beginn der tieferen Erkenntnis von der Kraft der Mittelmächte hat für die Befreiung und Rettung der Menschheit beinahe den Wert einer Dunajeschlacht. Wer hat beim Festmahle zu Ehren der französischen Parlamentarier mit leisen Griffen die englische Politik nicht etwa umgestoßen, aber umgebogen? Die geschickteste parlamentarische Hand des britischen Reiches, der Premierminister Asquith. Dem alten Campbell-Bannerman sind die Fenster durch Steinwürfe zerschlagen worden, weil er die Grausamkeiten des Lord Kitchener gegen die Buren nicht ertragen konnte. Die Fenster von Asquith sind immer ganz geblieben. Er hat die Bitterung für die Wahlpolitik, die Fähigkeit, Mehrheiten zu bilden und zu erhalten, das Gehör für das, was der einfache Mann will. Der Krieg war für ihn politisches Auskunftsmitel, bloße Zweckmäßigkeit, Flucht aus inneren Krisen und der Friede würde für ihn wieder Auskunftsmitel, wieder Zweckmäßigkeit und vielleicht wieder Flucht aus inneren Krisen sein.

Einzelne heftige Worte in der Rede dürfen uns nicht beirren. Diomed und Ajax schelten auch, bevor sie auf dem Schlachtfelde die Waffen miteinander tauschen. Der Aufbau der Rede muß als Ganzes hingenommen werden. Der Reichskanzler hat Frankreich in seinen Friedensbedingungen nicht erwähnt. Der englische Premierminister schweigt über Rußland. Das sind keine Zufälle. Herr v. Bethmann Hollweg hat gezeigt, daß die deutsche Nation einen dauernden Frieden ohne Nebelwolken gegen Frankreich durchsetzen möchte. Asquith versichert, das englische Volk habe nie den Wunsch gehabt, Deutschland zu erdroffeln, sein nationales Leben zu zerstören und zu verstümmeln oder sich in die freie Ausübung seiner friedlichen Bestrebungen hineinzumischen. Erst jetzt ist König Eduard gestorben und erst jetzt legen sie ihn politisch ins Grab. Wenn ein englischer Premierminister vor französischen Parlamentariern in einem Trinkspruch auf den Präsidenten der Republik sagt, er habe Deutschland nie verstümmeln wollen, so streicht er Metz und Straßburg aus seinen Friedensbedingungen und teilt Europa mit, daß auch Frankreich nicht mehr auf das hoffen dürfe, was es eine Wiederherstellung seines Rechtes nennt. Asquith schweigt über Rußland, schweigt über die Erklärung des Herrn v. Bethmann Hollweg, daß die Polen, die Balten, die Litauer und die Letten nicht dem Despotismus ausgeliefert werden sollen. Eine Verwahrung des englischen Premierministers ist nicht gemeldet worden. Panflawismus und Revanche haben keine Stelle in seiner Rede gefunden, die Unversehrtheit von Rußland und die Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit Frankreich werden in seinen Friedensbedingungen nicht aufgezählt. Er versöhnt sich mit der europäischen Notwendigkeit, daß auch das deutsche Volk als nationaler Einheitsstaat seinen Platz unter den geschichtlichen Völkern einnehme und nicht zerstückelt werde. Die Angriffe auf Preußen in der Rede braucht Asquith vor den Geschworenen, vor dem Publikum, dem ganz andere Worte über das deutsche Volk im

Dyre klingen und das nicht so plötzlich aus den Zusammenhängen mit der Vergangenheit gerissen werden kann. Preußen ist mehr als die Hälfte von Deutschland und Asquith mit seinem Kopfe für Ziffern weiß es.

Das Tremende in den Reden des deutschen Reichskanzlers und des englischen Premierministers herauszufinden und die Verschiedenheiten in den Friedensbedingungen festzustellen, ist nicht schwer; aber wichtiger mag es sein, in den jetzigen bangen Augenblicken des europäischen Völkerlebens das Gemeinsame zu suchen. Beide haben sich bemüht, in starken Worten, in denen die Bitterkeiten des Krieges durchzittern, den Gegner zu fassen und die Schuld der Verlängerung des Krieges von sich abzuweisen. Denn auch der Premierminister Asquith hat den Vorwurf, daß er ein Feind des Friedens sei und den Krieg verlängern möchte, nicht hinnehmen wollen. Der Wortschatz der englischen Kriegspolitik fehlt in dem Trinksprache, die Erhöhung, der endgültige Sieg, das anmaßende Höhnen und Spotten. Durch den Wunsch, die Verantwortung für das Verschleppen des Krieges dem Feinde zuzuschieben, hat sich die Notwendigkeit ergeben, in den Friedensbedingungen die besonderen Empfindlichkeiten zu schonen und sich zur Politik der Mäßigung zu bekennen. Der Reichskanzler deutet an, daß nicht Frankreich, sondern Rußland die politischen Kosten des Krieges werde zu tragen haben. Asquith erklärt, England wolle kein Hindernis der friedlichen Bestrebungen von Deutschland sein. Das ist ein Meinungsaustrausch vor der Öffentlichkeit, gekleidet in einen Streit, wo einer zum andern spricht, die Umrisse der Friedensbedingungen sichtbar werden und die Ueberzeugung sich bildet, daß die großen Völker, nachdem sich die Leidenschaften ausgetobt haben werden, einer Zukunft von besserem Verständnisse entgegengehen dürften. Von den machtvollen Reichen, aus denen die Kultur hervorgegangen ist, wird der Krieg nichts zerstören, was ein Besitzstand der Menschheit ist, ein Teil ihres geistigen Reichthums, ein Werkzeug ihres Fortschrittes.

Die Beweggründe seiner Politik hat der englische Premierminister nicht verborgen. Der deutsche Reichskanzler hat als Sieger gesprochen und Asquith hat verlegen geantwortet, die Entente sei nicht besiegt. Die Verneinung ist zu wenig für die furchtbaren Anstrengungen des Krieges, für die Leiden und für den wirtschaftlichen und finanziellen Aufwand. Lippeln, nicht besiegt zu sein, ist beinahe das Bekenntnis, nicht Sieger werden zu können. Die Friedensbedingung des englischen Premierministers ist die unbeschränkte Selbständigkeit von Belgien ohne die vom Reichskanzler verlangten Bürgschaften gegen die Wiederholung der Umtriebe. Dieser Spalt ist noch nicht ausgefüllt; Belgien mit Bürgschaften und ohne Bürgschaften, diese Frage muß noch beantwortet werden. Aber das tiefste Geheimnis in der Politik des englischen Premierministers ist die Wirkung des militärischen Niederganges auf sämtlichen Kampfplätzen. Die Neujahrsschlacht in Ostgalizien, die Frühjahrsschlacht im russischen Seengebiete, der Lovcen, Serbien und Montenegro, die Schläge am Tsonzo und jetzt noch das Gewaltigste in der Kriegsgeschichte, der Zusammenstoß von zwei riesigen Volkshereen bei Verdun, solche Ereignisse müssen zur Wendung führen. Die Politik beginnt sich den militärischen Errungenschaften der Mittelmächte anzupassen, und im Kriege ist der Sieg die höchste Wahrheit. Asquith ist ein Schlauer, und tastend will er sie dem Volke und den Verbündeten mitteilen.

13. IV. 1916

P. Berlin, 12. April. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Rotterdam: Nach Mitteilungen von Seeleuten aus England eingetroffener, im Rotterdamer Hafen liegender Schiffe ist die Wirkung der jüngsten Zeppelinangriffe sehr viel schwerer gewesen, als von englischer Seite zugegeben wird. Leith, Hull, Sunderland, New Castle und Grimsby haben furchtbar gelitten.

In Leith verursachte ein Zeppelin Feuerbrünste, um bei deren Licht seinen Weg finden zu können, und griff dann die Hafenanlagen und den Bahnhof an. Besonders im Hafen wurde großer Schaden angerichtet. Unter anderem wurde ein englischer Biermaster so gut wie gänzlich zerstört. Auf dem Bahnhofe wurde ein Personenzug getroffen. Viele Reisende wurden getötet oder verwundet. Die große Spiritusfabrik in Leith wurde durch Feuer gänzlich vernichtet. Bei New Castle wurde die bekannte Lyncbrücke fast vollständig zerstört.

Ein Augenzeuge berichtete, daß durch die Angriffe der vorigen Woche besonders Grimsby schwer heimgesucht wurde. Am 3. April stürzten mehrere Häuser ein. Die Kaserne wurde in einen Schutthaufen verwandelt, wobei einige Hundert Soldaten getötet oder verwundet wurden. Hull wurde nur durch eine Bombe getroffen, die zwei Häuser vernichtete und vier Menschen tötete.

In Hull herrscht eine furchtbare Angst vor Zeppelin. Die meisten Einwohner bringen die Nacht außerhalb der Stadt in Bauernhäusern oder Landhäuschen zu. In der letzten Zeit seien an allen möglichen Orten französische Abwehrgeschütze mit französischen Offizieren und Mannschaften aufgestellt worden. Auch andere Vorsichtsmaßregeln würden in ganz England mit größter Strenge gehandhabt.

## Bayern für die Einheit der Partei.

Am 9. April fand in Nürnberg die vom Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Bayerns einberufene Landeskonferenz statt. Die Konferenz war besucht von 101 Vertretern aus allen Organisationen Bayerns, den bayrischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten, der Parteipresse und einem Vertreter des Parteivorstandes in Berlin. Zu den Vorkommissionen in der Reichstagsfraktion wurde folgender Antrag des Landesvorstandes angenommen:

In einer Zeit der größten Erschütterungen, die ein Volk nur je erlebt hat, machen unsere Parteigenossen schwere innere Kämpfe durch, wenn sie Entscheidungen zu treffen haben über den Weg, den die Partei einzuschlagen hat. Es ist natürlich, daß hierüber Meinungsverschiedenheiten entstehen können. Diese Erschütterungen unserer Gefühls- und Gedankenwelt dürfen in dieser Zeit der Wirren nicht außer acht gelassen werden, wenn wir nicht auf eine abschüssige Bahn kommen wollen. Von unserer Reichstagsfraktion ist das leider nicht genügend beachtet worden, sie hat uns ein schlechtes Beispiel von Kameradschaft und einheitlichem Handeln gegeben.

Nun werden Versuche gemacht, den Brand der Zwietracht auch in den Bau der sozialdemokratischen Organisation zu tragen und ihn zu schüren. Darum beauftragt die Landeskonferenz die verantwortlichen Stellen der bayrischen Partei, Vereins- und Gauvorstände sowie den Landesvorstand, aufmerksam darüber zu wachen, daß in Bayern etwaigen Versuchen, Sonderorganisationen zu schaffen, sofort und nachdrücklich entgegen-

gewirkt wird. Es ist die Pflicht der Parteipresse, in diesem Geiste zu wirken. Jeder einzelne Genosse hat die Aufgabe, dementsprechend zu handeln.

In der Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteierzürung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei.

Die Genossen, die hinausgegangen sind, um mit ihrem Blute die Sicherheit des Landes und ihrer Familien vor Gewalttat zu schützen, haben uns als kostbares Gut die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung hinterlassen. Die Kultur und die soziale Zukunft hängen davon ab, wie die Organisation der Arbeiterschaft die schwere Zeit übersteht. Es gilt, den Anfängen der Zersplitterung zu wehren. Höher als alle Rechthaberei muß die Einheit und Geschlossenheit der Partei stehen. Den Gegnern der Arbeiterklasse im Reiche und im Lande könnte nichts Erfreulicherer geboten werden als die Sprengung oder Zersplitterung oder auch nur die weitere Untergrabung der bisherigen Einheit der Arbeiterklasse.

Die Konferenz ersehnt einen Zustand der Welt, der die Wiederkehr der schweren Zeiten, unter denen Europa zu verbluten droht, unmöglich macht. Nur dann hat dieser Wunsch Aussicht auf Erfüllung, wenn die Sozialdemokratie stark und mächtig ist und einheitlich ihren Willen zum Ausdruck bringt.

Die Sozialdemokratie ersehnt den Frieden zum Heile unseres Volkes und im Streben nach baldiger Erfüllung der Forderungen des Proletariats.

Wenn der Krieg sein Ende gefunden haben wird, wird sich die Uebermacht des Kapitalismus in nie gesehener Schärfe zeigen und damit auch den streitenden Brüdern die Notwendigkeit der Einigung in voller Klarheit erkennen lassen.

Die Konferenz verpflichtet alle Parteigenossen und Genossinnen, duldsam gegen andersdenkende Genossen und Genossinnen, unausgesetzt und eifervoll für die Stärkung unserer Organisationen, für die Geschlossenheit unserer Reihen und gegen jeden Versuch der Gründung einer Sonderorganisation zu wirken.

Den Beschluß, der von der höchsten Sorge für die Partei zeugt, sollten sich die Genossen und Genossinnen allerorten zu Herzen nehmen.

## Das größere Belgien.

Von Dr. P. Dirr,

Mitglied des bayerischen Landtags, Hauptmann d. Landw. (Belgien).

1.

Die grundsätzliche Erklärung des Reichstanzlers über Deutschlands Stellung zur belgischen Frage wird gewissen Eroberungspolitikern in Le Havre und im sonstigen Auslande als ein deutliches Quos Ego in den Ohren klingen: Deutschland wird zu verhindern wissen, daß Belgien in Zukunft zu einem französisch-englischen Vasallenstaat gemacht wird und daß die Kräfte des Landes mißbraucht werden, um es zu einem militärischen Bollwerk gegen Deutschland auszugestalten! Diese klare Ansage kommt zur rechten Zeit für die politischen Planemacher der Entente und ihre belgischen Handlanger, die in der Tat Ziele verfolgen, wie der Reichstanzler sie kennzeichnete.

Vor kurzem hat in der Pariser Sorbonne eine große französisch-belgische Verbrüderung stattgefunden, unter Teilnahme von maßgebenden Politikern, Gelehrten, Industriellen, Kaufleuten beider Länder, unter dem Vorsitz des französischen Kammerpräsidenten Deschanel und unter Mitwirkung dreier belgischer Staatsminister, die dort Reden hielten. Baron Beyens, der belgische Minister des Aeußern, gab der Hoffnung Ausdruck, daß Belgien nach dem Kriege seinen Platz an der Sonne bekommen werde, besser und größer als es ihn früher hatte. Allerdings vermied er, ebenso wie seine Kollegen, der Justizminister Carton de Wiart und der sozialistische Staatsminister Vandervelde, das Wie dieser Forderung im einzelnen darzulegen. Das eine ging jedoch aus ihren Reden mit Sicherheit hervor, daß sie die Neutralitätsgrundlagen des belgischen Staatswesens ein für allemal über Bord geworfen haben und bereit sind, ihr Land in Zukunft vollends der Entente Cordiale zu überliefern, in der Hauptsache in der Form eines wirtschaftlichen und politischen Bundes mit Frankreich.

Der Standpunkt, daß das belgische Heer einzig und allein gegen die Verletzung und für die Befreiung des belgischen Gebietes kämpfe, ist von der Regierung in Le Havre aufgegeben; sie will ihr Land und seine Kräfte in vollem Umfang einsetzen für die gemeinsamen Kriegsziele der Gegner Deutschlands!

Schon im Oktober 1915 faßte der belgische Ministerrat mit Mehrheit den Beschluß, die Neutralitätsverträge von 1839 förmlich für erloschen anzusehen.

Die nächste Folge hätte eigentlich naturgemäß der Beitritt Belgiens zum Londoner Vertrag der Alliierten sein müssen, der jeden Sonderfrieden ausschließt. Aus teilweise recht indiskreten Auslassungen belgischer Politiker wissen wir, daß insbesondere der Ministerpräsident Baron de Broqueville und sein Gesinnungsgenosse, der Justizminister Carton de Wiart, sowie der im Januar neu ins Kabinett eingetretene Staatsminister und Bevollmächtigte in London, Paul Hymans, mit allen Mitteln diesen Beitritt betrieben und daß es darüber zu ernststen Meinungsverschiedenheiten im Ministerium von Le Havre kam, die sich auch in weitere Kreise fortpflanzten. Vor allem erhoben vlämische Führer, auch solche, die sonst ganz auf Seite der Regierung von Le Havre und der Entente stehen, wie Frans van Cauwelaert in Amsterdam, gegen diese gewagte Politik nachdrücklich Einspruch. Im Zusammenhang damit stand wohl auch die auffallende Tatsache, daß der Landwirtschaftsminister Helleputte, ein Blame, zeitweilig aus dem Kabinett austrat, das anfangs Januar durch so ausgesprochene Franzosenfreunde wie Paul Hymans, Goblet d'Alviella und Vandervelde erweitert wurde und in welches ungefähr zu gleicher Zeit auch der frühere Gesandte in Berlin, Baron Beyens, als Minister des Auswärtigen eintrat.

In verschiedenen in Belgien erscheinenden Zeitungen und in holländischen Blättern machte sich die vlämische Gegnerschaft gegen die Preisgabe der Neutralität, gegen den Anschluß an den Londoner Vertrag, überhaupt gegen die dauernde Bindung Belgiens an die Entente und gegen gewisse, in Le Havre immer stärker hervortretende Pläne eines größeren Belgiens lebhaft geltend.

Die stammesbewußten Vlamen sind sich darüber klar, daß ein zukünftiger enger Bund mit der Entente, mit Frankreich, auf die Dauer zum Untergang des niederländischen Volkstums in Belgien führen müßte, gleichzeitig auch zu einer unerträglichen Schädigung der wirtschaftlichen Wohlfahrt des Vlamenlandes, das mit seinem Antwerpener Hafen eines möglichst regen Verkehrs mit den Rheinlanden, mit Deutschland, nicht entbehren kann. Sie nehmen daher die Worte des Reichstanzlers, daß Deutschland die weitere Verwelschung der Vlamen nicht zulassen könne, mit Genugtuung als eine Bürgschaft für ihre Zukunft auf.

Baron Beyens, der gewandte Diplomat, war dazu beufen, die solchermaßen ausgebrochenen Gegensätze möglichst zu überbrücken und die belgische Einigkeit wenigstens äußerlich wiederherzustellen. Er tat es, indem er im Februar den unstößigen, offiziellen Beitritt zum Londoner Abkommen durch die bekannte Garantieerklärung der Verbandsmächte ersetzen ließ. So blieb für Belgien wenigstens der äußeren Form nach eine gewisse Handlungsfreiheit gewahrt. Den Begnern der Regierungspolitik wurde der Boden für ihre Beschwerden zum Teil entzogen und doch auch den Anprüchern der Alliierten einigermaßen Genüge geleistet, die einen starken Druck auf die Regierung in Le Havre ausübten, um deren Beitritt zum Londoner Abkommen herbeizuführen. Französische und englische Blätter faßten denn auch die Erklärung der Mächte und die Entgegennahme dieser Erklärung durch Belgien als einen verhüllten Beitritt dieses Landes zum Londoner Vertrag auf.

### Dem „Krieg nach dem Kriege“.

Ueber die **Aussagen** der Lords Courtney und Crewe im englischen Oberhaus (siehe Nr. 190 von gestern Morgen) liegt jetzt eine ausführlichere „Wolff-Meldung“ vor, die besagt:

London, 11. April. Lord Courtney erklärte im Oberhaus, Runcimans Erklärung im Unterhause, daß der deutsche Handel nach dem Kriege nie wieder sein Haupt erheben dürfe wie vorher, müsse in Verbindung mit der Unfindigung der Pariser Konferenz nicht nur in England Besorgnis erwecken, sondern auch in Deutschland sehr unglücklich wirken. Die Deutschen müßten durch die Erklärung aufgereizt werden, daß auf den militärischen Krieg ein Handelskrieg folge und daß ein neuer Aufschwung von Handel und Industrie in Deutschland im Keime erstickt werden müßte. Lord Courtney erörterte sodann die Schwierigkeiten einer Schutzollpolitik für England und Indien und fuhr fort: Asquith sagt, Belgien müsse seine alte Unabhängigkeit wiedererlangen. Aber das alte Belgien kann nicht wieder erstehen, wenn Deutschland nicht wirtschaftlich gedeiht. Antwerpen und Rotterdam sind geographische Vorposten von Deutschland und von ihm abhängig, und wenn man Deutschland niederhalten will, so muß man auch Antwerpen und Rotterdam niederhalten. Lord Crewe erwiderte, Lord Courtney gebe sich offenbar Täuschungen hin über die Verhältnisse in Deutschland, als ob eine Partei in Deutschland zu einem sofortigen Frieden bereit wäre, dessen Bedingungen die Verbündeten annehmen könnten; die Aeußerungen über die Vernichtung des preußischen Militarismus und die Vernichtung Deutschlands seien vielfach mißverstanden worden. Was habe Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht getan, daß die Leute hier und in Frankreich entschlossen seien, Deutschland späterhin nicht die Macht zu lassen, seine frühere Tätigkeit wiederaufzunehmen? Deutschland habe die Ausdehnung seines Handels und politische Ränke mit einer Kühnheit und einem Erfolge verbunden, für die es in der Vergangenheit keinen Vergleich gebe. Wenn Lord Courtney den deutschen Unternehmungsgest von dem deutschen Militarismus, den Charakter des deutschen Volkes von den Ansprüchen des deutschen Generalstabes zu trennen versucht habe, so habe er etwas Unmögliches versucht. Man könne diese militärischen Ansprüche, die die Welt in Brand gesteckt haben, von der all-

gemeinen Angriffsstufe Deutschlands auf der ganzen Welt nicht trennen. Das Bild, das Lord Courtney von Deutschland entworfen habe, wonach es dort zwei Nationen gebe, die eine, für jede Art von Angriff gedrißt und bereit, die andere voller friedlicher Absichten und nur bestrebt, die deutsche Zivilisation in der ganzen Welt auszubreiten, worin sie auch bestehe, das sei ein Bild, dem man nicht Glauben schenken könne. Das Gift sei zu tief in den ganzen Körper des deutschen Volkes eingedrungen. Der Gedanke, daß der Handelsverkehr nach dem Kriege genau auf der früheren Grundlage wieder beginnen könnte, sei nicht zu verwirklichen.

14. IV. 1916

**Im März 207.000 Tonnen versenkt.**

Berlin, 13. April.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Im Monat März wurden feindliche Handelsschiffe mit rund 207.000 Bruttoregistertonnen durch deutsche Unterseeboote versenkt oder sind durch Minen verloren gegangen.

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

**Wien, 13. April.** Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

11. April. Im Frontstück zwischen Gtisch- und Suganatal eröffnete der Feind das Feuer mit neuer, sehr wirksamer Artillerie, wurde aber von unsern Batterien heftig bekämpft. Das wohlgezielte Feuer unsrer Artillerie rief große Brände in der Nähe von Calceranica (Caldonazzosee) hervor und verursachte am Fort von Luserna (oberes Usticotal) schweren Schaden. Am Isonzo herrschte auch gestern lebhafte Artillerietätigkeit längs der ganzen Front, speziell auf den Höhen nordwestlich von Görz. Am Karstplateau wurden feindliche Kolonnen, die in der Richtung auf Oppacchiasella und Sudilog vorrückten, beschossen. In der Nacht auf den 10. d. warfen feindliche Hydropläne 11 Bomben auf Grado ab. Opfer an Menschenleben sind nicht zu verzeichnen, der angerichtete Schaden ist unbedeutend.

**Rußland.**

12. April. An der Düna und südlich von Dünaburg stellenweise Infanterie- und Artilleriefeuer. Die feindliche Artillerie beschuß gestern in der Gegend des Brückenkopfes von Nerfüll mehrere Unterkünfte. Bei Ruzyn (40 Kilometer südwestlich von Pinsk)

hatten freiwillige Erkundungsabteilungen von uns einige für uns erfolgreiche Zusammenstöße mit deutschen Patrouillen. Nördlich und südlich des Bahnhofes von Olyka machte der Feind Versuche, an unsere Gräben heranzukommen und sich vor ihnen einzugraben; wir wiesen ihn zurück.

### Unterredung mit Carp.

Der nach Rumänien entsandte Sonderberichterstatler des „Berliner Tageblatt“ Dr. Leo Lederer berichtet: Peter Carp, der ehemalige Ministerpräsident, ist der Senior unter den Staatsmännern Rumäniens. Nach kurzen Jahren der Ruhe steht er in diesen schweren Zeiten des Krieges, die unausweichlich auch Rumäniens Schicksal mit entscheiden werden, wieder im heißen Streit der Meinungen und Parteien. Aber die Autorität seiner geschichtlichen Größe gibt ihm eine Sonderstellung, die sonst kein Politiker Rumäniens kennt. Und so ist es für mich von ganz besonderem Wert gewesen, die politischen Anschauungen Peter Carps in einer längeren Unterhaltung mit diesem Staatsmann unmittelbar kennen zu lernen.

„In politisches Programm,“ sagt mir der ehemalige Ministerpräsident, „ist von der ersten Stunde dieses Krieges an immer das gleiche gewesen: Anschluß Rumäniens an die Centralmächte. Aus der Notwendigkeit geboren, Rumänien vor der Abhängigkeit von Rußland zu bewahren, hat es Schwankungen nicht unterliegen können. Die wirtschaftliche und politische Unterjochung der Staaten am Schwarzen Meer ist die selbstverständliche Folge des russischen Dranges nach den Dardanellen, denn ohne den Besitz wenigstens eines Streifens der Moldau kann sich Rußland in Konstantinopel nicht halten. Darum muß sich Rumänien an die Seite jener Mächte stellen, die den Kampf mit Rußland aufgenommen haben.“

„Und wann wird nach Ihrer Ansicht, Erzellenz, der Zeitpunkt für ein

aktives Eingreifen Rumäniens kommen?“

„Fragen Sie mich lieber, ob ich diesen Augenblick nicht bald für versäumt halte. Rumänien hätte sich, in folgerichtiger Fortsetzung seiner jahrzehntelangen Politik, den Centralmächten sofort bei Ausbruch des Weltkrieges anschließen müssen, und da es das versäumt hat, in jedem andern Zeitpunkt, besser heute als morgen.“

„Auch damals, Erzellenz, als die Russen in den Karpathen standen?“

„Damals ganz besonders. Der Endsieg der Centralmächte ist mir nie zweifelhaft gewesen, und damals hätte Rumänien mit ganz besonderem Erfolg eingreifen können, mit einem Erfolg, dessen Größe dann auch unser Gewinn entsprochen hätte. Denn wir dürfen uns doch nicht einbilden, daß man uns in dieser kühl rechnerischen Welt etwas geben wird, das wir uns nicht ehrlich verdient haben. Die größte Befürchtung, die ich hege, ist die, daß wir uns zu spät entschließen könnten, und die größte Gefahr für Rumänien ist die Unentschlossenheit seiner Regierung. Ich verstehe auch, daß man Transsylvanien und die Bukowina verlangen kann. Ich habe meinen Gegnern gesagt: „Wenn ihr glaubt, Transsylvanien und die Bukowina gewinnen zu können, schön, geht hin und nehmt es. Aber daß man gar nichts tut, da steht und wartet, daß einem die gebratenen Tauben in den Mund geflogen kommen, das ist eine Politik, die ich nicht verstehe.“

„Vielleicht hindern das Mißtrauen gegen Bulgarien, der Gegensatz zu Ungarn, die geheime Furcht des Landes vor Rußland die Regierung an einem Zusammengehen mit den Centralmächten.“

Peter Carp, der jahrelang Rumänien geleitet hat, lächelt.

„Glauben Sie doch nicht, daß die verschiedenen Stimmungen, die Sie hier sehen, eine öffentliche Meinung des Landes bilden. Wenn die Regierung will, kann sie morgen mit den Centralmächten gehen, und nicht eine Stimme wird sich gegen sie erheben. Auch ohne Belagerungszustand. Die Furcht vor Rußland ist ein Popanz, den die Regierung selbst aufgeblasen hat, um sich hinter ihm zu verstecken. Und den Gegensatz zu Ungarn haben wir seit vierzig Jahren. Mit einem sinnlosen Betonen dieses Gegensatzes werden wir die Rumänenfrage in Transsylvanien auch nicht lösen. Wenn wir in dieser Frage etwas machen wollen, können wir es auch nur tun, wenn wir durch die Eingverleibung Bessarabiens ein gewisses Gewicht gewonnen haben. Das ist der Grund, warum Oesterreich-Ungarn nicht einmal ein so weitgehendes Interesse an unserm Eintritt in den Weltkrieg hat. Ich habe keine politische Reise nach Wien unternommen, aber das eine habe ich bei meinen Unterhaltungen in Wien doch gemerkt, daß die Ungarn auch nicht weinen werden, wenn wir Bessarabien nicht nehmen. Und unser Verhältnis zu Bulgarien wird sich durch unsern Anschluß an die Centralmächte automatisch klären. Wir haben ein vergrößertes Bulgarien zu fürchten, wenn wir selbst nach diesem Weltkrieg in unsern alten, engen Grenzen bleiben. Aber ein Rumänien, das sich durch die Eingverleibung Bessarabiens verstärkt hat, kann frei und ungefährdet neben dem vergrößerten Bulgarien leben, abgesehen davon, daß es sich mit ihm gemeinsam an die gleichen großen Mächte anlehnt.“

„Und wann wird die Regierung wieder den Weg an die Seite dieser Mächte finden?“

„Vielleicht zu spät — vielleicht bis die Verhältnisse sie zwingen.“

14. IV. 1916

**Anfragen des Papstes bei den Regierungen  
der Kriegführenden.**

**Anlässlich der Reden Bethmann Hollwegs  
und Asquiths.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Köln, 13. April.

Der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge bemerkt „Tijd“ im Anschlusse an ihre Meldung, daß der Papst Schritte erwäge, um auf diplomatischem Wege gewisse Fragen zu stellen anlässlich der Reden Bethmann Hollwegs und Asquiths, daß dies nichts anderes bedeuten könne, als daß in den Reden der beiden führenden Staatsmänner eine Grundlage für etwaige Friedensverhandlungen zu finden sei; es seien in der That bedeutende übereinstimmende Punkte in beiden Reden zu finden.

14. IV. 1916

**Die englische Note über die Verhaftung Deutscher,  
Österreicher und Türken für Amerika nicht zu-  
friedenstellend.**

Berlin, 13. April.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in Newyork  
meldet aus Washington durch Funkpruch:  
Staatssekretär Lansing teilt mit, daß Eng-  
lands Note über die Fortführung von 38 Öster-  
reichern, Deutschen und Türken von Bord des  
Amerikadampfers „China“ die Angelegenheit nicht zur  
Zufriedenheit der Vereinigten Staaten  
erledige.

## Die Rede Asquiths.

### Äußerungen des Grafen Andrássy.

Budapest, 13. April. (Tel. des „Fremden-Blatt“.)

Graf Julius Andrássy äußerte sich einem Mitarbeiter des „Magyar Hirlap“ gegenüber über die Rede des englischen Ministerpräsidenten Asquith in folgender Weise: Viele Leute betrachten die Rede des englischen Premiers als Stimmungswechsel und als ein Aufkommen von Friedensgedanken. Ich gestehe es offen ein, ich traue mich nicht, ein solcher Optimist zu sein, ich sehe nur das Bestreben in der Rede, die Gefühle Englands in gefälligere Form zu bringen. Auch darin erblicke ich schon ein Ergebnis, und es ist ein gutes Zeichen, wenn der englische Ministerpräsident gezwungen ist, die zynischen Ziele Englands versteckt bekannt zu geben. Er ist gezwungen, die kriegerische Stimmung durch falsche Deutungen und Phrasen aufrechtzuerhalten. Er muß aufrecht erhalten, was nicht mehr Kriegsziel des Landes sein

kann. Asquith ist der größte Lügner des englischen Parlaments und verfügt über die Fähigkeit, die Stimmung zu fühlen. Ich sehe, daß er namentlich vor den französischen Gästen neue Formeln für den alten Inhalt sucht. Ich wenigstens sehe keine bedeutenden Veränderungen, ich kann seine Erklärungen nicht als bedeutenden Wandel auffassen. Wenn er erklärt hat, daß es sich nicht um eine Vernichtung Deutschlands handle, sondern bloß um eine Vernichtung Preußens, so ist es ja ganz klar, daß man Preußen und Deutschland nicht von einander trennen kann. Auch die Äußerung kann ich nicht beruhigend finden, wenn er sagte, er wolle nicht die deutsche Nation selbst ausrotten, er wolle nicht die Deutschen an ihrer friedlichen Arbeit hindern, er wünsche nicht, daß das Deutsche Reich vom Erdboden verschwinde, sondern er wolle bloß jenes Uebergewicht der Deutschen vernichten, durch das sie bisher immer den Frieden Europas gefährdet haben. Asquiths Rede hat leider nicht die Ueberzeugung hervorgerufen, daß er bereits geneigt sei, über den Frieden zu unterhandeln. Leider muß ich auch heute noch glauben, daß ein Ende des Krieges bloß unsere weiteren Siege und unsere fortgesetzte Anspannung aller Kräfte bringen können.

\* (Wachmann und Mode.) Die Nachricht, daß einem Postzeierlaß zufolge in München jedem Schutzmann das Recht zusteht, Damen, die seiner Meinung nach zu auffällig gekleidet sind, anzuhalten und zur Wache zu bringen und daß bereits ein Opfer dieser Schulle zu verzeichnen ist, wird überall peinliches Aufsehen erregen. Man möchte wünschen, daß es sich um eine Lächerlichkeitsnachricht handelt, obschon es Präzedenzfälle aus verwandten Gebieten gibt. Man erinnert sich an den „Wachmann als öffentlichen Sittenrichter“, dem das Recht zustand, jedes ihm unpassend scheinende Bild aus dem Schaufenster entfernen zu lassen. Psychologen und Juristen ist das „Gesetz der Serie“ gar wohl bekannt, es sollte auch, da es epidemisch ist, von Ärzten genauer studiert werden. Wie liegt also der jüngste Fall? Man beobachtete — nicht nur in München — den Kriegzeiten gar nicht angepaßte Modedressen beim weiblichen Geschlecht. Folge: Empörung. Berechtigte Empörung in allen Lagern der Vernünftigen. In diesen Zeiten der Trauer, des Dranges zur Sparsamkeit, der welterschütternden Ereignisse wirkt alle Auffälligkeit in der Kleidung aufreizend. Zugegeben. Aber das ist eine rein private Angelegenheit. So lange die Behörden nicht dafür sorgen können, daß alle Menschen Einsicht und Gemüt haben und zu einem ethischen Geist erzogen werden, muß es ihnen versagt sein, in diese Sphären des öffentlich Bezugs einzugreifen. Es ist leicht einzusehen, daß es nie zu einem solchen Ergebnis kommen kann, denn es gibt Gebiete der menschlichen Verantwortlichkeit, die, obwohl sie sich in der Öffentlichkeit begeben, die Öffentlichkeit nur insofern betreffen, als ein Mensch für sich allein nicht zu bestehen vermag. Und dann gibt es zum Verzeihen immer noch ein Pendent. Die verrückteste Kleidung, die den meisten Menschen ein Grenel ist, wird immer irgendwo ein korrespondierendes Mitglied finden. So lange die Aufsichtsorgane nicht peinlichst über das von den Behörden Verbote wachen, wie z. B. über die Einhaltung des Spudverbotes in Straßenbahn- und Stellwagen oder über das durch Vorschriften geregelte Verbot des Staubaufwirbelns, kann gar keine Rede davon sein, daß sie auf private Geschmacksrichtungen Einfluß nehmen. Das ist ein unter allen Umständen festzuhaltenes Prinzip. Wahrscheinlich würde die Dame, die vom Münchner Schutzmann zur Wache gebracht worden ist, auch unser Empfinden verletzt haben, aber man hat es hinzunehmen und seine Unnahbarkeit dagegen auszuspielen. Wenn wir uns nicht täuschen, sind Wachleute dazu da, die öffentliche Sicherheit, die glatte Abwicklung des Verkehrs etc. zu überwachen, keinesfalls aber, um seiner Gesinnung öffentlich fühlbaren Ausdruck zu geben. Uns Wiener hat nur einmal die öffentliche gesunde Vernunft verlassen. Das war, als behördlicherseits eine Zensur über öffentlich ausgestellte Reproduktionen alter oder lebender Meister verfügt werden sollte. Wir wollen diese Zeiten nie wieder beschwören sehen. Aber dieser Erlaß der Münchner Behörde ist ein Un Ding. Denn es könnte sehr leicht geschehen, daß auch einmal (oder öfters) eine anständige Dame das Opfer des Urteils eines Wachmannes über die Schicklichkeit in der Mode wird. Er brauchte sich ja nur vor der Wendelasse eines Theaters oder eines anderen Vergnügungsortes aufzustellen. München hat bisher die Freiheit des Einzelnen hochgehalten. Sollte es nun anders werden? Der Beifall des übelgesinnten Auslandes wäre ihm sicher.

## Kriegsrat und Friedenswille.

Die Gegner hielten bekanntlich vor vierzehn Tagen in Paris großen Rat, an dem alle maßgebenden Leute des großen Bundes teilnahmen, also die, von denen die Entscheidungen abhängen und ausgehen. Kann man nun vernünftigerweise glauben, die Asquith und Grey, die Briand und die Salandra und Sonnino seien zwei Tage beisammen gewesen und haben von allem und jedem, nur just vom Frieden nicht gesprochen? Wenn fünf Bürger zusammenkommen, in welchem Lande immer, werden sie vor allem davon sprechen, ob der Friede in Sicht komme, ob er möglich sei und wie er möglich gemacht werden könne. Und nur die Menschen, die die Last der Verantwortung vor allen trifft, die werden sich des Nachdenkens über die Möglichkeiten des Friedens entbunden fühlen, die werden auch in der innersten, geheimsten Beratung an den Frieden nicht denken, vom Frieden nicht sprechen, das Ende des Krieges nicht erwägen! Natürlich, genau so wird es gewesen sein, daß die Entente-Minister, als sie zusammentraten, feierlich beschlossen haben: Vom Frieden darf nicht geredet werden! Gerade sie, denen der Krieg auf den Fingern brennt und die vor der Gefahr stehen, er werde sie bald ganz versengen! Die Herren Minister sind wohl darauf aus, die anderen zu foppen, aber sich selbst zu foppen wird ihnen doch nicht beifallen. Wenn sie nämlich öffentlich erzählen, sie seien des Endsieges gewiß, es könne gar nicht fehlen, daß die Entente schließlich siegen werde und die Gegner zu Kreuz kriechen werden müssen, so hat das natürlich seinen Zweck, den nämlich, den Unmut der Völker zu beschwichtigen und sie für das weitere Aushalten und Durchhalten gefügig zu machen. Aber sie wissen doch wieder zu gut, wie es in Wirklichkeit um den Krieg steht, um selbst daran zu glauben, was sie den Völkern vorkabeln; und sie werden sich hüten, einander, wenn sie im stillen Kammerlein ratschlagen, mit den Lügen zu regalieren, die man für die Völker bereithält. Jawohl, in den gewissen Zeitungen steht

überall zu lesen, an einen Frieden sei ohne die vollständige Besiegung der Feinde nicht zu denken, und die anderen gewissen Zeitungen phantastieren dann pünktlich von dem „unerschütterlichen Kriegswillen“ der Gegner, der jede Friedensmöglichkeit ausschliesse und das berühmte Durchhalten zur wohl traurigen, aber unabwendbaren Pflicht mache. Meint man aber, ein Minister glaube das, was in den Zeitungen steht? Die Regierungen sollen es glauben, die doch allzu genau wissen, wie im Kriege die sogenannte öffentliche Meinung zustande kommt und auf welchem Wege jener „unerschütterliche Kriegswille“ hergestellt und dargestellt wird? Die Herren Asquith, Briand und Salandra wissen schon, wie die Stimmung in ihren Ländern ist, wie ihre Völker über diesen nutzlosen Krieg denken, wie allgemein die Sehnsucht nach dem Frieden ist. Wohl vermögen sie es zu hindern, daß sich diese Friedenssehnsucht kundgebe, daß die Empörung über ihr Treiben laut wird; aber daß es so sei, wie sie es den anderen glauben machen wollen und glauben machen müssen, das bilden sie sich natürlich nicht ein. . . . Alles in allem genommen, wir sind davon durchdrungen, daß der Pariser „Kriegsrat“, der der Öffentlichkeit versichert hat, es sei sein „unerschütterlicher Wille, den Kampf bis zum Siege der gemeinsamen Sache fortzuführen“, durch die zwei Tage seiner Beratungen hindurch mehr über den Frieden als über den Krieg nachgedacht hat. Es ist dort wohl eher festgestellt worden, daß der Friede nötig, als daß die Fortsetzung des Krieges möglich sei.

Das muß man sich vor Augen halten, wenn man die Zwiesprache zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem englischen Ersten Minister, wenn man insbesondere die Rede Asquiths richtig würdigen will. Bisher stand, wenigstens dem äußeren Anschein nach, die Sache so, daß die Gegner an der Notwendigkeit, den Krieg fortzusetzen, deshalb festhielten, weil die Kriegslage für sie ungünstig stand, weil sie einen Friedensschluß als Nichtsiegler oder als Besiegte als eine gefährliche und bedenkliche Sache erachteten. Die Hoffnung war dabei wohl schon lange nicht, daß es möglich sein werde, die Kriegslage ernstlich und durchgreifend zu ändern; aber man bildete sich in England immer noch ein, die Zentralmächte erschöpfen zu können, sie durch die Länge des Krieges dazu zu zwingen, sich nicht als die Sieger zu fühlen. England will keinen Frieden, das war so etwa der Schluß aus diesen Tatsachen. Kann das auch heute noch behauptet werden? Asquith hat ganz bestimmt auch im Namen Frankreichs gesprochen, und auch Italien wird heute wissen, wie es um seinen Krieg steht. Demonstriert man nun den „unerschütterlichen Willen, den Kampf bis zum Siege fortzuführen“, indem man alle Annervisionsabsichten feierlich abschwört, sie, die man sonst großmäulig an die Spitze gestellt hat, mit den stärksten Worten verleugnet? Was die Abschwörung herbeigeführt hat, ist dabei gleichgiltig; wir sind schon davon überzeugt, daß an der edlen Großherzigkeit, die nun jeden Zoll deutscher Erde zu achten sich bereit erklärt, die militärischen Ergebnisse des Krieges ihren sicheren Anteil haben werden. Aber dessenungeachtet steht es fest, daß die Westmächte, was immer ihre Kriegsziele einmal gewesen sein mögen, nun auf Eroberungen verzichten, das heißt daß sie die Kriegslage als ein Hindernis von Friedensverhandlungen nicht betrachten. Man braucht sich nur jene gewissen Zeitungen in Deutschland (und auch ihre Ableger und Nachhänger hierzulande) anzusehen, denen nämlich der Gedanke, es könnte mit dem Kriege einmal zu Ende sein, anscheinend der unerträglichste ist, und erkennt schon, wie den Kriegshexern diese Wendung in der Sinnesart der Gegner peinlich ist. Denn ihr Ideal ist eben der Vernichtungskrieg; sie möchten den Weltbrand so lange wüten lassen, bis die Gegner gedemütigt am Boden liegen und der Friede ihnen einfach diktiert werden kann. Es ist die Geistesauffassung der englischen Selbstsucht, die da ins Bewußtsein des deutschen Volkes eingeschleppt werden soll. Aber die Rede des deutschen Reichskanzlers zeigt doch deutlich, daß derlei schändliche Absichten, deren Verwirklichung in Europa die Kriegsgefahr dauernd heimlich machen würde, den Krieg nicht verlängern werden. Wenn es die Gegner aufgeben, von der Fortführung des Krieges das Wunder der „Wendung“ zu erwarten, so ist die Bahn für Vergleich und Ausgleich frei geworden.

Die Zentralmächte haben sich in dem furchtbaren schweren Ringen behauptet und ein Friede, der von ihrem Erfolg ausgeht, kann ihren Interessen nur förderlich sein. Kein Mehr des Erfolges, wie immer es beschaffen sein mag, weder in militärischer noch in diplomatischer Hinsicht, vermöchte auch nur einen einzigen Tag der Fortsetzung des Krieges, die nicht mehr notwendig ist, auszuwiegen oder zu rechtfertigen. Wenn die Gegner wollen, sagte der Reichskanzler schon im Dezember, kann sofort Friede gemacht werden. Nun scheinen sie zu wollen; und so muß sich der Wille zum Frieden nun überall erweisen. Das wahre Ziel des Krieges, ob Verteidigung oder Eroberung sein Vorsatz war, wird jetzt entschleiert und bekräftigt werden.

## Reise Baron Burians nach Berlin.

Besprechungen zwischen den beiden Reichs-  
kanzlern.

Wien, 13. April.

Amtlich wird verlautbart:

Minister des Aeußern Baron Burian  
begibt sich heute abend zu Besprechungen mit  
dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg  
nach Berlin.

## Belgien und Deutschland.

Das „alte Belgien“ vom Gedeihen Deutschlands abhängig.

London, 12. April. (Oberhaus. Ausführliche Meldung.) Lord Courtney sagte, Runciman's Erklärung im Unterhause, daß der deutsche Handel nach dem Kriege nie wieder sein Haupterheben dürfe wie vorher, müsse in Verbindung mit der Ankündigung der Pariser Konferenz in England Besorgnis erwecken und in Deutschland sehr unglücklich wirken. Die Deutschen müßten durch die Erklärung aufgereizt werden, daß auf den militärischen Krieg ein Handelskrieg folgen werde und daß ein neuer Aufschwung von Handel und Industrie in Deutschland im Keime erstickt werden müßte.

Redner erörterte die Schwierigkeiten der Schutzollpolitik für England und Indien und fuhr fort. Asquith sagte, Belgien müsse seine frühere Unabhängigkeit wiedererlangen. Aber das alte Belgien kann nicht wiedererstehen, wenn Deutschland nicht wirtschaftlich gedeiht. Antwerpen und Rotterdam sind geographisch Vorposten Deutschlands und von ihm abhängig. Wenn man Deutschland niederhalten will, muß man auch Antwerpen und Rotterdam niederhalten.

### Lord Crewe über den „deutschen Militarismus“.

Lord Crewe erwiderte, Courtney mache sich offenbar Illusionen über die Verhältnisse Deutschlands, als ob eine Partei in Deutschland zu einem sofortigen Frieden bereit sei, dessen Bedingungen den Verbündeten annehmbar wären. Die Aeußerungen über die Vernichtung des preussischen Militarismus und die Vernichtung Deutschlands seien vielfach mißverstanden worden. Was tat Deutschland in kommerzieller Hinsicht, daß die Leute hier und in Frankreich entschlossen seien, Deutschland späterhin nicht die Macht zu lassen, seine frühere Tätigkeit wieder aufzunehmen? Deutschland habe kommerzielle Expansion und politische Intrige Kühn und erfolgreich kombiniert, wofür es in der Vergangenheit keine Parallele gebe. Wenn Lord Courtney den deutschen Unternehmungsgeist von dem deutschen Militarismus, den Charakter des deutschen Volkes von den Ambitionen des Generalstabes zu trennen suchte, so versuchte er Unmögliches. Man könne die militärischen Ambitionen, welche die Welt in Brand gesteckt haben, von der allgemeinen Angriffslust Deutschlands in der ganzen Welt nicht trennen. Dem Bilde Deutschlands, das Courtney entwarf, wonach es dort zwei Nationen gebe: eine, für jede Art von Angriff gedrillt und bereit, die andere voll friedlicher Absichten und nur bestrebt, die deutsche Zivilisation in der ganzen Welt auszubreiten, worin sie auch bestehe — diesem Bilde könne man nicht glauben. Das Gift sei zu tief in den ganzen Körper des deutschen Volkes eingedrungen. Die Idee sei nicht zu verwirklichen, daß der Handelsverkehr nach dem Kriege genau auf der früheren Basis wiederbeginnen könnte.

### Eine belgische Stimme gegen den Vorschlag der englischen Handelskammern.

Rotterdam, 13. April. Der „Rotterdamische Courant“ berichtet: Der Kongreß der englischen Handelskammern sprach, wie erinnerlich, seinerzeit den Wunsch aus, daß nach dem Kriege von Schiffen der Länder, mit denen England jetzt Krieg führt, für das Anlaufen englischer Häfen eine Gebühr erhoben werden soll. Die in England erscheinende „Independance Belge“ meldet dazu, daß dieser Vorschlag auf dem Kongreß der Handelskammern sämtlicher Ententestaaten beraten werden soll. Das Blatt erklärt sich gegen eine solche Maßregel. England sei zwar vielleicht stark genug, um die Folgen zu tragen, Belgien sei es aber sicher nicht. Belgien dürfte die Freiheit seiner Häfen in keiner Weise beschränken. Besonders Antwerpen müsse als Ausfuhrhafen möglichst viele Schifffahrtslinien an sich ziehen. Belgien habe die ausländische Schifffahrt für die Einfuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr seiner Erzeugnisse nötig.

**\* Die internationale Notwendigkeit.** In der Monatsversammlung des Industriellenklubs am 13. d. sprach Hofrat Lammasch über „Kulturgemeinschaft, Weltwirtschaft und Völkerrecht nach dem Kriege“. Der Vortragende führte aus: Aus dem teilweisen Versagen des Krieges darf man nicht auf ein Versagen des Völkerrechtes überhaupt schließen. Manche Aufgaben, die alle Staaten auf ähnlicher Kulturstufe zu erfüllen haben, sind für alle die gleichen und können von ihnen am besten durch gemeinsame Aktion gelöst werden; manche können sogar nur durch ihr Zusammenwirken erfüllt werden, so die Abwehr der die Menschheit im ganzen bedrohenden Gefahren der Einschleppung von Seuchen oder des internationalen Verbrechens. Dazu sind die internationalen Sanitätskommissionen und die Auslieferungsverträge zwischen den Staaten notwendig. Trotz allem, was gegenwärtig die Staaten trennt, werden sich ideale und materielle Kräfte vereinigen, um dieses zur Lösung der Kulturaufgaben unentbehrliche Zusammenwirken der Staaten von einer gewissen ähnlichen Kulturhöhe wiederherzustellen. Dahin zielen zunächst die Wissenschaften, in denen die Ingenieure der verschiedenen Nationen einander ergänzen müssen. Deutsche Abstraktionskraft hat auf manchen Gebieten vollendet, was englische Industrien begonnen hatten. Auch die Künste fördern diese Gemeinsamkeit des Empfindens der Nationen, wie die in ihrer Grundlage gemeinsamen Religionen und Konfessionen auch das Ihrige dazu beitragen werden, die jetzt einander bekämpfenden Völker wieder zusammenzuführen. Aber auch materielle wirtschaftliche Tendenzen führen zu demselben Ziele. So glücklich wir auch darüber sind, daß wir durch vorübergehende Abschließung vom Weltverkehr nicht erschöpft werden können, so ist diese Abschließung doch gewiß kein idealer, kein normaler Zustand. Sie ist Kriegszustand, Ausnahmezustand, unter dem alle Nationen, unsere Gegner eingeschlossen, leiden. Der „geschlossene Handelsstaat“ mit seiner spartanischen Abkehr vom Ausland ist kein Ziel, dem die moderne Menschheit nachstreben kann. Aber auch die Spaltung Europas in zwei einander wirtschaftlich bekämpfende, sich boykottierende Gruppen ist auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Bündnisse sind noch stets vergänglich gewesen. Aber selbst wenn es möglich wäre, den unmittelbaren Verkehr zwischen diesen zwei Gruppen zu unterbinden, auf dem Umweg über die Neutralen wird er sich Bahn brechen. Die Fabriken, denen der direkte Export verwehrt ist, werden in neutralen Ländern verschleierte Filialen errichten, um ihn von dort aus zu betreiben. Kapitalien werden aus der einen Gruppe in die andere auf dem Wege über neutrale Aktiengesellschaften einströmen. Am meisten wird der technische Fortschritt leiden. Jede Erfindung, jede Verbesserung einer Produktionsmethode wird wie ein militärisches Geheimnis gehütet werden, damit sie nicht der feindlichen Gruppe zu Nutzen komme. Nach und nach kommen auch schon besonnenere Stimmen zum Worte. Wirtschaftliche Probleme können nicht nach politischen Stimmungen und Verstimnungen gelöst werden, eher müssen sich die politischen Neigungen und Abneigungen den wirtschaftlichen Erwägungen unterordnen. Politik vergeht, Wirtschaft besteht. Darum keine vorschnellen Beschlüsse! Trotz aller „Haggefänge“ wird der wirtschaftliche Verkehr zwischen den Staaten, wird die Weltwirtschaft wieder aufleben. Die Verträge, die suspendiert oder aufgehoben waren, werden wieder hergestellt werden; neue werden geschlossen werden. Die Brüsseler Zuckerkonvention und die Berner Arbeiterschuttkonvention weisen den Weg. Insbesondere die notwendigen Reformen des Arbeiterschutzes, der Sozialversicherung können nur von allen in Betracht kommenden Staaten gleichzeitig und gleichmäßig durchgeführt werden. Ein einzelner würde sich durch sie konkurrenzunfähig machen. Der Geist ausgleichender Gerechtigkeit, wie er in der Brot- und der Zuckerkarte, den Maximaltarifen und in anderen Maßregeln des Staatssozialismus im Kriege zur Entfaltung gekommen ist, wird solche Zugeständnisse an die breiten Volksschichten überall mit Ungestüm fordern. Nur auf dem Wege völkerrechtlicher Vereinbarung aber kann dies ohne schweren Schaden für die Staatswirtschaft geschehen. Das Beispiel dieser angeführten Konventionen wird noch auf manchen anderen Gebieten Nachahmung finden. Überall wird sich zeigen, daß nur durch Vereinigung der Kräfte Europa seine Stellung neben Amerika und Asien behaupten könne.

## Ein Vertrauensvotum für Salandra.

Der Kampf um die Privatbeamten. — Hilfe-  
rufe von der Adria und aus den Alpen.

Zürich, 14. April.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Deputiertenkammer gelangte der Antrag des sozialistischen Deputierten Merloni zur Verhandlung, welcher zugunsten der Privatbeamten, deren Stellung der Krieg gefährde, Bürgschaften durch Schaffung schiedsgerichtlicher Aemter auf gesetzlichem Wege oder durch eine königliche Verfügung verlangt.

Minister Cavasola sprach sich gegen den Antrag aus, weil eine derartige Maßnahme nicht im Verfügungswege durchführbar sei und weil der diesbezügliche Gesetzesentwurf nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Tagung erörtert werden solle.

Dep. Merloni erklärte sich wegen der Dringlichkeit der Angelegenheit von der Antwort des Ministers nicht befriedigt und forderte, daß wenigstens bei den Handelskammern, wie es in Mailand bereits tatsächlich geschehen sei, schiedsrichterliche Kommissionen eingesetzt werden. Er verlangte schließlich die namentliche Abstimmung über seinen Antrag. — Der Reformsozialist Dep. Cabrini billigte den Antrag Merlonis und erklärte, die Regierung habe kein Recht, daran die politische Vertrauensfrage zu knüpfen. — Dep. Giretti (radikal) versuchte, die Frage zugunsten des Standpunktes der Regierung zu drehen, wobei es zu stürmischen Szenen kam. Der Präsident mußte mit der Unterbrechung der Sitzung drohen, um die Ordnung einigermaßen wiederherzustellen. — Der Reformsozialist Dep. Canepa beklagte sich neuerlich darüber, daß Ministerpräsident Salandra einen übermäßigen Gebrauch von der Vertrauensfrage mache und eine solche mißbräuchlicherweise selbst dann stelle, wenn es sich um geringfügige Angelegenheiten handle. Ministerpräsident Salandra wirkte mit seiner Haltung der Eintracht des Volkes entgegen. — Dep. Schanzer (Anhänger Giolittis) erklärte, daß die Regierung von der Kammer nicht gut zu Maßnahmen auf dem Verfügungswege gedrängt werden könne, während bereits ein Gesetzesentwurf dem Parlamente vorliege. Da die Regierung die Vertrauensfrage stelle und somit die allgemeinen Interessen des Staates mit dieser Angelegenheit verbinde, werde er gegen den Antrag Merloni stimmen. — Der radikale Deputierte Gasparotto und der republikanische Deputierte Ghiesia kündigten an, daß sie für den Antrag Merloni stimmen werden. — Der radikale Deputierte Alessio erklärte namens seiner engeren

Parteisreunde, daß sie den Standpunkt des Deputierten Schanzer teilen. — Der „Merikale“ Deputierte Cameroni versicherte, daß er für den schwergeprüften und ungeschützten Stand der Privatbeamten warmes Interesse hege, und ersuchte die Regierung, die von Merloni gewünschten Maßnahmen zu treffen.

Ministerpräsident Salandra gab sachlich die gleiche Erklärung ab wie Minister Cavasola und fügte hinzu, daß trotz der Dringlichkeit der Angelegenheit er nicht einmal einen bestimmten Tag für die Verhandlung des der Kammer vorliegenden Gesetzesentwurfes angeben könne. Die Regierung könne sich natürlich von der Kammer keineswegs vorschreiben lassen, ob, wann oder wie sie eine Sache durch eine Verfügung regeln solle. Darum stelle er ausdrücklich die Vertrauensfrage, denn die Regierung müsse ihre Autorität immer mehr zu erhöhen suchen.

Vor der namentlichen Abstimmung verließen 80 Deputierte den Saal. Der Führer der interventionistischen Gruppen, Bissolati, gab seine Stimme für den Antrag Merloni, also gegen die Regierung ab. Als Cameroni gegen den Antrag Merloni stimmte, wurde ihm von allen (?) Seiten zugerufen: „Schustel! Strohpuppen!“ — Cameroni entgegnete: „Schreit doch nicht so! Die Sache ist gut, aber Salandra hat mich überzeugt.“ — Die Abstimmung ergab schließlich 254 Stimmen gegen und 78 für den Antrag Merloni. Für den Antrag stimmten: Die offiziellen Sozialisten, die unabhängigen Sozialisten, die Reformsozialisten, die Republikaner, die Nationalisten, ein „Merikaler“, einige Radikale und vereinzelt Anhänger Giolittis.

Ministerpräsident Salandra beantragte schließlich die Abhaltung einer Vormittagsitzung zur Erledigung des Budgets des Wirtschaftsministeriums.

Dep. Baccetti aus Ancona erinnerte daran, daß seine Motion, welche mit Rücksicht auf die infolge des Krieges äußerst schwierige wirtschaftliche Lage der Bevölkerung der Alpengebiete und der Adriaküste dringende Maßnahmen zu ihrer Unterstützung verlange, noch verhandelt werden müsse.

Ministerpräsident Salandra erwiderte: Die Regierung ist gegen die Leiden der Bevölkerung der Adriaküste nicht gleichgültig. Die bezügliche Denkschrift der Antragsteller liegt dem Schatzminister mit meinen lebhaftesten Empfehlungen vor. Die Regierung kann aber weder morgen noch übermorgen den Antragstellern die erwünschte Antwort geben und hofft, daß sie zu dem guten Willen der Regierung Vertrauen haben.

**Bericht des französischen Generalstabes.**

Wien, 15. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Frankreich.**

14. April, 3 Uhr nachmittags. Auf dem linken Maasufer wurden während der Nacht die vordersten Linien westlich des Hügel 304 heftig beschossen. Auf dem rechten Ufer unternahmen die Deutschen gestern abend einen kleinen Angriff auf die Stellungen südlich von Douaumont, welcher resillos abgewiesen wurde. Die Nacht war, abgesehen von ziemlich lebhaftem Geschützfeuer südlich Haudremont, verhältnismäßig ruhig. In der Woëvre Artilleriekampf im Abschnitt Moulainville. An der übrigen Front fiel nichts von Bedeutung vor.

11 Uhr nachts. In den Argonnen waren unsere Batterien in der Gegend von Saint-Hubert tätig, wo deutsche Werke beschädigt wurden. Wir feuerten ferner auf die Straßen und die Annäherungsgräben des Feindes in der Gegend von Montfaucon und Malancourt.

Tätigkeit beider Artillerien tagsüber in der Gegend des Toten Mannes.

Westlich der Maas wurden unsere zweiten Linien beschossen. In der Woëvre kam es einigemal zu Trommelfeuer. Westlich Ponta-Mousson zerstreuten wir Transporte auf der Straße von Essey nach Nonfard. Von der übrigen Front ist kein Ereignis von Bedeutung zu melden.

## England und die Völker.

Vom Abgeordneten J. W. Dobernig.

Angeichts der ungeheuren Geschehnisse dieses Weltkrieges fragen wir immer nach dem Urheber und nach dem Warum. Wer hat das furchtbare Ringen der Völker, das kein Ende nehmen will, verschuldet, wer die unmeßbaren Opfer an Menschen und Gütern, und aus welchen Gründen hat er sich mit solcher Schuld belastet? Die politisch-wissenschaftliche Forschung gibt uns genügenden Aufschluß. Wir wissen es jetzt ganz genau, daß es nur in Englands Macht gelegen war, den Krieg zu verhüten, ebenso wie ihn rasch zu beenden. Auf diesen Hauptschuldigen muß immer hingewiesen werden, England trägt vor den Völkern, vor der Geschichte die Verantwortung für all das Elend, das der Weltkrieg über Europa gebracht hat.

Alexander v. Peez, der deutsche Forscher, den wir Oesterreicher den Unseren nennen dürfen, hat seinem 1909 erschienen Werk „England und der Kontinent“ folgenden Satz Kants vorangestellt: „Die englische Nation als Volk betrachtet, ist das unschätzbare Ganze von Menschen im Verhältnis untereinander, aber als Staat gegen fremde Staaten der verderblichste, gewaltsamste, herrschsüchtigste und kriegserregendste von allen.“ Die Wahrheit dieser im 18. Jahrhundert aufgestellten Behauptung des Königsberger Philosophen erleben wir in unseren Tagen. Aus der erwähnten Schrift des deutsch-österreichischen Politikers ist auf Grund untrüglicher Nachweise zu ersehen, wie es England verstanden hatte, den Balkan zu beunruhigen und in allen dortigen Staaten eine österreichfeindliche kriegsbeherische Stimmung zu erzeugen. Englische Einflüsse haben den türkischen Boykott gegen unsere Waren hervorgerufen, sie haben Serbien unterwühlt, Bulgarien und Rumänien gegen uns in Gang zu setzen versucht.

Als England erkannte, daß die Loslösung des Habsburger Reiches vom Bündnis mit Deutschland nicht zu erreichen sei, warf es sich mit allen Mitteln, dabei jedoch mit größter Vorsicht, auf die Aufgabe der Zurückführung Rußlands nach dem Balkan. Dadurch sollte unsere Monarchie in Schach gehalten, sollten ihre Kräfte gebunden werden, damit das Deutsche Reich in eine desto schwierigere Lage komme und leichter überwunden werden könne.

In noch viel größerem Maße lassen wir uns über die Gründe und Zusammenhänge der englischen Politik aus des gleichen Autors 1912 herausgegebenen umfangreichen Werke „Englands Vorherrschaft. Aus der Zeit der Kontinentalperre“ belehren. Vor hundert Jahren erfolgte der Zusammenbruch Napoleons, es war ihm nicht gelungen, den Staat, in dem er seinen Hauptfeind erblickte, zu brechen, im Gegenteil, auf den Trümmern der napoleonischen Herrschaft baute England seine Weltstellung auf. Die Kontinentalperre, durch die Englands Handel und Industrie getroffen werden sollten, war mißglückt. Heute aber wendet England den Plan Napoleons in Form der Aushungerungspolitik gegen die verbündeten Zentralmächte an. Er wird — dank der tiefgründigen Organisationskraft Deutschlands — sicher ebenso mißlingen.

Erhöhtes Verständnis für die Wandlungen der auswärtigen Politik wird in Zukunft von den Deutschen Oesterreichs verlangt werden müssen. Die damit zusammenhängenden Fragen dürfen kein Geheimnis einzelner Privilegierter bleiben, sie müssen in der Gesamtbevölkerung Verbreitung finden. Nur dadurch wird die besondere geschichtliche Sendung der Monarchie allgemein erfaßt, werden die Mittel zur Erfüllung derselben leichter geschaffen werden. Aus der Eroberung

## England und die Völker

Montenegros und Nordalbaniens sowie Serbiens erwachsen gerade unseren beiden Staaten überaus große, schwierige Aufgaben. Deshalb ist für uns nicht nur die sorgfältige Kenntnis des Bodens, den wir zu bewirtschaften, der Bewohner, die einer künftigen europäischen Friedensgemeinschaft zuzuführen sind, notwendig, sondern auch die Methode, welche unsere Gegner früher angewendet haben, um für sich Stimmung zu machen. Dabei tritt uns immer und überall wieder England in den Weg.

Es ist deshalb ein Verdienst, daß über die englische Politik eine allverständliche Aufklärung geboten wird. Das geschieht durch eine Schriftenreihe, die der Mitarbeiter unseres Alexander v. Peez, der unermüdliche Sammler Paul Dehn in Berlin, herausgibt. In einzelnen Heften wird das Verhältnis Englands zu den Vereinigten Staaten, Holland, Skandinavien, Italien, Spanien, Belgien und Frankreich dargestellt und der Beweis erbracht, daß England im Laufe der Jahrhunderte alle Völker, mit denen es in Berührung kam, geschädigt, bedrückt, vergewaltigt, betrogen hat, daß es in Verfolgung seiner eigensüchtigen Ziele vor keinem Mittel zurückgeschreckt ist. In der neuesten dieser Schriften ist beweiskräftig zusammengestellt, was England den Balkanstaaten angetan und wie es sie für seine Zwecke zu nutzen gesucht hat (England und die Balkanstaaten Griechenland, Rumänien, Bulgarien. Deutschnationale Buchhandlung, Hamburg 1916). Es lag stets im Ziele der englischen wie der russischen Politik, auf dem Balkan nicht starke selbständige Staaten emporkommen zu lassen, sondern nur eine möglichst ohnmächtige Kleinstaaterei zu dulden, um dabei die eigenen Interessen besser fördern zu können.

Durch die Geschichte Griechenlands zieht sich von den Unabhängigkeitskämpfen in den Zwanzigerjahren des vorigen Jahrhunderts an der englische Egoismus und die Abneigung Englands gegen die Völker, die sich durch Schiffahrt und Handel hervortun. England heuchelte gegen Griechenland immer Freundschaft, aber immer kam die Liebe den Griechen sehr teuer. Wir sind Zeugen, wie Griechenland jetzt unter der wohlwollenden Besetzung durch englische und französische Truppen leidet. Als korrekt neutraler Staat ist es den Launen seiner angeblichen Freunde völlig ausgeliefert. Jedoch wird auch für das Abenteuer von Saloniki die Stunde schlagen und Griechenland befreit aufatmen. Hoffentlich folgt es dann den aus seinem eigenen Volke kommenden Mahnungen zum Anschlusse an die Mittelmächte, mit denen vereint es erfolgreich die Seethrannei Englands und die russisch-slawische Gefahr für immer befeitigen kann.

Auch in der Geschichte Rumäniens hat England eine zweideutige Rolle gespielt. Peter Corp, der fast achtzigjährige Staatsmann, hat während dieses Krieges vor den englischen Lockungen nachdrücklichst gewarnt. Die gleichen Erfahrungen mußte Bulgarien machen. England war das Hindernis der Entwicklung eines größeren Bulgarenstaates beim Berliner Kongreß, England gebot den Bulgaren 1912 vor Konstantinopel Halt, daselbe England bot im vergangenen Jahre alles auf, um Bulgarien

auf seine Seite zu bringen. Serbien hatte bereits Bosnien, Dalmatien, Kroatien und Slawonien zugesagt erhalten, an Bulgarien versprach das mit Versprechungen stets freigebige England das serbische Makedonien. Rechtzeitig wurde in Bulgarien die englische Politik durchschaut und das halbamtliche Blatt „Narodni Prava“ traf den Nagel auf den Kopf, als es im Oktober 1915 schrieb: „Die Erkenntnis der Falschheit Englands verleiht dem bulgarischen Volke verdoppelten Mut und verdoppelte Kraft. Schon deshalb muß Bulgarien die Mittelmächte unterstützen, um die Zerstückelung Englands zu beschleunigen, das nur vom Blute fremder Völker lebt und das von jeher die heiligsten Rechte der Bulgaren vereitelt hat.“

Zu solcher Erkenntnis werden früher oder später wohl auch Rußland, Frankreich und Italien gelangen. Aber ohne Rücksicht darauf muß gesorgt werden, daß in den verbündeten Mittelstaaten Europas das wahre Gesicht Englands nie mehr verschleiert werde. Nicht nur sich selbst und seine Stärke, sondern auch den Gegnern richtig erkannt zu haben, schützt vor schmerzlichen Ueberraschungen.

### Der Friedenspapst.

Die Worte des holländischen „Lid“, welche ein Echo in der „Kölnischen Volkszeitung“ finden in der Hervorhebung der gemeinsamen Gedanken, die trotz allem Gegensatz in den Reden Bethmann-Hollwegs und Asquiths anklingen, lenken die Aufmerksamkeit auf Papst Benedikt XV., der in ständigem Ideenaustausch mit den führenden Staatsmännern der beiden kriegführenden Mächtegruppen steht. Aus maßgebenden vatikanischen Kreisen erfahren wir, daß der Papst allen Staatsmännern, mit denen er in Verkehr treten konnte, seine aktuellen Friedensvorschläge unterbreitete. Wenn der Papst auch über das Gespräch mit Asquith naturgemäß volles Stillschweigen bewahrt hat, so erscheint es doch den informierten Persönlichkeiten als höchst unwahrscheinlich, da Asquith dem Papst das Wort von einer nach seiner Ansicht noch fünfjährigen Fortdauer des Krieges ins Antlitz geschleudert habe. Viel mehr Wahrscheinlichkeit gewinnt die Auslegung, da zwischen dem Papst und Asquith wenigstens einige Punkte der Kriegslage und Friedensfrage zur Aussprache gelangten, die eine Morgenröte des Weltfriedens bedeuten könnten. Zielbewuter denn je ist der Papst bemut, seine Friedensvorschläge bei jenen Mächten zur Geltung zu bringen, mit denen er in diplomatischem Verkehr steht. Da Briand den Alerus in Frankreich gegen Verleumdungen in Schutz nahm, stellt nur den auern Ausdruck jener Fühlungnahme der französischen Republik mit dem Vatikan dar, welche zwar kein ehrliches, bindendes Abkommen, aber doch eine Art von Verständigung erreichen möchte. Da Italien die groe Buprozession in St. Peter, welche tatsächlich eine Friedenskundgebung war, und die unbedingt kriegsfeindlichen Demonstrationen für den 1. Mai gestatten mute, zeigt, wie weit hier die Geisterkrise bereits vorgeschritten ist. Es ist daher nicht zu verwundern, da die Schritte, die der Vatikan gegenwärtig für den Weltfrieden unternimmt, nicht allen als völlig ausichtslos und als ein bloes Bekenntnis idealer Friedensliebe erscheinen. Da sie ein praktisches Resultat zeitigen könnten, beweist auch die gehässige Stellung, welche der „Secolo“ und die anderen kriegsheyerischen Freimaurerblatter Italiens gegenüber den Meldungen einnehmen, welche über Verhandlungen des Papstes mit den führenden Männern des Bieverbandes in die Oeffentlichkeit gedrungen sind.

## Mißhandlung von Rumänen.

In Bojan durch die Russen.

Wien, 14. April.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Der folgende in den letzten Tagen eingelangte amtliche Bericht bildet ein neuerliches Dokument für das grausame Vorgehen der russischen Kulturebringer, namentlich gegen die rumänische Bevölkerung:

„Die russische Heeresleitung hat noch immer nicht aufgehört, die Bevölkerung des von russischen Soldaten okkupierten feindlichen Gebietes auf jede mögliche Weise zu drangsalieren und den unglaublichsten Mißhandlungen auszuweichen. Es ist bemerkenswert, daß in letzter Zeit wieder die rumänische Bevölkerung zum Opfer der russischen Quälgeister wurde. Erst in der vorigen Woche wurde die gesamte aus Rumänen bestehende Bevölkerung Bojans, eines Bukowinaer Ortes an der bessarabischen Grenze, der von 5000 Rumänen bewohnt ist, gewaltsam evakuiert. Schon im Sommer vergangenen Jahres wurden sämtliche Jüng-

linge und Männer Bojans zusammengetrieben und zu schweren Schanzarbeiten an der russisch-rumänischen Grenze verwendet. Jetzt wurden auch sämtliche Greise, Frauen und Kinder mit Bruchialgewalt aus ihren Häusern geschleppt und weggeführt. Vom vergangenen Sonntag bis zum Freitag wurden jedesmal um Mitternacht größere Partien der Bewohner von Kosaken auf Wagen gesetzt und nach dem Innern Rußlands weggeführt. Selbst Schwerverrannte wurden aus den Betten gezerrt und auf Wagen geworfen. Die Kinder wurden den Müttern entrissen und getrennt nach anderen Orten gebracht.

Alles Hab und Gut mußte die arme rumänische Bevölkerung zurücklassen. Das Vieh durften die Leute nicht mitnehmen. Sie mußten es zu Hause lassen. Nur für das Großvieh fanden sie Abnehmer bei der russischen Intendantz, die den Höchstpreis von 80 Rubeln für sehr große und fette Rinder im gewöhnlichen Werte von 1000 Kronen zahlte. Das kleinere Vieh, Schweine, Geflügel, mußte zurückbleiben und wurde von den russischen Soldaten ohne Bezahlung verbraucht. Die noch aus der Vorjahrsernte vollgefüllten Getreidespeicher der rumänischen Bauernbevölkerung wurden entweder verbrannt oder sie wurden für Kosakenpferde geöffnet, die die Vorräte verzehrten. Die so vernichteten Getreidemengen werden auf mehrere Millionen geschätzt.

Die Bauernbevölkerung, die ohnmächtig der Vernichtung ihrer Habe zusah, weigerte sich oft, Haus und Hof zu verlassen. Die Widerstrebenden wurden aber mit Nagaikeben so lange mißhandelt, bis sie sich wegführen ließen, oder sie wurden gewaltsam auf die Wagen geworfen. Das Geschrei und Weinen der mißhandelten Rumänen war kilometerweit hörbar. Nur um die Nachtzeit wurden diese Evakuierungen durchgeführt, damit nicht von der rumänischen Grenze aus, die nur einige Kilometer von Bojan entfernt ist, die Mißhandlung der rumänischen Bevölkerung beobachtet werde. Den Bitten vieler Frauen und Greise, statt nach Rußland nach Rumänien überführt zu werden, wurde keine Folge gegeben. Nur durch Bestechung der eskortierenden Kosaken gelang es einzelnen Bäuerinnen, nach Rumänien zu entkommen. Die Bezahlungen, die die russischen Soldaten als Bestechungsgeld verlangten, waren enorm. So mußte eine Bäuerin, die für ihre einzige Kuh 80 Rubel bekommen hatte, die Hälfte davon dem eskortierenden Soldaten als Bestechung zuweisen, damit er sie nicht weiter malträtieren und nach Rußland entführe.

Nach Aussagen der russischen Soldaten, die die Menge eskortierten, ist es feststehend, daß die gewaltsame, mit Mißhandlung verbundene Entferrnung der rumänischen Bevölkerung auf Befehl des russischen Armeekommandos vorgenommen wurde.“

**Berichte der feindlichen Generalstäbe.**

Wien, 14. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

**Italien.**

12. April. Im Ledrotale verbesserten wir durch methodische Angriffsoperationen unsere Stellungen nördlich des Bonalebaches zwischen dem Conceital und dem Gardasee. Mit der gewohnten wirksamen Artillerieunterstützung eroberte unsere Infanterie eine starke Linie von Schützengräben und Befestigungen längs der Südhänge des Monte Bari und der Cima d'Dro sowie auf den Felsen des Monte Sperone. Den feindlichen Besatzungen gelang es nach schweren Verlusten, sich zurückzuziehen. Doch nahmen wir ihnen etwa 20 Gefangene ab. Im Abschnitt zwischen Etich und Brenta am Ursprung des But, an der Fella und am Nionzo dauerte gestern die lebhafteste Artillerietätigkeit an. Wirksames Feuer unserer Geschütze verhinderte den Feind an der Wiederherstellung des Forts von Luserna (oberes Asticotal) und zerstörte das Materialdepot in S. Caterina und Uggowitz (Fellatal).

**Rußland.**

13. April. Nach Artillerievorbereitung versuchten die Deutschen, sich in dem Abschnitt des Brückenkopfes von Uerklüll zu nähern. Sie wurden durch unser Feuer zurückgewiesen. In den Gegenden von Jakobstadt und Düna burg Artilleriefeuer. Westlich vom Maroczsee beschöß der Feind am 12. April etwa um 6 Uhr abends heftig unsere Stellungen. Bald darauf ging er vom Dorfe Morzyce aus zuerst in kleinen Gruppen, dann in starken Kolonnen vor. Unsere Artillerie zerstreute die Deutschen, die sich in ihre Gräben zurückzogen.

## Die Zukunft der Türkei.

Zur Mittleren Konzerthausjaale hielt gestern abends der bekannte Publizist und Balkanschriftsteller Leopold Mandl vor einem großen Kreise von Zuhörern, unter denen man viele Politiker und Industrielle bemerkte, einen interessanten Vortrag über die Zukunft der Türkei. Der Vortragende führte aus:

Es war für viele in Europa bald nach Beginn des Weltkrieges eine große Überraschung, als an Stelle des alten Dreibundes mit Italien als Drittem ein anderer Dreibund sichtbar wurde: Das Bündnis der Zentralmächte mit der Türkei. Die Entente wollte dem Osmanischen Reiche die territoriale Integrität garantieren, wenn es während des ganzen Krieges neutral zu bleiben sich verpflichtete. In Konstantinopel schätzte man jedoch diese Offerte recht niedrig ein. Auch zu Beginn des Balkankrieges hatten ja alle Großmächte der Türkei die territoriale Unverletzbarkeit garantiert. Nach den Aeußerungen der russischen, englischen und französischen Staatsmänner sollte Deutschland durch den Weltkrieg zerstückelt, Oesterreich-Ungarn aber „in den Schmelztopf“ geworfen werden. Bei solchen Absichten konnte die Türkei auch über ihre Zukunft nach einer Niederlage der Zentralmächte nicht im unklaren sein und so trat sie im Oktober 1914 an die Seite Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, ihr Schicksal mit dem der beiden mitteleuropäischen Mächte verbindend. Wollte die Türkei politisch, finanziell und wirtschaftlich nach langem Siechtum wieder erstarben, so mußte sie in erster Reihe unbefränkter Souverän im eigenen Lande sein. Sie mußte eine Lage schaffen, die sie auch nach dem Kriege widerstandsfähig gegen alle Einflüsse der Weltpolitik, ihrer größten Bedränger, Englands und Rußlands, machte.

In der Folge verzeichnete man mit Genugtuung den zähen, vielmonatlichen Widerstand, den die türkische Armee unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen dem an Zahl überlegenen russischen Heere im Kaukasus und in Armenien entgegensetzte. Der Sieg von Mesiphon, wo der englische General Townshend erst aufs Haupt geschlagen und dann bei Kut-el-Amara eingeschlossen wurde, während eine Ersatzarmee unter General Ahmker bei Scheikh Oman zweimal zurückgeworfen ward, fand besonders in England einen starken Widerhall. Die Genugtuung über die durch die Türkei entfaltete militärische Kraft steigerte sich aber bei uns bis zur Bewunderung, als die türkischen Soldaten und Offiziere, geführt von ihren hervorragenden deutschen Strategen und unterstützt von österreichisch-ungarischer schwerer Artillerie, einer Viertelmillion Franzosen und Engländer in den Dardanellen eine vernichtende Niederlage bereiteten. Solche Kraftleistungen der türkischen Heere in der Ära Sultan Mohammed V. unter der Führung des genialen Organisators General Enver Pascha lieferten den vollen Beweis für die unermüdete Lebenskraft der modernen Türkei. Der Vortragende entrollt ein anschauliches Bild sämtlicher türkischer Provinzen in geographischer, ethnographischer und wirtschaftlicher Beziehung und fährt dann fort: Alle diese kurz geschilderten Provinzen stehen bis heute mit-

einander noch immer nicht in einer durch Eisenbahnen bewirkten Verbindung. Alle steden tief in Naturalwirtschaft, deren Beseitigung durch das von der Masse der Mohammedaner streng beachtete Korangebot, keine Zinsen zu nehmen und daher auch kein Geld auf Zinsen anzulegen, sehr erschwert wird. So präsentiert sich die heutige Türkei als ein Agrarstaat, der über ungeheure Flächen Anbaulandes verfügt, ohne bisher des Uebelwollens der europäischen Mächte in der Lage zu sein, seine großen im Boden ruhenden Reichtümer auszunutzen zu können. Eine Folge dieses Zustandes ist die ständig steigende passive Handelsbilanz der Türkei und der dadurch überall zutage tretende Geldmangel. In der Ära des Sultans Abdul Hamid haben Rußland und die Westmächte diesen Zustand reichlich für ihre Politik und ihren Vorteil ausgenutzt. Sie haben dabei sich gegen jedes Projekt ablehnend verhalten, durch das der Türkei die Möglichkeit einer Wiedererstarbung geboten worden wäre. Eine Aenderung in diesem System trat erst teilweise ein, als Deutschland durch die großartige Entfaltung seiner Industrie und den stürzenden Widerstand Englands auf dem Gebiete der Kolonialpolitik in die Bahn der Weltpolitik gedrängt wurde. Diese neue Epoche in der deutschen Politik fiel mit dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelm II. zusammen. Bald nach seiner Thronbesteigung war der deutsche Kaiser im Jahre 1888 der Gast Sultan Abdul Hamids. Als Frucht dieser Orientreise brachte er dem deutschen Volke die Bewilligung zum Bane der Kleinasiatischen Eisenbahn mit. Diese wird anfangs, entsprechend den türkischen Staatsinteressen, bis Angora gebaut. Von dort sollte sie durch das östliche Kleinasien nach Sibirien ziehen und den Euphrat erreichen. Aber Rußland widersetzte sich diesem Projekt. Es wollte keine Bahn dulden, welche für die Verteilung Armeniens eine strategische Bahn gewesen wäre. So blieb die Bahn bis Angora eine Sackbahn, die Verbindung mit dem Euphratlande mußte durch Südkleinasien und Nordsyrien gesucht werden. Dieses Projekt aber beunruhigte wieder England. Die Schwierigkeiten, die dadurch entstanden, wurden von Kaiser Wilhelm II. anlässlich seiner zweiten Anwesenheit in Konstantinopel überwunden. Am Grabe des ritterlichen Sultans Saladin in Damaskus, als im geistigen Mittelpunkt der arabischen Welt, hielt damals Kaiser Wilhelm II. jene epochenmachende Rede, in der er sagte: „Mögen die 300 Millionen Mohammedaner die Versicherung entgegennehmen, daß der deutsche Kaiser immer ihr Freund bleiben wird.“ Ein genialer diplomatischer Schachzug lag dieser Rede zugrunde. Sie schmeichelte der Denkungsart des mißtrauischen Abdul Hamid, dieses Tyrannen, der den Wächterfall seines Reiches durch Erbrosselung der Menschenrechte der Mohammedaner anzuklagen hoffte; sie verkündete aber gleichzeitig diesen, ja allen Bekennern des Islams, daß der deutsche Kaiser in Abdul Hamid nur die Verkörperung der ihnen allen tauren Kalifatsidee ehre. Auf diese Ansprache hat sich Kaiser Wilhelm im Jahre 1908 anbrüchlich berufen, als er dem jungtürkischen Volkshelden in Berlin beim ersten Empfange versicherte, daß seine Gefinnungen gegenüber der mohammedanischen Welt immer die gleichen geblieben seien. Die Damaskus-Rede des Kaisers weckte in Deutschland sofort einen großartigen Widerhall. Auf allen Universitäten wurden von nun an die Beziehungen zum Islam und den mohammedanischen Ländern eifriger gepflegt. Bis dahin war die öffentliche Meinung Deutschlands im Banne der englischen, die Reformfähigkeit des Islams leugnenden Anschauung gestanden. Von nun an aber vermittelte die überall einsehende orientalische Forschung der deutschen Nation vom Islam ein anderes, richtigeres Bild. Man erkannte die große Kultur- und Zivilisationsepöche des siebenten bis fünfzehnten Jahrhunderts im Morgenlande als eine der gleichzeitigen europäischen Kultur und Zivilisation überlegene und fand schließlich die Gründe für den Niedergang der orientalischen Kulturen und ihrer staatlichen Schöpfungen. Als Synthese dieser aus den verschiedensten Gebieten der Islamforschung hervorgegangenen Feststellungen ergab sich dann nicht nur die überzeugte Bejahung der Reformfähigkeit der Türkei, sondern auch deren Wichtigkeit für die deutsche Politik. Dies war bereits die allgemeine Ueberzeugung in Deutschland, als die jungtürkische Revolution das despotische System Abdul Hamids stürzte und die entfesselte gesunde islamitische Volkskraft mit Hilfe der Ideen der französischen Revolution den Osmanenstaat erneuern wollte. An Stelle des despotischen Staates Abdul Hamids, der ein asiatischer Staat in Europa war, soll ein europäischer Staat in Asien aufgerichtet werden. So richtig dieses Ziel war, so irrig war der Glaube, daß durch Ausschöpfung französischer

## Die Zukunft der Türkei

Revolutionsideen auf einen alten orientalischen Staat eine widerstandsfähige Staatsform zustande kommen könne. Die rauche Wirklichkeit modifizierte bald diese verfehlte Methode. Die Wucht der Ereignisse der Jahre 1908—1914 befreite die moderne Türkei von der unfruchtbaren Liquidation prestigeschädigender Fragen aus hamidischer Zeit. Diese Situation hatte schon im Jahre 1893 General von der Goltz herbeigewünscht. Die Jungtürken konnten sich nun der grundlegenden Reform ihres Staates widmen. Sie konnten an die Schaffung eines europäischen Staates in Asien, eines islamitischen Verfassungsstaates mit Anerkennung der Rechte der Andersgläubigen, aber unter der Regide des Kalifats schreiten. Die Kalifatsidee selbst konnte vertieft werden, die intellektuelle Organisation des gesamten über die Erde verbreiteten Islams in Angriff genommen werden. In diesem Geiste wird die Türkei nach dem Kriege ihre Reformen auf dem Gebiete der Staatswirtschaft, der Schule, der Agrikultur und des Verkehrs durchführen. Sie wird dabei der Hilfe ihrer Freunde in Europa, Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, nicht entzogen werden. Auch nach dem Kriege wird sie bei ihnen die beste Stütze gegen die germürbenden Operationen der englisch-russischen Weltpolitik finden. Denn das geschlagene Russland wird nicht aufhören, nach Konstantinopel zu drängen und die Unterjochung der türkischen Welt anzustreben; und das besiegte England wird seine Versuche fortsetzen, die arabische Welt von der Türkei abzureißen, um im Interesse seiner Weltmachtspolitik den unabhängigen streitbaren Islam zu vernichten. Schwer wird das Wesen dieser russisch-englischen Weltpolitik auch in der Zukunft nicht nur auf der Türkei, sondern auch auf Deutschland und Oesterreich-Ungarn, ja auf allen europäischen Staaten lasten. Um so allgemeiner ist in Oesterreich-Ungarn wie in Deutschland die Erkenntnis gereift, daß auch nach dem Kriege das politische und wirtschaftliche Verhältnis zur Türkei so gut als möglich gestaltet werden müsse. Bohms Realisierung dieses Wunsches ist während des Krieges in Deutschland Großes geschaffen worden. Mitten in der un-

fassenben Sammelstätigkeit der deutschen Nation für ihre Kriegsfürsorge hat man dort Gelegenheit gefunden, dem deutschen Kaiser als Inaugurator der deutsch-türkischen Freundschaft eine Millionenpende als Geburtstagsgeschenk anzubieten, die als Fonds für Propagandazwecke behufs noch engerer Annäherung Deutschlands mit der Türkei Verwendung finden soll. Auf einem Grundstücke, das Sultan Mohammed V. zum Geschenk gemacht hat, wird sich nach dem Weltkriege ein deutsches Haus erheben, das der deutschen Industrie und der deutschen Information dienen soll. „Es wird dies eine Halle sein,“ sagte der berühmte deutsche Orientalist Becker in seiner akademischen Weiherede zum Geburtstage Kaiser Wilhelms in Bonn, „in der ohne Ausdringlichkeit deutsches Beispiel und deutsche Leistung in der Form von Ausstellungen, Nachrichtenvermittlung und wissenschaftlicher Arbeit zur Darstellung gelangen werden.“ So zieht der deutsche Idealismus überall in der Türkei die Furchen, in die dann deutsche Politik, deutscher Handel und deutsche Industrie ihr Saat Korn legen!

Auch Oesterreich-Ungarn wird nach diesem Methoden in der Türkei künftighin zu arbeiten haben. Wir sind in der vorteilhafteren Lage, denn wir müssen nicht so wie Deutschland erst die Märkte der Levante erobern. Unser Kaufmann besitzt dort Vertrauen seit langer Zeit. Aber die Hände in den Schoß legen dürfen wir nicht. Nach der türkischen Statistik stand Oesterreich-Ungarn mit seinem türkischen Außenhandel nach England an zweiter, Deutschland aber erst an fünfter Stelle. Im Jahre 1911/12 betrug der englische Außenhandel in der Türkei 1856 Millionen, der österreichisch-ungarische 972 Millionen, der deutsche 460 Millionen Pfaster. Die türkischen Märkte werden in Zukunft für den friedlichen Wettbewerb und die gesteigerte Expansion Oesterreich-Ungarns und Deutschlands um so aufnahmefähiger sein, je intensiver wir uns als Freunde an dem wirtschaftlichen Ausbau der Türkei beteiligen. Hierzu scheint Oesterreich-Ungarn durch seine Orientnähe und seine Traditionen ebenso wie das Deutsche Reich berufen zu sein. Der Parallelismus der österreichisch-ungarischen Interessen mit den türkischen ist seit dem Londoner und Bukarester Frieden größer geworden als je zuvor. Einst hat die Kaiserin Maria Theresia den Wunsch geäußert, „daß noch ihrer Enkel Enkelkinder die Türken in Europa leben mögen“. Dieser Wunsch ist bei uns heute noch lebendiger wie in der Zeit, als ihn zum ersten Male die große Kaiserin ausgesprochen. Zum ersten Male aber ist es geschehen, daß österreichisch-ungarische Soldaten mit den türkischen beim Niederwerfen eines gemeinsamen Feindes Schulter an Schulter kämpften. In Oesterreich-Ungarn ist der Islam gleichberechtigt mit allen anderen Glaubensbekenntnissen. Keine einzige Stimme erhob sich dagegen in der Öffentlichkeit, als diese Anerkennung vor wenigen Jahren in Oesterreich und in Ungarn Gesetz wurde. Es verdient dies hervorgehoben zu werden, weil die Mohammedaner in England und in Frankreich sich dieser Rechte trotz ihrer hundertjährigen Staatsangehörigkeit nicht erfreuen. Auch stehen nirgends so wie in Oesterreich-Ungarn die Bekenner der Lehre Mohammeds in gesetzlich gestatteten, unbehindertem Verkehr mit dem Kalifat. Die Erkenntnis gemeinsamer Lebensinteressen mit der Türkei, die Wichtigkeit des Islams für die österreichisch-ungarische Orientpolitik war noch vor kurzem nicht so allgemein, wie sie es jetzt durch den Weltkrieg allenthalben geworden ist. Aber instinktiv fühlte auch bei uns schon lange das Volk, daß zwischen der Türkei und Oesterreich-Ungarn eine Interessengemeinschaft besteht. Diesem Gefühl hat vor Jahren bereits Wiens großer Bürgermeister Dr. Karl Lueger Ausdruck gegeben, als er die Erbauung einer Moschee in unserer Haupt- und Residenzstadt anregte, damit jeder Mohammedaner, der nach Wien komme, hier an würdiger Stelle sein Gebet verrichten könne.

Bald nach dem Frieden, dem siegreichen Frieden, dem wir alle entgegenhoffen, wird sich diese Moschee, mitten im buftigen Gartengrün, in Wien erheben als ein Zeichen der Freundschaft, die man in Oesterreich-Ungarn der Türkei und dem Islam schon vor dem Kriege entgegengebracht hat und den seither erprobten waderen Kampfgenossen nach dem Kriege in erhöhtem Maße entgegenbringen wird. Das Bündnis Deutschland—Oesterreich-Ungarns mit der Türkei wird den Weltkrieg überdauern, denn die große politische Interessengemeinschaft, die zum Eintritt der Türkei in das Bündnis der mitteleuropäischen Großmächte zu Beginn des Weltkrieges geführt hat, wird auch nach dem Kriege fortbestehen.

Die Anwesenden folgten mit großer Spannung den Ausführungen Mandls, dem reichlich Beifall zuteil wurde.

## Kriegskalender.

4. April: Im Adamellogebiete besetzen unsere Truppen den Grenzkanal zwischen Sobba Alta und Monte Fumo. — In erbittertem Kampfe nehmen deutsche Truppen südwestlich und südlich der Feste Douaumont sowie im Cailletewalde starke französische Verteidigungsanlagen; heftige französische Gegenangriffe brechen zusammen. — Deutsche Marineflugschiffe belegten Befestigungsanlagen bei Grat Darnmouth mit Sprengbomben. — Zehn österreichische Seeflugzeuge bombardieren Bahnhof, Gasometer, Werke und Kasernenviertel von Ancona. — Der norwegische Dampfer „Arne“ mit Banntware versenkt.

5. April: Zwischen Narocz- und Wiszniewsee verstärktes russisches Artilleriefeuer. — In der Gegend der Feste Douaumont besonders im Cailletewalde, werden wiederholte französische Gegenangriffe abgewiesen. — Rede des Reichskanzlers über Deutschlands Kriegsziele. — Rücktritt des italienischen Kriegsministers Zupelli. — Italien protestiert in Athen gegen die Bildung griechischer Banden im Nordepirus.

6. April: Westlich von Selz säubern unsere Truppen die vor einiger Zeit vom Feinde genommenen Gräben und schlagen italienische Gegenangriffe zurück; im Bedro- und Judicarien-Abschnitte lebhaftes feindliches Artilleriefeuer. — Westlich der Maas erstürmen die Deutschen das Dorf Haucourt und einen stark ausgebauten französischen Stützpunkt östlich des Ortes. — Deutsche Marineflugschiffe bringen nördlich von Hull mit Sprengbomben eine englische Batterie zum Schweigen und belegen sodann ein großes Eisenwerk und Hochöfen bei Whitby sowie die Fabrikanlagen von Leeds erfolgreich mit Bomben. — Die britischen Dampfer „Clam Campbell“, „Verwindvale“, „Zent“ und der norwegische Dampfer „Daus“ torpediert. — Denkschrift der Alliierten über die Postbeschlagnahmen. — An der Front werden die Engländer vier Kilometer östlich von Felahie geschlagen.

7. April: Südlich des Narocz-Sees scheitern heftige russische Angriffe. — Unsere Truppen vertreiben die Italiener vom Rauchsöfelrücken; bei St. Oswald (nördlich des Suganatales) werden stärkere italienische Kräfte zurückgeschlagen. — Französische Angriffsversuche gegen die deutschen Waldstellungen nordöstlich von Avocourt und gegen die Anlagen im Cailletewald werden vereitelt. — Die britischen Dampfer „Simla“ und „Besuwia“ und das französische Segelschiff „Saint Hubert“ versenkt. — General Drusslow wird als Nachfolger Iwanows zum Oberbefehlshaber der russischen Südwestfront ernannt.

8. April: Südlich des Narocz-Sees werden wieder russische Angriffe abgewiesen. — Auf der Hochfläche von Doberdo wird der Feind aus einigen vorgeschobenen Sappen vertrieben; südlich des Muzli Beth nehmen unsere Truppen eine italienische Stellung; lebhaftes Artilleriefeuer gegen unsere Stellungen westlich von Niva. — Unsere Flugzeuggeschwader greifen die Bahnhöfe von Casara und San Giorgio di Nogara an; drei unserer Flieger gehen dabei verloren. — Schlesische und bayerische Truppen erstürmen zwei starke französische Stützpunkte südlich von Haucourt und nehmen die ganze feindliche Stellung auf dem Rücken des Vermithenhügels; ein französischer Gegenstoß an dieser Stelle scheitert. — Der britische Dampfer „Cantara“ versenkt. — Deutsche Marineflugschiffe belegen die russische Flugstation Papensholm bei Kiellond mit 20 Bomben.

9. April: An der italienischen Front lebhaftes Geschützklämpfe. — Westlich der Maas wird zwischen Avocourt und Cumieres heftig gekämpft; die Franzosen melden die Räumung des vorspringenden Winkels von Bethincourt. — Die britischen Dampfer „Abampton“ und „Avon“ und der französische Fischdampfer „Sainte Marie“ versenkt. — Der Zar reist an die Front. — Rücktritt des griechischen Finanzministers Dragumis.

15. IV. 1916

**Baron Burian in Berlin.**

Berlin, 14. April. Minister des Aeußern Baron Burian ist vormittags hier eingetroffen und wurde im Bahnhof vom Botschafter Prinzen zu Hohenlohe und den Herren der Botschaft empfangen. Der Minister begab sich ins Hotel Adlon, wo er Absteigquartier nahm.

Um 12 Uhr fuhr Baron Burian zum Reichskanzler, um mit ihm zu konferieren.

Mittags fand beim Kanzler ein Frühstück statt, woran außer dem Minister Botschafter

Prinz zu Hohenlohe und Legationsrat Graf Parisch teilnahmen.

Abends gibt der Botschafter zu Ehren des Ministers ein Diner, wozu der Reichskanzler, Staatssekretär v. Jagow und Unterstaatssekretär Zimmermann geladen sind.

## Neue Gewalttatte gegen Griechenland.

### Verlangen nach Ueberlassung der Eisenbahn Patras—Athen—Larissa.

P. Berlin, 14. April. Der Athener Privatkorrespondent des Wolffschen Bureaus meldet:

Die griechische Regierung weigerte sich auf das bestimmteste, auf das Verlangen der Entente einzugehen, ihr die Eisenbahnlinien Patras—Athen—Larissa zur Verfügung zu stellen, um von Patras serbische Truppen aus Korfu nach Saloniki zu transportieren.

Es verlautet, daß hiesige führende Kreise mit allen Mitteln die Ausführung des Planes der Entente, der einer vollständigen militärischen Besetzung Griechenlands gleichkäme, vereiteln wollen.

P. London, 13. April. Das Reutersche Bureau meldet aus Athen unter dem 12. d. M.:

Die diplomatische Lage ist wieder weniger günstig geworden infolge der unnachgiebigen Haltung der griechischen Regierung wegen der zeitweiligen Besetzungen, die die Alliierten für durchaus notwendig halten, und wegen der Weigerung, Erleichterungen auf den Eisenbahnen zuzugestehen.

### Unrichtige Meldungen über eine Kabinettskrise.

„Hestia“ schreibt: Man erwartet, daß die Veränderung der Lage binnen einigen Tagen zu einer Veränderung im Kabinetts führt.

P. London, 13. April. „Times“ melden aus Athen: Zaimis wird als vermutlicher Nachfolger von Skuludis genannt, falls dieser zurücktreten sollte. Andere glauben, daß Rhallis große Aussichten habe.

P. Athen, 13. April. Offiziell verlautet, eine Ministerkrise stände nicht bevor, da zwischen der Krone, der Regierung und der Kammer ein rückhaltloses Einvernehmen darüber bestände, die bisher befolgte Neutralitätspolitik rückichtslos und mit größter Entschiedenheit durchzuführen.

### Reiseverbot durch Griechenland.

P. London, 13. April. Die griechische Regierung verbietet Untertanen neutraler und kriegsführender Länder, durch Griechenland zu reisen.

### Die Forderungen der Alliierten.

Budapest, 14. April. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) „Az Est“ meldet aus Bukarest: Der Konstantinopler Berichterstatter der „Scara“ erfuhr über die Pläne der Entente gegenüber Griechenland folgendes: Am 21. März erschien bei Skuludis der englische Gesandte in Athen und überreichte ihm eine Note, in der folgendes verlangt wurde: 1. Griechenland soll einwilligen, daß portugiesische Truppen auf griechischem Gebiet landen. 2. Griechenland soll davon absehen, den Nordepirus zu annektieren und seine Truppen aus Santi Quaranta zurückziehen. 3. Die Wehrpflichtigen aus den Ländern des Biververbandes, die sich in Griechenland aufhalten, sollen dem Biververbande ausgeliefert werden. 4. Den Engländern und Franzosen soll gestattet werden, daß in den Salonikier Postämtern Kontrollämter eingerichtet werden. 5. Wenn Griechenland diese Wünsche erfüllt, so wird England drei okkupierte griechische Inseln Griechenland zurückgeben. Ganz besonderes Gewicht wird darauf gelegt, daß Griechenland sich jeder Feindseligkeit gegen Italien enthält.

Sofort fand ein Ministerrat statt, bei welchem auch der Generalkonsul anwesend war. Die Regierung lehnte punktweise sämtliche Forderungen der Entente ab.

15./IV. 1916

**Verbleiben des portugiesischen Kabinetts.**

Die Agence Havas meldet: Lissabon, 13. April.  
Das Ministerium bleibt im Amte.

Jahrgang.

Sonntag, 2. April 1916.

# er Zeitung

Wochenblatt.

(Neue Frankfurter Zeitung.)

Verlag: Goldmann.

Für Auswärts: Amt Fernzimmer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonizelle 60 J. Abendl. 75 J.  
 Reklamen 42 - Abendl. 42 50,  
 Familienanzeigen 41 - Platz- u.  
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-  
 lichkeit. - Anzeigen nehmen an  
 Unsere Expeditionen in Frankfurt  
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,  
 Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mager-  
 straße 16/18, Dresden: Waisen-  
 hausstr. 25, München: Poststr. 3,  
 Offenbach: Bieberstr. 24, Stutt-  
 gart: Poststraße 7, Zürich: Nord-  
 straße 62. Uns. übrige Agentur  
 u. d. Annonc.-Expod. Fernor in  
 New York: 20 Broad Street  
 Verlag u. Druck der Frankfurter  
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.  
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430

## Zur Kriegslage.

Wechsel im russischen Kriegsministerium. —  
 Europäins Offensive. — Deutsche Fort-  
 schritte bei Verdun. — Die Haltung Italiens.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

31. März.

In die Zahl der Überraschungen auf dem Gebiete der Personalveränderungen reißt sich in den letzten Tagen der Sturz des russischen Kriegsministers *Poliwanow* ein. Die inneren Gründe für seinen Beggang sind wohl noch nicht mit Sicherheit aufzuklären. *Poliwanow* hatte das russische Kriegsministerium in den Frühsummermonaten des vergangenen Jahres übernommen, als unsere Offensive in Polen und Galizien im Begriff stand, eine gewisse Krisis in Rußland hervorzurufen. *Poliwanow* gelang es, wenigstens nach seinen eigenen Äußerungen, große Munitionsmengen zu schaffen, die allerdings bei den Angriffen der letzten vierzehn Tage schon zum großen Teil verschossen zu sein scheinen. Er mußte damals auch für die riesigen Menschenverluste, die der vergangene Frühling und Frühsummer den russischen Heeren gekostet hatte, Ersatz schaffen. *Poliwanow* selbst berichtete noch vor einigen Wochen, daß er für den Heeresbedarf 1 1/2 Millionen Rekruten bereitgestellt habe, aus denen die Truppenteile, ohne auf unausgebildete Mannschaften zurückgreifen zu müssen, ihre Verluste decken könnten. *Poliwanow* hat, namentlich in Anbetracht der russischen Verhältnisse, sowohl in der Munitions- als auch in der Mannschaftserfrage zweifellos große persönliche Leistungen zu verzeichnen und daher wirkt es tatsächlich erstaunlich, daß er so plötzlich dem General *Schumajew*, der bisher Chef der Intendantur gewesen war, weichen mußte. Mit der mißglückten Offensive der Russen kann dieser Personalwechsel kaum zusammenhängen, da für die taktische Form und den Geist der angreifenden Truppe der Kriegsminister wohl nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Europäin soll nach der Aussage russischer Gefangener dem Zaren das Versprechen gegeben haben, die deutsche Front zwischen Dinaburg und Riga, also da, wo tatsächlich die heftigsten Kämpfe stattgefunden haben, am 28. März zu durchbrechen. Solche Versprechungen würden, wenn sie tatsächlich vorgekommen sind, beweisen, wie der russische General aus den Erfahrungen des japanischen Krieges noch nicht gelernt hat, daß der Krieg das Gebiet des Ungewissen ist, und daß selbst die mit grenzenloser Verachtung des Menschenmaterials durchgeführten Massenangriffe diesen Faktor der Ungewissheit nicht vollständig ausschalten können. Eine zeitliche Festlegung des zu erwartenden Erfolges kann nie mehr sein als eine gewagte und dabei recht dilettantische Phrase. Wenn nun auch tatsächlich in dem Dinawinkel westlich von Jacobstadt der russische Durchbruch geplant war, so war doch andererseits die Front, auf der die russische Offensive zum Ausbruch kam, viel zu groß, als daß auf allen anderen Stellen dieser Front etwa nur demonstriert worden wäre. Es scheint vielmehr, daß die Russen, auf die große Masse der ihnen zur Verfügung stehenden Soldaten nehmend, an verschiedenen Stellen einen ernsthaften Durchbruch versuchten mit der Absicht, ihn da strategisch weiter auszubauen, wo er tatsächlich am wirksamsten erfolgt wäre. Aber schon in der dieser Absicht notwendig entsprechenden Verteilung der russischen Kräfte auf verschiedene Punkte relativ höchster Kraftanstrengung liegt ein Stück taktischer Resignation, die in eigentümlichem Gegensatz zu den arglistigen Versprechungen *Europäins* steht.

Moderne Angriffe sind nicht nur abhängig von der Größe der angreifenden Menschmassen, sondern in noch höherem Grade von der Masse der verfügbaren Munition. Denn der Durchbruch durch eine mit modernen Mitteln befestigte Linie ist nicht mehr denkbar ohne vorhergehende artilleristische Zerstörung der Verteidigungsanlagen. Zu solcher Zerstörung sind aber ganz enorme Mengen von Munition mittlerer und schwerer Kaliber nötig. Die Bereitstellung der Munitionsmassen, die einer ganzen Reihe von lang dauernden Vorbereitungen und Transportbewegungen bedarf, verhindert jede plötzliche Änderung der einmal hinsichtlich des Ortes des Durchbruchs gefaßten Beschlüsse. In früheren Zeiten konnte der Feldherr im Laufe der an einem Tage sich abspielenden Schlacht oder zum mindesten über Nacht den

Entschluß fassen, den Feind zum Beispiel, den er bisher am rechten Flügel angriff, nunmehr überraschend am linken Flügel anzugreifen. Bei den schmalen Fronten damaliger Zeit konnten die für solche Entschlußänderungen nötigen Verschiebungen leicht vollzogen werden. Heute sind sie schon im Bewegungskriege wegen der großen operativen Fronten unserer Massenheere nur unter Zuhilfenahme der Eisenbahnen und unter sehr großem Verlust an Zeit möglich. Im Stellungskriege aber hilft nicht einmal die Verschiebung der Truppen, wenn nicht gleichzeitig mit dieser die Verschiebung der Munitionsvorräte erfolgt, die unter Umständen vieler Wochen bedarf.

Das Feuer der russischen Offensive scheint gelöscht zu sein, wenngleich es auch in den nächsten Tagen an dieser oder jener Stelle wieder aufflackern mag. Der „Times“ und der Petersburger Korrespondent der „Times“ bereiten auf das Erscheinen der russischen Offensive vor, indem sie, als gelehrige Schüler *Cadornas*, das Tauwetter hierfür verantwortlich machen. In russischen Waldgebieten mag nun tatsächlich das Tauwetter derartige Schwierigkeiten hervorzurufen, daß daraus ein stark hemmender Einfluß auf die Taktik entstehen kann, aber die Russen sollen doch nicht leugnen, daß, wenn ihnen der Durchbruch gelungen wäre, sie die Offensive trotz dem Tauwetter fortgesetzt und Mittel und Wege gefunden hätten, die Unbilden der Witterung zu überwinden. Außerdem bringt die Tatsache, daß die russische Oberste Heeresleitung ihre Offensive so knapp vor der gefährlichen Jahreszeit begonnen hat, den unumstößlichen Beweis für das, was wir in unserem letzten Artikel zur Kriegslage behaupteten, daß nämlich diese Offensive früher erfolgte, als sie geplant war und daß darin ein großer Erfolg unserer Operationen bei Verdun zu sehen ist. Der Erfolg der russischen Offensive war in zweifacher Hinsicht durchaus negativ. Einmal hat sie nicht zum taktischen Durchbruch geführt, sondern ist abgewiesen worden. Die russische Heeresleitung hätte nun wohl damit sich trösten können, daß sie zwar keinen direkten Erfolg, aber immerhin einen indirekten Erfolg errungen hätte, wenn die Deutschen starke Kräfte von Westen her nach Rußland abtransportiert hätten. Aber selbst dieses Surrogat eines strategischen Erfolges blieb den Russen versagt. Es ist kein Mann und kein Geschütz zur Verstärkung der Front Hindenburgs verwendet worden. Unsere Angriffe vor Verdun sind durch die russischen Anstrengungen nicht um ein Zehntel Grad abgeschwächt worden. Die Kurve unserer taktischen Leistung vor Verdun ist nicht im geringsten aus ihrer stetig eingehaltenen Richtung auf das Endziel abgelenkt worden. Hindenburg hat schon seit Monaten seine russische Front so eingerichtet, daß die deutsche Oberste Heeresleitung in souveräner Weise den Ansturm der russischen Horden so gut wie ignorieren konnte.

Im feindlichen Ausland sind immer wieder Stimmen zu hören, die von einem Scheitern der deutschen Offensive gegen Verdun sprechen. Es ist nicht notwendig, in diesen Zeiten noch einmal darauf hinzuweisen, warum wir uns nur ganz langsam vorarbeiten. Der Tagesbericht vom 30. März, der die Eroberung der französischen Stellungen bei Malancourt meldet, und der vom 31., der von der Erstürmung des Ortes selbst erzählt, beweisen hinlänglich, daß von einem Scheitern der Offensive, ja selbst von einem vorübergehenden Stillstand in der Bewegung keine Rede sein kann. Im Gegenteil, wir sind eben im Begriff, uns auch der Nordwestfront von Verdun so zu nähern, daß wir sie mit Belagerungsgeschützen zerstören können. Die Bedeutung, die eine durch unsere Annäherung an die Nordwestfront ermöglichte konzentrische Beschießung der Festung von drei Seiten her dann haben kann, schildert ein schwedischer Militärkritiker mit folgenden Worten: „Der Tag, an dem die schwere deutsche Artillerie gegen Verduns Nordwestfront eingesetzt werden kann, ist der Anfang vom Ende dieser gewaltigen Kraftanstrengung um eine Festung.“

Der gleiche Militärkritiker schreibt mit feinsinniger Beobachtung über das Ausbleiben der englischen Offensive: „Daß Lord Kitchener nicht den Versuch wagt, eine entscheidende französische Niederlage zu verhindern, ist vielleicht eine größere britische Niederlage als eine mißglückte Offensive.“

Der Kriegsrat in Paris hat offenbar eine zwingende Einwirkung auf die Strategie der beteiligten Staaten, wie fast vorauszuversetzen war, nicht auszuüben vermocht. Es ist ihm auch die Erfüllung seines Programms von der einheitlichen Front bisher noch nicht gelungen und namentlich scheint man

## Belgische Zukunftsgedanken.

Von Professor W. Gerloff (Jundbrud).

Mehr noch als die Sorge um die Gegenwart beschäftigt das industrielle und politische Belgien der Gedanke an die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Schon seit Monaten hat die nach Holland, England und Frankreich geflüchtete Presse dieses Thema aufgenommen und auch eine kleine Literatur ist bereits über dieses Thema entstanden, unter welcher die Schrift von L. Billiard, *La Belgique industrielle et commerciale de demain* (Paris 1915), durch ihre umfassende und erschöpfende Darstellung hervortritt. Die zahlreichen „Etudes sur la Belgique nouvelle“ beschränken sich begreiflicherweise nicht auf die Frage der politischen und wirtschaftlichen Wiederherstellung des Landes, sondern sie knüpfen an alte wirtschaftspolitische Pläne und Programme an, d. h. auch an alte Sorgen und Nöte des wirtschaftlich in so eigenartiger Lage befindlichen Landes. Diese Sorgen beginnen schon mit der Gründung des neuen Königreiches. Die Trennung der Vereinigten Niederlande bedeutete für das belgische Wirtschaftsleben die Notwendigkeit einer völligen Neuorientierung. Der inländische Markt hatte ungefähr um die Hälfte an Umfang und Kaufkraft verloren. Die Endpunkte der natürlichen Verkehrslinien des Landes, die Häfen, die auf den Weltmarkt führten, waren in feindselige Hände geraten. Die bisherigen kolonialen Absatzmärkte und die ganze Handelsflotte waren den nördlichen Provinzen verblieben und die Wege dahin durch Schiffsabgaben, Einfuhr- und Durchfuhrzölle unterbunden. Was lag näher als der Gedanke, das, was wirtschaftlich durch die Trennung von dem Norden verloren gegangen war, durch Anlehnung an den Süden oder Osten auszugleichen. Die Zollvereinsbestrebungen in Deutschland und die Erinnerung an Belgiens handelspolitische Vereinigung mit Frankreich in der Zeit von 1794 bis 1814 kamen solchen Ueberlegungen ohnehin entgegen. Die Jahre 1831 bis 1844 sind mit diplomatischen und parlamentarischen Verhandlungen über derartige Pläne erfüllt. Sie scheiterten u. a. an dem entschiedenen Einspruch Metternichs und Palmerstons, die erklärten, daß eine Zollunion, sei es mit Frankreich oder mit Preußen, unvereinbar sei mit der durch die Großmächte gewährleisteten Unabhängigkeit des jungen Staates. Belgien wandte sich darauf vorübergehend einer strengen Schutzollpolitik zu, bald aber schloß es sich der durch den englisch-französischen Handelsvertrag von 1860 eingeleiteten freihändlerischen Handelspolitik an.

Damit ist nun eine bewußte Aenderung seiner wirtschaftspolitischen Ziele verknüpft. An Stelle der Sorge um die Sicherung des Inlandmarktes tritt das Streben nach Eroberung und Behauptung des Auslandmarktes. Die Zollvereinigungspläne sind vorerst abgetan, der Gedanke der wirtschaftlichen Expansion auf eigene Faust tritt an ihre Stelle. Der einflußreiche Anwalt der neuen Richtung war der nachmalige König Leopold II. Die Ziffern des Handelsumsatzes geben ein Bild der gewaltigen exportindustriellen Entwicklung Belgiens in jenen Jahren. Von 1831 bis 1851 stieg der belgische Spezialhandel in der Einfuhr von 90 auf 218 Mill. Franken, in der Ausfuhr von 96 auf 200 Mill. Franken. Das ist kaum ein Fortschritt zu nennen. In den nächsten zwanzig Jahren von 1852 bis 1873 aber stieg die Einfuhr von 267 auf 1423 Mill. Franken und die Ausfuhr von 230 auf 1158 Mill. Franken. Dann kam die große Krise der sechziger Jahre auch über Belgien. Rasch und drohend tauchte die Sorge auf, wie das kleine Land die Stellung, die ihm der industrielle Aufschwung der sechziger Jahre verliehen hatte, zu behaupten vermöge, wie es seiner dicht besiedelten Bevölkerung in ausreichendem Maße Arbeit und Nahrung beschaffen und sichern könne. Der Gedanke einer Zollunion regte sich wieder. Aber die politischen Verschiebungen, die der deutsch-französische Krieg gebracht hatte, waren solchen Plänen nicht günstig. Erst der entschiedene Uebergang der kontinentalen Großmächte zur Schutzollpolitik gab während der achtziger Jahre den Zollunionsplänen neue Nahrung. Für den Nachfolger des alten deutschen Zollvereins, das Deutsche Reich, war in diesen Plänen allerdings kein Raum mehr. Man wollte kein Wirtschaftsbündnis mit einem gefährlichen Konkurrenten, sondern mit einem Land, das neue Absatzmöglichkeiten eröffnete, der heimische Markt sollte durch Anschluß einer kaufkräftigen möglichst wenig industriellen Bevölkerung gebrüstigt werden. Gleichzeitig schien eine Verbreiterung der agrarischen Basis erwünscht. Unter solchen Ueberlegungen richtete sich der Blick der belgischen Volkswirte wiederum nach Frankreich, aber auch — nachdem die schmerzlichen Erinnerungen aus der Zeit der Gründungsjahre des neuen Königreiches verblaßt waren — nach Holland. In Frankreich jedoch ließ der Einfluß der nordfranzösischen Industriellen diese Bestrebungen wenig Gegenliebe finden und auch die Holländer verhielten sich überwiegend ablehnend.

Der internationale wirtschaftliche Aufschwung, der Anfang der neunziger Jahre einsetzte, ergriff auch Belgien, bis nach der Neuordnung der europäischen Handelspolitik zu Beginn dieses Jahrhunderts aufs neue ein Stillstand in der wirtschaftlichen Entwicklung einzutreten schien. Wiederum erhob sich die alte Frage, wie Belgien seine industrielle Stellung, seinen Anteil am Weltmarkt sich auf die Dauer sichern könne. Stärkung des inneren Marktes durch Hebung der Kaufkraft der Massen, sowie seine Erweiterung durch Zollunionen forderten die einen, wirtschaftliche Expansion durch Erwerb von Kolonien und finanzieller Beteiligungen bei Er-

schließung unentwickelter Gebiete die andern. Eugène Baer wurde zum Vorkämpfer der Entente hollando-belge. Daneben beherrschten innerwirtschaftliche und kolonialpolitische Programme die öffentliche Erörterung. Die Belgier fühlten sich in einer ähnlichen wirtschaftlichen Lage wie das Deutsche Reich. Das Land stand unter einer industriellen und populationistischen Hochspannung, die nach Entladung oder besser nach ökonomischer Kraftverwendung drängte. Das trieb Belgien zur Kolonialpolitik und führte zu seinem Anschluß an Frankreich und England. Die dritte Republik erschien wirtschaftlich Belgien völlig ungefährlich. Sie war zudem der willkommenste Financier der belgischen Industrie. Ähnliches gilt vom belgischen Standpunkt auch für das Vereinigte Königreich. Großbritannien ist für Belgien nicht der industrielle Konkurrent, sondern der Händler, der Vermittler des Warenaustausches für ein Land, das selbst keine Handelsflotte hat. Zugleich aber war die Anlehnung an England dadurch bestimmt, daß dieses mit seiner Kriegsflotte den Seeweg nach der Kongokolonie beherrschte.

Aus dieser Lage ergeben sich auch die Zukunftshoffnungen der Belgier. Die belgischen Stimmen, die heute im Ausland zu Worte kommen, erblicken in der Anlehnung an Frankreich und England die Gewähr für die wirtschaftliche Zukunft des Landes. In dieser Auffassung wurzeln ihre oft seltsamen Forderungen und Vorstellungen. Es genüge nicht, schreibt Billiard, daß Belgien von Deutschland allein entschädigt werde. Die Verbündeten dürften sich nicht darauf beschränken, dem Lande die Freiheit wiederzugeben, sondern Belgien müsse „wirksame ökonomische Hilfe“ zuteil werden. Frankreich, Rußland und England sollen nach dem Kriege Belgien wenigstens zehnjährige Zollfreiheit und in den Kolonien die gleiche Behandlung wie dem Mutterlande verbürgen. Kaum weniger utopisch sind unter den Erörterungen gegenüber „Belgien von morgen“ die Pläne, die unter den Schlagworten *fraternité économique, union douanière* u. m. unlaufen. Allerdings scheint auch die belgische Regierung dieser Frage näher getreten zu sein. Wenigstens mußte die früher in Antwerpen, jetzt in London erscheinende „Metropole“ schon unter dem 27. Juli 1915 von Havre zu melden, daß die belgische Regierung bei den verbündeten Mächten Schritte zu einer wirtschaftlichen Entente getan habe. In Frankreich sind die belgischen Zollwünsche nicht ungünstig aufgenommen worden. „Die Regierung Louis Philippe“, schrieb Herbet, „dachte an einen Zollverband zwischen Frankreich und Belgien. Es war nur eine fremde Macht, die damals die französische Regierung von ihrem Plan abbrachte. In Zukunft werden uns von London aus sicher keine Einwendungen mehr gemacht werden.“ Auf jeden Fall soll Belgien bei der vom Bierverband geplanten ökonomischen Einkreisung der Mittelmächte nicht neutral bleiben. Das veranlaßt Billiard sich besonders ausführlich mit der Neuordnung der inneren Wirtschaftspolitik zu befassen. Frankreich mit dem „eroberten Elsaß-Lothringen“ soll für den Transitverkehr das rheinisch-westfälische Hinterland ersetzen. Die Eisenlager an der Meurthe und Mosel sollen durch Kanalisierung des Oberrheins eine direkte Schiffsverbindung mit Antwerpen erhalten. Und die französischen und englischen Schiffsahrtsgesellschaften sollen die Stelle der deutschen in Antwerpen einnehmen. Daneben sollen die Nebenhäfen Gent, Brügge und Ostende durch Spezialisierung zu Welthäfen für gewisse Waren ausgestaltet werden und was dergleichen Vorschläge mehr sind. Bezeichnend ist bei allen diesen Darlegungen nur eines, daß nämlich immer wieder auf das deutsche Vorbild hingewiesen wird. Im übrigen liegen die Vorschläge vielfach so weit ab von den Bedürfnissen des Landes und sie entsprechen so wenig der traditionellen Wirtschaftspolitik Englands und Frankreichs gegenüber Belgien, daß sie mehr als Symptome belgischer Hoffnungen und Stimmungen anzusehen sind. Die deutschen Erfolge, auf die sich Billiard so oft beruft, sind der mächtigsten Berichtigung der Tatsachen zu danken. So wird es auch künftig sein. Der Verkehr zwischen Deutschland und Belgien wird sich nach dem Kriege voraussichtlich nicht weniger günstig als vorher entwickeln. Die Belgier, die andernwünschen und erstreben, opfern ihrem Deutschenhaß die Wohlfahrt des Landes.

## Holland und die Entente.

Von einer gut informierten holländischen Seite wird uns über die augenblickliche Lage in Holland folgendes mitgeteilt:

Zwischen Holland und den Ententemächten ist augenblicklich die Lage wieder sehr schwierig, und mit großer Spannung verfolgt man in Holland die Entwicklung der Krise. Die Lage ist, soweit bekannt, akut geworden durch Forderungen der Entente, welche die Durchführung einiger auf der Pariser Konferenz gefassten Beschlüsse bezwecken unter Bedingung der holländischen Neutralität. Hieran wird auch nichts geändert werden können durch eine ableugnende Erklärung der englischen Gesandtschaft im Haag, die mit Sicherheit zu erwarten ist, sobald sich herausstellt, daß Holland nicht nachgibt.

Die Ententemächte arbeiten schon seit Kriegsbeginn mit Hochdruck daran, die guten Beziehungen zwischen Holland und Deutschland zu zerstören, in der Hoffnung, Holland aus der Neutralität hinaus zu drängen und sogar auf ihrer Seite in den Krieg hineinzuziehen. Dies ist ja nur die Fortsetzung früherer Versuche, denen auch die bekannte Commission Hollando-Belge dienen sollte. Versuche, die an der Einsicht der Holländer gescheitert sind.

In Sicht der neuen Ereignisse gewinnt die auch in Holland von einigen diskutierte Ansicht an Bedeutung, daß die Entente absichtlich die „Tubantia“ (und „Palembang“) habe torpedieren lassen, wie unwahrscheinlich diese Ansicht zunächst auch scheinen dürfte. Auch die in auffallend kurzer Frist von der englischen Regierung abgegebene Erklärung über das vielleicht von einem bronzenen Torpedo stammende Material aus den Schiffsbooten der „Tubantia“, welche Erklärung die unrichtige Behauptung enthält, solche Torpedos besitze England nicht, hat Mißtrauen erregt. Die weitere Entwicklung zeigt, wie wertvoll die durch die Torpedierung der „Tubantia“ hervorgerufene deutschfeindliche Stimmung in Holland gerade jetzt als Vorbereitung für die letzten Schritte der Entente wäre. Es ist aber gegen die Hoffnungen der Entente kein Konflikt über die „Tubantia“ zwischen Holland und Deutschland entstanden, und die Bewegung in Holland hat sich schon erheblich verringert.

Jetzt, wo die Entente sich auf dem französischen Kriegsschauplatz schwer bedroht fühlt und in dem Wirtschaftskrieg Rettung sucht, ist Holland, weil es sein Recht und seine Pflicht, seine Landesprodukte jedenfalls teilweise nach Deutschland zu verkaufen, noch immer nicht hat aufgeben wollen, sehr unbequem geworden. Es scheint nun auf der Pariser Konferenz der Beschluß gefaßt worden zu sein, schärfer gegen Holland vorzugehen und eine Entscheidung herbeizuführen. Zwar sind frühere Versuche in Bezug auf die Scheldemündung an der Festigkeit der holländischen Regierung gescheitert, aber die wenig günstige militärische und wirtschaftliche Lage der Ententemächte veranlaßt diese zu einem neuen energischen Versuch. Man hofft dabei wohl auf Unterstützung von Seiten der öffentlichen Meinung in Holland, die als deutschfeindlich und nachgiebig betrachtet wird.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die holländische Regierung sich auch diesmal nicht aus der Neutralität mitrücken lassen wird. Schon mehr als einmal während dieses Krieges hat Holland erklärt, sich mit Waffengewalt dem Vorgehen der Entente widersetzen zu wollen und immer mit Erfolg. Die jetzige Lage ist aber für Holland vielleicht gefährlicher als je zuvor. Solange England mit einem Siege auf der Westfront rechnete, mußte es vermeiden werden, die holländische Armee auf die Seite Deutschlands zu bringen und dadurch den Erfolg zu erschweren. Gibt England aber die Hoffnung auf einen durchschlagenden Erfolg im Landkrieg auf, dann verliert das holländische Heer gegenüber England als diplomatischer Faktor wesentlich an Bedeutung und es tritt dagegen die Handelsfrage in den Vordergrund, da England dann versuchen muß, durch eine richtungslose Blockade Deutschlands Friedensbedürfnis zu steigern. Die Entente hat wohl von Anfang des Krieges an mit der Möglichkeit eines Bruches mit Holland gerechnet, jedenfalls damit, daß sie dazu kommen könnte, Forderungen an Holland zu stellen, denen dieses nur unter schwerstem Druck nachgeben würde. Daher hat sie zielbewußt danach gestrebt, durch allerlei Schikanen die Ansammlung größerer Vorräte an wichtigen Nahrungsmitteln (und an Kupfer und Kaustschuk) zu verhindern. Dies führte schon bald zu einem schweren Konflikt mit Holland, worin England zunächst in vieler Hinsicht nachgab, ohne aber das Ziel aus dem Auge zu verlieren. Tatsächlich sind wirklich große Vorräte,

die als diplomatische Faktoren für Holland sehr von großem Wert sein könnten, in Holland, soweit bekannt, nicht vorhanden. Der Niederländische Oerzee-Trust hat leider auch etwas dazu beigetragen, z. B. die Zufuhr von Kaustschuk ohne Notwendigkeit eingeschränkt, und der englischen Regierung damit bessere Dienste geleistet als dem eigenen Vaterlande.

Wie weit die Entente, besonders England, gehen wird, läßt sich nicht beurteilen. Vielleicht hat die ganze Drohung mit einem Angriff auf die Scheldemündung, wovon in Holland die Rede ist, nur den Zweck, Holland in Handelsfragen nachgiebiger zu machen und jedenfalls auf diesen letzten Gebieten vollständig aus der Neutralität hinauszudrängen. Es ist aber, wie schon betont, bestimmt zu erwarten, daß Holland fest bleiben wird. Wenn wirklich vor die Wahl gestellt wird, es vor allem den Krieg mit Deutschland vermeiden. Zwar wird von Entente-Seite verbreitet, in Deutschland herrsche Hungersnot und das Menschenmaterial sei durch große Verluste erschöpft, und diese Ansichten haben durch die holländische Presse große Verbreitung, bei vielen Holländern Glauben gefunden, aber maßgebende Kreise in Holland sind durchaus richtig informiert und werden sich dadurch nicht davon abhalten lassen, die Neutralität Deutschlands gegenüber zu wahren.

Greift England an, so wird Holland sich verteidigen, wobei die Regierung durchaus auf das gegen England tief erbitterte holländische Volk rechnen kann. Dies bedeutet noch nicht, daß Holland dann Deutschlands Bundesgenosse in diesem Kriege wird. Gelinzt es Holland, wie zu erwarten ist, aus eigener Kraft einen englischen Angriff zurückzuweisen, dann dürfte es vielmehr zunächst versuchen mit der Entente wieder auf Friedensfuß zu kommen, unter Wahrung der Neutralität.

## Hollands Maßnahmen zur Wahrung seiner Neutralität.

N. Berlin, 1. April. (Priv.-Tel.) Wenn man die Nachrichten, die seit gestern abend aus Holland eingelaufen sind, des sensationellen Charakters entkleidet, den einzelne von ihnen anfangs hatten, und absieht von den bei solchen Gelegenheiten nicht zu vermeidenden und insofern als unbegründet voreiligen und übertriebenen Gerüchten, so kommt als feststehend das Ergebnis heraus, daß eine außerordentliche Sitzung des Ministerrates und Beratungen der höchsten Militär- und Marinebehörden zum Zweck gewisser militärischer Vorbereitungen und Vorsichtsmaßnahmen stattgefunden haben, die, wenn es nötig werden sollte, eine schnelle Bereitschaft der holländischen Streitkräfte verbürgen. Welchen Fortgang diese Vorbereitungen nehmen werden und ob Ereignisse eintreten werden, die sie als notwendig erweisen, läßt sich noch nicht beurteilen; das bleibt abzuwarten.

Nach den bis jetzt aus dem Haag vorliegenden Mitteilungen ist es nicht wahr, daß England einen Durchmarsch von Holland verlangt habe, und es scheint auch bis jetzt nicht wahr zu sein, daß England allein oder in Verbindung mit anderen Ententemächten eine vollständige Schließung der holländischen Grenze gegen Deutschland in der Form eines Ultimatus verlangt habe. Diese nicht bestätigten Gerüchte lassen aber deutlich erkennen, von wo her möglicherweise die Gefahr kommen könnte, gegen welche die holländische Regierung für alle Fälle Vorsichtsmaßnahmen zu treffen für gut findet. Die Pariser Konferenz der Ententemächte mit Ausnahme Russlands, hat bekanntlich beschlossen, daß ein Hauptziel der wirtschaftlichen Aktion dieser Mächte die Verhinderung der Verproviantierung des Feindes sein solle. Mit anderen Worten: Man will den bis jetzt vergeblich gegen Deutschland versuchten Aushungerungskrieg dadurch verschärfen, daß man den durch England ausgeübten Druck auf den Handel der Neutralen, der schon schwer genug ist, noch verschärft, und in dieser Richtung würde wohl auch ein Ansetzen an Holland, und, man darf annehmen, auch an andere Neutrale, liegen, ihre Grenzen gegen Deutschland vollständig zu schließen und auf jeden Handelsverkehr, soweit er überhaupt noch besteht — und nebenbei bemerkt natürlich nicht nur zum Nutzen Deutschlands, sondern auch der anderen besteht —, vollständig zu verzichten.

Ob nebenher England sich mit dem seit Beginn des Krieges nicht wieder hervorgetretenen Gedanken einer militärischen Aktion gegen Holland mit der Richtung auf die Schelde neuerdings trägt, wird wohl niemand mit Sicherheit sagen können. Immerhin ist bemerkenswert, was der Haager Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ aus bester Quelle gehört hat, daß nämlich das holländische Ministerium Nachrichten über die Möglichkeit einer Landung an der holländischen Küste empfangen habe. Es wird sich bald

herausstellen, ob die Vorsichtsmaßnahmen, die man in Holland verät und vorbereitet, bereits auf Grund irgendwelcher positiver Tatsachen erfolgen oder nur auf Möglichkeiten hin, mit deren Eintreten man rechnen kann.

Holland hat bisher unter nicht geringen Opfern eine korrekte und würdige Neutralität gewahrt und hat dem berechtigten Selbstbewußtsein nichts vergeben, das diesem kraftvollen, auf seine Geschichte stolzen Volke eigen. Obgleich Deutschland aus Gründen, die erst später erörtert werden können, bei einem großen Teil der öffentlichen Meinung in Holland nicht dasjenige Verständnis für seinen Existenzkampf gefunden hat, auf das wir Anspruch zu haben glauben und das uns erwünscht wäre, so ist doch für die Schätzung, die dieser Staat und sein Volk bei uns genießt, die eine Tatsache bezeichnend, daß in Deutschland jetzt weder in politischen Kreisen noch in der Presse, soweit man es bisher übersehen kann, auch nur eine Stimme laut wird, die irgendwie bezweifelte, daß Holland in der weiteren Entwicklung dieses Krieges eine seinen wohlverstandenen eigenen Interessen entsprechende Politik, die es bisher in der Neutralität erlitten hat, entschlossen durchzuführen verstehen wird.

Auch im übrigen sieht man hier ohne Aufregung den Schritten Englands und seiner Verbündeten entgegen, die weniger von Hoffnungen auf gegnerische Erfolge als von der noch immer nicht aufgegebenen Absicht der Aushungerung bestimmt werden. Dieser Aushungerungsversuch ist bisher schon mit völkerrechtswidrigen Mitteln und unter Verletzung des neutralen Handels betrieben worden. Vor der Verhängung einer vollständigen Blockade, die als nicht effektiv völkerrechtswidrig wäre, ist England bisher zurückgeschreckt. Es ist bemerkt worden und vielleicht für die spätere Entwicklung nicht ohne besondere Bedeutung, daß in demselben Augenblick, wo Regierung und Volksvertretung des Deutschen Reiches ausdrücklich beschlossen haben, den U-Boot-Krieg unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu führen, England durch eine neue Einschränkung der Londoner Deklaration die völkerrechtswidrige Blockade beschließt, die den Handel der gesamten Neutralen zu vernichten droht und nach der zutreffenden Meinung eines dänischen Blattes einem weniger zivilisierten und für Völkerrechtsbegriffe fremden Zeitalter angehört. Im weiteren Fortgang der Ereignisse wird die Rückwirkung, die dieser neueste Entschluß Englands auf die Haltung der Neutralen üben wird und, nebenbei bemerkt, auch selbstverständlich auf unsere Haltung, vielleicht von besonderer Bedeutung sein.

## Preßstimmen.

Haag, 1. April. (Priv.-Tel., z.) In der öffentlichen Meinung ist eine Verhöhnung eingetreten. Die Blätter verlangen jedoch einstimmig, daß, wenn es irgend möglich ist, die Regierung dem Lande mitteilen soll, was die Ursache der verschiedenen außergewöhnlichen Besprechungen zwischen den höchsten Regierungs- und Militärbehörden, dem Vorsitzenden der Zweiten Kammer und dem Direktor des Staatsrats der Königin gewesen ist.

Das „Handelsblad“ meint: Sollte die Regierung nicht glauben, daß sie enger mit dem Volke und seiner Ueberzeugung in Berührung komme, wenn sie das gesamte Volk in der Angelegenheit auf dem laufenden hält und nicht allein 150 Mann im Haag? (Die Mitglieder der Zweiten Kammer, die für Dienstag zu einer geheimen Sitzung einberufen werden.) Das „Handelsblad“ sieht jedoch ein, daß es Gründe geben könne, die es wünschenswert machten, vorerst zu schweigen, und wenn man versuchen wolle, eine fremde Macht dazu zu bewegen, einen Beschluß zuzurückzunehmen, dies leichter zu machen sei, wenn dieser Beschluß noch nicht veröffentlicht worden sei. Das „Allg. Handelsblad“ wandte sich an den englischen Gesandten im Haag und fragte ihn, ob es richtig sei, daß die Veränderung in der allgemeinen Lage in Holland durch die Beschlüsse der Pariser Entente-Konferenz hervorgerufen worden sei. Selbstverständlich antwortete der Gesandte im verneinenden Sinne, indem er sagte, es sei ihm weder bekannt, daß irgend ein Beschluß der Pariser Konferenz gefaßt worden sei, noch, daß irgend ein anderer Grund vorhanden sei, der die ausgezeichneten Beziehungen zwischen seiner Regierung und dem niederländischen Volke schädige. Der „Nieuwe Courant“ fügt jedoch hinzu: Wir halten es für unbestreitbar, daß die aus der Pariser Konferenz hervorgehenden Maßnahmen die Niederlande in eine sehr schwierige Lage bringen können. Ob tatsächlich derartige Maßnahmen bereits getroffen worden sind, ist eine andere Frage.

# Richs post.

des Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

## Bezugspreise:

beständig zweimaliger Zustellung  
für Wien: K 3.70  
monatlich . . . . . 11.—  
vierteljährlich . . . . . 22.—  
halbjährlich . . . . . 42.—  
für Oesterreich-Ungarn:  
monatlich . . . . . K 4.20  
vierteljährlich . . . . . 12.—  
halbjährlich . . . . . 24.—  
Bei täglich einmaliger Zustellung  
(das Morgenblatt zugleich mit  
der Nachmittagsausgabe des vor-  
herigen Tages) für auswärts:  
monatlich . . . . . K 3.70  
vierteljährlich . . . . . 11.—  
halbjährlich . . . . . 22.—  
für Deutschland:  
vierteljährlich Kreuzbandsendung  
K 16.—  
und durch die Postämter laut dort  
ausliegender Postzeitungsliste.  
Länder des Weltpostvereines:  
vierteljährlich Kreuzbandsendung  
K 22.—  
und durch die Postämter laut dort  
ausliegender Postzeitungsliste.

ien, Sonntag den 2. April 1916

XXIII. Jahrgang

## Einangriff auf London und Ostengland.

Kann Verluste der Russen bei ihrer Märzoffensive.

en an der russischen und italienischen Front.

### Befehl des russischen Höchstkommandierenden

Armeen an der Westfront vom 4./17. März, 537.

„Truppen der Westfront! Ihr habt vor einem halben Jahre, stark geschwächt, mit einer geringen Anzahl Gewehre und Patronen den Vormarsch des Feindes aufgehalten und, nachdem Ihr ihn im Bezirke des Durchbruches bei Mosca und aufgehalten habt, Eure jetzigen Stellungen eingenommen.

Seine Majestät und die Heimat erwarten von Euch eine neue Heldentat: Die Vertreibung des Feindes aus den Grenzen des Reiches! Wenn Ihr morgen an diese hohe Aufgabe herantretet, so bin ich im Glauben an Euren Mut, an Eure tiefe Ergebenheit gegen den Zaren und an Eure heisse Liebe zur Heimat davon überzeugt, daß Ihr Eure heilige Pflicht gegen den Zaren und die Heimat erfüllen und Eure unter dem Joch des Feindes seufzenden Brüder befreien werdet. Gott helfe uns bei unserer heiligen Sache!

Generaladjutant Evert.“

Freilich ist es für jeden Kenner der Verhältnisse erstaunlich, daß ein solches Unternehmen zu einer Jahreszeit begonnen wurde, der seiner Durchführung von einem Tage an andern durch die Schneeschmelze bedenkliche Schwierigkeiten erwachsen konnten. Die Wahl

In beiden Richtungen hat der Begriff der Souveränität im Verlauf der Weltgeschichte eine sehr interessante, und zwar eine parallelgehende Entwicklung durchgemacht. In Beziehung auf das Innere des Staates hat sich der absolute Gegensatz von Regierenden und Regierten wesentlich ausgeglichen und in Bezug auf das Äußere haben ebenso eingreifend die Staaten fortschreitend auf immer größere Stücke ihrer Selbstherrlichkeit durch Verträge, Bündnisse, Vereinbarungen aller Art verzichtet. In beiden Richtungen ist der Begriff der Souveränität aus einem absoluten immer mehr ein relativer geworden; das ergibt sich als der wesentliche Sinn alles politischen, staatsrechtlichen, internationalen Fortschrittes.

In den antiken Staaten stand nicht nur ein Staat dem andern fast ohne alle Einschränkung seiner Selbstherrlichkeit gegenüber, sondern auch innerhalb des einzelnen Staates stand entweder ein sogenannter Tyrann mit seiner fremden Militärmacht der ganzen übrigen rechtlosen Einwohnerschaft gegenüber, oder eine absolute Aristokratie beherrschte unkontrolliert das Volk; aber selbst in absoluten Demokratien, wie in Athen, beherrschte das Bürgertum die rechtlosen Sklaven und zugleich die auch fast rechtlosen „Bundesgenossen“ als auszusaugende Untertanen. Darum sagte ja Platon, die alten Staaten seien nicht einheitliche Staaten, sondern sie umfaßten zwei feindliche Staaten in gleichen Grenzen. Darum kam ja auch das römische Kaisertum der ganzen Welt so erwünscht, weil es diese aufreibenden Kämpfe zweier Parteien in denselben Städten als eine Art von allgemeinem Volkstribunat aufhob.

Das Mittelalter hat in das innere Gefüge des Staates den fortschrittlichen Begriff der Organisation stärker als zuvor eingeführt und dadurch den Gegensatz zwischen Obherrschern und Untertanen wesentlich ausgeglichen. Denn Organisation ist Wechselseitigkeit, ist die Entsprechung von Pflichten und Rechten, ist das Bewußtsein, daß die höchsten Rechte am stärksten verpflichtet. Die germanischen Staaten des Mittelalters — und alle Staaten Europas waren germanische Gründungen — wirkten dies Prinzip in der Gestalt der „Verfassungen“ aus. Alle Staaten hatten ständische Verfassungen, schon lange vor der Magna Charta in England, vor der Goldenen Bulle in Ungarn, vor der Georgenberger Handfeste für Steiermark (1186).

Neben der Souveränität des organischen Prinzips entwickelte sich seit dem 16. Jahrhundert immer mehr die Macht der öffentlichen Meinung, des Gewissens aller Teile des Volkes, eine Macht, die freilich oft mißbraucht und gefälscht wurde.

Diese irdische tatsächliche Welt geht nicht auf utopische Zustände aus, aber man darf doch sagen, daß sich auf politischem Gebiet immer mehr die Obherrschaft der Ideen des Gerechten, Heilsamen, Guten, des allgemeinen Wohls ausbildet, trotz des Eigennutzes, der Parteilichkeit. Jeder hat heute nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, zu sagen: Der Staat bin ich; das heißt: ich bin durch alle meine Handlungen, Reden und Gedanken mitverantwortlich am Heile des Staates; und wenn Du über die Regierung schimpfst, so schimpfst Du auch über Dich selber; denn Du kannst bei der heutigen Leffentlichkeit alles Lebens durch einen guten Gedanken ebenso den Staat retten, wie ein Minister, und Du kannst durch eine fehlerhafte Agitation den Staat ebenso schädigen, wie nur irgend einer der an verant-

## Der Begriff der Souveränität.

Von Dr. Richard v. Krauß.

Für die weitere Entwicklung der Dinge durch den Weltkrieg ist bereits der Begriff der Souveränität, der unabhängigen Staatsgewalt, so oft in die Erörterung einbezogen worden, daß es vorteilhaft erscheint, diesen Begriff angesichts einer neuen Phase der Kultur genauer zu bestimmen. Wir denken dabei ebenso an den Begriff „Mitteleuropa“ wie an das Verhältnis Oesterreichs zu Ungarn. Das Wort stammt aus dem Mittellateinischen. Aus „Superanus“ ist das italienische „sovrano“, das französische „souverain“ entstanden, aus „Superanitas“ das italienische „sovranita“ und das französische „souveraineté“. Das Klassische Latein hatte dafür den Ausdruck „majestas“, z. B. „majestas populi romani“, „majestas regia“.

Der moderne Begriff der Souveränität umfaßt zwei Rechtsverhältnisse: die Souveränität eines Staates nach außen, die Selbstherrlichkeit in den Beziehungen zu andern Staaten, und die Souveränität im Innern, die Obherrschaft der Regierung, ihre Autorität gegenüber den Regierten.

## Zur Lösung der polnischen Frage

### Ein deutsch-österreichisches Kondominium?

J. G. N. Die Auffassung, welche sich schon zu Beginn des Krieges Bahn zu brechen begann und derzufolge die polnische Frage internationale Bedeutung besitzt und nur auf internationalem Wege ihre Regelung finden kann, ist heute auch in den kriegsführenden Mächten populär geworden. Zugleich mit dieser Auffassung, die in so kräftigem Gegensatz zu dem russischen Standpunkt steht, der die polnische Frage als eine innere russische Angelegenheit ansieht und ihre Lösung keineswegs dem europäischen Forum übertragen will, gewinnt heute die Idee einer Unabhängigkeit Polens in den verschiedenen Lagern Europas — auch im selben Rußland — immer zahlreichere Anhänger und festern Boden. Nicht selten konnten dahin lautende Wünsche in den Ententesstaaten vernommen werden, und die Art, in welcher manche französischen Blätter in der letzten Zeit die Zukunft Polens behandelten, führte zu dem bekannten Erlaß der französischen Zensur, welche der Presse verbot, Artikel über Polen ohne vorherige Genehmigung... der russischen Botschaft in Paris zu veröffentlichen.

Anderer, die Zukunft Polens betreffende Programme suchen zwar den polnischen Interessen und Hoffnungen auf dem Wege von verschiedenen Kompromissen Rechnung zu tragen, doch gehen auch diese aus dem Prinzip einer polnischen Staatlichkeit und vor allem der Unteilbarkeit Russisch-Polens hervor. Unter den vielen Anträgen, die sonst noch zur Lösung der polnischen Frage erfolgten und den verschiedenen Möglichkeiten, die sich bei deren Erwägung erschließen, ist die Eventualität der Errichtung einer im Völkerrecht „Kondominium“ genannten gemeinsamen Herrschaft Deutschlands und Österreich-Ungarns über das von ihnen eroberte Russisch-Polen bisher nicht ernstlich in Betracht gezogen worden, unter anderem deshalb nicht, weil sie die beiden genannten Grundlagen der Lösung der polnischen Frage — die Gründung einer polnischen Staatlichkeit und die Unteilbarkeit des russisch-polnischen Territoriums — direkt in Abrede stellt, indem sie sie auf paradoxem Wege scheinbar erhalten, in Wirklichkeit jedoch völlig unterdrücken würde. Es bleibt zu erwarten, daß dieser Gedanke in den Verhandlungen über die Zukunft Polens auch weiterhin nicht einer ernsten Diskussion unterworfen wird, am allerwenigsten in dieser Form, wie ihn die in Berlin erschienene Broschüre „Die polnische Frage“, die den deutschen Publizisten und Mitherausgeber der „Zeitschrift für Politik“, Dr. Adolf Grabowsky, zum Verfasser hat, der Öffentlichkeit unterbreitet.

Der in dieser Schrift enthaltene Plan bedeutet im Grunde nichts anderes als eine Teilung Russisch-Polens zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, wobei «pour garder les apparences» zu der begraben Form des Kondominiums gegriffen werden soll. Diese völkerrechtliche Erfindung, die seinerzeit von Preußen und Österreich mit unheilvollen Folgen in Schleswig-Holstein zur Anwendung gebracht wurde, scheint dem Verfasser der genannten Schrift dazu geeignet, sowohl die polnischen, wie auch die deutschen und österreichisch-ungarischen Interessen zu wahren und somit die beste Lösung der verwickelten polnischen Frage zu sein. Die Errichtung dieses Kondominiums stellt er sich ungefähr so vor: Die Verwaltung der an Deutschland grenzenden Gebiete Russisch-Polens übernimmt Deutschland, die der an Österreich angrenzenden Österreich. Dazu wäre durch die im Kriege bereits erfolgte Verwaltungstrennung des besetzten Gebietes eine gute Grundlage geboten. Die Landesangehörigen sind zum Militärdienst verpflichtet, und zwar werden die Einwohner des unter der deutschen Verwaltung stehenden Teils in die deutsche, die andern in die österreichische Armee eingereiht. Die polnischen Regimenter bleiben dabei in ihrer Mehrzahl nicht etwa im Lande stehen, sondern werden über Deutschland und Österreich-Ungarn zerstreut. „Dennoch“, sagt die Broschüre, „bleibt aber Russisch-Polen — das ist nachdrücklich zu betonen — ein Ganzes“. Die gemeinsame Gebietshoheit läßt das gemeinsame Gebiet rechtlich ungeteilt, gibt dagegen jeder Macht die Freiheit, in ihrem Verwaltungsteil die eigenen Angelegenheiten dieses Teils zu besorgen. Dagegen besitzt das gesamte Gebiet eine gemeinsame Gesetzgebung, und was daraus folgt, eine gemeinsame „Staatsangehörigkeit“, oder besser „Landesan-

gehörigkeit“. Genau so, wie es eine bosnische Landesangehörigkeit gibt. Die polnische Bevölkerung — sagt weiter der Verfasser — darf nicht in den Glauben kommen, daß sie von oben herab regiert wird, sie muß fühlen, daß sie an ihrem eigenen Gemeinwesen beteiligt ist. Zu Beginn wird man sich mit einem polnischen Beirat zu Gesetzgebungszwecken begnügen müssen, nach und nach wird man zu immer höheren Stufen der politischen Mitwirkung am Gesetzgebungswerk vorschreiten. Der Schlüsselpunkt der Entwicklung wird dann das selbständige polnische Parlament sein, dessen Wirkungskreis sich auf die speziellen Landesangelegenheiten erstrecken wird.

Die Broschüre Dr. Grabowskys ist von mancher Seite zwar als ein belangloses Kuriosum hingestellt worden, hat jedoch andererseits bereits mehrere Widerlegungen erfahren, welche — von den polnischen Stimmen abgesehen — meistens von österreichischer Seite herkommen. Wie sich die Polen dem Plan eines solchen Kondominiums gegenüberstellen, liegt für jedermann auf der Hand, der die politischen Hoffnungen und Forderungen und die Gesichte dieses ruhm- und leidenvollen Volkes und dessen Recht auf Selbständigkeit kennt und anerkennt. Eine Teilung Polens, denn eine solche würde die Einführung des Kondominiums in allen Einzelheiten bedeuten, müßte von dem ganzen polnischen Volke als eine Katastrophe angesehen werden, auch dann, wenn einzelnen Teilen Polens staatsrechtliche Vorteile geboten würden, von denen aber in dem uns vorliegenden Falle nicht die geringste Rede sein kann. Den Polen eine Stellung einräumen, wie sie die bosnische Bevölkerung genießt, bedeutet keinesfalls die Lösung dieses nationalpolitischen und geschichtlichen Problems. Es aber noch weiter zu verwickeln, würde nicht nur eine Ungerechtigkeit gegenüber den Polen bedeuten, sondern auch sonst politisch die unliebsamsten Folgen nach sich ziehen müssen. Die Wiener „Reichspost“, die zu dem Vorschlag Dr. Grabowskys energisch Stellung genommen hat, schreibt darüber: „Wir hören seit langer Zeit, daß Polen in der Zukunft zu einer starken Festung werden soll, deren Aufgabe darin bestehen würde, die Weststaaten gegen Rußland zu beschützen. Es besteht hier jedoch die Gefahr, daß gewisse Kreise in Deutschland die Frage zu oberflächlich behandeln, obwohl sie die in eigenem Lande gemachten Erfahrungen etwas anderes befehlen sollten. Kann man annehmen, daß Polen zu dieser Festung durch bloße Befestigung seiner Grenzen und Einreihen seiner Bürger in die Armeen der Zentralmächte werden könnte? Nein. Eine unerläßliche Bedingung dazu ist die moralische Gesinnung Polens, welches aus eigenem Interesse, aus eigenem Triebe eine Annäherung an die Zentralmächte suchen müßte. Geschieht das nicht — fährt das Wiener Blatt fort —, so bleibt die polnische Frage weiter bestehen und verliert nichts von ihrer drohenden Bedeutung. Wir würden durch die Verwirklichung des uns vorliegenden Planes eine neue Teilung Polens durchführen, welche alle bisherigen Teilungen Polens übersteigen würde, indem wir seinen größten Teil zwischen Österreich und Deutschland teilen würden, ohne diese Territorien mit den polnischen Provinzen, die bereits Deutschland und Österreich gehören, zu vereinigen.“

Die „Reichspost“ bemerkt sodann, daß ihr Artikel von einem Deutschen und nicht etwa von einem Polen herrühre, und verurteilt aufs schärfste das Projekt des Kondominiums, welches schon seiner Konstruktion nach nicht verwirklicht werden könnte und geeignet sei, in erster Reihe den Interessen der Zentralmächte zu schaden. „Die Polen — sagt das Blatt — würden gegen eine solche Absicht mit der größten Entrüstung auftreten, so daß unsere Feinde kein besseres Mittel finden könnten, um die Polen von der Lust einer Anlehnung an die Zentralmächte in radikaler Weise zu heilen.“ In der Tat kann man sich kaum einen Plan denken, der in Polen eihmütiger verurteilt würde, wie es kaum einen andern gibt, der so weit von den Begegnungen entfernt wäre, auf denen die Lösung der polnischen Frage im einen oder andern Sinne erwartet werden kann.

## Zur Lage auf dem Balkan.

In seinem im Dritten Morgenblatt vom Sonntag bereits publizierten Bericht über die militärisch-politische Gesamtlage im Orient kommt der Konstantinopler Korrespondent des "Nieuwe Rotterdamse Courant" auch auf die Situation im näheren Osten zu sprechen, deren Entwicklungsmöglichkeiten er in sorgfältiger Abwägung betrachtet. Er schreibt von Sofia aus und zunächst unter dem Gesichtspunkte künftiger bulgarischer Politik. In seinem Bericht heißt es:

In Salonik stehen immer noch die Franzosen und die Engländer, verstärkt sich dort immer mehr, breiten die Bekämpfung griechischen Gebietes immer mehr nach Westen und Osten aus und werden dadurch mit jedem Tage eine ernstere Bedrohung für die Verbindungslinie nach Konstantinopel. Daß die Zentralmächte sie dort nicht lassen können, ist selbstverständlich, und alles wird denn auch mit der besten deutschen Genauigkeit und Vorsicht vorbereitet und geordnet, um sie von dort zu vertreiben, nachdem am 12. Dezember das letzte französische Detachement wieder über die griechische Grenze zurückgezogen war. Die bestehende Eisenbahnlinie ist dafür wieder ganz hergestellt. An verschiedenen Orten sind neue Wechsellagerplätze angelegt, die Stationsgebiete sind erweitert, Seitenlinien mit Normalspur und Kleinspur angelegt, und vor allem ist ganz Süd-Mazedonien mit einem Begleitzug versehen, hinreichend für den lebhaftesten Verkehr der schwersten Frachtautomobile. Was in dieser Hinsicht in einer Zeitspanne von knapp zwei Monaten durch die kräftig zusammenarbeitenden deutschen, österreichischen und bulgarischen Pioniertruppen zustande gebracht worden ist, grenzt an das Unglaubliche. So kann man in der gegenwärtigen, für den Zustand der Wege so ungünstigen Jahreszeit in zehn Stunden zu Auto von Petritsch hart an der griechischen Grenze nach Sofia kommen (170 Kilometer) und in 24 Stunden von Monastir nach Sofia (300 Kilometer), was vor drei Monaten zu Achse vollkommen unmöglich war und wofür man verschiedene Tage, sei es zu Pferd oder auf einem großen Umwege mit der Eisenbahn, nötig gehabt hätte. Durch die Schaffung der guten Verkehrsverbindungen ist die Zufuhr von Artillerie jeden Kalibers und die Versorgung mit allem Nötigen für die große Heeresmacht, die für die Expedition gegen Salonik bestimmt ist, sichergestellt.

Wie die Heeresmacht zusammengesetzt sein wird, kann man noch nicht sagen. Man weiß noch nicht mit Sicherheit, welche Haltung die Griechen einnehmen und beobachten werden, wann die Streitmacht der Mittelmächte vor Salonik erscheinen wird und die Stadt selbst in Besitz nimmt. Auch ist noch nicht entschieden, ob die Bulgaren von Anfang an oder überhaupt an der Expedition teilnehmen werden, oder ob sie sich darauf beschränken werden, in der Reserve zu bleiben und den Etappenendienst zu sichern. Die Bulgaren haben an der Vertreibung der Entente-Truppen aus Salonik bloß ein indirektes Interesse. Der direkte Verkehr von Bulgarien mit Mitteleuropa kann von dort aus nicht unterbrochen oder bedroht werden. Außerdem sind ihre Stellungen auf den Rändern des Grenzgebirges so stark, und jetzt auch so gut mit allem Verteidigungsmaterial versehen, daß sie ein Angriff vom Süden her wenig oder gar nicht zu fürchten haben, solange die Griechen nicht gemeinsame Sache mit der Entente machen und die Entente nicht so viele Truppen heranzuführen kann, um beispielsweise von Kavalla und vielleicht auch von Porto-Lagos aus einen Angriff in den Rücken der bulgarischen Stellungen zu unternehmen, oder das Gleiche zu versuchen durch ein Vorrücken im Westen gegen Monastir. Das ist jedoch sehr unwahrscheinlich und wird denn auch nicht befürchtet. Im Gegenteil hält man die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß, wenn die deutsche Offensive in Nordostfrankreich mit der Eroberung von Verdun gekrönt wird, das französisch-englische Expeditionskorps in Salonik eher vermindert wird, vielleicht sogar zurückgezogen, um die französische Westfront zu verstärken. Sein Erfolg in Salonik durch den sogenannten, wieder schlagfertig gemachten Restbestand des serbischen Heeres, wovon einige italienische Blätter sprechen, wird hier von niemandem ernst genommen. Sollten aber die Hellenen an der Seite der Entente gegen die Mittelmächte die Waffen ergreifen, dann würden die Bulgaren aller Wahrscheinlichkeit nach sofort und kräftig an der Aktion gegen Salonik teilnehmen. Die Bulgaren sind mit dem, was sie bis jetzt erobert haben, zufrieden, und alle wünschen aufrichtig nichts weiter und mehr, als daß man sie im ruhigen und unbestrittenen Besitz davon läßt, und daß sie zu seiner Sicherung keine weiteren Opfer zu bringen brauchen. Von Bulgarien wird denn auch nichts geschehen, was die Beziehungen guter Nachbarschaft mit Griechenland stören könnte. Man glaubt hier gar nicht zu dürfen, daß in Athen dieselbe Gesinnung vorherrscht.

In italienischen und französischen Blättern stand in diesen Tagen zu lesen, die Bulgaren hätten auf Mittelalbanien und Valona ein Auge geworfen, um auf diese Weise Bulgarien auch bis an die Adriatische See auszubreiten und es so an drei Meere grenzen zu lassen. Dieser Plan sei durch die Zentralmächte, namentlich durch Deutschland, ermuntert worden, das auf diese Weise Bulgarien für seine Teilnahme an der Expedition gegen Salonik habe belohnen oder schadlos halten wollen. Von alle dem ist kein Wort wahr. Zunächst würde es sicher gar nicht in die Politik der Donaumonarchie passen, die Bulgaren an die Adriatische See zu lassen. Albanien wird augenblicklich von den Oesterreichern erobert in der deutlichen Absicht, jeden anderen davon fern zu halten und nach dem Kriege darüber in Uebereinstimmung mit den Wünschen und Interessen der Monarchie verfügen zu können. Daß die Bulgaren von Dibra und dem Ochridasee aus in Albanien bis nach Elbassan vorgerückt sind mitten in das Land hinein, war für sie eine unangenehme Notwendigkeit, wie die Anwesenheit serbischer Streitkräfte gebot, die sich dort festgesetzt hatten und die den Kern hätten abgeben können, um den sich die flüchtigen serbischen Truppen hätten sammeln können. In diesem Falle wäre die serbische Streitmacht eine ernstere Bedrohung der rechten Flanke des bulgarischen Heeres in Mazedonien geworden. Die Armee von Köweß war damals noch in Montenegro beschäftigt, und man konnte nicht abwarten, bis sie sich damit hätte abgeben können. Jetzt, wo die Oesterreicher und Ungarn zur Stelle sind, denkt hier niemand daran, noch einen Meter weiter in Albanien zu gehen und noch einen einzigen Mann dafür zu opfern. Die Bulgaren gehen durchaus nicht darauf aus, die von ihnen so ganz verschiedenen Albaner als gleichberechtigte Landsleute zu bekommen. Sie wollen sie wohl als Nachbarn haben und dann so freundschaftliche und enge Beziehungen wie möglich mit ihnen unterhalten und ihnen helfen, wirklich einen selbstständigen Staat zu gründen und sich als unabhängiges Volk zu erhalten. Die Erklärungen, die in der letzten Zeit der Ministerpräsident Dr. Radoslawow und andere führende politische Persönlichkeiten in diesem Sinne abgegeben haben, sind aufrichtig gemeint und geben die wirklichen Gefühle des bulgarischen Volkes wieder. Aus dem gleichen Geiste heraus hat die Regierung den albanischen Patrioten auch erlaubt, sich hier in Sofia zu einem Kongreß zu vereinigen, um die Zukunft des unabhängigen Albanien zu besprechen und festzustellen, was von jetzt ab geschehen muß, um diese zu sichern. Die bekanntesten Persönlichkeiten der albanischen Bewegung haben in der vergangenen Woche an diesem Kongreß teilgenommen. So bald als möglich werden die bulgarischen Truppen aus Albanien zurückgezogen werden. Der Zeitpunkt wird abhängen davon, ob die Bevölkerung mehr oder minder rasch zur Ruhe kommt und ob die Möglichkeit und die Gefahr sich verringert, daß das Land noch einmal von der einen oder anderen Seite von außen her in Unruhe gebracht werden kann. Möglich ist auch, daß die Armee des Generalsobersten von Köweß, nachdem sie in Albanien ihre Aufgabe beendet hat, angewiesen wird, bei der Expedition gegen Salonik den Feind über Monastir oder süßlich des Ochrida- und Prespassee in der linken Flanke anzugreifen und daß in diesem Falle die Bulgaren es auf sich nehmen werden, in Albanien für die Handhabung der Gesetze zu sorgen und Wacht zu halten. Gleichwohl wird man dann ebenso wenig wie bei einer eventuellen Teilnahme an der Salonik-Expedition für diesen die Interessen Bulgariens nicht unmittelbar berührenden Zweck nicht mehr Truppen abziehen wollen, als gerade nötig ist. Die Streitmacht des Landes muß möglichst verfügbar bleiben, um eventuellen

Feinde von anderer Seite sogleich entschieden entgegenzutreten zu können.

Man hat hierbei Rumänien im Auge, wo seit einigen Wochen die Hezerei der Entente und der ihr ergebenden Kreise im Lande gegenüber Bulgarien wieder Proportionen angenommen hat, die hier Veranlassung zu einiger Unruhe und zu großer Wachsamkeit geben. In Bularest wird verlündet, eine große Offensive der Russen gegen die Bulowina, die diesmal unwiderstehlich sein soll, stehe bevor, und Rumänien müsse sich daher jetzt entschieden dieser anschließen, um nicht die Aussicht zu verpielen, seine nationalen Wünsche und Absichten auf Kosten der zu den Mittelmächten gehörenden Nachbarstaaten zu befriedigen. Der Führer der russenfreundlichen Partei, Filipescu, soll in dieser Richtung vom Zaren und den führenden Persönlichkeiten in Petersburg die entscheidendsten Informationen und Zusagen erhalten haben. Zugleich versichert die Entente in Bularest, Bulgarien sei abgetan und also nicht mehr zu fürchten, und ein Feldzug auf dem anderen Donauufer werde auf nicht viel mehr Widerstand stoßen, als der berühmte militärische Spaziergang von 1913. Obwohl man hier den Wunsch aufrecht hält, das Gebiet der Dobrußja, das Bulgarien 1913 genommen worden ist, wieder zurückzuerhalten, so hofft man doch, das bei der Neueinteilung der Karte der Balkanhalbinsel auf gutlichem Wege zu erreichen, wenn beispielsweise Rumänien dafür Bessarabien erhalte, das für die Rumänen in jeder Hinsicht viel größeren Wert hat. Dafür einen Krieg mit Rumänien anzufangen, wünscht man hier nicht. Wenn aber Rumänien seiner Zeit Bulgarien zum Kriege reizt und zwingen sollte, dann ist man hier bereit und gerüstet, den Handschuh aufzunehmen in der Hoffnung, dann nicht allein den 1913 verlorenen Teil, sondern die ganze Dobrußja bis an die St. Georgsmündung der Donau Bulgarien einzuverleiben. Außer allem anderen steht als Reserve für den äußersten Fall die durch die Türken in Thrakien belassene Armee zur Verfügung, um den Feind, Rumänien und über Keni zu Hilfe gelommene Russen nicht allein über die Grenze zurückzutreiben, sondern um ihn auf eigenem Gebiete zu schlagen. Ueber all das ist man in Bularest natürlich auch vollkommen informiert, und man vertraut denn auch hier in Sofia, daß auch jetzt wieder die Regierung und der König allen Treibereien gegenüber standhaft bleiben und das Volk überzeugen können, daß das Festhalten an der Politik abwartender Neutralität immer noch das Beste und Vorteilhafteste ist.

# ung

ter Zeitung.)

zimmer 40, 41, 42, 43.

## Preis der Anzeigen:

Kolonelzelle 60 J., Abendbl. 75 J.,  
Reklamen 42 —, Abendbl. 42-50,  
Familienanzeigen 41 —, Platz- u.  
Daten-Vorschriften ohne Verbind-  
lichkeit. — Anzeigen nehmen an:  
Unsere Expeditionen in Frankfurt  
a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,  
Malz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauer-  
straße 16/18, Dresden-A: Taisen-  
hausstr. 25, München: Petrusstr. 5,  
Offenbach: Biebererstr. 34, Stutt-  
gart: Poststraße 7, Zürich: Nord-  
straße 62. Uns. übrig, Agentur,  
u. d. Annonc.-Exped. Ferner in  
New York: 30 Broad Street.  
Verlag u. Druck der Frankfurter  
Sozialitäts-Druckerei G. m. b. H.  
Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

## Die politische und wirtschaftliche Zukunft Bulgariens.

Von Arthur Die (Sofia).

### I. Die politische Zukunft.

Am Anschluß an die hochbedeutende Aussprache zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren Ferdinand in Nisch am 18. Januar 1916 hat der Ministerpräsident Radoslawow in der bulgarischen Volksvertretung das „Kriegsziel“ des Landes klar und unzweideutig ausgesprochen und der einmütige Beifall der Sobranie hat es gebilligt. Kaiser Wilhelm hat dem Zaren der Bulgaren die Zusicherung gemacht, daß die von den bulgarischen Heeren eroberten Gebiete zweifelsfreier Besitz des Landes sein und bleiben sollten, und Dr. Radoslawow seinerseits hat der wiederholten Unterstreichung dieser kaiserlichen Zusage hinzugefügt, daß Bulgarien darüber hinaus weitere Erwerbungen nicht erstrebe. Das Land wolle in Frieden und Freundschaft mit Rumänien und Griechenland leben, und es wünsche ferner ein selbständiges Albanien. Damit ist also das bulgarische Kriegsziel scharf umrissen und kein beamteter oder nichtbeamteter Bulgare nimmt auf dieser Grundlage irgend welchen Anstoß an der Besprechung der künftigen Staatsgrenzen. Betrachtungen über die außerpolitische Zukunft Bulgariens haben also den Vorteil, daß von vornherein keine Meinungsverschiedenheit darüber herrscht, von welchem Landgebiet insgesamt die Rede sein soll. Wenn der Krieg nicht auf dem Balkan noch irgend eine Wendung nehmen sollte, die, gar mit weitausgreifenden Folgen, zu vermuten kein Anlaß vorliegt, dann wird man als das größere Bulgarien demnach folgende Länder anzusprechen haben: Alt-Bulgarien nach der durch den Bukarester Frieden geschaffenen Lage, dazu die freiwilligen Abtretungen der Türkei im Marika-Kriege bei Adrianopel, Ostserbien und das im Bukarester Frieden serbisch gewordene Binnenland Mazedoniens. Das amtliche Bulgarien erklärt sich hiermit für „saturiert“ und lehnt es — unter beifälliger Zustimmung der Sobranie — ab, sein Augenmerk etwa auf solche Gebiete zu richten, die im Bukarester Frieden durch Rumänien und Griechenland mit Erfolg beansprucht wurden. Es lehnt auch ab, sich etwa durch Süd-Albanien bis an die Adria ausbreiten zu wollen. Die bulgarischen Staatsmänner bewerten ein freundschaftliches Verhältnis sowohl zu Rumänien wie zu Griechenland höher, als jede etwaige Steigerung des Landgewinns, und selbst zur nationalen Einheit geworden, begünstigt das bulgarische Volk auch die nationale Selbständigkeit Albanien. Gleichwohl kann Bulgarien, am Ziel seiner Wünsche angelangt, das Schwert noch keineswegs in die Scheide stecken. Noch sitzen die Engländer und Franzosen in Salonik und eine bulgarische Abrüstung könnte sie jeden Tag zu einem Einfall in Mazedonien ermuntern. Noch wühlen die Entente-Agenten in Bukarest, erstreben die Russen den Durchmarsch durch die Dobrudscha, bedrohen ihre Kriegsfahrzeuge den Hafen von Varna. Zwischen Bulgarien und seinen Verbündeten bedarf es keines Abkommens gegen einen Sonderfrieden; die bulgarischen Staatsmänner wissen genau, wie dringend die eigenen Lebensinteressen ihres Landes die bulgarische Bereitschaft erheischen, bis die Russen das Schwert in die Scheide gesteckt, die Engländer und Franzosen den Heimweg aus Salonik angetreten haben, und bis auch die albanische Frage gelöst ist.

Wenn der Wetterwinkel Europas endlich einmal für absehbare Zeit Ruhe finden soll, so ist dieses Ziel sicherlich nicht besser erreichbar als auf dem vom Zaren Ferdinand und seinem bewährten Ministerpräsidenten eingeschlagenen Wege. Bulgariens Kriegsziel war ein doppeltes: Befreiung Mazedoniens und unmittelbare Nachbarschaft der großen Donaumonarchie ohne serbische Barre. Beides ist erreicht. Nun hat Bulgarien die Grenzen, die es haben wollte, und nur völlige Verblendung seiner neutralen Nachbarn durch die Entente-Treibereien könnte das Balkanproblem wieder verwirren; sicherlich zum Schaden etwaiger neuer Unruhestifter, die Bulgarien auf der Höhe seiner Kraft und Entschlossenheit antreffen würden. Ruhige, sachliche Beurteiler in den neutralen Nachbarländern werden nicht anstehen, der maßvollen bulgarischen Politik höchste Anerkennung zu zollen. Man muß mit eigenen Augen gesehen haben, mit wie freudigem Stolz und wie kraftstrotzend die Jungmannschaft des Jahrgangs 1916 zu den Fahnen eilte. Die Tatsache allein, daß Bulgarien trotz der raschen Folge dreier Kriege nicht gezwungen war, diesen Jahrgang vorzeitig zu den Waffen zu rufen, sondern daß er jetzt erst planmäßig ausgehoben wird, zeugt von der durchaus ungebrochenen, blühenden Volkskraft Bulgariens.

# Der Reichskanzler über unsere Friedensziele.

Reichstagsitzung vom 5. April.

Am Bundesratssitz: Der Reichskanzler, der Kriegsminister, alle Staatssekretäre und die preußischen Minister.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung. — Das Andenken der verstorbenen Abgg. Birkenmeyer (Str.) und Obkircher (ntlb.) wird in üblicher Weise geehrt.

Zur Beratung stehen die **Etats für den Reichskanzler und für das Auswärtige Amt.**

Berichterstatter sind die Abgg. Graf Praschma (Str.) und Wassermann (ntlb.).

Der Reichshaushaltsausschuß beantragt, folgende Erklärung dem Reichskanzler zu übermitteln:

Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe gegen die englische auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen unseren militärischen Machtmitteln, so auch von den Unterseebooten denjenigen Gebrauch zu machen, der die Erreichung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die für die Seegelung Deutschlands erforderliche Freiheit im Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren.

Als Erster in der allgemeinen Besprechung ergreift das Wort

**Reichskanzler v. Bethmann Hollweg.**

(Die Rede haben wir bereits in einem Teil unseres gestrigen Abendblattes wiedergegeben.)

Meine Herren! Als ich vor einem Vierteljahr vor Ihnen sprach, habe ich mich bestrebt, Ihnen auf Grund nüchternen Tatsachen ein Bild der militärischen Lage zu geben. Die Ereignisse haben die Zuversicht, mit der ich damals sprechen konnte, gerechtfertigt. Das Dardanellenunternehmen unserer Feinde hat mit einem Fiasco geendet. Nach dem siegreichen serbischen Feldzug, in dem an unserer und Oesterreich-Ungarns Seite das bulgarische Heer unergieblichen Ruhm geerntet hat, sind Montenegro und Albanien ganz in den Händen unserer Bundesgenossen. (Beifall.) Die Engländer bemühen sich nach wie vor um die Befreiung ihrer in Kut-el-Amara eingeschlossenen Armee. Den Russen ist es zwar gelungen, sich mit vielfacher Uebermacht Erzzerum zu bemächtigen, aber starke türkische Kräfte verbieten ihnen ein weiteres Vordringen. (Beifall.) Ebenso wie die russischen Anstürme in Ostgalizien sind die immer erneuten Angriffe der Italiener auf der Isonzolinie an der zähen Tapferkeit der österreichisch-ungarischen Truppen abgeprallt. (Beifall.) Mit unerhörten Anstrengungen haben die Russen auf langer Front ihre Sturmkolonnen auch gegen unsere Linien vorgeschickt; vor Hindenburg und seinen Tapferen sind sie unter ungeheuren Verlusten zusammengebrochen. (Stürm. Beifall.) Von den Regierungen ist den feindlichen Völkern eingeredet worden, wir gingen mit unserer militärischen Kraft dem Ende entgegen, wir hätten keine Mannschaften mehr, die Moral unserer Truppen fange an, sich zu zermürben. Nun, ich denke,

**die Schlacht vor Verdun**

belehrt sie eines Besseren. (Sehr richtig!) Die mit genialer Umsicht vorbereiteten Operationen werden von heldenmütigen Truppen durchgeführt, die gegen einen mit aufopfernder Tapferkeit kämpfenden Feind Vorteil um Vorteil erringen. (Beifall.) So ist die militärische Lage auf allen Fronten sehr gut und durchaus den Erwartungen entsprechend.

Wenn wir das hier zu Hause aussprechen — welchen Dank, welchen heißen Dank müssen wir an unsere Krieger und ihre Führer draußen hinausenden, die nun schon im zwanzigsten Kriegesmonat draußangerisch und todesmutig wie am ersten Tage die Heimat mit Leib und Seele schirmen. (Lebhafte Beifall.) Unsere Feinde glauben, das, was sie nicht mit den Waffen verwirklichen können, durch unsere Absperrung und Aushungerung erreichen zu können. Ich habe es verstanden, daß unsere Gegner im Jahre 1915 von dieser Hoffnung nicht lassen wollten, aber ich verstehe es nicht, wie kühle Köpfe nach den Erfahrungen des Jahres 1915 an dieser Hoffnung noch festhalten können! (Sehr richtig!) Unsere Gegner vergessen, daß unser Staatswesen dank der organisatorischen Kraft der ganzen Bevölkerung den schweren Fragen der Verteilung der Lebensmittel gewachsen ist. Sie vergessen, daß das deutsche Volk über eine gewaltige moralische Reserve verfügt, die es befähigt, die in den letzten Jahrzehnten stark gestiegene Lebenshaltung einzuschränken. Es ist doch erträglich, wenn wir z. B. in der Frage des Fleischgenusses, aber auch in anderen Lebensbedingungen, vorübergehend auf die Zustände in den sebziger Jahren zurückkehren, und ich sollte meinen, unsere Feinde werden sich erinnern, daß das damalige Geschlecht noch kräftig genug war, um starke Schläge auszuhalten. (Sehr richtig!)

Die Monate, die wir jetzt durchleben — ich spreche das offen aus — sind ich wieder. Sie bringen Beschränkungen in manchem Haushalt, Sorge in manche Familie, aber um so voller und dankbarer ist unsere Bewunderung für den Opfermut, für die Hingabe an das Vaterland, mit der die Armen und die minderbemittelte Bevölkerung sich in die schwere Zeit schiden und bereit sind, in diesem Kampf um unser Dasein auch das Schwerste auf sich zu nehmen. (Beifall.) Nach den Berichten vom ganzen Lande ist anzunehmen, daß die Arbeit der Dabeimgebliebenen ihre Früchte bringen wird, wenn der Himmel uns weiter seinen Segen gibt.

Es ist viele Jahre her, daß die Saatstandsberichte zu dieser Zeit ein so hoffnungsfreudiges Bild geben konnten, wie es jetzt der Fall ist. (Hört! Hört!) Die Getreideernte von 1915 war eine der schlechtesten seit vielen Jahrzehnten, und doch reichen wir nicht nur mit unserem Brotgetreide, sondern werden mit einer stattlichen Reserve in das neue Erntejahr hinübergehen. (Bravo!)

**Die landwirtschaftliche Kraft Deutschlands**

Bewährt sich aufs neue. Wie wir bisher ausgekommen sind, so werden wir auch weiter auskommen.

In dem Bestreben, uns auszuhungern und abzusperrern und den Krieg auf das ganze deutsche Volk, auf unsere Frauen und unsere Kinder auszudehnen, ist England und seine Verbündeten über alle Rechte der Neutralen zum Handel und Verkehr mit den mitteleuropäischen Staaten zur Tagesordnung übergegangen. Die amerikanische Note vom 5. November 1915, die jene zutreffende Darstellung der englischen Völkerrechtsverletzungen enthält, ist, soviel bekannt, bis zum heutigen Tage von der englischen Regierung nicht beantwortet worden. (Lebhaftes Hört, hört!) Wie diese, so haben auch die übrigen Proteste der Neutralen bei unseren Feinden keinen anderen Erfolg als den weiterer Neutralitätsverletzungen. Ist doch England so weit gegangen, daß es selbst menschenfreundliche Betätigungen amerikanischer Philantropen, wie die Zufuhr von Milch für die deutschen Kinder einfach verboten hat. (Hört, hört!) Die letzte Ordre of council bedroht den Handel der neutralen Häfen mit neuen völkerrechtswidersprechenden Verschärfungen der Blockaderegeln, wegen deren Verletzung die amerikanische Regierung bereits früher Einspruch erhoben hat.

Meine Herren, kein ruhiger Neutraler, mag er uns wohlgesinnt sein oder nicht, kann von uns verlangen, daß wir uns gegen diesen völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieg nicht unsererseits zur Wehr setzen (leb. Zustimmung), kann von uns erwarten, daß wir die Mittel der Abwehr über die wir verfügen, uns entwinden lassen. Wir wenden diese Mittel an und wir müssen sie anwenden. (Sehr richtig!) Wir erkennen die berechtigten Interessen der Neutralen am Weltverkehr und am Weltverkehr an, aber wir erwarten, daß die Rücksicht, die wir nehmen, von ihnen verstanden und unser Recht, ja unsere Pflicht anerkannt wird, gegen diese nicht nur dem Völkerrecht, nein, der einfachsten Menschlichkeit höhnsprechende Aushungerungspolitik unserer Feinde mit allen Mitteln Ver geltung zu üben. (Lebh. Bravo.)

Seit ich zuletzt hier sprach, sind wir genötigt gewesen, Portugal den Krieg zu erklären. Sie haben gehört, welche Reihe von Neutralitätsverletzungen Portugal sich hat zuschulden kommen lassen. Der unter Salutsschiffen höhnend bewerkstelligte Raub unserer Schiffe hat dem Fuß den Boden ausgeschlagen. Portugal hat unter der Einwirkung Englands gehandelt, England aufs neue seine liebevolle Protektion der kleinen Staaten bewiesen. (Sehr gut!)

Als ich am 9. Dezember hier

**unsere Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen**

erklärte, sagte ich, daß ich eine gleiche Bereitwilligkeit bei den Regierungen der feindlichen Länder nirgends erkennen konnte. Daß ich recht hatte, hat alles gezeigt, was inzwischen geschehen ist und was wir aus dem Munde der feindlichen Staatsmänner vernommen haben. (Sehr richtig!)

Die Reden, die in London, Paris, Petersburg und Rom gehalten worden sind, sind so eindeutig, daß ich darauf nicht zurückzukommen brauche. Nur ein Wort an die Adresse des englischen Ministerpräsidenten Herrn Asquith: Auf seine persönlichen Invektiven antworte ich nicht (Bravo!) weil ich persönliche Verunglimpfungen des Gegners auch im Kriege nicht für würdig halte. (Sehr gut!) Aber sachlich will ich ihm kurz antworten. Für Herrn Asquith ist die vollständige und endgültige Zerstörung der militärischen Macht Preußens die Vorbedingung aller Friedensverhandlungen. Gleichzeitig aber vermisst Herr Asquith in meiner Rede deutsche Friedensangebote. (Weiterleit.) Ueber Friedensangebote zu verhandeln, die von der einen Seite gemacht würden, dazu sei jede Partei bereit. Ja, meine Herren, gesetzt nun einmal, ich schlage Herrn Asquith vor, sich mit mir an einen Tisch zu setzen und über die Möglichkeit eines Friedens zu verhandeln, und Herr Asquith begänne mit der Forderung der endgültigen und vollständigen Zerstörung der Macht Preußens: das Gespräch wäre zu Ende, noch ehe es begann. (Lebh. Zustimmung.) Auf solche Friedensbedingungen bleibt uns nur eine Antwort, und diese Antwort teilt unser Schwert. (Lebh. Beifall.) Wenn unsere Feinde das Blutvergießen, das Menschenmorden, die Verwüstung Europas weiter fortsetzen wollen, sie trifft die Verantwortung. Wir stehen unseren Mann und unsere Armeen wird zu immer stärkeren Schlägen aus-holen. (Lebh. wiederholter Beifall.)

Wenn Ausbruch des Krieges habe ich an das Wort Moltkes erinnert, daß wir noch einmal in blutigen Kämpfen würden verteidigen müssen, was wir 1870 errungen haben. Für die Wahrung der Einheit und Freiheit Deutschlands sind wir, die ganze Nation geschlossen wie ein Mann, in den Kampf gezogen. Dieses einige und freie Deutschland ist es, das unsere Feinde vernichten wollen. Ohnmächtig soll Deutschland wieder werden wie in vergangenen Jahrhunderten, den Machtgelüsten der Nachbarn ausgesetzt, der Prügelschlinge Europas, auch noch nach dem Kriege in der Entfaltung seiner wirtschaftlichen Fähigkeiten ewig in Fesseln geschlagen. Das verstehen unsere Feinde unter der Vernichtung der militärischen Macht Preußens. Sie werden sich die Köpfe einrennen. (Lebh. Beifall.) Was wollen wir dagegen?

**Sinn und Ziel dieses Krieges**

Ist uns ein Deutschland, so fest gefügt, so stark beschirmt, daß niemand wieder in die Versuchung gerät, uns vernichten zu wollen, daß jedermann in der weiten Welt unser Recht auf Betätigung unserer friedlichen Kräfte anerkennen muß. Dieses Deutschland, nicht die Vernichtung fremder Nationen, ist das, was wir erreichen wollen. (Sehr wahr!) Und es ist das zugleich die Rettung des in seinen Grundfesten erschütterten europäischen Kontinents. Was kann die feindliche Koalition Europa bieten? Rußland das Schicksal Polens und Finnlands, Frankreich die Präntention der Hegemonie, jener Hegemonie, die unser Elend war, England die Zersplitterung, den Zustand dauernder Reizbarkeit, den es das Gleichgewicht auf dem europäischen Kontinent zu nennen beliebt, und der die letzte und innerste Ursache für all das Unheil gewesen ist, das in diesem Krieg über Europa und über die Welt gekommen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Hätten sich die drei Mächte nicht gegen uns zusammengeschlossen, nicht versucht, das

Rad der Geschichte in ewig verflorenen Zeiten zurückzudrehen, dann hätte sich der europäische Friede durch die Kräfte stiller Entwicklung allmählich gefestigt. Das zu erreichen, war das Ziel der deutschen Politik vor dem Kriege. Wir können, was wir haben wollen, durch friedliche Arbeit haben. Die Feinde haben den Krieg gewählt.

Abg. Dr. Liebknecht: Sie haben den Krieg gewählt. — Or. Unruhe im Hause. — Zurufe: Lausbub, Lump.)

Präsident Dr. Kaempf ruft den Abg. Dr. Liebknecht zur Ordnung.

Reichskanzler (fortfahrend): So muß der stille Friede Europas aus den Gräbern von Millionen erstehen. Zu unserer Verteidigung sind wir ausgezogen, aber das, was war, ist nicht mehr, die Geschichte ist mit ehernen Schritten vorwärtsgegangen, es gibt kein Zurück. Unsere und Oesterreich-Ungarns Absicht ist es nicht gewesen,

**die polnische Frage**

aufzurollen, das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harret der Lösung. Deutschland und Oesterreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. (Bravo!) Den Status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Nach dem Kriege wird ein neues sein; das Polen, auf das der russische Tschinownik (Polizeibeamter) unter Erpressungen und Ausraubungen seinen Fuß gesetzt, das der Kosak brennend und sengend verlassen hat, ist nicht mehr. Selbst Mitglieder der Duma haben offen anerkannt, daß sie sich die Rückkehr des Tschinownik, seitdem Deutschland und Oesterreich-Ungarn ehrlich für das unglückliche Land gesorgt haben, nicht mehr vorstellen können. Herr Asquith spricht in seinen Friedensbedingungen von dem Prinzip der Nationalität.

Wenn er das tut, und wenn er sich in die Lage des unbeflegten und unbeflegbaren Segners versetzt, kann er dann annehmen, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinen Bundesgenossen befreiten Völker zwischen dem Baltischen Meer und den Wolhynischen Sümpfen freiwillig wieder dem reaktionären Rußland ausliefern wird, mögen es Polen, Balten, Litauer oder Letten sein? (Bravo!) Nein, Rußland darf nicht zum zweiten Male seine Heere auf die ungeschützte Grenze Ost- und Westpreußens aufmarschieren lassen (Bravo), nicht noch einmal mit französischem Gelde Deutschland als Einfalltor benutzen und in das ungeschützte Weichsland einrücken. (Erneuter Beifall.) Und wenn jemand glaubt, daß wir die im Westen besetzten Länder, auf denen das Blut unseres Volkes geflossen ist, ohne völlige Sicherung für unsere Zukunft freigeben werden — wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht englisch-französischer Vasallenstaat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Bollwerk gegen Deutschland ausgebaut wird. (Bravo!) Auch hier gibt es keinen Status quo ante! (Bravo!) Auch hier kann Deutschland das lange niedergehaltene flämische Volkstum nicht wieder der Verwelschung preisgeben. (Lebhafte Beifall. Abg. Liebknecht: Heuchelei!) Wir wollen eine ihrer Anlage und Entwicklung entsprechende auf der Grundlage ihrer Sprache und ihrer innerlichen Einheit gesicherte Nation.

Wir wollen keine Nachbarn, die sich aufs neue gegen uns zusammenschließen, um uns zu erdroffen, wir wollen Nachbarn, die mit uns und mit denen wir zusammen arbeiten, zu unserem gegenseitigen Nutzen. (Stürm. Beifall.)

Liebknecht: Die Sie dann überfallen, Ueberfall auf Belgien! Ein Mitglied des Zentrums ruft dem Abg. Liebknecht zu: Gehet Sie doch nach Rußland!

Reichskanzler (fortfahrend): Hat nicht friedliche deutsche Arbeit, friedlicher deutscher Fleiß in Antwerpen weiter mitgearbeitet an der Wohlfahrt des Landes? (Sehr richtig!) Sind wir nicht auch jetzt während des Krieges bestrebt, das Leben des Landes wieder aufzurichten, soweit wie möglich? (Erneute Zustimmung.) Die Erinnerung an diesen Krieg wird in dem schwer heimgesuchten Lande lange nachkittern. (Liebknecht: Ihre Schuld!) Wir können es nicht zulassen, im heiderseitigen Interesse nicht, daß daraus wieder neue Kriege heroorwachsen können.

Meine Herren, ich möchte hierbei noch eine andere Frage berühren. Die

**russische Regierung**

Ist seit Beginn des Krieges mit allen Kräften bestrebt gewesen, die Deutschen russischer und deutscher Staatsangehörigkeit zu berauben und zu verjagen. Es ist unser Recht und unsere Pflicht, von der russischen Regierung zu verlangen, daß sie das gegen alles Menschenrecht begangene Unrecht wieder gut macht (Bravo) und unseren verjagten und gepinigten Landsleuten die Tür aus der russischen Knechtschaft öffnet. (Lebh. Beifall.)

Das Europa, das aus dieser ungeheuerlichsten aller Krisen entstehen wird, wird in vielen Stücken dem alten nicht gleichen. Das geflossene Blut kommt nie, das vergangene Gut nur langsam wieder; aber wie es auch sein möge, es muß für alle Völker, die es bewohnen,

**ein Europa der friedlichen Arbeit**

werden. (Beifall.) Der Friedensschluß, der diesen Krieg beendet, muß ein dauernder sein, er darf nicht den Keim zu neuen Kriegen, sondern den einer neuen, endgültigen, friedlichen Ordnung der europäischen Dinge in sich tragen.

Abg. Liebknecht: Machen Sie das deutsche Volk erst frei — Glode des Präsidenten. — Abg. Liebknecht wiederholt trotz anhaltenden Läutens des Präsidenten seinen Zuruf.

Präsident Dr. Kaempf: Ich rufe Sie zur Ordnung. Sie stören die Ordnung des Hauses in unerhörter Weise!

Zuruf: „Schmeißt ihn doch mal raus!“



6./IV. 1916

Die Rede des Kanzlers im Reichstag

# Die Rede des Kanzlers im Reichstag.

Vor dem Reichshause stauen sich Menschen. Zuerst ein paar Wissende, aufmerksame Zeitungsläser, die den bedeutsamen Augenblick wenigstens von der Straßenseite aus in sich aufnehmen wollen; dann der Haufen, der überall stehen bleibt, wo andere auf etwas warten, und wo demnach vermutlich allerlei zu sehen sein wird. Auch die üblichen Schutzleute fehlen nicht, und am Südeingang haben sogar zwei Sanitäter in voller Kriegsbemalung Posto gefaßt. Ob sie annehmen, daß dieser oder jener derer, die hier, mit der landesüblichen Maske in der Hand und dem Ernst des Tages angemessener Feierlichkeit durch die Pforte wollen, so verbeugt und zugedeckt wieder zum Vorschein kommen könnte, daß er einen barmherzigen Samariter zu schätzen wüßte? Im Saal oben sieht es dann ja in der Tat ein paar Minuten lang so aus, als ob ein Zweikampf im hohen Hause nicht ganz außerhalb des Bereichs der nächsten Möglichkeiten läge. In der Wandelhalle offenbart sich der bekannte Ansturm unverbesserlicher Optimisten, Männlein und Weiblein, die von dem Glauben nicht lassen können, ihr hitziger Eifer um den Besitz einer Karte zu der Galerie werde schließlich doch noch in letzter Minute irgendwen rühren. Doch die Stätten ihres Sehens sind längst überfüllt, das Haus selbst ist voll besetzt, und auf der Bundesrattribüne ist es schwarz von dem Gewimmel des großen ministeriellen Vortritts. Eine Rede des deutschen Reichskanzlers im gegenwärtigen Moment ist eine feierliche Kundgebung des Reichs an Freund und Feind, an Inland und Ausland; dem politischen Akte gebührt eine angemessene Aufmachung, und sie ist, wie der Anblick des Hauses zeigt, glänzend Tat geworden. In der Hof- und der Diplomatensloge hohe Offiziere und allerlei politisch angehauchte Damen neben dem, was von der Vertretung fremder Staaten und Mächte nicht besonderer Umstände halber längst fern von Spree-Madrid die Lüfte anderer Breiten und Zonen atmet. Generaloberst v. Moltke ist da; und der amerikanische Botschafter hat seine angeblich unheilswangere Loga frühlingsmäßig mit einem zarten Blümlein geschmückt. Um drei Uhr blihen die Bogenlampen auf; „der Herr Reichskanzler hat das Wort“. Generalsuniform. Feldgrau. Er spricht frisch, mit starker Betonung und Geste. Bald folgt der erste Beifall ein; und in regelmäßigem Rhythmus dröhnt er dann durchs Haus. Herr v. Bethmann-Hollweg übt von jeher die Kunst, seine Worte so zu setzen, daß jeder, gleichviel, wo er sitzt, das zu hören meint, was er gern hören möchte. So manches nachdrucksvolle Bravo, das ihm zugerufen wird, bedeutet eine Auslegung der Worte des Redners, auf die dieser selbst, bei Lichte besehen, sich keineswegs festgelegt hat. Alles, von Heydebrandt bis Haase, lauscht in atemloser Erwartung dieser längst ersehnten Aufklärung oder nimmt sie wenigstens in würdiger Ruhe entgegen; nur Liebknecht kann es sich nicht verlagern, seine monomanische Einspinnereigenschaft durch alberne Zwischenrufe in Erinnerung zu bringen. Die präsidierende Erzzeugin ist hilflos; mit lauter Klingel, unverständlicher Stimme und eilichen Ordnungsrufen bemüht er sich vergeblich, den höchsten Beamten des Reichs in solcher Stunde vor der Pöffenreiherei des kraushaarigen Herostraten zu schützen. Entrüstung tobt durch das Haus; und ausgesprochene Wut packt namentlich die Zentrumsbayern in seiner Nähe. „Laßt mich aus; jezt lang' ich ihm eine!“ schreit einer; „ich halt's net mehr aus.“ Er springt auf und will sich auf den hinverbrannten Störenfried stürzen; seine Freunde halten ihn, und so muß er es beim Drohen mit der geballten Faust bewenden lassen. Auch der oberbayerische Schulmann Kerfchensteiner erinnert sich heimischer guter Art; „jawohl, haut ihm eine runter!“ schließt er sich seinem Vorredner an. Für Liebknecht tritt niemand ein. Selbst die um Haase bleiben still; sein abenteuerndes Aufbegehren findet diesmal nicht das geringste Echo im deutschen Reichstag. Wer draussen noch immer Lust hat, ihn ernst zu nehmen, mag seine Schlüsse daraus ziehen. Schließlich wird es wieder ruhig, der Kanzler, der während der Störungen voll Haltung einfach schweigt, kommt zum Schluß, und das Haus quittiert durch abermaligen entschlossenen Beifall. Der Abg. Spahn spricht einige der Lage entsprechende, allerdings nur sehr bedingungsweise verständliche Worte, Ebert entwickelt nicht ungeschickt den Standpunkt der genössiischen Mehrheit; dann wird vertagt. Nach einer Stunde und noch später haben die Gruppen in der Wandelhalle, in denen Abgeordnete und Zeitungsläser den Inhalt der Kanzlerrede klarzustellen bemüht sind, sich nicht verlaufen.

forderrichte Freiheit in Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren.  
Der Ausschuß beantragt ferner die Eingabe des Prof. Schäfer in Berlin zur U-Boot-Frage für erledigt zu erklären.

## Rede des Reichskanzlers.

Der Präsident erteilte sofort dem Reichskanzler das Wort.

### Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg:

Meine Herren: Als ich vor einem Vierteljahr vor Ihnen sprach, habe ich mich bestrebt, Ihnen an der Hand nüchternen Tatsachen ein Bild der militärischen Lage zu geben. Die Ereignisse haben die Zuversicht, mit der ich damals sprechen konnte, gerechtfertigt. (Beifall.) Das Dardanellenunternehmen der Feinde ist mit einem Fiasko ohnegleichen zu Ende gegangen. Nach dem siegreichen serbischen Feldzuge, in dem neben unseren und den österreichisch-ungarischen Truppen das bulgarische Heer Seite an Seite mit uns unvergänglichen Ruhm erlangt hat, ist Montenegro und Nordalbanien in die Hände unserer Bundesgenossen gekommen. (Beifall.) Die Engländer bemühen sich nach wie vor um die Befreiung ihrer in Kut-el-Amara eingeschlossenen Armee. Den Russen ist es zwar gelungen, sich mit einer vielfachen Uebermacht Erzerums zu bemächtigen, aber starke türkische Kräfte verbieten ihnen ein weiteres Vordringen. (Beifall.) Ebenso wie die russischen Anstürme in Ostgalizien sind auch die immer erneuten Angriffe der Italiener auf die Sontzolinie an der ähnen Tapferkeit der österreichisch-ungarischen Truppen abgeprallt. Mit unerhörter Anstrengung haben die Russen auf langer Front ihre Sturmkolonnen auch gegen unsere Linien vorgeführt.

### Vor Hindenburg und seinen Tapferen

sind sie unter ungeheuren Verlusten zusammengebrochen. (Beifall.)

Meine Herren, von den Regierungen ist den feindlichen Völkern eingeredet worden, wir gingen mit unserer militärischen Kraft zu Ende, wir hätten keine Mannschaften mehr, die Moral unserer Truppen fange an sich zu zermürben. Nun, meine Herren, ich denke, die Schlachten vor Verdun belehrten Sie eines Besseren! (Sehr richtig!) Die mit genialer Umsicht vorbereitete Operation ist von den heldenmütigen Truppen durchgeführt, die gegen einen mit aufopferndem Mut kämpfenden Feind Vorteil um Vorteil erringen. (Beifall.) So ist die militärische Lage auf allen Fronten sehr gut und durchaus unseren Erwartungen entsprechend. Meine Herren, wenn wir das hier zu Hause aussprechen, welchen Dank, welchen heißen Dank müssen wir an unsere Krieger und ihrer Führer draußen hinausenden, die nun schon im zwanzigsten Kriegsmonat draußängereich wie am ersten Tage die Heimat mit Leib und Seele beschirmen. (Lebhafter Beifall.) Unsere Feinde glauben, daß, was sie nicht mit den Waffen verwirklichen können, durch unsere Usperrung und Aushungerung zu erreichen. Ich habe es verstanden, daß unsere Gegner im Jahre 1915 von dieser Hoffnung nicht lassen wollten, aber ich verstehe es nicht, wie kühle Köpfe nach den Erfahrungen des Jahres 1915 an dieser Hoffnung noch festhalten. (Sehr richtig!) Unsere Gegner vergessen, daß unser Staatswesen dank der organisatorischen Kraft der ganzen Bevölkerung den schweren Fragen der Verteilung der Lebensmittel gewachsen ist, sie vergessen, daß das deutsche Volk auch über eine gewaltige moralische Reserve verfügt, die es befähigt, die in den letzten Jahrzehnten stark gestiegene Lebenshaltung, nun es not tut, auch wieder einzuschränken. Meine Herren, es ist doch erträglich, wenn wir zum Beispiel in der Frage des Fleischgenusses, aber auch in anderen Lebensbedürfnissen vorübergehend auf den Zustand der siebziger Jahre zurückkehren. Ich sollte meinen, unsere Feinde werden sich daran erinnern, daß das damalige Geschlecht doch auch kräftig genug war, um starke Schläge auszuhalten. (Sehr gut!)

Meine Herren, die Monate, die wir jezt durchleben — ich spreche das offen aus —, sind schwer. Sie bringen Beschränkungen in manchen Haushaltungen und Sorge in manche Familie. Aber um so voller und dankbarer ist unsere Bewunderung für den Opfermut, für die Hingabe an das Vaterland, mit der die arme und die minderbemittelte Bevölkerung sich in diese schwere Zeit schickt und bereit ist, in diesem Kampf um unser Dasein auch das Schwerste auf sich zu nehmen. (Beifall.) So, meine Herren, lauten die Berichte aus dem ganzen Lande. Aber sie befagen zugleich, daß die Arbeit der Daheimgebliebenen ihre Frucht bringen wird, wenn der Himmel unseren Feldern seinen Segen schenkt. Einstimmig wird bekundet,

### die Winterjaaten stehen gut.

und es ist viele Jahre her, daß die Saatenstandsberichte zu dieser Zeit ein so hoffnungsfreudiges Bild geben konnten, wie es jezt der Fall ist. (Beifall.)

Die Getreideernte von 1915 war eine der schlechtesten seit vielen Jahrzehnten, und doch reichen wir nicht nur mit unseren Brotgetreidevorräten, sondern werden mit einer stattlichen Reserve in das neue Erntejahr hinübergehen. (Beifall.) Die landwirtschaftliche Kraft Deutschlands bewährt sich aufs neue. Wie wir bisher ausgekommen sind, so werden wir auch weiter auskommen.

In dem Bestreben, uns auszuhungern und abzusperrern, den Krieg auf das ganze deutsche Volk mit Frauen und Kindern auszudehnen, ist

### England

mit seinen Verbündeten über alle neutralen Rechte auf Handel und Verkehr mit den mitteleuropäischen Staaten zur Tagesordnung übergegangen. Die amerikanische Note vom 5. November 1915, die eine zutreffende Darstellung der englischen Völkerrechtsverletzungen enthält, ist, soweit bekannt, bis zum heutigen Tage von der englischen Regierung nicht beantwortet worden. (Lebhaftes Hört! Hört!) Wie dieser, so haben auch die übrigen Proteste der Neutralen bei unseren Feinden keinen anderen Erfolg als den weiterer Neutralitätsverletzungen. Ist doch England so weit gegangen, daß es selbst menschenfreundliche Betätigungen amerikanischer Philanthropen, wie die Zuführung von Milch an die deutschen Kinder, einfach verboten hat. (Hört, hört!) Die letzte Order in Council bedroht den Handel nach den neutralen Häfen mit neuen, dem Völkerrecht widersprechenden Verschärfungen der Blockaderegeln, gegen deren Verletzungen die amerikanische Regierung bereits früher Einspruch erhoben hat. Meine Herren, kein ruhig urteilender Neutraler, mag er uns wohlgefällig sein oder nicht, kann von uns verlangen, daß wir uns gegen diesen völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieg nicht unfer-

seits zur Wehr setzen (Zustimmung), kann von uns erwarten, daß wir die Mittel der Abwehr, über die wir verfügen, uns entwinden lassen. (Lebhaftes Zustimmung.) Wir wenden diese Mittel an und müssen sie anwenden. (Erneute Zustimmung.)

Meine Herren, wir erkennen die berechtigten Interessen der Neutralen am Welthandel und an der See an, aber wir erwarten, daß die Rücksicht die wir nehmen, von ihnen verstanden und unser Recht wie unsere Pflicht anerkannt wird, gegen diese, nicht nur dem Völkerrecht, nein, der einfachsten Menschlichkeit hohnsprechende Aushungerungspolitik unserer Feinde mit allen Mitteln Vorgehung zu üben. (Zustimmung und stürmischer Beifall.)

Meine Herren, seit ich zulezt hier sprach, sind wir genötigt gewesen,

### Portugal

den Krieg zu erklären. Sie haben gehört, welche Reihe von Neutralitätsverletzungen Portugal sich hat zuschulden kommen lassen. Der unter Salutschüssen höhnisch bewerkstelligte Raub unserer Schiffe hat dem Fasse den Boden ausgeschlagen. Portugal hat unter der Einwirkung Englands gehandelt. England hat aufs neue seine liebevolle Protektion der kleineren Staaten bewiesen. (Sehr richtig!)

Meine Herren, als ich am 9. Dezember hier unsere Bereitwilligkeit erklärte, über Frieden zu verhandeln, sagte ich, daß ich eine gleiche Bereitwilligkeit bei den Regierungen der feindlichen Länder nirgends erkennen könne. Daß ich recht hatte, hat alles gezeigt, was inzwischen geschehen ist und was wir aus dem Munde der feindlichen Staatslenker vernommen haben. Die Reden, die in London, in Paris, in Petersburg, in Rom gehalten worden sind, sind so eindeutig, daß ich nicht darauf zurückzukommen brauche. Nur ein Wort an die Adresse des englischen Ministerpräsidenten Herrn Asquith. Auf seine persönlichen Invektiven antworte ich nicht (Beifall), weil ich persönliche Berührungspunkte des Gegners auch im Kriege nicht für würdig halte. (Sehr gut!) Aber sachlich will ich kurz antworten.

Für Herrn Asquith ist die vollständige und endgültige Zerstörung der militärischen Macht Preußens die Vorbedingung aller Friedensverhandlungen. Gleichzeitig vermißt Herr Asquith in meiner Rede deutsche Friedensangebote (Lachen); über Friedensangebote zu verhandeln, die von der anderen Seite gemacht werden, dazu sei jede Partei bereit. Ja, meine Herren, gesetzt nun einmal, ich schlage Herrn Asquith vor, sich mit mir an einen Tisch zu setzen und die Möglichkeit eines Friedensschlusses zu besprechen und Herr Asquith begänne mit einer vollständigen Zerstörung der Macht Preußens — das Besprechen wäre zu Ende, ehe es begonnen hätte. (Sehr richtig!) Auf solche Friedensbedingungen bleibt uns doch nur eine Antwort. Diese Antwort erteilt unser Schwert. (Laute Zustimmung.)

Meine Herren, wenn unsere Feinde das Blutvergießen, das Menschenmorden, die Verwüstung Europas weiter fortsetzen wollen — ihrer ist die Schuld! Wir stehen unseren Mann, und unser Arm wird zu immer stärkeren Schlägen ausholen. (Stürmischer Beifall, Händeklatschen auf den Tribünen.)

Meine Herren, beim Ausbruch des Krieges habe ich an das Wort Moltkes erinnert, daß wir noch einmal in blutigem Kampf würden verteidigen müssen, was wir im Jahre 1870 errungen haben. Für die Wahrung der Einheit und Freiheit Deutschlands sind wir, die ganze Nation, geschlossen wie ein Mann, in den Kampf gezogen, und dieses einige und freie Deutschland ist es (Abg. Dr. Liebknecht: Frei?!), das unsere Feinde vernichten wollen. Ohnmächtig soll Deutschland wieder werden wie in vergangenen Jahrhunderten, den Machtgelüsten der Nachbarn ausgelegt, der Prügellunge Europas, auch noch nach dem Kriege in der Entfaltung seiner wirtschaftlichen Fähigkeiten ewig in Fesseln geschlagen. Das verstehen unsere Feinde unter der Vernichtung der militärischen Macht Preußens. Sie werden sich die Köpfe einrennen. (Stürmischer Beifall.)

Meine Herren, was wollen wir dagegen? Sinn und Ziel jedes Krieges ist uns ein Deutschland, so festgefügt, so stark geschützt, daß niemand wieder in die Versuchung gerät, uns vernichten zu wollen, daß jedermann in der weiten Welt unser Recht auf Betätigung unserer friedlichen Kräfte anerkennen muß. (Starker Beifall.) Dieses Deutschland, nicht die Vernichtung fremder Nationen, ist das, was wir erreichen wollen, und es ist das zugleich die Rettung des in seinen Grundfesten erschütterten europäischen Kontinents. (Lebhaftes Zustimmung.)

Meine Herren, was kann eine feindliche Koalition Europa bieten? Rußland: das Schicksal Polens und Finnlands, Frankreich: die Präntation der Hegemonie, jener Hegemonie, die unser Elend war, England: die Zersplitterung, den Zustand dauernder Reizbarkeit, den es das Gleichgewicht auf dem europäischen Kontinent zu nennen beliebt, und der die letzte und innerste Ursache für all das Unheil gewesen ist, das in diesem Krieg über Europa und über die Welt gekommen ist. (Lebhaftes: Sehr richtig!) Wenn diese drei Mächte sich nicht gegen uns zusammenschließen, nicht versucht hätten, das Rad der Geschichte in ewig verfloßene Zeiten zurückzudrehen, dann hätte sich der europäische Friede durch die Kräfte stiller Entwicklung allmählich gebessert. Das zu erreichen, war das Ziel der deutschen Politik vor dem Kriege. Wir konnten, was wir haben wollten, durch friedliche Arbeit haben. Die Feinde haben den Krieg gewählt. (Abg. Dr. Liebknecht: „Sie haben ihn gewählt!“ Ungeheure Entrüstung, stürmische Pfui!-Rufe, Rufe: hinaus mit dem Burschen! Lump! Lausbub! Großer Lärm. Präsident Dr. Kaempf ruft den Abg. Dr. Liebknecht zur Ordnung.)

Wie soll Europa aus dieser Flut von Blut und Tränen, aus den Gräbern von Millionen erstehen?

Zu unserer Verteidigung sind wir ausgezogen. Aber das, was war, ist nicht mehr. Die Geschichte ist mit ehernen Schritten vorwärtsgegangen. Es gibt kein Zurück.

Unsere und Oesterreich-Ungarns Absicht ist es nicht gewesen,

### die polnische Frage

aufzurollen. Das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harri der Lösung. Deutschland und Oesterreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. (Stürmischer Beifall.) Den status quo ante kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht. (Lebhaftes Rufe: Sehr gut!) Das Polen nach dem Kriege wird ein neues sein. Das Polen, das der russische Tschinownik gebrandschaft und um Gelder gepreßt hat, — das der russische Kofat brennend und raubend verlassen hat, dieses Polen ist nicht mehr. Selbst Mitglieder der Duma haben offen anerkannt, daß sie sich die Rückkehr des Tschinownik

## Sitzungsbericht.

39. Sitzung. Mittwoch, den 5. April 1916.

Das Haus und die Tribünen sind überfüllt.

Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann-Hollweg, Helfferich, v. Jagow, v. Capelle, v. Loebell, v. Wandel, Visco, Kraetke, v. Schorlemer, v. Trotti zu Solz, Beseler, Havenstein, Wahnschaffe.

In der Diplomatensloge wohnen der amerikanische Botschafter Gerard und der griechische Gesandte den Verhandlungen bei.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 3/4 Uhr mit der Mitteilung von dem Hinscheiden der Abgeordneten Birkenmeyer (Zt.) und Obtkcher (nl.).

### Der Haushaltsplan für den Reichskanzler und die Reichskanzlei sowie für das Auswärtige Amt.

Die Beratung über diese Haushaltspläne wird verbunden. Zur Verhandlung steht auch der U-Boot-Antrag, auf den sich alle Reichstagsparteien mit Ausnahme der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft geeinigt haben. Dieser Antrag aus dem Hauptausschusse lautet:

Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffe gegen die englische auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegsführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen unseren militärischen Machtmitteln, so auch von den Unterseebooten denjenigen Gebrauch zu machen, der die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten, die für die Seegelung Deutschlands er-

# Die Kriegsziele im Reichstag.

ung, vom Donnerstag, dem 6. April 1916, nachm. 1 Uhr.

Bundesratspräsident: Reichskanzler v. Bethmann  
Reg., die Staatssekretäre v. Jagow, Helfferich,  
Selle, Solf, Kraetke und mehrere preussische Staats-

rent Dr. Raempf eröffnete die Sitzung.

neine Besprechung

## Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes.

(Zweiter Tag.)

rent Dr. v. Payer (Bpt.): Auf die Unterseeboot-Angelegen-  
e ich mit keinem Worte ein, nachdem in der Kommission  
nigung erzielt ist, die uns befriedigt. Ich kann darauf  
leichter verzichten, als die Bedeutung dieser Frage für  
innere und äußere Politik durch die gestrigen Ausführ-  
des Reichskanzlers eine erhebliche Verminderung erfahren  
das diese Rede selbst anlangt, so ist allein schon die Tat-  
die verbündeten Regierungen über das, was sie wollen,  
Schleier ein wenig gelüftet haben, nicht ganz unerheb-  
te Herren in Berlin, die alles wissen, ahnen gar nicht, wie  
durstig die sind, die draußen sind und nichts wissen, und  
ganze Jahr wie ein Spielball zwischen Hoffnung und  
zwischen Irrtümern und Mißverständnissen hin- und her-  
n werden. (Lebh. Zustimmung.) Es ist nicht Neugierde,  
se Leute leidet, sondern es kommt da die Sorge zum Aus-  
seifeite geschoben zu werden, während man mit tätig sein  
Dienste der Allgemeinheit. (Beifall links.) Bisher waren  
durch die Mitteilung von Friedenszielen seitens  
Regierung nicht gerade verwöhnt. Wir geben auch ruhig zu,  
sere Regierung ein wesentlich schwereres Amt hat als die  
ungen der feindlichen Länder, die sich über die von ihnen  
ten Gebiete ihre Köpfe nicht zu zerbrechen brauchen.  
rit) und deren Programm, die Vernichtung Deutschlands,  
und glatt zu formulieren ist. Ein Echo aber wird die Rede  
Reichskanzlers bei allen finden, auch bei denen, die mit ihm  
n allen Punkten übereinstimmen, nämlich, daß man aus  
tsache der

### endlichen Erwähnung der Kriegsziele

die verbündeten Regierungen im Reichstage einen Schluß  
darf auf die Hoffnungen der verbündeten Regierungen, daß  
riede sich nähert. (Zustimmung.) Und weiter darf  
wohl aus der Tatsache, daß der Reichskanzler gestern uns  
riegsziele mitgeteilt hat, die Ueberzeugung der verbündeten  
ungen herauslesen, daß keine Macht der Feinde im Stande  
ird, uns das wieder zu entreißen, was wir bereits besitzen.  
allseitige Zustimmung.) Was die Rede in sachlicher Bezie-  
anlangt, so war ihr vor allem zu entnehmen, daß der status  
ate nicht wiederkommen wird. Das ist ganz sicher eine un-  
liche Wahrheit. Im Osten dürfen die befreiten Völker  
wieder unter die Herrschaft des reaktionären Rußland kom-  
und die Grenzen Ost- und Westpreußens müssen geschützt  
n; es muß nach dem Frieden ein Belgien geben, das zwar  
immer ein Belgien ist, das aber innerlich und äußerlich  
ist, als das Belgien vom August 1914 war. Wenn man  
ziele ins Auge faßt, so wird man der Reichsleitung auf der  
Seite Besonnenheit nicht abprechen können. (Sehr richtig!  
auf der anderen Seite aber wird man auch die Kraft aner-  
müssen, die in diesen Worten liegt, und die nicht überein-  
e mit dem Vorwurf der Kraftlosigkeit, der von gewisser  
gegen die Regierung erhoben worden ist. (Lebh. Zustimmung  
Hätte die Reichsleitung die gestrigen Mitteilungen uns  
rühler geben können, sie hätte sich manchen Vorwurf erspart.  
Konnte natürlich in der Reichskanzlerrede nicht enthalten  
enn das, was kommen wird, hängt ja nicht allein von uns  
serem Willen ab, sondern ist von der Mitwirkung anderer  
ig.

Aber die Rede schafft nach verschiedenen Hinsichten Klarheit. Die  
Volkspartei kann darauf hinweisen, daß, was die Regierung  
will, im wesentlichen auch wir erstreben. Etwaige Erweiterungen  
oder Bedenken im einzelnen anzudeuten, kann hier nicht unsere  
Aufgabe sein. Die Fragen sind noch nicht reif. Wie aber wird  
das Programm des Reichskanzlers auf die Feinde wirken? Wird  
es den Frieden befördern oder verzögern? Das müssen wir ab-  
warten. Jedenfalls können wir mit ruhigerer Zuversicht abwarten  
als unsere Feinde. (Lebhafte Zustimmung.) Vielleicht sind sie  
auch den

### realpolitischen Ausführungen des Reichskanzlers

zugänglicher als seinen rein idealen Versicherungen der Friedens-  
geneigtheit im vorigen Jahre. Jedenfalls kann der Friede nicht  
auf der Grundlage gemacht werden, wie der Antrag Bern-  
stein und Genossen es nahe legen. Gewiß wäre es schlimm, wenn  
der Friede nicht kommen kann, weil man sich über die Etiketten-  
frage, wer das erste Wort sprechen soll, nicht verständigen kann.  
Richtig ist auch, daß der Stärkere die Hand leichter bieten kann,  
wie der Schwächere, aber Voraussetzung ist, daß auch auf der  
anderen Seite eine Geneigtheit besteht, in vernünftige Friedens-  
verhandlungen einzutreten. (Sehr richtig!) Solange dieser Wille  
fehlt, bleibt uns nichts übrig, als durch die Tat, militärisch unserem  
Gegner diesen Willen beizubringen. (Lebh. Zustimmung.) In dieser  
Richtung werden Sie Beruhigung aus den Tatsachen schöpfen  
können, die der Reichskanzler Ihnen vorgetragen hat. (Zustim-  
mung.)

Auch die Neutralen erleiden in diesem Kriege ein wahres  
Martyrium. Man erweist ihnen im allgemeinen keinen Dienst,  
wenn man hier von ihnen und ihren Verhältnissen redet. Ich  
will es nur ausnahmsweise tun, diese Ausnahme ist gerechtfertigt  
durch den derzeitigen Zustand des neutralen Holland. Die  
Presse auf diesen Staat ist in einem Stadium angelangt, daß  
Holland sich gezwungen sieht, seine Küsten und die Scheldemün-  
dung militärisch zu schließen, nicht gegen das Deutsche Reich,  
sondern gegen England und seine Bundesgenossen. (Lebh.  
Sehr richtig!) Wir sollten an den Leiden Hollands nicht schweigend  
vorübergehen, sondern zum Ausdruck bringen, daß wir uns nicht  
nur stammverwandt mit den Holländern fühlen, sondern daß wir  
wissen, daß Holland nicht für sich allein zu leiden hat, sondern  
auch für uns. (Lebh. Zustimmung.) Man will ihm die Rehle  
zuschneiden, damit dem Deutschen Reiche der Atem ausgeht. (Lebh.  
Sehr richtig.) Ich bringe den tiefen Respekt vor der starken Kraft  
zum Ausdruck, mit der das holländische Volk seit je gegen seine  
Bedränger sich für seine Selbständigkeit eingesetzt hat. (Lebh.  
Beifall.)

Auch

### die Vereinigten Staaten

hat der Reichskanzler erwähnt. Dort überschüttet der Krieg das  
Volk mit Schätzen und der Wohlstand ist größer als je vorher. Er  
wird mit der Dauer des Krieges noch steigen und sein Wachstum  
wird eine schwere Verantwortung auf diejenigen laden,  
die den Krieg veranlaßt haben, wenn die Vereinigten Staaten ihre  
Mission als Führer der neutralen Staaten erfüllen. Wir ver-  
stehen es, wenn die Vereinigten Staaten ihre Interessen beachtet  
sehen wollen. Aber auch wir haben ein Recht auf Leben und  
Wahrung unserer Lebensinteressen. (Lebhafte Zustimmung.)

So mangelt es denn nicht an Zwischenfällen. Das deutsche Volk,  
das durch so mannigfache Bande mit dem Volk der Vereinigten  
Staaten verbunden ist, vertraut dem Gerechtigkeitsinn des ameri-  
kanischen Volkes, und deshalb überlassen wir ruhig die Beseitigung  
der Zwischenfälle den weiteren Verhandlungen. Nur einen Stein  
können wir hier vielleicht aus dem Wege räumen. Gegenüber den  
erdichteten Gerüchten, daß wir kriegerische Stimmungen  
gegen die Vereinigten Staaten haben, müssen wir erklären, daß  
das nicht wahr ist. Wir wollen in Frieden leben mit einem  
Volk, von dem uns kein Lebensinteresse trennt, mit einem Volke,  
das der Menschheit jetzt vielleicht den wertvollsten Dienst leisten  
kann, wenn es ruhig und besonnen die Flamme des Krieges in  
Schranken zu halten sich bemüht, statt sie über die weite Welt lohen  
zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Redner wies weiter auf den bedeutungsvollen Satz in der  
Rede des Reichskanzlers hin, der sich auf unser künftiges Verhältnis  
zu unserm Bundesgenossen bezog, und betonte, daß, wenn auch über  
die Art der schaffenden Annäherung Meinungsverschiedenheiten be-  
ständen, über die Notwendigkeit einer solchen Annäherung selbst  
Uebereinstimmung herrsche. Die im Fluß befindlichen Be-  
ratungen und Vorarbeiten müßten zu den Friedensverhand-  
lungen zur Reife gediehen sein. Er beleuchtete dann den  
uns angedrohten Wirtschaftskrieg, der uns noch  
nach dem Friedensschluß vernichten soll; da brauchten wir  
indessen keine Sorge zu haben. Zur inneren Politik übergehend,  
berührte der Redner zunächst die Zensur und bemerkte, daß,  
nachdem der Reichskanzler gestern unsere Friedensziele aufgestellt  
habe, es auch dem Lande nicht verwehrt werden dürfe, sich darüber  
zu äußern. Er gedachte ferner der erforderlich gewordenen Ein-  
schränkungen in der Lebenshaltung, wobei es nicht an Worten der  
Kritik an den von der Regierung getroffenen Maßnahmen fehlte.  
Er kam auf das Vereinsgesetz sowie auf das Verhältnis der Re-  
gierung zu den Gewerkschaften zu sprechen und schloß mit der  
ernsten Mahnung, daß es Aufgabe der verbündeten Mächte sei, das  
Vertrauen im Volke zu erhalten.

Darauf gelangte der nationalliberale Abgeordnete Dr. Strese-  
mann zum Wort. Er gab der Ansicht Ausdruck, daß unsere  
Jugend mehr von Moltke und Hindenburg bekommen solle, als von  
Alexander und Cäsar. Dem Feldmarschall Hindenburg  
brachte er zu seinem morgigen 50jährigen Dienstjubiläum die herz-  
lichsten Wünsche dar. Er hob sodann hervor, daß wir von dem  
Mittel, das uns mit den U-Booten in unsere Hand gegeben sei,  
vollen Gebrauch machen müßten; sei es selbstverständlich, daß wir  
dabei die Rechte der Neutralen berücksichtigen, so dürften auf der an-  
deren Seite auch die Neutralen keine unberechtigten Ansprüche stellen.  
Aus den Erfahrungen, die uns der Krieg gebracht, können wir  
sehen, daß die Sicherung eines dauernden Friedens nur durch eine  
starke und unangreifbare Stellung Deutschlands begründet werden  
kann. Der Redner ging alsdann auf das gestern vom Kanzler  
aufgestellte Programm ein, wobei er betonte, daß die baltischen  
Provinzen Rußlands ihre Kultur von den Deutschen erhalten  
hätten. Die Freiheit der Meere dürfe sich nicht nur auf  
Verträge stützen; sie könne nur sichergestellt werden durch die  
deutsche Seegeltung.

# Deutscher Reichstag.

40. Sitzung vom Donnerstag, den 6. April, Fortsetzung.

Die allgemeine Besprechung des Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt.

Nach der Rede des Abg. v. Payer erhält das Wort:

Abg. Dr. Stresemann (Mitgl.): Die Worte des Reichskanzlers über unsere Heere waren der Ausdruck unser aller Empfindungen. Mehr als je wandern unsere Augen zu denen, die Ostafrika gegenüber einer ungeheuren Uebermacht verteidigen, so Gott will, bis zum Tage des Friedens. Was in diesen 20 Monaten von unseren Heeren geleistet wurde, stellt sich würdig an die Seite dem, was uns aus dem Altertum überliefert ist. (Beifall.) Wir wünschen, daß in Zukunft unsere Schüler mehr von Moltke und Hindenburg als von Cäsar und Alexander hörten. (Beifall.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg feiert jetzt sein fünfzigjähriges Militärjubiläum; das ganze deutsche Volk hat nur die eine Empfindung, daß ein züchtiges Geschick uns diesen Mann in seiner ganzen Genialität und Tatkraft noch recht lange erhalten möge, der Ostpreußen befreit und so Großes und Unvergängliches geleistet hat. (Lebhafte, allgemeiner Beifall.) Die Pariser Beschlüsse auf Verschärfung des Erdrosselungsversuchs gegen uns zwingen uns, alle Mittel anzuwenden, um einen Deutschland sicherstellenden Frieden zu erzwingen. Wir haben scharfe Mittel, um das englische Wirtschaftsleben zu treffen, und wir verlangen, daß diese Mittel angewendet werden. Gewiß sollen die berechtigten Interessen der Neutralen geachtet, aber

## unberechtigter Ansprüche von Neutralen

müssen zurückgewiesen werden. (Sehr richtig.) Es ist kein berechtigtes Interesse, wenn man verlangt, im Kriegsgebiet auf bewaffneten Schiffen spazieren zu fahren. (Sehr gut.) Wenn wir auch an manchen wirtschaftlichen Maßnahmen und Zuständen Kritik üben, so ist es doch sicher, daß, wenn einst die Geschichte dieses Krieges geschrieben wird, die Art, wie die Umstellung und Erhaltung der wirtschaftlichen Kraft des Reiches gegenüber der Abschneidung sichergestellt wurde, als eine Großtat deutscher Organisation und deutscher Wissenschaft sich erweisen wird. (Zustimmung.) Das wollen wir bei aller berechtigten Kritik nicht vergessen. Die gestrigen Worte des Herrn Ebert sind im deutschen Volke vor jeder Mißdeutung, als ob sie ein Zeichen der Schwäche sein könnten, sicher, denn sie waren getragen von hohem vaterländischer Empfinden. Ob daselbe im Ausland der Fall sein wird, bleibe dahingestellt, das können wir aber nicht ändern. Ich sehe in dem Aussprechen eines solchen Friedensbegehrens überhaupt kein Zeichen von Schwäche, es ist vielmehr ein Ausdruck der Kulturhöhe der Völker. Zuviel vernichtet der Krieg, als daß nicht die Frage auftauchen müßte, ob denn die höchste Kraft des Menschengeschlechtes auf Vernichtung gerichtet werden dürfe. Nach diesem Kriege wird Europa aus tausend Wunden bluten, und das Dichterwort wird gelten:

„Amerika, du hast es besser,

als unser Kontinent“. Jeder neue Monat bringt Rekordziffern der amerikanischen Ausnutzung der Kriegskonjunktur. Im deutschen Volke herrscht tiefe Erregung über diese materielle Aufzehrung Amerikas von der Neutralität, über eine Politik, die uns erscheint als eine Vermischung von Menschheitsidealen mit überlicher Heuchelei und Wahlrückzichten mit Völkerinteressen. (Sehr richtig!) Die geistige Internationale der Völker ist gescheitert, sie wird nicht mehr auferstehen, und auch für die Völkerverständigung wird in Zukunft nur schwer der Raum wiederzugewinnen sein. Wenn man ein Volk wie das deutsche als Hunnen und Barbaren hinstellt, dann ist es nicht leicht, die Brücke wieder herzustellen. Ich würde das bedauern, aber wenn irgend ein Volk die geistige Isolierung ertragen kann, dann das deutsche, das der Welt viel mehr gegeben als von ihr bekommen hat. Mögen die anderen Völker bedenken, was sie entbehren, wenn sie den Anschluß an die deutsche Kulturgemeinschaft aufgeben wollen. Das Friedensbedürfnis muß aber begrenzt sein durch die Notwendigkeit, die Freiheit und Sicherheit des deutschen Landes zu erreichen. Wir sehen in einem unangreifbar starken Deutschland die

## stärkste Friedensbürgschaft für Europa

und die Welt. Wann haben wir jemals Weltpolitik und Expansion getrieben, wann haben wir die Verlegenheiten anderer Völker ausgenutzt? Als Rußland mit Japan kämpfte, konnte der Zar sein letztes Regiment von unserer Grenze wegholen, wir haben Marokko nicht als Kriegsobjekt angesehen, wir haben zugehört, wie Ostafrika verteilt wurde, wie Frankreich aus Tunis, Alger und Marokko ein großes Kolonialreich schuf, wie Italien Tripolis nahm, wie Persien zwischen Englands und Rußlands Interessensphären verteilt wurde — immer konnte sich die Welt auf die Friedensliebe des deutschen Kaisers und des deutschen Volkes verlassen. Und der Dank? Eine Welt von Feinden und leidenschaftliche Abneigung, zum Teil selbst bei den Neutralen. Wenn man so aus einem schönen Traum erwacht, darf man ihm nicht wieder folgen. (Lebh. Zustimmung b. d. Konf. u. Natl.), darf man in Zukunft nicht glau-

ben, daß der Verzicht auf Weltpolitik eine Bürgschaft für dauernden Frieden sein würde. Sie neideten uns das Reich und unsere wirtschaftliche Entwicklung. Wir hatten Sympathien in der Welt, solange wir ohnmächtig waren, als aber Deutschlands Welthandel und Wirtschaftspolitik zur Geltung kamen, da setzte der Wirtschaftskampf ein, noch vor dem Kampf mit den Waffen. Englands Geseggebung über die Patente und die Schiffsahrtsubventionen, über seine Vorzugsstellung in den Kolonien ist der Beweis.

Wir danken dem Reichskanzler für das, was er gestern über unsere

## Sicherung in Ost und West

ausgeführt hat. Zahlenmäßig mögen die Deutsch-Balten in den Ostseeprovinzen zurückstehen hinter den Esten und Letten, aber den Charakter eines Landes bestimmt der Volksstamm, der ihm seine Kultur gegeben hat, und das sind unsere Deutsch-Balten, die in allen Fähigkeiten und nachdem der Zar sein Wort gebrochen und ihnen ihre Verfassungsrechte genommen hatte, ihr Volkstum bewahrten. Von den Ostseeprovinzen ist viel geistiges Licht auf uns selbst ausgestrahlt. Man wollte Hunderttausende russischer Bauern ansiedeln, um dem Deutschtum das Genick zu brechen. Gäben wir dieses Land auf, dann wäre der letzte Rest von Freiheit und Selbstständigkeit des Baltens verloren, es würde eine Russifizierung einsehen, die uns stark verantwortlich machen würde vor der Geschichte.

Der Wunsch, die Vlamen vor Verwelschung zu bewahren, ist in ihnen selbst lebendig. Neben den Kulturinteressen und dem Völkerzusammenhang birgt die belgische Frage aber auch große politische Interessen in sich. Wenn wir wünschen, daß Belgien in Zukunft nicht wieder zum Glacis für unsere Feinde werde, dann muß nicht nur die Wiederherstellung des Status quo ante ausgeschlossen sein, sondern es muß auch die militärische, politische und wirtschaftliche

## Obergeltung Deutschlands

sichtbar werden. (Zust. b. d. Konf., Ztr. u. Natl.) Die Zerreißung alles Völkerrechts, die schamlosen Zumutungen der Entente an Griechenland und an andere neutrale Staaten beweisen, daß die Freiheit der Meere, die wir für unsere Weltwirtschaft brauchen, nicht durch Verträge, sondern nur sichergestellt werden kann durch die deutsche Seegeltung, in der Weise, daß wir herauskommen aus dem nassen Dreieck und herankommen an das Meer, um in der Welt draußen unsere Flotte so zu stützen, daß sie nicht in solch unglückliche Lagen kommen kann wie unsere Kreuzer bei Kriegsbeginn, die ehrenvoll untergehen mußten. Bei aller Rücksicht auf die Interessen anderer Völker müssen wir die Grundlage haben, um die deutschen Interessen der Zukunft nach den ungeheuren Opfern sicherzustellen.

Das wirtschaftliche Kriegsziel Deutschlands muß die Sicherstellung der Freiheit der Betätigung deutscher Schaffenslust sein. Planmäßig sind unsere Feinde, besonders England auf die

## Unterdrückung des deutschen Eigentums

ausgegangen. Sogar die Geschäftsbücher mußten dort verbrannt werden, damit nachher die Forderungen nicht wieder erhoben werden können; der portugiesische Schiffsraub steht auf Londoner Konto verbucht, alles soll zerstört werden, was deutscher Unternehmungsgeist in den letzten Jahrzehnten in der Welt geschaffen hat. Wir haben uns nicht provozieren lassen, wir sind nur Schritt für Schritt dem Beispiel der Feinde gefolgt und deutsche Sachwalter verwalten deutsches Eigentum wie eigene Habe. Wenn aber England den Grundfah von Treu und Glauben zerstört, dann müssen auch wir die Passivität aufgeben. Wir freuen uns, daß der Reichskanzler die Kraft des Reiches für das deutsche Eigentum in Rußland einsetzen wird und wünscht, daß er dies für das deutsche Eigentum auch im übrigen Feindesland tue. Schon im Frieden ging der Deutsche nicht vor die ausländischen Gerichte, weil sie immer ihrem Landsmann recht gaben, während der Ausländer vor unseren Gerichten stets sein Recht fand. Wenn das Auswärtige Amt nur die Rechtsbehelfe wieder herstellen will, so reichen Sie damit den deutschen Kaufleuten und der deutschen Industrie Steine statt Brot. (Zust. b. d. Natl. u. rechts.)

Die Deutschen im Ausland haben unter den schwierigsten Verhältnissen fast ausnahmslos ihrer alten Heimat die Treue bewahrt. (Beifall.) Wenn sie mit ihren Ideen nicht überall durchgedrungen sind, sie haben das Menschenmögliche getan, um Gerechtigkeit für uns zu erwirken. (Erneuter Beifall.) Das Problem Mitteleuropa entspringt nur dem Gedanken, daß man auf den Schlachtfeldern nicht miteinander bluten und sich wirtschaftlich nachher bekämpfen kann. Dann aber ist es für einen Wirtschaftskampf gegen einen wirtschaftlichen Vlod der Entente erfolgreich, wenn 120 Millionen Menschen dahinter stehen, als wenn es 70 Millionen sind. Gewarnt werden muß vor dem Glauben, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung in Zukunft nur nach dem Osten gehen werde. Unsere Zukunft liegt nicht im Osten und den

## Kampf um den Weltmarkt

werden wir niemals aufgeben.

Die hohen Leistungen der deutschen Berufsvereine während der Kriegszeit erkennen auch wir an. Bei uns brauchte kein Minister die Arbeiter darum betteln, Ueberstunden zu machen, bei uns ist es fast ohne Streiks abgegangen, die Arbeiterschaft hat aus vaterländischen Empfindungen heraus ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. Gern stimmen wir daher der Vorlage zu, die Berufsvereine von politischer Einengung zu befreien, und wir können nur hoffen, daß die Vorlage noch in dieser Tagung dem Reichstag zugeht. (Beifall.) Wir sehen in dieser Vorlage einen der Schritte,

die uns die Entwicklung aller Institutionen des deutschen Verfassungslebens in freiblichem Sinne bringen sollen und zwar sowohl im Reich wie in den Bundesstaaten. (Beifall links.) Wenn irgend etwas sich im Kriege herausgearbeitet hat, so ist es der Reichsgedanke. Die Einrichtungen im Reich reflektieren auf die einzelnen Bundesstaaten und umgekehrt die Einrichtungen der Bundesstaaten auf das Reich. Unter diesem Gesichtspunkt sehen wir auch das Wahlrecht der Bundesstaaten als eine deutsche Frage an. (Beifall.) Wir verlangen Freiheit nach außen und nach innen. (Lebh. Beifall b. d. Natl.)

Abg. Graf Westarp (Konf.): Die Hauptsache ist und bleibt die Durchführung des Krieges und die Erringung des Sieges. Diese Feststellung ist die Antwort meiner Partei auf die Ausführungen der Vorredner über Vereinsgesetz und Wahlrecht. (Unruhe links.) Wir meinen, daß alles, was von dem Ziel der sieghafter Beendigung des Krieges ablenkt, alles, was die Einigkeit und den einheitlichen Kampfeswillen fibren kann, zurückzutreten hat (Sehr richtig rechts. — Unruhe links), ganz abgesehen davon, daß noch unserer Auffassung die Gestaltung des Wahlrechtes nicht Sache des Reiches, sondern der Einzelstaaten ist. Wir verschließen unsere Augen nicht vor den wirtschaftlichen Nöten, aber vor allen einseitigen Darstellungen sollte man sich doch hüten. Nicht nur die Verbraucher leiden, auch die erwerbenden Stände. (Sehr richtig rechts.) Vor allem leidet auch die Landwirtschaft schwer unter der Kriegswirkung. Wer das nicht anerkennt, untergräbt ihre Arbeitsfreudigkeit. (Zustimmung rechts.)

Zorn und Erbitterung muß uns vor allem erfüllen gegen den Feind, der durch seine Aushungerungspolitik diese Zustände bei uns hervorgerufen hat. (Sehr wahr! rechts.) Die Friedensstimmen bei unseren Feinden, auf die sich der Abgeordnete Ebert berufen will, sind Stimmen in der Wüste. Der Vernichtungswille besteht nach wie vor fort. Deshalb bleibt uns nichts übrig, als den Kampf fortzusetzen. Nur Böswillige können bestreiten, daß wir in diesen Krieg nur in der Absicht, uns zu verteidigen, hineingegangen sind. Jetzt aber sind neue Ereignisse eingetreten, der alte Stand der Dinge besteht nicht mehr. Das hat der Reichskanzler mit Recht gesagt. Verschließt unser Volk vor diesen neuen Erkenntnissen seine Augen, dann ist es der großen Zeit nicht würdig. Diese neuen Erkenntnisse beziehen sich ganz besonders auf

## unser Verhältnis zu England.

Vor dem Krieg war in weiten Kreisen der Glaube verbreitet, daß England uns gutwillig das zugestehen würde, was wir zu unserer Entwicklung notwendig brauchen. Dieser Glaube ist durch den Krieg mehr und mehr beseitigt worden. England ist das Herz und das Hirn der uns feindlichen Koalition. Deshalb müssen wir England so weit zwingen, daß es ein für allemal den Plan aufgibt, unser politisches, militärisches und wirtschaftliches Rückgrat zu brechen. (Sehr richtig rechts.) Dabei werden wir freilich auf mancherlei Hindernisse stoßen. Ueber die Politik des Präsidenten der amerikanischen Politik brauchen wir nicht viele Worte zu verlieren. Das Urteil des deutschen Volkes über diese Art Neutralität steht längst fest. (Sehr richtig!) Wir stimmen dem Reichskanzler darin zu, daß wir uns gegen den völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieg mit aller Kraft wehren müssen. Das mit dieser Pflicht begründete Recht wird durch kein noch so berechtigtes Interesse eines neutralen Staates überragt. Wir müssen vom

## U-Boot-Krieg

den Gebrauch machen, der die Erringung eines die deutsche Zukunft sichernden Friedens garantiert. In dem fast einmütigen Votum des Reichstages zu diesem Grundsatz erblicken wir einen hohen Wert. Wenn wir dem Beschluß des Haushaltsausschusses zugestimmt haben, so nicht deshalb, weil wir über gewisse Gesichtspunkte deren Erörterung wir aus vaterländischem Pflichtgefühl uns jetzt versagen müssen, unsere Meinung geändert hätten. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die Fassung des Ausschussesantrages eine solche Deutung nicht zuläßt. (Sehr richtig rechts. Hört, hört! links.)

Dem Reichskanzler stimmen wir völlig darin zu, daß es in Zukunft keinem Feind mehr möglich sein darf, über unsere ungeschützte Ostgrenze herzufallen. Wir fügen hinzu, daß daselbe auch für die Westgrenze gelten muß. Es entspricht auch unserer Auffassung, daß Belgien niemals wieder ein Bollwerk unserer Feinde werden darf. Wenn der Reichskanzler dabei von realen Garantien sprach, so sind wir der Meinung, daß solche tatsächlichen Sicherheiten nicht in Verträgen geschaffen werden können, sondern daß wir das mit so viel Blut eroberte Land selbst in unserer Hand behalten müssen, nicht bloß um des negativen Erfolges willen, daß es kein Bollwerk unserer Feinde sei, sondern auch um des positiven Zieles willen, daß es dazu beitrage, unser Vaterland fester gefügt und stärker als bisher dastehen zu lassen. (Lebh. Zustimmung rechts.) Daß darin zwischen uns und Herrn Ebert ein Meinungsunterschied besteht, wollen wir offen zugeben, wir hoffen aber, daß die Lehren des Krieges dazu beitragen werden, auch in diesem Punkte die Meinungen einander immer mehr zu nähern. Was wir wünschen und erwarten, das entspricht den Forderungen, die uns entgegenklingen von denen, die draußen im Felde so große Opfer gebracht haben und die diese Opfer nicht vergeblich gebracht haben wollen. (Lebh. Zustimmung rechts.) Ich bin der Meinung, daß bei der Lösung der polnischen Frage unsere deutschen Interessen gegen die Oesterreichs richtig abgewogen werden, und daß die treue Waffenbrüderschaft, die uns mit Oesterreich-England verbindet, sich auch nach dem Friedensschluß bewähren wird, daß wir auch weiter mit Oesterreich zu-

benutzen. (Sehr gut!) Wir müssen uns auch mit dem wehren, damit unsere Frauen und Kinder nicht verhungern. (Beifall.) Selbstverständlich müssen die berechtigten Interessen Neutralen geachtet werden. Das ist für uns sogar erst für die Zustimmung zu diesem Antrage.

Antrag der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft lehnen wir ab. Er verwirft den rücksichtslosen U-Boot-Krieg, was wir auch tun. Aber der soll ja gar nicht sein, denn man kann nicht berechnete Interessen der Neutralen, wenn man alle Schiffe rücksichtslos torpediert. (Sehr gut!) Aber er will auch, daß die feindlichen Handelsschiffe geerdert sollen, die Schiffe, die bewaffnet sind und den Befehl unsere U-Boote zu rammen. Dem können wir nicht zustimmen. (Beifall.) Schließlich verlangt er die schleunigste Einleitung Friedensverhandlungen. Die Antragsteller wissen, daß die feindlichen Staatsmänner von Friedensverhandlungen wissen wollen. Wir vermissen in dem Antrag, was wir als Hauptzweck für einen dauernden Frieden fordern müssen, nämlich die Achtung des Reiches, seine politische Selbständigkeit und die volle Entwicklungsfreiheit.

Die in der Kommission gestellten Anträge zum Unterseebootkrieg, so ist uns ihre Tendenz der Erweiterung der Paragrafen an sich sympathisch. Aber als Vorkämpfer weitestgehender Parlamentsrechte haben wir wirklich nicht daran gedacht, wir uns auch hier mit der Kriegführung und mit Vorkämpfern der Schlachtfelder selbst zu beschäftigen haben würden. Wir können uns ja erleben, daß z. B. der höchst ungeschickte Herr

**Wann den Ausschlag gibt,**

wenn einem Punkte Kavallerie oder schwere Kanonen verwendet werden sollen. (Or. Weiterkeit.) Wir vertrauen den strategischen Kenntnissen der verantwortlichen Befehlshaber. (Zustimmung.) Bei wirklichen Kämpfen um die Erweiterung von Volksrechten ist Herr v. Bendeband uns stets an seiner Seite gefunden. (Links.)

Im Gebiete der inneren Politik schlage ich einen kräftigen Schritt nach der Prinz-Albrecht-Straße vor. (Zustimmung links.) Dort sollte einmal gründlich hineingeklopft werden. Wenn in letzter Zeit gewisse Kreise, die schon im Jahre 1914 nicht sonderlich viel Vertrauen zur Regierung hatten, erneut Regierung sehr unzufrieden geworden sind, so ist das vielleicht nur, wenigstens ein wenig neue Hoffnung auf dem Gebiete der inneren Politik zu schöpfen. Die Regierung sollte sich jeden Tag über Klar sein, daß sie wohl vertrauen kann, das Berliner kleine Schicht zu verlieren, daß sie aber verloren ist, wenn ihr das Volk selbst das Vertrauen verliert. (Beifall.) Von Preußen der Anspruch erhoben wurde, in Fragen der inneren Politik mitzureden, so sollten wir den Spieß umdrehen und sich einmal zunächst in Mecklenburg und Preußen die Rechte sehen. (Abh. Zustimmung links.) Den Widerstand Grafen Westarp bedauere ich vor allem auch deshalb, einen Zwist über Fragen in dieser schweren Zeit nicht für gehalten hätte, über die es überhaupt keinen Streit mehr gibt.

Novelle zum Reichsvereinsgesetz ist ein trauriges beschämendes Kapitel. (Sehr richtig! links.) Die Novelle nicht, weil die preussische Regierung verlangt, daß sie sich die gewerblichen Arbeiter, nicht auf die Landarbeiter beziehen soll. (Sehr. Hör! Hör! links.) Gibt die Regierung Widerspruch nach, so setzt sie sich mit ihren eigenen Erben in schroffsten Widerspruch. Die Gewerkschaften werden in der Anwendung nicht ruhig hinnehmen. Jedenfalls macht die Sache den denkbar schlechtesten Eindruck. Die Arbeiter haben ein Gefühl, als ob sie

**brüskiert**

sollen. Da kann es leicht zu gefährlichen Explosionen kommen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das deutsche Volk opfert nicht tausende seiner Söhne für ein vormärzliches Preußen. (links.) Jetzt kämpfen wir für des Reiches Unabhängigkeit, aber auch der Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit der Innern wird geführt werden. Fremde Völker vergewaltigen uns, ist ein Verbrechen schlimmster Art. Die Rechte des Volkes dauernd abzusufen zu wollen nach dem Inhalt des Reichs ist schlimmer als ein Verbrechen, ist eine Dummheit, die nicht rächen muß. (Zustimmung b. d. Soz.)

Dank an unsere Truppen schließen wir uns natürlich auch den tapferen deutschen Frauen dank. (Beifall.) Lebensmittellieferung muß mit rücksichtsloser Energie gesorgt werden. Wir dürfen es niemals vergessen, wir ringen um unsere Existenz, um die Zukunft unseres Landes. (links.) Die Abrechnung mit denen, die unseren Kriegerfamilien das Leben so schwer machen, wird nach dem Kriege vorge-

nommen werden, aber dann gründlich und rücksichtslos. (Wiederholter lebh. Beifall.) Fort mit der Zensur und dem Belagerungszustand. Nach seiner Beseitigung schreibe man an jede Bürokratie das bekannte Wort Cavours. (Sturm. Htt.).

Alle Völker sehnen den Frieden herbei. Neben vielen Torheiten haben wir in letzter Zeit doch auch manche erfreuliche Kundgebung aus dem Auslande vernommen. Bedauerlich ist dabei nur, daß derartige Kundgebungen aus dem französischen Parlament bisher nicht zu uns gedrungen sind. Trotzdem wissen wir, daß die Friedensstimmung auch im französischen Volke zunimmt trotz der Zensur, die in keinem Lande so scharf gehandhabt wird wie in dieser Bourgeoisrepublik. (Sehr richtig!) Abg. Liebknecht: Sie haben kein Recht, sich darauf zu berufen! — Lachen.)

Abg. Scheidemann (fortfahrend): Erst in den letzten Tagen haben wir offiziell übermitteln bekommen, daß zunächst Frankreich und Belgien geräumt sein müßten, bevor man mit uns in Friedensverhandlungen eintreten will. (Hört! hört!) Das ist ein unmöglicher Standpunkt, denn, was das Resultat von Verhandlungen sein kann, wird als Voraussetzung festgelegt. (Sehr gut!) Ebenso könnten wir sagen: erst alle Kolonien herausgeben, erst den Seeweg frei für Deutschland, dann verhandeln wir. So geht es nicht. Man muß sobald als möglich möglich verhandeln, denn der Anfang der Verhandlungen ist auch das Ende des Krieges. (Zustimmung.) So wenig verständig die französischen Staatsmänner sind, so hart der Kampf mit Frankreich ist, vor aller Welt frage ich hier: hat einer von Ihnen in Deutschland bisher

**auch nur ein einziges Wort des Hasses**

gegen Frankreich gehört? (Zurufe: Nein.) In Frankreich aber, mit dem Deutschland in Frieden zu leben wünscht, wird der Bahn verbreitet, daß wir doch aus reinem Vandalismus über die Grenze gezogen seien, um die französische Republik zu vernichten. Diesen Leuten würde das Handwerk bald gelegt werden, wenn sie erführen, was Jaurès zwei Tage vor seinem Tode an der Wandervogel nach Belgien geschrieben hat. Jaurès schrieb, daß man in Frankreich den Krieg suche, den man so lange geführt habe. (Hört! hört!) Trotz aller Warnungen trieben in Paris alle schädlichen Kräfte zum Kriege, den man führen wolle zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes und weil die Börse auf London und Petersburg schwöre. (Erneutes lebh. hört! hört!) Das ist ganz der Geist unseres Jaurès, wie wir ihn geachtet und geliebt haben. Diese Worte sprechen Bände. Und dann noch eins: gestern hat der Reichskanzler nur einmal in einer Wendung von Frankreich gesprochen, und er hat von dem aufopfernden Mute gesprochen, mit dem die französischen Truppen vor Verdun kämpften.

**Das war ein schönes Wort,**

für das wir dem Kanzler danken. (Beifall.) Das klang anders als die Reden der Asquith, Briand und Sazonoff. (Erneuter Beifall.) Der ganze Krieg wäre wahrscheinlich unmöglich gewesen, wenn die Demokratie in den westeuropäischen Staaten besser entwickelt gewesen wäre.

Abg. Dr. Liebknecht: Sie wollen ein Sozialdemokrat sein! Wie kann man eine solche Kriegshetze halten! (Große Unruhe im Haus.)

Abg. Scheidemann (fortfahrend): Ich wundere mich, daß Sie außer mir auch nur einen einzigen Ton hören. (Große Heiterkeit.) Die Geheimdiplomatie war der Situation nicht gewachsen. Ich will nicht sagen, daß die Diplomaten den Krieg gemacht haben, aber sie waren nicht imstande, ihn zu verhüten. Aber die Völker hätten das gelohnt, wenn sie ein entsprechendes Mitbestimmungsrecht gehabt hätten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wer für die Zukunft den Krieg verhüten will, muß für die Demokratie gegen die Geheimdiplomatie kämpfen. Der Kampf zwischen den Westmächten Deutschland, Frankreich und England ist ja ein einfacher Bahnfall. (Sehr richtig!) Wer nicht die letzte Spur von Verstand und Menschlichkeit verloren hat, muß alle Kräfte anspornen, damit wir möglichst bald zum Schluß kommen. Man kann den Krieg einmal dadurch verlängern, daß man trüchtige Eroberungspläne aufstellt, die das Ausland noch reizen müssen. Man kann ihn aber auch verlängern, indem man bei den Feinden die Hoffnung erweckt, bei uns gehe die Einigkeit in die Brüche und Zwietracht und Streit zögen bei uns ein. (Sehr richtig!)

Wenn wir in bestimmten Fragen jetzt auf die Seite des Reichskanzlers getreten sind, so deshalb, weil wir jederzeit gegen Unvernunft kämpfen, nicht etwa, weil Herr v. Bethmann ein Reichskanzler nach unseren Wünschen ist. (Heiterkeit.) Wir haben nichts aufgegeben, wir sind, was wir waren: Sozialisten und Demokraten. Wir verlangen, daß dem Krieg ein Ende gemacht wird, sobald die Gegner zum Frieden geneigt sind. Wir wären dem Frieden ein Stück näher, wenn unsere Parteigenossen in den kriegführenden Ländern so wie wir zu ihren Regierungen gesprochen hätten. Leider ist das nicht geschehen. Wir aber tennen unsere Pflicht als Deutsche und als Sozialisten und wir werden

unser Pflicht erfüllen als Sozialisten und als Deutsche. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Abg. Lebebour (Soz. Arb.) und Dr. Liebknecht (wild) protestieren gegen die Annahme des Schlußantrags. Dr. Liebknecht wird zur Ordnung gerufen, als er von einer „gewalttätigen Mundtotmachung“ spricht.

In der Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses über den Unterseebootkrieg gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und der Abg. Dr. Liebknecht und Nühse angenommen, der Antrag Bernstein (Soz. Arb.), daß der Reichstag sich gegen warnungsloses Torpedieren und für schleunige Einleitung von Friedensverhandlungen ausspricht, wird gegen diese Minderheit abgelehnt.

Zu der Petition des Berliner Universitätsprofessors Dietrich Schäfer u. Gen. um rücksichtslose Durchführung des U-Boot-Krieges ergreift

Abg. Lebebour (Soz. Arb.) das Wort und begründet, wiederholt vom Präsidenten mit der Mahnung unterbrochen, nicht die eben geschlossene Debatte wieder aufzunehmen, den Antrag, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen. Er führt aus, daß der U-Boot-Beschluß des Reichstags von den Petenten als eine Bekräftigung ihrer Forderung angesehen werden könnte.

Abg. Dr. David (Soz.): Die U-Boot-Resolution verlangt ausdrücklich Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen der Neutralen. Wenn man trotzdem zu der Auffassung kommt, die Abg. Lebebour eben dargelegt hat, so ist das eine rücksichtslose und warnungslose

**Torpedierung jeder gesunden Logik!**

(Stürmische Heiterkeit!) Es ist sehr schwer, dem Abg. Lebebour den guten Glauben an seine Auslegung beizumessen, aber weil er es ist, will ich ihm den guten Glauben zubilligen. (Stürmische Heiterkeit.)

Ein Antrag auf Schluß dieser Debatte wird gegen die Sozialdemokraten beider Fraktionen angenommen, der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt und die Petition als durch den U-Boot-Beschluß erledigt erklärt. Persönlich bemerkt.

Abg. Lebebour (Soz. Arb.): Abg. David hat geglaubt, die Situation durch einen gehässigen persönlichen Angriff auf mich auszugleichen. Ihr Beifall wird ihn ermutigen, künftig den Kampf gegen uns in der gleichen gehässigen persönlichen Weise weiterzuführen. Ich überlasse damit Dr. David Ihrer kollegialen Wertschätzung!

Abg. Dr. David (Soz.): Ich habe gegen den Abg. Lebebour keine Spur von Gehässigkeit gezeigt. Zu meinen Worten war ich genötigt durch den Versuch des Abg. Lebebour, unfere Stellungnahme und Abstimmung eine falsche Auslegung zu geben.

Abg. Lebebour: Jeder, der die Kommissionsverhandlungen mitgemacht hat, weiß, wie Sie da geredet haben. (Unruhe, Zwischenrufe unter den beiden sozialdemokratischen Fraktionen.)

Abg. Dr. Liebknecht (wild. — zur Geschäftsordnung): Wiederum ist mir das Wort abgeschnitten worden. (Lachen, Unruhe.) Es wäre ein Leichtes gewesen, dem Abg. David nachzuweisen, daß er hier wissenschaftlich die Unwahrheit gesagt hat. (Stürmische Entrüstungsrufe, Ordnungsruf des Präsidenten; weitere Worte Dr. Liebknechts, die der Präsident als nicht mehr zur Geschäftsordnung gehörig bezeichnet, gehen im Lärmen des Präsidenten und in den Unmutsäußerungen des Hauses unter.)

Die Etats für den Reichskanzler und das Auswärtige Amt werden bewilligt.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr: Kleine Anfragen, Heeres- und Flottenetat.

Schluß 7 Uhr.

Der Reichstag über die Kriegsziele.

Am Ruder sitzt die norddeutsche, und als erster Redner erscheint die süddeutsche Freisinnseggelung auf der Tribüne. Ahnentafel: Paulskirche, Ludwig Uhland, Heinrich v. Gagern und so. Es wird überhaupt ein Tag der Persönlichkeiten, diese Beratung über das Reichsanzler- und Jagow-Gehalt. Und mehr wie ein Wort wird gesprochen, das zur inneren Geschichte des großen Raubkriegs nicht vergessen werden wird! So die runde und nette Erklärung des schwäbischen Volksmannes, daß das Reich an die Einleitung von Friedensverhandlungen in diesem Augenblick nicht entfernt denken könne. Herr v. Payer bringt sie in seiner ruhigen, nachdenklichen Art vor. Ebenso daß er überzeugt ist, wie unendlich viel leichter wir abwarten können als unsere Gegner. Kurz vorher hat er kund getan, die gestrigen Ausführungen des Kanzlers seien ihm ein Symptom allmählichen Näherrückens der Friedensfrage. Keineswegs ein Widerspruch! Man kann nämlich das Nahen des psychologischen Moments spüren, besonders beim Gegner, und trotzdem kaltes Blut bewahren. Den Jenzor muß man verbauen, wie er ist, weil es eine genießbare Zensur überhaupt nicht gibt. Herr v. Bethmann ist der Mann des Herrn v. Payer, aber sein Nahrungsmittelpropheet Delbrück schmeckt ihm zu sehr nach Rücksichtsmeierei gegenüber den Interessenten. Was der Redner über Holland und dann über die Vereinigten Staaten sagt, wäre aus anderem Munde vielleicht nicht ganz unbedenklich. Doch dieser Boche ist kein von vornherein dem Teufel verschriebener Preuze, und er ist ebendrin Demokrat. Für die Nationalliberalen spricht Stresemann. In Erscheinung, Aufmachung und als Redner Bernhard Bilow redivivus. An Mitteleuropa im Sinne Naumanns macht er einige süßsaure Komplimente; aber den Weltmarkt will er sich ihm zu Liebe nicht nehmen lassen. Die Politik des Verzichtens haben wir lange genug getrieben, und wohin wir damit gekommen sind, liegt auf der Hand. Von ihr darf kein Friedensschluß keine Rede sein. Mit der wirtschaftlichen Eintreibung nach dem Kriege aber soll man anderen Leuten Angst machen! Ja, wenn es keine Geographie gäbe! Graf Westarp. Das preußische Wahlrecht schlängelt sich durch die Verhandlungen; auch Stresemann hat, äußerlich sehr wirksam, betont, man könne seine Aenderung nach dem Verhalten der Arbeiterschaft während des Krieges nicht weiter zurückhalten. Graf Westarp indessen winkt ab und will sich über diese Frage lieber in der Prinz-Albrecht-Straße unterhalten. Nachdem noch Werner-Gießen gesprochen, erscheint ein kleiner Mann mit scharfen Zügen und eben solcher Stimme auf der Tribüne. Kaum, daß er über das Rednerpult hinausragt. In einer seltsamen Mischung von Selbstgefälligkeit, schulmeisterlicher Ueberlegenheit und anspruchsvollem Hohn geistert er den reaktionären Bloch, den das Haus von Heydebrandt bis Scheidemann für ihn darstellt, so gut oder so schlecht es geht. Wenn die Tribüne eine Brücke über den Canale Grande und die Reichsboten venetianische Nobilis wären, könnte man an Schildkraut als Schloß denken. Es ist der Erkorene der Stadt der reinen Vernunft, Genosse Haase, der Proletariernabob und nunmehrige Hauptling der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Deren Kunde zeigt durch eisriges „Hört, hört!“ und enthusiastische „Bravos!“ den Eifer, der der großen Stunde gebührt; aber leider ist der Meister nicht nur ein unedlicher Redner, sondern er redet auch viel, was offenbar das Gegenteil von Weisheit ist. Insbesondere seine Ausflüge ins Historische und seine Folgerungen daraus sind von so verblüffender Verständnislosigkeit, daß er gleich eine ganze Reihe für den Führer des neuen „Bergs“ doppelt peinlicher Heiterkeitserfolge einheimst. Frankreich ist durch die Wegnahme von Elßaß-Lothringen in das Lager unserer Gegner getrieben worden. Wo es bekanntlich nicht war, solange es Metz und Straßburg hatte. Wenn man Polen und Balten befreit, treibt man Rußland in Englands Arme. Deren Zärtlichkeit es bis zu diesem Augenblick offenbar entschlossen von sich gewesen ist. Usw. Usw. Da ist Philipp Scheidemann, der Obergenosse aus dem alten Parteiwigwam, ein ganz anderer Kerl. Er beschließt die Rednerreihe. Ein freier, flotter und natürlicher Redner; und insofern eine ganz seltene Besonderheit, weil er trotz seiner Eigenschaft als norddeutscher Demokrat so etwas wie staatsmännischen Blick hat. Nicht, als ob er anders als Haase lauter Verstand von sich gegeben hätte. Wenn er z. B. die Polen und Balten statt sie von Rußland loszureißen, im Friedensvertrage unter den Schutz Rußland abgezwungener papierener Versprechungen stellen will, so ist das doch etwas reichlich, nun, sagen wir, gutmütig. In Finnland ist näheres über den Wert solcher Abmachungen zu erfahren. Doch bringt er dafür eine ganze Menge außerordentlich glücklich zugeschliffener Erwägungen heraus, die ihr Problem in hausbackener Weisheit auf die denkbar einfachste Formel bringen. Wer nicht einseht, daß eine Weltkatastrophe, wie dieser Krieg, nicht ohne eine oder die andere Aenderung der Grenzsteine zu Ende geht, ist ein Kindskopf, und ein Grenzstein ist kein Heiligtum, weil irgendein verschollener Diplomat ihn irgendwann just dort, wo er heute noch steht, eingepflanzt hat. Wogegen schwerlich etwas zu sagen ist. Vieles aus den temperamentvollen Ausführungen Scheidemanns wird über die Grenzen hallen und dort, insbesondere auch an der Seine, ohne Zweifel sein Echo wecken; — ein nützliches Echo als der Antrag Bernstein und die sonstigen Friedensschritte der radikalen Linken! Aufmerksam lauscht ihm das Haus, und selbst, daß er den vielbesprochenen Bau in der Prinz-Albrecht-Straße geradezu torpedieren will, ändert nichts daran. Auch die Rechte nimmt den grausamen Vorschlag in Rücksicht auf anderes gelassen hin. Nur Diebstechel lärm! Ja, dieser Scheidemann hat's gut. Er darf nicht nur reden — er wird sogar angehört. Liebtnecht selbst trifft es bekanntlich nicht immer so. Auch diesmal nicht. Raum hat Scheidemann geendet, ist der fällige Schlufsantrag da und angenommen. A. 3.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten und teilt mit, daß die Stimmen auf die einzelnen Ausschüsse neu verteilt werden, da sich zwei neue Fraktionen gebildet haben, die Deutsche Fraktion und die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.

Der Haushaltsplan für den Reichsanzler und das Auswärtige Amt. (Zweiter Tag.)

Abg. v. Payer (Fortschr. Vp.): Auf die U-Boot-Frage brauche ich nicht einzugehen, nachdem im Ausschusse eine Einigung erzielt worden ist. (Zustimmung.) Die Rede des Reichsanzlers wird im Auslande beträchtliches Aufsehen erregen. Im Inlande hat sie, soweit man bis jetzt übersehen kann, Befriedigung hervorgerufen, auch bei denen, die sachlich nicht mit allen Einzelheiten einverstanden sind. Schon die Tatsache, daß die Verbündeten Regierungen über das, was sie wollen und bei den Friedensverhandlungen wollen werden, den Kaiser ein wenig weggezogen haben, ist nicht ganz unerheblich.

Wir sind ja vom Regierungstische durch Mitteilungen über die Friedensziele nicht verdrängt. (Heiterkeit.) Das mag schließlich auch berechtigt sein, denn unsere Regierung hat eine viel verantwortungsvollere Stellung als die Regierungen der feindlichen Länder, die sich jedenfalls über das Schicksal belehrt Gebiete den Kopf nicht zu zerbrechen brauchen. (Große Heiterkeit.) Diese Kanzlerrede wird auch ein Echo bei denen finden, die im einzelnen nicht mit allem einverstanden sind, die aber aus der Tatsache der endlichen Erreichung der Kriegsziele einen Schluß auf die Hoffnung der Verbündeten Regierungen ziehen werden, daß der Friede sich nähert. (Hört, hört!) Aber man wird auch aus dem, was die Regierung als den Inhalt ihrer Ziele mitgeteilt hat, herauslesen können, daß niemand imstande sein wird, uns das zu entreißen, was wir besitzen. (Lebhafte Beifall.) Der Status quo soll nicht wiederhergestellt werden. Die besonnenen und kraftvollen Forderungen des Reichsanzlers zeigen, wie wenig die Angriffe gegen die Reichsleitung wegen der angeblichen Kraftlosigkeit berechtigt waren. (Sehr richtig!) Vielleicht hätte die Reichsleitung uns diese Mitteilungen schon etwas früher machen sollen. (Sehr richtig!) Die Erklärungen des Reichsanzlers entsprechen im wesentlichen dem, wovon sich die Fortschrittliche Volkspartei überzeugt hat, daß eine andere Lösung dieser schwierigen Fragen nicht möglich ist. Werden die Erklärungen des Reichsanzlers den Frieden fördern oder verzögern? Wir müssen es abwarten. Wir können angehts unserer militärischen, politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Lage unendlich viel leichter zu warten als unsere Gegner. Unsere Feinde sind vielleicht den sehr realpolitischen Ausblicken des Reichsanzlers gegenüber zugänglicher als seinen Erklärungen im Dezember vorigen Jahres. (Der Reichsanzler betritt den Saal.) Der Friede kann nicht auf der Grundlage zustande kommen, wie es der Antrag der ganz links stehenden Partei, der Antrag Bernstein, nahelegt. Wer kann erwarten, daß die Reichsleitung durch Einleitung von Friedensverhandlungen in diesem Augenblick eine Verständigung unter den Völkern suchen kann. (Sehr richtig!) Gewiß kann der Stärkere leichter den Frieden anbieten als sein Gegner, der Sieger leichter als der Besiegte. Aber bei dem Gegner muß eine gewisse Geneigtheit zu Friedensverhandlungen vorhanden sein. (Sehr richtig!) Die Neutralen Europas sind nicht auf Kosten gebettet. Sie müssen die schweren Opfer auf sich nehmen ohne Hoffnung auf Ersatz, ohne Aussicht auf eine schönere und glücklichere Zukunft, wie sie die Kriegführenden haben. Diesem

Martyrium der Neutralen

wird die Geschichte einmal ein besonderes Blatt zu widmen haben. (Sehr richtig!) Die holländische Presse ist jetzt in einem Stadium angelangt, das nicht nur Holland angeht. Wir sehen nicht die Ursachen hierfür, wohl aber die Tatsache, daß Holland sich gezwungen sieht, seine Küste und die Scheldemündung nicht gegen das Deutsche Reich, noch weniger gegen unsere Bundesgenossen (Sehr richtig!), sondern gegen England zu schützen. Holland ist durch Belgiens tragisches Schicksal gewarnt. Wir dürfen hieran nicht schweigend vorübergehen. Wir sollen hier zum Ausdruck bringen, daß wir uns nicht bloß stammverwandt mit Holland fühlen, sondern daß wir auch ein außerordentlich lebhaftes Empfinden dafür haben, daß Holland in dieser Stunde nicht für sich allein, sondern auch wesentlich für uns zu denken hat. (Beifall.) Man will Holland die Kehle zuschnüren, damit dem deutschen Volke der Atem ausgeht. Ich empfinde tiefen Respekt vor der starken Kraft, mit der das holländische Volk durch seine ganze Geschichte sich gegen alle seine Bedränger für seine Selbständigkeit und Freiheit gewehrt hat. (Lebhafte Beifall.) Der politische Einfluß der Vereinigten Staaten ist heute viel größer als je zuvor und steigt, je länger der Krieg dauert. Wir verstehen es, daß die Vereinigten Staaten ein besonderes Gewicht darauf legen, ihr Wort im Rate der Völker geachtet zu sehen, aber auch wir haben ein Recht auf Leben und Geltung. Wo mangelt es denn nicht an Zwischenfällen, bald mit uns und unseren Bundesgenossen, bald mit unseren Gegnern. Das deutsche Volk, mit den Vereinigten Staaten von jeher durch Bande des Blutes und der innigen geistigen Verwandtschaft verbunden, vertraut, selbst bestrebt, gerecht zu sein, aller Verstimmlung ungeachtet dem Gerechtigkeitsinn des amerikanischen Volkes. Die Abwägung aller Streitigkeiten überlassen wir ruhig unseren und den amerikanischen Diplomaten. Unsere Gegner schieben uns immer wieder kriegerische Absichten gegen die Vereinigten Staaten unter. Wir sind berechtigt und verpflichtet, zu erklären, daß das nicht wahr ist. (Sehr gut!) Die Vereinigten Staaten können der Menschheit jetzt vielleicht einen der wertvollsten Dienste leisten, wenn sie sich bemühen, ruhig und besonnen die Flammen des Weltkrieges in Schranken zu halten. (Sehr richtig!) Unseren Bundesgenossen hat der Reichsanzler einen Satz gewidmet, aber dieser war sehr bedeutungsvoll. Wie sehr auch die Meinungen über Einzelheiten auseinander gehen mögen, eine Annäherung der Bundesgenossen muß stattfinden, sonst wäre das Kriegsergebnis lächerlich. Ja, die Feinde wollen uns nach Friedensschluß noch durch einen Wirtschaftskrieg zu Besiegten machen. Das klingt schon wie ein stiller Verzicht auf die politische und militärische Niederrückung. (Sehr richtig!) Dagegen werden wir uns bei den Friedensverhandlungen zu schützen wissen.

Unsere Krieger müssen als vollgültige Staatsbürger heimkehren. Den Jenzor muß man verbauen, wie er ist, er ist kaum genießbarer zu machen. Nachdem der Reichsanzler die Kriegsziele der Reichsleitung verkündet hatte, wird die Zensur es dem gemeinen Mann nicht vermehren wollen, auch seine Kriegsziele auszusprechen. Die wirtschaftlichen Maßnahmen ließen es an Ueberflacht und Einheitslichkeit fehlen. Erhöhungen der Höchstpreise erschienen als Prämien für den Eigennutz und Strafen für loyales Verhalten. Die Probe auf das Exempel dürfen wir nicht noch einmal machen. (Sehr richtig!) Mehr Rück-

sichtslosigkeit gegenüber den Interessenten! Unsere Ernährung ist jedenfalls gesichert. Hoffentlich wird das Erntejahr 1916 gegenüber dem ausnahmsweise schlechten Vorjahr ausnahmsweise gut oder wenigstens normal.

Die Regierung hat ein feierliches Versprechen auf Aenderung des Vereinsgesetzes zugunsten der Gewerkschaften abgegeben. Die Vorlage sollte alsbald kommen. Es wäre die erste Abschlagszahlung auf die große Neuorientierung, die kommen muß. Die Regierung darf nicht die politische Tragweite der Aenderung des Vereinsgesetzes verkennen. Sonst macht sie einen großen Fehler. (Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (nl.): Der Reichsanzler hat das richtige Wort gefunden, als er dem Empfinden des deutschen Volkes gegenüber den Taten unserer Heere zu Wasser und zu Lande Ausdruck gab. Namentlich in unserer Kolonie Deutsch-Ostafrika halten unsere Landleute gegen eine Uebermacht ohnegleichen die deutsche Flagge hoch, abgelehnt von uns. Hoffentlich gelingt es ihnen, mit Gottes Hilfe bis zum Friedensschluß durchzuhalten. Was in den bisherigen zwanzig Kampfmomenten von unserem Heer geleistet worden ist, stellt sich würdig den größten Taten der alten Griechen und Römer zur Seite, die uns auf Grund unserer Erziehung vor Augen stehen. In Zukunft möge an Deutschlands Schulen und Hochschulen in der staatsbürgerlichen Erziehung die Jugend mehr von Moltke und Hindenburg als von Cäsar und Alexander hören. (Zustimmung.) Wenn morgen General-Feldmarschall v. Hindenburg sein 50jähriges Militärjubiläum feiert, dann erscheint als Gratulant das ganze deutsche Volk. (Lebhafte Beifall.) Einmütig ist unsere Empfindung, daß ein glütiges Geschick uns diesen Mann in seiner ganzen Genialität und Schaffenskraft noch recht lange erhalten möge, der für Ostpreußen und im Osten überhaupt so Unvergänglichem für uns getan hat. (Stürmischer Beifall.) Tüchtig wäre es, leugnen zu wollen, daß die Blodade unserer Gegner nicht nach vielen Richtungen hin wirkte. Auf der Pariser Konferenz ist beschloffen worden, diese Erdrosselung, wie sie unseren Feinden vorwärts, noch weiter mit allen Mitteln zu verschärfen. Das zwingt uns, auch alle unsere Nachtmittel in vollem Umfange anzuwenden. Wir haben die Mittel.

England in seinem Lebensnerve zu treffen

und verlangen, daß man von ihnen Gebrauch macht. Die berechtigten Interessen der Neutralen sind bisher von unserer Reichsleitung in minutiöser Weise gewahrt worden. Unberechtigter Ansprüche neutraler Mächte müssen aber zurückgewiesen werden. Die Ausdehnung, die die Vereinigten Staaten dem Begriff der Neutralität gegeben haben, ist unvereinbar mit der deutschen Auffassung. (Sehr richtig!) Niemand hat ein Recht darauf, im Kriegsgebiet mit bewaffneten Schiffen spazieren zu fahren. (Sehr richtig!) Hoffentlich wird der U-Bootkrieg im Sinne des Beschlusses unseres Reichshaushaltsausschusses geführt. (Zustimmung.)

Offen habe ich anerkannt, daß wir wirtschaftlich durch die Blockade unserer Feinde in einer schwierigen Lage sind. Aber niemand unter uns nimmt an, daß Deutschland dadurch irgendwie jemals zum Erliegen kommen könne. Die Geschichte wird einmal das, was hier geleistet ist, als eine Großtat deutscher Organisations- und deutscher Wirtschaft rühmen. (Sehr richtig!) Der Abgeordnete Ebert hat gestern dem Wunsche nach Frieden, der in Deutschland, wie in anderen Ländern, vorhanden ist, Ausdruck gegeben. Mit Recht hat er hinzugefügt, angehts unserer militärischen und politischen Lage könne niemand darin ein Zeichen der Schwäche erblicken. Ernste Stimmen weisen jetzt schon auf das Verhältnis zwischen Europa und Amerika nach dem Kriege hin. Europa ist dann ein aus tausend Wunden blutender, zuckender Körper. „Amerika, du hast es besser!“ Im deutschen Volke herrscht eine tiefe Enttäuschung über die amerikanische Auffassung der Neutralität, die den Charakter der Ausnutzung der Kriegsjunktur in schrankenloser, man möchte fast sagen: schamloser Weise zeigt. So etwisch begründet unsere Friedenssehnsucht sein mag, sie scheidet an den starken Realitäten des Völkerdaseins. Die internationale Völker-Gemeinschaft, die vor dem Kriege bestand, kann nicht wieder aufleben. Wenn man ein Volk wie das deutsche jetzt als Hunnen und Barbaren hinstellt, ist es nicht leicht, die Brücken wiederzugewinnen zu denen, die das jetzt tun. Deutschland kann die geistige Isolierung leichter als irgendein anderes Volk ertragen. Es hat der Welt mehr gegeben als zurück erhalten. (Zustimmung.)

Das Friedensbegehren muß begrenzt sein durch den Gesichtspunkt der Freiheit des deutschen Landes und der Sicherung seiner Grenzen im Westen und im Osten.

Ein unangreifbares Deutschland ist die stärkste Friedensbürgschaft

für Europa. Ein Standpunkt, den Frieden durch Verzicht auf weltpolitische Expansionen, durch Verständigung und Entgegenkommen gegen andere Völker zu sichern, wäre für mich diskutierbar, wenn wir nicht die Erfahrungen des Weltkrieges hinter uns hätten. Jahrzehntelang haben wir diese Politik geführt, haben die Verlegenheiten anderer Völker nicht zu unseren Gunsten ausgenutzt. Das zeigen der Russisch-Japanische Krieg, der Burenkrieg und die Marokkofrise. Als Dank für unsere Haltung haben wir eine Welt von Feinden geerntet. „Propter invidiam“ ist dieser Krieg, Sympathien hatten wir nur so lange in der Welt, wie wir ohnmächtig waren.

Wir wollen keine Völker unterdrücken, aber auch nicht dulden, daß andere das tun. Der Herr Reichsanzler hat dabei auf die deutschen Balten hingewiesen. Zahlenmäßig stehen die Balten hinter den Esthen und Letten zurück, aber sie haben dem ganzen Lande ihre Kultur und ihr geistiges Leben aufgeprägt. Dem deutschen Volke ist gar nicht genügend bekannt, welche Fülle deutschen geistigen Lebens in Dorpat ihren Ausgang genommen hat. Stützen wir das Deutschtum jetzt nicht, dann ist es rettungslos der Russifizierung verfallen.

Mit dem Programm des Reichsanzlers bezüglich der Blamen sind wir einverstanden. Sie dürfen nicht der Verwelschung anheimfallen. Das entspricht auch den Empfindungen der Westländer. Neben den kulturellen Interessen birgt die belgische Frage auch große politische Probleme in sich. Wenn wir wünschen, daß es nicht wieder ein Glacis für unsere Feinde wird, dann muß nicht nur der Status quo ante ausgeschloffen, sondern

die politische, militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands in Belgien

gesichert sein. (Zustimmung.) Alle Völkerrechtsgrundsätze sind wie Zwirnsfäden zerrissen. Im Frieden haben wir eine Freiheit der Meere. Die wirkliche Freiheit zeigt sich aber erst, wenn die Völker aufeinander schlagen. Internationale Verträge gewährleisten sie nicht. War denn Griechenland durch das Völkerrecht vor den schamlosen Zumutungen der Entente gesichert? Wir müssen aus dem nassen Dreieck herauskommen an das Meer. Auf entfernten Meeren dürfen unsere Kreuzer nicht mehr in so un-

## Das Chaos im Lager der Sozialdemokratie.

Daß der Zank im Lager der reichsdeutschen Sozialdemokraten nach der nicht allzu reinlichen Scheidung Berliner Reichstagsfraktion in drei Gruppen (Scheidemann — Haase — Liebknecht) nicht aufgehört, ist erst recht beginnen werde, war vorauszusehen. Die drei Gruppen streben begreiflicherweise nach der Macht in der Parteipresse und in den Organisationen und ringen um die Billigung des nächsten Parteitages. Es wird bereits eifrig in den einzelnen Wahlkreisen agitiert, protestiert, petitioniert und die Trommel führt. Die Haase-Leute, mit denen es der „Vorwärts“ tut, wenn er auch vorsichtigerweise noch die anderen Gruppen pastieren läßt, veranlassen eine Kundgebung in Genossen von Groß-Berlin, wo die mehr westliche Westlerrichtung über einen starken Einfluß verfügt. Gleichwohl stellte sich nur mit 42 gegen 10 Stimmen der Zentralvorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins auf die Seite der Haase-Leute durch Annahme einer Entschließung, in der es heißt:

Der Zentralvorstand verurteilt das Verhalten der Fraktionsmehrheit in der Reichstagsitzung vom 24. März. Auch der Vorwurf des Disziplin- oder Treubruchs ist durchaus berechtigt. Daß die Fraktionsmehrheit Genossen Haase mit schässigen Zwischenrufen unterbrach, ihn unter anstößenden Beifall der bürgerlichen Feinde des proletariats am Weiterreden hinderte und schließlich teilweise gar für die Wortentscheidung stimmte, muß als öffentliche Verletzung der parteieigenen Pflichten angesehen werden. Der Zentralvorstand billigt die Bildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und verpflichtet sich, sie tatkräftig und in jeder Weise zu unterstützen. Nach der Verleugnung der Fraktionsrechte war die Schaffung einer von der Fraktionsmehrheit unabhängigen parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft das einzige Mittel, den gemäßigten sozialdemokratischen Abgeordneten die pflichtgemäße Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse zu ermöglichen. Der Zentralvorstand verurteilt aus allerhöchster die Art, wie Genosse Haase aus dem Parteivorstand gedrängt wurde und richtet an die Kontrollkommission das Ersuchen, Genossen Haase wieder zum Vorsitzenden der Partei zu wählen.

Bitter war es für die Haase-Leute, daß sie mit ihren Liebeserklärungen an die französischen und britischen Genossen so gar keine Gegenliebe zu erwecken vermochten. Erreicht haben sie lediglich, daß ein Teil der französischen Genossen, wie Capus im „Figaro“ mitteilte, aus den Vorkommnissen in Reichstags den Trost schöpfte, daß demnächst in Deutschland „ernste Ereignisse“ zu gewärtigen seien. Es ist nicht schwer zu erraten, welcher Art die französischen Zuminutungen an die Haase-Leute sind. Dagegen meint Capus als Wortführer des chauvinistischen Frankreich: „Für uns bleiben alle Brücken zwischen Deutschland und uns abgebrochen, bis wir den Feinden unsere harten Friedensbedingungen diktiert haben; darum ist diese Spaltung in unseren Augen ein bedeutungsloses Phänomen, das wir völlig außer acht lassen; ein Frieden, wie ihn Haase, der weder Sieger noch Besiegte haben will, und Liebknecht wollen, wäre für uns die unheilbarste Niederlage; jeder Vergleich mit ihnen wäre ebenso ein Verbrechen wie ein direkter Vergleich mit dem Feinde.“ Nicht den kleinen Finger Haases und Liebknechts, sondern ihre ganze Hand, alle ihre Hände fordern die Franzosen. Die Ausführungen des „Kettenmenschen“ Clemenceau in seinem Blatte vom 27. v. M., dann in Hervés „Victoire“ und in der „Humanité“ vom 28. v. M. und endlich im „Temps“ vom 29. v. M. lassen sich in die Sätze zusammenfassen: Wir Franzosen lassen uns von den Reden Haases und seiner sozialdemokratischen Helfershelfer nicht rühren; die deutschen Sozialdemokraten sind an der Entfesselung dieses schauderhaften Krieges, der ein Werk des deutschen Militarismus sei, ebenso schuldig wie die anderen; ohne Sieg, ohne Triumph der Sache Frankreichs und der Gerechtigkeit wird es keinen Frieden geben, trotz der deutschen Sozialdemokratie; mit den deutschen Sozialisten ließe sich nur dann reden, wenn sie mit der Abtretung von Elsaß-Lothringen einverstanden wären.

Mit solchen „Erfolgen“ der Haase-Liebknechtattitüde läßt sich nicht viel anfangen und die sozialdemokratischen Arbeiter in den Schützengräben dürften von der Ermunterung und Ermüdung der Feinde durch den Zuspruch deutscher Parteiführer kaum erbaut sein. Auch der Versuch, die angebliche Ablehnung eines angeblichen „englischen Friedensvorschlages“ durch das Berliner Auswärtige Amt für sich ins Treffen zu führen, brachte den Haase-Liebknecht-Leuten nicht die erhoffte Besserung ihrer Stellung. Wie die sozialdemokratischen Blätter (zum Beispiel die „Chemnitzer Volksst.“) mitteilen, wurde wiederholten Feststellungen des Reichskanzlers und des Unterstaatssekretärs Zimmermann zufolge niemals von ernstern Leuten ein solches Friedensangebot gemacht, sondern lediglich von einigen deutschen (Prof. Schücking), holländischen (Dresselhuis) und englischen Pazifisten (Burns, Trevelyan, MacDonald) Zusammenkünften und Besprechungen veranstaltet, also von Privatleuten ohne jedes Amt und ohne Verantwortlichkeit. Die englischen Pazifisten hätten sich dabei übrigens, wie John Burns als unersöhnliche Deutschfeinde entpuppt. Ähnliches erzählt der sozialdemokratische Abg. Noske gegenüber dem Abg. Ledebour im Hauptausschusse des Reichstages und der Abg. Scheidemann gegenüber dem Abg. Haase

im „Vorwärts“; die beiden Führer warfen dabei einander im gemeinsamen Zentralorgan „Friedensschwindel“, Entenzücherei und einige ähnliche Kraftsprüche an den Kopf. Scheidemann zieht dabei übrigens ziemlich unfaßlich den Schleier von der wichtigstuerischen Bedeutungslosigkeit gewisser „Pazifisten“. (In Oesterreich weiß man längst, was von dieser Sorte zu halten ist; man hat von den Herren Fried, Broda u. a. recht hübsche Sachen erlebt.) ... Und so wird allegro weiter gefochten, leidenschaftlicher und kriegerischer, als man es von Pazifisten erwarten sollte.

Zu verzeichnen wäre der geschäftlichen Genauigkeit halber noch: Die Haase-Leute, die übrigens noch immer auf einigen Zulauf aus der alten Reichstagsfraktion hoffen, wurden von dieser in einer Vorstandserklärung vom 31. v. M. als „die 18 Separatisten“ bezeichnet, die den Bruch gewollt haben und die nicht als Vertretung der Partei, sondern als „Sonderfraktion“ zu betrachten seien. — Als Zentralorgan der dritten und einstweilen kleinsten Gruppe (Liebknecht-Rühle) betätigt sich der „Braunschweiger Volksfreund“, der einen Aufruf veröffentlichte; die „Gruppe“ soll auch bereits eine Konferenz abgehalten und ein eigenes Parteiprogramm verfaßt haben.

Dieser Durcheinander in der reichsdeutschen Sozialdemokratie wirft seine Wellen natürlich auch nach Oesterreich, wo in dem deutschösterreichischen Rest, der von der alten Internationale nach der Ausreise der nichtdeutschen Gruppen noch geblieben ist, alle drei Richtungen ihre Anhänger haben. Wie lange hier die Burleskettatistik der vorwiegend im Geiste Haases und Liebknechts geleiteten Parteizentrale die organisatorische Auswirkung der Gegensätze wird verhüten können, bleibt abzuwarten. Vielleicht verrät gerade diese Scheu vor der offenen Auszragung, vor der Kraftprobe, das Ohnmachtsgefühl der westlerischen Spitze. Immerhin blüht es dann und wann bereits bedenklich. Nicht nur die grauamen antiwestlerischen Hammerschläge des Abgeordneten Beuthner in den „Sozialistischen Monatsh.“ lassen Funken sprühen, selbst bis in den „Kampf“, in das Allerheiligste der verschiedenen westlerischen Adler, wagte sich die Auflehnung in Gestalt zweier derber Kampfsartikel der Abgeordneten Dr. Renner und Bernerstorfer gegen Hilferding und Rautsky (!); es wird vielleicht noch einmal von dieser programmatisch nicht uninteressanten Polemik zu reden sein. Aber soviel ist ersichtlich, daß die beiden reichsdeutschen Genossen bei der schönen Gelegenheit auch Liebe einstecken müssen, die viel näheren Adressen vermeint sein dürften. Es wäre übrigens wahrhaftig kein Wunder, wenn z. B. Dr. Renner des trockenen Tones erfolglosen Dozierens müde würde. Was bedeutet der ganze Betrieb ohne ihn und seine engeren Gesinnungsfreunde? Wer verstünde sich besser als sie darauf, die alten marxistischen Schläuche mit immer wieder jungem Wein zu füllen und die ältesten Dogmen aus den Angeln zu heben, die eingefrorensten Posthorntöne in den Laut des Tages umzuwandeln, alles aus- und umzuwenden, alles in der Partei neu zu deuten und neu zu machen, wie der Mai? Und gerade sie sollten sich dauernd von den bloßen Beherrschern der Schablone niederhalten lassen, weil diese früher da waren, wie Chau vor dem Jakob, und daher in der Parteipresse und im ganzen Zentralbetrieb Erstgeburtsvorrechte beanspruchen? — Nun mag die „A.-Z.“ vorne noch so liebknechtisch — mit Haase-Augen — liebäugeln, rückwärts brachte heute doch schon R. R. (Rudolf Renner) eine Abfertigung des Berliner „Vorwärts“ unter, die von pazifistischen Neigungen nicht das mindeste mehr an sich hat. Der „Vorwärts“ hatte am 4. d. eine Polemik gegen eine am 9. Jänner in Berlin von deutschösterreichischen und reichsdeutschen sozialdemokratischen Führern abgehaltene Aussprache über das künftige Wirtschaftsprogramm veröffentlicht; der Artikel beschuldigte die Teilnehmer, daß sie sich den bisherigen Parteigrundsätzen zum Trotz „ohne weiters auf den Boden des Schutzjolls“ gestellt hätten, und verspottete die Besprechung als eine Veranstaltung „von Instanzen unter Ausschluß der Parteioffentlichkeit.“ In der heutigen „A.-Z.“ erwidert nun R. R. darauf, indem er dem Verfasser des Artikels im Berliner „Vorwärts“ vorwirft, daß er „in der plumpten Weise Sinn und Absicht der Konferenz fälscht und verdreht“; er nennt ihn einen „sauberen Einsender“, der „Laktügel“; dann folgt noch ein „Lüg“ und ein „verdreh“, und dann das Schlussurteil:

„Wir greifen dieses Muster größlicher Entstellung heraus, um unsern Parteigenossen einen Begriff davon zu machen, welche unverantwortliche skrupellose Stänkerer in dem Kriegslid des deutschen Proletariats wühlen, um die Partei zu zerstören (die Westler behaupten aber umgekehrt, daß gerade sie es seien, welche die Partei vor den „Neuerern“ retten müßten! D. Red.) und ihrer Individualität den Nimbus des Unentwegt-Radikalen zu verschaffen. Die Genossen ... werden diese Brunnenvergiftung richtig zu würdigen vermögen.“

So die Wiener „A.-Z.“ vom 6. April gegen den Berliner „Vorwärts“ vom 4. April! Ähnliche Ansichten über die Westler haben wir schon des öfteren vorgebracht, aber man schlug die Warnung leichtfertig in den Wind. Nun wird uns in der „A.-Z.“, allerdings vorerst noch in einem stillen Winkel, bestätigt, daß wir richtig sahen. ... Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit. Wird auch neues Leben aus den Ruinen blühen?

## Die neue Seerechtsdeklaration.

Erklärungen Lord Robert Cecil.

L. London, 5. April. Die Ausführungen des Parlaments-Unterssekretärs Lord Robert Cecil über die Deklaration lauten:

Den Hauptgegenstand der Order bildet die Erklärung, daß der Begriff der fortgesetzten Reise in voller Ausdehnung nicht nur auf unbedingte, sondern auch auf bedingte Bannware Anwendung findet, ebenso auf die Blockade. Als einziger Unterschied in der Behandlung der unbedingten und der bedingten Bannware bleibt bestehen, daß bedingte Bannware nur dann beschlagnahmbar und verurteilbar ist, wenn sie für die Streitkräfte des Feindes oder den Gebrauch einer feindlichen Regierung bestimmt ist, während unbedingte Bannware dem gleichen Schicksal unterworfen ist, wenn sie für einen Teil feindlichen Gebietes bestimmt ist. Bei der Durchführung der Maßnahme im gegenwärtigen Stadium des Krieges ist eine Unterscheidung zwischen beiden Arten von Konterbande unwesentlich, da ja im Grunde alle Güter, die nach dem Gebiete unserer Feinde gesandt werden, mittelbar oder unmittelbar zum Nutzen der Streitkräfte verwendet werden, daher gleiche Weise der Beschlagnahme unterliegen, ob sie nun bedingte oder unbedingte Konterbande sind. Die Regierung beabsichtigt, in amtlicher Form eine vollständige Liste der Bannware-Artikel zu veröffentlichen, worin sowohl die unbedingten wie die bedingten Bannwaren zusammengestellt sein werden, so daß

sich alle neutralen Kaufleute über deren Zugehörigkeit zu der einen oder zu der anderen Kategorie unterrichten können. Dies wird geschehen, sobald einige Erweiterungen der Banngutliste, worüber die Entscheidung schwebt, vollzogen sein werden. Die Ergänzung der Order bildet die Erläuterung gewisser Umstände, die die Vermutung erwecken, daß aufgebrachte Güter eine feindliche Bestimmung haben. Insbesondere wird darin ausgeführt, daß die erwähnte Vermutung besteht, wenn Waren an eine Person in einem neutralen Lande konsigniert sind, von der schon von früher bekannt ist, daß sie Bannwaren an den Feind sandte.

# Amerikaner auf bewaffneten Handelsschiffen.

Präsident Wilson und die Debatten im Kongress und Senat.

Die letzte amerikanische Post, die Zeitungen bis zum 11. März brachte, enthält sehr ausführliche Berichte über die Tage der großen Erregung in Washington, über die leidenschaftlichen Erörterungen, die die Haltung des Präsidenten Wilson in der U-Boot-Frage hervorrief, über den Kampf zwischen Präsident und Kongress und über die Stellungnahme des Kongresses zu der von den ruhigen Elementen unter den amerikanischen Politikern laut und eindringlich erhobenen Forderung, daß Amerikaner von Amis wegen davor gewarnt werden sollten, auf bewaffneten Handelsschiffen zu reisen. Die knappen und noch dazu einander häufig widersprechenden Washingtoner und New-Yorker Kabelberichte (von den absichtlich irreführenden Reutersmeldungen ganz zu schweigen) haben von allen die Vorgänge ein ganz unvollkommenes, gelegentlich sogar verzerrtes Bild gegeben. Man begriff hier nicht, wie nach der bündigen und unmissverständlichen Erklärung des amerikanischen Staatsdepartements vom 18. Januar d. J., auf deren Boden sich die deutsche U-Boot-Denkchrift stellte, solche leidenschaftliche Debatten, eine solche Stellungnahme des Präsidenten überhaupt möglich war. Man wußte nicht, wie man die Beschlüsse des Senats und des Repräsentantenhauses hinsichtlich des Reisens auf bewaffneten Handelsschiffen ausulegen habe. Die einen erblickten in diesen Beschlüssen einen Sieg, die anderen eine Niederlage Wilsons. Die einen sagten, der Kongress habe dadurch, daß er die „warnenden“ Resolutionen (dieserigen, die eine amtliche Warnung vor der Fahrt auf bewaffneten Handelsschiffen verlangten) „auf den Tisch des Hauses legte“, die Warnung schroff abgelehnt; die anderen meinten, der Kongress habe es gerade dadurch vermeiden wollen, zu der Frage eine bestimmte Stellung zu nehmen. Man wußte eben mit den unzulänglichen amerikanischen und den verwirrenden Londoner Berichten nichts Bestimmtes anzufangen.

Heute läßt sich auf Grund der Berichte anglo-amerikanischer Blätter (wir beziehen uns hier absichtlich nur auf solche) folgendes feststellen:

## Wilson's Erklärung vom 18. Januar.

Die Erklärung des Präsidenten Wilson vom 18. Januar lagte in klarer Sprache, daß „ein kriegsführender Staat der entsprechenden Verwendung der Unterseeboote zur Störung des Handelsverkehrs nicht beraubt werden sollte, diese Werkzeuge des Krieges in dieser praktischen Abart der Kriegsführung als wirkungsvoll betrachtet haben. Das Anbringen von Geschützen auf Handelsschiffen kann im gegenwärtigen Stadium des Unterseebootkrieges nur durch die Absicht erklärt werden, Handelsschiffe so gefahrlos zu machen, daß sie den Unterseebooten überlegen sind. Jede Armierung eines Handelsschiffes würde daher den Charakter einer Bewaffnung zu Annahmestellen haben.“ Dann heißt es wörtlich weiter: „Eine Regierung ist von der Richtigkeit des Arguments überzeugt, daß ein Handelsschiff, das eine Bestückung und welcher Art trägt, in Anbetracht des besonderen Charakters der Unterseeboot-Kriegsführung und der defensiven Schwäche der Unterseeboote als ein Hilfsmittel zu betrachten und als solcher von Neutralen wie Kriegsführenden zu behandeln und (meine Regierung) zieht ernstlich in Erwägung, ihre Ordre dementsprechend zu instruieren.“ Für uns wie für Amerika ist ausschlaggebend ist aber der folgende Satz Wilsons: „Ich bin von der vollen Ueberzeugung aus, daß jede Regierung in erster Linie das humane Ziel ins Auge fassen wird, das Leben schuldloser Menschen zu schonen, statt sich auf zweifelhafte technische Rechte zu versteifen, deren Gültigkeit angesichts der neuen Verhältnisse angefochten werden kann.“

Mit den in dieser amerikanischen Erklärung aufgestellten Grundsätzen steht die deutsche U-Boot-Denkchrift vom 11. Februar durchaus im Einklang. In den britischen „Anweisungen betreffend Unterseeboote“ heißt es:

„Wenn bei Tage ein Unterseeboot ein Schiff offensichtlich verlegt und wenn es dem Kapitän augenscheinlich ist, daß es feindliche Absichten hat, so soll das verfolgte Schiff zu seiner Verteidigung das Feuer eröffnen, auch wenn das Unterseeboot keine entschieden feindliche Handlung, wie z. B. Abfeuern eines Geschützes oder Torpedos, begangen hat.“

Die deutsche Denkchrift verfügt daher nach der von der amerikanischen Regierung am 18. Januar d. J. anerkannten Logik:

„Unter den vorstehend dargelegten Umständen haben feindliche Unterseeboote, die mit Geschützen bewaffnet sind, kein Recht, die Besatzung eines Handelsschiffes anzugreifen, und es ist die Pflicht der neutralen Seestreitkräfte, die Handelsschiffe zu schützen, die unter dem Schutz der Neutralen Rechnung tragenden Frist den Befehl erhalten, solche Schiffe als Kriegsführende zu behandeln.“

Die amerikanische Erklärung vom 18. Januar ist, wie in Washington mitgeteilt wurde, von „einer alliierten Macht“ abgelehnt worden. Im Kongress, und zwar in beiden Häusern, wurden auf Grund dieser Erklärung Resolutionen eingebracht, denen zufolge amerikanische Bürger davor gewarnt werden sollten, auf bewaffneten Kauffahrteischiffen zu reisen. Auch wurde diesen Resolutionen die Regierung aufgefordert, amerikanischen Bürgern, die trotzdem auf solchen Schiffen fahren wollen, die Pässe zu verweigern.

## Die Schwenkung des Präsidenten.

Um diese Zeit, in der vierten Februarwoche, vollzog sich die allmähliche Schwenkung in der Haltung Wilsons. Sie wurde erkennbar, als die englische Admiralität eine Verlautbarung über die Verweigerung der Handelschiffe, offensiv gegen Tauchboote vorzunehmen, veröffentlichte. Es heißt darin:

„Es ist anzunehmen, daß ein Tauchboot oder Flugzeug, das sich in einem Handelsschiff vorfindet, nicht als ein solches betrachtet werden darf, das die Absicht hat, in solchen Fällen kann zur Selbstverteidigung das Feuer eröffnet werden, damit das feindliche Fahrzeug nicht durch den Flugzeug verhindert werde, auf eine Entfernung heranzukommen, in welcher ein Widerstand gegen einen plötzlichen Angriff mit Bombe oder Torpedo unmöglich sein würde.“

In einem Teil der amerikanischen Presse fand diese britische Instruktion eine durchaus ablehnende Beurteilung. Man fand, daß dem Ermessen des jeweiligen britischen Schiffskapitäns dann doch ein allzuweiter Spielraum eingeräumt werde, und daß durch jene Instruktion die Unterscheidung zwischen einem rein defensiv bestückten Handelsschiff und einem Hilfskreuzer außerordentlich erschwert werde. Die Herren Wilson und Lansing traten aber im schroffen Widerspruch zu ihrer früheren Erklärung dem englischen Standpunkt bei, und der Präsident wiederholte, es sei „das unüberäußerliche Recht“ eines jeden Amerikaners, auf solchen Schiffen (die sich schamäleonartig jeden Augenblick von einem Kauffahrteischiff in ein Kriegsschiff verwandeln können) zu reisen.

Im Kongress riefen diese unerklärliche Sinnesänderung und die Gerüchte von kriegerischen Äußerungen des Präsidenten die größte Unruhe hervor. Die Vorstehenden der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten Stone (Senat) und Flood (Repräsentantenhaus) sprachen bei Wilson vor und richteten an ihn die bestimmte Frage, welche Haltung er eigentlich einnehme und was an den erwähnten Gerüchten Wahres sei. Was sich im Laufe dieser Unterredung abgespielt hat, ist genau nicht zu erfahren gewesen; es hieß, sie sei überaus stürmisch verlaufen, alle drei Herren hätten eine „äußerst heftige Sprache geführt“, und Stone habe wiederholt mit der Faust auf den Tisch geschlagen; einem Washingtoner Bericht zufolge soll Wilson ganz unverblümt keine Absicht geäußert haben, „jenem Menschen Bernstorff“ (to that man Bernstorff) die Pässe zuzustellen und dadurch den Krieg zu provozieren. Nun räumt allerdings die amerikanische Verfassung lediglich dem Kongress das Recht ein, den Krieg zu erklären; sie verhindert aber den Präsidenten nicht auch gleichzeitig, eine Lage zu schaffen, durch die ein Krieg unvermeidlich wird.

Des Kongresses bemächtigte sich, nachdem die Unterredung der Herren Stone und Flood mit dem Präsidenten inhaltlich bekannt geworden war, die größte Erregung. Es bildeten sich zwei einander heftig bekämpfende Parteien, wobei die historischen Parteilinien zum Teil verwischt wurden; Demokraten traten in schärfster Opposition gegen den Präsidenten, Republikaner unterstützten ihn. Die einen forderten mit größtem Nachdruck, Amerika dürfe nicht wegen der „anmaßenden Dummheit unseres Volkes“ (wie Stone dem Präsidenten schrieb) in den Krieg gezerrt werden; die anderen verlangten, daß dem Präsidenten das ihm verfassungsmäßig zustehende Recht, die diplomatischen Verhandlungen zu führen, nicht verkürzt werden dürfe.

Des Kongresses bemächtigte sich, nachdem die Unterredung der Herren Stone und Flood mit dem Präsidenten inhaltlich bekannt geworden war, die größte Erregung. Es bildeten sich zwei einander heftig bekämpfende Parteien, wobei die historischen Parteilinien zum Teil verwischt wurden; Demokraten traten in schärfster Opposition gegen den Präsidenten, Republikaner unterstützten ihn. Die einen forderten mit größtem Nachdruck, Amerika dürfe nicht wegen der „anmaßenden Dummheit unseres Volkes“ (wie Stone dem Präsidenten schrieb) in den Krieg gezerrt werden; die anderen verlangten, daß dem Präsidenten das ihm verfassungsmäßig zustehende Recht, die diplomatischen Verhandlungen zu führen, nicht verkürzt werden dürfe.

## Stones Brief und Wilson's Antwort.

In seinem Schreiben an den Präsidenten sagt Stone sich förmlich von Wilson los, weil „sein Pflicht- und Verantwortungsgefühl es ihm schwierig mache, zuzusehen, wie dieses Land in den Wirbel des Weltkrieges gestürzt werde...“ Und weiter: „Jene anmaßende Dummheit grenzt an moralischen Verrat an der Republik, in dem sie darauf besteht, das Leben leichtsinnig aufs Spiel zu setzen. Dieses Reisen auf bewaffneten Schiffen ist so ungeheuerlich, daß es nicht mehr verteidigt werden kann.“

Auf diesen Brief antwortete Wilson in einer Weise, die die Besorgnisse wegen seiner Deutschland feindseligen Haltung nur noch verstärkte. Er sagte darin u. a.:

„Unsere Pflicht ist auf alle Fälle klar vorgezeichnet. Wir dürften... ehrenhalber keine Wahl über den Kurs haben, den wir einschlagen sollten. Die Ehre und die Selbstachtung der Nation stehen auf dem Spiele. Wir werden den Frieden um jeden Preis bewahren, nur nicht um den Preis der Ehre...“ Der Kern, die entscheidende Stelle in diesem Briefe lautete:

„To forbid our people to exercise their rights, to fear we might be called upon to vindicate them, would be a deep humiliation.“ („Unserem Volke zu verbieten, seine Rechte auszuüben, aus Furcht, daß wir veranlaßt werden könnten, sie zu verteidigen, würde eine schwere Demütigung sein.“)

Präsident Wilson bestand also nochmals in einer nahezu drohenden, kriegerischen Sprache auf dem, was Stone ihm gegenüber als einen „moralischen Verrat an der Republik“ bezeichnet hatte — eine Auffassung, die von einer sehr erheblichen Anzahl seiner Landsleute geteilt wurde und noch geteilt wird. Er bestand auf demselben „technischen Recht“ amerikanischer Bürger, auf jedem ihnen beliebigen Schiffe zu reisen, das er selbst am 18. Januar als „zweifelhafte“ bezeichnet und von dem er gesagt hatte, daß „seine Gültigkeit angesichts der neuen Verhältnisse angefochten werden könne“. Jetzt war mit einem Male der Verzicht auf ein solches zweifelhaftes Recht nationale Ehrensache, die unter Umständen „verteidigt“ werden müsse — das heißt, um derentwillen man auch einen Krieg nicht scheuen dürfe.

Inzwischen war die Antwort Deutschlands auf die letzte Anfrage der amerikanischen Regierung in Washington eingetroffen; ein Bericht aus der Bundeshauptstadt teilte mit, daß die deutsche Antwort die Frage, was unter defensiver Bewaffnung zu verstehen sei, zur Erörterung stelle, und daß Washington in diese Erörterung eintreten werde. Lansing erklärte: so fest die amerikanische Regierung auf dem Grundsatz der ungefährdeten Reise an Bord bewaffneter Schiffe besteht, werde sie doch hinsichtlich des Charakters der Bewaffnung mit sich reden lassen; und um einen Zoll mehr oder weniger im Kaliber defensiver Geschütze führe man keinen Krieg. Die Gefahr eines ernststen Konflikts mit Deutschland sahnt damit erheblich abgeschwächt, wenn nicht beseitigt, und es begann eine ruhige Stimmung Platz zu greifen. Da schickte Präsident Wilson den Brand aufs neue durch ein an den Kongress-Abgeordneten Son, das rangälteste demokratische Mitglied des Hausauschusses für Regeln, gerichtetes Schreiben, in dem er die sofortige öffentliche Erörterung und Erledigung der beiden Resolutionen

verlangte. Der Wilsonsche Anhang im Kongress hat diese Forderung durch eine so rücksichtslose Unterbindung der Rede- und Debattierfreiheit verwirklicht, daß sogar ein ganz auf Wilson'schem Boden stehender Senator nach der Abstimmung sagte: „The great Senate of the United States... was germanized to-day.“ Diesem Herrn Borah ist nämlich „germanisiert“ gleichbedeutend mit „vergewaltigt“.

## Senator Gore's Resolutionen.

Die Senats-Abstimmung fand am 3., die im Repräsentantenhaus am 7. März statt. Die Senats-Resolution war von dem blinden Senator Gore aus Oklahoma eingebracht. Sie knüpfte die Ausstellung eines Reisepasses an die Bedingung, daß der Reisende während des Krieges nicht auf einem bewaffneten Handelsschiffe fahren dürfe, widrigenfalls er sich des Hochverrats schuldig mache. Er hatte mehrere Tage vor der Abstimmung im Senat eine ausführliche Erklärung zu seiner Resolution abgegeben. Gore sagte:

„In seiner kürzlichen Note an die Mächte gebrauchte Staatssekretär Lansing die folgenden bezeichnenden Worte: „Meine Regierung kann sich dem Einbruch der Richtigkeit des Arguments nicht erwehren, daß ein Kauffahrteischiff, welches irgendwelche Bewaffnung trägt, angesichts des Charakters des Tauchbootkrieges und der defensiven Schwäche der Unterseeboote als Hilfskreuzer angesehen und dementsprechend von einer neutralen wie von einer kriegsführenden Regierung behandelt werden sollte, und sie zieht ernsthaft in Erwägung, ihre Beamten demgemäß zu instruieren.“

Schweden hat diese Ansicht bereits in die Tat umgesetzt. Meine eigene Ueberzeugung, daß amerikanischen Bürgern das zweifelhafte Recht, auf bewaffneten Schiffen zu reisen, verboten werden sollte, ist das Resultat sorgfältiger Ueberlegung und nicht eines plötzlichen Impulses oder einer Panik, und zwar ganz unabhängig davon, ob derart bewaffnete Handelsschiffe als Hilfskreuzer klassifiziert werden oder nicht. Ein derartiges Vorgehen würde genau so viel zu der persönlichen und nationalen Sicherheit beitragen und genau so wenig der nationalen Würde und Ehre abträglich sein, wie die an amerikanische Bürger seinerzeit gerichtete Warnung, ihr Heim und ihren Besitz in Mexiko aufzugeben. Wann immer die Ehre oder das Lebensinteresse der Republik involviert ist oder wann immer die notwendigen Rechte selbst des niedrigsten Bürgers des Landes verletzt werden, wird jedes amerikanische Schwert aus der Scheide fahren. Aber diese heiligen Gefühle sollten nicht zum Spielzeug in den Händen jedes gedankenlosen, leichtsinnigen Reisenden gemacht werden dürfen, der aus Liebe zu Vergnügen, Verdienst oder Abenteuer mit Gefahr oder Tod auf einem bewaffneten Handelsschiff spielen möchte.“

Die Gore-Resolution war, wie der Verlauf der Abstimmung bald bewies, der Ablehnung verfallen. Da änderte Senator Gore, um eine endgültige Stellungnahme des Senats im Sinne der Wilson'schen Politik zu verhindern, im letzten Augenblick seine eigene Resolution in ihr gerades Gegenteil um. Sie lautete jetzt: „Es sei beschlossen, daß das Verbot eines bewaffneten Handelsschiffes ohne Warnung durch ein Unterseeboot, das den Tod eines Bürgers der Vereinigten Staaten zur Folge hat, eine gerechte und genügende Ursache zum Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich bilden würde.“ Der Senat hatte nun über die Resolution sofort abzustimmen; es fehlte dem Wilson-Anhang die Zeit, zu der neuen Situation nach reiflicher Erwägung Stellung zu nehmen. Für den Krieg mit Deutschland mochten aber auch die Freunde Wilsons den Senat nicht festlegen, und so wurde die geänderte Gore-Resolution mit 68 gegen 14 Stimmen „auf den Tisch des Hauses gelegt“, d. h. vorläufig zurückgestellt. Gore stimmte gegen seinen eigenen Antrag.

Am darauffolgenden Tage brachte Senator Mc Cumber einen der ursprünglichen Gore'schen Resolution ähnlichen Antrag ein, zog ihn aber am 9. wieder zurück.

## „Auf die Cafel gelegt.“

Auch die im Repräsentantenhaus von dem Abgeordneten Mc Lemore unterbreitete Warnungsresolution wurde mit 272 gegen 137 Stimmen auf den Tisch gelegt. Diesmal hatten die Anhänger Wilsons rechtzeitig gegen eine unangenehme Ueberwältigung wie die im Senat Vorgehungen getroffen. Für die Bewahrung der alten Parteilinien ist das Abstimmungsergebnis sehr kennzeichnend. Für das „tabling“ stimmten 182 Demokraten, 93 Republikaner und ein „Progressivist“ (Roosevelt-Partei); dagegen stimmten 83 Demokraten, 102 Republikaner, 5 Progressivisten, 1 Sozialist und 1 Unabhängiger.

Am Tage nach dieser Abstimmung trafen die Erklärungen der deutschen Regierung zur U-Boot-Denkchrift in Washington ein; Zeitungs-Kommentare darüber liegen (bis 11. März) noch nicht vor. Am 9. März veröffentlichte die britische Botschaft in Washington eine kurze Antwort auf die deutschen Erklärungen. An demselben Tage ersuchte die amerikanische Regierung England um eine Abschrift der vertraulichen Instruktionen an die Befehlshaber britischer Kauffahrteischiffe. Die deutsche Regierung hat bekanntlich nachgewiesen, daß englische Handelsschiffe, die angeblich nur zu Defensivzwecken armiert sind, Befehl haben, gegen deutsche und österreichische U-Boote offensiv vorzugehen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß beide Parteien, die Anhänger wie die Gegner Wilsons und seiner Politik, behaupten, daß die Abstimmungen über die Gore- und die Mc Lemore-Resolution einen Sieg ihres Standpunktes darstellen. Der Kongress hat dem Präsidenten freie Hand gelassen, aber andererseits sind die beiden Resolutionen nur „laid on the table“, nicht abgelehnt worden, das heißt, der Kongress hat sich nicht endgültig und bindend gegen eine amtliche Warnung erklärt.

Während Senator Stone amerikanischen Zeitungsberichten zufolge wieder seinen Frieden mit dem Präsidenten Wilson gemacht hat, haben drei demokratische Abgeordnete erklärt, nicht wieder für den Kongress kandidieren zu wollen, weil sie dem Präsidenten und seiner Politik nicht zu folgen vermögen. Es sind dies Robert Page, ein Bruder des Botschafters in London, Isaac R. Sherwood und Joseph S. Eagle.

Reichstag

Deutscher Reichstag

(Schluß des Berichts.)

N. Berlin, 6. April. (Priv.-Tel.)

Hg. Graf Westarp (cont.):

Die Durchführung des Krieges bis zum Siege muß unser einziges Ziel sein; alles was davon ablenkt...

Der Vernichtungswille unserer Feinde ist ungeboren. Wir haben bei Beginn des Krieges nur die Wut gehabt...

Mit der Dauer des Krieges haben sich die Auffassungen über die Kriegsziele geändert. Für uns sind maßgebend die Ausführungen, wie sie der Reichstagspräsident...

das eroberte Land fest in unserer Hand behalten

und daß es dazu beiträgt, unserem eigenen Vaterlande ein festeres Gefüge zu geben. Die Opfer, die unser Volk bringt...

Hg. Werner-Giesen (Deutsche Fraktion):

Die großen Erfolge unseres Heeres sichern uns die Zukunft; besonderer Dank gebührt dem Grafen Zepelin. Der Redner polemisiert dann gegen die „Frankfurter Zeitung“...

Hg. Haase (Sozialdem. Arbeitsgemeinschaft):

Das Recht des Parlaments sei zwar nicht erweitert worden, aber es liege doch eine Ausdehnung des parlamentarischen Rechtes...

Anträge zum U-Bootkrieg

eine Einwirkung auf die Kriegsführung geübt werden solle, und sie habe weiter gesagt, daß das Vertrauen nicht mehr in dem gemäßigten Maße vorhanden sei...

Daß die bürgerliche Presse über ihn herfallen würde seine letzten Reden, darüber habe er sich nicht gewundert...

nicht verschwiegen werden. Es liege aber in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung, die ihrem Wesen nach nicht die Interessen der Gesamtheit wahrnehmen könne...

kein deutscher Basal

werden. Es dürfe kein Basal gegen Deutschland werden, aber auch nicht gegen seine Feinde. Er wünsche dem künftigen Volk eine freie, seiner Eigenart entsprechende Entwicklung...

Unterseebootkrieg

treue sich seine Partei von den bürgerlichen Parteien. Der Unterseebootkrieg sei die ultima ratio dieser. Das unarmherzige Mittel sei das barmherzige, habe ein Heerführer gesagt...

Auch über die verlangenden Garantien gingen die Meinungen auseinander.

Im Gegensatz dazu verlangte seine Partei, daß die deutsche Regierung den Frieden suche und Friedensangebote mache. Immer größere Volksmassen wollten in allen Ländern den Frieden (Zuruf: Frankreich!).

Staatssekretär v. Jagow:

Der Abgeordnete Haase hat die alten polemischen Dinge wieder aufgewandert. Als ich in der Budgetkommission meine von Herrn Haase zitierten Worte gebrauchte...

trieb nach der Freiheitsrede des Herrn Haase: „Die heutige deutsche Reichstagsfraktion kommt einem Siege unglücklich gleich.“

Hg. Scheidemann (Soz.):

Für Deutschland, nicht für ein fremdes Land bluten und sterben deutsche Soldaten. Das war die Bekräftigung des Satzes des Reichstagspräsidenten: Uns treibt nicht Eroberungsglück, nicht Ländergier...

politischer Klub

sein, wenn man sich, nachdem dieser Krieg so ungewohnten Wendungen über Europa gedreht hat, einbildet, daß das alles zerfällt werden kann, ohne daß auch nur ein einziger Grenzstein dabei verrückt wird.

mitbestimmen bei der Kriegsführung.

Wir sind die entscheidendsten Vertreter der Parlamentsrechte, aber ich muß doch sagen, ich habe mir die Entwicklung etwas anders gedacht. Ich hätte mir nicht gedacht, daß wir einwirken sollten, auf die Entscheidung über den Schlachtfeld...

Das Reichsvereinsgesetz ist ein tauriges Kapitel. Nach den uns gemachten Mitteilungen ist nicht abzusehen, wann die Novelle zum Reichsvereinsgesetz eingebracht werden kann.

Brückierung der Arbeiter

aus. Das würde eine Fortdauer des kleinlichen Polizeigesetzes sein. Die Regierung soll nun umkehren, es könnte gefährlich werden. Es gibt ein Maß in allen Dingen...

Ich erhebe Einspruch gegen die Art, wie gewisse militärische Befehlsgeber ihre Stellungen im Reichslande aufzufassen pflegen. Gewiß entstehen dadurch Schwierigkeiten...

gibt. Aber es darf die Bevölkerung nicht unendlich dranguliert werden, und da muß der Reichstagspräsident nach dem Rechte leben.

Was von dem Willen des Volkes abhängt, wie sehr es darauf ankommt, haben wir im Kriege alle deutlich erkannt. Deutschlands Sicherheit wird nicht allein auf dem Schlachtfeld errungen.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, daß der englische Handelsminister Runciman offen gesagt hat, daß wir wirtschaftlich unterkriegt werden sollen...

Bettelvolles Europa

gemacht werden. Die deutschen Vertriebenen leiden wohl am schwersten unter der englischen Blockade. Das Organ dieses Verbannten hat Runciman die richtige Antwort gegeben.

Im Auslande haben wir viel Hejrede gehört, aber wir wollen ehrlich sein, haben wir bei uns nur lauter Wahrheit gehört!

Wir wollen ehrlich sein, haben wir bei uns nur lauter Wahrheit gehört! Scheintreuer machen täglich große Eroberungen auf dem papiernen Schlachtfeld.

Wir sind die entscheidendsten Vertreter der Parlamentsrechte, aber ich muß doch sagen, ich habe mir die Entwicklung etwas anders gedacht. Ich hätte mir nicht gedacht, daß wir einwirken sollten...

Das Reichsvereinsgesetz ist ein tauriges Kapitel. Nach den uns gemachten Mitteilungen ist nicht abzusehen, wann die Novelle zum Reichsvereinsgesetz eingebracht werden kann.

Unsere Regierung hat offiziell im Dezember 1915 erklärt, daß sie bereit sei, Friedensvorschläge zu prüfen. Der Reichstagspräsident hat damals gesagt, jeder Schritt weiter würde als Schwäche ausgelegt werden.

## Zur Kriegslage

**Berdun und die allgemeine Offensive. Die Lage im Raume Berdun am 7. April. Gailletwald und Haucourt. Die Gefechtsmoral. Strategische Ergebnisse. Die Vorbereitungen zur allgemeinen Offensive der Entente. Die Verhältnisse an den Fronten im Osten und Süden und im Orient. Operationsmöglichkeiten im Westen. Die englischen Streitkräfte 1914 und 1916. Keine Prognose.**

Ragt auch die Aktion im Raume Berdun noch mächtig über alle anderen, auf den ins Riesenhafte gewachsenen Kriegsschauplätzen spielenden Vorgänge hervor, so gewinnt doch mehr und mehr die Vorbereitung einer allgemeinen Offensive der Entente an Interesse. Ehe hierauf eingegangen werden soll, sei die Lage im Raume Berdun, wie sie sich am 7. April darstellte, umrissen. Auch jetzt noch bleibt ungewiß, wie weit die deutsche Offensive gefördert werden soll und kann und wann der deutsche Generalstab den Augenblick gekommen glaubt, sie stillzulegen und sich von dem strategischen Ergebnis befriedigt zu erklären. Heute ist das offenbar noch nicht der Fall, denn verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß der Einbruch in die Nordostfront der Berduner Hauptverteidigungslinie und die Umfassung der Nordwestfront methodisch erweitert werden, obwohl die Verteidigung ein Höchstmaß von taktischer Leistungsfähigkeit aufweist und mehr als genügende Truppen- und besonders Artilleriemengen zur Stelle hat, um sich auszuwirken. Dafür sprechen auch die stärker anschwellenden französischen Gegenangriffe, die indes nicht nur aus neuem Kräftezuschuß zu erklären sind, sondern auch als ein Gebot der strategischen Notwendigkeit erscheinen, weil die Durchbrechung der Linie Douaumont-Froide Terre auf dem rechten und der Zusammenbruch der um Punkt 304 gelagerten Stellung auf dem linken Maasufer die ganze Position des französischen Heeres in und bei Berdun schwer erschüttern würden.

Trotz des furchtbaren Flankensfeuers, das die Franzosen aus ihren Steinbruchstellungen in der Schlucht und vom Dorfteil bei Bauz unterhielten, ist es den Deutschen anscheinend gelungen, in den knapp einen Quadratkilometer bedeckenden Gailletwald einzudringen und sich dort festzusetzen. Der Gailletwald ist aber noch als umstritten zu bezeichnen. Nicht umsonst versuchen die Franzosen ihn zurückzuerobern, da die Deutschen, wenn sie in seinen vollen und sichern Besitz gelangen, in der Lage wären, einen Teil der wichtigsten permanenten Verteidigungslinie des Höhenzuges von Froide Terre zu flankieren. Ausgeglichen ist die Lage dort vorläufig weder für den Angreifer noch für den Verteidiger, doch lastet der stärkere Druck, wie stets in solchen Fällen, auf der Verteidigung. Auf dem westlichen Maasufer ist, wie vorauszusehen war, der deutsche Angriff von Malancourt auf Haucourt vorgetragen und dieser Stützpunkt, der zugleich eine Etappe an der Straße Malancourt - Esnes ist, erobert worden. Immer mehr wird so die französische Stellung von Bôthincourt isoliert, wo die Verteidiger zweckbewußt ausharren, um den Deutschen durch Flankensfeuer den Angriff auf Malancourt und Haucourt tunlichst zu erschweren. Ob sie den Ort auch jetzt noch um jeden Preis zu halten gedenken, wird sich in Kürze entscheiden. Schon liegt deutsches Kreuzfeuer so schwer auf dem Zentralpunkt 304 daß diese seit bald vierzehn Tagen bearbeitete Höhenstellung merklich erschüttert sein dürfte. Rechnet man zwanzig Tage auf völliges Eindecken, so werden die Franzosen sich nun allmählich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, den Salienten preiszugeben, den sie trotz der Umfassung vom Rabenholtz und vom Gehölz von Avocourt her so geschickt und mutig verteidigen, falls ihre Armeeführung nicht entschlossen ist, vorher zu einer großen Gegenoffensive überzugehen. (Die mir nachträglich zu Gesicht kommende halbamtliche Havasdarstellung vom 7. April rechnet bereits mit Preisgabe von Punkt 304 und Zurücknahme der Front auf Punkt 310, südlich Esnes.) Ausdrücklich sei noch einmal betont, daß die Gefechtsmoral der beiden großen Gegner sehr hoch steht, eine Tatsache, auf die ich schon wiederholt hingewiesen habe.

Als strategisches Ergebnis der deutschen Offensive im Raume Berdun ist bis jetzt bekanntlich die Verwandlung der Berduner Aus-

fallstellung in eine eingeeengte Defensivposition zu betrachten. Darüber hinaus ist eine ungeheure Ansammlung mobiler französischer Kräfte und schwersten Artilleriematerials zwischen der Maas und den Argonnen festzustellen und eine entsprechende Degarnierung der übrigen französischen Frontabschnitte anzunehmen. Auch bleibt zu wiederholen, daß eine geplante französische Offensive großen Stillschlupf erfahren ist.

All das gestattet aber nicht, auf eine vollständige Unterbindung französischer Offensivabsichten zu schließen, sondern es ist vielmehr zu erwägen, daß gerade durch den gewaltigen Druck auf Berdun die Alliierten in die Notwendigkeit versetzt worden sind, ihren Operationsplan für das Jahr 1916 nach der offensiven Seite auszubauen. Mit andern Worten, die englisch-französisch-russische und italienische Offensive ist zwar im Vorbereitungsstadium gestört und die Kampfkraft des französischen Feldheeres geschwächt worden, man darf sich aber nicht verführen lassen zu glauben, daß es nun bei der mißglückten Vorfrühlingsoffensive der Russen zwischen Düna- burg und Baranowitsch und den kurzen Anläufen der Italiener am Isonzo, sowie der Defensiv an der Westfront sein Bewenden haben werde. Wollen die Ententemächte den Versuch machen, den Krieg noch in diesem Jahre zum Austrag zu bringen, so müssen sie zu einer kombinierten Generaloffensive schreiten! Darauf deuten auch mancherlei Anzeichen hin.

Zu dieser Offensive werden voraussichtlich sehr große Streitermassen in Bewegung gesetzt werden. Die russischen Streitkräfte werden auf 160, im Mai verwendungsfähige Divisionen geschätzt. Eine russische Offensive ist aber im Grunde nur noch in Gestalt gewaltiger Durchbruchversuche denkbar, da eine Rückwärtszentrierung zur Wiedererlangung der operativen Handlungsfreiheit kaum in Frage kommt. Neben der Offensive her geht also die Behauptung eines Korridors, der in der Luftlinie 1100 Kilometer lang ist, also eine zahlreiche Besatzung in Anspruch nimmt. Damit nicht genug, verteilen sich die russischen Streitkräfte auch noch auf ergiebige Kriegsschauplätze, wo sie weit auseinandergezogen in Operationen festgelegt sind, die eine Ueberstreckung der Verbindungslinien zur Folge haben. Das ist in Hocharmenien und Persien der Fall. Von den genannten 160 Divisionen bleiben also für die Offensive viel geringere Kräfte übrig, als man auf den ersten Blick erwarten könnte. Solange die Schneeschmelze und mit ihr der Zustand der Wegelosigkeit im Osten anhält, können Offensiven in Kurland und Polen auch bei günstiger taktischer Einleitung nicht vom Fleck kommen. Wie es später damit wird, bleibt abzuwarten, doch ist die Aufgabe bei dem vorzüglichen Ausbau der deutschen und österreichischen Linien und der Leichtigkeit, mit welcher dahinter die strategischen Reserven verschoben werden können, von vorneherein außerordentlich erschwert.

Noch geringer sind die Aussichten einer italienischen Offensive. Auch hier ist vorläufig mit den Witterungsunbilden zu rechnen. Erst wenn die Frühlingsfluten des Isonzo, des Tagliamento, der Brenta und der Etsch sich verlaufen haben, wird in Oberitalien an große Operationen zu denken sein. Da das strategische Problem sich aber in keiner Weise verändert hat und die Italiener heute noch am Isonzo festgenagelt stehen und zugleich die äußersten Vorkehrungen treffen müssen, ihre linke Flanke und ihren Rücken zu decken, eine Flankenoperation der Flotte aber fast aussichtslos ist, so sind auch sie nicht in der Lage, mit Ueberlegenheit aufzutreten. Man kann daher sowohl die östliche als auch die südliche Front als im Gleichgewicht befindlich betrachten — ein Gleichgewicht, das durch eine russisch-italienische Offensive kaum oder doch nur unter ganz besonderen Glücks Umständen zugunsten der Entente gestört werden könnte.

Auf dem Balkan halten sich die Bulgaren und die Salonikarmee gegenseitig in Schach, doch sind die Bulgaren wohl auch stark genug, gewissen Möglichkeiten von rumänischer Seite die Spitze abzubreaken. Dagegen sind die englischen Streitkräfte in Ägypten zum Teil frei geworden und die Türken in Armenien und an der Trakfront stark gefesselt. Sie sind zwar im Raume Trapezunt zur Gegenoffensive übergegangen, werden aber auf ihrem armenischen rechten Flügel im Raume Musch-Bilis stark bedrängt und können auch in Me-

sopotamien keinen Mann entbehren, da die russische Pointe sich nähert, Kut-el-Amara sich immer noch hält und General Goring an Stelle des unglücklich operierenden Nylmer die Entsaufersuche mit starken Kräften wieder aufgenommen hat.

Liegen die Verhältnisse an der russisch-italienischen, mazedonischen, armenisch-persischen und der Trakfront also noch so gebunden, daß eine positive Lösung des militärischen Problems daraus nicht gefolgert werden kann, so müssen die strategischen Möglichkeiten um so schärfer eingeschätzt werden, die sich im Laufe der Zeit an der ursprünglichen Hauptkampffront im Westen herausgebildet haben. Und in der Tat liegt hier voraussichtlich die Entscheidung. Die Frage ist, ob die Entente in der Lage ist, auf dieser Front unter günstigeren Bedingungen zu schlagen, als im Osten oder Süden und eine Offensive zu entfesseln vermag, bei welcher sie auf mehr operative Handlungsfreiheit rechnen kann, als den Russen und Italienern im Osten und Süden übrig geblieben ist. Wäre von einer deutschen Offensive im Osten die Rede, so könnte man vielleicht von verstärkter deutscher Operationsfähigkeit sprechen, falls es der deutschen Flotte diesmal gelänge, den Rigaischen Meerbusen zu öffnen. Dieses Flankierungsmoment besteht nun im Westen zugunsten der Engländer und Franzosen in viel höherem Maße, da England in der Lage ist, den Kanal zu beherrschen und vom Mutterland unmittelbar gegen die belgische Küste zu operieren. Englische Seestreitkräfte haben bekanntlich schon im Oktober und November 1914 den Versuch gemacht, die deutsche Stellung in Flandern im Rücken zu fassen, ohne es zu einem Erfolge zu bringen. Damals war aber das englische Heer vollständig in der Front engagiert und zwar so stark, daß anfangs Oktober — ehe es zu den Vorkämpfen kam — nur eine einzige britische Division nach Ostende geworfen werden konnte, um die aus Antwerpen weichen belgische Armee und die Reste des Churchill'schen Landungsstörps aufzunehmen.

Heute liegen die Dinge anders. Heute halten die Engländer nahe ein Viertel der Westfront besetzt und haben in Ägypten und Großbritannien Truppen stehen, die in gewissem Umfang zu einer großen Flankenoperation herangezogen werden können. Die Möglichkeit, mit einer großen Transportflotte Truppen auf das Festland hinüberzuwerfen, ist unbestritten; es fragt sich nur, was die Engländer dabei an Kriegsschiffen, Transportern und Menschen zu opfern gesonnen sind. Nun ist freilich die belgische Küste bis zur holländischen Grenze von den Deutschen stark armiert worden, aber der Versuch einer Landung wird dadurch nicht ohne weiteres zum Scheitern verurteilt, da er zum mindesten als starke Diversion wirkt, somit strategisch ins Gewicht fällt, wenn die Engländer in Flandern oder im Artois frontal angreifen sollten. Erwägt man überdies, daß auch Diversionen gegen Nordschleswig möglich sind und Holland in den militärischen Konfliktbereich gerät, so wird man die Operationsmöglichkeiten nicht zu gering einschätzen. Daß Engländer und Franzosen oder Deutsche die Operationsfreiheit im Westen durch Abbau der Kordonstellung und Einnahme einer neuen Grundstellung suchen sollten, will mir nicht wahrscheinlich vorkommen. Die Rückkehr zum Bewegungskrieg kann von beiden Seiten in diesem Stadium des Krieges wohl nicht mehr auf solche Weise erstrebt werden. Von deutscher Seite schon deshalb nicht, weil alles hinter dem Kordon liegende Land unentbehrliches Kriegswirtschaftsgebiet geworden ist, und von englischer und französischer Seite nicht, weil die Rückkehr zum Bewegungskrieg durch Zurücknahme der Streitkräfte auf eine neue strategische Grundlinie sehr gefährlich wäre. So bleiben also im Westen voraussichtlich seitens der Entente nur Durchbruchschlachten mit oder ohne große Flankenoperationen und Diversionen von der englischen Küste aus übrig, das ist aber immerhin bedeutend mehr Operationsfreiheit, als Russen und Italiener besitzen, die eher sekundär kooperierend wirken und Kräfte fesseln müssen. Eine Besprechung der strategischen Verhältnisse der auf den innern Linien, also zur Defensiv sehr günstig stehenden Zentralmächte möge später folgen.

Eine Prognose soll indes mit diesen Erörterungen nicht gegeben werden, zumal da eine rein militärische Betrachtungs-

## Zur Kriegslage.

Die englische Front in Frankreich. — Die Lage vor Verdun. — Kriegspsychologisches.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

7. März 1916.

Die immer wiederkehrenden Versicherungen Reuters, daß unsere Luftangriffe auf England bedeutungslos seien, stehen in einem merkwürdigen Gegensatz zu der Tatsache, daß die englische Presse in nervöser Hast Verbesserung des Flugwesens verlangt und allen Ernstes von einer zu erwartenden Landung deutscher Truppen in England spricht. Es mehren sich die Befürchtungen, daß die englische Vorherrschaft auf dem Meere nur einen vorläufigen Zustand darstelle und daß die englische Flotte nur deshalb die Meere beherrsche, weil die Deutschen bisher noch keinen Versuch gemacht hätten, sie daran zu hindern. Der englischen Obersten Heeresleitung sind solche Befürchtungen in einer Hinsicht vielleicht gar nicht so unangenehm, da sie den Wunsch, sich nicht übermäßig in Frankreich zu opfern, wenigstens mit einem der breiten Öffentlichkeit imponierenden Grunde versehen. Besteht in weiteren Kreisen des englischen Publikums tatsächlich die Befürchtung einer deutschen Landung in England, dann ist die natürliche Folge, daß der lebhafteste Wunsch, einen großen Teil der englischen Armee im Lande selbst zu behalten, mit einer gewissen Berechtigung ausgesprochen wird. Diesem Wunsch steht nun allerdings direkt die Tatsache entgegen, daß die englische Front in Frankreich besonders seit unserer Offensive bei Verdun sich sehr vergrößert hat. Frankreich bedurfte seiner ganzen Kraft und zog die der englischen Armee benachbarten Truppenteile ab. Bis Mitte Sommer 1915 standen die Engländer bei Ypern, Armentières, Neuve Chapelle und La Bassée und waren vermutlich nur in zwei Armeekommandos gegliedert. Später löste eine dritte englische Armee die Franzosen im Sommegebiet, östlich und nordöstlich von Amiens ab. Zwischen den englischen Armeen blieb noch eine französische Armee vor Souchez und dem Labyrinth sowie auf den Höhen von Notre Dame de Lorette und bei Arras. Diese letzteren Stellungen sind nun auch von den Engländern übernommen worden.

Aber trotz dieser Verschiebungen, die eine Entlastungs-offensive auch bei dem an und für sich gar nicht vorauszu-sehenden besten Willen der Engländer, eine solche zu unternehmen, wegen der Verdünnung der Front recht wenig aussichtsreich machen würden, ist es den Franzosen nicht gelungen, das zu erreichen, was sie und auch die Russen journalistisch behaupten, nämlich die Offensive der Deutschen vor Verdun zum Stehen zu bringen, geschweige denn in eine Niederlage zu verwandeln. Im Gegenteil, die enormen Verluste der in der Umgegend von Verdun massierten französischen Truppen schwächen nicht mehr, wie das bei lokalen Vorgehensweisen der Fall ist, die gerade in Aktion befindliche Truppe, sondern die französische Gesamtarmee. Und, was wir nicht zu gering achten dürfen, all die vielen aus dem ganzen französischen Heer bei Verdun zusammengedrängten Divisionen werden durch die fortgesetzten Teilnahmsfolge mit moralischer Depression gemartert, „insiziert“, so daß die französischen Generale, wie uns ein aufgefanger Befehl verraten hat, zu geradezu mittelalterlichen Maßregeln greifen müssen, um den sinkenden Mut durch die Angst vor der eigenen Artillerie zu ersetzen. Die moralische Einwirkung im Laufe einer zusammenhängenden Operation tritt nicht, wenigstens was die Allgemeinheit betrifft, blitzartig ein. Es wäre ganz töricht zu glauben, daß nun auf einmal die ganze französische Front von Malancourt herunter bis St. Mihiel eines schönen Tages moralisch niedergebrosen davonlaufen werde. Derartige Zusammenbrüche einer Gesamtheit sind im Positionskriege schon deshalb nicht denkbar, weil der eine Teil viel zu wenig vom anderen weiß und weil kein Angreifer der Welt auf der ganzen Front mit gleicher Kraft angreifen kann, daher Teile der Front immer wieder zeitweise das Gefühl der aufgehenden Gefahr haben und sich durch dieses Gefühl moralisch wieder etwas erholen können. Aber der Lauf der Ereignisse nagt doch an der moralischen Kraft des Verteidigers. Der Grad der Widerstandsfähigkeit vermindert sich. Das stärkende Gefühl, doch endlich zu siegen. Was in dem außer Gefahrbereich befindlichen Journalisten allein noch vorhanden ist, verwandelt sich bei dem von Position zu Position zurückgehenden Soldaten

# Die politische und wirtschaftliche Zukunft Bulgariens.

Von Arthur Diz (Sofia).

## II. Die wirtschaftliche Zukunft\*

Als vor einem halben Jahre wechselvolles Kriegserleben mich aus kampfburchtobten russischen Wäldern nach dem Balkan führte, war, offen gestanden, meine Kenntnis vom bulgarischen Wirtschaftsleben äußerst bescheiden. Wenn ich nach wenigen Monaten in einer Schrift über „Bulgariens wirtschaftliche Zukunft“ (deutsch bei S. Hirzel in Leipzig, in bulgarischer Ausgabe bei Genossenschaftsdruckerei „Gutenberg“ Sofia) das Wesentlichste über diesen Gegenstand sagen konnte, so verdanke ich dieses rasche Hineinfinden in das bulgarische Wirtschaftsleben nur besonders günstigen Zeitumständen: In der ersten Blüte der frischen deutsch-bulgarischen Freundschaft, deren Betätigung auf den Schlachtfeldern so herrliche Erfolge zeitigte, fand deutsches Studium auf dem Balkan eine so entgegenkommende Förderung, wie sie kaum in einem anderen Lande und zu einer anderen Zeit denkbar wäre. Bulgaren, die selbst während der schönsten, aufnahmefähigsten Jahre ihres Lebens in Deutschland und von Deutschland gelernt, waren erfüllt von herzlicher Verehrung, wechselseitig die Studien eines Deutschen in Bulgarien und über Bulgarien zu fördern. So ward es möglich, das Werden der bulgarischen Volkswirtschaft mit bulgarischen Augen zu schauen und zugleich mit deutschen Augen objektiv nachzuprüfen.

Kein noch so genauer Ueberblick über den Stand der wirtschaftlichen Dinge in Alt-Bulgarien gibt auch nur annähernd ein Bild davon, was Groß-Bulgarien wirtschaftlich zu werden vermag. Zwei Tatsachen sind über das Bestehende hinweg fest im Auge zu halten: 1. Alt-Bulgarien war als selbständiges Wirtschaftsgebiet ein junger Organismus, dessen Entwicklung erst auf ein Menschenalter zurückblickte. Seine Kultur war noch in hohem Grade extensiv, seine Ertragsfähigkeit nicht entfernt im vollen Maße ihrer Möglichkeiten genützt. 2. Groß-Bulgarien umfaßt weite Gebiete, die wirtschaftlich noch heute dort stehen, wo Alt-Bulgarien vor einem Menschenalter stand. Hier ist zunächst die Entwicklung nachzuholen, die Alt-Bulgarien bisher genommen, und darüber hinaus jene intensive Kultur zur Durchführung zu bringen, die auch Alt-Bulgarien zurzeit noch fehlt.

Bergegenwärtigt man sich diesen Tatbestand, so wird man kaum mehr überrascht sein über die Versicherung, daß Groß-Bulgarien dem Weltmarkt in sehr absehbarer Zeit ein Vielfaches dessen zu bieten vermögen wird, was Alt-Bulgarien ihm vor den Kriegen bot. Richtungsgebend auch für die wirtschaftliche Zukunft Groß-Bulgariens ist zunächst die wirtschaftliche Vergangenheit Alt-Bulgariens. Sie zeigt uns im wesentlichen das Bild eines Landes, in dem durch das Hineinrücken in den Weltverkehr die alte Hausindustrie, durch den Wettbewerb fremder Industrieerzeugnisse um ihre Bedeutung gebracht worden ist, die Landwirtschaft aber zu umso stärkerer Entfaltung gekommen ist. Neuerdings hat dann auch die Industrie ihren Einzug gehalten, und zwar überwiegend in gesunder Weise auf den heimischen Landserzeugnissen fußend. Obenan steht die Mühlenindustrie, die für den Weltmarkt arbeitet. Zucker- und Spiritusindustrie sollen nur den eigenen Markt versorgen. Eine ansehnliche Textilindustrie verarbeitet in erster Linie gleichfalls die heimische Wolle für den heimischen Bedarf. Vorzugsweise Agrarland wird auch das größere Bulgarien sein. Hier liegen auch die starken Wurzeln seiner Kraft. Die natürliche Fruchtbarkeit der Hoch- und Tiefebene und vieler Flußtäler, dazu die Möglichkeit umfassender Bewässerungsanlagen, verheißen ungewöhnliche Produktionsmöglichkeiten. Voraussetzung ihrer vollen Erschließung ist das Vorhandensein der nötigen Menschenkräfte (das natürliche Volkswachstum der Bulgaren beläuft sich auf fast 2 Prozent jährlich) und der nötigen Verkehrsmittel. Auf diesem Gebiete gibt es noch viel zu arbeiten, das Netz der Hauptbahnen auszubauen, Kleinbahnen in die entlegenen Täler hinein- und auf die Hochebenen hinauszuführen und für sonstige Zubringer zu sorgen. Den Anforderungen intensiver Bewirtschaftung alles verfügbaren Bodens ist der heute landesübliche kleine Ochsenwagen nicht gewachsen, so gute Dienste er auf schwierigen Gebirgswegen leistet. Die Verwertung der Ackererzeugnisse ist gleichfalls noch großer Fortschritte fähig. Bulgariens Gemüse, Obst und Wein müssen so weltmarktfähig gemacht werden, wie der bulgarische Tabak es ist, ebenso die Erzeugnisse der in großem Umfange anbaufähigen Delfrüchte, Faserpflanzen und anderer Industriepflanzen, die bis einschließend der Baumwolle auf Teilen der bulgarischen Erde kultivierbar sind. Endlich steigert die Einbeziehung der neuen Gebiete auch in beträchtlichem Maße die industriellen Möglichkeiten Bulgariens, da Kohle, Kupfer, Eisen und mancherlei andere Mineralien in Ostserbien und Mazedonien mehr oder weniger reichlich vorkommen. Für diese Arbeitsgebiete aber wird einstmals ausländisches Kapital- und technisches Können zu Hilfe kommen müssen; die bulgarischen Arbeitskräfte werden vornehmlich für den Ausbau der Land- und Gartenkultur gebraucht und sind höheren technischen Anforderungen vorläufig kaum gewachsen.

Fassen wir die Hauptgrundlagen kräftiger bulgarischer Wirtschaftsentwicklung kurz zusammen: Das neue bulgarische Produktionsgebiet besteht aus Alt-Bulgarien, den im Bularester Frieden behaupteten thrakischen Gebieten, Ostserbien und dem Binnenland Mazedoniens. Diese Länder können liefern: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Reis, Hanf, Lein, Kaps, Sesam, Mohn; Gemüse, Obst, Wein, Tabak, Seidenraupen-Kokons; Rindvieh, Schafe, Schweine, Geflügel, Speck, Fett, Häute und Felle, Eier, Fische, Kaviar; Stein- und Braunkohlen, Kupfer, Eisen, Blei, Zinn, Mangan, Gold, Antimon. Die Bevölkerung bringt an Entwicklungs-voraussetzungen mit: Starbes Volkswachstum, Fleiß, Spar-samkeit, Bildungshunger, besondere Eignung zum Gartenbau. Weiter auszubauen sind: Die Verkehrsmittel, die Wasserwirtschaft, die Forstkultur namentlich in den neuen Gebieten, die Intensität der Landwirtschaft, einzelne aus der Verarbeitung der Bodenerzeugnisse natürlich erwachsende Industriezweige. Dieser Ausbau hat zur Voraussetzung, daß Bulgarien an den Weltmarkt herantritt mit beträchtlicher Nachfrage nach Verkehrsmaterial aller Art und nach landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, sowie auch nach industriellen Maschinen und Hilfswerkzeugen aller Art. Die altbulgarische Ausfuhr in Höhe von zuletzt 150—180 Millionen Fr. kann sich in Groß-Bulgarien binnen kürzester Zeit verdoppeln und mit intensiverer Nutzung des vorhandenen Bodens und seiner Schätze von dieser neuen Grundlage aus abermals zu einer Verdoppelung gelangen. Eine etwas fernere Zukunft vermag Bulgarien in der Reihe der Länder mit einem Milliarden-Handel zu sehen. Mit dem Wachsen Bulgariens als Lieferant des Weltmarkts wird es auch als dessen Kunde wachsen — ja, eine stärkere Nachfrage Bulgariens nach Waren des Weltmarkts (Maschinen, Verkehrsmittel) ist, wie wir oben sahen, die Voraussetzung für seine Steigerung weltmarktfähiger Produktion.

Die Frage ist nun, wohin die gesteigerten weltwirtschaftlichen Beziehungen Bulgariens in der Hauptsache gravitieren werden. Wiederum möchte ich hier auf die anderweit genugsam erbrachten statistischen Beweise, dafür verzichten, daß schon vor den Kriegen Deutschland in Wahrheit Bulgariens bester Kunde und auch sein stärkster Lieferant gewesen ist, eine Tatsache, die in der amtlichen Handelsstatistik durch den großen Zwischenhandel Belgiens, ferner auch durch die österreichische und britische Vermittlung verfleistert wird, aber füglich nicht in Zweifel gezogen werden kann. Für die erweiterte Ausfuhr des größeren Bulgariens an Weizen, Gerste, Mais, Delfrüchten, Hanf, Seidenraupenkokons, Gemüse, Obst, Rosenöl, Speck, Fett, Eiern, Geflügel, Häuten und Fellen, Kupfer usw. wird Deutschland eines lebhaften Nachfrages haben. Nach den Erfahrungen dieses Krieges wird Deutschland großen Wert legen auf die Möglichkeit, Futtermittel, Dole und Fette, Faserstoffe, Wolle, Eier, Leder und Kupfer aus einem Gebiete beziehen zu können, das im Notfall nicht nur auf dem Seeweg, sondern auch durch befreundetes Gebiet auf dem Land- bezw. Donauwege erreichbar ist.

Deshalb wird kein Land (das benachbarte Oesterreich-Ungarn ist agrarischer Rivale des Balkan) an der blühenden wirtschaftlichen Zukunft der Balkanvormacht so lebhaften Anteil nehmen wie eben Deutschland. Daß dieser Anteil in gewissem Sinne als eigenmächtig bezeichnet werden kann, ist nicht nur kein Nachteil, sondern verbürgt vielmehr die wirtschaftliche Interessensharmonie.

Die enge Verknüpfung der wirtschaftlichen Fäden zwischen Bulgarien und Deutschland, die man sich vom Wachstum der bulgarischen Produktion versprechen darf, muß, wie herüber, so auch hinüber gepflegt werden, d. h. Deutschland muß sich, schon im Interesse der Handelsbilanz, als größter Kunde Bulgariens auch um den Platz des ersten Lieferanten Bulgariens bemühen. Die Wertschätzung deutscher Technik in Bulgarien — von den 579 Bulgaren, die vor Ausbruch des Krieges in Deutschland studierten, besuchten 344 die Technischen Hochschulen — wird uns hierbei umso mehr zu Hilfe kommen, als ja die dringendsten Bedürfnisse zur Vorwärtsentwicklung der bulgarischen Volkswirtschaft technischer Natur sind. Es ist ein geradezu ideales Verhältnis — bei all seiner nationalen Natur —: Jeder Eisenweg, jede Kleinbahnlokomotive, die wir Bulgarien liefern, steigert seine Fähigkeit, uns Waren zu liefern, deren wir bedürfen, und steigert dadurch mittelbar zugleich seine Aufnahmefähigkeit für andere deutsche Industrie-Erzeugnisse.\* In den Möglichkeiten wechselseitiger Ergänzung ist das starke Interesse begründet, das Deutschland und Bulgarien einander auf wirtschaftlichem Gebiete schenken können und schenken werden. Selblosse Neigung ist im Völkerverleben nicht von Bestand. Wo aber die wirtschaftliche Förderung eines Bundesgenossen eigenen wirtschaftlichen Interessen des anderen Verbündeten entspricht, da gewinnen die politischen Verbindungen eine unerschöpfbare Vertiefung. Diese Vertiefungsmöglichkeiten sind gerade im deutsch-bulgarischen Wirtschaftsverkehr so ausfallsreich, daß man die große Tagesfrage „Mitteleuropa“ fürderhin nicht ohne ständige Einbeziehung der verbündeten Balkanvormacht und Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Aussichten erörtern sollte.

\* Ueber Einzelheiten vergl. meine Aufsätze: „Der Balkan im deutschen Außenhandel“ (Mittellungen des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, Nr. 73); „Einkaufspolitik nach dem Kriege“ (ebenda Nr. 79); „Die wirtschaftlichen Folgen des Balkanfeldzuges“ (ebenda Nr. 80); „Die industriellen Lieferanten Bulgariens“ (ebenda Nr. 81); „Bulgariens Verkehrswege, Mittel und Aufgaben“ (Zeitschrift „Weltwirtschaft“, 5. Jahrg. Nr. 10); „Zwei Wege für die Donau“ (Zeitschrift „Die Donau“, 1. Jahrg. Nr. 3); „Die Volkskräfte Bulgariens“ (Soziale Praxis, 25. Jahrg. Nr. 20); „Bulgariens Industrie und Industriepolitik“ (Deutsche Wirtschaftszeitung, 122. Jahrg. Nr. 2); „Ein Fingerzeig für die deutschen Tapetenhersteller“ (Papierzeitung, 41. Jahrg. Nr. 13); „Die drei Mächte“ (Das größere Deutschland, Jahrg. 1916, Nr. 10).

# Die Kämpfe am Dnjestr.

• Ostgalizien, Ende März.

Die letzten Vorstöße der Russen am Dnjestr und die Kämpfe bei Uscieczko haben wieder das Interesse für die Kampffront am Hauptflusse Ostgaliziens wachgerufen. Der Dnjestr ist an der russischen Kampffront der einzige Fluß, an dessen Ufern die Kämpfe von Anfang des Krieges bis heute fast ununterbrochen andauern.

In seinem Oberlaufe von den westlichen Balkarpathen unweit Sambor bis gegen Burawno ist der Dnjestr ziemlich leicht Seine Ufer sind niedrig und flach und geben Raum zur Sumpfbildung und Seebildung. Von der Mündung der Plota-Lipa bei Nizniow an ändert sich das Gepräge des Flusses. Das Dnjestrbett windet sich in zahlreichen Krümmungen und Biegungen durch den felsigen Urgrund der podolischen Tiefebene hindurch. Die Ufer werden steiler und höher. Bei Zaleszczyki erreichen sie eine Höhe von 150 Metern. Der hier durch die zahlreichen von Norden und Süden kommenden Nebenflüsse verstärkte Strom ist schwer zu überwinden und legt einer Ueberbrückung zahlreiche Schwierigkeiten in den Weg. So ist der Dnjestr zwischen Halicz und der bessarabischen Grenze zur fast unüberwindlichen Flußbarriere geworden, die der Verteidigung eine ausgezeichnete zusammenhängende Kette von mit geringem Aufwande an Menschenmaterial zu haltenden Stützpunkten bietet. Als im September 1914 die Russen vom Norden und Osten nach Galizien einfielen und zum Dnjestr kamen, ist ihnen bei Zaleszczyki und Halicz verhältnismäßig schwacher Widerstand entgegengekehrt worden. Die Unrigen hatten in den Karpathen eine viel bessere Verteidigungslinie, an der die russische Balze zerschellen sollte. Das Halten der unteren Dnjestrlinie war nach der Schlacht bei Lemberg ein ziemlich waghalsiges Beginnen, weil durch das Vorrücken der Russen gegen Süden der linke Flügel der den Dnjestr haltenden Armeen leicht empfindlich bedroht werden konnte. Ständen so um jene Zeit die Verhältnisse für eine Verteidigung des südlichen Dnjestrufers nicht günstig, so trat das Umgekehrte ein, als die Russen nach der Mittelloffensive Mittelgalizien räumten und sich zur Verteidigung Ostgaliziens anschickten. Sie mußten unbedingt den unteren Dnjestr halten, weil ein Vormarsch der verbündeten Armeen von dieser Seite aus die Flanke der in Ostgalizien befindlichen russischen Heeresmassen stark gefährdet eventuell sogar abgeschnitten hätte. Infolgedessen hatten sie an den steilen Böschungen des Stroms fast uneinnehmbare Stellungen geschaffen, die namentlich dort zu unüberwindlichen Hindernissen wurden, wo die starken Biegungen des Flusses der russischen Artillerie günstige Stützpunkte für die Beschießung größerer Teile des südlichen Ufers boten.

Die ersten Kämpfe am unteren Dnjestr wurden bei Zaleszczyki ausgefochten. Der Strom bildet hier ein starkes Knie gegen Süden. Das südliche Ufer, ein steiles Plateau, war von den Russen zum Brückenkopfe ausgestaltet worden. Kruschczatel und Dzwiniacze, die auf diesem Plateau liegenden Ortschaften, nur durch ein Straßendesslee voneinander getrennt, waren von zahllosen gut ausgebauten Schützengräben durchzogen. Kunstvoll angelegte Drahtverhaue bei ausgedehnter Anwendung der spanischen Reiter waren durch das ganze Gelände gezogen. Sieben Wochen dauerten hier die äußerst blutigen Kämpfe. Schwere Artillerie und eine Anzahl verlustreicher Infanterieangriffe konnten erst den Besitz dieser wichtigen Höhen verschaffen.

Während der untere Teil des rechten Dnjestrufers schon im März 1915 erreicht worden war, gelangten die verbündeten Truppen erst nach der Maioffensive bis gegen Halicz. Hier war der Brückenkopf schon im Frieden mit Verteidigungsstellungen stark befestigt worden; die Russen hatten drei weitere Bunker hinzugebaut. Neben einer großen Eisenbahnbrücke hatten sie fünf Holzbrücken errichtet, über die sich die Flutwellen der russischen Offensive gegen den östlichen Teil der Balkarpathen ergossen hatten. Ein der Deutschen Südararmee einverleibtes Korps hatte Ende Juni 1915 durch geschickte Umgehungen den Russen diesen für sie äußerst wichtigen Brückenkopf genommen. Die Russen räumten, da sie auch durch den Vormarsch der Unrigen nach der Eroberung Lembergs gegen die Plota-Lipa bedrängt wurden, rasch den Dnjestr von Halicz bis nach Nizniow. Den unteren Teil des Dnjestres von Nizniow abwärts wollten sie unbedingt halten, weil sonst ihr Widerstand an der Plota-Lipa keinen Erfolg versprach. In dem durch die Plota-Lipa und die Dnjestrfront gebildeten Rechteck konnten sie den Verbündeten lange Widerstand leisten. Der Durchbruch einer dieser Fronten hätte auch unbedingt die Erschütterung der anderen mit sich gezogen.

Dardus erklärt sich das krampfhafteste Festhalten der Russen am Dnjestrgelände während der folgenden Kämpfe. Trotzdem war es den Verbündeten gelungen, an einigen Stellen den Dnjestr zu übersehen. So hatten österreichisch-ungarische Truppen nach Abwehr des von den Russen Mitte Mai mit der „Dardanellen-Armee“ gegen die rechte Flanke der Verbündeten unternommenen Vorstoßes im Juni in der Nähe von Horodenka unweit der Ortschaft Horodnitsa den Dnjestr übersehen und waren so zum zweitenmale nach Zaleszczyki gelangt. In der Zeit vom 15. bis 20. Juli wurden sechs weitere Uebergänge westlich und östlich von Zaleszczyki bewerkstelligt. Im Verlaufe dieser Kämpfe war das rechte Dnjestrufer bis auf einen kleinen Teil bei Czernelica von den Russen frei geworden. Bei dieser Ortschaft hatte sich der Feind besonders stark verchanzt. Er hielt an dieser Stellung zähe fest, weil er von hier aus eine leichtere Umgehung der österreichisch-ungarischen Dnjestrkämpfer erhoffte. Einmal war den Russen dies doch schon gelungen. Am 8. Mai hatten sie von Czernelica aus mit der sogenannten Dardanellenarmee die Front der Verbündeten durchbrochen und durch die Bedrohung der Flanke die Truppen Pflanzler-Baltins zum Rückzug auf die Bruchlinie gezwungen. Infolgedessen wollten die Russen, als sie im Juni bis ans Dnjestrufer zurückgedrängt wurden, diese Stellung für eine weitere Bedrohung der verbündeten Truppen halten. Die Russen hatten sich hier so stark eingebaut, daß sie frontal nicht angegriffen werden konnten. Erst Anfang August wurde durch eine geschickte Umgehung bei Uscieczko vom Norden her die Stellung genommen. Dadurch war das ganze rechte Dnjestrufer von den Russen befreit.

Als die Verbündeten Ende August die Plota-Lipastellungen der Russen durchbrachen und die Truppen Pflanzler-Baltin bis zur Strypa vordrangen, mußten die Russen rasch die Dnjestruferstellungen zwischen Plota-Lipa und Strypa räumen, um nicht eingeschlossen zu werden. Um so zäher hielten sie ihre Stellungen von der Strypa bis nördlich Zaleszczyki auf dem linken Ufer fest, den einzigen Teil des linken Dnjestrufers, der ihnen geblieben war. Denn östlich von Zaleszczyki war das linke Ufer ebenfalls bis zur bessarabischen Grenze von den Russen frei. Sie waren sogar dort vom nördlichen Dnjestrufer immer weiter zurückgedrängt worden. Die Gegend von nördlich Zaleszczyki bis zur Strypamündung am linken Ufer aber wurde von den Russen mit allen Mitteln gehalten.

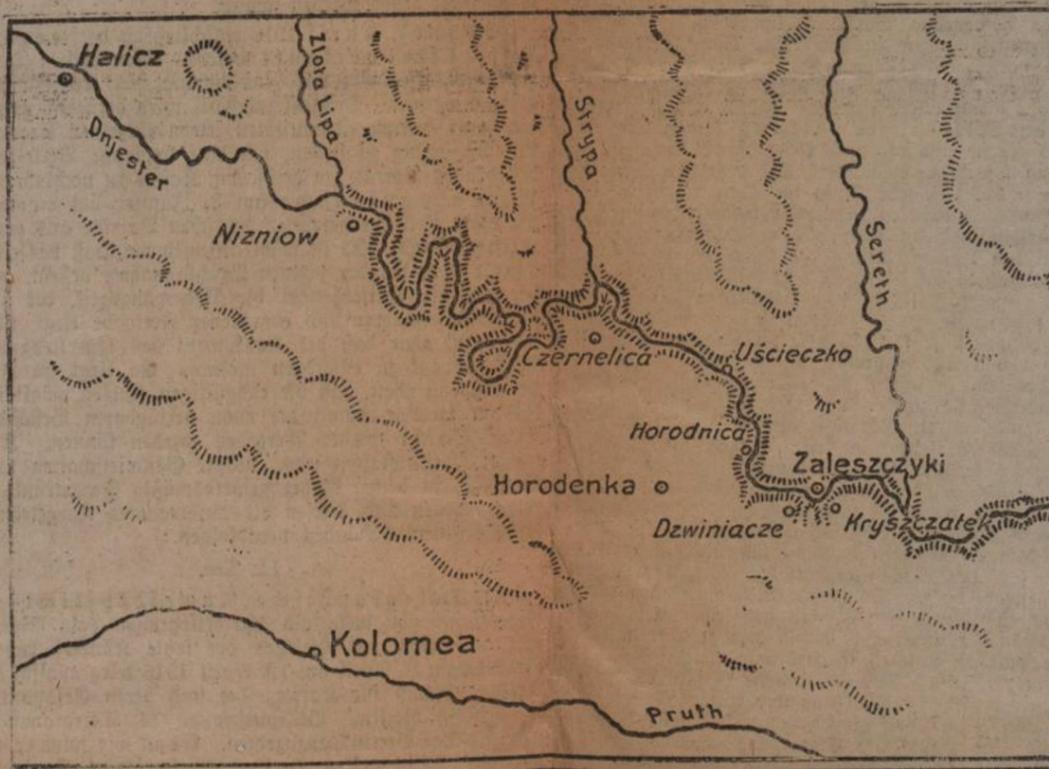
Allerdings erfreuten sie sich nicht eines ungestörten Besitzes. Im Verlaufe der Septembekämpfe hatte ihnen nämlich Pflanzler-Baltin in der Nähe der Dnjestrbiegung etwas westlich von Uscieczko in der Form eines Brückenkopfes eine ziemlich empfindliche Bedrohung zurückgelassen. Der Brückenkopf von Uscieczko war nicht durch eine Offensivbewegung entstanden, wie es sonst bei Forcierungen von Flußübergängen zu geschehen pflegt, wo die hinübergeschickte Truppe sich rasch im Halbkreise festsetzt, um die Annäherung des Feindes zu verhindern. Hier war der Brückenkopf defensiv entstanden. Als nämlich die Truppen Pflanzler-Baltins nach dem Durchbruch der Plota-Lipastel-

lungen über die Strypa hinaus vordrangen und bis zur Serethmündung gelangten, war die russische Dnjestrfront dadurch erschüttert worden und das Gebiet nördlich und südlich von Uscieczko konnte leicht von den Unrigen besetzt werden. Am 10. September mußte aber unsere Front wieder bis zur Strypa zurückgenommen werden, weil die Russen mit gewaltigem Aufwande an Menschenmaterial hier offenstehenden vordringen. Infolgedessen mußten wir auch das Dnjestr-Ufer nördlich von Zaleszczyki bis zur Strypamündung räumen. Der von Natur aus für eine Brückenschanze geeignete Stützpunkt von Uscieczko wurde aber von unseren Truppen trotz des heftigen russischen Ansturmes gehalten und weiter ausgebaut.

Diese Brückenschanze war ein Halbkreis von ungefähr 1000 Metern; im Durchmesser dürfte er nicht mehr als 500 Schritte gehabt haben. Die natürliche Anhöhe war im Laufe der Kämpfe festungsartig ausgebaut worden. Durch Artilleriefeuer konnten die Russen hier verhältnismäßig wenig ausrichten, denn die Gegend nördlich des Brückenkopfes war für die Aufstellung von größeren Geschützen nicht sehr geeignet. Unsere Artillerie am südlichen Ufer hatte viel günstigere Stützpunkte und konnte jedes von den Russen gegen die Brückenschanze aufgestellte Geschütz leicht unschädlich machen. Die Folge davon war, daß der Feind sich entschließen mußte, ohne genügende artilleristische Vorbereitung im Nahkampfe die Stellung zu nehmen. Nur unter sehr schweren Verlusten arbeiteten sich die Russen bis in die Nähe unserer Gräben heran. In manchen Stellen waren die gegnerischen Gräben schließlich nur 20 Meter entfernt. Ein erbitterter Stellungskampf entwickelte sich. Von Sapparen wurde der Boden nach allen Seiten unterminiert. Sehr oft waren feindliche Stellungen in die Luft geschoßen. Durch kleine von den Verteidigern in den Gräben aufgestellte Geschütze wurden die Schuttschilde der russischen Maschinengewehre zerstört und den Russen große Verluste beigebracht. Feuerüberfälle aus Flammenwerfern hielten den Feind von allzu großer Annäherung ab. Im übrigen war die Lage beider Teile nicht eben beneidenswert. Durch unsere Artillerie waren die Russen von ihren Reserve- und Nachschublinien fast abgeschlossen. Unsere Truppen dagegen waren nicht durch eine Brücke mit dem südlichen Dnjestrufer verbunden, weil die Errichtung einer Brücke wegen der Gefährdung durch die russische Artillerie nicht riskiert werden konnte. Kleine Pontons besorgten den Verkehr der Besatzungstruppe mit dem südlichen Ufer. Die Russen kamen trotz ihrer sehr großen Anstrengung im Oktober, November und Dezember des vorigen Jahres nicht um einen Schritt weiter. Als die bessarabische Offensive begann, glaubten sie, am Dnjestr eine geschwächte Front vor sich zu haben und begannen auch hier mit stärkeren Offensivstößen. Die russischen Berichte wußten damals sogar von der Eroberung der Brückenschanze von Uscieczko zu melden. Keine wirkliche Tatsache lag diesen Meldungen zugrunde. Allerdings hielten die Russen unsere Brückenschanze für einen ziemlich gefähr-

lichen feindlichen Angriffspunkt. Sie fürchteten, daß, wenn wir hier einmal durchbrächen, ihre Front an der Strypa abgeschnitten werden könnte. Die Russen wollten daher um jeden Preis die Schanze besetzen, um ohne Sorgen ihre Kräfte zu einer Offensive an anderen Stellen der Front zu verwenden.

Die Russen hätten wahrscheinlich trotz des gewaltigen Aufwandes an Menschenmaterial und trotz der siebenmonatlichen Belagerung gar keinen Erfolg erzielt, wenn nicht Anfang März das Wetter sich ihnen als willkommener Helfer gezeigt hätte. Um diese Zeit herrschte dichter Nebel. Unsere Artillerie war in ihrer Tätigkeit behindert. So konnte der Feind größere Nachschübe ohne jede Gefährdung durchführen. In keiner so günstigen Lage befanden sich die Verteidiger, denn durch das starke Tauwetter war die dort ohnehin starke Strömung des Dnjestres noch mehr angeschwollen. Eisgang gesellte sich hinzu; die Ueberbrückung war lebensgefährlich. Trotzdem fiel es den Verteidigern nicht ein, die Stellung aufzugeben. Als am Sonntag den 19. März in der Mitte der Schanze eine russische Mine explodierte und den Graben in der Länge von 200 Metern zerstörte, zogen sich die österreichisch-ungarischen Truppen nicht zurück, sondern bezogen rasch eine weiter nach innen gelegene Verteidigungsstellung. Die Russen begannen nun unaufhörlich zu schießen. Die Ueberbrückung der Verbündeten wurde durch das Geschützfeuer der Russen stark behindert. Die Stellung war unhaltbar geworden. Unter diesen Umständen zog es der Führer der Verteidiger Oberst Planach vor, die fast völlig zerstörte Schanze zu räumen und auf dem linken Dnjestrufer durch hügeliges, ziemlich schwer passierbares Gelände nach der ungefähr acht Kilometer nördlich von Zaleszczyki befindlichen österreichisch-ungarischen Stellung durchzubrechen. Es ist bekannt, daß dieses waghalsige Unternehmen gelungen ist. Als die Russen die geräumte Schanze betraten, fanden sie nichts als einen Trümmerhaufen, der durch das Feuer unserer Artillerie noch vergrößert wurde, so daß ihnen der Aufenthalt in der zerstörten Schanze unmöglich gemacht ist.



# Neutrale und Alliierte.

Von  
Georg Bernhard.

Das Echo der Kanzlerrede ist im Ausland wie im Inland durchaus nicht einheitlich gewesen. In Deutschland fand sie fast nirgends unbedingte Zustimmung. Selbst diejenigen Zeitungen, deren Leiter Herrn v. Bethmann Hollweg zuzustimmen pflegen, haben diesmal an der Unbestimmtheit seiner westlichen Forderungen Kritik geübt. Ihre Einwände sind von dem Standpunkt aus, der die Verstärkung nach Westen um jeden Preis, selbst um den der langfristigen Sicherung für die Zukunft, erkaufen möchte, nicht einmal unberechtigt. Sie setzen dabei ohne weiteres voraus, daß das, was sie wollen, auch der Wille des Kanzlers ist. Aber wer weiß das heute zu sagen? Und wenn selbst der Wille des Kanzlers nach dieser Richtung geht, wer will sich dafür verbürgen, daß der gleiche Wille einheitlich auch alle diejenigen beseelt, die Inhalt und Wortfassung der Kanzlerrede seit Wochen beraten und schließlich festgelegt haben? Aber nur, wer darüber genau Bescheid weiß, vermag zu beurteilen, ob andere Formulierungen für die politische Zweckwirkung nützlicher oder deshalb vorsichtiger gewesen wären, weil sie dem Kanzler beim Eintreten anderer Möglichkeiten und Notwendigkeiten die Umstellung erleichtert hätten.

Während in Deutschland der Gegensatz zwischen West- und Osteuropa die Aufsätze über die Kanzlerrede bestimmte, wurde im Ausland wesentlich die Unbestimmtheit der Zusicherungen über den U-Boot-Krieg bemängelt. Es trat da in den auswärtigen Blätterstimmen vielfach als selbstverständlich der Grundsatz hervor, daß zwar die Neutrale n unbehelligt Handel treiben dürfen, daß dagegen Deutschland sein Leben nur insoweit verteidigen darf, als dadurch die Schiffsabgaben seiner Nachbarvölker nicht gefährdet werden. Die Anerkennung dieses Grundsatzes hieße die Begriffe „Notwehr“ und „Nothstand“, die im Strafrecht sämtlicher Kulturländer als schuldtilgend anerkannt sind, mit all ihren Rechtswirkungen für das internationale Recht ausschalten. Inwieweit eine Presse, die sich zu solchen Forderungen versteigt, überhaupt noch die Bezeichnung „neutral“ verdient, soll hier nicht untersucht werden. Daß jedenfalls Deutschland in der Achtung vor den Neutralen, wie der Kanzler versprochen hat, bis an die Grenze des Möglichen geht, dafür bieten gerade die letzten Vorgänge im Seekriegsgebiet wieder den schlagendsten Beweis. Aus der Reihe der Torpedierungen scheidet jedenfalls jetzt endgültig der Fall der „Suffez“ aus. Denn es darf nach den vorliegenden Mitteilungen als sicher angenommen werden, daß am Untergang der „Suffez“ kein deutsches Fahrzeug beteiligt gewesen ist, und es hat einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich, daß das Schiff auf eine Mine gelaufen ist. Vermutlich dürfte das Resultat der amtlichen deutschen Untersuchung dem amerikanischen Botschafter im Laufe dieser Woche gestellt werden. Möglich, daß auch gleichzeitig von den etwa fünf vorliegenden Anfragen noch eine zweite beantwortet werden kann: sie betrifft den „Englishman“. Dieses Schiff ist, wenn die uns darüber vorliegenden Nachrichten zutreffen, allerdings torpediert, aber es ist vorher gewarnt worden. Es hat trotz der Warnung keine Flucht ergriffen, ist verfolgt und angehalten worden und wurde erst versenkt, nachdem der Kapitän die Möglichkeit hatte, seine Boote auszuweichen. Gerade dieser Fall ist kennzeichnend dafür, wie weit wir selbst englischen Schiffen entgegenkommen, um vermeintliche Rechte der Neutralen nicht zu verletzen.

Von den Engländern kann man jedenfalls ein gleiches Entgegenkommen nicht behaupten. Sie achten weder die Rechte der neutralen Schifffahrt, noch auch die Rechte des neutralen Handels. Gegenüber den dauernden Vorstellungen, die nach dieser Richtung hin immer wieder von Amerika erhoben werden, ist es doch recht interessant, zu lesen, wie selbst amerikanische Quellen die ernste Schädigung zugeben, die dem neutralen Handel durch die englischen Blockademaßnahmen zugefügt werden. Nach dem Wochenausweis der National City Bank betrug der Wert der amerikanischen Warenexporte nach Holland in der Woche vom 4. bis 11. März 1916 nur noch 368 000 Dollar gegen 4,6 Mil-

Die Zustimmung in Deutschland war nicht einheitlich. In den Zeitungen, die dem Kanzler zustimmen, fand die Rede auf die Forderung der Verstärkung nach Westen um jeden Preis, selbst um den der langfristigen Sicherung für die Zukunft, erkaufen möchte, nicht einmal unberechtigt. Sie setzen dabei ohne weiteres voraus, daß das, was sie wollen, auch der Wille des Kanzlers ist. Aber wer weiß das heute zu sagen? Und wenn selbst der Wille des Kanzlers nach dieser Richtung geht, wer will sich dafür verbürgen, daß der gleiche Wille einheitlich auch alle diejenigen beseelt, die Inhalt und Wortfassung der Kanzlerrede seit Wochen beraten und schließlich festgelegt haben? Aber nur, wer darüber genau Bescheid weiß, vermag zu beurteilen, ob andere Formulierungen für die politische Zweckwirkung nützlicher oder deshalb vorsichtiger gewesen wären, weil sie dem Kanzler beim Eintreten anderer Möglichkeiten und Notwendigkeiten die Umstellung erleichtert hätten.

MILITÄR.

# Englische Betenerungen der Solidarität im Kriege.

London, 9. April.

„Manchester Guardian“ schreibt: Wenn der Reichskanzler glaubt, daß Frankreich und England irgendwelche Einmischung in die Unabhängigkeit Belgiens zulassen werden, so ist das einer seiner Irrtümer. Die Unabhängigkeit Belgiens muß eine absolute sein. Er mag versichert sein, daß England dafür kämpfen wird, wie es für die Unabhängigkeit von Kent kämpfen würde, wenn es in deutsche Hände gefallen wäre. Das Blatt schreibt weiter über Polen: Deutschland beabsichtigt mit einem Worte, die gegenwärtige militärische Linie als Basis für die dauernde Grenze zu nehmen. Die Rede des Reichskanzlers ist kein Friedensangebot, sie ist eine Herausforderung als Vorspiel für den Sommerfeldzug. Der Kanzler fragte sich vielleicht, was sich die Alliierten um Polen kümmern. England wäre allerdings für die polnische oder serbische Frage nicht in den Krieg gezogen, aber jetzt ist die Lage verändert. Es gibt kein Zurück mehr. Die Allianz ist fest, ihre Solidarität ist vor allem Deutschlands Selbstenttöhlung zu danken. Deutschland überzeugte Europa, daß es der gemeinsame Feind, der Feind der Freiheit und Zivilisation ist. Wir werden Deutschland keinen Sieg lassen, der es der deutschen Regierung ermöglichen würde, sich selbst vor dem Volke zu rechtfertigen und den Militarismus mit Triumph zu nähren.

„Daily Chronicle“ sagt: Wir werden niemals das Schwert in die Scheide stecken, ehe die vollen internationalen Rechte Belgiens wieder hergestellt sein werden und es eine reichliche Entschädigung für alle Leiden erhalten hat. Es gibt noch andere Ziele in diesem Kriege, den der gottlose Ehrgeiz Deutschlands entfesselt hat, aber das Hauptziel ist die Wiederherstellung der internationalen Unabhängigkeit Belgiens. So groß die Kosten sein mögen, die Alliierten werden den Krieg fortsetzen, bis das Ziel völlig erreicht ist.

Die „Times“ schreiben: Sowohl in Belgien als auch an der Ostgrenze von der Ostsee bis Wolhynien will Deutschland in der völlig neuen Rolle eines

Schicksal der Nationen Nationen  
 auftreten. In dieser wie in so vielen anderen Umständen  
 sind die Aspirationen Deutschlands die gleichen wie die  
 Napoleons. Wie Napoleon eine Anzahl „unabhängiger“  
 Staaten unter französischer Hegemonie errichtete,  
 so wünscht Deutschland sich eine ähnliche Gruppe  
 von Staaten zu schaffen, um heute eine solche  
 Hegemonie zu erlangen. Der Kanzler gibt vor,  
 es sei ein Entschluß zu sein und zu sein  
 nicht darüber, daß die Welt die Welt  
 namentlich England, sein Ziel sei die Welt  
 gerechte vom letzten Schritte in der  
 Richtung zu werden und weiterhin alles zu erreichen.

## Nationalstaat und Nationalitätenstaat.

Von Dr. Albert Ritter (Winterstetten).

Das den Krieg begleitende gedankliche Schrittmarsch beschäftigt sich vor allem mit dem Staate. Es ist auf unsrer, auf mitteleuropäischer Seite die Ueberzeugung fast allgemein geworden, daß der kulturelle Gewinn, der Fortschritt, der sich an den Weltkrieg knüpfen muß, wenn dieser nicht, philosophisch betrachtet, unfruchtbar oder sinnwidrig sein soll, nur in dem Uebergang der Menschheit zu einer erhöhten Staatsauffassung, beziehungsweise in dem Sieg einer solchen Auffassung durch die Waffen der Mittelmächte bestehen kann. Auf unsrer Seite kämpft ein großer Gedanke, der zwar nicht neu und in seinen Anfängen nicht von uns selbst erzeugt, aber späterhin, namentlich durch Kant, Fichte und Hegel mit einem wesentlichen deutschen Gepräge versehen, mit deutscher Geistesart durchwirkt worden ist, so daß er heute mit Zug als der deutsche Staatsgedanke bezeichnet werden darf. Hans Mühlstein hat in einer Schrift: „Der Sieg des deutschen Staatsgedankens“ (Rosenlaubverlag, München) von diesen Zusammenhängen eine lichtvolle Darstellung gegeben. Auch in die österreichische Denkart ist die Frage mit starker Wirkung eingedrungen und hat eine ganze Anzahl von Männern in ihren Dienst gezogen, die sich mit der geistigen Verarbeitung des Weltkriegereignisses befaßten. Es seien vor allem genannt: Professor Brochhausen und Professor Wieser in Wien, Professor Sieger in Graz, Dr. Richard v. Kralitz, Dr. Karl Renner, von welchen Herren der letztgenannte sowohl durch die Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“ als durch seine Sammelchrift „Oesterreichs Erneuerung“ vielleicht den stärksten Eindruck erzielt hat.

Der Hauptgedanke, der in allen Darlegungen wiederkehrt und bereits als Gemeingut weiter gebildeter Kreise betrachtet werden kann, ist der, daß die Mittelmächte den organischen, ihre Gegner (natürlich kommen als geistige Gegner nur die Westmächte in Betracht) den individualistischen Staatsgedanken, daß wir die religiöse oder die soziale und religiös betonte Ethik, die andern die utilitaristische Moral vertreten, wir den „kategorischen Imperativ“, die andern „das wohlverstandene Interesse“. Es ist vollkommen richtig, was die Feinde verkünden, daß es sich um den Kampf der Zivilisation gegen eine Bedrohung handelt, es ist tatsächlich ein Ringen ihrer Zivilisation gegen die Kultur, die im deutschen Gedanken liegt, die das drüben allerdings feiner ausgearbeitete Gehäufte praktischer Lebenskunst mit transzendenter Gehalt erfüllen will.

Zu diesem Hauptgedanken, der sich in sehr fruchtbaren Erläuterungen und Beweisen immer wieder abwandeln läßt und eigentlich nicht oft genug verkündet und erklärt werden kann, gesellt sich in der österreichischen Kriegsphilosophie ein besonderes Bestreben, sich mit den zwei verschiedenen Verwirklichungen des Staatsbegriffes im Nationalstaat und im Nationalitätenstaat auseinanderzusetzen. Das ist keine verwunderliche Erscheinung auf einem Boden, wo seit Jahrzehnten die Fragen des Staates und die nationalen Fragen in regem, vor dem Kriege bereits als hoffnungslos angesehenem Gewirre verflochten sind. Es ist in Oesterreich gar nicht möglich, daß man sich über den Staat ausspricht, ohne daß man die eigenen Verhältnisse berücksichtigt, das ganze Denken bewegt sich im Rahmen der durch das tägliche Leben aufgezwungenen Betrachtungsart. Beim ersten Schritt in die Staatsphilosophie hat man sich da mit der Frage, wie Nationalität und Staat sich zu einander verhalten, auseinanderzusetzen, sonst würde man nicht verstanden und wäre sich selbst bewußt, daß man graue Theorie betreibt, mit der im praktischen Leben des eigenen Staates nichts anzufangen wäre.

Diese besondere Art mitteleuropäischer Staatsphilosophie, die österreichische Staatsphilosophie, die eine Synthese von Staatsgedanken und verschiedenen nationalen Gedanken herzustellen bestrebt ist, kann nun leider nicht mit dem Zeugnis bedacht werden, daß sie ihre eigene Sache mit der gleichen Klarheit und Ueberzeugungskraft vertritt, wie es ihr gelegentlich in Hinsicht des gemeinsamen mitteleuropäischen, des organischen Staatsgedankens gelingt. Ueber diesen großen Gemeinbesitz sprechen die Oesterreicher da und

dort vortreffliche, oft zu den allerbesten in der Sache zählende Worte. Die Abhandlungen über das Verhältnis der Nationalitäten zum Staate leiden jedoch durchweg an augenblicklich auffallender Unklarheit oder an einer inneren Unsicherheit, die dann der Verfasser durch hohes Pathos und durch sehr starke Worte zu bemänteln bestrebt ist.

In den allermeisten Erörterungen der Frage kreuzt sich die Behandlung des staatsphilosophischen Grundgedankens mit Erinnerungen an die dem Kriege vorausgegangene Auseinandersetzung über die praktische Lösung des „österreichischen Problems“, worunter man damals die Zukunft der Gesamtmonarchie verstand. Der Zug der Zeit war damals auf die Autonomie hin eingestellt, bei den Sozialdemokraten und den Deutschböhmen auf die nationale, in den Alpenländern und bei den Christlichsozialen auf die territoriale Autonomie; aus Ungarn antworteten einzelne Nationalitäten zustimmend zum Föderalismus, die Magyaren rüsteten sich zur Abwehr, die Südslaven harrten dem Trialismus entgegen. All diese Erinnerungen kommen nun gedämpft in der österreichischen Staatsphilosophie immer wieder zum Vorschein und verwirren die ganze Gedankenarbeit; sie sind gedämpft durch die Wucht der offensichtlichen Tatsache, daß der ungarische Staat alle Möglichkeiten eines Uebergreifens autonomistischer Bestrebungen auf sein Gebiet beseitigt hat, und kommen doch nicht los von dem vor dem Kriege schon zur Gewohnheit gewordenen Gedanken, daß Ungarn irgendwie durch die Gestaltung des österreichischen Staates mitbestimmt werde. Die Unklarheit unsrer Philosophen in diesem Punkte ist geradezu erschreckend. Da sie an der Einsicht, daß Ungarn sich nie als Nationalitätenstaat ansehen oder behandeln lassen wird, sich doch nicht mehr gut vorbeidrücken können, neigen sie teilweise bereits dem Entschlusse zu, die Gesamtbevölkerung Ungarns als ungarische Nation anzuerkennen, diese Nation dann aber den „Nationalitäten“ der Gesamtmonarchie gleichzustellen, nur damit ihre gedankliche Konstruktion, daß das Habsburgerreich die Idee des Nationalitätenstaates verkörpern müsse, recht behalte. Dabei pflegen sie, unbekümmert um die Tatsachen, die Gesamtmonarchie als „Staat“ zu bezeichnen, was zuletzt die durch das andre Zugeständnis erworbene Freundschaft der Ungarn wieder stören dürfte.

Ein Sozialdemokrat, der Deutschungar Josef Diener-Dienes, hat es in der „Arbeiter-Zeitung“ bis zu dem merkwürdigen Ausdruck gebracht: „Wir erkennen den Nationalitätenstaat Ungarn an, und zwar in seiner besonderen Form als Nationalstaat.“ Das ist so ziemlich das gleiche, als ob einer die Monarchie in ihrer besonderen Form als Republik anerkennen würde, und sehr bezeichnend für die Verwirrung, in die alle Vorweltkriegsautonomisten, beziehungsweise Föderalisten durch die Machtentwicklung des ungarischen Nationalstaates im Kriege gestürzt worden sind. Ein Gesamt-Föderalismus ist unmöglich, das muß heute der verstiegene Theoretiker zugeben, eine einseitig österreichische föderalistische oder Autonomiepolitik aber schafft einen unvereinbaren Gegensatz zwischen den Staatsgedanken hien und drüben der Leitha, was auf die Dauer nicht von guter Wirkung sein kann.

„Nationalitätenstaat“ bedeutet, richtig verstanden, nicht einen Staat, in dem mehrere Nationen verbunden sind, sondern einen Staat, der keinen bestimmten nationalen Charakter trägt, vielmehr den verschiedenen Nationen, die ihn bilden, die gleiche Stellung zuerkennt. Aus verschiedenen Nationen sind mehrere Staaten zusammengesetzt: Rußland, England, die Union, Ungarn, die Türkei. Aber das sind die Nationalstaaten der Russen, der Engländer, der Yankee, der Magyaren, der Türken. Russisch, englisch, angloamerikanisch, magyarisch, türkisch ist alles, was den Staat angeht. Bindestrichbürger werden als nicht vollwertig, als Fremdkörper empfunden. Als Nationalitätenstaaten bestehen in Europa tatsächlich nur drei staatliche Gebilde: Belgien, die Schweiz, Oesterreich. Von diesen Staaten war der erste vor dem Kriege schon stark im Begriff, sich zum Nationalstaat zu verändern, wobei die „belgische Nation“ eine Spielart der französischen, wie die Yankee eine der Angelsachsen, dargestellt haben würde. Die Schweizer nennen sich auch „Nation“, ohne aber die Vorherrschaft einer Rasse und Sprache damit andeuten oder gar durchsehen zu wollen; sie wären das Beispiel einer amtlich

dreisprachigen Nation geworden (die Rätomanen kommen nicht in Betracht), wenn sich nicht im Kriege Störungen in der Vereinheitlichung eingestellt hätten. Immerhin: auch für den Schweizer ist sein Staat gewissermaßen ein Nationalstaat. Somit bleibt als der wahre und einzige Nationalitätenstaat in Europa und der Welt nur Oesterreich übrig als der einzige Staat, der nicht aus einer Nation, sondern aus verschiedenen Nationen besteht will. Es sind wohl schon Propheten aufgetreten, die zur Herstellung einer österreichischen Nation aufgefordert haben, aber von antlicher Seite ist ein derartiges Wort noch nie gesprochen worden. In der Tat sprechen die Regierungen von Belgien und der Schweiz stets von der belgischen und der schweizerischen Nation, aber noch nie eine österreichische Regierung von einer österreichischen Nation, womit klargestellt ist, daß wir an Oesterreich wirklich den einzigen Nationalitätenstaat, das heißt den einzigen Staat, der bewußterweise nicht national einheitlich sein will, vor uns haben.

Es muß auffallen, daß in allen drei genannten Staaten die Deutschen das zahlreichste Volkselement bilden; in Belgien und der Schweiz absolut, in Oesterreich relativ. In Belgien hat der deutsche Stamm seine Opferbereitschaft für den gemeinsamen Staat am weitesten getrieben, zwei Drittel fügen sich der Nationalität des übrigen Drittels (1910 zählte man 2,700,000 Wallonen und 4,700,000 Flamen). In der Schweiz machen die Deutschen nahezu drei Viertel der Bevölkerung aus (2,600,000 neben 900,000 Romanen), sie können also doch nicht gut sich der Minderheit ganz unterwerfen, gestatten ihr aber viel, viel mehr, als sie ihrerseits der Mehrheit erlaubt. Dem deutschen Volke ist offenbar eine besondere Befähigung zur Mitwirkung an „Nationalitätenstaaten“ verliehen.

Es muß also den Darlegungen Dr. Karl Kenners, der in seiner Schrift den Nationalitätenstaat als die Staatsform der großen Weltreiche und gewissermaßen als die Staatsform der Zukunft, die bessere Staatsform, erklärt, entschieden widersprochen werden. Keines der großen Weltreiche ist ein Nationalitätenstaat, denn die oben gegebene Definition ist die allein richtige: Nationalitätenstaat ist ein Staat, in dem alle ihn bewohnenden Nationen gleiche sprachliche und politische Rechte besitzen und der nicht das Gepräge einer einzelnen Nation trägt. Man frage die Deutschen und die Irländer in der Union, die Polen und die Afrikaner Großbritanniens, die Polen und die andern Nationen Rußlands, sogar die Finnländer, die nicht einmal zum russischen Staate gehören, ob bei ihnen zu Hause keine Sprache, beziehungsweise Nation politisch bevorzugt, vom Staate als allein vollberechtigt anerkannt ist! Solche Staaten aber sind und bleiben Nationalstaaten, die Staatsnation betrachtet den Staat als ihr Werk und Besitztum und erklärt und behandelt andersnationale politische Ansprüche als gegen das Wohl und den Bestand des Staates gerichtet.

Durch den glücklichen Daseinskampf der Donaumonarchie ist die westlerisch-russische Theorie von dem unausweichlichen Zerfall und der kriegerischen Wehrlosigkeit der einzigen europäischen Nationalitätengroßmacht glänzend widerlegt worden. Nicht zum geringsten Teil liegt die Ursache dieser Enttäuschung der Feinde in ihrer falschen Ansicht über die Einrichtung unsrer Monarchie. Der ungarische Nationalstaat ist schon an sich eine bedeutende einheitliche Größe, während die Feinde nur eine Vielheit vor sich gesehen hatten. Unse österreichischen Staatsphilosophen jedoch übersehen diese Tatsache wie auch die andre, daß es für Oesterreich im Kriege praktisch keine Nationen gibt, und so gelangen sie in blühender Logik bis zur Behauptung, das Prinzip des Nationalitätenstaates habe sich in diesem Kriege überhaupt als das vollkommene, dem des Nationalstaates überlegenere erwiesen. Das ist schon fast verächtlich von „bloßen Dr. Richard v. Kralik sprach in der „Reichs-Nationalstaaten“. Nach der deutschen Staatsauffassung nämlich, sagen sie, stehe der Begriff Staat über dem Begriff Nation; der Staat sei berufen, die Nationen in sich friedlich zu vereinigen und somit eine höhere Synthese zu schaffen. Der organische Staat an sich sei schon ein gewaltiger Fortschritt über den individualistischen, der organische Nationalitätenstaat aber sei eine noch höhere Entwicklungsstufe, gewissermaßen der Staat an sich, der voll-

kommene Staat, etwa im Sinne der Hegelschen Synthese und These und Antithese. Diese Philosophen berufen sich regelmäßig auf Bismarck, dem es viel mehr auf den Staat, als auf die Nation angekommen sei. Neuerdings hat auch Raumann ihnen eine wertvolle Zeugnenschaft beigelegt, da er in seinem „Mitteleuropa“ betont, der Reichsdeutsche sei unter preussischem Einfluß mehr auf den Staatsgedanken als auf den nationalen Gedanken eingestellt. Natürlich wissen wir andern das auch: die Preußen sind unter der Erziehung durch den großen Kurfürsten, durch Friedrich Wilhelm I., Friedrich den Großen, Stein, Hardenberg, Humboldt, Kant, Fichte, Hegel, Gerwinus und Stahl und andre, und insbesondere auch durch Bismarck, zum Musterstaatsvolk geworden, das uns den Staat als Organismus vorlebt, und daß Bismarck und sein Deutschland bis zur Gegenwart den Staatsgedanken dem nationalen Gedanken voranzustellen, das hat das Deutschland in aller Welt hinreichend erfahren. Wir wissen aber auch, daß gerade der Kronzeuge Bismarck eine große Abneigung hatte gegen die Aufnahme nichtdeutscher Volkskeile in das Reich, worüber in den „Gedanken und Erinnerungen“ mancherlei, was unsre Staatsphilosophen auch überlegen sollten, zu lesen steht. Ihre Art der Behandlung der wichtigen Frage ist sehr von Uebel, weil sie die im Frieden wieder nötig werdende innerpolitische Zusammenarbeit, die einstweilen durch den Staatsanwalt ersetzt ist, gar sehr verwirren und erschweren kann. Sie schafft Vorstellungen, die sich mit der Wirklichkeit nicht decken, denn zu allen Zeiten wird es Tatsache bleiben, daß der national einheitliche Staat vor dem national zusammengesetzten wesentliche Vorteile voraus hat und daß der national nicht einheitliche seinen Bestand in politisch zwingenden Notwendigkeiten immer wieder rechtfertigen muß. Und es ist nicht wahr, daß die Weltreiche Nationalitätenstaaten sind, sondern sie beruhen auf dem Imperialismus je einer herrschenden Nation. Es gibt auch einen Innenimperialismus, der sich in Ungarn mit Erfolg betätigt, in Belgien an der Vollendung seiner Arbeit gehindert worden ist. Die Habsburgermonarchie ist kein Nationalitätenstaat, weil sie kein Staat ist, sie ist vielmehr eine Verbindung, eine Realunion eines Nationalstaates mit einem Nationalitätenstaat, welcher letzterer allein in der Welt sein Prinzip rein darstellt und

nun vor der Wahl steht, wie er es weiterhin verwirklichen will. Von Bismarck soll er dabei nicht eine Bestätigung seiner Vorzugsstellung herholen wollen, was ein großes Mißverständnis wäre, sondern die Lehre, daß es niemals einen Staat oder mehrere Staaten in einem Staate geben darf, weil sonst der Staat keine Einheit, kein Organismus, also kein wahrer Staat wäre. Mit dieser Wahrheit müssen sich die Autonomisten jeder Spielart besonders gründlich auseinandersetzen. Und dann wollen wir nicht als Geusen auftreten, nicht aus der Not eine große Tugend machen, sondern lieber die Tatsache anerkennen, daß uns eine besonders schwierige, aber auch eine besonders ehrenvolle Aufgabe innerhalb Mitteleuropas auferlegt ist, die uns zu ernstester Besonnenheit und mutiger Arbeit verpflichtet.

# Deutscher Reichstag.

43. Sitzung, Montag, den 10. April, 3 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kriegsminister Wild von Hohenborn, Reichsfinanzsekretär Dr. Helfferich.

Das Haus ist sehr stark besucht.

Präsident Dr. Raempf eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min.

Auf Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission (Berichterstatler Hg. Dr. Jund (ntb.)) wird die Genehmigung zur Einleitung des Strafverfahrens gegen den Abg. Waldstein (Wpt.) wegen Verleumdung — Antragsteller sind der Erste Staatsanwalt in Ltona und ein Kaufmann Paulo Lajo Prado in Hamburg — nicht teilt.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzentwurfs über

## Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung.

Das Gesetz läßt auf Antrag von kriegsversorgungsberechtigten Personen eine Kapitalabfindung zum Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes zu. Die Vorlage regelt auch die Zurückzahlung erhaltener Abfindungssummen bei Wiederverheiratung von Kriegserwitwen. Kapitalabfindung kann bewilligt werden, wenn die Versorgungsberechtigten zwischen dem 22. und 60. Lebensjahr stehen.

**Kriegsminister Wild von Hohenborn:** Es ist das erste Mal, daß ich als Preussischer Kriegsminister die Ehre habe, vor diesem Hause zu erscheinen, nachdem bisher meine Anwesenheit im hohen Hauptquartier und an der Front mich verhindert hat, an Ihren Beratungen teilzunehmen. Es liegt vielleicht die Erwartung nahe, daß ich bei dieser ersten Gelegenheit mich über unsere militärische Lage äußere. Aber ich glaube, in Ihrem Einverständnis zu handeln, wenn ich davon Abstand nehme, einmal mit Rücksicht auf die Darlegungen, die vor einigen Tagen der Reichsanwalt hier gegeben hat, und dann mit Rücksicht darauf, daß die Veröffentlichungen der Obersten Heeresleitung Sie und das ganze Volk in die Lage versetzen, die günstige Entwicklung unserer militärischen Lage auf allen Fronten selbst zu verfolgen. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Berichte sind zwar sehr knapp abgefaßt, aber sie sind im Gegensatz zu denen unserer Gegner stets wahr. (Beifall.) Die Siegreichen brauchen nichts zu beschönigen, und daß wir bisher siegreich waren, lehnt ein Blick auf die Landkarte. (Sehr richtig!) Das wissen auch unsere Gegner, selbst wenn sie es nicht zugestehen wollen. Daß wir weiter siegreich sein werden bis zum glorreichen Ende, reißlos für uns, das bisher geleistet, dafür bürgt uns der Heldennut unserer Truppen und der einheitlich entschlossene Wille sowie die überlegene sittliche Kraft unseres Volkes. (Lebhafte Beifall.) Dafür bürgt uns weiter — das möchte ich als sorgfamer Hausvater des mir anvertrauten großen Heereshaushaltes ganz besonders betonen — das Vorhandensein aller Mittel, die wir zur Fortführung des Krieges gebrauchen. (Lebhafte Beifall.) Was wir in den letzten Tagen erlebt haben, die Zurückweisung der russischen Offensive im Osten und unsere Kämpfe bei Verdun, das sind nicht, wie unsere Gegner glauben oder zu glauben vorzuben, die äußersten Anstrengungen einer erschöpften und ihr letztes hergebenden Nation, sondern das sind

### Hammer schläge

ines mit Menschenreserven und allen Hilfsmitteln versehenen, gesunden kräftigen Volksheres. (Wiederholter leb. Beifall.) Das sind Hammer schläge, die sich wiederholen werden, bis die Feinde mirbe sind. Für dieses Ziel, für den Sieg weiterhin in meinem Amt als Kriegsminister alles einzusetzen, was ich vermag, das verspreche ich hier vor dem ganzen Lande. (Lebhafte Beifall.) Ich möchte nicht in die Fehler meiner ministeriellen Kollegen des feindlichen Auslandes verfallen und allzuviel von zukünftigen und erfolglosen Siegen reden. Mit kriegsministeriellen Siegesreden wird dieser Krieg nicht beendet werden, sondern nur mit starken Schlägen draußen und mit einem starken Willen zum Durchhalten daheim. (Lebhafte Beifall.) 100 Kilometer enommener Schützengraben sind mir lieber als die schönsten Reden in Paris oder London. (Heitere Zustimmung.)

Nur ein ganz kurzes Wort über das Durchhalten. Ich liebe das Wort nicht für das Feldheer draußen. Da paßt es nicht hin. Es paßt nicht zu unserem Können und es paßt nicht zu unserm Vollen. Es paßt überhaupt nicht zu unserer ganzen Kriegsführung. Es paßt schließlich nicht zum Vorwärtsdrängen unserer Leute. Wir wollen mehr, wir wollen eine siegreiche Entscheidung erzwängen. (Lebhafte Beifall.) Aber für daheim, da gilt dieses Wort. Die Armee kann nur das Höchste leisten, wenn zu Hause durchgehalten wird und zu Hause alles pro patria geschieht. (Lebhafte Beifall.) Für dieses Durchhalten daheim erscheint es mir als Pflicht, dem deutschen Volke den Dank der Armee auszusprechen. (Lebhafte Beifall.) Die Armee weiß, daß die Heimat es schwer hat, daß die Minderbemittelten mit schweren Sorgen zu kämpfen haben. Daß manche Lebensmittel nicht gerade in Ueberfülle vorhanden sind, das weiß auch das Ausland. Aber ich darf hier wohl einfügen: aushungern, dieses Lieblingsziel unserer feindlichen Stammesvetern jenseits des Kanals, das gibt es nicht. (Lebhafte Beifall.) Es ist noch niemals unter Kulturnationen der Kampf, der zwischen den Heeren auszufechten ist, in so verwerflicher Weise auf das Leben von Weib und Kind ausgebeht worden, wie seitens England gegen unser Volk, über Gottlob vergeblich. (Lebhafte Beifall.) Wir haben zu reichliche Hilfsmittel und unser Wille ist zu stark, als daß die Hoffnungen Englands sich je verwirklichen könnten. (Wiederholter Beifall.) Daher müssen die Kämpfer daheim in diesem uns aufgewungenen Kriege an die Seite des fechtenden Heeres treten. Ich möchte noch kein Beispiel in unserer Geschichte, wo Volk und Heer sich so innig zum Kampfe verbunden haben. (Beifall.) Mit den eiden hat Deutschland im langen Laufe seiner Geschichte stets gehabt, Mitleidende in dem Sinne wie heute noch nie. Gerade die Tatsache, daß, während draußen die Kämpfer die Heimat schützten, die Daheimgebliebenen nicht nur mit rastlos schaffender Arbeit, sondern auch mit Ernst und Entfagung den Kämpfern zur Seite stehen, das ist bei uns die Vorbedingung unseres Sieges. (Lebhafte Beifall.) Das

### Mitleidenschaft in der Heimat

während dieses Krieges ist eine Erscheinung von geradezu gewaltiger geschichtlicher Größe. (Beifall.) Draußen die Gefahren größer und mögen draußen die Anstrengungen kaum zu ertragen sein, mag draußen das Leben täglich eingeseht werden müssen, so muß deshalb doch das stille Heldentum der Heimat nicht minder bewertet werden. (Beifall.) Und für dieses freudige Entfagen, für dieses willensstarke Heldentum der

Heimat sagt Ihnen das Heer seinen Dank. (Wiederholter lebhafter Beifall.) Das Heer weiß aber auch, daß es, gestützt auf diese Pflichttreue der Heimat, weiterhin mit Zuversicht in die Zukunft schauen kann und alles hingeben wird für des Landes Wohl und für einen Frieden, der der gebrachten Opfer würdig ist und uns und unsere Entleerter für alle Zukunft gegen verartige Ueberfälle sichert. (Lebhafte Beifall.) Bis dahin Geduld! Es ist die Signatur dieses Krieges, daß alle Entscheidungen langsam reifen, langsam aber sicher. Der volle Sieg wird schon kommen. Wann — kann niemand sagen. Aber daß er kommt, dessen wollen wir alle gewiß sein. (Lebhafte Beifall.)

Schon jetzt ist es unsere vaterländische Pflicht, für die zu sorgen, die in diesem Kampfe an ihrer Gesundheit Schaden gelitten haben. Der in einer Resolution des Reichstags gegebene Anregung sind wir gern gefolgt, und so legen wir Ihnen heute das Kapitalabfindungsgesetz vor. Es soll dadurch die Ansiedlung von Kriegsbeschädigten und Kriegserwitwen ermöglicht werden. Wir können es als ein Zeichen unserer gesunden Verhältnisse betrachten, daß mitten in dieser Zeit der schwersten Kämpfe eine umfassende und erfolgreiche Organisation durchgeführt worden ist mit dem großen Ziel, die Kriegsbeschädigten alle wieder in den weit verzweigten Gebieten unseres Wirtschaftslebens jeden an seinen Platz zu stellen. In der Ansiedlung der Kriegsbeschädigten und in der darin liegenden Wohnungsfürsorge kann man den Schlüsselstein oder doch ein wichtiges Glied dieser Fürsorge erblicken. In unserem Vaterlande ist doch nun einmal

### das eigene Heim

der Inbegriff alles Schönen und Erhebenden. (Beifall.) Die Abfindung wird beschränkt auf ländliche Ansiedlungen und die Begründung eigener Heimstätten. Diese Ansiedlung ist aber in weitestem Sinne gedacht sowohl für Landwirte wie für Handwerker und Arbeiter. Die Gefahr eines Kapitalverlustes ist herbei sehr gering, während bei gewerblichen und sonstigen Unternehmungen, wo alles noch im Fluß ist, diese Gefahr größer wäre. Namentlich in der Landwirtschaft findet sich auch die beste Gelegenheit für die Kriegsbeschädigten, die ihnen noch verbliebenen Kräfte nutzbringend zu verwerten. Sehr wesentlich ist auch, daß durch dieses Gesetz die Gründung von Familien in Stadt und Land gefördert wird. Dann ist es ein erfreulicher Gedanke, daß, nachdem der Aushungerungsplan unserer Feinde gescheitert ist, gerade die Kriegsbeschädigten dazu beitragen können, die Aubaufäche in unserem Vaterlande zu erweitern und unsere Erzeugung von Gemüse, Obst und Eiern zu fördern. Die eingehenden Anträge werden in wohlwollendster Weise unter Zuziehung sachverständiger Berater geprüft und die Heeresverwaltung wird dabei immer vor dem Gesichtspunkt ausgehen, daß das Interesse des Kriegsbeschädigten in erster Linie gewahrt werden muß. Ganz selbstverständlich wird die Kapitalabfindung allen Kriegsbeschädigten ohne jede Rücksicht auf nationale, konfessionelle oder Parteizugehörigkeit erteilt. (Beifall.) Es widerstrebt mir eigentlich, diesen selbstverständlichen Grundsatz bei einer Vorlage auszusprechen, die schöne ideale Ziele für alle Kriegsbeschädigte ohne Unterschied verfolgt. Dem Wunsche des Reichstages entsprechend, ist auch eine Abfindung bei Witwen vorgesehen. Da es sich um ein Sondergesetz handelt, mußte der Fall der Wiederverheiratung nach der Maßgabe des geltenden Rechtes berücksichtigt werden. Da es aber verlehrt wäre, eine Wiederverheiratung zu erschweren, wird bei der Rückforderung mit größter Rücksicht verfahren werden.

Ich zweifeln nicht daran, daß gerade dieses Gesetz von unseren Kriegern zu Wasser und zu Lande mit besonderer Genugtuung begrüßt wird. Indem wir einen Teil der Dankeschuld damit an jene abtragen, die in den Tagen der Not und Gefahr mit Leib und Leben für das Vaterland eingetreten sind, dürfen wir vielleicht hoffen, daß der Segen dieser Neuordnung auch unserem ganzen Vaterlande zugute kommen wird. (Lebh. Beifall.)

**Abg. Hofrichter (Soz.):** Dem Grundsatze, daß das Reich die Pflicht hat, allen kriegsversorgungsberechtigten Personen mit aller Kraft beizustehen, stimmen wir rüchhaltslos zu. Das vorliegende Gesetz kann nur eines der dazu nötigen Gesetze sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) In der Kriegeransiedlungsfrage muß man sich vor Illusionen hüten. Das hat auch Dr. Meh, der Präsident des Oberlandes-Kulturgerichts hervorgehoben. Jeder eignet sich nicht dazu, Ansiedler zu werden. Ich beantrage Ueberweisung des Gesetzentwurfs an den Reichshaushaltsausschuß. (Beifall.)

**Abg. Liesching (Wpt.):** Das ganze Haus dankt dem Kriegsminister für seine einleitenden Worte. Sie erinnern uns an die Pflicht, die Stimmung in der Heimat so zu erhalten, daß sie eine Stütze für die da draußen ist. (Zustimmung.) Ein solches Gesetz, wie das vorliegende, wird von diesem Hause nicht bloß als

### lebernes Paragrafentwerf

beurteilt. Was können wir dem heimkehrenden Krieger Besseres bieten als eine eigene Scholle? (Sehr wahr!) Wir haben schon früher den Grundgedanken dieser Vorlage vertreten. Der Ausschuß wird zu prüfen haben, ob nur für Grunderwerb oder auch zur Wiederaufrichtung Kleingewerblicher und von Mittelstandsexistenzen eine Kapitalabfindung am Platze sein wird. Es wird auch zu untersuchen sein, ob eine einmal gewährte Verfümmelungszulage trotz Kapitalabfindung nicht weiter zu gewähren sein. Dieses erste Kriegsbeschädigtengesetz, das wir erleben, wird dazu beitragen, unsere Krieger draußen mit Zuversicht für ihre einstige Heimkehr zu erfüllen. (Beifall.)

**Abg. Dr. Paasche (ntb.):** Spricht gleichfalls die Sympathie seiner Partei für das Gesetz aus, das möglichst rasch verabschiedet werden solle. Besonders zu begrüßen sei die Absicht, möglichst viele Menschen auf das Land, auf eigenen Grund und Boden zurückzuführen, zur Eigenherstellung der unentbehrlichen Lebensmittel. Von Leuten, die angesiedelt werden, haben wir auch nicht zu befürchten, daß wir nach einiger Zeit Klagen über Teuerung und über die Entwertung des Geldes und des Rentenbetrages hören. (Beifall.)

**Abg. Giesberts (Ztr.):** Der freudige Widerhall, den der Gesetzentwurf bei allen Parteien gefunden hat, mag den Kriegern an der Front beweisen, wie das Volk ihrer gedenkt. Das Gesetz gewährt keine Wohlthaten, sondern stellt die Einlösung einer Dankeschuld dar. Hoffentlich verfehlt es nicht seine Wirkung auf die allgemeinen Wohnungsverhältnisse.

**Abg. Graf Westarp (konf.):** Wir danken dem Kriegsminister für seine Rede. (Beifall.) Seine Mitteilungen werden bei Heer und Volk ein dankbares Echo finden. Den Gesetzentwurf selbst begrüßen wir mit Freuden. Er wird vielen Kriegern das drückende Gefühl der Unsicherheit nehmen. Es muß bei den Unterstützungen die weitgehende Rücksicht auf die Einkommensverhältnisse der Feldzugsteilnehmer vor dem Kriege genommen werden.

**Abg. Behrens (Wirtsch. Bgg.)** begrüßt gleichfalls die Vorlage.

**Abg. Dr. v. Trampehnski (Pole):** Das Gesetz muß allen Richtungen gegenüber gerecht gehandhabt werden.

**Abg. Henke (Soz. Arb.):** Das verlangen auch wir, sonst lehnen wir das Gesetz ab. Das Gesetz dient agrarischen Interessen, es will der Landflucht und damit der Sozialdemokratie entgegenarbeiten. (Lachen.) Man soll uns mit Redensarten, wie „Dankbarkeit des Vaterlandes“, vom Leibe bleiben. Das Gesetz dient materiellen Interessen.

Präsident Dr. Raempf ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

**Abg. Dr. Liebknecht (wlb)** bittet ums Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident Dr. Raempf: Angesichts der Vorkommnisse der letzten Wochen, daß Sie das Wort zur Geschäftsordnung mißbrauchen, kann ich Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht mehr geben. (Allseitiger Beifall.)

Die Vorlage geht an den Haushalts-Ausschuß.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs, betr. die

## Altersrente und Waisenrente in der Invalidenversicherung.

Ministerialdirektor Dr. Caspar begründet kurz den Gesetzentwurf, der die Altersgrenze für den Empfang der Altersrente vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabsetzt.

**Abg. Mollenhuth (Soz.):** Man hätte schon früher die Altersgrenze herabsetzen können. Wir stimmen natürlich dem Gedanken der Vorlage zu. Ich beantrage Ueberweisung an eine Kommission, in der vor allem die Beitragsfrage einer Prüfung unterzogen werden sollte.

**Abg. Büchner (Soz. Arb.):** Das Gesetz geht nicht weit genug. Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes auf Aenderung des Gesetzes über den

## Zur Kriegslage

Die Entwicklung im Raume Verdun. Die Räumung von Bèthincourt. Die andere Frontabschnitte. Die Kämpfe im Osten und Süden und in Armenien.

Die Entwicklung der Operationen im Raume Verdun geht ihren stark verlangsamten, aber noch keineswegs vor dem Abschluß angelangten Gang weiter. In zähem Ringen, das von beiden Seiten mit größter taktischer Geschicklichkeit erfolgt, schieben sich die Deutschen näher und näher an die französische Zentralstellung heran. Bekanntlich sind Kämpfe um das Vorgelände im Festungskrieg heute wichtiger, als die um den inneren Fortsgürtel, da das Vorgelände den Angreifer bis auf dreißig Kilometer von den Kernwerken fernhalten kann. Die meisterhaften Feldbefestigungen, welche die Franzosen im Nordost- und Nordwestsektor von Verdun angelegt hatten, bildeten daher von Anfang an die stärkste Abwehr der Verduner Zentralstellung. Sind die Deutschen erst einmal links der Maas auf der Höhe von Bourrus und Marre angelangt, so stehen sie auch hier unmittelbar vor den inneren Forts, also auf gleicher Höhe wie östlich der Maas in der Linie Bauz-Douaumont und haben die Verteidigung dann so stark eingeengt, daß von operativer Handlungsfreiheit derselben auch im beschränkten Sinne nicht mehr die Rede sein kann. Dann wird, wie bereits wiederholt ausgeführt, der Artillerie die Aufgabe zufallen, durch konzentrisches Feuer die in einem Raum von wenigen Quadratkilometern zusammengedrängten Verteidiger vollends niederzukämpfen.

So weit ist es noch nicht, aber seit dem 7. April ist den Franzosen wiederum ein Stück Vorgelände verloren gegangen, das der mobilen Verteidigung zur Auswirkung unentbehrlich war. Dies am 7. April die Kampflinie westlich der Maas noch von Avocourt über Haucourt und am Forgesbach entlang nach Bèthincourt, um dort südöstlich abschwelkend am Mort Homme entlang Cumières zu gewinnen, so ist heute von diesem kräftig profilierten Vorsprung der französischen Verteidigungsfront wieder ein Stück abgebrochen worden, das nicht nur selbst Bedeutung besaß, sondern auch für die Behauptung der vorbezeichneten, um den Zentralpunkt 304 gelagerten Stellung, den bekannten Salienten von Esnes-Bèthincourt von Wichtigkeit war. Der Fall von Haucourt und die Zuriücknahme der französischen Linie über den Forgesbach hatte Bèthincourt, den äußersten Exponenten dieser Stellung, unhaltbar gemacht. In der am Freitag abgeschlossenen Betrachtung, die in der Sonntagsausgabe erschienen ist, schrieben wir: „Immer mehr wird die französische Stellung von Bèthincourt isoliert, wo die Verteidiger zweckbewußt ausharrten, um den Deutschen durch Flankenfeuer den Angriff auf Malancourt und Haucourt tunlichst zu erschweren. Ob sie den Ort auch jetzt noch um jeden Preis zu halten gedenken, wird sich in Kürze entscheiden.“ Diese Entscheidung ist mittlerweile gefallen. Unter dem frontalen und flankierenden Druck, den die Deutschen durch Erstürmung des Höhenrandes südlich Haucourt und durch Angriffe auf Bèthincourt und die Höhen am und südöstlich des Mort Homme ausübten, haben die Franzosen sich entschließen müssen, den Vorsprung von Bèthincourt zu räumen. Sie haben ihn zweckmäßiger Weise so lange gehalten, als sie davon Vorteil hatten und ihn im letzten Augenblick geräumt, als doppelte Umfassung die Besatzung zu erdrücken drohte.

So geschieht die Verteidigung im Raume westlich der Maas auch verfehrt, und so brav die Truppe kämpft — operativ vermag sie sich nicht zu behaupten. Jetzt steht der Angreifer dicht vor der Höhe 304, und wenn man den von den Franzosen nördlich der neuen Grundlinie Avocourt-Esnes-Chattancourt noch gehaltenen Raum bestimmen will, so findet man nur noch einen Kreisbogen, der mit vier Kilometer Radius um Esnes beschrieben wird, in ihren Händen. Daraus geht hervor, daß die starke Vorstellung, die durch die Exponenten Malancourt und Bèthincourt bezeichnet wurde, im Begriffe ist zu zerfallen. Die Höhe 304, die vor wenigen Tagen noch den Mittelpunkt dieser vorgeschobenen Stellung bildete, ist jetzt an der Peripherie zu suchen. Statt ihrer hat die südlich Esnes gelegene Höhe 310 jetzt zentrale Bedeutung, aber auch auf ihr liegt vermutlich schon eindruckendes Feuer, das auch die Orte

Esnes und Monzeville (in der Luftlinie etwa zwei Kilometer südöstlich Esnes) zerschlägt.

Die französische Darstellung spricht von schweren Kämpfen, die sich nach der Räumung von Bèthincourt auf der ganzen Linie vom sogenannten Reduit von Avocourt, längs der bewaldeten Hänge westlich von Punkt 304, ferner längs des Südufers des Forgesbaches und südlich der Kreuzung (besser Gabelung) der Straße Bèthincourt-Esnes und Bèthincourt-Chattancourt bis zu den Hängen des Toten Mannes abgespielt haben. Hier ist anzumerken, daß die Kämpfe am Toten Mann sich südöstlich des Punktes 295 festlegen lassen, daß also diese Höhe als im deutschen Besitz zu betrachten ist. In welchem Maße die Räumung von Bèthincourt Verluste nach sich zog und wie sich die oben umschriebenen Kämpfe zeitlich einordnen, ist aus dieser Darstellung nicht zu ersehen. Das strategische Ergebnis aber liegt klar vor Augen.

Die vorstehenden Zeilen waren geschrieben, ehe die deutsche amtliche Meldung vorlag. Diese gestattet festzustellen, daß den Franzosen die Räumung der Stellung von Bèthincourt nicht ohne schwere Verluste gelang. Wie es scheint, wurde der Abzug aus der isolierten Position zu spät eingeleitet und die Nachhut konnte sich der Umfassung nicht mehr entwinden. Sie ist zum mindesten stark gequetscht worden. General Bazelaire muß die Fristung des Widerstandes im Vorgelände westlich der Maas teuer bezahlen.

An den übrigen Abschnitten der Westfront hält örtliche und örtlich gebundene Gefechts-tätigkeit an. Am schärfsten wird an der flandrischen Front gelämpft, wo die Engländer in den letzten Märztagen durch eine mächtige Sprengung bei St. Eloi die deutsche Linie eingelerbt und ein deutsches Jägerbataillon schwer mitgenommen hatten, jetzt aber einen Teil dieses Geländes wieder verloren. Auch in der Gegend von Souhez, wo die Franzosen seit der Verduneraktion ebenfalls Engländern Platz gemacht haben, finden scharfe Kämpfe statt und zwar auch hier vorwiegend mit den Mitteln des Minierkrieges.

Russische Angriffsversuche im Operationsgebiet zwischen Düna und Baranowitschi haben zwar keine größere Bedeutung erlangt, werden aber immer noch fortgesetzt und müssen im Auge behalten werden, da sie ebensogut Vorboten einer neuen Offensive, wie Nachwehen der Märzoffensive sein können.

Aufgefrischt hat auch die Tätigkeit an der Südfrent, wo die Italiener im Raume Tolmein und Görz die von den Oesterreichern in den letzten Wochen erkämpften Vorteile allmählich wieder zu nichte machen wollen und in kleineren Verbänden angreifen. Man hat überhaupt den Eindruck, als fühle sich Cadorna zu lebhafterer Tätigkeit aufgeleitet, seit er den Kriegsminister Zupelli befeitigt hat und nun wieder Herr über sämtliche italienischen Streitkräfte in Italien und Albanien ist. Wie die Dinge bei Balona stehen, muß sich jetzt bald zeigen, mehr als eine bedrängte Defensivbasis ist die Position auch heute kaum noch.

Vom armenischen Kriegsschauplatz bleibt anzumerken, daß die türkische Widerstandskraft im Raume Trapezunt sich bis zum Ansehen kräftiger Gegenstöße verdichtet. Es ist also anzunehmen, daß die türkischen Verstärkungen jetzt auf der Linie Trapezunt-Ersingjan-Diarbekr angekommen und zum Teil wohl auch schon aufmarschiert und operativ in Bewegung gesetzt worden sind. Es kommt nun darauf an, was die Russen an mobilen Kräften nach Hocharmenien nachgezogen haben, um ihre großen Erfolge sicherzustellen.

Wie es scheint ist der neue Versuch Gorrings, Kut-el-Amara zu entsetzen, ins Stocken gekommen.

H. St.

# Zeitung

gelehrten Sachen

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800.  
11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690.

## Laas gescheitert.

### Asquith gegen den Kanzler.

Nicht im Parlament, sondern auf einem Bankett in London nach der Rückkehr von Rom hat gestern der englische Premierminister dem deutschen Reichskanzler geantwortet. Seine Rede ist daher wohl nicht ganz mit dem gleichen ernstesten Maßstab zu messen, den man an seine Reden im Unterhaus anzulegen berechtigt ist. Redensarten, wie die von dem „schweren Fall von Deutschland als vielfach mißverstandenen Friedensfreund“ hören sich bei Tische recht gut an, pflegen aber in den parlamentarischen Auseinandersetzungen zwischen ernstesten Männern vermieden zu werden. Trotzdem darf man das, was Mr. Asquith sagte, aber nicht etwa als Stegreifrede werten. Andere Stellen lassen deutlich erkennen, daß die Worte bedächtig gewählt und sorgsam abgewogen sind.

Herr Asquith hat noch einmal — und deutlich unterstrichen — erklärt, daß England das Schwert nicht in die Scheide stecken werde, bis „die militärische Herrschaft Preußens ganz und endgültig vernichtet ist“. Alles, was er weiter sagt, um die Behauptung zu erweisen, daß der Kanzler diese von ihm bereits früher getane Äußerung mißverstanden habe, bringt im Gegenteil den Beweis dafür, wie wenig seine früheren Redensarten überhaupt mißverstanden werden konnten. Deutschland und Preußen sollen nicht erdroffelt werden. Aber Herr Asquith will, „daß internationale Probleme durch freie Unterhandlungen unter gleichen Bedingungen zwischen freien Völkern behandelt werden müssen“. Das wollen wir auch. Wenn das bisher in Europa nicht möglich war, sondern wenn dauernd Unfrieden, dauernd Scheelsucht auf dem Kontinent herrschte, so war das nach unserer Auffassung die Schuld jener eigenartigen Politik, die England mit der ihm eigenen Fähigkeit, ethische Schlagworte für unmoralische Klugheiten zu erfinden, als Politik des europäischen Gleichgewichts bezeichnet hat. Herr Asquith ist allerdings über die Ursache des kontinentalen Unfriedens während des letzten Jahrhunderts anderer Ansicht als wir. Und er will deshalb den Grundsatz erklämpfen, daß solche internationale Übereinkunft „nicht länger durch das überwältigende Gebot einer Regierung, die von einer militärischen Kaste kontrolliert wird, aufgehalten und beherrscht wird“. Das bedeutet nichts anderes als die Zerkümmern der preußischen und der deutschen Wehrkraft. Man will uns weiter träumen lassen, nachdem man uns wehrlos gemacht hat. Wenn wir politisch uns in das System der englischen Weltherrschaft einfügen, dann mögen wir philosophisch unsere eigenen Systeme bauen und uns in irgendeinem Wolkenkuckucksheim glücklich wähnen, das außerhalb der britischen Interessensphäre in irdischen Ländern oder auf irdischen Meeren liegt.

Nun brauchte man allerdings all solche Streitereien über die Frage, wer angefangen hat und wie in Zukunft die Welt ideal organisiert werden soll, nicht sonderlich tragisch zu nehmen. Die Hauptfrage scheint, wie Herr Asquith sich zu der belgischen Frage stellt, über die der Kanzler ausführlich gesprochen hat. Ueber die „realen Garantien“, die der Kanzler forderte, schweigt sich Herr Asquith vollkommen aus. Er verlangt die Wiederherstellung des alten Belgien und den Wiederaufbau des Landes. Wenn Herr Asquith unter der Wiederherstellung des alten Belgien die Wiedereinfügung des früheren geographischen Begriffes in die Landkarte Europas versteht, so würde sich vermutlich über diesen Punkt reden lassen. Aber wenn er an mehr als einen geographischen Begriff gedacht hat, wenn er wirklich politisch alles umgekehrt machen will, was in und wegen Belgien passiert ist, so würde jede weitere Unterhaltung mit Herrn Asquith unnötig sein. Daß das belgische Land wieder aufgebaut wird, ist selbstverständlich. Zu einem erheblichen Teil ist das übrigens unter deutscher Kriegswirtschaft bereits geschehen. Aber die schwierigste Frage übergeht Herr Asquith: „Wer trägt dafür die Kosten?“ Man sieht also, selbst wenn man mit allergrößtem Wohlwollen an die Asquithschen Worte herantritt, so bleiben noch so viel dunkle Punkte in seinen Gegenvorschlägen, daß die Wahrscheinlichkeit einer vernünftigen Verständigung nicht gerade nahegerückt zu sein scheint.

Nach wie vor stehen wir daher auf dem Standpunkt, daß auf einen Frieden mit England — und über England mit

## Die deutsche Suffex-Note an Amerika.

Auf die Anfrage der Regierung der Vereinigten Staaten wegen der Angriffe auf den Dampfer „Suffex“ und andere Schiffe ist, wie Wolffs Bureau amtlich meldet, dem hiesigen amerikanischen Botschafter am 10. d. Mts. nachstehende Antwort erteilt worden:

Der Unterzeichnete beehrt sich, Seiner Exzellenz, dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn James W. Gerard, auf die Schreiben vom 29. und 30. vorigen Monats, sowie vom 3. d. Mts. (Nr. 8876, 8850 A., 8901, 8902, 8933 und 9010) über die Dampfer „Suffex“, „Manchester Engineer“, „Englishman“, „Berwind Vale“ und „Eagle Point“ mitzuteilen, daß die erwähnten Fälle gemäß den diesseitigen Notizen vom 30. und 31. v. M. sowie vom 4. und 5. d. M. von dem Admiralstab der Marine einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden sind, die zu nachstehenden Ergebnissen geführt hat, die zu nachstehenden Ergebnissen geführt hat.

### Englischer Dampfer „Berwind Vale“.

Ein Dampfer, der möglicherweise der „Berwind Vale“ gewesen ist, wurde am 16. März abends in Sicht des Leuchtfuers von Bullrood an der irischen Küste von einem deutschen Unterseeboot angetroffen. Sobald der Dampfer das über Wasser fahrende Unterseeboot bemerkte, drehte er ab und lief weg. Er wurde durch einen Warnungsschuß zum Stoppen aufgefordert, beachtete aber diese Warnung nicht, sondern löschte sämtliche Lichter und versuchte zu entkommen. Daraufhin wurde er beschossen, bis er stoppte und ohne weitere Aufforderung mehrere Boote zu Wasser führte. Nachdem die Besatzung in die Boote gegangen war und genügend Zeit erhalten hatte, um wegzurudern, wurde das Schiff versenkt. Der Name dieses Dampfers ist nicht festgestellt. Auch mit Hilfe der Angaben, die von Seiten der Amerikanischen Botschaft gemacht worden sind, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, daß der vorstehend geschilderte Vorfall den Dampfer „Berwind Vale“ betrifft. Da aber der versenkte Dampfer ein Tankdampfer war, ebenso wie der „Berwind Vale“, dürfte die Identität der Schiffe anzunehmen sein; in diesem Falle würde allerdings die dortige Angabe, daß der „Berwind Vale“ ohne Warnung torpediert worden sei, mit den Tatsachen im Widerspruch stehen.

### Englischer Dampfer „Englishman“.

Dieser Dampfer wurde am 24. März von einem deutschen Unterseeboot etwa 20 Seemeilen westlich von Islay durch zwei Warnungsschiffe zum Stoppen aufgefordert, lief aber weiter, ohne sich um die Warnung zu kümmern, und wurde daher von dem Unterseeboot durch Artilleriefeuer nach längerer Verfolgung gezwungen zu stoppen, worauf er ohne weitere Aufforderung Boote aussetzte. Nachdem der deutsche Kommandant sich davon überzeugt hatte, daß die Besatzung in die Boote gestiegen und vom Schiffe weggerudert war, versenkte er den Dampfer.

### Englischer Dampfer „Manchester Engineer“.

Durch die bisherige Untersuchung hat sich nicht feststellen lassen, ob der Angriff auf diesen Dampfer, der nach der dortigen Darstellung am 27. März in der Höhe von Waterford stattgefunden hat, auf ein deutsches Unterseeboot zurückzuführen ist. Die Angaben über Ort und Zeit geben keinen genügenden Anhalt für die Untersuchung. Es wäre daher erwünscht, genauere Angaben über Ort, Zeit und Begleitumstände des der amerikanischen

Regierung gemeldeten Angriffs zu erhalten, damit daraufhin die Untersuchung zum Abschluß gebracht werden kann.

### Englischer Dampfer „Eagle Point“.

Dieser Dampfer wurde am 28. März vormittags etwa 100 — nicht 130 — Seemeilen von der Südwestküste Irlands entfernt von einem deutschen Unterseeboot durch Signal und Schuß aufgefordert zu stoppen, lief jedoch weiter. Daraufhin wurde auf ihn geschossen, bis er stoppte und ohne weitere Aufforderung zwei Boote zu Wasser brachte, in die sich die Besatzung begab. Nachdem sich der Kommandant überzeugt hatte, daß die Boote, die Segel gesetzt hatten, vom Dampfer freigekommen waren, versenkte er den Dampfer.

Zur Zeit der Versenkung herrschte Nordnordwestwind von Stärke 2, nicht „stürmischer Wind“ und leichte Dünung, nicht „schwere See“ wie in der dortigen Darstellung angegeben ist. Die Boote hatten auch alle Aussicht, sehr bald aufgenommen zu werden, da der Ort der Versenkung auf einem viel benutzten Dampferwege lag. Wenn die Besatzung des Dampfers zu ihrer Rettung nur zwei kleine Boote in Gebrauch nahm, so trifft sie selbst die Schuld, denn auf dem Dampfer befanden sich, wie das Unterseeboot feststellen konnte, noch mindestens vier große Fallboote.

### Französischer Dampfer „Suffex“.

Die Feststellung, ob der Kanaldampfer „Suffex“ von einem deutschen Unterseeboot beschädigt worden ist oder nicht, ist dadurch außerordentlich erschwert worden, daß keine genauen Angaben über Ort, Zeit und Begleitumstände der Versenkung bekannt waren, auch ein Bild dieses Schiffes bis zum 6. April nicht erlangt werden konnte. Infolgedessen hat die Untersuchung auf alle Unternehmungen ausgedehnt werden müssen, die an dem in Frage kommenden Tage, dem 24. März, im Kanal etwa auf dem Wege zwischen Folkestone und Dieppe überhaupt stattgefunden haben.

In diesem Gebiet ist am 24. März ungefähr in der Mitte des Englischen Kanals von einem deutschen Unterseeboot ein langes schwarzes Fahrzeug ohne Flagge mit grauem Schornstein und kleinem grauem Aufbau sowie mit zwei hohen Masten angetroffen worden. Der deutsche Kommandant gewann die bestimmte Ueberzeugung, daß er ein Kriegsschiff, und zwar einen Minenleger der neugebauten englischen Arabis-Klasse, vor sich habe. Er wurde zu dieser Ueberzeugung geführt:

1. durch das glatt durchlaufende Deck des Schiffes,
2. durch die kriegsschiffmäßige, schräg nach hinten und unten abfallende Form des Hecks,
3. durch den kriegsschiffmäßigen Anstrich,
4. durch die hohe Geschwindigkeit von etwa 18 Seemeilen, die das Schiff entwickelte,
5. durch den Umstand, daß das Schiff nicht den Weg nördlich der Leuchttonnen zwischen Dungeness und Beachy Head innehielt, der nach den häufigsten, übereinstimmenden Beobachtungen der deutschen Unterseeboote für die Handels-schiffahrt üblich ist, sondern mitten im Kanal, mit dem Kurs ungefähr auf Le Havre, fuhr.

Infolgedessen griff er das Schiff um 3 Uhr 55 Minuten nachmittags mitteleuropäischer Zeit 1½ Seemeilen südlich der Bullrood-Bank unter Wasser an. Der Torpedo traf und rief im Vorschiff eine so schwere Explosion hervor, daß das ganze Vorschiff bis zur Brücke abriß. Die besonders starke Explosion läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß an Bord große Munitionsmengen vorhanden waren.

Der deutsche Kommandant hat eine Skizze des von ihm angegriffenen Schiffes angefertigt, von der zwei Abzeichnungen beigefügt werden. Das ebenfalls in zwei Exemplaren angeschlossene Bild des Dampfers „Suffex“ ist aus der englischen Zeitung „Daily Graphic“ vom 27. v. M. in photographischer Wiedergabe entnommen. Die Vergleichung der Skizze und des Bildes zeigt, daß der „Suffex“ mit dem angegriffenen Fahrzeug nicht identisch ist, besonders auffallend ist der Unterschied in der Stellung des Schornsteins und der Form des Hecks. Ein weiterer Angriff hat in der für den „Suffex“ in Frage kommenden Zeit auf dem Wege zwischen Folkestone und Dieppe seitens deutscher Unterseeboote überhaupt nicht stattgefunden.

Hiernach muß die Deutsche Regierung annehmen, daß die Beschädigung des „Suffex“ auf eine andere Ursache als auf den Angriff eines deutschen Unterseebootes zurückzuführen ist. Zur Aufklärung des Sachverhalts ist vielleicht die Tatsache dienlich, daß allein am 1. und 2. April im Kanal nicht weniger als 26 englische Minen von deutschen Seestreitkräften abgeschossen worden sind; überhaupt ist die ganze dortige Meeresgegend durch treibende Minen und nicht gefunkene Torpedos gefährdet. Vor der englischen Küste wird sie ferner auch durch deutsche Minen, die gegen die feindlichen Seestreitkräfte ausgelegt werden, in zunehmendem Maße gefährdet sein.

Sollte der Amerikanischen Regierung weiteres Material zur Beurteilung des Falles „Suffex“ zur Verfügung stehen, so darf die Deutsche Regierung um dessen Mitteilung bitten, um auch dieses Material einer Prüfung unterziehen zu können. Für den Fall, daß sich hierbei Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen ergeben sollten, erklärt sich die Deutsche Regierung schon jetzt bereit, den Tatbestand durch eine gemischte Untersuchungskommission gemäß dem dritten Titel des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 feststellen zu lassen.

Indem der Unterzeichnete bittet, der Regierung der Vereinigten Staaten von Vorstehendem Kenntnis zu geben, benützt er diesen Anlaß, um dem Herrn Botschafter den Ausdruck seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

(gez.) Jago w.

(Wiederholt, da nur in einem Teil der Abendausgabe.)

# Journal.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.

Redaktion und Administration:

Millner-Verlag (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 34.  
 Telefon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 28—31.

## Soffnungsschimmer.

Minister Asquith hat gestern anlässlich des Besuches der französischen Parlamentarier in London einen Trinkspruch auf den Präsidenten der französischen Republik ausgebracht, über den es sich zu sprechen lohnt. Es ist von vorneherein einleuchtend, daß dieser Trinkspruch nicht bloß als Antwort auf die jüngsten Ausführungen des deutschen Reichskanzlers gedacht war, sondern auch wohl in erster Reihe die vagen Umrisse eines Ideentkomplexes zu entwerfen versuchte, der nicht mehr so überaus weit über alle Grenzen der realen Möglichkeiten zu liegen käme, wie Alles, was die Vertreter der Entente sich in ihrem schweren Kriegskoller an Intransigenz und Ideenverwirrung bisher geleistet hatten. Es ist geboten, aus der Rede des englischen Ministerpräsidenten auch nur um ein Fota nicht mehr herauslesen zu wollen, als das, was Mr. Asquith effektiv zum Ausdruck gebracht hat. Das Gegenteil wäre ein unverantwortlicher Fehler, in den es schade wäre, hineinzufallen. Aber auch das, was Asquith tatsächlich und ausdrücklich gesagt hat, genügt, um uns eine Aussicht daraufhin zu eröffnen, daß England und Frankreich anscheinend aufgehört haben, mit einer Verbohrtheit ohnegleichen auf Hirngespinnste und Unmöglichem zu bestehen und sich in unbegreiflicher Blindheit allen Tatsächlichkeiten, die für die Lösung der aktuellsten Weltfragen maßgebend sein müssen, zu verschließen.

Es ist selbstverständlich, daß Mr. Asquith dabei den charakteristischen Stil, der in der Auffassung und in den Äußerungen englischerseits bisher prädominierend war, vorerst nicht so ohne weiteres aufgeben konnte. Zu diesem Umstand gesellt sich auch jener weitere, nicht minder wichtige, daß gerade im Moment des vorsichtigen, sich an die Gegnerpartei herantastenden Nachgebens alle Äußerlichkeiten einer scheinbaren Intransigenz

## Asquiths Antwort.

Die Rede, die der Erste englische Minister bei dem Empfang der nach London gekommenen französischen Parlamentarier gehalten hat, beansprucht das höchste Interesse. Denn in der Form einer Polemik gegen die letzte Rede des deutschen Reichskanzlers legt hier Asquith wohl die Bedingungen dar, unter welchen England und Frankreich bereit wären, in Verhandlungen über einen Friedensschluß einzugehen, deutet er an, was klar sein müsse, wenn an die Beendigung des Krieges ernstlich gedacht wird. Wer in dem Kriege, der nun die Menschheit zwanzig Monate lang in Schmerz und Trauer hüllt, als die nunmehr einzig wichtige Frage erkennt, wie zu dem Frieden, der ihn beendet, zu gelangen wäre, der muß sich verpflichtet fühlen, die zwei Reden über Kriegs- und Friedensziele, die des Reichskanzlers und die des englischen Ministerpräsidenten, ernstlich zu vergleichen, um aus dem Vergleich herauszufinden, um welche Fragen sich nun der Friede in der Hauptsache bewegt.

Daß es Asquith allem Anschein nach ernstlich darum zu tun war, diesen Punkt klarzustellen, soweit der Kriegszustand eine solche öffentliche Klarstellung überhaupt zuläßt — was man bei Reden in dieser Zeit nie außer acht lassen darf —, geht schon daraus hervor, daß er das Kriegsziel von der „Vernichtung des preussischen Militarismus“, das von einem so alten und ausgesprochenen Militärstaat, wie es Preußen-Deutschland ist, naturgemäß als das überheblichste und ehrverletzendste empfunden wurde, nur in einer Weise „erläutert“, daß davon nichts mehr übrig bleibt. Die „Vernichtung“ verwandelt sich nun in die Forderung, daß sich als Ergebnis des Krieges der Grundsatz durchringe, „daß internationale Probleme durch freie Unterhandlung unter gleichen Bedingungen zwischen freien Völkern behandelt werden müssen“, daß sich aus dem Kriege ein internationales System herausbilde, „das den Grundsatz gleicher Rechte für alle zivilisierten

Staaten sicherstellen wird“. Inwiefern an dieser fühlbaren Herabdämpfung des Kriegsziels die tatsächlichen Ergebnisse des Krieges mitgewirkt haben, braucht nicht untersucht zu werden; und ob es Asquith mit seinem Wunsche nach friedlicher Ordnung der Welt Ernst ist, kann nicht erforscht werden. In jedem Falle ist ein Ziel, das die europäische Ordnung auf die Gebote der Zivilisation aufbauen will, aufs innigste zu wünschen, und dem Vorhaben, sie auf militärische Machtmittel zu gründen, bei weitem vorzuziehen. Und wenn gleich mit einem gewissen Erstaunen, so doch auch mit großer Genugtuung vernimmt jeder Deutsche die Erklärung Asquiths, „England und auch Frankreich sind nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland zu erdroffeln oder von der Karte Europas wegzuwischen, nicht, um sein nationales Leben zu zerstören oder zu verstümmeln, und sicherlich nicht, um sich in die freie Ausübung seiner friedlichen Bestrebungen hineinzumischen“. Daß die Gegner zu diesem Zweck nicht in den Krieg eingetreten sind, wird schon richtig sein; der Gedanke, ein Volk von siebzig Millionen aus dem Buche des Lebens zu streichen, sein staatliches Dasein aufheben zu wollen, wäre auch zu vermessen und zu sinnlos, um für ihn die Welt in Brand zu setzen. Aber als die Hoffnung auf Sieg noch nicht eitel war, wird er wohl aus dem Bereich der Träume in das der Absichten getreten sein. Indessen ist es für die Möglichkeiten des Friedens das Wichtigste, daß die Gegner, wenn gleich sie entschlossen sind, zu glauben, daß sie nicht besiegt seien, der Vorstellung, daß sie gesiegt haben oder siegen werden, nicht mehr anhängen, daß sie also ihre Hoffnungen oder Absichten oder Pläne auf eine Zerstückelung Deutschlands oder Oesterreich-Ungarns vollständig aufgegeben haben. Damit ist der Weg zur Feststellung dessen, was den Krieg vom Frieden scheidet, auch schon eröffnet.

Asquith sprach von Rußland kein Wort, obwohl sich nach der Rede des Reichskanzlers das deutsche Kriegsziel im Wesen nach dem Osten richtet und mit aller Offenheit verkündet, daß Rußland auf die von den Zentralmächten besetzten Gebiete endgültig zu verzichten haben werde. Sein Schweigen in diesem Punkte bedeutet, daß England und Frankreich — denn daß Asquith auch im Namen Frankreichs sprach, ist nach der Lage der Dinge ganz selbstverständlich — die in Kriegsziel der Zentralmächte keinen Widerstand entgegenzusetzen gedenken, daß sie nicht beabsichtigen, um Rußlands willen im Kriege länger zu verharren, als es ihr eigenes Interesse ihnen zu gebieten scheint. Von Frankreich sprach der Reichskanzler nicht und spricht Asquith nicht; darin darf man wohl zwei stillschweigende Zugeständnisse erblicken: daß Deutschland dem französischen Nachbar keine Bedingungen stellen will, die auf irgend eine Annexion französischen Gebiets hinauslaufen, und daß Frankreich die Hoffnung fahren läßt, sich aus diesem Kriege die Wiedereroberung von Elsass-Lothringen zu holen. So bleibt als das, worum sich die Frage des Friedens bewegt, in der Hauptsache Belgien übrig; daß das künftige Schicksal Belgiens in dem Kriege zwischen Deutschland und den Westmächten die entscheidende Frage sein wird, ist von uns nie verkannt worden. Hier kommt alles darauf an, welche Bedeutung den Ausführungen des Reichskanzlers über das „neue Belgien“ zukommt, welcher Art jene „realen Garantien“ sein sollen, an die Deutschland denkt. Liegt es außerhalb des Kriegswillens Deutschlands, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Belgiens in Frage zu stellen, so waltet zwischen dem „neuen Belgien“, das nach Bethmanns Verkündung entstehen soll, und dem „alten Belgien“, das England und Frankreich wieder erstehen lassen wollen, doch vielleicht nur ein quantitativer Unterschied ob, der sich, wenn der ernstliche Vorsatz reift, mit dem Kriege zu Ende zu kommen, wohl nicht als unlöslich erweisen wird. Man sieht, wie die Streitpunkte zusammenschumpfen und die Möglichkeit der Einigung aufdammert.

Nach den eiteln Renommierreden, die zur Erbauung des eigenen Publikums gehalten werden und das Ergötzen der Hezpresse bilden, vernehmen wir jetzt eine ernste Rede, die ein bewußter Appell an die Verantwortlichkeit des Gegners sein will. Vor dieser wird sich wohl auch dauernd die Frage nicht behaupten

können, von wem der äußerliche Anstoß zu Verhandlungen ausgehen soll, denn die Behauptung, daß die Befundung des Willens zum Frieden, wie es auch Asquith andeutet, als ein Ausdruck von Schwäche ausgelegt werden könnte, also vermieden werden müsse, erkennt doch schon die ganze Welt als leer und nichtig. Darf die Menschheit hoffen, daß Bethmann Hollwegs Rede und Asquiths Antwort den ersehnten Wendepunkt des Krieges bringen werden? In dem finsternen Gemöhl des Krieges scheint ein Lichtstrahl aufzuleuchten.



## Zur Kriegslage

**Witterung und Kriegslage. Die flandrische Front. Die Lage der Belgier. Die rückwärtigen deutschen Linien in Belgien. Die Stellungskämpfe an der englischen Front. An der Aisnefront, in der Champagne und in den Argonnen. Im Raume Verdun. Die Entwicklung der Operationen. Die Frage nach den Reservern. Französische Offensivpläne am Oberrhein?**

In welchem Maße die allgemeine Kriegslage durch Witterungsunbilden beeinflusst werden kann, haben die letzten Tage erwiesen. War die russische Offensive zwischen Dünaburg und Baranowitsch schon vor geraumer Weile im Morast erstickt, nachdem sie vergeblich große Opfer in den deutschen Drahtverhauen gebracht hatte, so ist jetzt auch die deutsche Offensive im Westen durch das schwere Unwetter beeinträchtigt worden. Starke Nebel und heftige Schneee- und Regenböden haben die Aufklärung durch Flieger verhindert und damit auch der Belagerungs- und Verteidigungsartillerie die Möglichkeit genommen, zielsicher zu wirken. Es wäre aber falsch zu glauben, daß die ganze Gefechts-tätigkeit auf der Westfront stillgelegt worden sei.

An der flandrischen Front wird hauptsächlich im Abschnitt Ypern - Arras gekämpft, während der schmale Gefechtsstreifen der Belgier zwischen Nieuport und Dixmuiden nur geringe Tätigkeit aufweist. Die kleine belgische Armee hält ihre Stellungen fest, ist aber nicht in der Lage, sich in Teilaktionen auszugeben und hat schließlich auch kein Interesse daran, stärkere Kräfte auf sich zu ziehen und dadurch ihre eigene Position zu erschweren. Ist es doch für die Belgier ohnehin schwierig genug, ihren militärischen Platz in einem Kriege zu behaupten, dessen Entwicklung längst über Belgien weggeschritten ist und dessen von der Entente erhoffte Fortführung Belgien in Gefahr bringen könnte, noch einmal die Kriegsurie über sich hinwegschreiten zu sehen. Diesmal nicht im Bewegungskrieg, der zwar schon übergenug Zerstörung mit sich bringt, sondern im Stellungskampf, wo jeder Fußbreit Boden umstritten wird, jedes Dorf und jede Stadt nur noch die Bedeutung von festen Stützpunkten haben und eine taktische Abgrenzung der Schlachtfelder unmöglich wird. Käme die deutsche Front rückwärts in Bewegung, das heißt gelänge es den Alliierten wider Erwarten, einen umfassenden Angriff vorzutragen, so geriete Belgien vollends unter die Kriegswalze, die es von Grund auf vernichten würde. Die Linie Westende - Roulers - Lille, die hinter der jetzigen deutschen Front als gewaltige Ausnahme-stellung ausgebaut ist, böte den Alliierten nach einem erfolgten Durchbruch zuerst Halt, ihre artilleristische Niederklämpfung müßte die genannten Städte in Asche legen, wie Dixmuiden, Ypern, La Bassée, Arras in Trümmer gesunken sind. Dahinter fielen die Linien Ostende - Gent gleichem Schicksal anheim, und nicht minder betroffen würde der Talzug der Sambre bis Namur und die Zentralstellung Antwerpen-Mecheln-Namur, wenn eine solche auf Monate und Jahre zu berechnende Stappenoffensive gelingen könnte. Rechnet man ferner, daß eine solche Offensivbewegung nur dann ins Auge gefaßt werden kann, wenn die Engländer von ihrer Mutterbasis aus gegen die Küste vorgehen und ihr schwersten Schiffsgeschütze in Tätigkeit setzen, so ergibt sich als Resultat die völlige Vernichtung Belgiens, ohne daß das Operationsziel gesichert erschiene. Trotzdem läßt sich der Gedanke nicht abweisen, daß eine englische Offensive eine solche Kombination zur Grundlage haben müßte, denn nur dadurch würde, wie bereits in der Betrachtung vom 9. April ausgeführt wurde, eine Umfassung der deutschen Linie ins Werk gesetzt werden können.

Heute sind englische Offensivbewegungen noch nicht sichtbar geworden. Die Kämpfe zwischen Ypern und La Bassée und zwischen La Bassée und Arras haben noch den Charakter eines Belagerungskrieges, der mit Minen und Sappen geführt wird, hüben und drüben zu Quetschungen der Front führt, aber keine strategische Auswirkung außer gegenseitiger Beschäftigung und Bindung der Kräfte nach sich zieht. Da die Engländer früher sehr dicht und in der Tiefe bis zur Küste des Atlantischen Ozeans gestaffelt standen, konnten sie leicht jene Abschnitte zwischen Arras und Mondivier übernehmen, welche die Franzosen zum Teil entlösen mußten, um die gewaltigen Kämpfe bei Verdun zu speisen. Daß die Deutschen gezwun-

gen worden seien, sich gegenüber den Engländern abzugeben, halte ich nicht für richtig. Es mögen einzelne Verschiebungen stattgefunden haben, doch sind diese eher als Auswechslung denn als Schwächung zu betrachten und wenn die Engländer hinter der flandrischen Front bis Calais und Rouen sehr dicht standen, so haben die Deutschen auf der anderen Seite nicht versäumt, Belgien stark zu belegen, und sich dadurch den nötigen Rückhalt bis zur Scheldelinie zu verschaffen.

An der Aisnefront ist es verhältnismäßig ruhig geworden. Von Royon bis Reims sind die Verhältnisse stabil geblieben, seit zwischen Craonelle und Berry-aux-Bac die vorgeschobene Waldstellung der Franzosen angeschnitten worden ist. Offenbar hat die Heranführung von Reservern hier das Gleichgewicht wieder hergestellt. Auch in der Champagne wird nur in kleinen örtlichen Kämpfen Tätigkeit gezeigt, obwohl nach wie vor der Raum zwischen Vouziers und Châlons als der ideale Abschnitt für eine große Durchbruchschlacht anzusehen ist. Ob es noch einmal dazu kommt, wird die Entwicklung, die sich nicht absehen läßt, zu lehren haben. Die Argonnenfront ist bereits stark und direkt durch die Vorgänge im Raume Verdun beeinflusst und die Kämpfe um den Biesmeabschnitt, die früher einmal als Hauptaktion erschienen, sind jetzt zu Flügelooperationen und zwar zu Deckungsmanövern der Verduner Schlacht geworden. Eine Veränderung hat nicht Platz gegriffen, große Offensivstöße wurden bis jetzt weder von deutscher noch von französischer Seite eingefleht, um zwischen Bienne-le-Château und Vouziers durchzustößen, aber zähes Festhalten ist für beide Teile von äußerster Wichtigkeit.

Im Raume Verdun hat die deutsche Offensive die am 11. April bestimmte Linie noch nicht überschritten. Es bestätigt sich indes, westlich der Maas die Höhe 304 jetzt an der Peripherie zu suchen ist und daß die Franzosen sich hier und an der Südkuppe des Toten Mannes nun an den exzentrischen Punkten ihrer Kampffront befinden. Westlich der Maas haben sich die Deutschen noch um ein Geringes gegen Bras vorgearbeitet, indem sie am Südwesthang des Hafferrückens Fuß faßten, während sie im Gailletwald standhielten. Die Kampflinie läuft also hier immer noch durch den Gailletwald, der den Deutschen nicht von den Franzosen überlassen werden darf, da der deutsche Keil sonst noch tiefer in die französische Hauptstellung der Nordostfront eindringt und durch innere Umfassung flankierend wirken könnte. Die Verteidigung wird ebenso methodisch geleitet wie der Angriff.

Eine Befristung der Kämpfe vor Verdun läßt sich nicht geben. Die Operationen sind abhängig nicht nur von der Kampfkraft der beiden Gegner, sondern auch von Faktoren, die sich der Berechnung entziehen. Haben die Franzosen die Absicht, Verdun um jeden Preis zu halten, so müssen sie anders rechnen und operieren, als wenn sie nur darauf ausgehen, die Position bis zu einem gewissen Zeitpunkt zu behaupten und zwar etwa bis zum Zeitpunkte, in welchem die Generaloffensive der Alliierten einsetzt. Gefährlich ist es, anzunehmen, die Deutschen seien ihrerseits in höherem oder auch nur in hohem Maße an gewisse Fristen gebunden und hätten zum Beispiel ihre Ostfront oder ihre flandrische Front stark entlehrt, um ihre Offensive im Raume Verdun einzuleiten. Selbst wenn das der Fall wäre, hätten sie jetzt schon Zeit genug gehabt, entlehnte Abschnitte wieder auszufüllen, denn an Reservern fehlt es ihnen in keinem Fall.

Der „Temps“ hat in seinem militärischen Bericht vom 11. April auf die Feststellung, daß die deutsche Offensive bei Verdun die Vorbereitungen zur Generaloffensive der Alliierten gestört und die Russen wie die Italiener gezwungen habe, vorzeitig unglückliche Entlastungs-offensiven einzuleiten, daß ferner die Franzosen keine verfügbaren Reservern mehr besäßen und die Engländer genötigt worden wären, ihre Front bis zur Somme auszudehnen, folgendes geantwortet: „Wir hatten den englischen Truppen schon einen Teil unserer Linie eingeräumt, als die deutsche Offensive begann; wir hatten starke verfügbare Reservern und haben deren noch (il nous en reste encore).“ Wie man sieht, wird der Zwang zur Entlastungs-offensive seitens der Russen und Italiener — also im Grunde eine strategische Defensivoperation, zu der man vom Gegner gezwungen wird — nicht bestritten, die Tatsache, daß

die Engländer sich bis zur Somme ausbreiten mußten, nur zum Teil auf frühere Dispositionen zurückgeführt und die Frage nach den Reservern nur mit Einschränkung beantwortet.

Man kann auch heute noch nicht sagen, in welchem Umfang die Schlacht von Verdun Entwicklung und Ausgang des Krieges bestimmen hilft, weiß noch weniger, wie die Operation als solche endet, kann aber ermessen, daß sie in einem von den Alliierten unvorhergesehenen Zeitpunkt und mit einer von ihnen nie vermuteten Kraft geführt worden ist und dadurch bestimmend wirkt.

Daß die französische Heeresleitung gezwungen wurde, alle verfügbaren Reservern in den bedrohten Raum zu werfen, geht aus dem Gange der Operationen hervor. Von Souchez und Arras, aus dem Raume südlich der Somme und dem besetzten Lager von Paris, aus dem Lager von Châlons und selbst von Belfort und Toul her wurden Truppen im Raume Verdun angeammelt. Sogar aus der wichtigen Ausfallsstellung von Nancy ist eine Division abgerufen worden, um direkt als Unterstützung einzugreifen, so daß es nicht mehr möglich war, von der Linie Nancy-Toul aus rechts der Maas flankierend vorzustoßen. Dadurch werden wir auf die Ermägung zurückgeführt, daß die französische Ausfallsstellung Verdun-Toul durch die deutsche Offensive in eine Defensivstellung umgebogen worden ist.

Das ist auch von Bedeutung für den Fall einer englisch-französischen Generaloffensive, wenn es den Franzosen nicht gelingt, die Lage im Raume Verdun wiederherzustellen oder relativ sicherzustellen, denn man darf nicht vergessen, daß eine Offensive zwischen Metz und Straßburg einmal im französischen Feldzugsplan figuriert hat und daß ein Generalfeldmarschall Joffres eine Neuaufnahme der Angriffsbewegung gegen den Rhein in Aussicht stellte. In der Tat wäre eine Offensive zwischen Verdun und Belfort, sei es mit eigenen Zielen, sei es als sekundäre Operation zur indirekten Förderung der von den Engländern einleitenden Hauptoffensive wohl denkbar gewesen. Starke französische Kräfte waren in den Räumen Toul und Belfort versammelt und die Möglichkeit gegeben, hier rascher auf feindliches Gebiet zu gelangen, als dies an der flandrischen Front geschehen könnte. Auch befinden sich die Franzosen auf der Linie Dammerkirch-Burnhaupt-Thann - Hartmannsweilerkopf - Schluchtpaß - St. Die - Nancy - Pont-a-Mousson in günstigen Ausfallsstellungen und verhältnismäßig schwachen deutschen Kräften gegenüber. Diese hatte man in heftigen, durch Teilerfolge gekennzeichneten Kämpfen, besonders am Hartmannsweilerkopf und im hintern Münstertal, erkundet. Auch ist durch strategische Bahnen und Straßen in der Belfortersenkung und in den Vogesen sehr viel getan worden, um im gegebenen Augenblick handeln zu können. Die Frage, ob auch diese Pläne zu Nichte geworden sind oder ob sie doch noch Gestalt gewinnen, wird vielleicht bei Verdun beantwortet.

Zum Schluß sei noch die neue Regsamkeit an der Südrussischen Front angemerkt, wo sich russische Angriffe an der Strypa und am Dnjestr abzeichnen. Auch die italienische Initiative hält an und macht sich besonders im Gebiete des Gardasees geltend, wo offenbar der umfassende Angriff auf Rivobello, das Ledro-Tal hinaus vorgetragen werden soll. Ob die Verschiebungen nach Vailona und die angeblich in Athen eingeleiteten Sondierungen für freien Durchmarsch durch Nord-Epirus zur kombinierten Offensive mit Saloniki mehr Geste als Aktion sind, bleibt abzuwarten. H. St.

**Das unversöhnliche Frankreich.**

„Die Schlacht bei Verdun kann sich noch wer weiß wie lange hinziehen: ihr Ergebnis ist heute bereits unerschütterlich gewiß: eine Niederlage Deutschlands.“ So orakelte Ende März der Hausstrategie des Regierungsblattes „Temps“. Alle deutschen Angriffe sind bereits in der ersten französischen Verteidigungslinie zurückgeschlagen. Deutschland kann nicht neue Munitionsmassen und neue Bataillone für seinen Ansturm einsetzen. Deutschland verblutet sich, während Frankreich im Einverständnis mit England den besten Augenblick für die Ententeoffensive gegen die furchtbar geschwächten deutschen Reihen abwartet. Wann wird diese Riesen-Offensive einsetzen? Das Hauptorgan der französischen Gewalthaber meinte, daß England „jezt“, d. h. am 24. März, zu dem großen Stoß bereit sei und daß die Engländer nur wünschten, jezt genau so viel zu leisten wie die Franzosen und Russen. Das alles ist drei Wochen her; man gab sich noch überschwänglichen Hoffnungen bezüglich des großen rettenden britischen Eingreifens, des russischen Generalangriffs und der italienischen Hilfe hin. Heute muß derselbe „Temps“ seine englischen Herren und Meister gegen den Groll der Franzosen in Schutz nehmen, die bisher nichts von einem opferfreudigen Einsetzen englischer Kräfte für den wankenden Freund entdecken können. Heute ist es mit der russischen Offensive aus, von deren rascher Ausdehnung man im Elysée damals noch Wunder erwartete; die sechs bis acht Armeekorps der „lateinischen Schwester“ verrichten ihre Heldentaten vor der Hand noch jenseits der Berge. Die Deutschen aber „verbluten“ sich immer weiter vor Verdun, nehmen eine französische Stellung nach der anderen, und dies programmwidrige Verhalten der greulichen „Boches“ zwingt die unglücklichen offiziellen Strategen der poincaristischen Schreibstuben, täglich neue Schlagworte in Schweiß ihres Angesichts zurecht zu machen, um das übermenschlich Geniale der französischen Heerführung und das abgrundtief Dumme der deutschen Armeeführung den beschränkten Untertanen Poincarés klar zu beweisen. Nichts gelernt und nichts vergessen. So war es 1870/71 und so war es im vergangenen Jahre beim deutschen Siegeszug durch Polen, Litauen, Kurland. Heute wie damals siegt sich nach französischer Meinung Deutschland Schritt für Schritt in sein Verderben hinein und dient wider Willen nur den weitschauenden Plänen seiner Gegner, die in kluger Berechnung einen Platz nach dem anderen räumen, um Deutschland an der Stelle zu zerschmettern, wo sie diese Zerschmetterung eben weise vorbereitet haben.

Dieses Verhalten der französischen Zeitungen und Politiker gegenüber den Ereignissen von Verdun ist bezeichnend für das Verhalten Frankreichs zum Kriege überhaupt. Seit 1911 haben die auf den Zusammenstoß hin arbeitenden Par-

ten das Wort mit einer Gutmüthigkeit - Literatur über  
 schenkt, in der die mittelmäßige Zerstörung Deutschlands  
 als ein Kinderspiel hingestellt und die märchenhafte  
 Siegesbeute als ein leeres Schmaus für alle Welt ange-  
 priesen wurde. Damit sollte der Zustand der breiten  
 Volksmassen gegen den Krieg überwunden und die alten He-  
 rankeidenshaften und Hoffnungen zum Renouveau ge-  
 bracht werden. In dem viel gelehrten Buch „L'Europe  
 „Bataille du Champ des Bouleaux“ hieß es zum Beispiel:  
 „Bataille du Champ des Bouleaux“ hieß es zum Beispiel:  
 werden die deutschen Kriegertage im kommenden Jahre  
 selbst die meisten noch in Erfahrung bringen, die genau  
 doch Günstigen- und Ungünstigen- und die oberen Schre-  
 stellen vorüber und daß das vermeintliche und in seiner  
 einen Zusammenhang und die deutsche Divisionen seine  
 weitere Ausdehnung und die Art und Weise der  
 gellen habe. Niemand habe in Frankreich voransetzen  
 gewagt, was nun wirklich eingetreten sei: die Sieger  
 von Sedan hätten in wenigen Stunden ein neues Szenario  
 erleben und es, daß die Eroberung der glorreichen Mittel-  
 und der letzten Entschleunigung des schmerzlichen

in der letzten Zeit in Belgrad und  
einem großen Konzert in Prag und fand wie immer  
jubelnden Beifall.

**Konzertnachrichten.** Heute abend, 1/8 Uhr,  
findet im großen Konzerthausaal der Nieder- und  
Urienabend des Kammerjägers Leo Szalay unter  
Mitwirkung des Cellisten Juro Talcic statt.  
Sämtliche Plätze vergriffen.

Heute abend, 1/8 Uhr, hält Leopold Mandl,  
Präsident der Union der ansässigen Presse, im  
mittleren Konzerthausaal seinen Vortrag zugunsten  
des Oesterreichischen Komitees für den türkischen  
Noten Halbmond: „Die Zukunft der Türkei und die  
Zentralmächte.“ Karten in Gutmanns Hof-  
musikalienhandlung und an der Abendkasse.

Wie bereits mitgeteilt, findet das Orgelkonzert  
von Professor Karl Straube (Bachfeier der  
I. k. Gesellschaft der Musikfreunde) am Samstag,  
den 6. Mai, um 1/8 Uhr abends im großen Musik-  
vereinsaal statt. Das Vorbezugsrecht kann von den  
Mitgliedern der Gesellschaft vom 14. bis 16. d. an  
der Konzertkasse der I. k. Gesellschaft der Musik-  
freunde ausgeübt werden, an welcher Kasse (1. Bezirk,  
Karlsplatz Nr. 6) die noch in Händen befindlichen  
Karten des abgesetzten Konzertes vom 19. März  
umzutauschen oder rückzulösen sind, nachdem diese  
Karten für den 6. Mai keine Gültigkeit haben.

Heute Freitag um 1/8 Uhr findet im Kammer-  
musiksaal der I. k. Gesellschaft der Musikfreunde das  
vom Konzertmeister Karl Berla veranstaltete  
Kammerkonzert statt. Karten an der Konzertkasse,  
1. Bezirk, Karlsplatz Nr. 6, und an der Abendkasse.

## Gerichtssaal.

### Der Hochverratsprozess in Banjaluka. Der Staatsanwalt über die großserbische Propaganda.

Der seit mehreren Monaten in Banjaluka  
zur Verhandlung stehende Prozess gegen 156 An-  
geklagte, welche des Hochverrats und der  
Ausführung zugunsten Serbiens an-  
geklagt sind, dürfte am 18. d. zu Ende geführt  
werden. Unter den Angeklagten befinden sich  
Abdolaten, Ärzte, Geistliche, auch Mitglieder des  
bosnischen Landtages und Vertreter fast aller  
Gesellschaftsschichten.

Aus der Anklageerzählung des Staatsanwaltes  
Dr. König, welche mehrere Tage in Anspruch  
nahm, ist unter anderem die Konstatierung zu ent-  
nehmen, daß die meisten Angeklagten dem Vereine  
„Narodna Obrana“ angehörten, dessen Gefährlichkeit  
namentlich für Bosnien und die Herzegowina aus  
den bei dem Major Todorovic vorgefundenen  
Akten beweiskräftig ersichtlich ist. In dieser Hinsicht  
ist besonders hervorzuheben: die Gesamttätigkeit  
des genannten Vereines und dessen Einfluß auf die  
in Bosnien und der Herzegowina bestehenden  
serbischen Vereine und sonstigen Korporationen. Die  
serbischen nationalen Organisationen standen unter  
dem Einflusse jener Personen in Belgrad, die der  
Narodna Obrana die Richtung gaben. Sogar die  
Wahlen zum Landtage standen unter ihrem  
Einflusse, das heißt, diejenigen, welche das Ver-  
trauen der Narodna Obrana genossen, gelangten  
in den Besitz der Mandate, und in erster Reihe jene,  
die in der Organisation die Hauptrolle spielten  
und deren demagogische Tätigkeit das größte  
Unglück für dieses Land bildete. Die Mehrheit der  
politischen Führer des serbischen Volkes mußte um  
den Bestand und den Umfang der Narodna Obrana  
im Bande, wobei besonders zu betonen ist, daß es  
uns nur gelang, einen Teil der Organisation zu  
entdecken, daß aber die prononziertesten Persönlich-  
keiten und Führer unmittelbar in Belgrad engagiert  
waren, so zum Beispiel die Führer Abg. Orgaic  
und Stuhibratic.

Die gesamte südslawische und nationalistische  
Bewegung stand unter der Leitung der Narodna  
Obrana, deren vereidigte Mitglieder die Aufgabe  
übernahmen, Teilnehmer insbesondere unter  
der Schuljugend zu werben, was leider mit  
großem Erfolg geschah. Diese Tatsache ist auch durch  
die Studentenprozesse in Travnik und  
Bihac erwiesen.

Der ekklatanteste Erfolg der Tätigkeit der  
Narodna Obrana trat beim Ausbruch dieses Krieges  
in die Erscheinung, als es zur Abrechnung zwischen  
Serbien und Oesterreich-Ungarn kam, wobei zugleich  
das Zeichen zum Aufstand zum Zwecke der Befreiung  
aller Serben gegeben war. In dem Prozessverfahren  
„Jaglicic“ sahen wir das Programm und die Unter-  
weisung zur praktischen Ausführung. Überall, wo es  
dem Feind gelang, in unser Gebiet einzudringen,  
fand man die unverhüllte Tätigkeit und die Aus-  
führung des Programms der Narodna Obrana.

Staatsanwalt Dr. König führte dann aus, wie  
die Angeklagten bemüht waren, ihre Zugehörigkeit  
zu dem mehrmals genannten politischen Verein in  
Abrede zu stellen. So erzählte der gewesene Land-  
tagsabgeordnete Ingenieur Dr. Jovo Simic, er

## Der Reichskanzler und der englische Premier.

Von besonderer Seite.

Wir haben zwei Reden vor uns liegen, die des deutschen Reichskanzlers und die des englischen Premierministers. Der Reichskanzler hat vor dem Reichstag die Friedensbedingungen Deutschlands genannt, und der erste Minister Englands hat auf einem Festmahl, das in London zu Ehren einer Abordnung der französischen Parlamentarier veranstaltet wurde, dem Kanzler geantwortet. Er hat dies unter den gewohnten heftigen Angriffen auf die Person des Kanzlers und auf den preussischen Militarismus getan, gegen den er förmlicherweise Deutschland aufwiegen zu können hofft, und hat seine Rede geschlossen mit einem „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene“. „Große Sache, würdige Mittel, reine Hände, reines Gewissen“, alles dies ist auf Seiten des Mr. Asquith und Englands und der Entente! — Gott segne sie!

In der Erwiderung Asquiths an den Reichskanzler hat aber etwas sehr Wichtiges gefehlt; sie hat einen Teil dessen, was Herr v. Bethmann Hollweg gesagt hat, nicht berührt, und keine Antwort ist bekanntlich auch eine Antwort. Sie hat auf die Forderungen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands an Rußland nicht reagiert, obwohl sie in den Ausführungen des Kanzlers mit großer Genauigkeit und Nachdrücklichkeit aufgestellt wurden und obwohl sie eigentlich im Mittelpunkt seiner Rede standen. Polen, Litauen, Baltien, Letten werden wir, so erklärte der Kanzler, freiwillig niemals wieder der Herrschaft des reaktionären Rußland ausliefern. Das war deutlich gesprochen, und Herr v. Bethmann hat das Thema auch noch weiter ausgeführt. Herr Asquith aber hat es nicht einmal gestreift. Er sagte allerdings, daß die Alliierten durch einen feierlichen Vertrag gebunden sind, keinen Sonderfrieden zu suchen oder anzunehmen, das heißt also, daß England und Frankreich ohne Rußlands Einwilligung keinen Frieden schließen werden. Vielleicht aber hat er Grund, die Einwilligung Rußlands zu einem Frieden ohne die an uns verlorenen Provinzen für möglich oder gar für wahrscheinlich zu halten; vielleicht weiß er, daß Rußland des Kampfes zu müde ist, um den aussichtslosen Versuch einer Wiedereroberung der von uns besetzten Länder zu unternehmen. Wäre dies jedoch nicht der Fall, wüßte Herr Asquith es nicht und hätte er von einer Pflicht, Rußland zu seinen früheren Grenzen zu verhelfen, nur darum nichts erwähnt, weil das englische und das französische Volk nicht auch weiterhin noch ungeheure Opfer bringen wollen, um die Polen, die Baltien, die Letten und die Litauer wieder in den russischen Kerker zu führen, so wäre auch dies eine Tatsache von großer Bedeutung. Man stünde dann vor einer engeren oder vielmehr engeren Gruppe innerhalb der Entente: England und Frankreich, die ihre Interessen von denen der andern absondern.

Asquith mag sich bei Tisch darüber lustig machen, daß die Zentralmächte als Befreier auftreten; die von Rußland losgelösten Völker sind anderer, ganz entgegengesetzter Ansicht, und vermutlich beginnt man dies auch in England, wo die Russenschwärmerei nicht gediehen ist, endlich zu ahnen. Indes ist es den Engländern und auch den Franzosen trotz aller schönen Redensarten vollständig gleichgültig, ob die Bewohner des Gebietes zwischen der Ostsee und den waldhynischen Sümpfen mit ihrem Schicksal zufrieden sind oder nicht. England und Franzosen kümmern nur das eine, ob Rußland noch stark genug ist, so zu kämpfen, daß die verzweifelte Lage an der Westfront

gutgemacht werden kann. Wenn Rußland dies nicht vermag, dann haben für Frankreich und England seine etwaigen Wünsche wenig Gewicht, und nur seine Finanzlage, die seine beiden westlichen Gläubiger bitter mitleiden, kommt traurig in Betracht. Unter solchen Umständen heißt es sich mit dem begnügen, was erreichbar ist, das Erscheinen der Deutschen vor Paris verhindern und, was besonders England sehr am Herzen liegt, die drohende Begründung japanischer Herrschaft auf den Trümmern des zusammenbrechenden China vereiteln. Dort im fernen Osten haben England und Japan, haben aber auch England und Rußland ihre besondere Rechnung, und über chinesische Dinge dürfte zwischen London und Petersburg jetzt manches gesprochen werden, was auf die Entschlüsse über europäische Dinge zurückwirkt.

Belgien steht für die Westmächte im Vordergrund. Ueber Belgien hat sich der deutsche Reichskanzler in seiner Rede vom 5. April folgendermaßen geäußert: „Wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht ein französisch-englischer Vasallenstaat und militärisch und wirtschaftlich zum Vorwerk gegen Deutschland ausgebaut wird. . . Deutschland kann zum Beispiel den lange niedergedrückten flämischen Volksstamm nicht wieder der Verwelschung preisgeben, sondern es wird ihm eine gesunde, seinen reichen Anlagen entsprechende Entwicklung seiner niederländischen Sprache und Eigenart sichern. Wir wollen Nachbarn haben, die sich nicht aufs neue gegen uns zusammenschließen, um uns zu erdroffeln, sondern mit denen wir und die mit uns arbeiten zu gegenseitigem Nutzen.“ Darauf entgegnet Asquith: „Was soll wohl das flämische Volk von der Aussicht denken, nachbarlich mit den Deutschen zusammen zu arbeiten, die ihre Kirchen verbrannten, ihre Städte plünderten, ihre Felder verwüsteten und ihre Freiheiten niedertraten? Meine Antwort an den Kanzler ist sehr einfach. Die Verbündeten wünschen und sind entschlossen, das alte Belgien wieder erstehen zu sehen. Es darf nicht dauernd unter dem leichtfertigen Angriff auf seine Freiheit leiden. Was niedergedrückt worden ist, muß wieder hergestellt und aufgebaut werden.“ Ausgezeichnet! Aber man weiß, daß in Wahrheit nicht England für Belgien, sondern Belgien für England gekämpft hat und daß England der große Schuldtragende an dem Mißgeschick dieses Landes ist. Am 4. August 1914 telegraphierte bekanntlich Grey nach Brüssel, wo schon Jahre vorher die englischen Vertreter Besprechungen mit den Militärbehörden gehabt hatten, man möge alle zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um Deutschland Widerstand zu leisten; England, Frankreich und Rußland würden ihm gemeinsam helfen! Wenn England jetzt die Wiederherstellung des alten Belgien verlangt, so will es den alten und, wie es hofft, künftig erfolgreicheren Kämpfer, der ihm sein Gebiet zur Verfügung stellt, wieder aufrichten. Das wird und kann Deutschland nicht zulassen, und hier liegt also der Kern des Streites zwischen Deutschland und England, zwischen der in Europa siegreichen Macht und der Macht, die mit dem Besitz der deutschen westafrikanischen Kolonien ein Pfand in der Hand hat, von dem sie sich viel zu viel verspricht.

Der deutsche Reichskanzler hat konkret und tatsächlich, und hat mit Selbstgefühl und ohne Ueberhebung gesprochen. Er hat so gesprochen, daß man eine Antwort auf seine Rede erwarten durfte, und die Antwort ist gekommen, wenigstens umhüllt von einer Wolke der unvermeidlichen Phrasen. Unter

diesen Phrasen haben wir die elsaß-lothringische, was sehr bezeichnend ist, nicht mehr gefunden. Was Italien betrifft, so scheint der stärkste Eindruck, den Asquith auf seiner Reise dorthin empfangen hat, der Eindruck der Uneinnehmbarkeit unserer Verteidigungsstellungen an der Grenze gewesen zu sein, und da Italien nichts anderes leisten kann, als gegen uneinnehmbare Stellungen erfolglos anstürmen, so braucht es von Asquith allerdings nicht erwähnt zu werden. England hat es zwar in den Krieg gejagt, aber es fällt ihm nicht ein, sich für die Eroberung von Trient, Triest, Istrien und Dalmatien zu verbluten. Wenn es durchaus noch etwas für die Menschheit tun soll, so wird es sich, wie Asquith versichert, als „Schützer unabhängiger Staaten und der freien Entwicklung schwächerer Länder“ betätigen, womit der englische Premierminister den Serben, die nach Saloniki geschleppt werden, um dort zu kämpfen, einigen Trost spenden will. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, daß es ein schweres Unglück für ein Land ist, von England beschützt zu werden. Ein schwacher Staat beschützt sich selbst am besten, wenn er Ruhe hält. Ein Staat, der nach dem Gut des Nachbarn seine Hand ausstreckt und Mörder ausschickt, beschützt sich schlecht. Serbien, das im Kriege wehrlose Gefangene zu Tode martert, hat im Frieden unsere Monarchie zu Tode martern wollen, und es hat sich zwar Englands Günst erworben, aber geholfen hat ihm England nicht. Die serbische „Militärkaste“ — die schwarze Hand — hätte von Asquith und Grey nie ermutigt werden sollen — das wäre für England nützlicher gewesen als der Kampf gegen die angebliche preussische Militärkaste, ein Kampf, in dem, wie die letzte Rede kaum noch zu verbergen vermag, England an einen Stärkeren gekommen ist.



durch  
unter  
gebiete,  
Hennig.  
Hennig.

Anzeigenpreise: Grundpreis der 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 60 Pf. (Stellengesuche 30 Pf.), im Abendblatt sowie in der Montagausgabe 75 Pf. Reklamen: Die 3 gespal. Zeile in Morgenausgabe 2,50 M., Abendausgabe u. Montagausgabe 3 M. Verlag der Täglichen Rundschau G. m. b. H. in Berlin S W. 68.

36. Jahrgang

## Verpflichtungsbeschlüssen. reichische Front.

### Das größere Belgien.

Von Dr. P. Ditt.

Mitglied des bayerischen Landtags, Hauptmann d. Landw. (Belgien).

2.

Die Politik von Le Havre stellt sich letzten Endes dar als eine Fortsetzung des Kurses, den die belgische Regierung schon 1906, in den Verabredungen mit England, eingeschlagen hatte. Viele belgische Staatsmänner, Gelehrte, Parlamentarier haben die Neutralität schon immer als eine Fessel angesehen, welche das Land in unwürdiger Weise in seiner äußeren politischen Bewegungsfreiheit hindere. In Wort und Schrift gaben sie dieser Meinung Ausdruck, die insbesondere auch von maßgebenden militärischen Führern geteilt wurde. Wenn die belgisch-französische Presse im Auslande nunmehr von einer „unsinnigen Neutralität“ spricht, so kann sie sich z. B. auf den bekannten Brüsseler Völkerrechtslehrer Ernest Rijs berufen, der 1901 die Neutralität als eine Brutalisierung seines Landes durch Europa bezeichnete. Mit ihm stimmte der Festungsbauer General Brialmont überein, der für die vollkommene Handlungsfreiheit Belgiens im Falle eines drohenden europäischen Krieges eintrat, ohne Rücksicht auf die Neutralität die Partei des einen oder des anderen der Streitenden zu nehmen. Die belgisch-englischen Vereinbarungen von 1906 sind schließlich nichts anderes gewesen als eine Umsetzung dieser gefährlichen Auffassungen in praktische Politik.

Auf der gleichen Linie bewegte sich die ungemein rege Werbetätigkeit, die in Belgien seit 1900 für eine Verstärkung und Umgestaltung der Wehrmacht, unter lebhafter Teilnahme von hohen und niederen Militärs und mit Unterstützung der französischen und englischen Presse entfaltet wurde, bis 1913 die Annahme einer letzten großen Wehrevorlage erfolgte. Auch die wirtschaftlichen und kolonialen Ausdehnungsbestrebungen gehören in diesen Zusammenhang, die im letzten Jahrzehnt einen, man möchte fast sagen imperialistischen Zug im Sinne einer belgischen Weltpolitik angenommen hatten; ebenso jene Pläne, die darauf hinausliefen, Holland mit Belgien in ein engeres militärisches und wirtschaftliches Bündnis zu bringen und so mittelbar an den Wagen der Entente zu spannen.

So begann noch während der letzten Jahre der Regierung Leopolds II. in den Köpfen belgischer Politiker das Ideal eines größeren Belgiens aufzutreten. Schriftsteller und Historiker wallonischer Herkunft und rein französischer Einstellung haben sich viele Mühe gegeben, diesem zunächst etwas vagen politischen Zukunftsprogramm einen geschichtlichen und ökonomischen Unterbau zu geben. So war es vor allem Dumont-Wilden, der in französischen Zeitschriften für ein Belgien, das Weltpolitik im Anschluß an Frankreich treiben sollte, eintrat. Schon in einem Aufsatz der „Revue de Belgique“ von 1912 ging er so weit, für Belgien und Frankreich die Rheinlinie und das Gebiet nördlich der Mosel wenigstens in der Theorie in Anspruch zu nehmen. Mit ihm stand an der Spitze der Bewegung für die „Expansion Belge“ der Brüsseler Senator und Advokat Léon Hennebicq, der besonders die finanzielle und handelspolitische Seite des Programms betonte und zunächst einen Zusammenschluß mit Luxemburg wünschte.

Während des Krieges ist nun die Lösung für Groß-Belgien erst recht ausgegeben worden. Der Kreis derjenigen, die sich dafür einsetzen, hat sich erweitert und hat im Schoße der belgischen Regierung selbst seine Vertreter gefunden. Es wurde insbesondere immer deutlicher, daß der Ministerpräsident de Broqueville sich als den starken Mann fühlte, solche Pläne zu verwirklichen. Wenn er in Friedenszeiten schwieg, so erachtet er offenbar jetzt den Zeitpunkt für gekommen, das größere Belgien in die Weltgeschichte und in den Kreis der europäischen Mächte einzuführen, wenn auch vorerst nur in schön ausgedachten Plänen. Ein lauter Pressechor begleitet sein Beginnen. Hören wir zunächst einige Stimmen, die besonders stark herausklingen:

Roland de Mares, der in Friedenszeiten von Brüssel aus große französische Zeitungen bediente, schreibt aus Paris der „Indépendance belge“ (6. Mai 1915): „Das kleine Belgien ist gestorben in den Gausgräben von Lüttich, in den Ruinen von Löwen und Termonde, auf den Feldern, die die Wasser der Yser bedecken, und das große Belgien erhebt sich ruhmreich in der Geschichte. Der Krieg be-

## Das größere Belgien.

Von Dr. P. Durr,

Mitglied des bayerischen Landtags, Hauptmann d. Landw. (Belgien).

## 3. (Schluß.)

Bemerkenswert ist an diesen Aufstellungen, daß sie sich auch nicht davor scheuen, holländisches Gebiet anzutasten. Im Katechismus steht folgende, sehr verhängliche Frage: „Welche Gebiete mußten wir 1839 abtreten? — Die Hälfte von Limburg und die Hälfte von Luxemburg, mit mehr als 400 000 Belgiern (1), die 1830 mit uns gekämpft hatten und von jeher unsere Stammesgenossen und Landsleute gewesen waren.“

Daß derartige Deutlichkeiten in Holland unliebsames Aufsehen erregen, ist klar. Die in Holland lebenden Belgier fühlen sich durch dieselben betriebene Agitation bloßgestellt und nehmen gelegentlich in holländischen Zeitungen dagegen Stellung. Es sei nur eine kleine Gruppe von verantwortlichen Zeitungsschreibern, so sagen sie, die derartige Pläne mache. Wenn sie auch ihre Betriebsamkeit in Le Havre, in der unmittelbaren Nähe der belgischen Regierung entfalten, um sich damit den Schein von höherer Bedeutung zu geben, so stehe doch fest, daß in verantwortlichen Kreisen der Regierung derartige Gedanken keinen Boden hätten.

Schon aus unseren einleitenden Ausführungen geht einwandfrei hervor, daß diese begreiflichen Abschwächungsversuche nur Ausflüchte sind, die mit mehr oder weniger gutem Glauben versucht werden.

Wie um alle Zweifel zu beheben, hat der Ministerpräsident Baron de Broqueville selbst ein Vorwort zu dem Buche von Desombiaux geschrieben. Es hätte übrigens dieser Bemühung nicht bedurft, um zu zeigen, daß de Broqueville ein eifriger Vorkämpfer des großbelgischen Gedankens ist. Der „XXe Siècle“ ist ja sein Leiborgan. Und der frühere Brüsseler Journalist Jean Bary, der Obmann des belgischen liberalen Journalistenverbandes, der 14 Monate in Le Havre alles miterleben konnte und jetzt von Genf aus heftige Opposition gegen den Ministerpräsidenten macht, versah kürzlich die Öffentlichkeit mit unwiderleglichen Beweisen dafür, daß Minister de Broqueville in der Tat diese Rolle übernommen hat.

Durch den Leiter seines Blattes, Neuray, versucht er, der gesamten belgischen Flüchtlingspresse im Auslande den Annexions-Gedanken und die Aufgabe der belgischen Neutralität zum Zwecke enger Verbindung mit dem Biederband aufzudrängen. Neuray unterhält sowohl in Le Havre als auch in Holland ein eigenes Pressebüro, und Herr de Broqueville hat dafür gesorgt, daß Zeitungen, die nicht auf seine Wünsche eingehen, mindestens für das belgische Heer verboten und auch sonst von der Zensur entsprechend behandelt werden.

Daß übrigens dem Ministerpräsidenten schon früher „imperialistische“ Gedankengänge im Blute staken, beweist ein vertraulicher Brief, den er unmittelbar nach dem Kriegsausbruch zwischen Deutschland und Belgien im August 1914 schrieb und worin er der Meinung Ausdruck gab, daß Belgien größer aus dem Kampfe hervorgehen werde. Ob der leitende Brüsseler Staatsmann damals schon eine so kräftige Rückenstärkung von Paris und London her empfangen hatte, daß er solche Hoffnungen hegen durfte?

Ein sehr tätiger Helfer ist ihm sein Kollege von der Justiz, Carton de Wiart. Dieser Mann, der als Privatsekretär Leopolds II. lange Zeit Gelegenheit hatte, einem der schlauesten politischen Geschäftsmänner in die Karten zu sehen, hat nebenbei eine starke schriftstellerische Ader, die aber ausschließlich aus französischem Geiste gespeist wird. Durch die lange Reihe seiner Aufsätze, Schriften und Reden geht überall der Gedanke an ein von französischer Kultur getragenes und Politik im großen Stile machendes Belgien. In diesem Gedanken hat er wie in einem Brennpunkt alle die Bestrebungen gesammelt, die von den Historikern der „belgischen Volksseele“ und den Handelspolitikern der „Expansion Belge“ ausgingen und die schon lange vor dem Kriege in der Neutralität nur ein Hemmnis, eine lästige Fessel, für die weltpolitische Betätigung Belgiens sahen. Es war da-

## Die Zukunft der Türkei und die Centralmächte.

### Die Leistungen der Türkei in diesem Kriege.

Im mittleren Konzerthausaal hielt gestern abend zugunsten des Roten Halbmondes der als gründlicher Kenner der politischen Verhältnisse des Balkans bekannte Schriftsteller Leopold Mandl einen Vortrag über „Die Zukunft der Türkei und die Centralmächte“. Ein sehr zahlreiches Publikum folgte den wirksam vorgetragenen Ausführungen des Redners mit gespanntem Interesse.

Der Vortragende erinnerte zunächst in scharf-umrissenen Worten an die Ereignisse, die den An- schluß der Türkei an die Centralmächte in diesem Krieg herbeiführten. Wollte die Türkei politisch, finanziell und wirtschaftlich wieder erstarren, so mußte sie in erster Reihe unbeschränkter Souverän im eigenen Lande sein und eine Lage schaffen, die sie auch nach dem Kriege widerstandsfähig gegen ihre größten Be- dränger, England und Rußland, machte. Die günstige Wendung, die der Weltkrieg dann für die Central- mächte nahm, ist nicht zuletzt auch dem Eintritt der Türkei in die gemeinsame Aktion zu danken. Denn die Folgen ihrer Stellungnahme sind gar nicht zu ver- kennen: Der russische Außenhandel, der seit Kriegs- beginn ganz auf den Abfluß durch den Bosphorus und die Dardanellen angewiesen war, war nun gänzlich unterbunden und damit die Zahlungsfähigkeit Ruß- lands im Ausland gedrosselt, im Inlande deroutiert. Die Zufuhr von Kriegsmaterial aus Amerika und Westeuropa nach Rußland konnte nur mehr über Ostasien erfolgen. Und jetzt war auch die Stellung des Kabinetts Radyslawow in Bulgarien gesolligt und der spätere Eintritt Bulgariens in die militärische Aktion möglich ge- worden, die im vergangenen Winter die erste Ent- scheidung des Weltkrieges auf dem Kriegsschauplatz der Balkanhalbinsel herbeiführte. Außerdem ver- hinderte die Sperrung der Meerengen den Abfluß des rumänischen Getreideüberschusses und hielt Rumänien von den Schritten zurück, wenn ein Teil der dortigen Staatsmänner sie wünschte, weil sie noch immer nicht zur Erkenntnis seiner durch die russisch-englische Weltoberungspolitik bedrohten Existenz gelangt waren. Endlich band die Türkei mehr als eine Million Soldaten der Entente auf den Kriegsschauplätzen an den Dardanellen, Mesopotamiens, Armeniens und Aegyptens. In der Folge verzeichnete man mit Genugthuung den zähen, vielmonatigen Widerstand, den die türkische Armee unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen dem an Zahl überlegenen russischen Heer im Kaukasus und in Armenien entgegensetzte. Der Sieg von Kessipon, wo der englische General Townshend erst aufs Haupt geschlagen und dann bei Kut-el-Amara eingeschlossen wurde, während eine Entsaarmee unter General Nijmer bei Scheff Oman zweimal zurückgeworfen ward, fand besonders in England starken Widerhall. Die Genugthuung über sie durch die Türkei entfaltete militärische Kraft steigerte sich aber überall bis zur Be- wunderung, als die türkischen Soldaten und Offiziere, geführt von ihren und hervorragenden deutschen Strategen und unterstützt von österreichisch- ungarischer schwerer Artillerie, einer Viertelmillion Franzosen und Engländer in den Dardanellen eine vernichtende Niederlage bereiteten. Solche Kraftleistungen der türkischen Heere in der Iera Sultan Mehmeds V. unter der Führung es genialen Organisations General Enver-Pascha lieferten den vollen Beweis für die unverwundliche Lebenskraft der modernen Türkei.

Hierauf ließ der Vortragende eine von ge- nauester Kenntnis zeugende Darstellung des geogra- phischen und ethnographischen Bildes der heutigen Türkei folgen, der wir die nachstehenden, besonders

relevanten Stellen entnehmen: Die Türkei von heute umfaßt einen Flächenraum von 2,200,000 Quadrat- kilometer, hat also fast eine viermal so große Aus- dehnung als die österreichisch-ungarische Monarchie. Sie ist von 18 Millionen Menschen bewohnt, von welchen 15 Millionen dem sunnitischen Islam an- gehören. 9 Millionen Türken, 1 Million Kurden bilden die mohammedanische Bevölkerung der Nord- provinzen der asiatischen Türkei. 5 Millionen Araber dominieren in der Südhälfte des Reiches. Die christ- lichen Nationalitäten sind bloß mehr durch ungefähr 1-5 Millionen Griechen, 1 Million Armenier und eine halbe Million arabischer Syrer vertreten. Die politische Bedeutung der in der Türkei staatlich organisierten Ländermasse liegt in ihrer Weltstellung zwischen drei Kontinenten und zwei Ozeanen. Durch diese geographische Lage ist die Türkei die Verbindungsbrücke zwischen Asien, Afrika und Europa. Es durchkreuzen sie die wichtigsten Ueberlandsstraßen: Kairo-Bagdad-Centralasien, Konstantinopel-Bagdad-Indien und Persischer Golf-Armenien-Trapezunt am Schwarzen Meere. An den Meerengen kontrolliert sie den Ausgang der russischen Welt aus dem Schwarzen in das Mittel- ländische Meer; durch Syrien und Arabien beherrscht sie den Kanal von Suez und flankiert das Rote Meer. Ihre militärische und wirtschaftliche Er- stärke fordert daher die Gegnerschaft der russischen und englischen Weltpolitikpläne heraus. Konstanti- nopel aber mit der strategisch-starken Linie von Tschataldtscha und dem gleichfalls strategisch wichtigen, bei der Türkei verbliebenen Ostthrazien ist heute mehr als je die stärkste natürliche Festung der Erde, deren Besitz bekanntlich Napoleon I. für jeden Weltoberer als unerlässlich bezeichnet hat. Konstantinopel ist das politische und ökonomische Zentralorgan aller zum Ottomanischen Reich ge- hörenden Länder in Asien. Alle diese Provinzen sind durch Eroberung an die Türkei gekommen. Deshalb bestiegt noch heute der Imam (der Vorbeter) jeden Freitag die Kanzel in der größten Moschee Konstantinopels, in der Uja Sofia, mit gezücktem Säbel, um die „Dowa“ für den Sultan zu halten. Was der Säbel erworben, soll mit dem Säbel ver- teidigt werden! Untersucht man aber genauer die politische Organisation der heutigen Türkei, so findet man, daß ihre verschiedenen Provinzen nicht bloß durch die Macht der Eroberung, sondern auch durch eine gemeinsame byzantinisch-islamitische Kultur zusammengehalten werden.

### „Das Land der Wittwen.“

Anatolien aber, die Wiege des Osmanentums, von wo die Dynastie Osman ihren Hochflug ge- nommen, das Herzland dieses Staates, war und ist die reichste Provinz des Reiches, ohne die es überhaupt nicht denkbar wäre. Hier blühten seit vier Jahrtausenden die verschiedensten Kulturen und Zivilisationen. Erinnern wir uns, daß zu Knidos der Meißel des Praxiteles die Aphrodite formte; daß an den Küsten Kleinasiens zum erstenmal das unsterbliche Lied Homers erklang, daß Heraklit der Dunkle zu Epheesus das Ent- wicklungsgesetz ergründet hat. Erinnern wir uns ferner der vielfach auch von uns heute trotz unserer maschinellen Fertigkeit unerreichten Ueberkultur von Byzanz und der eigenartigen Zivilisation Kleinasiens unter den Seltschucken, einer elke- tischen Zivilisation, welche die Kreuzfahrer in hellste Bewunderung versetzte. Die Türken waren, als sie nach Anatolien kamen, ein Volk von Reitern, ihrer Gesinnung nach ein Volk von Rittern. Heute ist aus dem Reiter ein Bauer geworden, aber die ritterliche Gesinnung ist ihm geblieben. Man kann das türkische Volk nicht besser schildern, als dies einer der modernen türkischen Dichter, der Generalkonsul in Budapest Achmed Hismet, in einem Gedicht „Ufimbtschi“ getan hat. In einem armen Weintraubenverkäufer auf den Prinzeninsele feiert er den Typus des anatolischen Volkes.

„Beständig“ — sagt er — „bist du in deinem Denken, in deinen Gewohnheiten, in deiner Freund- schaft und im Kriege. Nicht rasch gewöhnst du dich an Neues; doch wenn du dich gewöhnt hast, läßt du nicht leicht davon ab. Gutmütig bist du. Die dich hassen, schädigen dich nicht, indem sie dir gegenüber Stolz aufspielen, sondern meist, indem sie sich schmeichlerisch an dich drängen. Wenn du deine Füße so schwer und schwerfällig aufsetzt, so wird aus deiner Haltung das Bild einer fast reißlosen Geduld, aber auch einer nicht einzuschüchternden Entschlossenheit offenbar. Dem weiten Meere ähnelst du, das nur schwer auf- wallt; doch wenn es geschieht, ist es wild und nicht leicht zu bändigen. Des Vorteils Unbeter bist du nicht. Jenes Mittel zum Glück, das Stückchen Metall, das man Gold nennt, schätzt du nicht, und das ist deine Schuld. Verschwendung kennst du als eine Pflicht des Adels. Ueber deine Selbstsucht triumphiert allensal dein Stolz. Den Freund ziehst du deiner Seele vor. Oft lebst du um anderer willen. Für andre arbeitest du, um anderer willen stirbst du. Doch während anore an dir Gefallen finden, liebst du dich selbst nicht. Wann wirst du dir in deinem Dorfe einen Schutz vorbinden

und dich an eine Maschine setzen? Wann wirst du, einen Zirkel in der Hand, dich über einen Arbeitstisch beugen, wann am Ladentisch die Zinsen deines Kapitals berechnen? Dies fehlt dir, dies schieben sie dir als Schuld zu. Aber blieb dir denn je die Zeit dazu? Denn während du, nicht um eine Kasse zu füllen, sondern nur um deinen Hunger zu stillen, das Eisen des Pfluges umfaßt hieltest, mußtest du es inmitten der Arbeit verlassen, um zum Stahl der Plinte zu greifen. Von einer Grenze ließt du zur andern. Du starbst in Bulgarien, in Griechenland; Arabien und Kurdistan wurden dein Grab; auf persischer und serbischer Erde fandest du den Tod. Nur in deiner Heimat, in deinem Dorfe konnte st du nicht leben, nicht sterben. Deine geliebte kleine Wisha konnte st du niemals in Ruhe sattfressen, dein kleines Söhnchen nimmer in Liebe groß werden sehen. Aber du bist wie eine uralte Platane — gebrochen wirst du, nie gebeugt. Du stirbst, aber du klagst nicht. Während du das salzige Erdbreich mit deinem Blute tränkst, das in deinen Stirnschweiß getauchte Brot verzehrst, ziehst du schon wieder mit deinen Wunden dem Feind entgegen. Du hast das Aussehen eines Unterdrückten und bist doch ein Unterdrücker, in deiner Eltern Heim ein Fremder, auf deines Vaters, auf deiner Mutter Schoß eine Waise. Dieses Anatolien, dieses Land der Wittwen, ist dir wie eine Stiefmutter nur eine Feindin. Du bist das Schwert des Ostens, das nimmer in die Scheide zurückfährt. Gehämmert wirst du zäh, und niederschmetternd zerbrichst du. Aus jedem Stück von dir ziehst du einen Funken, aus jedem Funken einen Blitz. Ja, Türkei, du mußt wohl eine unerhörte Kraft besitzen, einen Born, der nie versiegt. . . .

### England und Amerika in Armenien.

Der Vortragende ging dann zur Betrachtung der Stimmungen und Strömungen in Armenien über. Bevor Rußland Nordarmenien vom türkischen Reiche losriß, hatte es den Armeniern alle mögliche Freiheit versprochen; heute gilt in Armenien vielfach das Wort: „Lieber in der Türkei sterben, als russisch verderben.“ Aber das unglückliche kleine Volk ist durch die Erfahrungen in seiner Geschichte nicht klüger geworden. Statt an Rußland, klammert es sich seither an die Engländer und hofft durch sie nach Niederwerfung der Türkei als Herrenvolk gesetzt zu werden, eine Million Armenier über zehn Millionen Türken! In diesem Irrglauben wird die armenische Minderheit durch die Abgesandten der amerikanischen Bibelgesellschaften bestärkt, die in den armenischen Dörfern und Städten mehr als 400 Schulen errichtet haben und auf diese Weise an der russischen Grenze eine amerikanische Interessensphäre zu schaffen scheinen. Warum? Weil die großen Petroleumfelder entlang dem Quelllauf des Euphrat und des Tigris seit Jahrzehnten das lebhafteste Interesse der Standard Oil Company regehalten. Unter den Armeniern gibt es eine Schichte von Steuerpächtern und Getreidewüchsern, die den ohnedies schwer zinsenden türkischen Bauer bis auf den Hut peinigten. Dann gibt es im Auslande emigrierte revolutionäre Gesellschaften, die bald mit englischem, bald mit amerikanischem Gelde ausschichtslose Butsche anzetteln, welche schließlich die in Armenien und Anatolien ansässigen Volksgenossen durch furchtbare Mordopfer büßen müssen. Durch diese Überlässe ist das unglückliche Volk in den letzten Jahrzehnten immer schwächer geworden. Nur Anschluß an das Türkentum kann die Armenier vor dem sozialen Zusammenbruch retten; ihr nationaler Untergang ist sonst unvermeidlich.

### Der geheimnisvolle Triangel.

Und nun das Zweifelsland mit seinem mächtigen Erdbölliger im Norden und der Schwemmlandebene im Süden, wo ungefähr 140.000 Quadratkilometer für den Anbau von Baumwolle, die hier in der feinsten Qualität wild wächst, gewonnen werden könnten, ein Flächenraum, so groß wie der für den Baumwollplantagenbau in Ägypten zur Verfügung stehende. Dann die Randländer am Mittelmeer: Kilikien, Syrien und Arabien. Kilikien mit den kilikischen Pforten, in welchen stehen der große Bagdadbahn-tunnel seiner Vollendung entgegengeht, mit der Stadt Tarsus, wo der Apostel Paulus die Heillehre verkündete, ein reicher Fruchtgarten, der längst ebenso den Appetit Italiens wie Englands erweckt hat. An Kilikien schließt sich Syrien an, das Land des Libanon und Antilibanon, des gegenwärtig in herrlichem Blüthen-schmuck prangenden Jordantales, der Palmenparadiese von Damaskus und Beirut. Seit Jahrzehnten arbeitet hier die französische Propaganda. Ihre katholischen Missionen haben die christlichen Syrer der französischen Zivilisation gewonnen und die „Alliance Israelite“ hat in derselben Weise unter den dortigen Juden Propaganda für Frankreich gemacht. Erst in der

jüngsten Zeit machten sich die palästinensischen Juden von dem französischen Einflusse frei, hebräisierten ihre Schulen und nahmen die ihren angebotene osmanische Staatsangehörigkeit an. In Syrien schließt sich das türkische Arabien an, das Land der heiligen Städte des Islams, Mekka und Medina. Die südlichste Landschaft ist Jemen, die Heimat des Kaffees. Wirtschaftlich ist Arabien für die Türkei bedeutungslos, politisch aber ist es für den modernen türkischen Islam von höchster Wichtigkeit, denn der Besitz der Schahherrschaft über die heiligen Städte ist eine unerläßliche Bedingung für das Verbleiben des Kalifats beim kaiserlichen Hause Osman. Die Städte Mekka, Bagdad und Konstantinopel bilden einen geheimnisvollen Triangel, auf dem sich das osmanische Staatswesen erhebt und aus dem der modernen Staatsidee des jungtürkischen Islamstaates die geistigen Kräfte zufließen.

### Kaiser Wilhelm am Grabe Saladin.

So präsentiert sich die heutige Türkei als ein Agrarstaat, der über ungeheure Flächen Anbaulandes verfügt, ohne infolge des Uebelwollens der europäischen Mächte bisher in der Lage zu sein, seine großen im Boden ruhenden Reichtümer auszunützen zu können. In der Ära des Sultans Abd ul Hamid haben Rußland und die Westmächte diesen Zustand für sich ausgenützt und sich gegen jedes Projekt ablehnend verhalten, durch das der Türkei die Möglichkeit einer Wiedererstarung geboten worden wäre. Eine Aenderung trat erst durch Deutschland ein. Bald nach seiner Thronbesteigung war Kaiser Wilhelm im Jahre 1888 der Gast Sultan Abd ul Hamids. Als Frucht dieser Orientreise brachte er dem deutschen Volke die Bewilligung zum Bau der Kleinasiatischen Eisenbahn mit. Diese wird anfangs, entsprechend den türkischen Staatsinteressen, bis Angora gebaut. Von dort sollte sie durch das östliche Kleinasien nach Süden ziehen und den Euphrat erreichen. Aber Rußland widersekte sich diesem Projekt, es wollte keine Bahn dulden, welche für die Verteidigung Armeniens eine strategische Bahn gewesen wäre. So blieb die Bahn bis Angora eine Sackbahn, und die Verbindung mit dem Euphrat-tale mußte durch Südkleinasien und Nordsyrien gesucht werden. Dieses Projekt aber beunruhigte wieder England. Die Schwierigkeiten, die dadurch entstanden, wurden von Kaiser Wilhelm II. anlässlich seiner zweiten Anwesenheit in Konstantinopel überwunden. Am Grabe des ritterlichen Sultans Saladin in Damaskus, dem geistigen Mittelpunkt der arabischen Welt, hielt damals Kaiser Wilhelm II. jene epochemachende Rede, in der er sagte: „Mögen die 300 Millionen Mohammedaner die Versicherung entgegennehmen, daß der deutsche Kaiser immer ihr Freund bleiben wird.“ Ein genialer diplomatischer Schachzug, das war diese Rede. Sie rechnete mit der Denkungsart des mißtrauischen Abd ul Hamid, dieses Tyrannen, der den Machtverfall seines Reiches durch Erdrosselung der Menschenrechte der Mohammedaner aufzuhalten hoffte; sie verklärte aber gleichzeitig diesen, ja allen Bekennern des Islams, daß der deutsche Kaiser in Abd ul Hamid nur die Verkörperung der ihnen allen teuren Kalifatsidee ehre. Auf diese Ansprache hat sich Kaiser Wilhelm im Jahre 1908 ausdrücklich berufen, als er dem jungtürkischen Botschafter in Berlin beim ersten Empfange versicherte, daß seine Gesinnungen gegenüber der mohammedanischen Welt die gleichen geblieben seien. Die damalige Rede des Kaisers weckte in Deutschland einen großartigen Widerhall. Auf allen Universtitäten wurden von nun an die Beziehungen zum Islam und der mohammedanischen Ländern eifriger gepflegt. Bis dahin war die öffentliche Meinung Deutschlands im Banne der englischen, die Reformfähigkeit des Islams leugnenden Anschauung geblieben. Von nun an aber vermittelte die überall einsetzende orientalische Forschung der deutschen Nation vom Islam ein andres, würdigeres Bild. Man erkannte die große Kultur- und Zivilisationsperiode des 7. bis 15. Jahrhunderts im Morgenland als eine der gleichzeitigen europäischen Kultur und Zivilisation überlegene und fand schließlich die Gründe für den Niedergang der orientalischen Kulturen und ihrer staatlichen Schöpfungen. Als Synthese dieser aus den verschiedensten Gebieten der Islamforschung hervorgegangenen Feststellungen ergab sich dann nicht nur die überzeugte Bejahung der Reformfähigkeit der Türkei, sondern auch deren Wichtigkeit für die deutsche Politik. Dies war bereits die allgemeine Ueberzeugung in Deutschland, als die jungtürkische Revolution das despotische System Abd ul Hamids stürzte und die entfesselte gesunde islamitische Volkskraft ans Werk ging. An Stelle des despotischen Staates Abd ul Hamids, der ein asiatischer Staat in Europa war, wollte sie einen europäischen Staat in Asien aufrichten. Die Wucht der Ereignisse der Jahre 1908 bis

1914 befreite die moderne Türkei von der unfruchtbaren Liquidation prestigeschädigender Fragen aus hamidischer Zeit, und die Jungtürken konnten sich nun der Reform ihres Staates widmen, konnten an die Schaffung eines islamitischen Verfassungsstaates mit vollkommener Anerkennung der Rechte der Andersgläubigen schreiten, aber unter der Regide des Kalifats.

### Die Freunde und Feinde des Türkentums.

In diesem Geiste wird die Türkei nach den Kriegen ihre Reformen auf dem Gebiete der Staatswirtschaft, der Schule, der Landwirtschaft und des Verkehrs durchführen. Sie wird dabei der Mitarbeit ihrer Freunde in Europa, Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, nicht entzogen werden. Auch nach dem Kriege wird sie bei ihnen die beste Stütze gegen die zermürbenden Operationen der englisch-russischen Weltpolitik finden. Denn das geschlagene Rußland wird nicht aufhören, nach Konstantinopel zu drängen und die Unterjochung der türkischen Welt anzustreben; und das besiegte England wird seine Versuche fortsetzen, die arabische Welt von der Türkei abzureißen, um im Interesse seiner Weltmachtspolitik den unabhängigen streitbaren Islam vernichten zu können. Schwer wird daher das Wesen der russisch-englischen Weltpolitik auch in der Zukunft nicht nur auf der Türkei, sondern auch auf Deutschland und Oesterreich-Ungarn, ja auf allen europäischen Staaten lasten. Um so allgemeiner ist in Oesterreich-Ungarn wie in Deutschland die Erkenntnis gereift, daß auch nach dem Kriege das politische und wirtschaftliche Verhältnis zur Türkei so gut als möglich gestaltet werden müsse. Behufs Realisierung dieses Wunsches ist während des Krieges in Deutschland Großes geschaffen worden. Mitten in der umfassenden Sammeltätigkeit der deutschen Nation für ihre Kriegsfürsorge hat man dort Gelegenheit gefunden, dem deutschen Kaiser als Inaugurator der deutsch-türkischen Freundschaft eine Millionenpende als Geburtstagsgeschenk anzubieten, die als Fonds für Propagandazwecke behufs noch engerer Annäherung Deutschlands mit der Türkei Verwendung finden soll. Auf einem Grundstücke, das Sultan Mehmed V. zum Geschenk gemacht hat, wird sich nach dem Weltkriege ein deutsches Haus erheben, das der deutschen Industrie und der deutschen Information dienen soll. „Es wird dies eine Halle sein“, sagte der berühmte deutsche Orientalist Becker in seiner akademischen Rede zum Geburtstag Kaiser Wilhelms in Bonn, „in der ohne Aufdringlichkeit deutsches Beispiel und deutsche Leistung in der Form von Ausstellungen, Nachrichtenvermittlung und wissenschaftlicher Arbeit zur Darstellung gelangen werden.“ So zieht der deutsche Idealismus überall in der Türkei die Furchen, in die dann deutsche Politik, deutscher Handel und deutsche Industrie ihr Saat Korn legen!

Auch Oesterreich-Ungarn wird nach diesen Methoden in der Türkei künftighin zu arbeiten haben. Wir sind dabei in der vorteilhafteren Lage. Denn wir müssen nicht, so wie Deutschland, erst die Märkte der Levante erobern. Unser Kaufmann besitz dort Vertrauen seit langer Zeit, aber die Hände in den Schoß legen dürfen wir nicht. Nach der türkischen Statistik stand Oesterreich-Ungarn mit seinem türkischen Außenhandel nach England an zweiter, Deutschland aber erst an fünfter Stelle. Im Jahre 1911/12 betrug der englische Außenhandel in der Türkei 1356 Millionen, der österreichisch-ungarische 972 Millionen, der deutsche 460 Millionen Pfaster. Die türkischen Märkte werden in Zukunft für den friedlichen Wettbewerb und die gesteigerte Expansion Oesterreich-Ungarns und Deutschlands um so aufnahmefähiger sein, je intensiver wir uns als Freunde an dem wirtschaftlichen Ausbau und damit der Kräftigung und Wiedererstarung der Türkei beteiligen. Hierzu scheint Oesterreich-Ungarn durch seine Orientnähe und seine Traditionen ebenso wie das Deutsche Reich berufen zu sein. Der Paxalekismus der österreichisch-ungarischen Interessen mit den türkischen ist seit dem Londoner und Bukarester Frieden größer geworden als je zuvor. Einst hat die Kaiserin Maria Theresia den Wunsch geäußert, „daß noch ihrer Enkel Enkelkinder die Türken in Europa sehen mögen.“ Dieser Wunsch ist bei uns heute noch lebendiger wie in der Zeit, als ihn zum erstenmal die große Habsburgerin aussprach. Zum erstenmal ist es geschehen, daß österreichisch-ungarische Soldaten mit den türkischen beim Niederwerfen eines gemeinsamen Feindes Schulter an Schulter kämpften. In Oesterreich-Ungarn ist der Islam gleichberechtigt mit allen andern Glaubensbekenntnissen. Keine einzige Stimme erhob sich dagegen in der Öffentlichkeit, als diese Anerkennung vor wenigen Jahren in Oesterreich und in Ungarn Gesetz wurde. Es verdient dies hervorgehoben zu werden, weil die Mohammedaner in Europa